

# Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

## 19. Wahlperiode

### 2. Sitzung vom 13. und 14. Dezember 2010 1. Sitzungstag (13. Dezember 2010)

---

---

#### Wörtliches Protokoll

##### Inhaltsverzeichnis

|  |       |  |        |
|--|-------|--|--------|
| 1. Entschuldigte Gemeinderäte  | S. 3  | Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung |        |
| 2. Mitteilung des Einlaufs   | S. 3  | Rednerinnen bzw Redner:  |        |
| 3. Ordnungsruf an GR Dipl-Ing Rudi Schicker  | S. 3  | GR Dipl-Ing Roman Stiftner   | S. 60  |
| 4. 04001-2010/0001-GFW, P 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011 |       | GRin Dipl-Ing Sabine Gretner   | S. 63  |
| 04005-2010/0001-GFW, P 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten        |       | GR Anton Mahdalik  | S. 64  |
| Berichterstatlerin: VBgmin Mag Renate Brauner  | S. 3  | GR Karlheinz Hora  | S. 68  |
| Allgemeine Beratung des Voranschlags 2011  | S. 9  | GR Ing Mag Bernhard Dworak   | S. 71  |
| Rednerinnen bzw Redner:  |       | GR Mag Rüdiger Maresch   | S. 73  |
| GRin Christine Marek   | S. 9  | StRin Veronika Matiasek  | S. 74  |
| GR David Ellensohn   | S. 11 | GRin Karin Schrödl   | S. 77  |
| GR Mag Johann Gudenus, MAIS  | S. 15 | GR Mag Christoph Chorgherr   | S. 78  |
| GR Dipl-Ing Rudi Schicker  | S. 19 | GR Wolfgang Irschik  | S. 79  |
| StR Mag Wolfgang Gerstl  | S. 21 | GR Michael Dadak   | S. 82  |
| GR Dipl-Ing Martin Margulies   | S. 23 | GR Karl Baron  | S. 83  |
| StR DDR Eduard Schock  | S. 26 | GR Mag Dietbert Kowarik  | S. 83  |
| StR Mag Wolfgang Gerstl (zur Geschäftsordnung)                                       | S. 28 | StR Mag Wolfgang Gerstl  | S. 84  |
| GR Friedrich Strobl  | S. 28 | VBgmin Mag Maria Vassilakou  | S. 84  |
| GR Johann Herzog   | S. 31 | Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung   |        |
| GRin Christine Marek   | S. 33 | Rednerinnen bzw Redner:  |        |
| Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke      |       | GR Norbert Walter, MAS   | S. 88  |
| Rednerinnen bzw Redner:  |       | GR Mag Christoph Chorgherr   | S. 90  |
| GR Dkfm Dr Fritz Aichinger   | S. 34 | GRin Henriette Frank   | S. 93  |
| GRin Dr Monika Vana  | S. 36 | GR Dr Kurt Stürzenbecher   | S. 96  |
| GR Mag Wolfgang Jung   | S. 40 | GR Ing Mag Bernhard Dworak   | S. 99  |
| GR Franz Ekkamp  | S. 43 | GR Manfred Hofbauer, MAS   | S. 100 |
| GR Dr Matthias Tschirf   | S. 46 | GRin Hannelore Reischl   | S. 101 |
| GR Dipl-Ing Martin Margulies   | S. 47 | GR Mag Dr Alfred Wansch  | S. 102 |
| GR Rudolf Stark  | S. 49 | Amtsf StR Dr Michael Ludwig  | S. 105 |
| GRin Mag Nicole Krottsch   | S. 51 | Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport  |        |
| GRin Mag Dr Barbara Kappel   | S. 53 | Rednerinnen bzw Redner:  |        |
| GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein   | S. 55 | GR Sebastian Kurz  | S. 107 |
| VBgmin Mag Renate Brauner  | S. 56 | GRin Mag Martina Wurzer  | S. 108 |
|  |       | GR Dominik Nepp  | S. 110 |
|  |       | GR Heinz Vettermann  | S. 114 |
|  |       | GR Dr Wolfgang Aigner  | S. 117 |
|  |       | GR Dietrich Kops   | S. 120 |
|  |       | GRin Barbara Novak   | S. 120 |
|  |       | GR Günter Kasal  | S. 122 |
|  |       | Amtsf StR Christian Oxonitsch  | S. 123 |



(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich eröffne die 2. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Entschuldigt für den gesamten Tag sind GRin Ing Leeb, GRin Schubert und GRin Mag (FH) Tanja Wehsele. Weiters hat man mir noch eine Unzahl von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten gemeldet, die stundenweise entschuldigt sind. Ich erspare Ihnen das Vorlesen dieser Namen.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass vom Klub der Wiener Freiheitlichen acht Anfragen schriftlich eingelangt sind.

Des Weiteren möchte ich vor Eingang in die Tagesordnung noch replizieren auf die Sitzung vom 25.11.2010, in der GR Schicker in seinem Redebeitrag sich auch mit den Kornblumen der FPÖ, die getragen wurden, befasst hat und unter anderem gesagt hat: „Die FPÖ habe eine Ideologie aus dem 19. Jahrhundert, die ...“ – und dann lasse ich einiges aus – „... dazu geführt hat, Konzentrationslager“, und so weiter, „zu haben.“ – Für diese Äußerung erteile ich Herrn GR Schicker einen Ordnungsruf.

Die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung betreffen den Entwurf des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011 und die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat.

Ich schlage vor, die Beratung dieser zwei Geschäftsstücke zusammenzuziehen und die Verhandlungen nicht nach den zehn Gruppen des Voranschlagsentwurfes, sondern nach Geschäftsgruppen zu gliedern.

Nach einem einleitenden Referat zu diesen Geschäftsstücken durch die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Brauner, folgen die allgemeine Beratung und die Spezialdebatte über die Geschäftsgruppen Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke.

Voraussichtlich am Dienstag wird, nach dem Schlusswort der Frau amtsführenden Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, über die Anträge zu den genannten zwei Geschäftsstücken abgestimmt werden. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? – Es wird kein Einwand erhoben. Daher gehen wir in dieser Vorgangsweise vor.

Ich bitte nunmehr die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Brauner, die Verhandlung über die Postnummern 1 und 2 einzuleiten.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Vorsitzender! Herr Bürgermeister! Frau Vizebürgermeisterin!

Ich lege Ihnen heute namens der Wiener Stadtregierung den Voranschlag für das Jahr 2011 vor, den ersten in dieser neuen Legislaturperiode. Es ist dies der vierte Voranschlag, für den ich verantwortlich zeichne, und diese Haushalte, sehr geehrte Damen und Herren, sind unter sehr unterschiedlichen und sehr spezifischen Vorzeichen entstanden.

In den zurückliegenden Jahren gab es anfangs eine Phase der Hochkonjunktur, gefolgt von einem rasanten und beispiellosen Absturz der Weltfinanzmärkte und damit einhergehend eine globale Krise der Realwirtschaft und nunmehr eine immer noch leider äußerst unsichere Aufwärtsbewegung. Die Erstellung der Haushalte der Stadt Wien war daher in den letzten Jahren immer eine große Herausforderung, geht es doch dabei um das Ausloten und Sichern der Chancen und Möglichkeiten sowie die Absicherung der Lebensqualität der Menschen in dieser Stadt.

Die Leitlinien des Budgets 2011 lassen sich rasch zusammenfassen: Es geht um Investitionen, Investitionen in Menschen, in ihre Bildung und Ausbildung, in neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze, in neues Wirtschaftswachstum, und es geht 2011 um den Einstieg in eine Phase der Konsolidierung, in eine Phase des vernünftigen Sparens, nämlich so, dass das Wirtschaftswachstum nicht geschmälert wird.

Die Folgen der Krise, sehr geehrte Damen und Herren, werden uns als Gebietskörperschaften, insbesondere die Ebenen der Städte und Gemeinden, noch über die kommenden Jahre begleiten und intensiv beschäftigen, denn die öffentlichen Haushalte mussten zur Konjunkturstützung binnen kurzer Zeit gewaltige Summen aufbringen. Das ist natürlich nicht so einfach zu verkraften, aber diese Konjunkturpakete sind erfolgreich geschnürt worden und haben – das zeigen Untersuchungen und Studien – auch ihre positive Wirksamkeit gehabt.

Ich denke, gerade die Stadt Wien kann eine gute Zwischenbilanz der Krisenphase ziehen, denn der Erfolg gibt uns recht. Wir konnten im Jahr 2009 in Wien von allen Bundesländern den geringsten Rückgang beim Wirtschaftswachstum verzeichnen, wir hatten den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit aller Bundesländer und 2010 das höchste jemals gemessene Beschäftigungsniveau.

Wien konnte darüber hinaus seine unangefochtene Stellung als Wirtschaftsmetropole in der Krise behaupten, entgegen so mancher Behauptungen in der Öffentlichkeit. Nein, nicht Bratislava oder Prag mit 24 100 EUR oder 26 500 EUR Pro-Kopf-Einkommen sind die wirtschaftlichen Hotspots Zentraleuropas, sondern das ist eindeutig und unbestritten Wien mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen in dieser Region von 43 300 EUR.

Wien ist bei den Ansiedlungen internationaler Unternehmen beliebt wie kein anderes Bundesland, und die Zahl der Neugründungen ist in Wien weiterhin am höchsten. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, es wäre ein schwerer Fehler, gerade in Zeiten wie diesen sich auf diesen Erfolgen auszuruhen. Die Krise hat nichts an unseren Visionen für den Wirtschaftsstandort Wien geändert. Unser Ziel muss es sein, dass wir nicht die Billigsten sein können, sondern die Besten sein müssen. Das heißt, unser Ziel muss die Hebung der Qualität sein und unser Ziel muss die Inklusion aller Menschen in unserer Gesellschaft sein. Wir können es uns im Standortwettbewerb der Metropolen des 21. Jahrhunderts nicht einmal im Ansatz leisten, Talente brachliegen zu lassen. In den nächsten Jahren geht es darum, Chancen zu

ergreifen und neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Das Regierungsübereinkommen der neuen Stadterregierung bietet für die Zukunft Wiens eine sehr gute Grundlage. Wir haben Schwerpunkte und Projekte für die nächsten fünf Jahre entwickelt und an vielen Entwicklungen der vergangenen Jahre nahtlos angeknüpft.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich die wirtschaftspolitischen Grundsätze aus diesem Regierungsübereinkommen, die dieses Budget 2011 prägen, näher darstellen.

Eines möchte ich vorausschicken: In der vergangenen Woche war ich bei einer Veranstaltung der Industriellenvereinigung gemeinsam mit dem IV-Präsidenten Kapsch und gemeinsam mit Frau VBgmin Vassilakou, und es gab dort eine sehr, sehr konstruktive Diskussion mit einer sehr positiven Einschätzung unseres Wiener Weges. Ich bin sehr froh über die exzellente Kooperation mit der Industriellenvereinigung, über die exzellente Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer. Ich weiß, dass dieser Weg der Gemeinsamkeit dem Standort unglaublich nützt, und ich bin fest entschlossen, diesen Weg, diesen Wiener Weg der Gemeinsamkeit und des Miteinanders weiterzugehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Lassen Sie mich, sehr geehrte Damen und Herren, zum ersten Schwerpunktthema kommen, und es ist kein Zufall, dieses Thema lautet Forschung und Entwicklung. Die Stadt Wien positioniert sich im internationalen Kontext als Qualitätswettbewerberin. Wir setzen, und das schon seit Jahren, erfolgreich auf Zukunftsbranchen. Life Sciences, Informations- und Kommunikationstechnologien, medienkreative Industrien, Umwelt- und Energietechnologien, Klimaschutz auch als wirtschaftspolitische Chance.

Ein spezielles Augenmerk legen wir in den kommenden Jahren auf die Schaffung von Green Jobs. Dazu gibt es einen neuen Call des Zentrums für Innovation und Technologie, dieser Call heißt Green Innovation, und es geht hier unter anderem um die Förderung von Recyclingtechnologien oder eines optimierten Ressourceneinsatzes.

Wir wollen aber ganz neue Akzente setzen. Wir haben hier viel vor, vor allem in den Bereichen Medizintechnik, Umwelttechnologien und Physik. Und wir werden auch in Zukunft junge Nachwuchsnaturwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen seitens der Stadt Wien intensiv fördern, etwa durch Forschungsstipendien.

Wien, sehr geehrte Damen und Herren, verfügt als Stadt über ein breites technologisches Know-how, angefangen von den Entsorgungsbetrieben bis hin zur Fernwärme. Es gilt, in den kommenden Jahren dieses Fachwissen noch besser und gemeinsam mit Wiener Unternehmen auch international zu vermarkten. Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist keine explizite, aber deswegen nicht weniger wichtige eigene Schiene der Wirtschaftsförderung, denn dieses Vermarkten unserer Technologien nützt der Stadt, es nützt den Städten, den Regionen, die von uns lernen wollen, die sich das Know-how aneignen, und es verhilft den Wiener Unternehmen zu neuen Aufträgen sowie bei der Markterschließung. Ich

weiß durch zahlreiche Wirtschaftsreisen, wie sehr die Wiener Wirtschaft diese Unterstützung auch schätzt.

Die Stadt Wien hilft der Wiener Wirtschaft im Innovationsbereich aber auch durch das Projekt „WienWin“. Dabei nutzt die Stadt ihre Rolle als große Auftraggeberin, um so die Innovationskraft der Wiener Unternehmen zu stimulieren. Auch dieses Projekt werden wir künftig ausbauen, und es gibt viele Unternehmen, die sagen, es ist gut, wenn wir finanzielle Förderung bekommen, aber noch viel wichtiger ist es, wenn wir die Stadt Wien als Best-Practice-Modell präsentieren können.

Das nützt uns sehr viel, das werden wir in Zukunft verstärkt machen, aber natürlich gibt es auch weiter die sozusagen traditionelle Schiene der direkten Wirtschaftsförderung, und deren Bilanz, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, kann sich ebenfalls sehen lassen. Wir haben nicht nur eine erfolgreiche Ansiedlungsbilanz 2009, sondern auch für das schwierige Jahr 2010 schaut es ähnlich gut aus. In den ersten 3 Quartalen haben sich bislang 69 Unternehmen in Wien neu niedergelassen. Das ist trotz der Krisenfolgen das drittbeste Ergebnis der vergangenen Jahre. Wenn das nicht für den Standort Wien spricht, was dann?

Die Rahmenbedingungen stimmen also. Allein in Wien wurden jährlich 8 000 Unternehmen gegründet. Damit liegen wir in Österreich unangefochten an der Spitze. Aber auch auf diesen Ergebnissen können und dürfen wir uns nicht ausruhen. Nein, wir entwickeln neue Serviceangebote, wir sind in unserem Außenauftritt innovativ. Es ist ja erst wenige Wochen her, dass wir das so genannte Expat Center Vienna zum Beispiel eröffnet haben, ein One-Stop-Beratungszentrum für topqualifizierte Arbeitskräfte aus dem internationalen Umfeld. Dort wird diesen Menschen speziell geholfen, damit sie rasch den Einstieg in die Arbeits- und Lebenswelt hier in Wien schaffen.

Wir fördern in Wien Dienstleistung, aber selbstverständlich auch den Produktionsbereich, denn wir brauchen beides. Dienstleistung und Produktion sind kein Widerspruch, sondern ergänzen einander. Und wir haben – das freut mich persönlich auch sehr – trotz der Krise Rekordergebnisse im Tourismus eingefahren. Trotz alledem, oder vielleicht gerade deswegen, müssen wir weiter innovativ in die Zukunft denken. Auch das haben wir im Regierungsprogramm verankert mit dem neu anlaufenden Prozess „Wien denkt Zukunft – Innovatives Wien 2020“. Am Ende dieses Prozesses sollen, analog zum FTI-Prozess, Empfehlungen für eine politische Umsetzung stehen.

Wir werden außerdem eine breit angelegte Evaluierung aller Wirtschaftsförderungen der Stadt Wien machen im Hinblick auf ihre Strukturelevanz, im Hinblick auf die Lenkungseffekte und natürlich auch im Hinblick auf die Effizienz der bestehenden Instrumente. Die Serviceorientierung für die Wiener Unternehmungen steht im Mittelpunkt, oder – um es ein bisschen salopper zu sagen: Wer schnell hilft, wer umfassend hilft, der hilft doppelt, und das nützt den Wiener Unternehmen am meisten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wien, sehr geehrte Damen und Herren, ist wirtschaft-

lich und politisch eine internationale Metropole. Deswegen freut es mich ganz besonders, dass der Bereich Internationales, Europa, Zentraleuropa im Zuge der Erstellung des Regierungsprogramms eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Besonders sichtbar wird das durch den neuen Gemeinderatsausschuss Europäische und internationale Angelegenheiten, der für dieses Thema eine breite Basis bildet. Vorhaben auf europäischer Ebene, Strategien der EU-Institutionen und Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Union haben in vielen Fällen einen direkten Einfluss auf die lokale und kommunale Wirtschaftspolitik. Wien ist hier mit dem Wien-Haus in Brüssel sehr gut aufgestellt und wird sich auch in Zukunft intensiv in der Mehr-Ebenen-Politik in Europa engagieren und Wiens Interessen in Brüssel, Straßburg und Luxemburg vertreten.

Wien wird auch seine Rolle im Donauraum noch stärker als bisher wahrnehmen. Wir begrüßen daher alle Initiativen der EU-Kommission, in diesem Bereich verstärkt Flagge zu zeigen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Zentraler Angelpunkt und politischer Schwerpunkt im Regierungsprogramm und damit auch in diesem Budgetvoranschlag 2011 ist das Thema Bildung und Ausbildung. Wir haben in den letzten Jahren in diesen Bereichen stärker in die Ruder gegriffen. Mit der Wiener Ausbildungsgarantie ist es uns gelungen, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir können allen Wiener Jugendlichen einen Ausbildungsplatz oder eine maßgeschneiderte Unterstützungsmaßnahme beim Übergang von der Schule in die Berufswelt anbieten. Wir sind dabei sehr eng vernetzt mit der Wiener Wirtschaft, und wir unterstützen ganz intensiv die Schaffung betrieblicher Lehrstellen. Aktuell gibt es in Wien über 19 000 Lehrplätze, um 5 Prozent mehr als im Vorjahr, und wir haben mit den überbetrieblichen Lehrwerkstätten eine Infrastruktur geschaffen, die 4 500 jungen Menschen zugute kommt.

Dabei bleibt es aber nicht. Auch hier gehen wir noch weiter, blicken in die Zukunft. Ich habe daher eine Initiative gestartet, um in einem zweiten Schritt möglichst viele dieser jungen Menschen dann auch in Wiener Topunternehmungen unterzubringen, und es ist mir glücklicherweise gelungen, zusätzliche Lehrstellen in Wiens Topunternehmungen zu generieren und mit Lehrlingen aus dieser überbetrieblichen Lehrwerkstatt auch entsprechend zu besetzen.

Eine besondere Herausforderung in den nächsten weiterhin schwierigen Jahren ist die Schnittstelle Schule und Beruf. Damit wollen wir auch Pflichtschulabsolventen und -absolventinnen, die keine weitere Ausbildung absolvieren, ansprechen. Wir beschäftigen uns ganz intensiv auch mit jener Gruppe, die ganz dringend Unterstützung braucht und sie von uns auch bekommt, den Schulabbrechern und Schulabbrecherinnen, denn auch denen wollen wir neue Perspektiven aufzeigen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, auch da ruhen wir uns nicht aus, und wir ruhen uns auch auf einem anderen Erfolg nicht aus, einem großen und, ich denke, für diese Stadt wichtigen Erfolg, nämlich den Erfolg einer

Bildungseinrichtung, die ich sehr bewusst jetzt als Bildungseinrichtung bezeichne, nämlich den Gratiskindergarten. Auch hier wird es weitergehen. Es wird weiter ausgebaut, vor allem bei den Null- bis Dreijährigen. Und ganz besonders wollen wir in Zukunft noch mehr Unternehmen zur Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen motivieren und sie noch stärker über Fördermöglichkeiten informieren. Wien setzt zudem verstärkt auf die Förderung der Sprachkompetenz im Kindergarten. Alle Kinder sollen und werden beim Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

Das, sehr geehrte Damen und Herren, bringt mich zum Thema Migration und Integration. Auch diesem Thema widmet sich das Regierungsübereinkommen, und gerade dieses Thema ist nicht zuletzt für die ökonomische Entwicklung unserer Stadt außerordentlich wichtig. Ziel muss es sein, dass alle Menschen in unserer Stadt in Vielfalt und respektvoll miteinander zusammenleben, dass sich dabei alle an die Wiener Hausordnung halten. Im wirtschaftlichen Bereich geht es vor allem darum, dass wir die mitgebrachten Qualifikationen von Zuwanderern auch optimal nutzen. Wir werden uns deshalb beim Bund für eine Vereinfachung der Nostrifikationsverfahren starkmachen. Wir sind überzeugt davon, dass ethnische Ökonomien ein wichtiger Bestandteil des Standortes Wien sind. Dieser Gruppe wollen wir uns daher auch ganz speziell widmen. Aufbauend auf die schon bestehende sehr erfolgreiche Beratungsschiene „Migrant Enterprises“ sollen spezifische Fortbildungsprogramme für Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund angeboten werden.

Sie sehen also, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben vieles vor, wir sind gut aufgestellt und wir haben viel Potenzial. Die Wiener Stadtregierung ist angetreten, all diese Vorhaben umzusetzen und aus Visionen ganz konkrete Projekte werden zu lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich allerdings in den letzten Wochen und Monaten die finanz- und wirtschaftspolitische Diskussion angeschaut hat, könnte man den Eindruck gewinnen, in dieser gesamten Debatte geht es nur um ein Thema, nämlich um das Thema Schulden. Selten wurde in dieser Diskussion dazugesagt, warum diese Schulden entstanden sind, wie sie entstanden sind und was diese Schulden letztlich verhindert haben. Die heute bestehenden Verpflichtungen der öffentlichen Hand sind jedenfalls in Österreich nicht durch Spekulantentum, nicht durch aberwitzige Boni, nicht durch Luftgeschäfte mit Immobilien verursacht worden. Eine Einschränkung und eine Bemerkung muss ich jetzt allerdings machen. Das Gesagte gilt nicht für einen Fall, den Fall Hypo Alpe-Adria-Bank, den wir wohl von diesen Betrachtungen explizit ausnehmen müssen. Hier sind ja die Ermittler in München und Klagenfurt noch intensiv am Arbeiten. Aber von diesem Fall abgesehen, fragen wir uns doch: Warum ist es zu so einem raschen Schuldenanstieg der öffentlichen Hand gekommen? Diese Schulden sind entstanden, weil sich die öffentliche Hand entschlossen hat, rasch einzugreifen in dieser großen Krise, um eine Stabilisierung der Realwirtschaft herbeizuführen.

Und um auf Wien zu kommen: Unsere Fremdmittelaufnahmen haben genau diesen Konjunkturmaßnahmen gedient. Und was ebenfalls ganz, ganz wichtig ist und was ich leider in der Berichterstattung darüber sehr oft vermisste, ist nicht nur, was mit diesen Schulden an negativen Entwicklungen verhindert werden konnte, sondern auch, dass dieser Fremdmittelaufnahme Investitionen, bleibende Werte gegenüberstehen, weil wir die Konjunkturstützung in Wien mit Zukunftsprojekten und mit einer Verbesserung der Infrastruktur verbunden haben, etwa durch Sanierungsarbeiten in den Krankenanstalten oder durch Investitionen bei den Wiener Linien oder bei der Wiener U-Bahn oder durch Investitionen in sozusagen geistige, intellektuelle Infrastruktur durch die Aufstockung von mehrjährigen Forschungsförderungen oder den schon vorher angesprochenen Gratiskindergärten.

Nehmen wir uns nur einen Moment Zeit und stellen wir uns vor, was gewesen wäre, wenn es diese Maßnahmen alle nicht gegeben hätte, wenn wir uns zurückgelehnt und gesagt hätten, okay, die Einnahmen gehen auf Grund der Krise zurück – und ich rede hier nicht von ein paar hunderttausend Euro, sondern ich rede von 400 Millionen pro Jahr, die wir an Einnahmenentgang hatten –, aber stellen wir uns einen Moment vor, wir lehnen uns zurück und sagen: Das ist halt so in der Krise. Es gibt weniger Einnahmen, wir können es leider nicht kompensieren, denn wir wollen ja keine Fremdmittelaufnahmen, wir machen keine Schulden. Was wäre dann? Wie würde unser Wien dann ausschauen?

Nur ein Beispiel: 4 500 junge Menschen, die jetzt in der überbetrieblichen Ausbildung sind, würden auf der Straße stehen. Welche gesellschaftspolitische und menschliche Katastrophe, sehr geehrte Damen und Herren! Aber auch wirtschaftspolitisch wäre das falsch, denn wir brauchen diese Fachkräfte auch aus wirtschaftlicher Sicht ganz, ganz dringend.

Genauso falsch wäre es gewesen, wenn wir in der Krise zum Beispiel die Forschungsförderung gekürzt hätten, wo wir uns doch alle einig sind, dass die Forschung von heute die Wirtschaftsentwicklung und die Arbeitsplätze von morgen bedeutet. Oder hätten wir die Kleinkreditaktion nicht erhöhen sollen und damit das Rückgrat der Wiener Wirtschaft, die Klein- und Mittelunternehmen, in dieser schwierigen Situation in Stich lassen sollen? Oder hätten wir, wie es andere leider gemacht haben, Großinvestitionen stoppen, mit dem U-Bahn-Bau aufhören sollen? – Nein, das haben wir nicht getan. Gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten ist es nötig, ohne ideologische Scheuklappen vernünftige Politik zu machen. *(Beifall bei der SPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der GRÜNEN.)*

Nicht vernünftig, sehr geehrte Damen und Herren, ist es allerdings, zuerst nach immer höheren, immer größeren Konjunkturpaketen zu rufen, nach immer mehr und kapitalintensiverer Förderung zu schreien und dann mit viel Pathos das Schuldenmachen zu kritisieren. Das, liebe Damen und Herren, ist ein durchschaubares Manöver.

Wir gehen den Weg der gesellschaftspolitischen und

der wirtschaftspolitischen Vernunft, und das heißt, mit Investitionen gegen die Krise anzukämpfen und nach der Krise, wenn die Arbeitsmärkte wieder in Ordnung sind, wenn die Auftragsbücher wieder gefüllt sind, die Schulden wieder zurückzuzahlen, so wie wir es in Wien bis zum Jahr 2008 über viele, viele Jahre durchgehend getan haben.

Wien kennt sich aus beim Sparen, Wien kennt sich aus beim Schuldenabbau und zumindest genauso gut beim Investieren, denn beides gehört zu einer vernünftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Gerade deswegen haben wir trotz unserer offensiven Politik noch immer den bei Weitem geringsten Verschuldungsgrad unter allen Bundesländern, ganz zu schweigen vom Vergleich mit dem Bund.

Sehr geehrte Damen und Herren! Als Finanzstadträtin definiere ich mich in diesem Sinne ganz klar als Anwältin der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen. Die Effizienz der Mittelverwendung in Wien ist eine sehr hohe. Wäre es nämlich anders, dann würden Großprojekte wie der Neubau der Therme Wien oder der U-Bahn-Ausbau nicht so punkt- und termingetreu vonstatten gehen.

Ich habe daher auch im vorliegenden Haushalt wie eine Haftelmacherin darauf geachtet, dass wir einerseits jene Schwerpunkte setzen und finanzieren können, an denen Wiens Zukunft hängt, und dass wir andererseits mit dem Einstieg in die Konsolidierung beginnen. Wir sparen nicht um des Sparens willen, wir wollen rigides Sparen vermeiden, wie es unser Herr Bürgermeister bereits in seiner Regierungserklärung festgehalten hat. Wir sparen deswegen, weil wir nur mit soliden Finanzen gerüstet sind, sollte eine neue Krise auf uns zukommen, weil wir nur mit soliden Finanzen neue Schwerpunkte in dieser Stadt setzen können und weil wir nur mit soliden Finanzen den Menschen Sicherheit und Rückhalt geben können.

All jenen, die heute in der Diskussion neue finanzielle Förderungen in den Raum stellen werden, möchte ich gleich zu Beginn eines auf den Weg mitgeben: Wenn Sie etwas fordern, dann legen Sie bitte ganz konkrete Finanzierungsvorschläge vor und sagen Sie konkret dazu, wo auf der anderen Seite eingespart werden soll.

Um es klipp und klar zu sagen: Für irgendwelche finanziellen Abenteuer stehe ich nicht zur Verfügung. Es ist nämlich unseriös, ständig nach mehr Mitteln zu rufen und gleichzeitig unfinanzierbare Ideen in den Raum zu stellen. *(Beifall bei der SPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Finanzpolitisch liegen noch heuer Gespräche im Bund in Sachen Stabilitätspakt vor uns, ein Thema, das sehr wichtig ist für uns und das ich deswegen im Zusammenhang mit diesem Voranschlag auch ansprechen möchte. Es geht darum, wie wir gesamtstaatlich im Rahmen der Vorgaben der Europäischen Union unsere Defizite zurückführen. Wir werden die vorgelegten Vorschläge und Zahlen sehr genau prüfen, wir wollen aber realistische und faire Vereinbarungen. Und realistisch ist es, dass die Länder, Städte, Gemeinden und Sozialversicherungsträger als Folge der Krise in den nächsten Jahren größere Spiel-

räume bei den Defiziten brauchen werden. Genau dies hat ja vor wenigen Tagen der Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses, Dr. Felderer, in einem Interview mit der „Wiener Zeitung“ festgehalten und im gleichen Atemzug richtigerweise darauf hingewiesen, dass es gerade die kommunale Ebene ist, die vor ganz großen Herausforderungen steht, vor allem im Bereich Pflege und Gesundheit, und dass man die nicht außer Acht lassen darf. Die Zahlen, die etwa der Städtebund oder das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum vorlegen, sprechen eine klare Sprache.

Für Wien, sehr geehrte Damen und Herren, ist es glasklar, dass wir als Land und als Gemeinde in diesen Gesprächen auftreten, weil wir ja auch beide Aufgaben zu erledigen und vor allem zu finanzieren haben. Ich gehe also davon aus, dass klare Festlegungen jeweils für die Länder, die Städte, die Gemeinden und die Sozialversicherungsträger gefunden werden und dass deren Handlungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Dazu ist eine faire Verteilung der Mittel nötig. Denn die Steuermittel, die der Bund zentral einnimmt und dann mit anderen Gebietskörperschaften teilt, sind keine Geschenke des Bundes an die anderen Ebenen. Diese Abgaben heißen nicht zufällig Gemeinschaftliche Bundesabgaben. Wir haben als Gebietskörperschaft ein Anrecht darauf, denn diese Mittel bekommen wir für ganz konkrete Aufgabenerfüllungen – vom Nahverkehr über die Spitäler bis zur Pflege. Das möchte ich hier noch einmal ganz, ganz explizit festhalten.

Abschließend möchte ich zu diesem Thema sagen: Bund, Länder, Städte und Gemeinden sitzen hier in einem Boot. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst. Wir bekennen uns zum Sparen, wir bekennen uns zum Konsolidieren. Im Gegenzug dazu muss man aber die Länder, Städte und Gemeinden auch anständig und fair behandeln. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend die vorher beschriebenen Grundsätze auf die wichtigsten Zahlen des Budgets 2011 herunterbrechen. Eines möchte ich noch vorweg sagen: Dieses Budget wurde von uns über den Sommer erarbeitet und logischerweise konnte es nicht im Detail mit dem nunmehrigen Koalitionspartner erstellt werden. Die gesamte Regierung teilt aber selbstverständlich die Ziele dieses Budgets, und wir konnten in der Zwischenzeit ja bereits Maßnahmen setzen, die auch die Flexibilität des Budgets zum Ausdruck bringen, etwa die Bereitstellung der notwendigen Mittel zur erhöhten Kindermindestsicherung.

Beginnen wir mit dem Rahmen der Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben 2011. Die aktuell vorliegenden Prognosen lassen für 2011 ein Wirtschaftswachstum von etwa 1,9 bis 2 Prozent erwarten. Ich brauche nicht extra dazuzusagen, dass diese Aussichten in der momentanen Phase noch sehr, sehr unsicher sind. Und gerade auf Grund dieser unsicheren Situation haben wir eine Wirtschaftsreserve im Ausmaß von 300 Millionen in Form von Budgetkreditbindungen im Budget verankert. Damit wäre – Konjunktiv: wäre – die Stadt im Falle eines nochmaligen scharfen Wirtschaftsabschwungs in der Lage, innerhalb kurzer Zeit erhebliche Mittel für eine

notwendige regionale Krisenbekämpfung als Konjunkturstützung bereitzustellen. Wien ist damit in einer Phase erhöhter Ungewissheit beim Wirtschaftswachstum jederzeit in der Lage, antizyklisch und mit Nachdruck Arbeitsplätze und Aufträge zu sichern.

Wir gehen im vorliegenden Voranschlag den schmalen Pfad zwischen notwendiger Konsolidierung auf der einen und zukunftsorientierter Investitionstätigkeit auf der anderen Seite. Unser Ziel für 2011 war die Stabilisierung der Ausgabenentwicklung, und das ist im vorliegenden Haushaltsentwurf gelungen. Wir stabilisieren die Ausgaben auf einem Niveau von 11,43 Milliarden, die Einnahmen erreichen einen Wert von 10,81 Milliarden.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Einnahmen sagen. Wir liegen beim Aufkommen der Ertragsanteile im Jahr 2011 immer noch nicht auf dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008. Die Mindereinnahmen der letzten Jahre betragen insgesamt 1 Milliarde EUR. Ich sage das noch einmal, um die Dimensionen zu unterstreichen, mit denen Verantwortliche in den Rathäusern, in den Landtagen, aber natürlich auch auf Bundesebene in finanzieller Hinsicht derzeit zu kämpfen haben. Der Preis, den wir bei gleichzeitigem Festhalten an ausreichenden Investitionen zahlen müssen, ist ein Abgang im Haushalt. Nach dem Budgetentwurf wird eine Größenordnung von 621,3 Millionen EUR erreicht. Ich bin mir aber sicher – vorausgesetzt, das Wirtschaftswachstum bleibt auf dem jetzigen Niveau –, dass wir durch einen guten Budgetvollzug ein besseres Ergebnis erreichen werden. Die Maßnahmen, die durch die Steuerreform gesetzt werden, werden, wenn diese wirklich so realisiert werden, ebenfalls einen sehr wichtigen und positiven Beitrag dazu leisten.

Unser Schuldenstand erreicht diesen Zahlen zufolge am Ende des Jahres 2010 den Wert von 2,94 Milliarden EUR. Dieser Schuldenstand ergibt sich aus der konjunkturbedingten Mobilisierung zusätzlicher Mittel und dem erwähnten und beschriebenen einnahmeneinseitigen Einbruch. Das Maastricht-Ergebnis liegt 2011 bei einem Prognosewert von 577 Millionen EUR.

Gestatten Sie mir aber auch einen Blick auf die Pro-Kopf-Verschuldung, damit wir uns noch einmal die Dimension der realen Verschuldungsquote vor Augen führen. Mit 1 723 EUR pro Kopf haben wir die geringste Verschuldung aller Bundesländer und sind bei Weitem entfernt von dem, was der Bund hat. Das ist das Ergebnis der vorsichtigen Politik der vergangenen Jahre. *(Beifall bei der SPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben dieses Budget so angelegt, dass wir Investieren mit Sparen verbinden. Wir haben mehrere Bereiche als Schwerpunkte definiert: Investitionen, Bildung und Kinderbetreuung, Soziales, Gesundheit, kommunaler Arbeitsmarkt und Ausbildungspolitik. Demnach erreichen die Investitionen der Stadt 2011 ein Niveau von 2,64 Milliarden EUR. Wir behalten auch die starke Betonung der nachfragewirksamen Ausgaben bei, allerdings nicht mehr auf dem Niveau, wie es während der Krise war. Wenn die Stadt spart, gibt sie weniger Geld aus, damit fragt sie logischerweise weniger nach und damit sinkt der

Wert der nachfragewirksamen Ausgaben in unserem Fall auf 4,29 Milliarden EUR.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist gerade im Jahr 2011 das Thema Arbeitsmarktpolitik, unsere österreichweit einzigartige städtische Arbeitsmarktpolitik. Hier halten wir das Niveau in Form von Unterstützungen und Beratungsleistungen des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds. Dafür stehen 2011 wiederum 58 Millionen EUR zur Verfügung, das sind, um es in die Realität zu übersetzen, 28 000 Menschen, denen wir damit helfen können.

Unsere Arbeitsmarktsituation, sehr geehrte Damen und Herren, ist natürlich in einem urbanen Raum eine ganz spezifische. Das hängt in Wien damit zusammen, dass fast 250 000 Menschen aus dem Umfeld hier bei uns in Wien einen Arbeitsplatz finden. Und der starke Dienstleistungsanteil unserer Struktur hat dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit später gestiegen ist. Natürlich sind wir – und das haben wir immer angekündigt – jetzt auch damit konfrontiert, dass auf Grund dieser speziellen Struktur die Arbeitslosigkeit auch erst später sinken wird.

Unser Ziel war, dass der Anstieg generell möglichst gering ist, und das ist gelungen. Die Arbeitslosigkeit etwa in Oberösterreich ist zwar im November 2010 zurückgegangen, sie liegt aber immer noch um über 23 Prozent höher als im Jahr 2007. Bei uns in Wien liegt die Arbeitslosigkeit lediglich um 4,5 Prozent höher gegenüber dem Niveau von 2007. Und wir beobachten jetzt ein Phänomen, dass wir in Wien einerseits Arbeitslosigkeit haben, andererseits aber Beschäftigungsrekord. Dieses Phänomen Arbeitslosigkeit und gleichzeitig absoluter Beschäftigungsrekord ist natürlich ein sehr spannendes und hat mehrere Ursachen. Zum einen ergibt sich das, weil verstärkt Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen, nicht zuletzt auch aus den uns umgebenden Bundesländern.

Natürlich spielt auch das Thema Saisonarbeitslosigkeit eine Rolle, aber ganz wichtig ist, dass wir hier auch einen Zusammenhang sehen, und zwar einen bei genauerem Hinschauen positiven Zusammenhang zum Thema Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Denn die Bedarfsorientierte Mindestsicherung hat genau den Effekt, von dem wir immer gesprochen haben und den wir gemeinsam mit Minister Hundstorfer auch beabsichtigt haben. Hunderte von Menschen melden sich jetzt beim Arbeitsmarktservice und versuchen, mit Hilfe des AMS wieder Beschäftigung zu bekommen. Und das bestätigt, was wir immer gesagt haben: Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist keine soziale Hängematte, sie ist ein Sprungbrett. Sie ist ein aktivierendes, förderndes Element und bringt die Menschen dazu, sich wieder um Beschäftigung zu bemühen. Genau das wollen wir, genau das ist wichtig. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der Kampf, sehr geehrte Damen und Herren, gegen Arbeitslosigkeit wird nicht so schnell zu gewinnen sein und wird uns noch das ganze Jahr 2011 beschäftigen, aber wir werden nicht nachlassen, wir werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Und wir werden auch weiter aktiv sein beim Thema Wirtschaftsförderung, wiewohl wir, wie auch in anderen Bereichen der Stadt, beim Bereich der Wirtschaftsförderung die Maßnahmen auf das Niveau

von vor der Krise redimensionieren werden. Das heißt aber nicht, dass in jenen Bereichen, in denen der Sparkurs zu Redimensionierungen zwingt, nichts weitergeht. Ganz im Gegenteil, sehr geehrte Damen und Herren. Im Wohnbau zum Beispiel wird nicht nur wegen der geringeren Mittel das Augenmerk vor allem auf innovative Projekte gelegt. Das reicht von besonders günstigen Kleinwohnungen über integrative und intergenerative Wohnformen bis hin zum ökologischen Wohnen.

Die Kulturförderung liegt immer noch auf dem Vorkrisenniveau und wird diese Stadt mit neuen Inhalten prägen.

Im Bereich der Daseinsvorsorge wird die Stadt sich trotz enger finanzieller Rahmenbedingungen nicht aus ihrer öffentlichen Verantwortung zurückziehen, sondern weiter ausbauen und investieren.

Die Stadt bleibt eine verantwortungsvolle Arbeitgeberin, aber auch hier ermöglicht der enge finanzielle Spielraum keinen Personalausbau. Wie bisher setzen wir auf mehr Effizienz und noch bessere Organisation. Für den tollen Einsatz unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen bei dieser Gelegenheit ein ganz großes Dankeschön an alle wunderbaren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt Wien, die einen ganz, ganz tollen Job machen. *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)*

In der Wirtschaftsförderung werden wir sehr selbstkritisch evaluieren. Wir werden noch zielgerichteter dafür sorgen, dass Innovation gefördert wird und dass wir vor allem jene bedienen, die das Rückgrat der Wiener Wirtschaft sind, die Klein- und Mittelbetriebe. Dafür haben wir im kommenden Jahr eine Gesamtsumme von 172,29 Millionen EUR zur Verfügung. Die Wirtschaftsförderung liegt damit zwar unter der Zeit der Krise, logischerweise, aber immer noch deutlich höher als im Hochkonjunkturjahr 2008.

Der Zukunftsschwerpunkt, sehr geehrte Damen und Herren – ich sagte es schon, und es ist uns wirklich ganz, ganz wichtig – ist der Bereich Bildung und Kinderbetreuung. Wir liegen hier 2011 bei einem Ausgabenvolumen von 1,66 Milliarden EUR. Die Schulsanierungen gehen damit weiter, der Gratiskindergarten ist institutionalisiert, unsere Campusmodelle werden umgesetzt. Hier wären Einsparungen tatsächlich falsch und kontraproduktiv.

Einen letzten Schwerpunkt lassen Sie mich noch ansprechen, nämlich Soziales und Gesundheit. Für beide Bereiche zusammengenommen stellt die Stadt Wien 2011 über 2,9 Milliarden EUR zur Verfügung. Diese Stadtregierung steht dafür, dass sie niemanden zurücklässt, dass wir allen Menschen in schwierigen Lebensphasen beistehen und dass wir genau darauf schauen, dass das Geld bei den Richtigen ankommt. Wir gehen allen Unkenrufen zum Trotz voran beim Bau des Krankenhauses Nord, und wir stärken die Infrastruktur mehrerer Krankenhausstandorte in der Stadt. Im Sozialbereich etwa wird das Geriatriekonzept weiter vorangetrieben. Mit der Einrichtung neuer dezentraler Pflegewohnhäuser erreichen wir 2015 eine Versorgungsmöglichkeit mit 10 000 Pflegeplätzen. Für die ältere Generation wird also

in Wien Sorge getragen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Voranschlag setzen wir den Rahmen für eine gute Entwicklung Wiens in den kommenden Jahren. Wir investieren dort, wo es notwendig ist, und wir sparen dort, wo wir nach der Krise das Niveau zurückführen können. Wir handeln verantwortungsvoll, und wir schauen auf das Geld der Wiener und Wienerinnen. Dieser Voranschlag kann sich sehen lassen, und ich denke, unsere Bemühungen werden klar sichtbar, wenn wir uns Wien anschauen. Sie können sich sehr genau anschauen, was in dieser Stadt passiert, indem Sie am besten einfach mit den Menschen reden.

Sprechen Sie mit Jugendlichen, die vom Engagement der Stadt in überbetrieblichen Lehrwerkstätten profitieren, die sich wertgeschätzt fühlen und einen Platz in unserer Gesellschaft gefunden haben.

Reden Sie mit Kleinunternehmern, die sich durch eine Förderungen der Stadt eine neue Maschine kaufen konnten und sich damit vielleicht in einem Nischenbereich erfolgreich international positioniert haben.

Sprechen Sie mit einem Touristen, einer Touristin, Sie werden sehen, wie toll diese Wien generell und vor allem unser Kulturangebot finden.

Diskutieren Sie mit den Forschern und Forscherinnen in Wien, etwa in den Labors am Campus Vienna Biocenter.

Sprechen Sie mit einer alleinerziehenden Mutter über die Kinderbetreuungseinrichtungen oder mit einer Familie über die Erleichterungen, die der Gratiskindergarten für das erhöhte Familieneinkommen bringt.

Schauen Sie in eine moderne Pflegeeinrichtung, reden Sie dort mit den Leuten und ihren Angehörigen.

Sie werden dabei sehen, Wien ist eine Stadt wie keine andere, weil wir für vieles sorgen, was es andernorts nicht gibt oder so qualitativ nicht gibt. Für alle diese Leistungen, all diese Möglichkeiten, all diese Services und all diese Hilfe wird im Wiener Budget vorgesorgt. Wir schauen aufs Geld, wir geben keinen Cent leichtfertig aus. Wir freuen uns, wenn Wien die Stadt mit der höchsten Lebensqualität ist, und die Menschen gern in diese Stadt kommen und gern in dieser Stadt leben.

Ich möchte zum Schluss allen danken, die am Zustandekommen dieses Voranschlags mitgearbeitet haben, allen voran Herrn Finanzdirektor Richard Neidinger und seinem Team.

Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine spannende Voranschlagsdebatte. Danke vielmals. *(Lang anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich bedanke mich für diesen Bericht.

Wir fahren in der Sitzung fort. In der Präsidialkonferenz wurden für die Budgetdebatte die Reihenfolge der zu behandelnden Geschäftsgruppen festgelegt sowie die Redezeit vereinbart. Für die Generaldebatte haben der Erstedner jeder Fraktion eine Redezeit von 25 Minuten, die nachfolgenden Redner 20 Minuten zur Verfügung. Die Redezeit in der Spezialdebatte beträgt für die Erst-

redner jeder Fraktion 25 Minuten, für weitere Wortmeldungen wurden 25 Minuten vereinbart.

Ich eröffne die Spezialdebatte über die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung. Als erste Rednerin ist Frau GRin Marek zu Wort gemeldet, und ich erteile es ihr.

GRin Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Wir diskutieren heute ein rotes Budget. Nichts anderes ist es, was uns hier heute vorgelegt wird. Das Koalitionsabkommen ist, auf den Punkt gebracht, roter Stillstand in grüner Verpackung. Man kann sagen, ein bisschen grün, nicht allzu viel, aber beim Budget, meine Damen und Herren, sehe ich nicht einmal grüne Verpackung, nicht einmal ein grünes Mäntelchen. Die GRÜNEN müssen und die GRÜNEN werden dem Budget zustimmen, obwohl sie überhaupt nicht an diesem Budget mitgewirkt haben.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie haben sich bis zur Unkenntlichkeit verbogen und sind im Liegen umgefallen, um in diese Regierung zu kommen. Was wir heute hier sehen – Sie verzeihen mir das, aber das werden Sie sich gefallen lassen müssen –, kommt einer Selbstaufgabe gleich.

Wenn ich mir ein Zitat aus dem Wahlprogramm der Wiener GRÜNEN hernehme, meine Damen und Herren, so lautet dies: „Das grüne Wien macht sein Budget vollständig transparent.“ Das sehen wir nicht, meine Damen und Herren. Das rot-grüne Wien macht das offenbar nicht, und das ist das, was wir im Budget sehen.

Auch der Rechnungshof hat festgestellt, das Wiener Budget ist intransparent, es ist unklar, und es ist wenig aussagekräftig hinsichtlich der tatsächlichen Vermögenssituation der Stadt. Es gibt weder eine mittelfristige Planung noch einen Überblick über die Nachhaltigkeit der Haushaltsführung.

Zudem stellt der Rechnungshof der Finanzplanung der Stadt Wien ein vernichtendes – man kann es nur so bezeichnen –, ein vernichtendes Zeugnis aus. Er stellt fest, dass die geringe Zinsbelastung durch den Einsatz von Fremdwährungsinstrumenten ein hohes Risiko in sich trägt. Weiters kritisiert der Rechnungshof, dass dafür keine Risikoanalyse beziehungsweise Risikobewertung durchgeführt wurde.

Meine Damen und Herren! Es ist besonders interessant, dass genau die Partei dafür verantwortlich zeichnet, die immer wilde Attacken gegen Aktienspekulationen, Hochrisikogeschäfte und Ähnliches reitet. Das ist absolut bemerkenswert im negativen Sinn, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist auch einer von sechs guten Gründen, warum wir diesen Budgetvoranschlag ablehnen. Aus unserer Sicht führt dieses Budget in eine Sackgasse. Es ist intransparent, und es ist absolut visionslos im Hinblick auf die drängenden Probleme dieser Stadt. Es ist ebenso visionslos wie das Regierungsprogramm dieser Koalition. Es gibt keine Entlastung der Bevölkerung, es gibt kein klares Bekenntnis – und das ist besonders dramatisch – zu einer Wirtschaftsoffensive, keinerlei Ambitionen, den

Standort Wien weiterzuentwickeln, keine Ambition, die roten Machtstrukturen, die Sie immer so kritisiert haben, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, zu durchbrechen und einen frischen Wind nach Wien zu bringen, und kein klares Bekenntnis – das ist besonders schlimm – zu einer Wahlrechtsreform, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

Ein umfassendes Zukunftsprogramm sieht schlichtweg anders aus, und das, was Sie hier vorgelegt haben, ist kein zukunftsorientiertes Budget.

Der zweite Grund, warum wir Nein zum Budgetvoranschlag sagen: Die Verschuldung Wiens – Frau Vizebürgermeisterin, das können Sie auch nicht schönreden – droht völlig aus dem Ruder zu laufen. Wir erwarten eine Schuldenstandsexplosion von 1,87 Milliarden EUR auf 2,94 Milliarden EUR. Darin sind die über 2,2 Milliarden EUR von Wiener Wohnen noch nicht einmal mit eingerechnet. Das Defizit ist mit 600 Millionen EUR nach wie vor extrem hoch. Wo Rote wirtschaften – das kann man einmal mehr ganz klar sagen –, stehen am Ende roten Zahlen.

Der dritte Grund, Frau Vizebürgermeisterin: Die Arbeitslosigkeit war in Wien im Oktober mit 8,2 Prozent höher als in allen anderen Bundesländern. Und schlimmer noch: Im November ist die Arbeitslosigkeit um 5,7 Prozent gestiegen, während sie in allen anderen Bundesländern zurückgegangen ist. Das ist etwas, was wir über Jahre sehen: Die Arbeitslosigkeit in Wien ist der Negativspitzenreiter.

Frau Vizebürgermeisterin, es ist ja schon fast verwegen, hier mit Oberösterreich zu vergleichen, denn von einem so hohen Niveau ausgehend, wie Wien es hat, von einem geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu sprechen – nicht böse sein, das ist keine Kunst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der vierte Grund, warum wir dieses Budget ablehnen, meine Damen und Herren: Die Bilanz von Herrn Bgm Häupl – das kann man durchaus milde ausdrücken – ist sehr ernüchternd. Seit seinem Amtsantritt gibt es in Wien um 21,5 Prozent mehr Arbeitslose und um 0,7 Prozent weniger Jobs. Das ist die Bilanz von Bgm Häupl, und das ist seine Verantwortung.

Ich frage auch: Wo ist das exzellente Wirtschaftswachstum, Frau Vizebürgermeisterin, das Sie in Ihrer Rede angesprochen haben? Wien hinkt hier hinter allen Bundesländern hinterher. Ganz im Gegenteil, Wien bräuchte endlich eine starke Wirtschaftspolitik, um Arbeitsplätze nachhaltig zu schaffen. Jobs werden nur geschaffen, wenn die Wirtschaft – das ist Infrastruktur, das ist Verwaltung, das ist Personal mit Bildung – gute Rahmenbedingungen vorfindet und wo Jugendliche auch in qualitativ guten Lehrverhältnissen ausgebildet werden und nicht nur in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen. In keinem anderen Bundesland sind so viele Jugendliche in überbetrieblichen Ausbildungen, wie dies in Wien der Fall ist.

Unser fünfter Grund, meine Damen und Herren, gegen diesen Budgetvoranschlag zu stimmen: Die Wirtschaftsförderung wird massiv heruntergefahren. Auch das können Sie nicht schönreden, Frau Vizebürgermeis-

terin, wenn man davon absieht, dass konjunkturbelebende Maßnahmen vom Vorjahr für 2011 leider nicht mehr vorgesehen sind. Obwohl Sie selbst gesagt haben, die Krise ist noch nicht vorbei, bleibt dennoch eine Kürzung der Förderungen von Unternehmen von 6,4 Millionen EUR auf 2,9 Millionen EUR. Das ist eine unfassbare Kürzung, meine Damen und Herren, um mehr als die Hälfte.

Zur Jungunternehmerförderung. Sie haben gesagt, Sie sind so stolz auf die Unternehmensgründungen in Wien. Da frage ich mich, wie ist das, wenn wir die Jungunternehmerförderung um ein Viertel kürzen. So sehr stolz sind Sie anscheinend nicht, um hier die Unternehmungen auch tatsächlich zu unterstützen.

Die KMU-Plus-Prämie wird um fast ein Drittel gekürzt, obwohl Sie, Frau Vizebürgermeisterin, gerade gesagt haben, die KMUs sind das Rückgrat der Wiener Wirtschaft. So geht man mit dem Rückgrat um, indem man den KMUs die Förderungen kürzt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich würde Ihnen auch dringend empfehlen, meine Damen und Herren von der Wiener Stadtregierung beziehungsweise der SPÖ – die GRÜNEN kommen ja ohnehin nicht vor –, Ihre Prioritäten ein wenig zu überdenken, denn das Budget des PID ist mit 47,4 Millionen EUR fast gleich hoch wie im letzten Jahr, und wenn man dem die Kürzungen im Bereich der Wirtschaftsförderung entgegenhält, dann sollte man die Prioritäten wirklich ganz klar überdenken. Das ist nämlich nicht nur visionslos, was Sie hier machen, sondern komplett kurzsichtig und gefährlich.

Wien braucht eine starke Unternehmensförderung, wir brauchen starke Unternehmen, weil eben – Sie haben es selbst gesagt – die Krise noch nicht vorbei ist. Wir brauchen endlich Rahmenbedingungen in Wien, die unternehmerisches Engagement belohnen, die echte Leistungsgerechtigkeit unterstützen, doch zu der wollen sich offensichtlich weder Rot noch Grün bekennen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht um viel. Es geht um die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Wien, der in einem beinharten Wettbewerb zu den Nachbarregionen, den Nachbarstädten steht. Aber Rot-Grün ist Wirtschaftspolitik – wir sehen das im Regierungsübereinkommen – kein Anliegen, denn im Kapitel Wirtschaftspolitik – und ich darf noch einmal kurz das Augenmerk darauf lenken – werden die zentralen Herausforderungen – und es sind große Herausforderungen –, denen sich der Standort Wien in den kommenden Jahren zu stellen hat, nicht einmal thematisiert. Produktionsstandort, Verwaltungsreform für die Unternehmen, Beteiligungen Stadt Wien, Evaluierung AMS-Wien und WAFF, all das ist keinerlei Thema im Regierungsprogramm. Die rote Allmachtpolitik wird prolongiert und einzementiert. Es ist einmal mehr – ich habe es schon einmal gesagt – ein Melonenprogramm: Innen drinnen alles Rot, außen ein bisschen Grün, meine Damen und Herren.

Aber beim Wirtschaftsstandort zu sparen – und ich sage es noch einmal –, ist nicht nur visionslos, sondern es ist komplett kurzsichtig. So erst, meine Damen und

Herren, Frau Vizebürgermeisterin, werden soziale Probleme in dieser Stadt geschaffen. Die beste Sozialpolitik ist es, Jobs zu schaffen, von denen die Menschen dann auch tatsächlich leben können, die in der Wirtschaft auch ein starkes Rückgrat haben. Und wenn Sie, Frau Vizebürgermeisterin, sagen, aus Visionen werden Projekte, also ich sehe sie nicht. Die muss man vielleicht mit der roten Brille suchen, sonst sieht sie niemand.

Sparen, meine Damen und Herren, kann man dabei an anderer Stelle. Und das ist unser sechster Grund, warum wir diesem Budget nicht zustimmen. Die rotgrüne Stadtregierung lässt keinerlei Initiativen für Kostenoptimierungsprogramme – das ist ein Fremdwort – und ausgabenseitige Einsparungsmaßnahmen erkennen, im Gegenteil, die Verschwendung von Steuergeldern – aber das kennen wir ja schon aus den letzten Jahren – steht nach wie vor im Vordergrund

Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben vorhin gesagt, Wien kennt sich aus beim Sparen. Ich glaube, da haben Sie selbst fast ein bisschen lachen müssen. Wir sehen seit Jahren nichts, was Sparen betrifft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Laut IHS gibt es bei den Wiener Spitälern ein Einsparungspotenzial von 190 Millionen EUR im Jahr. Der Rechnungshof hat errechnet – wir haben es auch oft wiederholt und betont –, dass das rote Wien von 2005 bis 2007 rund 400 Millionen EUR zu viel an Gebühren verrechnet hat. Das sind rund 500 EUR, eine große Summe pro Haushalt. Und wenn Sie, Frau Vizebürgermeisterin, vorhin gesagt haben, Sie sind die Anwältin der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, dann kann man das mit Fug und Recht als gefährliche Drohung bezeichnen.

Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien hat 2009 49,3 Millionen EUR verschlungen. Im Voranschlag 2011 sind es schon wieder 47,4 Millionen EUR. Die rote Selbstbeweihräucherungsmaschinerie geht unvermindert weiter. Besonders spannend finde ich auch, dass die GRÜNEN hier offensichtlich keinerlei Kritik anbringen, wenn man sich die Diskussion auf Bundesebene ansieht, wo die GRÜNEN massiv die rot geführten Ministerien angreifen auf Grund der Öffentlichkeitsarbeit, die dort betrieben wird.

Ein weiterer Punkt: Durch Planungsfehler und Kostenexplosionen bei Projekten wie der Sanierung der Zentralfeuerwache und des Hauptbahnhofes sowie des Prater-Vorplatzes sind zig Millionen Euro an Steuergeld versenkt worden, und eigentlich kann man davon ausgehen beziehungsweise ist zu befürchten, dass es hier genauso weitergehen wird. Und die Nichtumsetzung der Bundesbeamtenpensionsreform kostet die Wiener Steuerzahler laut Rechnungshof rund 350 Millionen EUR. Meine Damen und Herren, so schaut kein ordentliches Budget aus, so schaut auch kein zukunftsorientiertes Budget aus, und so schaut vor allem kein verantwortungsvolles, nachhaltiges Budget aus.

Wir sagen, her mit der Transparenz, wie es ja auch die GRÜNEN, meine Damen und Herren, immer wieder gefordert haben, her mit einer längerfristigen Budgetplanung und her mit einer echten Stadtbilanz, so wie viele deutsche Städte das sehr erfolgreich tun, wo alle Beteili-

gungen der Stadt auch wirklich ausgewiesen werden.

Wir sagen, eine Verwaltungsreform jetzt! Weg mit den Pensionsprivilegien, weg mit der überbordenden Bürokratie für die Menschen in dieser Stadt, allen voran für die Unternehmen in dieser Stadt, die Arbeitsplätze schaffen, her mit einer echten laufenden Kostenkontrolle durch einen weisungsfreien Landesrechnungshof, her mit einem zukunftsorientierten und leistungsfähigen Budget für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Klubobmann Ellensohn hat uns über die Medien eingeladen, mit den GRÜNEN gemeinsame Projekte zu überlegen und umzusetzen. Gerne, Herr Klubobmann, sehr gerne. Und ich lade Sie ein: Fangen wir heute an! Stimmen Sie mit uns gegen dieses rote Budget, an dessen Erstellung Sie ohnehin nicht beteiligt waren, und dann, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, dann machen wir bei der Wahlrechtsreform weiter, denn das ist ein bereits bestehendes gemeinsames Projekt, das wir im Mai gemeinsam begonnen haben. Das liegt fix und fertig vor, das haben Sie gemeinsam mit uns und der Freiheitlichen Partei vor einem Notar auch unterschrieben.

Aber die GRÜNEN – ich habe es eingangs erwähnt, meine Damen und Herren – werden diesem roten Budget heute zustimmen, wahrscheinlich auch aus Angst vor einem neuerlichen Rüffel vom Bgm Häupl.

Wir werden diesem Budget aus den genannten Gründen nicht zustimmen. Es ist weder fair noch ausgewogen noch nachhaltig und zukunftsorientiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

So eine zweitägige Budgetdebatte hat immer wieder das Problem mit sich gebracht, dass wir zwei Tage lang aneinander vorbeireden und viele Leute einfach ihre vorbereiteten Reden halten, unabhängig davon, was vorher gesagt wurde, und es zeichnet sich ab, dass das diesmal auch nicht anders ist. Dann darf man sich auch nicht wundern, wenn die Hütte nicht immer voll ist und alle an den Lippen der Redner und Rednerinnen hängen, weil wir ja wissen, was da passiert.

Das war leider auch heute wieder so. Es war nämlich egal, was die Finanzstadträtin sagt. Die Rede war vorbereitet, eins zu eins, sechs Punkte gibt es, fertig, das sagen wir jetzt. Die GRÜNEN werden nach zehn Tagen gemessen an dem, was sie schon gemacht haben. Ich finde das fabelhaft, dass man uns so viel zutraut. Die meisten Regierungen haben 100 Tage Schonfrist. Das gibt es nicht mehr, das macht mir nichts, ich brauche keine Schonfrist, wir brauchen keine.

Ich sage auch ganz einfach, warum die GRÜNEN überhaupt kein Problem haben und andere es sich auch überlegen sollten, dem Budget zuzustimmen. Legen Sie neun Bundesländerbudgets nebeneinander hin, und dann überlegen Sie, welchem Sie zustimmen würden. Denn wenn Sie die eigene Rede im niederösterreichischen Landtag halten, haben Sie dort keine Mehrheit

mehr, und für ein paar andere Landtage gilt das auch.

Die Budgets, denen die GRÜNEN in Österreich zustimmen könnten, sind das in Wien, das in Oberösterreich, und in Teilen kann man dem Vorarlberger Budget auch zustimmen, weil dort tatsächlich Ansätze sind, die auch uns zupass kommen. Dort, wo wir sicher nicht zustimmen können, ist – und darauf sollten wir hier eigentlich auch eingehen, wenn wir von der Opposition heute und morgen hören, was alles nicht geht –, das ist Kärnten und in Niederösterreich.

Wir leben nicht im Vergleich, aber Sie müssen sich schon zwischendurch auch gefallen lassen, dass man Ihre Wirtschaftskompetenz in Zweifel zieht. Zwei Bundesländer, die sich gerade darum raufen, wer die höchsten Pro-Kopf-Schulden hat. Die Niederösterreicher sind ganz knapp dran an Kärnten. Das ist fast eine Überraschung angesichts dessen, dass dort die Wirtschaftskompetenz auf drei Worte reduziert werden kann: Hypo Alpe-Adria. Das ist die Wirtschaftskompetenz der Freiheitlichen Partei in Österreich. Mehr braucht man dazu nicht zu sagen. Was sie dort aufführen! Da wären wir in Wien tatsächlich beim Zusperrren.

Welche Idee liegt jetzt der Arbeit für 2011 zu Grunde? Welche Rahmenbedingungen finden wir vor? Die Rahmenbedingungen sind tatsächlich beträchtlich schlechter als vor fünf Jahren. Vor fünf Jahren ist Sepp Rieder, der damalige Finanzstadtrat, hier gestanden und hat von wirtschaftlich schwierigen Zeiten gesprochen. Da hat er zwar damals auch recht gehabt, aber kein Vergleich mit heute. Damals gab es noch hunderte Millionen Maastricht-Überschüsse. Davon sind wir weit entfernt.

Wer ist verantwortlich dafür, dass wir heute eine völlig andere Wirtschaftssituation vorfinden? Wer hat die letzten Jahre von der Wirtschaftssituation profitiert und wer hat gebüßt? Und wer muss zum Teil weiter diese Schulden abtragen auf Bundesebene, auf europäischer Ebene oder, wenn man globalisiert denkt, weltweit? Nämlich die, die nicht zuständig sind.

Damit kommen wir zum Hauptproblem. Diese Budgetreden werden in ganz Österreich immer unangenehmer, wenn wir nicht irgendwann hergehen und das Geld dort holen, wo es ist. Es bleibt ja nichts anderes übrig, als große Sparpakete zu machen. Jetzt gibt es noch den Versuch, dieses Mal im Bildungsbereich und Sozialbereich nicht zu sparen. Das braucht einen Kraftakt.

Das schaffen nicht alle Bundesländer. In Kärnten werden der Gratiskindergarten und die Sozialleistungen zusammengeschnitten und die schlechteste Mindestsicherung von ganz Österreich beschlossen, wo Mehrfamilien in Kärnten draufzahlen. Nirgends bekommt eine Familie mit drei Kindern so wenig Geld wie in Kärnten! Das ist die Sozialpolitik der FPÖ. Nein, danke! Das brauchen wir da nicht.

Wenn wir nicht bald in Österreich eine Mehrheit finden, die Millionärssteuern nicht nur für okay hält, sondern tatsächlich für den einzigen wirklichen Ausweg aus der aktuellen Finanzkrise und Wirtschaftskrise, die längst zu einer Sozialkrise geworden ist, dann werden wir weiter sparen müssen. Das kann man mit Herz und Hirn machen, wie wir das hier in Wien versuchen, oder man

macht es ideenlos, wie das in Kärnten und Niederösterreich der Fall ist.

Die Zahl der Millionäre wächst. Die Zahl der Immobilienvermögen wächst. Dazu gibt es eine neue Studie – so neu ist sie mittlerweile nicht mehr, aber sehr bekannt ist sie nicht geworden – von der Nationalbank über Immobilienvermögen in Österreich. Wenn Sie 94 Prozent der österreichischen Haushalte in Ruhe lassen, wenn diese aus dem Schneider sind und Sie genau noch 6 Prozent nehmen – da reden wir nicht vom Mittelstand –, wenn Sie also dort hineingreifen, könnten Sie in den nächsten Jahren Folgendes tun. Jetzt machen wir einmal einen neuen Vorschlag und sagen nicht: regelmäßige Vermögenssteuern, sondern Solidarität von Millionärinnen und Millionären in diesem Land für die nächsten fünf Jahre, um aus der Wirtschaftskrise und Sozialkrise herauszukommen.

Nur, da gibt es leider zwei, die das nicht wollen: Die Österreichische Volkspartei ist die Lobbyistenpartei der Reichen und Superreichen. Sie tun, wofür sie bezahlt werden. Das ist okay. Dafür kassieren sie das Geld. Das passt. Sie tun, was von ihnen erwartet wird. Aber auch die FPÖ legt sich nicht mit denen an, die ihre Wahlkämpfe finanzieren.

Und deswegen sind wir im Moment dort, wo wir sind. Das, was wir in Wien gestartet haben, brauchen wir 2013 im Bund, damit irgendwann die Kassen so ausschauen, dass man tatsächlich wieder in allen Bereichen die Standards erhöhen kann.

Was macht jetzt Rot-Grün unter diesen schwierigen Bedingungen, die nicht von den AlleinerzieherInnen und nicht von den großen Familien und nicht von der Sozialdemokratie und nicht von den GRÜNEN in diesem Haus verursacht wurden? Was machen wir unter diesen schwierigen Bedingungen? Soziale Standards sichern ist eines, aber sogar ausbauen werden wir diese. Das Sozialbudget sinkt in Wien nicht. Vergleichen Sie das einmal mit den Bundesländern, in denen Sie das Sagen haben! Dort schaut es genau anders aus.

Kein Sparen um jeden Preis! Kein Abbau von Sozialleistungen, sondern Ausbau, und Ausbau bei der Bildung: Das gibt es auch nicht überall.

Wenn wir mit diesen Reden, die wir hier halten, quer durch die Landtage ziehen würden, das wäre eine interessante Geschichte. Eigentlich sollte man sich Leute von anderen Landtagen zum Referieren einladen. Nicht nur die Europaabgeordneten sollten hier sprechen können. Dann holen wir uns die Finanzlandesräte von den anderen acht Bundesländern und drehen einmal diese alle durch die Mangel und gehen durch, warum in Kärnten die Familien kaputtgespart werden, gehen einmal durch, warum in Niederösterreich das Defizit explodiert ist, und gehen einmal durch, warum es in Tirol hinten und vorne mit dem Schuldenstand nicht passt.

Konkret in Wien: Ich nehme einen Punkt heraus, der tatsächlich – das Budget ist flexibel, wie die Finanzstadträtin gesagt hat – neu verhandelt wurde. Ich nehme die Kindermindestsicherung heraus, die schon in der Nähe einer Maximalsicherung ist. Und das wäre einmal angebracht. Ich habe das bei der letzten Sitzung, bei der

Angelobung dieser „Runde“ gesagt. Dann könnte man vielleicht leichter in einen Diskurs treten, wenn man die Kritik hört: Was passt nicht? Wo gibt es andere Vorschläge? Oder umgekehrt: Das passt schon! Damit man ein Gefühl bekommt: Wo machen wir das Richtige?

Es ist aber ein bisschen mühsam, wenn die ehemals für Familie Zuständige nicht in der Lage ist, hier Rot-Grün in Wien dafür zu loben, dass wir tatsächlich die höchste Mindestsicherung für Kinder in ganz Österreich einführen, mit Abstand die höchste Mindestsicherung: 203 EUR statt 134 EUR. (*GRin Christine Marek: Wie kommen diese Leistungen überhaupt an? Das weiß man nicht!*) Sie kommen bei 27 000 Kindern in Wien und deren Familien an. Die schwimmen ja nicht die Donau hinunter! Irgendjemand bekommt ja das Geld.

Kein Mensch sagt etwas dagegen, dass wir mehr Arbeit schaffen und bessere Löhne zahlen sollten. Die ÖVP sträubt sich allerorts gegen einen Mindestlohn von 1 300 EUR. Da muss man im Handel kämpfen, dass das irgendwann möglich wird. Sie sind der Meinung, dass man von niedrigen Löhnen leben soll und die Mindestsicherung klein bleiben soll! Sie haben die 13. Familienbeihilfe auf Bundesebene nicht nur mit abgeschafft, sondern die Abschaffung erfunden, Frau Klubobfrau Marek!

Die Grundsicherung sollte meiner Meinung nach immer noch viel höher sein, natürlich. Wir kämpfen nach wie vor für die Position: Armutsbekämpfung heißt, alle Menschen armutssicher zu machen. Das heißt, 950 EUR im Moment. Das geht sich im Moment bei diesen Kassen nicht aus.

Also haben wir uns überlegt: Wo kann man denn treffsicher noch Sozialpolitik machen, wenn man Geld in die Hand nimmt, immerhin noch 17 Millionen EUR extra für die Familien? Das sollte doch Ihnen ein Anliegen sein. Davon höre ich kein Wort.

Jetzt wird dann wieder gerätselt: Bekommen diese das überhaupt? Oder wer bekommt das sonst? Der Vierjährige wird es nicht in die Hand gedrückt bekommen. Das ist auch gut so. Ich würde es meinem auch nicht geben. Aber die Familien bekommen es. Das ist ja wohl unbestritten, denn sonst müssten Sie ja gleich alle Transferleistungen streichen und den Menschen nichts mehr geben. Das kommt wahrscheinlich leider in der Ideologie noch vor.

Die höchste Kindergrundsicherung hilft in Wien 27 000 Kindern. In den anderen acht Bundesländern sind es übrigens zusammengerechnet 23 000 Kinder, die überhaupt eine Mindestsicherung bekommen, jeweils eine kleinere als hier, wo 27 000 Kinder betroffen sind und tatsächlich statt diesen 134 EUR 203 EUR bekommen. Eine Alleinerzieherin mit 2 Kindern hat jetzt 140 EUR mehr im Monat. Eine Familie mit 3 Kindern hat über 200 EUR mehr im Monat. Das ist viel Geld für Leute, die keines haben. Von denen reden wir, denn die anderen bekommen keine Mindestsicherung. 200 EUR mehr für eine Familie mit 3 Kindern! Das ist viel Geld für Leute, die es dringend benötigen können.

Ich möchte das gar nicht alles weiter ausführen. Es ist schon sehr ausführlich bei der Einleitung der Finanzstadträtin zutage gekommen: 8 000 sanierte Gemeinde-

wohnungen nächstes Jahr – das ist kein Schmutz angesichts der Möglichkeiten, die wir haben, – Ausbau der Kinderbetreuung für Ein- bis Dreijährige. Man darf gar nicht müde werden zu sagen, wie wichtig die Kinderbetreuung, der Kindergarten, ist und was das alles an Bildungs- und Zukunftschancen bedeutet.

In anderen Bundesländern wird genau in den Bereich hineingeschnitten. Sie wissen das. In Kärnten werden den Gemeinden 25 Prozent der Gelder für die Kinderbetreuung entzogen. Und was kommt? Der Kindergarten für Dreijährige wird kostenpflichtig, der Kindergarten für Vierjährige wird wieder kostenpflichtig. Das war ein Projekt! Jetzt heißt es plötzlich ein Projekt. Die Kinderbetreuung dort muss wieder voll bezahlt werden. Das wird dazu führen, dass die Kinder zu einem hohen Teil dort nicht hingehen werden.

Das ist genau das Gegenteil dessen, was Rot-Grün in Wien macht: Ausbau der Kinderbetreuung der Ein- bis Dreijährigen, selbstverständlich Beibehaltung des kostenlosen Kindergartens. Selbstverständlich ist es hier. Das ist nicht selbstverständlich in ganz Österreich. Dort, wo andere zuständig sind, ist es leider nicht so.

Jetzt muss ich auf ein paar Beispiele tatsächlich eingehen, nur damit wir den Vergleich haben. In Kärnten wächst im Moment nur eines, und das ist der Schulden-turm. Schauen Sie sich die Neuverschuldung für das nächste Jahr dort an: 231 Millionen EUR! Das ist ein kleines Bundesland im Vergleich zu Wien – kein mangelnder Respekt, aber ein kleines Bundesland im Vergleich. Das „Scheuch-Eis“ haben sie verteilt, und irgendwelche „Racker-Autobusse“ fahren durch die Gegend, aber bei der Mindestsicherung wurde hineingeschnitten. Die Verschlechterung in Kärnten ergibt tatsächlich jetzt im Ergebnis die schlechteste Mindestsicherung Österreichs. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Sie sind dort immer schon zuständig gewesen, schon sehr lange. Das haben Sie ja nicht neu übernommen! Da waren immer Sie zuständig. Und jetzt gibt es dort die höchste Pro-Kopf-Verschuldung, Kopf an Kopf mit dem Herrn Pröll in Niederösterreich. Der Kahlschlag in Kärnten findet statt. Es ist schon fast nicht mehr anders möglich. Schade, dass Sie bei den Kindern und Familien mit dem Sparen angefangen haben.

In der Steiermark regiert die gleiche Koalition wie vorher. Die Wahlen waren vor dieser Wahl, 14 Tage vorher. Die könnten eigentlich mit dem Budget für 2010 fertig sein, für 2011 und 2012 vielleicht. Das Budget für 2011 wird in der Steiermark wann ungefähr beschlossen? Im April des nächsten Jahres. Es wird im März in der Landesregierung vorgelegt. Die zwei dort haben sich so bis zum Schluss blockiert! Dass sie jetzt in der Lage sind, neue Dienstwagen zu bestellen, ist sich ausgegangen. Was sich nicht ausgeht – es ist immer das Gleiche, wenn die ÖVP dabei sitzt –, ist, ein Budget tatsächlich noch in dem Kalenderjahr vorzulegen, wie es eigentlich vorgesehen ist. Und das haben wir da.

In Oberösterreich – das habe ich einleitend auch gesagt; das wird niemanden wundern – könnten auch die Wiener GRÜNEN zustimmen. Oberösterreich war bis vor

zwei Jahren zumindest auf Landesebene nahezu schuldenfrei und hat jetzt – dort wird das Budget übrigens gemeinsam von ÖVP, GRÜNEN und Sozialdemokratie beschlossen – die Mindestsicherung ebenfalls verbessert.

Es gibt also zwei Bundesländer, die gravierende Verbesserungen bei der Mindestsicherung beschlossen haben: Oberösterreich und Wien. Und als Grüner tut das natürlich gut, das sagen zu dürfen, denn es sind zwei Mal die GRÜNEN dabei.

In Tirol verdoppelt sich der Schuldenstand im Budget 2011. Zuständig ... *(GR Anton Mahdalik: Das war nicht die Frage!)* Das ist die Frage! Und zuständig ... *(Weiterer Zwischenruf von GR Anton Mahdalik.)* Herr Mahdalik, Sie stellen da nicht die Fragen! Sie können ja irgendwelche Antworten geben, wenn Ihnen welche einfallen.

Das entspricht einem Zuwachs von 50 Prozent alleine in Tirol. Gespart wird dort beim Klimaschutz, bei der Wohnbauförderung, bei Energie und quer over. Mit Mühe und Not kann man Ihnen zugute halten, dass bei der Familienförderung dort die Kürzungen nicht so hoch sind wie bei den anderen, wo Sie zuständig sind, na immerhin. Ein bisschen etwas ist es gewesen.

Zu Niederösterreich – das ist ja das Drama –, wo eine Gemeinde nach der anderen crashen geht, weil sie sich tatsächlich auch auf dem Kapitalmarkt herumgetrieben haben und das nicht konnten und jetzt von der Raiffeisenbank halb oder nicht gerettet werden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist schon peinlich!)* Dort gibt es Kürzungen im Sozialbereich, Kürzungen im Energiebereich, man hat in der Pro-Kopf-Verschuldung aufgeholt – aufgeholt ist das falsche Wort: zurückgefallen mit Kärnten auf den letzten Platz – und hat jetzt die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Österreich.

Dort hat zum Beispiel die Freiheitliche Partei gesagt: Wir wollen keine Kürzungen im Familienbereich! – Dort, wo Sie zuständig sind, in Kärnten, machen Sie genau das.

Wir sollten hier an diesem RednerInnenpult versuchen, Einigung über ein paar grundlegende Punkte herzustellen. Das, was nicht geht, ist die Forderung: sparen, weniger ausgeben, alles finanzieren, mehr Geld für alles haben, keine Schulden machen, und das alles gleichzeitig! *(GR Mag Wolfgang Jung: Salzburg haben wir jetzt noch nicht besprochen!)*

Ich war nicht immer der Beste in dem, wo das hingehört. Was ist das? Ist das dann Physik oder Chemie? – Diese Quadratur des Kreises muss man aber schon einmal vorleben, wie das funktionieren soll, dass man alles zahlt und alles ausgibt und keine Schulden macht. Es wundert mich nicht, dass die Wiener ÖVP versucht, das zu sagen, denn von Wirtschaftskompetenz habe ich in den letzten Jahren hier ja leider nichts gehört.

Mein Vorschlag, den ich im Interview mit der „Presse“ gesagt habe, war daher auch nicht: Wir, die GRÜNEN sind bereit, sondern selbstverständlich ist Rot-Grün in Wien daran interessiert, gute Vorschläge zu hören, wie wir das Zusammenleben in Wien konstruktiver und besser gestalten. Das ist ja ohnehin klar.

Ich habe dort auch dazugesagt – das hat sich dann in

der Niederschrift nicht mehr gefunden –: Es wäre auch fast schon eine Innovation, wenn es einen Vorschlag gibt! Denn als rot-grünes Projekt oder als grünes Projekt zu definieren: Kommen Sie heraus und stimmen Sie auch Nein!, so haben die Vorschläge der GRÜNEN die letzten 10 Jahre und 15 Jahre nicht angeschaut. Die Vorschläge waren sehr konkret, und die stehen irgendwo in Wien. Da gibt es ein Biomassekraftwerk. Das ist ja kein Vorschlag: Kommen Sie heraus und stimmen Sie auch Nein! Sie wollen doch nicht zur Neinsager-Partei in dieser Stadt werden! Und Sie wollen doch nicht ständig in einem Boot ... *(Zwischenruf von GRin Christine Marek.)* Ich weiß ohnehin, dass Sie einen Richtungsstreit innerhalb der Volkspartei haben!

Weil ich aber interessiert daran bin, dass man Wien weiterbringt, bin ich auch interessiert daran, dass sich in der ÖVP die Leute durchsetzen, die nicht in einer Krise wie jetzt ausschließlich überlegen, welchen Bettler sie als Nächstes irgendwo vertreiben können. Jetzt sind, so glaube ich, die behinderten Bettler dran, Herr Ulm, wenn ich es richtig gelesen habe. Also, alle paar Monate kommt ein neuer Vorschlag! *(GR Dr Wolfgang Ulm: Sie sind für organisierte Kriminalität!)* Ich weiß nicht, wer da wen überholen soll. *(GR Dr Wolfgang Ulm: Welche Vorschläge haben Sie? Nichts! Null!)*

Das ist das einzige Mal, dass er Emotion zeigt! Sozialpolitik, Kinder bekommen, kein Geld, alles ist dem Herrn Ulm wurscht, aber einmal das Wort betteln, da geht die Emotion hoch: Das ist ein Wahnsinn! – Das ist ein Wahnsinn, dass es arme Leute in der Stadt gibt, die womöglich noch behindert sind! Bist du narrisch! Sofort müssen die verschwinden! *(GR Dr Wolfgang Ulm: Sie sind Regierungspartei, Sie sollten Vorschläge machen!)*

Das ist das einzige Mal, dass er beim Zuhören aufgewacht ist, wie Sie alle bemerkt haben werden! Und das wundert mich nicht! *(GR Dr Wolfgang Ulm: Sie sind Regierungspartei!)* Herr Ulm, ich hoffe wirklich, dass sich nicht Ihre Linie innerhalb der Volkspartei durchsetzt, sondern eine andere! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Ich würde mir wirklich wünschen, dass man sich zu dritt hinsetzen kann und sich überlegt, was man machen will. Ich sage nicht zu viert, weil es nichts hilft bei Ihnen! *(Zwischenruf von GRin Christine Marek.)* Sehr richtig! Und deswegen haben wir sehr viele Vorschläge vorgelegt und haben ein Budget für 2011. In der Steiermark hat man keines zusammengebracht, da gibt es noch keines bis nächstes Jahr im April!

Jetzt gibt es ein Budget. Es ist flexibel. Würde der Geldregen kommen, wäre es leicht. Das, was zu befürchten ist, ist, dass wir nicht in der Lage sind, die Blockade, die vor allem von der Volkspartei betrieben wird, zu durchbrechen. Nämlich: Woher kommt neues Geld? Die öffentlichen Kassen sind jetzt im Wesentlichen österreichweit und europaweit entleert worden, um diese Krise so gut wie möglich aufzufangen. Ein zweites Mal das Gleiche zu tun, wird ein bisschen schwierig. Ein zweites Mal werden wir das nicht finanzieren können. Beim nächsten Mal ist der Crash ein viel brutalerer. Jetzt kann man hoffen, dass das nicht passiert, oder man könnte etwas unternehmen. Dann müssen wir Sie einla-

den, dass Sie sich ebenfalls Gedanken machen, wie Sie Ihre Hauptklientel und die Finanziere Ihrer Wahlkämpfe belasten können, aber das lasse ich jetzt.

Wir GRÜNE werden diesem Budget mit großer Überzeugung zustimmen. Aus dem einfachen Grund: Wenn ich neun hätte, die hier liegen ... (*Zwischenruf von GRin Christine Marek.*) Ich sage es noch einmal, Frau Marek: Sogar Sie würden das so machen, wenn ich Ihnen neun Budgets gebe und niemand eine Rede schreibt und niemand das bewertet, sondern Sie es ganz alleine selber durchgehen. Nehmen wir einmal nur den Punkt Sozialpolitik, denn um den geht es jetzt! Es gibt sehr viele Leute, die von dieser Sozialkrise betroffen sind, die sie sicher nicht mitverursacht haben. Darauf könnte man sich einmal einigen! Und wenn Sie sich dann die Sozialbudgets von neun Bundesländern nebeneinander legen, dann werden Sie am Schluss dem Wiener Budget zustimmen.

Hier gibt es das nicht, dass man einzelne Teile abstimmt. In Vorarlberg stimmen sie einzelne Teile ab. Da stimmen die GRÜNEN zum Beispiel dem Jugendbudget dort zu. Das müssen wir eigentlich einmal einführen, um zu überprüfen, ob Sie dem Sozialbudget tatsächlich Ihre Zustimmung verweigern würden. Das würde mich ja tatsächlich interessieren. Wir werden uns das überlegen, ob und wie das rechtlich funktioniert.

Dann legen wir einmal die Teile vor, und Sie suchen sich aus, ob Sie wirklich glauben, dass alles nichts ist. So hören sich die Reden da immer an. Ich meine, das ist ja nicht zum Aushalten! Auf Bundesebene wird bei den Familien gespart. Da nicht, und ich höre kein positives Wort. Aber es macht nichts, Sie sind nicht Familienpartei, Sie sind nicht Wirtschaftspartei. Vielleicht holen wir Sie irgendwann in ein Boot. Mein Gott, vielleicht kann man Sie in einem Beiboot eine Weile lang mitnehmen! Momentan segeln Sie mit dem falschen Wind mit, das ist sehr schade.

Wir werden uns darum kümmern, dass wir das in Wien gemeinsam so gut machen, wie wir uns das alle vorgenommen haben. Dafür sind wir angetreten, dafür arbeiten wir ab jetzt fünf Jahre lang. 2011 beginnt es mit einem sehr erfreulichen Jahr für das Budget 2011. Und nachher geht es um die folgenden Budgets. Wahrscheinlich wird eines schöner sein als das andere. Grün verpackt waren sie in den vergangenen Jahren schon, vielleicht wird der Umschlag noch ein bisschen dunkelgrüner. Es soll aber nicht um den Umschlag gehen, sondern um den Inhalt. Hier ist mehr Familienpolitik drinnen als in jedem anderen Budget, das Sie in Österreich finden werden. Alleine deswegen sollte sich der eine oder die andere überlegen zuzustimmen. – Vielen Dank. (*Beifall bei den GRÜNEN und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus. – Ich erteile es ihm.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Einen „überwältigenden“ Applaus für den Herrn Ellensohn hat man gesehen! Es war wirklich köstlich und putzig, den Ausführungen des Herrn Ellensohn bei der Präsentation seines Budgets zuzuhören. Nicht einmal der Koalitionspartner hat ihm zugehört, was ja auch schon sehr bezeichnend ist. Die Ausführungen des Herrn Ellensohn sind ja – wie Herr Van der Bellen vielleicht sagen würde – erfrischend. Sie sind nämlich erfrischend umgefallen. Sie haben gesagt, mit großer Überzeugung können Sie zustimmen. Erfrischend unsinnig waren teilweise die Ausführungen, erfrischend übergelaufen sind Sie in die Reihen der SPÖ. Wenn Sie so jammern, sehr geehrter Herr Kollege, dass Ihnen keine Schonfrist gewährt wird, dann sage ich: Sie gewähren ja den Bürgerinnen und Bürgern auch keine Schonfrist. Sie verdienen deswegen selbst keine Schonfrist. (*Beifall bei der FPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann sich für die GRÜNEN oder für das, was davon noch übriggeblieben ist, man kann sich für diese ganze Stadtregierung und für das Budget, das hier heute vorliegt, eigentlich nur freudschämen. Sie wissen, freudschämen ist ja das Wort des Jahres. Ich darf Ihnen kurz die Begründung der Jury zum Besten bringen, warum es das Wort des Jahres wurde.

Das Wort des Jahres, freudschämen, beschreibe „Empfindungen, die auftreten, wenn jemandem die Verhaltensweisen einer anderen – Klammer: meist bekannten - Person oder Gruppe so peinlich sind, dass man sich für diese schämt, während dies bei der betreffenden Person gerade nicht der Fall ist. Angesichts des Verlusts an Qualität in vielen Bereichen – Klammer: Bildung, Verwaltung, Krankenwesen und so weiter - und der Stagnation in der heimischen Politik verschiebt sich das Verantwortungsgefühl auf die einzelnen Bürger, die sich für die Zustände und die dafür Verantwortlichen immer öfter genieren – Klammer: freudschämen, (*Beifall bei der FPÖ.*) obwohl die Lösung nicht in ihren Händen, sondern in jenen der zuständigen Politiker liegt, die aber vielfach untätig bleiben.“ – Das ist die Begründung der Jury für das Wort freudschämen als Wort des Jahres 2010. Das ist ja sehr interessant.

Der Herr Ellensohn hat hier marktschreierisch oder eher ohne Energie etwas verkauft, woran er und seine Freunde eigentlich gar nicht mitgewirkt haben und auch nicht mitwirken durften. Sie haben ein Budget hier heute verkauft, das sich eigentlich im Großen und Ganzen überhaupt nicht von dem unterscheidet, was Sie in den letzten Jahren hier an Budgets vorgestellt haben, wo aber bis vor einem Jahr die GRÜNEN noch zu Recht dagegen gestimmt haben und dagegen Sturm gelaufen sind. Damals waren Sie dagegen, heute dafür. Sie wissen ja, das zweite Wort des Jahres ist verhaltenskreativ. Das ist eine sehr, sehr verhaltenskreative Einstellung.

Ich frage mich: Wo ist denn der Herr Margulies, der Herr Budgetsprecher? Wo ist denn die Frau Vassilakou? Das waren ja noch Zeiten, wo man lesen konnte: Der Herr Martin Margulies, der Budgetsprecher der GRÜNEN fordert die Stadt Wien auf, alles zur Sicherung von Ar-

beitsplätzen in Wien zu tun! – Jetzt passiert überhaupt nichts. Eine Arbeitsplatzvernichtung findet statt. Und der Herr Margulies schweigt.

Oder – ich zitiere weiter: „Im Sozial- und Bildungsreich fehlt das Geld an allen Ecken und Enden“, aber Millionen gibt es für die Propagandamaschinerie.

Oder: „Häupl bedient jetzt offenbar manche seiner ‚Freunde‘ in den Medien mit viel Geld, damit sie ihm wohlgesonnen sind.“

Da haben Sie vollkommen recht gehabt, Herr Margulies! Oder wenn die Frau Vizebürgermeisterin, die jetzige Vizebürgermeisterin Vassilakou immer von Schönrederei und Realitätsverweigerung bei der SPÖ gesprochen hat, so war die Rede von Herrn Ellensohn heute genau das, was Sie damals kritisiert haben, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wo sind denn jetzt die GRÜNEN als selbsternannte Kontrollpartei? Damals, als ihr noch bei den GRÜNEN wart, da wart ihr noch eine Kontrollpartei. Jetzt seid ihr maximal die 24. Bezirksgruppe der SPÖ (*Beifall bei der FPÖ.*) oder eine SPÖ-Sektion mit Sitzrecht im Gemeinderat und Landtag. Das ist ja auch sehr nett. Es ist ja nicht nur der Herr Bundesrat Schennach übergelaufen, Sie sind alle hinter ihm nachgefolgt. Also, an die fünfte Kolonne der SPÖ, die hier sitzt: Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht bald zum fünften Rad am Wagen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ihr habt der SPÖ die absolute Mehrheit wiedergegeben, die sie am 10. Oktober 2010 mit der Kraft der Wähler verloren hat. Das ist schäbig. Nicht nur der Herr Van der Bellen hat Wählertäuschung betrieben, Sie haben als ganze Partei Wählertäuschung betrieben, weil Sie mit den Stimmen eins zu eins zur SPÖ übergelaufen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der ÖVP.*)

Sie üben ja wirklich null Einfluss aus. Sogar die KPÖ als außerparlamentarische Opposition in Wien hat wahrscheinlich mehr Einfluss und mehr Wirkungsmöglichkeiten als Sie in der Koalition in Wien. Das muss man sich einmal vorstellen! Da ist ja überhaupt nichts vorhanden. Grüne Handschrift, was ist das? Da gibt es überhaupt nichts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen wir das! Man braucht in Zukunft gar nicht mehr auf die GRÜNEN einzugehen, weil sie einfach nicht mehr existent sind. Lassen wir das! Reden wir über das Budget der roten Stadtregierung!

Es war ja die Budgetrede der Frau Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin ein anschauliches Beispiel für die inakzeptable Vorgangsweise dieser Landesregierung: kraftlos, saftlos und mutlos. Es ist vor allem eines transparent geworden: Sie sind völlig hilflos und konzeptlos, und Sie stehen in Wahrheit völlig hilflos vor den Problemen unserer Gegenwart und suchen Ihr Heil in neuen Kürzungen und Belastungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Budget ist ja nichts anderes als eine Fortschreibung des alten, falschen Weges. Es steht darin nichts Neues, und wenn es neu ist, ist es schlecht. Dieses Budget folgt den aus-

gelatschten Wegen der roten Ideenlosigkeit, aber auch der roten Beliebigkeit und Machtpolitik. Impulse sind von diesem Budget überhaupt nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Zuerst fällt einmal eine exorbitante Explosion des Schuldenstandes in Wien auf. Wir hatten am 1. Jänner dieses Jahres 1,9 Milliarden EUR Schulden, und jetzt am 1. Jänner 2011 werden es schon 2,9 Milliarden EUR Schulden sein. Also, eine Explosion der Schulden um 57 Prozent innerhalb von nur einem Jahr.

Dazu kommt eine Budgetkürzung von rund 300 Millionen EUR. Und davon betrifft die Hälfte die Kürzung von kommunalen Investitionen. Das heißt, die Investitionsquote im Wiener Budget sinkt von 15,1 Prozent auf 13,8 Prozent. Das ist ja ein historischer Tiefstand, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben gesagt, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Sie sind die Anwältin der Steuerzahler. Sie sparen aber vollkommen am falschen Ort. Sie könnten bei Subventionen sparen, Sie könnten bei überbewerteten Aufträgen sparen. Da gäbe es genügend Einsparungspotenzial. Aber Einschnitte im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, das ist der rote Faden in Ihrem Budget, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und das ist der völlig falsche Weg. Hier wird am falschen Weg gespart, nämlich bei den kommunalen Investitionen, was eine Vernichtung der Arbeitsplätze bedeutet: Kürzung der bauwirksamen Ausgaben, Kürzung der Wohnbauförderung, Kürzung beim U-Bahn-Ausbau, Kürzung, Kürzung, Kürzung, Kürzung bei der Wirtschaftsförderung.

All diese gekürzten Investitionen bräuhete man ganz, ganz dringend zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und zur Anhebung der Konjunktur. Aber anscheinend wollen Sie das nicht. Uns geht es aber um Beschäftigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Anscheinend ist es der SPÖ und dem ach so sozialen Programm der SPÖ vollkommen egal. Dieses Budget, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Anschlag auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Wien, nichts anderes. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Laut Wirtschaftsforschungsinstitut werden mindestens 7 000 Arbeitsplätze durch diese Maßnahmen gefährdet, und das, obwohl schon jetzt Wien die höchste Arbeitslosenrate in Österreich hat. Im Oktober 2010 liegt Wien 2,6 Prozent über dem Bundesschnitt. Aktuell gibt es in Wien 8,2 Prozent Arbeitslose. Das ist der höchste Satz in Österreich. Eh klar: Offiziell spricht man von einem Rückgang der Arbeitslosen, aber de facto haben wir natürlich einen Anstieg, weil ja die meisten Arbeitslosen in Schulungen versteckt werden. Das WIFO hat ganz kühl und trocken ausgerechnet: Die echte Arbeitslosenrate in Wien beträgt 10,4 Prozent im 3. Quartal 2010, inklusive der Schulungsteilnehmer. Das ist die nackte und traurige Realität Ihrer Arbeitsmarktpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unter Bgm Häupl ist Wien zum Schlusslicht am Arbeitsmarkt geworden. Er ist vor 16 Jahren angetreten, hat ganz großmündig angekündigt: „Ich Sorge in Wien für Vollbeschäftigung!“ – In Wirklichkeit gab es in diesen 16 Jahren eine Stagnation am Wiener Arbeitsmarkt. Es wurden in Wien in dieser Zeit nur 1 000 Arbeitsplätze

innerhalb von 16 Jahren geschaffen. Im selben Zeitraum konnten im restlichen Österreich sage und schreibe 326 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist die traurige Bilanz des Herrn Bürgermeisters.

Und Wien ist nicht nur in dieser Frage Schlusslicht. Wien ist Schlusslicht in der Frage der Lehrlinge, Wien ist Schlusslicht in der Frage der Wirtschaftsentwicklung, Wien ist Schlusslicht in vielen, vielen anderen Fragen. Wien ist auch Schlusslicht in der Frage der Bildung, im Zukunftsthema Bildung, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sollte eigentlich ein Zukunftsthema sein, aber Sie lähmen sich ja gerade selbst in der Bundesregierung. Es ist überhaupt keine Bewegung möglich, und wenn, so geht die Bewegung in eine vollkommen falsche Richtung. In dieser so genannten großen Koalition geht mittlerweile überhaupt nichts mehr außer Streit, Zank und Hader, und den gibt es ja reichlich und im Überfluss.

Wir haben seit einer Woche die Ergebnisse der PISA-Studie vorliegen. Angesichts dieser katastrophalen Ergebnisse ist man sich ausnahmsweise seit Langem, seit einigen Monaten wieder einig. Natürlich sind Migranten und Zuwanderer keinesfalls schuld am schlechten Abschneiden bei der PISA-Studie. Und allein die dahin gehende Nachfrage ist fremdenfeindlich und rassistisch, vollkommen klar. Aber ich sage: Natürlich ist die fehlgeschlagene Zuwanderungs- und Integrationspolitik von Rot in Wien, aber auch von Rot-Schwarz im Bund schuld an diesen desaströsen PISA-Ergebnissen, ganz klar und eindeutig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es sagt ja auch Frau Bundesministerin Schmied schon zaghaft: „Wir haben zu lange um das Integrations-thema im Bildungsbereich herumgedrückt!“ – Ja, es ist traurig und wahr: Vor allem Migranten und Schüler aus sozioökonomisch schlechter gestellten Familien erbringen sehr, sehr schwache Leistungen in der PISA-Studie.

Die PISA-Studie zeigt auch im Bereich Lesen ganz, ganz deutlich, dass Migranten, die bei uns zur Schule gehen, sogar Schlusslicht im internationalen Vergleich sind. Das betrifft leider vor allem Migrantenkinder aus der Türkei. Diese haben die größten Defizite. Und das ist keine große Überraschung. Das sagt mittlerweile jede Studie, die Integration, Bildung, Arbeitsmarkt und auch Bereitschaft zur Integration betrifft. Jede Studie sagt das.

Da ist vollkommen klar und ersichtlich, dass die SPÖ auf allen Ebenen versagt hat. Sie hat im Integrationsbereich versagt, sie hat im Sozialbereich versagt, weil eben die meisten Risikoschüler in Wien anzutreffen sind. Aber diese verantwortungslose und fahrlässige Politik fällt nun einer ganzen Generation auf den Kopf. Es wird immer schwieriger sein, einen Job zu finden und Zukunftsperspektiven in Wien zu haben. Das ergibt die verantwortungslose Politik der SPÖ. Das ist leider das desaströse Ergebnis Ihrer politischen Arbeit!

Nachdem der erste Schock der aktuellen Studie verdaut war, hat sich die Bundesregierung wieder auf ihre Kernkompetenz zurückgezogen, nämlich zu streiten. Die Frau Bildungsministerin Schmied wirft der ÖVP vor, im Stillstand zu verharren, die ÖVP wirft der Bildungsministerin Schmied vor, für die Ergebnisse die Verantwortung zu tragen. Also ist alles wieder beim Alten bei der rot-

schwarzen Bundesregierung.

Dieses Hick-Hack, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Dauerstreit bringt doch die Menschen in Österreich und in Wien nicht weiter! Vor allem bringt es den Schülern nichts. Sie sind die Opfer dieser Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz ehrlich: Dieses Trauerspiel ist unwürdig. Damit muss endgültig Schluss sein, dass auf den Köpfen der Schülerinnen und Schüler ein Streit ausgetragen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gehen wir zurück zum Wiener Budget und betrachten wir einmal das Wiener Budget aus der Sicht der österreichischen Familien! Das ist auch kein Ruhmesblatt in puncto Familienpolitik, was hier geleistet wird. Schon die letzten Jahre wurden Wiener Familien mit laufenden Gebührenerhöhungen exorbitant schwer belastet, zum Beispiel mit der Erhöhung der Gaspreise oder Strompreise, der ORF-Gebühr, der Parkgebühr, mit der Erhöhung der Müllgebühren, der Kanalgebühren. Das alles passierte bitte in den letzten 5 Jahren, und zwar mit über 20 Prozent. Und Sie erhöhen weiter und weiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gehen Sie doch bitte her und entlasten Sie endlich die Wienerinnen und Wiener! Senken Sie endlich die Gebühren! Tun Sie etwas für die eigenen Leute in dieser Stadt! Geben Sie den Bürgern wieder Luft zum Atmen! Das ist dringend notwendig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das alles sind Belastungen auf Bundes- und auf Landesebene, die in Wirklichkeit kein Mensch mehr ertragen kann. Alle werden zur Kassa gebeten, aber von einer nachhaltigen Struktur- und Verwaltungsreform ist überhaupt keine Rede. Dazu können sich die Koalitionspartner auf Bundesebene, aber auch die SPÖ hier in Wien nicht durchringen. Es wäre aber eine Verwaltungsreform das Gebot der Stunde. Aber nein, Sie belasten die Bürger munter weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben es nicht nur in Wien, sondern in Österreich mit einer alternden Bevölkerung, mit rückläufigen Geburtenraten, mit höheren Lebenserwartungen, Ausländer- und Zuwanderungsproblemen zu tun. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Das stimmt ja überhaupt nicht!)* Das sind die Probleme der Gegenwart und auch der Zukunft. Aber das spüren wir schon die letzten Jahrzehnte. Sie haben aber keinen Deut darauf reagiert. Sie hätten genügend Zeit gehabt.

Wir müssen das Geld, das wir haben, wieder in Dienstleistungen stecken und auch einen entsprechenden Gegenwert zurückbekommen. Wir müssen die soziale Absicherung so radikal umbauen, dass es zu einem echten Sicherheitsnetz für jene Österreicher wird, die es brauchen.

Wir sind daher für eine Mindestsicherung nur für Staatsbürger. Eine soziale Absicherung für unsere Leute ist das Gebot der Stunde. Wien darf kein Magnet für Scheinasylanten und für Sozialhilfeschmarotzer aus Osteuropa oder sonst woher sein. Wir müssen unsere Leistungen für unsere Leute haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir sagen daher: Österreicher zuerst, Wiener zuerst! Egal, ob es um Sozialleistungen, Subventionen, EU-Beiträge, Entwicklungshilfe oder Rettungspakete für marode Banken geht: Mit unseren Steuergeldern wollen wir zuerst unsere Probleme lösen und unseren Leuten helfen. Dafür sollten sich auch eine verantwortungsvolle Stadtregierung und eine verantwortungsvolle Bundesregierung aussprechen. Dazu sind Sie aber anscheinend schlichtweg zu feige oder eben auf einem ideologischen Holzweg.

Es ist ja kein Wunder, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die FPÖ in der neuesten Umfrage mittlerweile auf Platz 2 bundesweit liegt und auch bei den Rohdaten vorne liegt. Es ist auch kein Wunder, dass in den Umfragen mittlerweile HC Strache, der Bürgermeister der Herzen in Wien, auch schon in der Bundeskanzlerfrage auf Platz 1 liegt. (*Ironische Heiterkeit bei GR Godwin Schuster.*) Es ist ja kein Wunder. Ich weiß schon, solchen Daten kann man normalerweise nicht trauen. Außerdem wollen wir keine Umfragen gewinnen, sondern wir wollen Wahlen gewinnen. Das haben wir am 10. Oktober 2010 auch eindrucksvoll bewiesen.

Es handelt sich bei solchen Umfragen auch um Momentaufnahmen. Das stimmt, das ist richtig. Aber ich sage Ihnen: Wir sorgen dafür, dass sich diese Momentaufnahmen wiederholen und zu einem Dauerzustand werden, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wähler wird dafür sorgen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ganz ehrlich, meine sehr geehrten Damen und Herren der SPÖ-Regierung mit ein paar grünen Farbtupfern: Wir haben einfach kein Vertrauen in Ihre Finanzgebarung! Wir trauen es Ihnen einfach nicht zu. Wieso? Betrachten Sie doch bitte die „Glanzleistungen“ der letzten Jahre. Ein paar Beispiele darf ich hier präsentieren:

AVZ. Hier wurde die Hypo erwähnt. Ich meine, jetzt gehen wir einmal zur Kommunalkredit mit der Frau Schmied. Was ist da passiert? Alle reden über die Hypo. Reden wir jetzt von der AVZ! Da hat Wien die Haftung für die Verbindlichkeiten der Bank Austria AG von über 12 Milliarden EUR. Das ist mehr als das Jahresbudget der Gemeinde Wien. Das ist eine Haftung, die vorhanden ist.

Oder sprechen wir über die Daten, die nach Verona ausgelagert wurden, wo Wien zugestimmt hat, obwohl die Eigenmitteldarlehensnehmer nicht zugestimmt haben! Da wurden die Kundendaten der Eigenmitteldarlehensnehmer aus Wien ungefragt nach Verona transferiert. Sie unterliegen nicht mehr dem österreichischen Bankwesengesetz, unterliegen nicht mehr dem österreichischen Datenschutz. Da kann man einfach so einer Stadtregierung nicht mehr vertrauen.

Oder zum Thema Skylink: ein einziges Desaster. Der Rechnungshof spricht von Kostensteigerungen auf 952 Millionen EUR. Somit haben sich die Kosten mehr als verdoppelt. Der Vorstand wird ohne Ausschreibung bestellt und genehmigt sich Gehaltserhöhungen um mehr als 40 Prozent innerhalb von nur 9 Jahren.

Die Frau VBgmin Brauner sagt, dass kein Cent Steuergeld in das Projekt geflossen ist. Das mag stimmen. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren aus der Wiener Stadtregierung, haben aber die Vorstände be-

stellt. Sie, die SPÖ-Wien, trifft das Auswahlverschulden. Das ist ganz, ganz klar. Sie haben diese Leute ausgewählt, Sie stehen zu diesen Leuten.

Der Rechnungshofbericht sagt – ich zitiere: „Die beiden Syndikatspartner Land Niederösterreich und Stadt Wien nahmen durch Syndikatsbeschlüsse auf die Bestellung des Vorstandes wesentlichen Einfluss“, nicht nur über die „Vorgangsweise bei der Bestellung“, sondern auch mit der „Auswahl der Personen“.

Die Rechnungshofprüfer haben festgestellt, dass gleich 14 unzulässige Direktvergaben, schwere Planungs-, Koordinations-, und Durchführungsmängel und Bauverzögerungen von viereinhalb Jahren gefunden wurden. Das Projekt ist an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit geraten.

Kein Wunder, dass der Herr Bürgermeister den Rechnungshofbericht nicht veröffentlichen wollte, kein Wunder! Es ist ja auch höchst unangenehm für alle Beteiligten. Auch da kann man sich nur fremdschämen für die SPÖ-Wien. Ein rotes Sittenbild auch hier beim Flughafen Wien.

Weiters erwähne ich den Vergabeskandal beim AKH oder die vielen, vielen Planungsskandale, die in den letzten Jahren die politische Debatte auch hier – ich würde einmal sagen – belustigt oder begleitet haben, wie etwa den Prater-Vorplatz, das SMZ-Nord, die Zentralfeuerwache – eine 200-prozentige Kostensteigerung – und so weiter und so weiter. Also eine Vernichtung von Millionen und aber Millionen Steuergeldern!

Sie dürfen sich daher nicht wundern, wenn das Vertrauen in Sie, in die rote Stadtregierung, aber auch in Ihre Gebarung – frei nach Bgm Häupl – enden wollend ist. Sie dürfen sich nicht wundern.

Es braucht daher eben eine verstärkte Kontrolle bei Bauprojekten mit Öffentlichkeitscharakter. Es braucht eine Reform der Vergabep Praxis durch Bekämpfung von Kartellabsprachen. Es braucht eine Durchforstung der Förderung von Vereinen und einen sofortigen Subventionsstopp bei dubiosen Vereinen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Mit einem Wort: Es braucht weniger SPÖ in Wien, es braucht mehr Bürgernähe, es braucht mehr Hinwendung zu den WienerInnen und ihren Problemen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Und es braucht mehr freiheitliche Politik in Wien und den Mut zu echten nachhaltigen Reformen und Veränderungen.

Wir wollen diese Stadt effizient und nicht verschwenderisch verwalten. Wir wollen Transparenz und sinnvollen Einsatz der Steuermittel. Wir wollen, dass die Politik für die Wiener und Wienerinnen zuerst ist und nicht für alles andere. Und dafür lohnt es sich zu arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wienerinnen und Wiener haben sich so eine Regierung, eine rote Regierung mit grünen Farbtupfern, nicht verdient. Die Wienerinnen und Wiener haben sich so ein Budget nicht verdient. Wir lehnen das Budget ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Dipl-Ing Schicker gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Ich denke, dass es sinnvoll ist, sich zunächst mit der Rechnungshofkritik auseinanderzusetzen. Frau Kollegin Marek, Sie haben das getan. Ich denke nur, dass Sie nicht den Rechnungshofbericht der letzten Zeit zur Verfügung hatten, der sich mit der Haushaltsstruktur und den Finanzinstrumenten dieser Stadt beschäftigt hat. Denn dann hätten Sie dort lesen können, dass der Rechnungshof feststellt, dass Wien gut gewirtschaftet hat, erhebliche Finanzvorteile lukriert hat. Dann hätten Sie dort lesen können, dass Wien bei der Finanzschuld einen Abbau vollzogen hat, trotz der Krise. Und dann hätten Sie dort lesen können, dass das von Ihrer Partei geführte Niederösterreich einen deutlichen Anstieg bei der Finanzschuld hatte. Und dann hätten Sie auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass Wien von allen Bundesländern die geringste Pro-Kopf-Verschuldung hat, und zwar deutlich. Dann hätten Sie auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass Wien ein Triple-A-Rating nach wie vor hat und nicht gewillt ist, das zu verlieren.

Sie hätten lediglich einen Hinweis des Rechnungshofes hier vorbringen können, nämlich dass die Dokumentation über die Aufnahme von Fremdmitteln, dass die Dokumentation über das Risikomanagement nicht ganz so den Wünschen des Rechnungshofes entsprochen hat. Das ist die einzige Kritik, die vom Rechnungshof in diesem Paket übrigbleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn dem so ist, dass selbst der Rechnungshof an der Finanzgebarung dieser Stadt diese Minimalkritik nur mehr anbringt, wenn man weiß, was Hintergrund der Rechnungshof ansonst ist – er ist eine unabhängige Einrichtung dieser Republik, nämlich vor allem auch des Parlaments –, dann muss man zur Kenntnis nehmen, dass diese Einrichtung tatsächlich Wien ein Triple-A-Zeugnis ausstellt, was die Finanzgebarung und die Finanzwirtschaft betrifft. (*Beifall bei der SPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der GRÜNEN.*) Das stünde auch der Opposition an, dieses zur Kenntnis zu nehmen.

Sehr geehrte Frau Marek, wenn Sie in das Wiener Budget für das kommende Jahr hineinschauen, so können Sie auch feststellen, dass dieses Budget sehr wohl genau auf jene Gruppen Rücksicht nimmt, die Sie angesprochen haben, nämlich auf die Gruppe der kleinen und mittleren Unternehmen, und im Besonderen dort die Wirtschaftsförderung so ansetzt, dass wir in der Lage sind, die Zukunftsthemen, nämlich was Umwelttechnologien betrifft, was Innovation betrifft, was den Einsatz moderner Technologien betrifft, tatsächlich in den Vordergrund zu rücken.

Sie hätten auch feststellen können, dass in dem Bereich, den Sie angesprochen haben, was die Notwendigkeiten der Ausbildung betrifft, in dieser Stadt im Besonderen etwas getan wird.

Ich habe schon während des Wahlkampfes feststellen können, dass Sie diesbezüglich gewisse Lücken aufweisen. Wenn Ihre Fraktion, der Sie jetzt vorstehen,

in diesem Haus seinerzeit der Wiener Mittelschule zugestimmt hat und Sie dann schon im Wahlkampf betonen, dass das die Gleichmacherei-Schule ist, ohne offenbar zu wissen, dass die innere Differenzierung in dieser Schulform gefunden wird, dann hoffe ich, dass Sie diese Aufnahme von Wissen endlich nachholen, Frau Kollegin! Das ist zwar für den PISA-Test nicht notwendig, aber es ist notwendig, wenn man hier in diesem Haus diskutiert und die eigene Fraktion nicht desavouieren sollte, die seinerzeit der Wiener Mittelschule zugestimmt hat.

Es ist aber vielleicht müßig, sich weiter darüber zu unterhalten, was denn die ÖVP-Klubvorsitzende hier vorgebracht hat. Wenn man letztlich über Verwaltungsreform und überbordende Bürokratie redet, dann gäbe es einige Hausaufgaben im Bereich der ÖVP, wenn ich nur allein an die groß ausgebauten Einrichtungen der Bauernbürokratie denke. Für einen minimal kleinen Anteil an der Bevölkerung werden Ministerien gehalten, werden Bezirksbauernorganisationen gehalten und wird das größte Förderungsbudget, das es überhaupt gibt, vorgehalten.

Dann geht man bei der Finanzierung und Förderung von agrarischen Einrichtungen und Produkten her und sagt: Aber das darf nicht in die Transparenzdatenbank! Da muss man auch auf europäischer Ebene verhindern, dass es Informationen an die Öffentlichkeit gibt! – Da wird man dann wahrscheinlich draufkommen, wer Nutznießer dieser hohen Förderungssätze denn überhaupt ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wer ist das?*)

Frau Kollegin Marek! Sie sollten auch auseinanderhalten, was denn bei den einzelnen Bereichen an Schwierigkeiten aufgetreten ist, wenn man an den Investitions- und Bausektor denkt. Sie sollten das auseinanderhalten! Sie werfen alles in einen Topf. Sie werfen den Hauptbahnhof, die Hauptfeuerwache, den Prater-Vorplatz in einen Topf. Da wird alles hineingemischt, was einem gerade so einfällt.

Genau dort muss man aber ganz genau hinschauen, ob es darum geht, denkmalgeschützte Gebäude für eine funktionierende Einrichtung wie die Wiener Feuerwehr wieder in Schuss zu bringen, ob es darum geht, für Wien überhaupt die Eisenbahninfrastruktur des 21. Jahrhunderts zu finden, oder ob es darum geht, eine Attraktion zu schaffen, die Disneyland gleichkommen kann, und das ist der Prater-Vorplatz mit all dem, was der Wurstelprater zu bieten hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie das alles in einen Topf werfen, dann ist das ein Bereich, der Ihnen vielleicht Kopfzerbrechen bereitet hat, uns nicht. Denn wir wissen, dass Wien sowohl eine moderne Eisenbahninfrastruktur braucht. Wir wissen, dass wir eine einsatzfähige Berufsfeuerwehr brauchen. Wir wissen auch, dass wir für die Touristen in Wien entsprechende Attraktivitäten wie den Wurstelprater benötigen. (*Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Warum hat die Frau Stadträtin gehen müssen? Weil sie so toll war? Warum haben Sie sie hinausgeschmissen?*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich die Rede des zweiten Oppositionsredners Revue passieren lasse, das, was er so zum Besten gegeben hat, so stelle ich

fest: Er meint, dass Wien die Stadt ist, die am schlechtesten für Beschäftigung gehandelt hat.

Sehr geehrter Herr Gudenus, ich weiß nicht, ob Sie in der Zeit, wo Sie nicht Klubvorsitzender waren, auch die Entwicklung dieser Stadt beobachtet haben. Sie sind es erst seit Kurzem, so wie ich. Aber ich habe davor auch Verantwortung in dieser Stadt getragen. Daher weiß ich, dass diese Stadt kontinuierlich, auch während der Zeit der Wirtschaftskrise, in der Lage war, Beschäftigung auszubauen und für die Bundesländer Burgenland, Steiermark und vor allem Niederösterreich ausreichend Beschäftigung auch bereitzuhalten, sodass mehr als 250 000 Menschen in diese Stadt einpendeln und hier Arbeit und ausreichend Einkommen für ihr Leben finden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich dann herstellt und sagt, dass diese Stadt und diese SPÖ nicht wissen, wie man wirtschaftet, dann kann ich nur sagen: Lesen Sie bitte nach! Sie können das in allen Statistiken feststellen, dass diese Stadt das sehr wohl kann, und zwar auch in Statistiken der Statistik Austria, der einzelnen Wirtschaftsforschungseinrichtungen. Sie brauchen ja nicht unbedingt die Unterlagen unserer Stadt selbst zur Hand zu nehmen.

Wir sind kein Schlusslicht der Beschäftigung. Im Gegenteil: Wir sind der Beschäftigungsmotor dieser Ostregion und über unsere Staatsgrenzen hinaus. Wir sind auch jene, die innerhalb der Krise die Beschäftigungssituation voll aufrechterhalten konnten. Der Rückgang bei der Beschäftigung war in Wien am geringsten. Wenn Sie es nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dann werden wir Ihnen das auch weiterhin sagen. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Herr Jung, Sie sind auch Beamter gewesen! Sie sind irgendwie etwas beim Bundesheer gewesen und sind jetzt im Ruhestand und damit auch noch immer Beamter. Schimpfen Sie nicht auf die Beamten! *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich schimpfe nicht auf die Beamten!)* Vor allem: Schimpfen Sie nicht auf die Wiener Beamten, denn die sind viel besser als irgendein Bundesheeroffizier, Herr Jung! *(Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Sie können offenbar nicht verkraften, dass Sie einen Ordnungsruf bekommen haben!)*

Wenn Ihr Herr Klubobmann hier auf die PISA-Studie Bezug nimmt, so kann ich nur darauf hinweisen, dass eine Ihrer Kolleginnen aus dem Nationalrat – nein, jetzt ist sie ja in der Landesregierung! –, die Frau Rosenstingl ... *(GR Godwin Schuster: Der Herr Rosenstingl!)* – Verzeihung, der Herr Rosenstingl, sogar jemand, der Ihnen wahrscheinlich ideologisch noch näher steht! *(GR Mag Wolfgang Jung: Vor lauter Aufregung wissen Sie nicht einmal, wovon Sie reden!)* Der Herr Rosenstingl hat nämlich einmal gesagt, man soll PISA aussetzen. Da meint er nicht die Stadt und den schiefen Turm, sondern da meint er diese Studie.

Ich finde das nett, denn das passt in das Bild, das Sie mir bildungspolitisch vermitteln! Sie sagen nämlich, dass PISA nur zeigt, wie komplett durcheinander dieses Bildungssystem ist, und fordern auf der anderen Seite aber ein, dass es weiterhin bei der Trennung mit zehn Jahren in jene, die dann von den Eltern gefördert werden kön-

nen, die aus Akademikerhaushalten kommen, und in jene kommen soll, die weniger Bildung bekommen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Na geh, hör auf!)*

Das ist der Punkt, den Sie dann politisch natürlich auch brauchen können, nämlich jene, die schlechter ausgebildet sind, die sich die Welt ein bisschen schlechter erklären können und die auch am Arbeitsmarkt schlechter ankommen können, weil sie nicht die gute Ausbildung genießen konnten und durften, weil sie nicht in einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen Unterstützung finden konnten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich rate Ihnen, wenn Sie eine Veränderung in der Ausbildungssituation erreichen wollen, dann bedeutet es, dass die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, die Ganztagschule eingeführt werden muss. Ich lade Sie, beide Oppositionsparteien, ein, dass Sie das Volksbegehren vom ehemaligen Vizekanzler Androsch auch mitunterschreiben, denn dann werden wir vielleicht die ÖVP auf der Bundesebene bewegen können, dass sie auch dafür ist, dass die gemeinsame Mittelstufe eingeführt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich halte es für besonders verwegen, wenn man hergeht und sagt, dass die Finanzgebarung und die Frage der Übernahme von Haftungen über die AVZ und die Bank Austria diese Stadt so wahnsinnig belasten.

Herr Kollege Gudenus, es ist genau anders herum! Es wird der Technologiefonds dieser Stadt aus der AVZ gespeist. Und das hilft wiederum der Unterstützung der Technologieeinrichtungen dieser Stadt. Im Gegenteil dazu ist in Kärnten, wo Ihre Filiale – wie immer sie jetzt heißen mag – schon immer das Sagen hatte, die Hypo Alpe-Adria über Haftungen dieses Bundeslandes Kärnten, die dieses Bundesland nie und nimmer zurückzahlen kann, enorm abgesichert. Wer immer damit unterstützt wurde, ist noch immer im Unklaren. Es scheint da aber durchaus Kanäle gegeben zu haben, die aufklärungsbedürftig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, genug auseinandergesetzt mit dem, was vorhin von den Oppositionsrednern hier vorgebracht wurde! Zu dem, was unser Budget für das Jahr 2011 bietet: Jawohl, es ist ein Budget mit sozialdemokratischer Handschrift, Gott sei Dank! Und es ist ein Budget, wo auch grüne Handschrift mit dabei ist. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wo? Höchstens als Postskriptum!)* Das ist auch in den Bereichen sinnvoll, die für Wien Zukunftstechnologien – zum Beispiel Klimaschutz und Green Jobs, grüne Investitionen in Medizintechnik, Umwelttechnologien, Physik und Ähnliches – betreffen.

Es ist sehr wohl auch ein gemeinsames Anliegen, dass der Gratiskindergarten weiterhin zur Verfügung steht, dass es eine Verpflichtung gibt, ab dem fünften Lebensjahr dabei zu sein, dass die Campusschulen als Vorbereitung auf die gemeinsame Mittelstufe jedenfalls auch gebaut werden können und dass der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds entsprechend auch die Unterstützung bekommt, um jene Menschen dann zu unterstützen, die sich am Arbeitsmarkt schwer tun. Immerhin 28 000 Menschen haben dabei schon ihre Unterstützung gefunden.

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht auch nicht an, sich bei jeder Rede herzustellen und zu sagen, das Krankenhaus Nord ist schlecht, und das Krankenhaus Nord ist ein Skandal. Sehr geehrte Damen und Herren, das Krankenhaus Nord wird gebaut. Das Krankenhaus Nord wird die modernste Spitalsinfrastruktur in den Norden Wiens bringen. Sie wird auch dazu beitragen, dass im Norden von Wien auf der einen Seite die beste Krankenhausinfrastruktur zustande kommt, und auf der anderen Seite wird sie dort, wo es möglich ist, auch eine Reduktion von Spitalsbetten herbeiführen können. Aber nur im Einklang mit dem einen gibt es das andere. Dafür muss man Verantwortung tragen, und das brauchen Sie glücklicherweise nicht zu tun.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wien ist, auch was die Wirtschaftsstruktur betrifft und was die Unterstützung der Wirtschaft betrifft, ein Bundesland, das nie geruht hat. Das beginnt bei den Großinvestitionen, die in dieser Stadt seit Langem immer wieder Motor der Wirtschaft waren, geht über die Förderung des Wohnbaus, nämlich nicht nur des Neubaus, sondern auch der Sanierungen von Wohnungen und der Schaffung von verbesserten innerstädtischen Wohnmöglichkeiten hinaus, und geht vor allem in die soziale Infrastruktur hinein.

Wenn Sie schauen, so sehen Sie, dass der Campus am Monte Laa und der Campus am Nordbahnhof bereits gebaut sind. Im Bau ist im Norden von Wien der Campus auf den Bombardier-Gründen, und es ist am Südbahnhofareal der Wettbewerb gerade im Gange für die nächste Campusschule.

Es geschieht hier genau das, was man für die Modernisierung der Ausbildungsstruktur dieser Stadt benötigt. Im Organisatorischen ist die Bundesebene zuständig. Daher richte ich noch einmal den Appell an die ÖVP, sich doch zu bewegen.

Sehr geehrte Damen und Herren, weil der Herr Gudenus sich so auf die Ausbildung gestürzt hat: Wir haben uns in der ganzen Zeit der schwarz-blauen oder schwarz-orangen Bundesregierung darum bemüht, dass das, was von dieser Regierung abgeschafft wurde, in Wien sehr wohl kompensierend geleistet wurde. Und das hat Sinn gemacht. Das ist auch feststellbar. Ich habe vorhin den WAFF und die Ausbildungsgänge, die in Wien organisiert worden sind, schon erwähnt.

Sehr geehrte Damen und Herren, zusammenfassend: Dieses Wiener Budget ist in der Lage, die Handschrift der Politik zu zeigen. Es ist in der Lage, den Schuldenstand nicht überbordend ausufern zu lassen. Und es ist dadurch in der Lage, die Zukunft dieser Stadt und die Zukunft der Menschen in dieser Stadt positiv zu gestalten, ohne allzu hohe Kredite für die Zukunft aufnehmen zu müssen.

Daher werden wir selbstverständlich für dieses Budget stimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr StR Mag Gerstl gemeldet. Ich erteile es ihm und weise darauf hin, dass ab jetzt die Redezeit 20 Minuten beträgt.

StR Mag Wolfgang **Gerstl**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Frau Vizebürgermeister! Meine sehr

geehrten Damen und Herren!

Was hat sich zu den vergangenen Diskussionen in diesem Haus geändert? Bei der SPÖ nichts und bei den GRÜNEN alles. *(GR David Ellensohn: Ein bisschen Veränderungswille ist da!)*

Das ist der große Unterschied zu früher: Die SPÖ macht weiter wie bisher und legt ein Budget vor, das sie ganz alleine beschlossen hat und die GRÜNEN ganz alleine mit sich beschlossen haben. *(GR David Ellensohn: Allein beschlossen haben wir es nicht!)* Sie gehen hinterher und beschließen es mit. Das ist der Unterschied.

Früher gab es einen Kollegen Margulies, der hat Ihnen genau gesagt, in welchen einzelnen Punkten das Budget nicht passt. Heute kommt ein Kollege Ellensohn heraus und erzählt uns, was in Niederösterreich, in der Steiermark, in Kärnten und in allen anderen Bundesländern los ist. Sie haben überhaupt nichts zu dem Budget gesagt, zu diesem Budget gar nichts! Sie haben bis jetzt nicht einmal einen Abänderungsantrag eingebracht! Sie haben noch Zeit bis morgen Abend. Vielleicht schaffen Sie es noch, einen Abänderungsantrag zum Budget einzubringen, damit man Ihre Handschrift erkennen kann, meine Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN!

Und bei der SPÖ: Es war wie bisher. Kaum hat die Frau Vizebürgermeisterin hier mit ihrer Rede geendet, geht der Herr Bürgermeister hinaus. Die SPÖ geht hinaus. Niemand merkt etwas davon, dass es da auf einmal eine Koalition gibt. Es ist alles beim Alten: eine Alleinregierung der SPÖ. Der Kollege Ellensohn tut mir ja richtig leid. Er ist auf einmal in einer Koalition mit der SPÖ und muss sich da herausstellen und hat nicht einmal mehr seinen Koalitionspartner da, mit dem er reden kann. Er redet nur mehr für sich alleine und muss über andere Bundesländer reden, denn zu dem Budget konnte er nichts sagen. Er wurde nicht eingeladen, dazu etwas beizutragen. Das ist die Situation, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann fällt ihm nämlich nur etwas über Millionärssteuern ein. Das ist das, was heute gekommen ist. Das hätte Ihnen der Kollege Margulies schon vorrechnen können. Reden wir über Millionärssteuern! Ja, darüber können wir reden. Er hätte Ihnen sicherlich vorgerechnet, egal, welchen Prozentsatz Sie wahrscheinlich als Sondermaßnahme gegenüber den Millionären in Österreich eingeführt hätten: Zur Verringerung des Budgetdefizits wären wir irgendwo bei 0,X Prozent gelegen. Das zeigt Ihre mangelnde Wirtschaftskompetenz. Das ist die Sorge, die ich in Wien habe, dass Sie, die SPÖ und die Stadt Wien hier noch mehr hinunterwirtschaften, als wir es schon bisher gehabt haben, weil Sie null Wirtschaftskompetenz haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dann kommt der Kollege Schicker ans Rednerpult und versucht zu behaupten, dass das Budget des Landes Wien um ein Vielfaches besser ist als das Budget der anderen Bundesländer, und verschweigt dabei, dass Wien eine absolute Sonderstellung hat. Das haben Sie von der SPÖ wahrscheinlich auch noch nicht kapiert, dass Wien Land und Gemeinde in einem ist und dass

Sie daher die Zahlen zusammenlegen müssen und dann eine ganz andere Ertragslage haben als andere Bundesländer. Und in diesem Vergleich können Sie keinem Bundesland standhalten, meine Kollegen von der SPÖ! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dann erlaubt sich Kollege Schicker, der selbst Bundesbeamter ist – und es liegt mir fern, die FPÖ zu verteidigen –, zu sagen: Jeder Wiener Beamte ist besser als irgendein Bundesheeroffizier.

Ich hätte mir eigentlich einen Ordnungsruf erwartet, denn das geht gegen die Kompetenz aller Beamten, die wir haben. Ich sage Ihnen: Das österreichische Bundesheer leidet an einem: an einem Verteidigungsminister Darabos, der als Zivildienstler keine Ahnung hat! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da sollten Sie einmal in Ihren eigenen Reihen kehren! Da sollten Sie einmal schauen, wo es mit der Kompetenz bei Ihnen wirklich liegt, meine Damen und Herren! *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Darum reden wir jetzt über das Budget!)*

Dieses Budget ist ein Angriff auf die leistungswilligen Bürger dieser Stadt, ganz eindeutig. Was passiert? Was haben Sie als Erstes gemacht? Sie haben die Wirtschaftsförderung für die Start-up-Unternehmen 2011 gekürzt, nicht um 5 Prozent, nicht um 10 Prozent, Sie haben Sie um ein Drittel gesenkt. Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur wirtschaftsfeindlich, das ist auch bürgerfeindlich! Sie nehmen den Wienerinnen und Wienern, den jungen Menschen dieser Stadt die Chance, sich wirtschaftlich zu verwirklichen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist Ihre Handschrift, die Sie dieser Stadt geben. Und das lehnen wir ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich muss jetzt nicht noch einmal erzählen – ich glaube, Zahlen sind genug gesagt worden –, wie die Wirtschaftsentwicklung in den vergangenen Jahren war beziehungsweise wie sich die Arbeitslosenrate in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Das haben wir gehört.

Ich möchte den GRÜNEN aber noch eines sagen: Sie sprechen nun von Verbesserungen in der rot-grünen Koalition. Was haben wir in der letzten Ausschusswoche schon zu beobachten gehabt? Die GRÜNEN haben für Containerklassen in einer Volksschule im 10. Bezirk gestimmt. Bisher war die Grüne Partei immer gegen Containerklassen. Sie haben das – so glaube ich – damals noch vor der Wahl sogar als Bedingung gemacht, dass Containerklassen abgeschafft werden sollen. Heute sind Sie für Containerklassen. Sie haben bereits im letzten Ausschuss zugestimmt. Sie sind die größte Umfallerpartei, die es in diesem Land wirklich gibt, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. – Amtsf StR Christian Oxonitsch: Sie haben keine Ahnung!)*

Sie haben einem Wirtschaftsplan im KAV zugestimmt, Frau Kollegin Pilz! Jahrelang haben Sie diesen Wirtschaftsplan des KAV bekämpft. Nunmehr haben Sie dem Wirtschaftsplan des KAV zugestimmt, obwohl es keine Änderung dazu gibt.

Die Frau Kollegin Sima habe ich heute überhaupt noch nicht gesehen. Sie haben der Naturschutzwacht im

Ausschuss zugestimmt. Jahrelang war das eine Aussage der GRÜNEN: Diesen Organen können wir nicht zustimmen! – Nunmehr zugestimmt.

Sie haben den Tarifen für die Erhöhung der Müllabgabe zugestimmt. Bisher haben Sie das immer abgelehnt, meine Damen und Herren. Das ist die neue Grüne Partei, die nicht Arbeitsplätze schafft, sondern Gebühren erhöht und für die Menschen in dieser Stadt alles noch schlechter machen möchte.

Meine Damen und Herren, der SPÖ möchte ich die Worte Ihres und unseres Nationalbankgouverneurs Nowotny ins Stammbuch schreiben – das war erst vor zwei Tagen auch in den Medien zu lesen –: Er hat die Gemeinden davor gewarnt, sich leichtfertig zu verschulden. Nehmen Sie diese Worte Ihres/unseres Nationalbankgouverneurs ernst!

Sie haben es mit diesem Budget zustande gebracht, dass Sie in dem Moment, wo wir eigentlich bereits aus der Krise herausgehen, eine höhere Verschuldung im Budget durchführen als das Jahr zuvor, wo wir in der Krise waren. Für uns ist es keine Frage: Wir müssen finanzseitig arbeiten, wenn das Land oder wenn die Wirtschaft ins Stottern gerät. Das war richtig im Vorjahr. Aber heuer sind wir bereits in einer Situation, wo wir in den Bereich Konsolidierung gehen sollten. Und was haben Sie getan? Sie haben die Verschuldung dieser Stadt noch mehr erhöht, als Sie es in der Zeit der Krise getan haben. Und das zeigt, dass Sie vom Finanzhaushalt und vom Wirtschaften in dieser Stadt keine Ahnung haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wien bräuchte nämlich ein klares Signal für Arbeit und Beschäftigung, ein klares Signal für die Standortversicherung in Wien, und Wien bräuchte eine aktive Unternehmenspolitik. Die sind Sie uns in Ihrer Budgetrede schuldig geblieben, meine Damen und Herren!

Ich gehe einmal davon aus, dass Sie mit der Gewista eine gute Regelung schaffen, die die Stadt nichts kostet. Das haben Sie in den vergangenen Jahren mit den Citybikes auch zusammengebracht, Herr Kollege! Mit den Gewinnen, die die Gewista jedes Jahr durch Ihr Steuergeld einstreift, wird es wohl möglich sein, dass Sie die Citybikes gratis ausdehnen können, Herr Kollege Oxonitsch! Das wird wohl sehr, sehr leicht möglich sein. Damit können Sie uns nicht kommen!

Sie haben einen Gesamtschuldenstand von 5,1 Milliarden EUR. Sie verstoßen damit ganz eindeutig gegen die Zielsetzung des Bundes. Denn der Bund hat gesagt: Bisher war es immer so, dass die Länder dazu beigetragen haben, dass die Maastricht-Kriterien auf Bundesebene erfüllt werden können.

Was machen Sie? Und da warne ich eigentlich alle Bundesländer davor. Sie kennen im Moment keinen Genierer mehr, was das Geldausgeben betrifft. Es gibt kein Ziel eines ausgeglichenen Haushalts mehr, und es gibt kein Ziel, eine Verwaltungsreform durchzuführen und für den Standort Investitionen durchzubringen.

Das haben Sie in Ihrem Budget verabsäumt. Und das könnte für ganz Österreich gefährlich werden, wenn die Stadt Wien nämlich versucht, nicht mehr ausgeglichen zu bilanzieren, sondern ganz bewusst in Schulden geht,

die nicht notwendig sind, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Sie erinnern, ich habe da eine interessante Sache gefunden. Im Jahr 1922 wurde Wien gegründet. Damals gab es einen Finanzstadtrat Hugo Breitner. Er hat als Erstes einen Schatzschein im Jahr 1922 ausgegeben, wo die Schuldenpolitik der Stadt schon begonnen hat, als Wien gerade geboren wurde. Aber eines – und wir stimmen mit den Zielen des Kollegen Hugo Breitner sicherlich nicht im Großen überein – hat er getan, was Sie sich merken könnten: Er hat es abgelehnt, fehlende Einnahmen durch aufzunehmende Kredite zu ersetzen. Das sollten Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen. Das wäre für Wien ein entsprechender Vorteil, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hugo Breitner hat die Vergnügungssteuer eingeführt, an der wir heute noch leiden, und hat diese als Luxussteuer angesehen. Heute dürfen wir noch die Vergnügungssteuer für jeden einzelnen Ball, den es in dieser Stadt gibt, zahlen. Glauben Sie, dass das gescheit und intelligent ist? Aus der Sicht von den GRÜNEN wahrscheinlich schon. Aus unserer Sicht nicht, denn das ist auch nicht wirtschaftsförderlich, alles zu besteuern, was in dieser Stadt veranstaltet wird, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie präsentieren ein Wiener Budget hier, das – wie schon gesagt wurde – vom Rechnungshof als besonders intransparent dargestellt wurde. Sie von den GRÜNEN haben jetzt die Möglichkeit, hier für mehr Transparenz zu sorgen. Nehmen Sie sich den heutigen „Kurier“ her, wo es heißt, die GRÜNEN kritisieren die Medienpolitik des Kanzlers, wo es heißt, die SPÖ erkaufe sich mit Inseraten genehme Berichte im Boulevard, wo es heißt, dass das nicht nur die SPÖ-Minister auf Bundesebene sind, sondern auch die Stadt Wien!

Sie hätten jetzt die Chance, wenn Sie sich als Kontrollpartei noch ernst nehmen, dass Sie nun bei der Inseratenvergabe in Wien darauf schauen, dass das nicht mehr so wie in der Vergangenheit ausufernd ist. Kollege Margulies hat das sehr, sehr oft aufgezeigt. Das wäre jetzt ein Punkt, dass Sie einhaken.

Ich fordere eine Transparenzdatenbank für die Inserateoffenlegung der Stadt Wien hier. Und ich erwarte von Ihnen, dass Sie endlich auch für mehr Transparenz in der Vergabe der Inserate der Stadt Wien sorgen. Oder wollen Sie nun ein Nutznießer der Inseratenpolitik der Gemeinde Wien werden? Oder wollen Sie als SPÖ nun zusehen, wie viele Inserate man nun als GRÜNE auch bekommen kann?

Meine Damen und Herren! Sie als Kontrollpartei werden sich bald nicht mehr in den Spiegel schauen können, wenn Sie es nicht schon heute nicht mehr können. Sie werden Ihre Bürgerinitiativen in jedem Fall enttäuschen müssen. Sie werden Ihre Funktionäre auch verlieren, weil Sie sich hier so um 180 Prozent gedreht haben, Sie kommen selbst nicht einmal mehr zum Rednerpult heraus, um zum Budget zu reden, sondern nur mehr, um über das Budget von anderen Bundesländern zu reden, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. – GRin Dr Sigrid Pilz: 180 Prozent oder Grad?)*

Dann darf ich noch zur Bildung kommen. Weil das heute schon mehrmals zitiert worden ist, denke ich, dass es wichtig ist, noch einmal darauf einzugehen. Wir reden hier die ganze Zeit – das macht besonders die SPÖ – von der Unterstützung der leistungsschwachen Schüler. Aber kein Einziger hier hat noch von der Unterstützung der leistungsstarken Schüler gesprochen.

Und da möchte ich die PISA-Studie nämlich auch zitieren. Bei den Schülern, die das Mindestniveau beim Lesen nicht erreichen, steht Österreich – und das wurde mehrmals schon zitiert – mit 27,6 Prozent an vorletzter Stelle. Aber bei den Schülern, die sehr gut lesen können, liegt Österreich mit 7,6 Prozent auch sehr, sehr weit unter dem Durchschnitt.

Da geht es in der Bildungspolitik in Wirklichkeit darum, dass wir nämlich alle Schüler entsprechend fördern. Wir werden es nur schaffen, wenn wir die Schwachen fördern und die Starken fördern. Denn nur dann, in einer solchen gemeinsamen Förderungspolitik wird es uns gelingen, dass wir im internationalen Wettbewerb auch reüssieren können. Wenn Chancengleichheit von Ihnen als Nivellierung nach unten verstanden wird, dann sagen wir ganz klar Nein, denn das ist zum Schaden unseres Wirtschaftsstandortes und für unsere Zukunft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es liegt nun an den GRÜNEN, ob sie sich aus der Umarmung der SPÖ, die ihnen die Luft zum Atmen nimmt, befreien kann. Es liegt an der SPÖ, ob sie weiterhin alles auf Rot setzt und wie beim Roulette darauf schaut, dass Grün nicht zum Zug kommt. Beim Roulette ist die Chance 1 zu 36. Ich bin gespannt, wie sehr Sie in der Roulettepolitik noch mitmachen, die Sie, die Damen und Herren von den GRÜNEN, früher so abgelehnt haben, die so gegen das Kleine Glücksspiel waren. Nunmehr sind Sie selbst Teil des Roulettes. Chance 1 zu 36, dass Sie noch etwas zusammenbringen, sonst ist alles auf Rot gesetzt, meine Damen und Herren! – Ich bedanke mich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Dipl-Ing Margulies. Ich erteile es.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! *(StR DDr Eduard Schock: Jetzt haben Sie es schwer!)*

Im Gegensatz zu vielen anderen Anwesenden, insbesondere von der ÖVP und von der FPÖ, habe ich es nicht schwer. Ich stehe dazu: Ich bin Bestandteil einer Regierungspartei. Dieses larmoyante Geraunze von Ihnen, wie traurig man ist und wie katastrophal das ist, und diese Sorge um die GRÜNEN ist dermaßen jenseitig! Ja, wir regieren jetzt! *(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es soll tatsächlich Wien nichts Schlimmeres passieren. Sie werden in den kommenden fünf Jahren merken, dass Wien davon massiv profitieren wird. *(GR Dr Wolfgang Ulm: Das steht aber da nicht drin!)*

Kommen wir zu der großen Überraschung *(GR Mag Wolfgang Jung: Der Van der Bellen kommt auch! – Heiterkeit bei der FPÖ.)* Die große Überraschung ist, dass

eine Regierungspartei tatsächlich dem vorgelegten Budgetentwurf zustimmt. Na, das ist aber wirklich „überraschend“! Ich meine, wie oft hat die ÖVP, die in Wirklichkeit dieses Land in den letzten 50 Jahren heruntergewirtschaftet und permanent regiert hat, ihrem eigenen Budgetentwurf nicht zugestimmt? – Na, noch nie! Wie oft hat die FPÖ, die Österreich im Jahr 2000 mit ihrem Regierungseintritt zu einem Land der Korruption gemacht hat, gegen ein Budget gestimmt, wenn sie regiert hat? – Na, noch nie! Ja, und jetzt sollen es die GRÜNEN machen! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie sind die Grünsektion der SPÖ!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin selten so oft zitiert worden wie in den ersten drei Redebeiträgen von OppositionspolitikerInnen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ehrt Sie!) Es freut mich, und es ehrt mich, weil ich denke, dass das auch eine gewisse Anerkennung meiner bisherigen Tätigkeit ist. Genau ob dieser Anerkennung erwarte ich mir, dass Sie uns als GRÜNE nach zwei Wochen oder zehn Tagen Regierung tatsächlich die Möglichkeit einräumen, nicht nur Ihnen, denn das ist mir eigentlich ohnehin relativ egal, aber der Bevölkerung zu zeigen, was es bedeutet, wenn GRÜNE regieren, dass es bedeutet, dass in Wien die Lärmbelastung zurückgeht, dass in Wien die Verkehrsbelastung zurückgeht (GRin Christine Marek Das schau ich mir an!), dass in Wien tatsächlich im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern – Klubobmann Ellensohn hat das schon ein paar Mal erwähnt – die höchste Mindestsicherung für Kinder eingeführt wird und dass Sie überzeugt davon sein können, dass es in Wien mit Abstand mehr Transparenz geben wird (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) als auf Bundesebene, als in Niederösterreich und in Kärnten. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: In Kärnten und in Niederösterreich wissen sie ja nicht einmal, was das Wort Transparenz bedeutet! Das ist ein Tabu. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Ich habe mir eine Zeit lang heute schon gedacht, und täglich grüßt das Murmeltier!, obzwar in ein bisschen verteilten Rollen. Die Opposition sagt, was böse ist, die Regierung lobt. Ich habe mir eigentlich vorgenommen, ich setze mich inhaltlich mit Ihrer Argumentation auseinander. Nur, was kommt denn sowohl von FPÖ als auch von ÖVP? Es ist relativ einfach: Alles soll für die Menschen billiger werden, alles. Man darf keine Gebühren einheben, die Förderungen im Bereich der Wirtschaftsförderung et cetera sollen ausgebaut werden, und Defizit ist böse. (Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)

Eine kurze Frage: Frau Klubobfrau Marek! Wie hoch sollte Ihrer Meinung nach das Maastricht-relevante Defizit für Wien für 2011 sein? Na, wie hoch sollte es sein? Wenn Sie das Budget erstellt hätten, was würde dann drinstehen? Würden 577 Millionen EUR drinstehen, würden 350 Millionen EUR drinstehen oder 800 Millionen EUR? Was ist es Ihrer Meinung nach? Wie viele Schulden verträgt Wien?

Dann würde ich mir wünschen, dass Sie herausgehen und sagen: Ja, die ÖVP schlägt vor, wir sparen bei den Pensionisten, wir sparen bei den armen Leuten, wir sparen bei der Bildung. (GRin Christine Marek: Das wäre

Ihre Aufgabe!) Dort überall wird gespart, damit die Schulden geringer sind. Aber es kommt von Ihnen nichts, es kommt von Ihnen überhaupt nichts!

Jetzt sage ich Ihnen ganz ehrlich, warum ich tatsächlich der Meinung bin, dass ... (Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.) Schauen Sie, Sie haben alle recht, die sagen, wir haben an diesem Budget nicht maßgeblich mitgewirkt. Das wissen Sie, dass weiß die ÖVP, das wissen auch wir.

Dieses Budget ist über den Sommer gemacht worden. Damit es nicht wie auf Bundesebene verlegt werden muss – das ist übrigens gesetzeswidrig, wie es die Bundesregierung gemacht hat –, ist es vorverlegt worden. Aber der zentrale Punkt, warum wir zugestimmt haben, ist, dass dieses Budget zumindest den Spielraum eröffnet, tatsächlich Politik zu machen.

Das, was auf Bundesebene momentan versucht wird, ist: Wir wissen alle, gegenwärtig wird über den innerösterreichischen Stabilitätspakt verhandelt. Und mich würde Ihre Position interessieren, Frau Klubobfrau! Ist Ihre Position die Position des Bundesministers Pröll, der sich dezidiert gegen Wien stellt, oder ist Ihre Position die Position der Mehrheit hier im Haus, die sagt: Eigentlich haben wir als Wien nicht das riesengroße ausgabenseitige Problem, sondern wir haben so wie alle anderen Gemeinden in Österreich und so wie alle Länder in Österreich ein einnahmenseitiges Problem. Das haben wir.

Genau deshalb muss man, solange die Einnahmen bewusst, ganz bewusst von der Bundesregierung nicht eingefordert werden, natürlich ein Defizit in Kauf nehmen, um gegen Armut zu investieren, um für mehr Wirtschaftsförderung zu investieren und in die Bildung zu investieren.

Wir haben heute schon kurz über die Vermögenssteuer gesprochen. Ich weiß nicht, vielleicht kennen Sie den regelmäßig erscheinenden DACH-Vermögensreport – das steht für Deutschland, Österreich, Schweiz – der liechtensteinischen Valluga AG. Darf ich Ihnen etwas zitieren? Das ist Ihre Politik auf Bundesebene. Sie sind diejenigen, die sich ganz massiv gegen jede Form der Vermögenssteuer wehren. Besonders stark konnten 2009 österreichische Millionäre ihr Vermögen ausbauen. – Im Jahr 2009, im Krisenjahr!

Wissen Sie, um wie viel Österreichs 70 000 Millionäre ihr reines Geldvermögen ausgebaut haben? – Um 25 Milliarden EUR, das ist ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen des Staates, und das haben rund 70 000 Personen in Österreich an Gewinn gemacht, 1 Prozent – nicht einmal Gewinn, Gewinn ist mehr, sondern das Geldvermögen weiter ausgebaut!

Wir reden darüber, dass sich ein Staat, ein Land etwas nicht leisten kann, wir reden über 600 Millionen EUR Gebarungsabgang in Wien und müssten uns einmal anschauen: Wie hoch ist das Vermögen? (GR Ing Mag Bernhard Dworak: Was runtergegangen ist, steht nicht in der Studie!)

Wissen Sie, was in der Studie noch drinsteht? (Zwischenruf von Amtsf StR Christian Oxonitsch.) Es ist fein, wenn Sie mich zitieren. Dann lesen Sie die gesamte Studie! In der gesamten Studie steht: Bis ins Jahr 2013

wird das Vermögen den Stand von 40 Prozent plus gegenüber dem Jahr 2008 erreicht haben. – Das würde ich mir an Steuereinnahmen sozusagen auch von den Vermögenden wünschen! Dann lesen Sie einmal die Sachen! Lesen Sie die Sachen tatsächlich, und stellen Sie sich nicht irgendwie immer nur als Retter und Beschützer der Reichen dar!

Ich komme auf den Punkt zurück: Ich lasse Sie da nicht aus. Wir haben in Österreich Schulden. Stellen Sie sich vor, es stehen 100 Menschen vor Ihnen, und Sie benötigen, um was auch immer zu finanzieren, 10 000 EUR. Und Sie haben die Möglichkeit, jedem dieser 100 Menschen im Großen und Ganzen 100 EUR wegzunehmen, wobei einer von den 100 Menschen 1 Milliarde EUR besitzt. Was würden Sie machen?

Ich sage es ganz ehrlich: Ich würde die 10 000 EUR, die ich brauche, von dem nehmen, der 1 Milliarde EUR hat, und nicht von den 99 anderen, die möglicherweise nicht wissen, wie sie überleben können. Ja, ich würde das machen, ich stehe zu einer Vermögenssteuer. Ich stehe dazu, wenn ich weiß, dass der Grundbesitz in Österreich nach einer Studie der Oesterreichischen Nationalbank 850 Milliarden EUR beträgt. Und Grund und Boden kann bekanntlich nicht weglaufen. Ich stehe dazu, wenn ich weiß, dass nach einer aktuellen Studie der OeNB das Geldvermögen in Österreich 450 Milliarden EUR beträgt. Das ist leicht herauszufinden.

Deshalb sage ich ganz bewusst: Wer will, dass Österreich Sozialleistungen hat, und wer will, dass Wien Sozialleistungen hat, der/die muss natürlich auch schauen, dass es einnahmenseitig passt. Uns allen ist das klar. Das ist ja in einer Wirtschaftskrise noch nicht das große Wunder, dass die Ausgaben steigen und die Einnahmen sinken. Das ist ja vom Prinzip her noch nicht das große Wunder. (*Zwischenruf von GRin Christine Marek.*) Entschuldigung? (*GR Mag Wolfgang Jung: Bei uns steigen leider auch beim Aufschwung die Schulden!*) Na ja, es würde im Prinzip keinen Aufschwung geben, wenn nicht Staatsausgaben auch hin und wieder das Recht hätten zu steigen.

Es ist ziemlich sicher – und das wird man jetzt auch bei Griechenland sehen, das wird man bei Irland sehen, dass in Wirklichkeit die zentrale Strukturreform mit diesen massiven und zum Teil jenseitigen Einschnitten, die es im Pensionssystem, im Lohnsystem et cetera und bei den Staatsausgaben gibt, die beiden Länder nicht aus der Schuldenfalle retten können wird. Man wird sie kaputtsparen. Das ist das Problem.

Und ich warne davor, ein Land wie Österreich kaputtzusparen, und ich warne davor, ein Land wie Wien kaputtzusparen. Selbstverständlich ist es notwendig, gerade in Krisenzeiten alle Ausgaben tatsächlich auf Herz und Nieren zu prüfen. Ja! Ich stehe dazu, lieber 20 Millionen EUR zusätzlich für die bedarfsorientierte Mindestsicherung für Kinder auszugeben, als Unmengen – das, was wir auch früher kritisiert haben – im Bereich der Inserate. Dazu stehe ich!

Sie können sicher sein, es wird heuer in Absprache mit unserem Koalitionspartner für 2011 sicher weniger ausgegeben werden als noch im Jahr 2010. Davon bin

ich überzeugt. Ich bin überzeugt davon, es wird weniger ausgegeben werden.

Nur, weshalb diejenigen, die tatsächlich staatsanwaltschaftlich verfolgt wurden, nämlich die Kärntner FPÖ, mit sozusagen der Vermischung von Parteienförderung und öffentlichen Ausgaben ... So etwas wurde bislang nur bei den Freiheitlichen in Kärnten verfolgt. (*Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Nein, nein, auch verfolgt!

Und wenn man sich anschaut, wie Bundesminister Pröll seine Inserate ... Entschuldigung! Ja! Wir haben das kritisiert. Ja! Wir wollen mehr Transparenz, selbstverständlich! Aber immer zu verschweigen... (*Zwischenruf von GRin Christine Marek.*) Liebe Frau Staatssekretärin! Ich rede Sie jetzt bewusst noch mit diesem Titel an! Es waren Ihre Inserate im Wahlkampf der Stadt Wien. Da haben Sie die Gelder, die eigentlich für die Familien bestimmt waren, für eine Kampagne missbraucht, die Sie als Vizebürgermeisterin führen wollten. Das ist das Problem! (*Beifall bei den GRÜNEN und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der SPÖ.*)

Dann stellen Sie sich her und sagen: Nein, tatsächlich Transparenz! Frau Staatssekretärin Marek! Wie viel hat Ihre persönliche Kampagne im Wiener Wahlkampf gekostet? Sagen Sie uns das! Sagen Sie uns, wie viel Ihre Kampagne gekostet hat! Von wegen Transparenz! (*GRin Christine Marek: Ihr habt eh alle möglichen Anfragen gemacht, ihr wisst es ganz genau!*) Ach so, Sie wollen es einfach nicht sagen! Niemand außer Ihnen müsste die Zahlen besser parat haben, aber Sie wollen es offenbar nicht sagen!

Wissen Sie, ich sage Ihnen schon etwas: Sie sind in der Opposition und nicht einmal transparent. Das ist peinlich! Das ist tatsächlich peinlich! (*Beifall bei den GRÜNEN und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der SPÖ.*)

Ich komme zum Schluss. Ich glaube tatsächlich, das ist ein zentraler Punkt, und das ist mir noch ein Anliegen: die PISA-Studie. Ja, wir werden im Schul- und Bildungsbereich mehr Geld brauchen, nicht für „more of the same“, sondern wir brauchen Geld für Gesamtschulen, wir brauchen Geld für eine bessere räumliche Ausgestaltung, wir brauchen mehr Geld für Ganztagschulen. Ein Ergebnis, das meines Erachtens ein bisschen zu kurz in der Analyse von PISA gekommen ist, ist offenbar augenscheinlich: Die Gesellschaft hat sich tatsächlich verändert.

Es gehen in vielen Familien beide Elternteile arbeiten. Und es nützt nichts, die gute, alte Zeit heraufzubeschwören, wo daheim geübt wurde et cetera. Das, was wir brauchen, ist im Endeffekt eine Schule, die allen Kindern Spaß macht, und eine Schule, wo Kinder auch aus der Schule rausgehen können und fertig sind. Man muss nicht unbedingt den 6- bis 14-Jährigen schon beibringen, dass man 40 Stunden in der Woche oder mehr lernen muss.

Es ist Aufgabe der Schule – jetzt komme ich zum PISA-Test zurück, ich hab mir die Aufgaben noch einmal angeschaut –, in neun Jahren Schülern und Schülerinnen sinnereichendes Lesen beizubringen. Wenn das

nicht gelingt – ich hoffe, da sind wir alle einer Meinung –, dann hat das nichts mit individuellem Versagen zu tun, sondern dann ist es ein Systemfehler. Diesen Systemfehler gilt es zu beseitigen. Eines dieser Probleme ist, dass wir unsere Schüler und Schülerinnen zum Teil am Nachmittag alleine lassen, weil es viel zu wenig Ganztagschulen gibt, und dass wir unsere Schüler und Schülerinnen tatsächlich überfordern.

Was ich mir wünsche, was ich mir tatsächlich wünsche, ist, dass wir endlich einmal weg von diesem überholten, familienpolitischen Ideal kommen, wo ich manchmal das Gefühl habe, das ist immer noch etwas, was sie anstreben, nämlich: Die Kinder gehen zu Mittag heim, und daheim sitzt dann die Mama und lernt mit dem Kind, und dann funktioniert das. – Nein, die Realität sieht anders aus!

Die Realität sieht so aus, dass es uns gelingen muss, dass Schüler und Schülerinnen in der Schule das beigebracht bekommen, was notwendig ist, und dass sie aber auch heimgehen können und nicht mit einem Rucksack belastet sind: Man muss noch dort für den Test, man muss noch dort für die Schularbeit et cetera lernen. Das würde ich mir wünschen.

Der andere Punkt ist, dass man endlich aufhört mit dieser jenseitigen Differenzierung bei Zehnjährigen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Macht die Schulform die Kinder gescheiter?*) Wir alle wissen, wie unterschiedlich sich Kinder entwickeln, wir alle wissen, wie unterschiedlich sich gerade Kinder in der Altersgruppe zwischen zehn und zwölf Jahren entwickeln. Die PISA-Studie beweist: In den Ländern, wo es eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen gibt, sind die Ergebnisse besser. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie haben es nicht verstanden!*)

Deshalb ist es unsere zentrale Aufgabe – und dem wird meines Erachtens nach im Wiener Budget Rechnung getragen –, Geld für Bildung bereitzustellen, Geld für die Armutsbekämpfung bereitzustellen, Geld für den Umweltschutz bereitzustellen. All diese Sachen geschehen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Kürzung vor allem der Naturwacht!*)

Es ist unsere Aufgabe – und da können Sie uns dann gerne in die Pflicht nehmen –, sich in einem Jahr auch an unseren Vorstellungen messen zu lassen. Aber ich bin froh darüber, dass es in Wien Rot-Grün gibt und nicht Blau-Schwarz. – Danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr StR DDr Schock zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Es ist ja ein durchaus erhebendes Gefühl, hier wieder einen freiheitlichen Vorsitzenden bei uns zu sehen! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Das ist ja zu erwarten: Wenn eine Stadträtin hier herauskommt und ihr Budget verteidigt, in den schönsten Zahlen darstellt, das alles rosig darstellt, dann kennen wir das ja auch. Aber wenn dann der Herr Margulies da herauskommt, wenn ein Grüner herauskommt, der jahrelang hier alles kritisiert hat, der an diesem Budget über-

haupt nicht mitgewirkt hat, der sich über den Tisch hat ziehen lassen, wenn der Herr Margulies da herauskommt und nur ablenkt, der in 20 Minuten kein einziges Wort über dieses Budget da sagt, der über Vermögenssteuern spricht, über die Reichen, über PISA, der nur ablenkt, ablenkt und ablenkt, dann zeigt das, Herr Margulies: Sie haben sich in dieser Koalition über den Tisch ziehen lassen, Sie haben überhaupt nichts zu plaudern hier! Und das heute ist ein Armutszeugnis für Ihre Politik, Herr Margulies! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren, jetzt zur Finanzstadträtin: Sie hat heute wiederholt gemeint: Wien ist gut durch die Krise gekommen, bei uns ist alles nicht halb so schlimm! Gleichzeitig legt sie veraltete Zahlen vor. Frau Finanzstadträtin, Sie haben heute ausschließlich Zahlen aus dem Jahr 2009 vorgelegt, Wirtschaftszahlen nämlich, über das Wirtschaftswachstum, über die Arbeitslosen, aber keine einzige aktuelle Zahl aus dem letzten Quartal oder aus dem vorletzten von mir aus. Da frage ich mich: Warum, Frau Stadträtin?

Wie schaut denn die Wirklichkeit aus? Die Wirklichkeit schaut ja so aus – und das sagen uns die Wirtschaftsforscher zu diesem Budget –, dass Wien auf Grund der Wirtschaftsstruktur später als die anderen Bundesländer in diese Krise hineinkommt, weil die Struktur der Wiener Wirtschaft nicht exportorientiert ist und die exportorientierten Bundesländer zum Beispiel zuerst getroffen werden. Weil unsere Wirtschaftsstruktur eher inlandsorientiert ist, darum trifft uns die Krise später als die anderen.

Wenn Sie die Zahlen von 2009 nehmen, dann haben sie recht, Frau Stadträtin! Da war das so, dass die anderen, die Exportorientierten zuerst getroffen worden sind. Wenn Sie aber die aktuellen Zahlen nehmen, Frau Stadträtin, dann ist das Gegenteil der Fall! Dann sieht man, dass die Konjunkturrezession, dass der Wirtschaftsabschwung jetzt gerade die Wiener Wirtschaft erst zu treffen beginnt, weil eben Wien von dieser Krise später getroffen wird.

Frau Stadträtin, schauen wir uns die aktuellen Zahlen an! Da ist die Industrie in Wien mit einem Rückgang bei der Beschäftigung, mit einem Rückgang des Produktionsindex ausgewiesen. Was Sie gesagt haben, sind veraltete Zahlen aus dem Jahr 2009, sind lauter Märchen.

Das trifft auch auf die Gesamtinsolvenzen, die Insolvenzsituation zu. Die gehen ja in anderen Bundesländern jetzt Gott sei Dank zurück: im Burgenland um 14 Prozent, in Oberösterreich um 9 Prozent und so weiter. Aber bei uns, Frau Stadträtin, gehen die Insolvenzen nicht zurück. Da haben wir keine Entlastung bei den Insolvenzen, weil die Wiener Wirtschaft gerade jetzt erst getroffen wird.

Frau Stadträtin, auch die Arbeitslosenstatistik zeigt das. Im 3. Quartal etwa hat es in der Wiener Wirtschaft mehr Arbeitslose gegeben. Das Wirtschaftsforschungsinstitut – glauben Sie wenigstens den Experten, Frau Finanzstadträtin, wenn Sie das uns schon nicht glauben! – analysiert daher, dass die Wiener Wirtschaft später erst von dieser Krise getroffen wird und dass es einfach

ein Märchen ist, wenn Sie uns hier weismachen wollen, dass in Wien österreichweit der geringste Einbruch zu verzeichnen war, und das sei noch Ihr Erfolg.

Frau Stadträtin! Es ist daher konjunkturpolitisch falsch, ein Budget vorzulegen, in dem 300 Millionen EUR gekürzt werden, in dem die Investitionsquote mit 13,8 Prozent einen Tiefststand erreicht. Es ist falsch, wenn man sich vor Augen hält, dass nach einer Analyse der Experten 100 Millionen EUR 2 200 Arbeitsplätze schaffen, meine Damen und Herren! Dann kostet uns diese Kürzung, die Sie uns heute hier vorlegen über 6 000 Arbeitsplätze in Wien.

Es ist eben falsch, weil genau in der Bundeshauptstadt diese Krise noch nicht, ja noch lange nicht vorbei ist. Wir brauchen daher in speziellen Sektoren mehr Ausgaben. Wir brauchen eine Beschleunigung des Schulausbauprogramms, wir brauchen eine Aufstockung der Bezirksbudgets. Wir brauchen keine Kürzung der Wirtschaftsförderung, Frau Stadträtin, die Sie uns heute hier vorlegen und im gleichen Atemzug auch noch sagen, Sie fördern Start-ups. Frau Stadträtin, Sie kürzen die Wirtschaftsförderung!

Wir brauchen daher keine Kürzung, sondern wir brauchen gerade in diesem Bereich der Jungunternehmer mehr Mittel. Wir brauchen auch keine Kürzung bei der U-Bahn um 20 Millionen EUR, die Sie budgetiert haben. Wir brauchen in diesen investiven Bereichen mehr Investitionen. Wir brauchen auch keine Kürzung bei der Wohnbauförderung. Wir brauchen keine Kürzung bei der Wohnbauförderung um 60 Millionen EUR, die Sie budgetiert haben und uns heute hier vorlegen, sondern wir brauchen mehr Mittel für die Wohnbausanierung. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wir brauchen ein Sonderwohnbauprogramm, meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren! Es muss noch etwas erwähnt werden, nämlich der Gebührenspiegel, den Sie heute bei diesem Budget vorlegen. Man muss eigentlich sagen, mit welcher Unverfrorenheit Sie diesen Gebührenspiegel vorlegen, weil ja der Rechnungshof vor über einem halben Jahr, Frau Stadträtin, nachgerechnet hat, dass hier falsche Zahlen drinnen sind.

Meine Damen und Herren! Es war die Freiheitliche Fraktion, die vor zwei Jahren, im Jahr 2008, eine Sonderprüfung des Rechnungshofes beantragt hat, gemeinsam damals mit den anderen Oppositionsfraktionen, gemeinsam damals mit den GRÜNEN und mit der Wiener ÖVP. Der Rechnungshof hat jetzt genau diesen Bericht über die Wiener Gebühren Anfang dieses Jahres vorgelegt. Da steht natürlich drinnen, meine Damen und Herren, dass der Kostendeckungsgrad entgegen Ihren falschen Berechnungen, Frau Stadträtin, über 100 Prozent liegt, dass dadurch aus der bloßen Gebühr eine Steuer wird, die in das allgemeine Budget hineinfließt.

Schauen wir uns die Zahlen einmal an! Da hat der Rechnungshof nachgerechnet, dass beim Wasser der Überschuss in 3 Jahren – der Prüfungszeitraum des Rechnungshofs – 191 Millionen EUR betrug. Beim Müll war der Überschuss in diesen 3 Jahren 102 Millionen EUR und beim Kanal 95 Millionen EUR.

Frau Stadträtin, Sie haben das immer geleugnet. Sie

haben sich hier immer hergestellt und haben gesagt: Das stimmt ja alles nicht! Der Kostendeckungsgrad ist laut unserem Gebührenspiegel unter 100 Prozent.

Frau Stadträtin! Der Rechnungshof hat jetzt schriftlich festgehalten, dass Ihre Berechnung falsch ist, dass Ihre Berechnung nicht der erforderlichen Kostenwahrheit entspricht, um den Rechnungshof zu zitieren. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das ist ein großer Unsinn!)* Der Rechnungshof hat ausdrücklich gesagt: Ihre Berechnungen sind ungeeignet, und bestätigt, was wir immer gesagt haben, dass die Kostendeckungsgrade bei den Gebühren weit über 100 Prozent liegen, beim Wasser bei 114 Prozent, beim Kanal bei 115 Prozent und beim Müll sogar bei 119 Prozent.

Frau Stadträtin! Sie haben genau das abgestritten! Sie haben sich immer hergestellt und das Gegenteil behauptet und gesagt, wir haben unrecht. Wir sagen daher jetzt: Es müssen die Gebühren auf einen Kostendeckungsgrad von 100 Prozent zurückgeführt werden, damit es wieder richtige Gebühren sind.

Was heißt das, Herr Kollege Margulies? – Herr Kollege Margulies, das heißt, 15 Prozent Gebührensenkung in Wien. Das heißt, umgerechnet 80 Millionen EUR Entlastung bei diesen 3 Gebühren. Das heißt, wiederum 80 Millionen EUR Entlastung pro Wiener Haushalt, Herr Strobl, wenn man diese Gebühren nur auf einen Kostendeckungsgrad von 100 Prozent führt.

Herr Kollege Strobl! Frau Stadträtin! Wir wollen daher, dass Sie aufhören, sich hier ein Körbergeld auf Kosten der Gebührenzahler zu holen. Geben Sie dieses Geld den Menschen zurück, Frau Stadträtin! Senken Sie die Gebühren! Schröpfen Sie nicht länger die Gebührenzahler mit Steuern! Und entlasten Sie die Menschen in Wien bei diesen Gebühren, Frau Stadträtin! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof kritisiert ja nicht nur diese Überschüsse, sondern der Rechnungshof kritisiert ja ausdrücklich, dass hier mit falschen Zahlen gearbeitet wurde. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, wie hier getrickt wird, Frau Stadträtin, etwa beim Cross Border Leasing. Das hat ja gerade der Herr Margulies in früheren Zeiten immer von diesem Pult aus vehement kritisiert. Das ist ja eine sehr komplizierte Transaktion, die unter anderem darin besteht, dass ein Kredit aufgenommen wird und dann wieder veranlagt wird.

Was haben Sie gemacht, Frau Stadträtin? Sie haben das beim Cross Border Leasing so dargestellt, dass Sie die Kosten dieses Kredites zwar – das, was uns dieser Kredit kostet – hier im Haushalt von Wien Kanal budgetiert haben und damit auf Kosten der Gebührenzahler, aber auf der anderen Seite den Zweck dieses Cross Border Leasings, die Erträge aus der Veranlagung – warum man das eigentlich gemacht hat – nicht etwa bei Wien Kanal budgetiert haben, sondern im allgemeinen Haushalt budgetiert haben.

Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat hier ausdrücklich bei dieser Nachrechnung festgehalten, Frau Stadträtin, Sie haben die Gebührenzahler damit doppelt belastet. Sie haben die Gebührenzahler doppelt

belastet, weil Sie bei dieser Transaktion nicht richtig kalkuliert haben.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wann war denn diese Kritik des Rechnungshofes? War das gestern? War das vorgestern oder vorige Woche? – Nein, meine Damen und Herren, dass war ja bereits zu Beginn des heurigen Jahres. Das war zu Beginn des Jahres 2010. Es wäre also mehr als genug Zeit gewesen, diesen Gebührenspiegel der Kritik des Rechnungshofes anzupassen, diese Falschkalkulationen endlich herauszunehmen und endlich diesem Haus richtige Zahlen vorzulegen.

Frau Stadträtin, ich frage Sie: Warum haben Sie das nicht getan? Warum haben Sie nicht reagiert auf diese Kritik des Rechnungshofes? Warum legen Sie uns weiter falsche Zahlen vor? Warum tun Sie so, als ob sich überhaupt nichts geändert hätte? Sie müssen sich daher heute von uns den Vorwurf gefallen lassen, meine Damen und Herren und Frau Finanzstadträtin, hier bei den Gebühren mit Tricks, mit Taschenspielertricks zu arbeiten, hier bei den Gebühren in Wien den Gemeinderat irrezuführen.

Ich fordere Sie daher auf, Frau Stadträtin: Ziehen Sie diesen Gebührenspiegel heute von dieser Tagesordnung zurück! Hören Sie auf, hier mit Tricks in diesem Haus zu arbeiten! Und legen Sie endlich diesem Gemeinderat hier richtige Zahlen, richtige Kalkulationen vor, Frau Stadträtin! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr StR Mag Gerstl hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

StR Mag Wolfgang **Gerstl**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich will nicht nur, ich sehe es als meine Pflicht an, dem, was der Kollege Margulies zuvor getan hat, eindeutig zu widersprechen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Was habe ich schon wieder getan?)* Sie haben von diesem Pult aus gesagt, dass Missbrauch öffentlicher Gelder von Seiten der Frau Staatssekretärin im letzten Wahlkampf getan worden wäre. Herr Kollege Margulies, nehmen Sie das zurück und entschuldigen Sie sich dafür! Vom Vorsitzenden erwarte ich mir einen Ordnungsruf. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist doch derselbe Missbrauch! Sie sagen doch dasselbe!)*

Herr Kollege Margulies! Die Frau Staatssekretärin hat zwei Kampagnen im vergangenen Jahr gehabt. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Zwei sogar?)* Na schau, da habe ich Ihnen wieder etwas beigebracht! *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Die erste Kampagne zum Kinderbetreuungsgeld war Anfang des Jahres eine reine Informationskampagne gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister über die Auswirkungen des neuen Kinderbetreuungsgeldes, das die ÖVP für die Mütter und für die Väter geschaffen hat, ein neues System, das es erleichtert, dass man ohne entsprechende finanzielle Abschläge auch ein Jahr zu Hause bleiben kann. Das ist das, was Sie jetzt offensichtlich kritisieren wollen, meine Damen und Herren! Das hätte ich mir nicht erlaubt von Ihnen! Das war ein Vorschlag der ÖVP, der von der Bundesregierung durchgeführt

wurde.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege Mag Gerstl! Ich darf Sie kurz unterbrechen. Ich nehme zur Kenntnis: Sie haben einen Ordnungsruf verlangt. Ich werde mir erlauben, so wie es üblich ist, das Wortprotokoll auszuheben und dementsprechend nachzulesen, was wirklich gesagt wurde, und gegebenenfalls einen Ordnungsruf erteilen. Ich bitte aber, ansonsten zur Geschäftsordnung zu sprechen. – Danke.

StR Mag Wolfgang **Gerstl** *(fortsetzend)*: Herr Vorsitzender!

Das Zweite, was ich noch ergänzend zur Korrektur anbringen möchte, ist: Das zweite Projekt war ein Frauenförderprojekt, das gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung durchgeführt worden ist.

Ich nehme wohl nicht an – das war auch außerhalb des Wahlkampfes –, dass Sie von den GRÜNEN kritisieren wollen, dass die Frau Staatssekretärin ein Frauenförderprojekt hat. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?)*

Da bleibt mir nur noch übrig zu sagen: offensichtlich „no good idea left behind“! Etwas anderes fällt mir zu Ihnen nicht mehr ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Debattenredner ist Herr GR Strobl gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Friedrich **Strobl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herrn Kollegen Schock sehe ich im Moment nicht. Er hat gemeint, wir sollen endlich die Zahlen bezüglich der Gebührenüberschüsse korrigieren. Es geht ja doch so, wie Sie sich das manchmal vorstellen. Sie wünschen, wir spielen. Ich werde Ihnen jetzt die korrekten Zahlen bezüglich der Gebührenüberschüsse nahebringen. Und ich hoffe, Sie werden es diesmal auch so aufnehmen. Wenn der Herr Kollege Schock auch nicht da ist, bitte ich doch die Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Partei, ihm das mitzuteilen.

Und wenn es der Kollege Schock noch so oft wiederholt: Es gibt keine Gebührenüberschüsse in Wien, sondern die Stadt Wien schießt jährlich 600 Millionen EUR zu dem Gebührenhaushalt zu. Bitte nehmen Sie das einmal zur Kenntnis und verbreiten Sie hier nicht ständig irgendwelche Unwahrheiten! *(Beifall bei der SPÖ. – GR Rudolf Stark: Das hat der Rechnungshof gesagt!)*

Ich bleibe ganz kurz beim Herrn Kollegen Schock, denn er hat auch darüber gesprochen, wie sich Wien in der Krise bewährt hat beziehungsweise aus seiner Sicht nicht bewährt hat. Sie haben schon gesagt, dass Wien besser durch die Krise gekommen ist als alle anderen Bundesländer. So weit stimmt das.

Sie haben aber darauf aufmerksam gemacht, dass das sozusagen nicht hausgemacht ist, sondern dass wir gar nichts dafür können, weil es nur die exportorientierten Bundesländer so stark getroffen hat. Auch da korrigiere ich Sie, Herr Kollege Schock! Wien ist deshalb so

gut durch die Krise gekommen, weil wir zusätzlich investiert haben. Ich erinnere an das Konjunkturpaket mit 700 Millionen EUR.

Das hat die Stadt Wien und das hat die Wiener Wirtschaft durch die Krise geführt und hat dazu beigetragen, dass es eben nicht so einen hohen Anstieg bei der Arbeitslosigkeit gegeben hat wie in anderen Bundesländern – und zwar nicht um ein bisschen. Durchschnittlich lagen alle anderen Bundesländer über 20 Prozent, und in Wien waren wir in einem Bereich bei nicht einmal 10 Prozent.

Das ist die Politik der Stadt Wien. Und daher haben die Wirtschaft in Wien und der Wirtschaftsstandort Wien es unserer Politik zu verdanken, dass wir besser durch die Krise gekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in mehreren Wortmeldungen heute – beginnend mit der Wortmeldung des Herrn Gudenus, sich fortsetzend mit der Wortmeldung und dem Redebeitrag der Frau Marek – wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie schlecht denn Wien dasteht. Ganz konkret sagte der Herr Gudenus: Wien ist Schlusslicht! Die Frau Marek sagte: Wien hinkt hinter allen Bundesländern hinterher!

Ich habe mir ein paar Punkte – und zwar wirklich nur ein paar Punkte herausgesucht –, um Ihnen einmal zu sagen, wie Wien tatsächlich dasteht. Ich kann bei Weitem nicht alle Punkte aufzählen und ich kann auch wirklich nicht alle im Detail ausführen, aber hören Sie doch ein bisschen zu!

Wien hat das höchste Bruttoregionalprodukt aller österreichischen Bundesländer. In Wien gibt es die meisten Unternehmensgründungen, und zwar nicht in den Jahren 2009, 2010, sondern immer. Wir sind immer Spitze. Es gibt die meisten Unternehmensgründungen. In Wien gibt es die höchste Anzahl an Betriebsansiedlungen von internationalen Betrieben. Jedes Jahr, Jahr für Jahr, auch im Jahr 2010 siedelt sich mehr als die Hälfte aller internationalen Betriebe in Wien an. Wir haben in Wien die meisten Klein- und Mittelbetriebe und Ein-Personen-Unternehmen. Auch das ist dem positiven Wirtschaftsklima in dieser Stadt zu danken. Wir haben in Wien die höchste Kaufkraft aller Bundesländer, und zwar mit über 8 Prozent über dem österreichischen Gesamtdurchschnitt.

Wien gehört zu den 10 wirtschaftlich stärksten Städten Europas. Wir sind vor Paris, wir sind vor London, wir sind vor Berlin. In Wien gibt es über 300 internationale Konzernzentralen. Die Konzerne haben hier ihre Osteuropazentralen etabliert.

Und wenn man sich zum Beispiel die Direktinvestitionen von ausländischen Betrieben in Wien ansieht, dann sieht man im Jahr 1994 ein Niveau von 7,5 Milliarden EUR. Jetzt haben wir ein Niveau von weit über 50 Milliarden EUR, das hier investiert wird.

Wien ist die beliebteste Kongressstadt, und zwar nicht in Österreich und nicht in Europa, sondern auf der ganzen Welt. Und im Tourismus, meine sehr geehrten Damen und Herren, eilt Wien Jahr für Jahr zu einem neuen und weiteren Rekordergebnis.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind nur einige der Punkte, wo Wien Spitze ist. Sie wissen, ich

könnte das noch weiter ausführen. Jetzt hätte ich es bald vergessen, aber Sie haben das sicher erwartet: Natürlich ist Wien Spitze bei der Lebensqualität und zwar auch nicht nur in Österreich und in Europa, sondern weltweit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie immer über die Ergebnisse der Politik, die wir hier als Stadtregierung machen, diskutieren, dann sage ich Ihnen ganz klar: Das, was ich Ihnen jetzt aufgezählt habe und noch viel mehr, ist das Ergebnis unserer politischen Arbeit im Sinne der Wienerinnen und Wiener. Und auf das können wir stolz sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage beim Budget ist aber schon genauer zu stellen und zu hinterfragen, nämlich: Was wollen wir mit dem Budget erreichen? Da gibt es natürlich einen diametralen Unterschied zu den Oppositionsfraktionen. Im Gegensatz zur Opposition wollen wir nämlich wirklich für die Wiener Bevölkerung, für die Wienerinnen und Wiener arbeiten, und nicht so wie Sie vor allem von der Freiheitlichen Partei permanent alles schlechtmachen *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie machen es schlecht, wir kritisieren es nur!)*, einzelne Gruppen gegeneinander aufhetzen und mit Halbwahrheiten und bewusst falschen Interpretationen die Menschen verunsichern.

Eines – das hätte ich jetzt beinahe vergessen – möchte ich Ihnen auch noch sagen, weil der Herr Gudenus und auch andere immer wieder auf die Wahlen im Oktober zu sprechen kommen: Ja, Sie haben bei diesen Wahlen dazugewonnen. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass 83 Prozent der Wienerinnen und Wiener, die wahlberechtigt bei dieser Wahl waren, Sie nicht gewählt haben! Auch das gehört einmal gesagt. Das sind ohnehin immer noch zu viele, die Sie gewählt haben. *(Beifall bei der SPÖ. – GR Johann Herzog: Zählen Sie die Nichtwähler mit?)* Die Wahlberechtigten! Das ist relativ einfach nachzulesen! Das ist relativ einfach nachzulesen. Wenn Sie das machen und nachrechnen, dann werden sie sehen, dass das auch so stimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zur Frage: Was wollen wir mit diesem Budget erreichen? – Wir wollen mit diesem Budget erreichen, dass Wien weiterhin als Stadt der Bildung und des Wissens eine Vorreiterrolle in Österreich und in Europa einnimmt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Gerade redet er von der PISA-Studie, und dann redet er von Wien als Stadt des Wissens!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedes Kind in dieser Stadt muss unabhängig von Einkommen, von Herkunft, von Sprachkompetenz und Bildung der Eltern die Chance auf die beste Bildung und Ausbildung haben. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Dafür sorgen wir in dieser Stadt, und Gott sei Dank nicht Sie, Herr Jung!

Zweiter Punkt: Wir wollen mit diesem Budget erreichen, dass Wien eine soziale Stadt mit bester Gesundheitsversorgung bleibt, und zwar für alle Wienerinnen und Wiener, auch egal von Einkommen, von Alter, Geschlecht oder Herkunft.

Und wir wollen mit diesem Budget erreichen, dass

Wien eine weltoffene Stadt bleibt, die auf die Vielfalt setzt und auf gemeinsame Verantwortung baut, wo es klare Regeln für ein funktionierendes Miteinander gibt. Und wir wollen mit diesem Budget erreichen, dass Wien weiter eine sichere, eine lebenswerte Stadt mit der besten Lebensqualität in der Welt bleibt.

Last but not least wollen wir mit diesem Budget natürlich erreichen, dass Wien als Wirtschaftsstandort nicht nur in Österreich, sondern auch europaweit Spitze bleibt und dass die Klein- und Mittelbetriebe, die vielen Ein-Personen-Unternehmen in dieser Stadt auch weiterhin dafür sorgen, dass es genügend Arbeitsplätze gibt, dass es genügend Ausbildungsplätze gibt, dass es genügend Jobs in dieser Stadt gibt. Denn diese Jobs, Herr Kollege Aichinger, werden hauptsächlich von den Klein- und Mittelbetrieben geschaffen, das wirst du ja hoffentlich wissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt mache ich nur noch ein, zwei Anmerkungen bezüglich der Kritik an den Investitionen und der Wirtschaftsförderung, weil das heute auch immer wieder angesprochen worden ist.

Wir haben bei dieser Budgeterstellung sehr genau darauf geachtet, dass beispielsweise die Investitionen nicht sinken, sondern steigen. Wenn Sie das gelesen haben, dann werden Sie auch sehen (*StR DDr Eduard Schock: Dann haben Sie aber ein anderes Budget, Herr Strobl!*), dass wir bei den Investitionen 2010 2,5 Milliarden EUR vorgesehen hatten und dass im Budgetvoranschlag 2011 2,6 Milliarden EUR vorgesehen sind. Das sind nach Adam Riese 100 Millionen EUR mehr. (*StR DDr Eduard Schock: Das sind falsche Zahlen, Herr Strobl! Das sind falsche Zahlen, die Sie präsentieren!*)

Gut, dass Sie diesen Zwischenruf machen, Herr Kollege Schock! (*StR DDr Eduard Schock: Das sind falsche Zahlen!*) Ich wollte ohnehin schon den Finanzdirektor fragen - er ist leider im Moment nicht hier; doch, dort hinten steht er -, ob er vielleicht zwei verschiedene Budgetvoranschläge ausgeschickt hat, nämlich einen für die Regierungspartei und einen für die Oppositionsparteien. (*GR Johann Herzog: Sichtlich, denn Sie reden von einem anderen!*) Denn was Sie hier in Ihren Redebeiträgen immer wieder gesagt haben, uns vorgezeigt und aufgezeigt haben, hat mit dem vorliegenden Budgetvoranschlag überhaupt nichts zu tun. Ich weiß nicht, woher Sie diese Zahlen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Lesen Sie sich das genau durch!

Was die Wirtschaftsförderung im Speziellen betrifft, kann ich Ihnen schon noch etwas sagen: Natürlich ist es so, dass es, wenn man den Voranschlag vom letzten Jahr und den neuen Voranschlag hernimmt, hier zu einer Reduktion kommt. Aber Sie dürfen eines nicht vergessen: Wir haben mit 172,3 Millionen EUR im Voranschlag 2011 immer noch einen wesentlich höheren Wert als in den Jahren vor der Krise! Das zeigt ganz klar, dass wir auch in Zukunft darauf schauen, dass es eine Wirtschaftsförderung im Interesse der Wirtschaft in dieser Stadt gibt (*StR DDr Eduard Schock: Haben Sie jetzt gekürzt oder haben Sie nicht gekürzt?*), im Interesse der Betriebe in dieser Stadt, ganz besonders im Interesse

der Klein- und Mittelbetriebe und der Ein-Personen-Unternehmen. (*StR DDr Eduard Schock: Sie haben gekürzt, Herr Strobl!*)

Ganz zum Schluss, weil ja Wirtschaft früher immer auch im Zusammenhang mit der ÖVP erwähnt wurde: Ich bin schon gespannt, was für Vorschläge ich hier im Gemeinderat von den Vertretern der Wirtschaft in der ÖVP hören werde. Derzeit habe ich mehr den Eindruck, dass ihr zwar alle anwesend seid (*GR Mag Wolfgang Jung: Im Gegensatz zur SPÖ!*), aber der Einfluss des Wirtschaftsflügels der ÖVP innerhalb der Fraktion der ÖVP hält sich, glaube ich, sehr in Grenzen. Wirklich eingebunden könnt ihr nicht sein, denn ich weiß ja, wofür die Kollegen hier stehen. Kollegin Feldmann ist hier, die auch im Wirtschaftsparlament sitzt. Es ist Kollege Aichinger hier, es ist Kollege Neuhuber hier. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich weiß, wofür ihr steht, aber es kommt in der Politik nicht vor, weder hier im Gemeinderat noch in der Wirtschaftskammer!

Nur ein Beispiel: Es gibt in der Wirtschaftskammer - Frau Kollegin Feldmann weiß es, weil sie im Wirtschaftsparlament anwesend war - ein Programm, in dem drinsteht: „Programm für ein wirtschaftlich starkes Wien“. In diesem „Programm für ein wirtschaftlich starkes Wien“ steht doch zur Kreditklemme allen Ernstes Folgendes drin: Es wird Basel III nicht nur hochgejubelt, sondern es sei das alles sozusagen im Sinne der Klein- und Mittelbetriebe. Entschuldigung, wo wart ihr da? Ihr wisst alle - und das wissen auch die Vertreterinnen und Vertreter der FPÖ -, dass Basel II und Basel III nicht im Sinne der Klein- und Mittelbetriebe ist, sondern im Gegenteil sehr kontraproduktiv gewesen ist! Wo wart ihr bei der Erstellung dieses Wirtschaftsprogramms? Ich kann mir nicht vorstellen, dass ihr da dabei gewesen seid.

Die Themen in diesem Wirtschaftsprogramm, die hier ganz offensichtlich fehlen, die aber zum Beispiel im Regierungsübereinkommen von Rot-Grün nicht fehlen - das ist auch eine Liste, wo ich mir gedacht habe: Das darf ja wohl nicht wahr sein! Da gibt es keinen Punkt dazu, wie es aussieht bezüglich der Nahversorgung, wo es um die Wiener Märkte geht. Es gibt keinen Punkt zur Grätzelbelebung. Es gibt keine Erwähnung, keinen Satz zu den Geschäftsmieten. Es gibt keinen Satz zur Unterstützung der Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund, einer ganz, ganz wichtigen Gruppe in unserem Wirtschaftsbereich. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das sind Österreicher wie alle anderen auch! - StRin Veronika Matiassek: Das sind Unternehmer wie alle anderen auch!*) Es gibt keinen Satz zur Stellung der Frauen und der Unternehmerinnen, sie kommen alle überhaupt nicht vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluss. Wir sind davon überzeugt, dass wir in der Vergangenheit eine gute Politik für die Wienerinnen und Wiener in dieser Stadt gemacht haben. Wir sind davon überzeugt, dass wir mit diesem Budget auch in Zukunft eine gute Politik für die Wienerinnen und Wiener machen werden, und zwar gemeinsam mit den Wienerinnen und Wienern, gemeinsam auch mit unserem Koalitionspartner, und zwar für die Wienerinnen und Wiener, sodass

es weiterhin so bleibt, dass Wien die lebenswerteste Stadt dieser Welt ist. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Herzog. Ich erteile es ihm.

GR Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Herr Kollege Strobl hat interessanterweise etwas gesagt, was ich für richtig halte: Es liegen offensichtlich zwei Exemplare von Voranschlägen vor. Denn es wird von Zahlen unterschiedlicher Art geredet, die offensichtlich in dem einen nicht vorkommen, vielleicht aber im anderen Voranschlag. *(GR Friedrich Strobl: Sie haben den falschen!)*

Herr Kollege Schicker zum Beispiel hat festgestellt, dass ein Abbau der Finanzschuld eingetreten sei. Das muss in seinem Exemplar so vorkommen - hoffentlich -, denn wenn man sonst schaut, was passiert ist, muss man feststellen, *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Sie haben nicht zugehört!)*, dass im Jahr 2010 die Schulden um insgesamt 1,065 Millionen EUR gestiegen sind. Das heißt also, wir haben jetzt einen Gesamtschuldenstand von 2,939 Millionen EUR, während er 2009 noch bei 1,874 Millionen EUR lag. Das ist Ihr Exemplar, Herr Kollege, aber nicht das, das wir bekommen haben.

Genauso muss man feststellen, dass die Investitionsquote nach unseren Unterlagen gesunken ist, und zwar von 15,1 auf 13,8 Prozent für das Jahr 2011. Es sind daher um 1,3 Prozentpunkte weniger, das muss man auch feststellen. Feststellbar ist außerdem, dass leider gespart wurde im Investitionsbereich, der arbeitswirksam ist, der arbeitsplatzschaffend ist. Was wurde denn vielfach gestrichen? Nachfragewirksame Ausgaben, die unmittelbar wirksam werden und sofort zu spüren sind, sind um 113 Millionen EUR gestrichen worden, die bauwirksamen Ausgaben um 62 Millionen EUR und die Wohnbauförderung um 60 Millionen EUR. Das sind konkrete Dinge, die nicht zu leugnen sind, auch wenn sie von der sozialistischen Mehrheit gesundgebetet werden.

Laut Wirtschaftsforschungsinstitut schaffen 100 Millionen EUR an kommunalen Investitionen zirka 2 200 Arbeitsplätze. Wenn daher, wie wir wissen, 300 Millionen EUR weggefallen sind, sind es 6 600 Arbeitsplätze, die bedroht sein werden!

Problemfall Wiener Stadtwerke: Da haben wir als Opposition schon zutiefst beklagt, dass die Budgethoheit des Gemeinderates de facto nicht existiert, dass sie ausgehöhlt ist, dass die Kontrollfunktion der Opposition nicht vorhanden ist und in diesen Bereichen nicht zugelassen wird. Das ist ein echter Demokratiemangel, der umso wichtiger ist, als dieser ausgegliederte Bereich in Wien immer stärkere Bedeutung bekommt und heute bereits rund 50 Prozent der wirtschaftlichen Tätigkeit so und über diesen Bereich abgewickelt werden.

Da gibt es verschiedenste Ergebnisse unterschiedlicher Art. Wien Energie ist sehr erfolgreich und hat das Betriebsergebnis massiv gesteigert: von 29 Millionen EUR 2007 auf 74 Millionen EUR im Jahr 2009. Das ist aber ein Ergebnis, über das man sich nicht sehr freuen

muss, denn im Grunde genommen bedeutet es, dass durch die massiven Erhöhungen der letzten Zeit - nämlich Strom um 20 Prozent und Gas um 29 Prozent - einfach die Wiener mehr ausgesackelt wurden. Die Wiener Kunden haben dieses Ergebnis bezahlt, und sonst niemand!

Die Wiener Linien haben ein schlechtes Ergebnis. Da steigt der Jahresfehlbetrag, die Investitionen sinken - eine Sache, die man vielleicht auch im Zusammenhang mit Betriebssicherheit sehen kann, wo sicherlich noch einiges zu verbessern sein wird.

Insgesamt sind die Investitionen der Wiener Stadtwerke gesunken, nämlich im Vergleich zu 2007 von damals 827 Millionen auf 748 Millionen 2008 und auf 672 Millionen EUR im Jahr 2009. Somit ergibt sich ein Minus von 155 Millionen EUR allein im Bereich der Wiener Stadtwerke! Das ist ein echter Einbruch und natürlich auch ein echter Investitionsverlust für die Wiener Wirtschaft, sodass man feststellen muss, dass die Wiener Stadtwerke nur mehr ein sehr geschwächtes und nicht mehr so wichtiges Instrumentarium der Wirtschaftspolitik dieser Stadt sein können.

Die Verschuldung der Bezirke ist in diesem Haus ein Dauerthema, das leider auch 2011 seine Fortsetzung findet. Durch das Schuldsanierungspaket werden die Bezirke immer mehr ins Minus getrieben. Was den finanziellen Status der Bezirke betrifft, so sind per Dezember 2009 nur mehr 6 Bezirke mit Rücklage ausgestattet, während 17 Bezirke mit Vorgriff zu sehen sind, wobei man natürlich sagen muss, dass auch hier Verschleierung stattfindet. Denn die Darlehen, die zwischen Bezirk und Zentralverwaltung, also dem Magistrat, abgewickelt werden - innere Darlehen -, werden herausgerechnet, und man tut so, als gehörten sie nicht dazu.

An den 60 Prozent Eigenfinanzierungsanteil der Bezirke ist also leider etwas geschehen, was die Bezirke nicht zu verkraften imstande sind, und so sind eben 2009 weitere drei Bezirke neu in die Verschuldung gekommen, nämlich Mariahilf, Währing und Hernals. Interessanterweise ist der Bezirk Brigittenau 2009 schuldenfrei - warum, weiß ich nicht. Da müsste man einmal fragen, was dort geschehen ist. Es ist sozusagen entgegen dem Trend.

Was wir sagen, ist eines und etwas völlig Klares: Wir glauben, dass dieses Schuldfinanzierungs-, dieses Schuldsanierungsprogramm nicht durchzuhalten ist, dass daher eine Änderung dieses Eigenfinanzierungsanteils von 60 Prozent nicht nur anzustreben, sondern höchst notwendig geworden ist, und eine Aufstockung der Bezirksbudgets unausweichlich ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie jedes Jahr darf ich auch heuer wieder das Belastungspaket der Wiener Sozialisten - nunmehr mit ein paar Häubchen der GRÜNEN - verkünden und wieder anmelden und anmerken: Es ist festzustellen, dass dieses Belastungspaket die Wiener Bevölkerung massivst trifft! In den Jahren 2006 bis 2010 ist eine Reihe von Erhöhungen erfolgt. Ich beginne bei den Wiener Bädern mit 17 Prozent, Strompreise - darunter leiden wir ganz besonders - steigen um 20 Prozent, Tarife der Wiener Linien in Einzelfällen um 20 Prozent, Müllgebühren um

27 Prozent, Parkpickerl um 29, Gaspreise um 29 und Kanalgebühren um 35 Prozent. Ich nehme an, dass auch deswegen eine Ausgliederung aus dem städtischen Bereich erfolgt ist. Die Kosten für die Kurzparkscheine sind gleich um 50 Prozent erhöht worden.

Wir haben verschiedene Rechnungen angestellt, wie ein Wiener Familienhaushalt belastet wird. Je nach Art der Zusammensetzung des Haushaltes gibt es Belastungen für Zwei-Kinder-Familien, Alleinerzieher und Pensionisten, die einen monatlichen Betrag von 88, 110 und 192 EUR erreichen, die allein mit diesen Erhöhungen der letzten Jahre zu erklären sind und eine massive Belastung für die Wienerinnen und Wiener darstellen. Es wäre hoch an der Zeit, dass diese Dinge ein Ende finden, vor allem, dass die Valorisierungsversuche, die Valorisierungsgesetzgebung zurückgenommen werden, weil das ein Faulbett für die Sozialisten ist, wodurch sie sich sozusagen auf stillem Wege ihre Mittel weiter sichern.

Damit sind wir bei den Gebühren, die heute schon massiv angesprochen worden sind. Herr Kollege Strobl hat wieder widersprochen; ich möchte feststellen, dass dies einfach eine falsche Darstellung ist - oder der Rechnungshof irrt sich! (*GR Friedrich Strobl: Es geht um die Investitionen!*) Dann hat der Rechnungshof eine völlig falsche Darstellung der Dinge gegeben oder er hat eine andere Stadt untersucht; das wäre auch möglich, vielleicht ist es so. (*GR Friedrich Strobl: Sie müssen die Investitionen mitrechnen!*) Er muss sich massiv geirrt haben, denn es ist völlig klar, dass er festgestellt hat, dass die Kostendeckungsgrade wesentlich über 100 Prozent liegen! Sie liegen bei Kanal bei 115, bei Wasserwerken bei 113 und bei Müll bei 119 Prozent.

Es wird festgestellt - der Vorwurf ist eigentlich ungeheuerlich -: Die Berechnung des Kostendeckungsgrades durch die SPÖ ist nicht der Kostenwahrheit entsprechend. Und: Es ist schlichtweg falsch, er wird als ungeeignet betrachtet! (*Beifall bei der FPÖ.*) Dass sich eine Gebietskörperschaft so etwas gefallen lassen muss, ist ja schon an sich eine Schande. Aber dass sie nicht bereit ist, diese Dinge zu verändern, ist eine höchst ungewöhnliche Vorgangsweise! Dies stellt der sozialdemokratischen Mehrheit in diesem Haus ein schlechtes Zeugnis aus. Ich glaube aber nicht, dass die GRÜNEN bereit sein werden, das in irgendeiner Form zu ändern. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir unterstützen daher klar und eindeutig den Rechnungshof bei seiner Forderung nach Aussetzung der Valorisierungsbestimmungen, bis die Mängel im Gebührenkatalog behoben sind. Eine klare Forderung, die die Sozialdemokraten und ihr grüner Anhang endlich verwirklichen sollten!

Ich komme nun ganz kurz zum Arbeitsmarkt. Das wird heute noch ein genaueres Thema sein. Die Arbeitslosenzahlen sind natürlich auch geschönt, das wird noch näher geschildert werden, keine Frage.

Aber ich möchte kurz ansprechen, dass es interessant ist, wie sich die Arbeitskräftezuwächse, die sowieso gering sind, verteilt haben. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten ist in Wien im 2. Quartal 2010 insgesamt um 0,2 Prozent gestiegen, was österreichweit, wie wir

schon wissen, ganz, ganz wenig ist. Aber diese ganz, ganz wenigen 0,2 Prozent teilen sich so auf, dass ausländische Arbeitskräfte 1,9 Prozent an Zuwachs und inländische ein Minus von 0,2 Prozent hatten. Das ist nicht eine Erfindung von uns, sondern das ist eine WIFO-Berechnung, die Sie nachlesen können.

Daher kann man feststellen, dass das Beschäftigungswachstum in Wien nicht der inländischen Bevölkerung zugute gekommen ist. In Zahlen: Es sind insgesamt 1 530 Arbeitsplätze dazugekommen, und insgesamt sind es 2 770 ausländische Arbeitskräfte mehr, während die inländischen um 1 240 abgenommen haben. Ich fürchte, dass sich diese Situation durch die kommende Öffnung des Arbeitsmarktes im Mai 2011 massiv verschärfen wird. Wir haben ja versucht, das zu verhindern; leider ist weder auf Wiener Regierungsebene noch auf Bundesregierungsebene etwas geschehen, um das anders darzustellen.

Interessant ist auch, dass die Beschäftigungsquote bei Ausländern ungefähr 63 Prozent beträgt. Ich möchte nicht weiß Gott wie mit Zahlen um mich werfen, aber man kann feststellen, dass die 225 000 Personen im Erwerbsalter von 25 bis 64 Jahren mit Ausländerhintergrund eine Beschäftigungsquote von 63 Prozent haben und nicht mehr.

Ebenfalls ist festzustellen, dass sich Thilo Sarrazin mit dem Thema massiv beschäftigt hat und darauf hingewiesen hat - das gilt für Deutschland, man kann es natürlich nicht voll auf Österreich übertragen -, dass der Schulabschluss eine sehr, sehr schlechte Zukunftsperspektive vor allem für türkische Staatsangehörige darbietet. 12 Prozent der deutschen Bevölkerung sind ohne Abschluss, türkische Staatsangehörige sind es zu 54 Prozent. Die Berufsausbildung haben Deutsche ohne Migrationshintergrund zu 68 Prozent, Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit zu 44 Prozent. Das heißt also, die Einwanderung in den Sozialstaat in Deutschland findet statt, und es ist festzustellen, dass das mit einiger Sicherheit in Österreich nicht so viel anders ist.

Interessant sind auch die Transferleistungen. Die Transferleistungen sind massiv im Bereich von Drittstaatsangehörigen zu suchen. Während Einheimische und EU-Bürger zu 10 bis 14 Prozent Transferleistungen beziehen, sind es aus dem Bereich Türkei, Afrika und Mittelost Zahlen von 38, 50 und 65 Prozent. So stellt sich die Lage in Deutschland dar.

In Österreich gibt es keine entsprechenden Daten, bis auf eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die feststellt, dass bei Männern unter 34 Jahren mit türkischen Eltern die Beschäftigungsquote um 20 Prozent niedriger als im Durchschnitt ist, und bei Frauen um 35 Prozent niedriger. Die Jugendarbeitslosigkeit unter türkischen Jugendlichen lag bei 18,4, unter österreichischen bei 7,4 Prozent. Wenn man das alles sieht, muss man feststellen, dass die Politik der Sozialdemokraten in Wien betreffend Migration schlicht und einfach versagt hat. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf nun noch kurz einige Zahlen aus diversen Studien anführen, weil die Sozialdemokraten immer mit

großer Freude die Mercer-Studie zitieren. Es gibt da alle möglichen, ich habe leider nicht so viel Zeit, alle vorlesen zu können. Aber da gibt es zum Beispiel von der United Bank of Switzerland eine Kaufkraftstudie, die sich darauf bezieht, was sich eine Person mit ihrem jeweiligen Einkommen in der jeweiligen Stadt leisten kann, im Vergleich zum Jahreseinkommen von Zürich netto 100. Da liegt Wien auf dem 24. Platz. Europäische Städte, die weit vorne liegen, sind Zürich, Luxemburg, Dublin - vielleicht nicht mehr lange -, dann Genf, Nikosia, Berlin, Brüssel, Helsinki, London und so weiter. Wien ist hier also auf dem 24. Platz.

Auch die Firmengründungen wurden heute so bejubelt: Wien hat 8 000 Unternehmungsgründungen gehabt. Das ist in Bezug auf eine CEE-Studie - also zentraleuropäische und osteuropäische Städtestudie - auch kein tolles Ergebnis, denn Budapest hat 25 000 Neugründungen. Bei den Start-ups liegt Wien auf dem 7. Platz, nach Budapest, Prag, Bukarest, Laibach, Kiew und Preßburg. Ähnlich ist auch die Zahl der nationalen Patente.

Was mir aber am Herzen liegt, ist noch etwas, was ich sagen möchte. Wir sind natürlich froh, dass Wien die Möglichkeit hat, Firmenansiedlungen mit Ostdirektionen zu gewinnen, dass hier also ein massiver Bezug für die Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa vorhanden ist. Dass das ein wirtschaftliches Atout für diese Stadt ist, ist keine Frage.

Aber bei allen diesen Studien schmerzt es mich ein bisschen, dass wir als Wiener eingebunden sind in einen Städtevergleich hauptsächlich mit osteuropäischen Hauptstädten und Ähnlichem mehr. Ich sehe eben irgendwo einen Mitteleuropabegriff, der in diesen Studien meistens nicht verwendet wird, auch in der Zuordnung Wiens, einen Mitteleuropabegriff, der für mich eigentlich auch eine gewisse Westbindung Wiens beinhaltet. Das heißt, bei allem Wert der Ostrelationen, die wichtig und wirtschaftlich notwendig sind, scheint es mir für die Erhaltung der Einheit Österreichs wichtig zu sein, auch einen Westbezug Wiens sicherzustellen.

Denn auf Sicht gesehen, wenn ich mir so anschau, was in Oberösterreich der Fall ist, wie dort der Landeshauptmann mit seinen Koalitionspartnern, den GRÜNEN, diese bayerisch-oberösterreichische, gemeinsame Herkunft der Zusammenarbeit, das Bajuwarenum betont, während wir in Wien so etwas überhaupt nicht hören und uns anscheinend eher an Odessa und sonst wo orientieren, kann ich nicht glauben, dass das der Weisheit letzter Schluss ist. Ich glaube daher, dass wir auch hier wieder eine Betonung in dieser Richtung machen müssten, vor allem auch in der Donauraumpolitik, nicht vergessend, dass die Donau auch durch Bayern fließt, was offensichtlich von manchen, die hier in diversen Gremien beschäftigt sind, übersehen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf abschließend, gerade in Bezug auf die Gebühren, noch auf den Rechnungshofbericht eingehen, der auch vom Herrn Klubobmann der Sozialdemokraten angesprochen wurde. Da wurde doch einiges gesagt, was ich für wichtig halte.

Bei der Weiterentwicklung des Rechnungswesens sollte die Stadt gemeinsam mit anderen Gebietskörper-

schaften an einer vollständigen Vermögens- und Erfolgsrechnung mitwirken, um eine möglichst getreue Darstellung der finanziellen Lage des Gesamtstaates zu erhalten. Das ist die Rechnungshofmeinung, Wien hat das bisher nicht gemacht. Eine Konsolidierung ausgegliederter Einheiten mit dem Haushalt in einer umfassenden Übersicht soll erstellt werden, um den Gesamtüberblick über die Ertrags- und Finanzlage der Stadt inklusive der ausgegliederten Einheiten zu erhalten. Das wäre eine völlige Veränderung der sozialdemokratischen Politik. Es wird einen neuen Blickwinkel geben, und es wird auch den Gemeinderat wieder in seine Rechte als legitimiertes Gremium einsetzen, als gewähltes Gremium, als das, was sozusagen die Stimme des Volkes sein soll.

Genauso wird auch verlangt, dass man im Rechnungswesen - das klingt eher ein bisschen formal, ist es aber nicht - weg von der Kameralistik und hin zur Doppik geht, damit weg von den Verschleierungen, die bisher im Budget immer wieder vorhanden sind. Das ist kaum zu lesen und nicht durchsichtig. Es wäre daher wichtig, hier Budgetwahrheit wirken zu lassen, und dazu braucht man neue Formen wie die Doppik.

Ich glaube, es wäre hoch an der Zeit, dass wir diese Dinge machen. Der Rechnungshof fordert das ein, genauso wie er auch noch Folgendes festgestellt hat: Die Stabilitätsziele der Stabilitätspakte der Jahre 2005 bis 2008 wurden von der Stadt Wien nur in den Jahren 2005 und 2006 annähernd erreicht. Unter Anwendung von seit dem Frühjahr 2009 geltenden, weiterentwickelten Berechnungsmethoden, der ESVG 95, wären diese Ziele in den Jahren 2005 bis 2008 deutlich verfehlt worden.

Das heißt also, der Rechnungshof hat klare Zielvorgaben in einem sonst sehr neutral gehaltenen Bericht gegeben, die von der Stadt Wien, von der Mehrheit Rot-Grün - vielleicht machen die GRÜNEN wieder einmal mit -, in ganz wichtiger Weise umzusetzen wären, um zu erreichen, dass wir hier in Wien wieder sehen, wie die finanzielle Situation dieser Stadt wirklich gegeben ist, und nicht die Hälfte der Wirtschaftsleistungen, die von der Stadt erbracht werden - eben via ausgegliederte Bereiche, via Sonstiges -, der Kontrolle entzogen ist.

Ich möchte sagen, ich wünsche mir das, was Präsident Kopietz einmal gegenüber einer Besuchergruppe gesagt hat. Er hat gesagt: Stadtssenat und Landesregierung sind sozusagen der Vorstand einer Firma, und der Gemeinderat wäre der Aufsichtsrat. Meine Damen und Herren von der Mehrheit, ich würde mir wünschen, dem wäre so! Machen wir etwas dafür, dass es geschieht.

Wir lehnen den Voranschlag naturgemäß ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Marek. Ihre Restzeit beträgt 11 Minuten 36. - Bitte.

GRin Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte noch kurz - Herr StR Gerstl hat es bereits getan - zu Ihren Vorwürfen, Herr GR Margulies, ein paar Worte sagen. Sie haben mir unterstellt, ich hätte in meiner Funktion als Staatssekretärin öffentliche Gelder

missbraucht durch Öffentlichkeitsarbeit für Inserate.

Herr Gemeinderat! Ich sage es Ihnen noch einmal, Herr StR Gerstl hat es bereits gesagt: Das Kinderbetreuungsgeld, dem übrigens die GRÜNEN im Parlament zugestimmt haben, hat wesentliche Änderungen gebracht, und hier ist es notwendig, auch (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Informieren, ja!*) zu informieren und Informationstätigkeit zu machen. „Zukunft Frauen“, eine gemeinsame Initiative - importiert aus Norwegen - mit der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer Österreich, etwas, was ja wohl kein Problem für die GRÜNEN sein kann (*GR David Ellensohn: Inserate ...*), wenn man Frauen fördert und in Spitzenpositionen entsprechend unterstützt.

Herr Gemeinderat! Ich würde an Ihrer Stelle sehr aufpassen, wenn Sie jemandem ohne irgendeinen Beweis einfach Missbrauch unterstellen. Das ist ein Vorwurf, der nicht so ohne Weiters zu stellen ist. Ich habe den Eindruck, dass Sie auf diese Art und Weise vom eigenen Unbehagen ablenken wollen, das Sie durch die Totalvereinnahmung durch die SPÖ naturgemäß haben werden. Ich glaube, dass Sie offensichtlich einfach unround sind und daher mit einem Rundumschlag - Sie haben wenig zum Budget gesprochen, aber sehr viel über alles mögliche andere - hier einfach ablenken möchten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Gemeinderat! Es sollte eigentlich unter Ihrer Würde sein, hier einfach etwas zu behaupten und herumzuschmuddeln in der Art und Weise, wie Sie es getan haben. Wenn Sie ein Problem mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit durch Steuergelder haben, dann haben Sie hier in Wien sehr viel zu tun! Die Ministerien auf Bundesebene würden davon träumen (*Beifall bei der ÖVP.*), dass sie für Inserate ein Budget zur Verfügung hätten, wie Wien es hat, Herr Gemeinderat! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur allgemeinen Beratung des Voranschlagsentwurfes und des Gebührenprüfungsantrages für das Jahr 2010 liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dkfm Dr Aichinger. Ich erteile es ihm.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister!

Wir haben jetzt in der Generaldebatte lange darüber diskutiert, wer für dieses Budget verantwortlich ist: Ist es ausschließlich die Sozialdemokratische Fraktion? Gibt es Einschlüsse von den GRÜNEN oder nicht? Ich möchte mich darauf gar nicht mehr einlassen. Wir haben hier ein Budget, das aus verschiedenen Gründen auch zwei Mal im Stadtsenat beschlossen worden ist, auf der einen Seite, dass es formal beschlossen wird, auf der anderen Seite natürlich, dass auch die GRÜNEN sozusagen mit eingebunden werden.

Aber, meine Damen und Herren, ich darf vielleicht doch noch zwei, drei Anmerkungen dazu machen, die mir sehr interessant erschienen sind.

Eine Anmerkung, Herr Klubobmann Ellensohn, war auch sehr interessant. Dass Sie gesagt haben, es wäre möglich, in Zukunft vielleicht nur Teile vorzulegen, Teile abzustimmen, dann brauche ich ja nicht allem zuzustimmen, bedeutet eigentlich, dass Sie sich von Teilen des Budgets schon verabschieden. (*GR David Ellensohn: Ihnen wollte ich die Möglichkeit geben! Ihnen!*)

Nein, Sie haben gesagt, man sollte ein Budget eigentlich in Teilen, in Portionen vorsehen, damit wir es unterschiedlich abstimmen können. Das geht ja geschwind, wenn Sie sich sozusagen von diesem Budget verabschieden. Das ist ein hochinteressanter Faktor.

Meine Damen und Herren! Vielleicht noch ein Wort zum Budgetsprecher der GRÜNEN. Er kann das Wiener Budget nicht mehr kritisieren - er hat mit dafür stimmen müssen, das ist ja gar keine Frage -, daher sucht er sich andere Schauplätze aus, geht in den Bund über, kritisiert das Bundesbudget, kritisiert ganz einfach die Mittel im Bund und kommt nur auf Ideen, wie Bundessteuern erhöht werden sollen. Meine Damen und Herren, das ist eigentlich ein Anschlag, den wir nicht zulassen können! Denn es kann nicht so sein, dass wir jetzt wieder prinzipiell über Vermögenssteuern, Grundsteuern und Ähnliches diskutieren, lieber Kollege. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sondern?*) Ich glaube, wir sollten darüber nachdenken, wie wir die Steuermittel, die wir haben, ordentlich einsetzen und ordentliche Wirtschaftspolitik machen.

Aber damit genug zur Generaldebatte. Wir sind jetzt in der Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, und da möchte ich mir das Arbeitsübereinkommen der rot-grünen Regierung anschauen und ganz einfach feststellen, wie denn das aussieht.

Meine Damen und Herren! Das Kapitel Finanzen ist in dem Übereinkommen mit insgesamt 77 Seiten nicht einmal eine halbe Seite wert - das heißt, die Regierung glaubt, Finanzen sind nicht wichtig, das Geld wird schon irgendwie kommen, damit wir es ausgeben können - und hat noch dazu ganz entscheidende Sätze. Der wichtigste Satz ist: „Solide Finanzen sind das Rückgrat jeder Kommune.“ Na, das ist ein toller Satz! Wenn das so in einem ganzen Regierungsübereinkommen steht, dann war das, glaube ich, ein wichtiger Satz.

Dann kommt noch der Satz dazu: „Budget muss konsolidiert werden und“ - jetzt wird es sehr interessant - „besser und ausführlicher dargestellt werden.“ Ich werde anschließend einen Antrag einbringen und bin sehr gespannt, ob Sie diesem Antrag zustimmen werden, in dem es um eine bessere Darstellung des Budgets geht.

Nächster Punkt, noch in dem Finanzkapitel: „Eine bessere Budgeterstellung bei den Bezirken.“ Auch das, glaube ich, hat die ÖVP immer verlangt: Dezentralisierung, die Bezirke im Großen und Ganzen besser mit Budgetmitteln ausstatten. Also werden wir sehen, ob das in Zukunft, nehmen wir an, Ihre Linie sein wird. - Das war's zu den Finanzen. Wie wird das ganz einfach weitergehen?

Meine Damen und Herren! Nun darf ich zum zweiten Punkt kommen: Wirtschaftspolitik. Das ist überhaupt ganz interessant, da steht der erste, wichtigste Satz drin:

„Die Stadt Wien ist eine dienstleistungsstärkste Metropole Europas, bekennt sich aber auf Grund vielfältiger positiver Wechselwirkung auch zum gewerblichen und industriellen Sektor.“ Also das Gewerbe, das Handwerk und die Industrie dürfen auch in dieser Stadt sein!

Ich komme noch darauf zu sprechen: Wenn man ganz kurz das Kapitel Stadtentwicklung anschaut, dann sieht man zum Beispiel, dass dort in der Grundaufteilung - und das hat sogar der Herr Bürgermeister in seiner Antrittsrede gesagt - an erster Stelle Wohnbau ist, an zweiter Stelle Infrastruktur, selbstverständlich Schulen, Spitäler und was dazugehört, öffentliche Verkehrsmittel, hochrangiges Straßennetz, Grün- und Erholungsfläche. Kein Wort über Wirtschaftsflächen, kein Wort über Betriebsbaugelände, kein Wort in dieser ganzen Zusammenstellung des Regierungsüberkommens! Wo soll die Wirtschaft sein? Wo soll die Wirtschaft ihre Flächen haben, auf denen sie sich entwickeln kann?

Meine Damen und Herren! Die Wiener Wirtschaft und die Wiener Betriebe - und da schließe ich wirklich Klein- und Mittelbetriebe ein - beschäftigen 525 000 Mitarbeiter, und wir müssen alles unternehmen, dass diese Mitarbeiter weiterhin ordentliche Rahmenbedingungen haben, weiterhin Rahmenbedingungen haben, unter denen sich diese Betriebe entwickeln können. Denn nur mit diesen Mitarbeitern können wir Wertschöpfung erwirtschaften, und mit der Wertschöpfung können die Wiener Betriebe auch Steuern bezahlen, die hier für Ihre Ausgaben oder für unsere Ausgaben von größter Bedeutung sind.

Meine Damen und Herren! Das heißt, es kann doch nicht sein, dass dieser ganze Bereich nicht im Regierungsübereinkommen vorkommt und dass nicht erwähnt wird, was damit im Großen und Ganzen passieren soll. Es gehören das Gewerbe und das Handwerk dazu. Allein das Gewerbe hat in Wien 125 000 Arbeitnehmer und die Industrie 56 000 Arbeitnehmer. Bei der Industrie muss man noch anmerken, dass sich in der Periode, seit es Bgm Häupl gibt, diese Plätze halbiert haben, weil sehr viele Industriebetriebe auf Grund dieser Rahmenbedingungen - weil es ganz einfach nicht leicht ist, in Wien Gründe zu bekommen, um sich anzusiedeln oder Ähnliches - ins Umland übersiedeln und die Arbeitsplätze für die Industrie weniger geworden sind.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon erwähnt, dass in der Stadtentwicklung die Grundaufteilung ein bisschen zu Lasten der Wirtschaft geht. Gestatten Sie mir daher ganz kurz auch noch einen Exkurs zur Verkehrspolitik. Es gibt zwar einen langen Artikel über Verkehrspolitik, aber wieder kein Wort zum Wirtschaftsverkehr, wieder kein Wort zum Gütertransport und Ähnliches. Wie wird denn die Wirtschaft ihre Güter transportieren? Wie kommen die Unternehmer zu ihren Rohstoffen, wie kommen die Unternehmer zu den Materialien, die sie brauchen, oder wie liefern sie zu den Kunden an?

Es gibt zwei ganz kleine Sätze, und die sind wirklich ganz entscheidend oder ganz nebulos. „Im innerstädtischen Wirtschaftsverkehr wird es Lieferzeiten für die Fußgängerzonen geben.“ Wenn das alles sein soll zu dem Problem, wie wir den Wirtschaftsverkehr in Wien lösen werden, wie wir darauf schauen, dass die Wirt-

schaft zu ihren Waren und Dienstleistungen kommt, dann kann ich mir das eigentlich nicht vorstellen. Dann ist noch ein Konzept dafür vorgesehen, wo LKW und Busse abgestellt werden sollen. Aber wir müssen auch hier und da ganz einfach fahren.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen daher eine Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen schafft, unter denen die Unternehmer ihren Tätigkeiten in den Betrieben wirklich nachkommen können, unter denen sie ihren Arbeiten nachkommen können, um die Beschäftigung zu erhöhen. Wir brauchen daher nicht nur, wie gesagt, die Gründe, wir brauchen auch eine Verwaltungsreform, wir brauchen Ansprechpartner. Wir brauchen hier Möglichkeiten, dass sich diese Betriebe unter Umständen in One-Stop-Shops informieren können. Wenn man sich die Liste davon anschaut, wie viele Magistratsabteilungen unter Umständen für die Wirtschaft zuständig sind, dann ist das eine große Anzahl von Magistratsabteilungen: von der Betriebsanlagengenehmigung über die Baupolizei und so weiter, Parkpickerl für Unternehmen, nehmen wir an, Marktamt, Gewerbewesen und ähnliche Dinge mehr.

Aber, meine Damen und Herren, wir brauchen auch - und davon ist heute noch nicht gesprochen worden - eine Entlastung bei den Abgaben. Auch da haben wir schon einige Male gesagt, dass es notwendig wäre, die Betriebe zu entlasten. 75 Prozent der Landessteuern zahlen die Unternehmen und 33 Prozent der Gebühren! Man könnte sich überlegen, ob es zu einer Steuerreform der Landessteuern kommt und auch Bagatellsteuern abgeschafft beziehungsweise für die Unternehmer vermindert werden, um hier attraktive Arbeitsstandorte zu schaffen.

Viertens, meine Damen und Herren, die Förderungen! Auch in diesem Punkt wird der wichtigste Satz gesagt: „Förderungen sind zu evaluieren“, Klammer auf - das dürfte ein grüner Touch sein: „inklusive Garagenförderung.“ Die GRÜNEN wissen also wahrscheinlich überhaupt nicht, dass es die Garagenförderung gibt und die ganz einfach abgeschafft gehört. Das wird evaluiert sein. Was ist aber mit jenem Punkt? Im Regierungsübereinkommen nachlesen!

Dann noch ein wichtiger Satz: „Kleinstunternehmer sollen durch Mobilisierung von Finanzmitteln unterstützt werden.“ Ich habe noch nie gehört, was eine Mobilisierung von Finanzmitteln ist und wie das funktionieren soll. Man sieht, meine Damen und Herren, in dem Übereinkommen werden nur jene Punkte angestreift, wo die GRÜNEN wirklich einige Dinge setzen, aber für die Wirtschaft wenig Interesse haben.

Jetzt noch ein Wort dazu, wie es bei der Wirtschaftsförderung aussieht: Wirtschaftsförderung, Frau Vizebürgermeister, der Ansatz 7822, steht mit 129 Millionen EUR in Ihren Büchern drin. Aber, das muss man auch dazusagen, mit einer Kreditbindung oder, wie Sie es nennen, Wirtschaftsreserve - von 22 Millionen!

Das heißt, entweder sagen Sie uns, wir haben ein Defizit, ein Gesamtdefizit von 621 Millionen EUR. Dann kommen ja die 22 Millionen nicht zum Tragen, dann beträgt die Wirtschaftsförderung 106 Millionen EUR, und

das ist ein 30-prozentiger Rückgang gegenüber 2009! Wo sind jetzt also die Förderungen für die Wiener Wirtschaft? Wo sind jene Unterstützungen für die Betriebe, für die Klein- und Mittelbetriebe, wenn Sie mit der Kreditbindung gerade in der Wirtschaftsförderung so viel zurückhalten? Oder Sie sagen, die Kreditbindung gilt ohnehin nicht. Aber dann schaut das Budget anders aus, weil wir dann auf ein Budgetdefizit von über 900 Millionen EUR in einem Jahr kommen!

Meine Damen und Herren! Dritter Punkt - und auch das ist hier bereits erwähnt worden -: Zu dem Kapitel gehören immer die Wiener Stadtwerke dazu. Über die Wiener Stadtwerke und die Wien Holding findet sich nicht einmal ein Wort im Regierungsübereinkommen! Das ist aber, glaube ich, ein großer Wirtschaftsfaktor. Der Kontrolle der Opposition ist dieser total entzogen. Wir haben die Wiener Stadtwerke, rund gerechnet, mit 3 Milliarden EUR Umsatz, und es wird in diesem Regierungsübereinkommen nicht einmal erwähnt, wie es dort weitergehen soll. Closed Shop für die Sozialdemokraten: Da darf keiner hineinschauen, da wird weitergewurschelt, wie es bis jetzt gegangen ist, und mit der Wien Holding genauso.

Meine Damen und Herren! Im Großen und Ganzen sind also die Wirtschaft, die Finanzen und die Wiener Stadtwerke in diesem Regierungsübereinkommen sehr stiefmütterlich behandelt worden. Ich darf daher vier Anträge einbringen, die wir alle schon einmal eingebracht haben, die jedes Mal die Zustimmung der GRÜNEN gehabt haben und die auch in dem Regierungsübereinkommen immer wieder erwähnt werden, dass wir sie durchsetzen. Es lauten alle vier Anträge - das möchte ich gleich dazusagen - auf Zuweisung, damit wir in den Ausschüssen noch darüber diskutieren können, und ich darf sie nun erwähnen. Der erste Antrag wird betreffend ein transparentes Wiener Budget gestellt. Darin verlangen wir:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Stadt Wien im Sinne der Anregung der Rechnungshofes transparenter, informativer und bürgerfreundlicher gestaltet werden.“

Sie schreiben das in Ihrem Regierungsübereinkommen. Ich hoffe, dass wir diesmal eine Zustimmung bekommen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Antrag, ebenfalls auf Zuweisung, betreffend Subventionsberichte der Stadt Wien. Auch das wurde von uns schon einmal eingebracht. Das werden wir wieder tun, und ich bin gespannt, ob es hier eine Mehrheit geben wird:

„Die Stadt Wien möge einen jährlichen Bericht vorlegen, der alle Subventionen, Empfänger, Höhe, Subventionszweck und subventionsvergebende Stelle der Gemeinde Wien auflistet und öffentlich einsehbar macht. Des Weiteren möge dem Wiener Gemeinderat auch eine Auflistung jener Institutionen und Personen vorgelegt werden, die um eine Subvention angesucht haben, diese aber abgelehnt wurde.“

In formeller Hinsicht verlange ich die Zuweisung dieses Antrags.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der dritte Antrag - wir sind jetzt bei der Wirtschaftsförderung - betrifft verstärkte Förderung der Wiener KMU, Verdoppelung der Förderbeträge im Rahmen der Nahversorgungsförderung. Auch hier wäre es notwendig, Akzente zu setzen, um für die Wiener Betriebe mehr zu tun:

„Die maximalen Förderbeträge im Rahmen der Wiener Nahversorgungsförderaktion mögen verdoppelt werden. Die zuständige Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke wird aufgefordert, die entsprechenden Schritte einzuleiten und die Beschlussfassung vorzubereiten.“

Auch das ist ein Antrag auf Zuweisung.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Last but not least, auch das haben wir in dem Regierungsübereinkommen gelesen: Wien ist eine Wissensstadt und soll eine werden. Daher verlangen wir auch hier eine Verdoppelung der Förderbeträge der Aktion, der Internationalisierung und Internetauftritte von kleinen und mittleren Unternehmen, meine Damen und Herren. Hier wäre es notwendig, diesen Unternehmen mehr unter die Arme zu greifen und mehr zu tun:

„Die jeweiligen maximalen Förderbeträge im Rahmen des Förderprogramms mögen verdoppelt werden. Die zuständige Stadträtin wird gebeten, entsprechende Schritte einzuleiten und die Beschlussfassung vorzubereiten.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Man sieht bereits daran, wie sich der Saal geleert hat, welchen Wert die Sozialdemokratische Fraktion und auch die Grüne Fraktion diesem Budget beimisst: Es ist sehr wenig. Ich kann Sie im Namen der Wiener Betriebe, im Namen der Wiener Wirtschaft nur bitten: Nehmen Sie sich auch der Wirtschaftspolitik an! Schauen Sie, dass die Wiener Betriebe Rahmenbedingungen haben, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können, dass sie Beschäftigte anstellen können und dass sie dann ihre Steuern zahlen, damit die Stadt all jene Leistungen erfüllen kann, die wir gemeinsam für die Wiener und Wienerinnen brauchen. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP. - Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wir werden euch beim nächsten Mal daran erinnern!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Monika **Vana** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich widme mich heute zu Beginn dieser Geschäftsgruppe einem Thema, das in dieser Geschäftsgruppe diesen Stellenwert bisher noch nicht hatte, ihn aber seit dem 2.12. jetzt endlich hat und ihn auch in den nächsten Jahren haben wird: Das ist das Thema Europa.

Ich denke, mit der Schaffung des Europaausschusses, der in der Geschäftsgruppe von Frau VBgmin Brauner ressortiert, ist uns ein großer, wichtiger und notwendiger Schritt gelungen. Ich schaue jetzt sogar einmal in Richtung Opposition: Es ist ja noch nicht so lange her, dass wir gemeinsam jahrelang dafür gekämpft haben, dass es diesen Ausschuss gibt, dass es mehr europapolitische Debatten in diesem Haus geben soll, weil Europa

Sache aller Gemeinderäte und Gemeinderätinnen ist, nicht nur der Stadtverwaltung und nicht nur der Stadtregierung, sondern eben von uns allen.

Ich komme gerade gemeinsam mit einigen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus von einer Reise, die das Außenministerium speziell für EU-Gemeinderäte und EU-Gemeinderätinnen organisiert hat. Über alle Fraktionsgrenzen hinweg war dort einstimmig die Meinung, wie wichtig gerade die lokale Ebene und gerade auch wir als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen als Drehscheibe der Kommunikation zu den Bürgern und Bürgerinnen für das Thema Europa sind.

Was die wenigsten wissen, ist, dass 70 Prozent des gesamten EU-Rechts hier bei uns in den Städten umgesetzt werden und 70 bis 80 Prozent aller EU-Bürger und -Bürgerinnen in Städten leben. Das heißt, es sind die Städte, die auch die Auswirkungen der Entscheidungen auf europäischer Ebene zu tragen haben, und dann sind es auch wir, die diese Entscheidungen den Bürgern und Bürgerinnen vermitteln müssen, sei das angefangen vom Stabilitätspakt, von der Auftragsvergabe, den Rahmenbedingungen für den Wettbewerb, der Wien und vor allem die Erbringung von Dienstleistungen wesentlich beeinflusst, bis zu diversen Richtlinien und Verordnungen, die unmittelbar geltende Wirkung haben.

Es kann nicht oft genug gesagt werden: Europapolitik ist Innenpolitik, ist Kommunalpolitik, und deshalb ist dieser Europaausschuss, den wir jetzt gemeinsam geschaffen haben, so wichtig und wirklich ein großer Schritt für Wien. Vielleicht ein kleiner für Europa, aber ich denke, ein großer für Wien. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Die Aufgaben des Ausschusses werden ja weit über die Aufgaben der MA 27 - EU-Strategie, wo bisher EU-Förderungen und das wichtige Thema Daseinsvorsorge ressortiert haben, hinausgehen. Worum geht es in den nächsten Jahren europapolitisch in Wien? In Wien steht europapolitisch viel an. Das eine ist die strukturelle Umsetzung der Auswirkungen des Lissabon-Vertrags für die Städte.

Es klingt zwar ein bisschen trocken, wenn ich begeistert von Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung oder Subsidiaritätskontrolle oder Gesetzesfolgenabschätzung rede, das wird Sie jetzt vielleicht nicht unmittelbar von den Sesseln reißen. Ich denke aber, dass das doch Meilensteine sind, die auch große Auswirkungen für die Handlungsspielräume von Städten haben werden. Wien ist da gut beraten, sich rechtzeitig einzubringen, um die EU-Gesetzgebung stärker als bisher zu beeinflussen, um diese neuen Rechte auch zu nützen, um wirklich die Handlungsspielräume zu nützen, die wir haben und die vielleicht bisher nicht ganz so genützt wurden - wobei sie von Wien offensiver genützt werden, muss ich sagen, als von der Bundesregierung, von der ich mir eine wesentlich aktivere und offensivere Europapolitik wünschen würde.

Da gibt es in den nächsten Jahren einiges zu tun. Zum Beispiel könnte das Klagsrecht des Ausschusses der Regionen, in dem ja auch Wien Vertreter/Vertreterinnen hat, als gutes Damoklesschwert verwendet werden, um die Städte und die Anliegen der

Städte früher als bisher und rechtzeitig in den europäischen Gesetzgebungsprozess einbringen zu können und damit wirklich die Rechtsstellung von Wien in Europa maßgeblich zu stärken.

Ich denke, eine der zentralen inhaltlichen europapolitischen Aufgaben, die Wien auch in den letzten Jahren - das muss ich wirklich sagen, und das habe ich an dieser Stelle auch aus der Opposition heraus schon immer gesagt - sehr verantwortungsvoll und offensiv wahrgenommen hat, sind die Stärkung der Daseinsvorsorge und die Absicherung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa. Das ist sicher eines der wichtigsten Themen, wo wir alle auch über Fraktionsgrenzen hinweg aufgefordert sind, wirklich aktiv zu werden in all den Gremien und Netzwerken, in denen wir tätig sind. Frau VBgmin Brauner hat es heute auch schon angesprochen, die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Was ist das? - Da geht es darum, dass man Dienstleistungen im Sozialbereich, im Bildungsbereich, im Umweltbereich, im Gesundheitsbereich vom Wettbewerb ausnimmt, vom Markt ausnimmt wegen der Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie, die ja eine sehr liberale ist und die leider so viel Spielraum bietet, dass eigentlich der Europäische Gerichtshof jetzt derjenige ist, der in dieser Sache Recht setzt. Da sind wir wirklich gefordert, darauf zu schauen, dass sichergestellt ist, dass Dienstleistungen im Sozialbereich, im Bildungsbereich und so weiter weiterhin in hoher Qualität sicher, für alle zugänglich, leistbar - vor allem zu leistbarem Preis - und niederschwellig von den Städten und Kommunen angeboten werden können. Das ist, denke ich mir, eine der wesentlichsten inhaltlichen Aufgaben, die wir im Europaausschuss auch in den nächsten Jahren haben.

Im Zuge dieser schon angesprochenen Brüsselreise mit dem Außenministerium haben wir auch einige Gespräche mit Vertretern des Rates der Gemeinden und Regionen Europas führen können. Bgm Häupl hatte ja hier zwölf Jahre die Präsidentschaft über, und man hat uns quasi als Wienern und Wienerinnen mit auf den Weg gegeben, dass man sich auch nach Auslaufen der Amtsperiode von Bgm Häupl eine weiterhin sehr aktive und offensive Rolle Wiens in dieser Frage der Absicherung der Daseinsvorsorge wünscht und auch erwartet.

Meine Damen und Herren! Was wir brauchen und was wir sicher auch zum Teil noch entwickeln müssen - in Ansätzen ist es schon vorhanden -, ist so etwas wie eine europäische Städtepolitik. Sie wissen, es gibt den schon erwähnten Ausschuss der Regionen, in dem Städte zwar eine Vertretung haben, aber ich denke - und ich meine, das wird uns alle auch über die Fraktionsgrenzen hinweg einen -, Städte haben im EU-Institutionsgefüge einfach noch zu wenige Mitsprachemöglichkeiten. Aber die Herausforderungen unserer Zeit müssen eigentlich durch die Städte und in den Städten gemeistert werden, in Verkehr, Migration, Umweltproblematik, Armutsbekämpfung. Es sind die Städte, die auch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Verteilungskrise auffangen müssen, die sie aber zum Teil aus Ressourcenmangel gar nicht mehr auffangen können.

Deshalb sollte es uns ein gemeinsames Anliegen

sein, europapolitisch dafür zu kämpfen, dass Städte die Ressourcen bekommen, die Handlungsspielräume, auch die Mitspracherechte in der Europäischen Union, um die Herausforderungen dieser Zeit zu meistern. Dazu brauchen wir eine wirklich aktive und offensive Stadtaußenpolitik, nicht nur im Europaausschuss, sondern auch im Städtebund sowie auch in allen Städte- und regionalen Netzwerken - ich glaube, Wien ist in an die 30 Städte- und Regionalnetzwerken, begonnen von Eurocities, vertreten -, um eben die Handlungsspielräume, die wir haben, zu nützen und uns in Europa rechtzeitig einzubringen. Nachhinken nützt da nichts mehr, das werden uns auch die Bürgerinnen und Bürger nicht danken. Wir sind aufgerufen, uns rechtzeitig in die Pipeline des Gesetzgebungsprozesses einzuklinken, und da gibt es eben in den nächsten Jahren viele, viele Anknüpfungsfelder.

Wir haben dazu auch inhaltlich, denke ich mir, ein sehr ambitioniertes Regierungsübereinkommen im europäischen und internationalen Bereich geschnürt. Wir wollen - wie der Herr Bürgermeister es auch in seiner Regierungserklärung schon angeschnitten hat - die Europapolitik wirklich auf eine breite Basis stellen. Sie soll offen sein, sie soll transparent sein, sie soll wirklich demokratisch sein. Ich denke, da können wir uns finden, auch mit der Opposition. Das heißt, eine gemeinsame Gestaltung und gemeinsame Diskussion der Europapolitik im Ausschuss und auch in diesem Haus. Das heißt, es soll ab jetzt auch stadtaußenpolitische Leitlinien geben, die wir gemeinsam diskutieren und verabschieden; das gab es schon bisher als rot-grünes Projekt, und das werden wir selbstverständlich weiterführen. Es soll einmal im Jahr eine Europadeklaration dieses Hauses geben, und es wird auch weiterhin in bewährter, fraktionsübergreifender Zusammenarbeit einmal jährlich einen Europabericht geben.

Was uns, vor allem uns GRÜNEN, sehr, sehr wichtig war, ist auch, das Rathaus europapolitisch nach außen zu öffnen und vor allem den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu stärken, mit den NGOs, mit den Bürgern und Bürgerinnen. Es wird in Hinkunft einmal jährlich einen so genannten Wiener Europadialog mit der Zivilgesellschaft geben.

Stadtaußenpolitik ist für uns wesentlich mehr als Wirtschaftspolitik. Ich zähle jetzt nur exemplarisch ein paar Dinge auf, die wir vorhaben. Das gesamte Regierungsübereinkommen lesen, denke ich, können Sie selber.

Eines der Dinge, die uns wichtig sind, weil sie zum Teil auch neu sind, ist, dass wir wirklich grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Gleichstellung, Frauenförderung forcieren wollen, vor allem bei Centrope und der Donauraumstrategie auch verstärkt Frauen einbinden und fördern wollen. Denn da schaut es jetzt ganz, ganz traurig aus, gell, Kollegin Vitouch, wir unterhalten uns öfter darüber. Auf den Fotos von Centrope, wo sie sich immer alle aufstellen, sind die dunkel gesackelten Herren, und meistens ist keine einzige Dame dabei. Ich habe nichts gegen dunkel gesackelt, aber dieses Bild gehört dringend geändert; das ist etwas, was wir vorhaben.

Wir wollen grenzüberschreitende Modelle von sanfter Mobilität, interkulturellem Lernen und erneuerbarer Energie grenzüberschreitend fördern. Und wir wollen - das ist uns ganz wichtig - überregionale Beschäftigungsinitiativen ausbauen, um Wien auch gut auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes, die nächstes Jahr und auch 2013 anstehen, vorzubereiten, nämlich das Ende der Übergangsfristen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus EU-Ländern. Die Übergangsfristen enden, wie Sie alle wissen, im Mai 2011, außer für Bulgarien und Rumänien, da enden sie 2013.

Aber ich denke, unabhängig davon - wir werden uns in dem Haus wahrscheinlich nicht finden, welche Auswirkungen das Ende der Übergangsfristen wirklich hat. Ich denke, es wird relativ geringe Auswirkungen haben, bis auf Pendler und Pendlerinnen. Aber es gibt leider keine neuesten Untersuchungen von WIFO oder IHS dazu, es gibt nur ältere, die meiner Ansicht nach nicht mehr stimmen. Wir stehen wahrscheinlich vor einer Situation, dass wir ab Mai erst sehen können und evaluieren können, wie es sich wirklich auswirkt, alles andere ist bis dahin Kaffeesudleserei. Aber unabhängig davon, von welchen Prognosen wir hier ausgehen, denke ich mir, wir stimmen in diesem Haus darin überein, dass wir aktive Arbeitsmarktpolitik brauchen und dass wir diese verstärken müssen. Genau das haben wir auch mit diesem Regierungsübereinkommen vor.

Ich glaube, es war Herr Klubobmann Gudenus, der uns heute vorgeworfen hat, wir vernichten mit diesem Regierungsprogramm Arbeitsplätze. Das kann ich absolut nicht finden! Im Gegenteil, wenn Sie das Regierungsübereinkommen wirklich gut lesen, dann sehen Sie, dass wir Arbeitsplätze schaffen wollen, und zwar in Bereichen, wo dies längst notwendig und wichtig ist und übrigens auch erfolgreich sein wird. Das sind die Green Jobs, das sind die Ökojobs im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, im Bereich umweltfreundlicher Mobilität, im Bereich thermischer Sanierung. Natürlich sind Green Jobs für uns nicht nur Ökojobs, sondern sind insgesamt neue Jobs, existenzsichernde Jobs, keine prekären Beschäftigungen, nachhaltige Jobs in Zukunftssektoren. Das sind für uns Green Jobs. Deshalb wollen wir auch Arbeitsplätze schaffen in den Bereichen Forschung, Bildung, Gesundheit, Pflege und Soziales, wenn Sie das im Regierungsübereinkommen lesen. Das ist also genau das Gegenteil von dem, was Sie uns vorgeworfen haben.

Ich denke, dieses Regierungsübereinkommen - Frauenförderung verstärken wir auch, Stipendientopf und so weiter führen wir ein, aber es würde jetzt zu weit führen und meine Redezeit wahrscheinlich überschreiten, wenn ich alles aufzähle -, dieses Programm kann sich sehen lassen im Arbeitsmarktbereich, im Europabereich. Es setzt neue Akzente, wir gehen eben neue Wege. Wir machen sicher mehr, als die Bundesregierung in dem Bereich tut, und es ist sicher eine gute Basis dafür, Wien in den nächsten Jahren aktiv und progressiv zu gestalten.

Ich freue mich auch, heute einen Antrag einbringen zu können, einen Antrag gemeinsam mit Kollegin Vitouch zu einem Thema, das aktuell ist, aber leider in der De-

batte um Euro und Irland-Krise zu Unrecht in den Medien ein bisschen vernachlässigt wurde. Das ist das Thema Europäische Bürgerinitiative.

Die Europäische Bürgerinitiative wird uns, wenn sie in einem Jahr in Kraft tritt, in Wien sicher sehr viel beschäftigen, weil wir als Gemeinderäte/Gemeinderätinnen auch eine wichtige Rolle in der Informationspolitik über diese Initiative und in der Unterstützung von diversen Initiativen haben werden. Auch unsere Medien werden da eine große Rolle haben.

Es ist vor ein paar Wochen eigentlich ein Durchbruch im so genannten Trialog aus Europaparlament, Kommission und Rat gelungen. Diese Europäische Bürgerinitiative ist ja wirklich das erste direktdemokratische grenzüberschreitende Instrument der Welt, es gibt nirgendwo anders ein staatenübergreifendes direktdemokratisches Instrument. Ich denke, diese EBI, die Europäische Bürgerinitiative, wird die demokratischen Spielregeln Europas wirklich maßgeblich beeinflussen.

Diese Europäische Bürgerinitiative hat jetzt also endlich einen rechtlichen Rahmen bekommen, wie sie wirklich ausgestaltet werden soll. Da ist auch einiges an Verbesserungen noch gelungen, dem Europäischen Parlament zum ursprünglichen Kommissionsvorschlag vorzuschlagen.

Sie erinnern sich vielleicht daran - diejenigen, die schon vor einem Jahr in diesem Haus waren -, im November 2009 haben wir hier auch einen entsprechenden Antrag verabschiedet, dass Wien im Rahmen des öffentlichen Konsultationsverfahrens zur Europäischen Bürgerinitiative Stellung nehmen soll. Wien hat das auch getan und es sind jetzt einige Verbesserungen dank des Europäischen Parlaments vorgenommen worden. Berichterstatter war übrigens ein Grüner. Es konnte eine Senkung der Mindestanzahl der Mitgliedsstaaten, die für so eine Bürgerinitiative notwendig sind, erreicht werden. Jetzt sind es sieben Mitgliedsstaaten, die man für so eine Initiative braucht. Ich denke, das ist ein guter Kompromiss. Es konnte von uns eine beinahe ersatzlose Streichung der zusätzlichen Hürde für die Zulässigkeitsprüfung von 300 000 Unterschriften erreicht werden. Auch bei der Unterschriftensammlung braucht es in Hinkunft im Regelfall keine Angabe von Ausweisnummern. Ich denke, das Wichtigste, das uns gelungen ist, ist, dass diese Bürgerinitiative nicht einfach in den Schubladen der Eurobürokraten und -bürokratinnen verschwinden wird, sondern dass es eine verpflichtende öffentliche Anhörung durch Europäisches Parlament und Kommission geben muss.

Allerdings ist der Preis für diese Fortschritte nun leider so, dass wir noch ein weiteres Jahr auf diese Europäische Bürgerinitiative warten müssen, bevor sie in Kraft tritt. Die Mitgliedsstaaten haben ein Jahr Zeit, die EBI umzusetzen, was schade ist, weil es einerseits zum Beispiel Greenpeace gibt, die bereits die eine Million nötigen Unterschriften für ein gentechnikfreies Europa gesammelt haben. Wir waren am Donnerstag ... Ist der Kollege Woller jetzt im Raum? Gell, Ernst, wir haben die Greenpeace am Donnerstag vor der Kommission mit ihrer Demonstration gesehen. Sie haben die Unterschrif-

ten gerade überreicht. Wir waren ein bisschen bei der Geschichte dieser EBI dabei.

Und auch unser rot-grüner Vorstoß auf Europaparlamentsebene für eine Bürgerinitiative zur Finanztransaktionssteuer, die dringend wäre und wesentlich, wird jetzt noch ein Jahr aufgeschoben. Das wollen wir nicht. Deshalb stellen wir heute den Antrag an die Bundesregierung, die es jetzt eigentlich in der Hand hat, das Ganze schnell und auch niederschwellig umzusetzen, dass die Bundesregierung ersucht wird, die Europäische Bürgerinitiative in Österreich ohne Verzögerung und in einer Form umzusetzen, die auf zusätzliche bürokratische Hürden im Sinne eines niederschweligen Zugangs zu demokratischen Rechten verzichtet. In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Ich denke oder ich gehe davon aus, dass uns hier allen bewusst ist, wie dringend und wichtig die Stärkung der europäischen Demokratie ist. Die Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der EU ist trotz Fortschritten im Lissabon-Vertrag enorm hoch. Und ich denke, dass dieses Demokratiedefizit, das die EU immer noch hat, auch eines der Gründe für die große EU-Skepsis ist, die es in Österreich immer noch gibt. Sie wissen, die Österreicherinnen und Österreicher sind eine der EU-skeptischsten. Das zeigen alle Eurobarometerumfragen. Und gerade als eine Befürworterin dieser Idee der europäischen Integration und der fallenden Grenzen denke ich, ist es auch wichtig, wie soll ich sagen, nicht zu übersehen, dass die EU einfach in den Augen vieler Menschen zu Recht der verlängerte Arm einer Globalisierung ist. Die Menschen glauben, nicht mitgestalten zu können. Die EU als Instrument einer sozialen Gestaltung, einer umweltgerechten Gestaltung, einer geschlechtergerechten Gestaltung der Europäischen Union - da sind viele Menschen einfach enttäuscht, da sie nicht wissen, wie sie diese EU mitbeeinflussen und gestalten sollen und zu Recht enttäuscht, denn ich denke, wenn man sich jetzt anschaut, was im Vorfeld des Europäischen Rates, der nächste Woche am Donnerstag und Freitag in Brüssel stattfindet, an Antworten auf die Wirtschaftskrise diskutiert wird, die ja nicht nur eine Wirtschaftskrise, sondern eine Sozial- und Verteilungskrise Europas ist, dann bin ich wenig optimistisch gestimmt, dass da nach dem nächsten Europäischen Rat der große Kurswechsel Europas mit einer sozialen und bürgernäheren Neuorientierung erfolgt. Ich denke, das Wirtschafts- und Finanzkrisenmanagement der EU in den letzten zwei Jahren ist sehr, sehr unglaubwürdig. Einige Euro-Staaten schlittern von einer Fast-Staatspleite in die nächste. Und von den großen Ankündigungen vor zwei Jahren, als die Wirtschaftskrise begonnen hat, was man jetzt nicht alles tun wird, von der Finanztransaktionssteuer über die Reglementierung der Finanzmärkte, also eine echte Reglementierung, die über das, was vor ein paar Wochen mit den Hedgefonds beschlossen wurde, hinausgeht, ist nicht viel übrig geblieben.

Ich denke, die Hilflosigkeit der EU ist keine Überraschung. Die Kommission ist eine liberalistische und konservative. Ich finde es immer noch schade - ich muss das an dieser Stelle sagen, auch an die Adresse der

Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen -, dass Sie damals bei der Neuwahl der Kommission die Chance nicht ergriffen haben, Kommissionspräsident Barroso abzuwählen. Ich denke, das ist wirklich ein Fehler gewesen, der uns jetzt bei der Neugestaltung Europas, bei dem, was wir uns für ein soziales, demokratisches, ökologisches Europa wünschen, nachhinkt. Aber das waren ja nicht Sie, liebe KollegInnen, das waren ja Ihre Kollegen im Europaparlament. Aber da würde ich mir auch jetzt ein bisschen wünschen, dass gerade die Sozialdemokratie auch im Europaparlament und dort, wo sie Einfluss hat, eine aktivere und progressivere Europapolitik machen sollte.

Von der ÖVP erwarte ich mir nichts anderes. Sie haben mit Ihrer inhaltlichen ideologischen Ausrichtung nicht sehr viel Interesse, große Veränderungen in Europa herbeizuführen. Bei der Sozialdemokratie wundert es mich schon (*Aufregung bei der ÖVP.*) und ich denke, wir alle sind angehalten, wirklich für diese Neuorientierung, für eine echte Alternative in Europa zu kämpfen, eine soziale und ökologische Alternative. Es braucht eine politische Union, es braucht eine Sozialunion, und es braucht auch, und das wird im Europäischen Rat ja nächste Woche diskutiert, eine echte Fiskalunion, die diesen Namen auch verdient, aber weit über den Stabilitätspakt und die Budget- und Schuldenpolitik hinausgeht und eine echte Reglementierung der Finanzmärkte umfasst, eine einheitliche Unternehmensbesteuerung umfasst, also zum Beispiel eine einheitliche, europaweite Körperschaftssteuer oder progressive Steuern statt Flat Tax. Auch Wirtschaftskammerpräsident Leitl spricht sich übrigens in diese Richtung aus. Es braucht Ökosteuern. Es braucht eine europaweite Finanztransaktionssteuer. Es braucht den Kampf gegen Steuerbetrug und effektive Schließung der Steueroasen.

Die Bürger und Bürgerinnen sind übrigens auch genau dafür. Die jüngste Eurobarometerumfrage zeigt, dass drei Viertel der Bürger und Bürgerinnen Europas sich genau das wünschen, nämlich, dass die EU in adäquater Form und Weise auf die Wirtschaftskrise reagiert, die die Menschen auch sehen und spüren. Ich denke, ein kleines Land wie Luxemburg und Jean-Claude Juncker zeigt es vor, wie man als relativ kleines Land aktive Europapolitik machen kann und auch nachhaltig Europa verändern kann.

Wir GRÜNE wünschen uns, und da schaue ich wieder meine KollegInnen der Sozialdemokratie an, ein sozial gerechtes, ein demokratisches Europa, das nachhaltige Politik und Verteilung in den Fokus stellt. Ich denke, wir laden Sie auch ein, wenn wir hier schon eine gute Übereinkunft geschlossen haben, ein Stück dieses Weges, diese gemeinsame Politik für Veränderungen auch ins Europaparlament quasi zu exportieren. Ich denke, „Aufbruch wagen, Neues schaffen“ war das Motto auf der grünen Landesversammlung, wie wir das Regierungsübereinkommen beschlossen haben. Ich denke, für die Europapolitik sollte und könnte das in diesem Haus genauso gelten. Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich hoffe, die Kollegin Vana verzeiht mir, dass jetzt wieder - wie hat sie das gesagt? - ein dunkel gesackelter Herr ans Mikrophon tritt und zu diesem Thema spricht. Aber wenn ich in die Rednerliste schaue - die SPÖ lässt auch keine Dame zu diesem Thema sprechen. (*GRin Mag Sybille Straubinger: Und die Frau Krottsch?*) Das wundert mich, weil wir ja da die Vorsitzende der neu geschaffenen Europakommission haben. Die darf anscheinend nicht zu diesem Thema sprechen. (*GRin Mag Sybille Straubinger: Ja und die Frau Krottsch?*)

Zwei Bemerkungen zu meinen Vorrednern. Zunächst einmal zum Kollegen Margulies, der - zugegebenermaßen etwas launischer und bemühter als der Kollege Ellensohn - versucht hat, darüber hinwegzureden, dass die GRÜNEN jetzt nichts mehr zu reden haben. Er hat festgestellt, man hat sich damit einen neuen Spielraum eröffnet. Na, ob es ein wirklicher Spielraum ist, da habe ich ganz massive Zweifel und das wird sich noch zeigen.

Was nämlich die Kollegin Vassilakou von der SPÖ bekommen hat außer den Vizebürgermeistertitel, ist recht wenig. Man hat ihr alles weggeknipst, wo sie irgendetwas gestalterisch wirklich hätte verändern können. Es ist ihr vom Spielraum nur die Sandkiste geblieben und das wird sich im Verlauf dieser Legislaturperiode noch mehrfach zeigen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Zweiten einen Satz zum Kollegen Schicker, der vorhin angemerkt hat, ich wäre gegen die Wiener Beamten und so weiter. Da hat sich einer wieder bewusst terrisch gestellt. Ich habe nichts anderes festgestellt, als dass Wien eine verhältnismäßig, klarerweise als Bundeshauptstadt und Verwaltungszentrum, hohe Beamtenzahl hat und dass halt dort nicht gekündigt wird im Gegensatz zu den Abgängen der Industrie, über die gerade vorhin mein Vorgänger von der ÖVP auch referiert hat. So schaut es aus. Das ist das eine.

Zu seinen eher hilflosen persönlichen Ausfällen gegen mich kann ich nur feststellen, er hat es offenbar nicht verkräftet, dass er nicht mehr Stadtrat ist. Und wenn er auf meinen Beruf Bezug genommen hat, Herr Kollege, und darauf, dass ich dort im Ruhestand bin, so kann ich Ihnen schon sagen, warum ich dort im Ruhestand bin. Das hat zwei Gründe: Der eine ist, weil wir ein unmögliches Dienstrecht haben, das einen bestraft, wenn man länger im Dienst bleibt und der zweite, weil ich einen Verteidigungsminister habe, der parteipolitisch so befangen ist, dass er mir während der ganzen Zeit seiner Dienstzeit nicht ein einziges Geschäftsstück oder irgendwas zum Arbeiten gegeben hat. So schaut die Demokratie bei den Roten aus, meine Damen und Herren! So ist die Achtung vor Mandatären! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Des Weiteren kann man dazu auch feststellen, die einzige Reform, die der Herr Minister Darabos in seiner ganzen Dienstzeit durchgeführt hat, außer dass er jetzt alles angeblich um 50 Prozent kürzt, war die Reform der Attachéabteilung und die hat er ganz genauso gemacht, wie ich es davor als letzter Leiter der Attachéabteilung gemacht habe. Also so schaut es dann in der Praxis aus!

Wir Freiheitliche, meine Damen und Herren, sind keine Europagegner. Wir waren schon zu Zeiten für die EG, als die SPÖ diese Gemeinschaft noch als neutralitätgefährdend abgelehnt hat. Was wir allerdings nicht wollen, ist ein Europa, wie es sich heute in dieser Form der EU zeigt. Wir wollten und wir wollen einen Staatenbund, eine Wirtschaftsgemeinschaft souveräner Staaten und keine bundesstaatlich strukturierte EU mit einer demokratisch nur wenig legitimierten Kommission an der Spitze und einem Parlament, welchem die grundlegenden Aufgaben eines Parlaments fehlen, nämlich es wird nicht mit „one man - one vote“ gewählt. Es gibt hier Abstufungen und das, was jedes Parlament hat, das Gesetzgebungsrecht, wird diesem so genannten Parlament vorenthalten. Verheerend und für den Bürger draußen überhaupt nicht verständlich und entfremdend ist die gegenwärtige Entwicklung gewaltsam von der Sozialunion hin zu einer Transferunion mit einer eigenen Wirtschaftsregierung in Brüssel, die noch weiter über uns drüberfahren wird.

Aber nun zu diesem Ausschuss grundsätzlich. Wir begrüßen die Aufwertung der Europakommission zu einem Ausschuss sehr. Das war eine alte Forderung der Opposition. Das wurde heute bereits gesagt und mehrfach auch von mir in diesem Haus schon angesprochen. Die SPÖ hat es immer wieder verzögert, jetzt endlich umgesetzt. Es ist eigentlich so ziemlich das Einzige, was die GRÜNEN in ihrem ganzen Bereich umsetzen konnten und wo sie sich gegenüber der SPÖ durchgesetzt haben, außer dass die Insetrate für die „NFZ“ in Zukunft entfallen werden. Aber das werden wir verkraften, das kann ich Ihnen sagen.

Europa hat, wie schon gesagt wurde, größere Wichtigkeit für die Städte erhalten. Das hat auch der Herr Bürgermeister in seiner Wortmeldung beim ersten Zusammentreten des Ausschusses ausdrücklich gesagt, wobei ich dazu ausdrücklich begrüße, dass der Herr Bürgermeister diesen doch so wertgeschätzt hat, dass er dort selbst hingekommen ist. Ich habe auch die Punkte genau mitgeschrieben, die er aufgezählt hat. Wir werden sie nicht vergessen und wir werden diese Umsetzung dann sehr, sehr genau beobachten, denn Europa und seine Finanzkrise werden uns in der nächsten Zeit noch viel mehr beschäftigen, als uns lieb ist.

Die stärkere Einbindung der Regionen, die der Bürgermeister ebenfalls angesprochen hat, besteht derzeit allerdings eher darin, dass die Betroffenen, nämlich wir, mit Papier zugeschüttet werden. Es gibt Grünbücher, Weißbücher, Papers, Non-Papers und so weiter, und nur wenig Zeit zu Stellungnahmen. Wir haben das auch jetzt in Brüssel wieder erfahren. Acht Wochen ist halt bei einem so bürokratischen Ablauf und bei dem seltenen Zusammentreten auch der Gemeinderäte und Landtage eher eine schwierige Zeit, außer man bindet die Kommission wirklich ein und darauf werden wir sehr schauen. Irritierend ist allerdings, wenn wir uns den Plan der Ausschusssitzungen anschauen, wir haben ihn ja schon alle bekommen, dass man dort die Europakommission gar nicht findet. Es ist hier bisher kein einziger Ausschuss vorgesehen. Das ist in der ganzen Sache wiederum etwas befremdend und man fragt sich, wie ernst ist es

gemeint oder hat hier der Herr Bürgermeister den GRÜNEN zwar ein Zugeständnis gemacht, aber in der Praxis wird es wieder zunichte gemacht. Das werden wir sehr genau mit beobachten.

Das Ziel der Kommission ist es nämlich, möglichst großen Handlungsspielraum gegenüber den Mitgliedsstaaten zu haben. Und einige dieser sehr problematischen Bereiche, die uns ganz massiv betreffen - im Übrigen auch von der SPÖ und vom ÖGB nicht unkritisch gesehen -, liegen im Bereich der Dienstleistungsrichtlinie und der weiteren Öffnung des Arbeitsmarkts, die uns für osteuropäische Staaten ab Mai des nächsten Jahres ins Haus steht, aber auch die Regelung zu den Patientenrechten. Sie kann uns, verbunden mit der Möglichkeit für Angehörige der EU, unsere Sozialsysteme massiv auszunützen, und der Öffnung der Visafreiheit, die jetzt eben für den Kosovo und Bosnien erfolgt, noch sehr große Probleme und Kosten bereiten. Die exzessive Rechtsauslegung und eine eigentlich oft schon Rechtsanmaßung der Kommission werden nämlich durch über das bestehende Normengefüge hinausgehende Entschiede des dann immer wieder angerufenen Europäischen Gerichtshofes verschärft, der dabei sehr, sehr selbstherrlich vorgeht und sich oft nicht nur als rechtssprechende, sondern auch als rechtschaffende Institution sieht, ohne dafür Legitimation zu besitzen.

Deutsch ist die größte Sprachengruppe der Europäischen Union und trotzdem erfolgt entgegen dem Abkommen keine Übersetzung aller Dokumente, vor allem auch von Ausschreibungen auf Deutsch, was nicht zuletzt eine massive Benachteiligung der KMUs bei Bewerbungen bedeutet. Auch hier hätten wir uns eigentlich etwas erwartet, ein Vorgehen, ein stärkeres, indem die Stadt Wien der Bundesregierung da auch etwas auf die Zehen tritt, denn auch diese ist auf diesem Sektor sehr säumig.

Mit Lissabon, die Kollegin Vana hat es angesprochen, wurde eine stärkere Bürgermitbeteiligung versprochen, aber Ausführungsbestimmungen und Umsetzung, haben wir gehört, sind frühestens in einem Jahr zu erwarten. Ja, warum denn wohl? Und außerdem sind die Ausführungsbestimmungen relativ hart gehalten. Zwei Gründe: Zum einen, man will bestimmten Gruppierungen möglichst die Möglichkeit nehmen, hier aktiv zu werden, aber das wird nichts nützen. Und zum Zweiten, man will es erschweren und jetzt schon gar nicht haben. Denn stellen Sie sich vor, irgendwer stellt sich in Deutschland auf die Füße und sagt, mit den Krediten und den Bürgschaften geht es so nicht weiter. Ja, die Million ist in Europa wie nichts beisammen und davor haben sie Angst, denn die Bürokraten in Brüssel sind Bürokraten und keine Demokraten. Die haben vor nichts größere Angst als vor der Bevölkerung dieser Union. Und mit der Subsidiarität ist es leider auch nicht sehr weit her.

Wir werden trotzdem dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, wenngleich ich nicht so optimistisch bin wie die Kollegin Vana, dass ich glaube, dass das wirklich was weiterbringen wird.

Grundsätzlich stelle ich für die Freiheitlichen zu unserer Tätigkeit im Ausschuss fest: Wir sind gern zur Mitar-

beit bereit, vor allem dann, wenn es gilt, die Interessen der Stadt Wien und des Landes gegenüber Brüssel zu wahren. Die Voraussetzung dafür ist eine ausreichende Information und eine frühzeitige Einbindung in die Vorgänge. Wenn es dann trotzdem Gegensätze gibt, entscheidet klarerweise die Mehrheit, keine Frage, das vertragen wir schon. Und wir werden unsere Meinung für unser abweichendes Verhalten der Bevölkerung auch entsprechend klar machen. Aber das wiederum, das sollten Sie dann nicht, wie es leider viel zu oft geschieht, als Obstruktion sehen und als Grund für den Entzug von Informationen, sondern einfach zum demokratischen Wechselspiel gehörig. Das, glaube ich, wäre etwas, was Sie wirklich erlernen müssen, wenn Sie uns auch bei schwierigeren Entscheidungen mithaben wollen. Sie müssen dann halt einfach akzeptieren, dass es abweichende Meinungen gibt. Sie müssen sie nicht teilen, aber Sie müssen sie akzeptieren.

In diesem Sinn begrüßen wir die Absicht, angeblich regelmäßig EU-Themen zu diskutieren und auch europäischen Parlamentariern das Rederecht in diesem Haus hier zu geben. Für unsere Position gilt aber auch klar: Wir wollen keine Transferunion, die auf die Dauer die Fleißigen benachteiligt und diesen immer wieder höhere Lasten aufbürdet. Wir wollen auch keine Eurobonds, die nichts anderes sind als eine Garantie für die Zahler mit schlechterer Kondition, wo hier Bundesdeutsche und einige andere schlechtere Bedingungen dafür auf sich nehmen, dass andere besser aussteigen. Bei den Krediten, die die Stadt Wien ja immer wieder aufnimmt, wären wir ja auch als Stadt hier davon massiv betroffen. Wir wollen auch keine weitere Bürgschaft für Staaten übernehmen, die leichtfertig gewirtschaftet haben. Ob wir diese geliehenen Gelder jemals wiedersehen, ist sehr, sehr unsicher und wenn, dann in langer Zeit.

Und wenn uns dann die Regierenden, auch unsere eigenen, immer wieder erklären, das wären doch nur Haftungen, dann frage ich Sie: Wer von Ihnen würde mit seinem Haus oder mit seiner Eigentumswohnung für die Rückzahlung der Kredite Griechenlands bürgen, meine Damen und Herren von der SPÖ oder von den GRÜNEN? Zeigen Sie auf! Keiner wahrscheinlich, der irgendwie Verantwortungsbewusstsein hat. Und warum soll es dem Staat Österreich anders ergehen? Das ist es. Dann hat man uns immer wieder gesagt, es ist nur zur Absicherung, damit der Markt nicht ins Taumeln kommt. Na ja, wir haben abgesichert, und der Markt ist weitergetaumelt. Es war Irland und jetzt wird Irland abgesichert, womöglich noch mit höheren Beträgen. Wir sind jetzt, glaube ich, zur Zeit mit ungefähr 3,2 Milliarden in diesem Topf drinnen. Jetzt heißt es Portugal, und wir haben keine andere Wahl, sonst fällt Spanien, sonst fällt Italien. Es ist einfach ungeheuerlich, für wie dumm man hier glaubt, den Bürger verkaufen zu können. Aber die Stimmung in der Bevölkerung, das kann ich Ihnen sagen, falls Sie es nicht selber gemerkt haben, ist eine ganz andere.

Es gab kürzlich einen Fluglotsenstreik in Spanien, in einem der vom Konkurs bedrohten Staaten. Und da ließ mich eine ORF-Meldung aufhorchen, in der es geheißen

hat, ein Fluglotse in Spanien verdient im Schnitt 30 000 EUR. In Worten: Dreißigtausend! Im Monat! Erklären Sie dem Österreicher, dem durchschnittlichen Arbeiter, dass er da für Spanien brennen soll! Ich glaube, das wird Ihnen nicht gelingen! Und unsere Banker, einschließlich der Nationalbank, auch ihre Direktoren, die zwar noch ihr Parteibuch besitzen, aber was Wohlleben betrifft, längst die Seite gewechselt haben, auch Ihre Spitzen und Ihre Ex-Spitzen, meine Damen und Herren von der SPÖ, verdienen kräftig an der ganzen Geschichte. „Hinter uns die Sintflut“, hat man manchmal den Eindruck, denken sie. Und diese von Ihnen bestellten Chefs vieler Banken und Kreditinstitute, ÖMV, Flughafen Wien, die Eurokranten in Brüssel, ein Androsch, eine Ederer, ein Vranitzky, ein Klima, ein Gusenbauer - glauben Sie wirklich, dass die noch sozialdemokratische Interessen vertreten? Glauben Sie wirklich, dass die noch eine Ahnung haben, was der Durchschnittsösterreicher, was der Arbeiter in Meidling braucht? Nein, das ist das Weihnachtsmärchen, wenn Sie mir das erzählen wollen. Und Wien ist von dieser Entwicklung ganz massiv betroffen.

Wir Wiener Freiheitliche fordern daher für die Städte und Regionen eine Durchforstung der bestehenden Regelungen hinsichtlich der Rückübertragung von Rechten an die Staaten und Gebietskörperschaften, die die Union eigentlich mit der Subsidiaritätsklausel versprochen hätte. Wir wollen keinen weiteren Ausbau dieser transnationalen Ausschreibungspflichten für Gebietskörperschaften, denn damit nimmt man den Städten und den regionalen Bereichen die Möglichkeit, schlechten Arbeitsplatzentwicklungen entgegenzuwirken. Der Arbeiter in der Slowakei wird immer billiger sein als der in Wien und die Wiener Klein- und Mittelbetriebe werden aussteigen. Wir wollen auch keine Einschränkung der bisherigen Regelungen durch die so genannte Dienstleistungsrichtlinie, insbesondere auch, was die Grundversorgung betrifft, das wurde schon angesprochen, und auch keine Sonderregelung für Zuwanderer durch städtische Einrichtung. Wir haben heute gerade wieder von einer solchen Sonderregelung für Wirtschaft im Bereich der kleinen Betriebe gesprochen. Entweder sie sind österreichische Bürger, die Rechte beanspruchen, tja, dann haben sie auch die gleichen Pflichten und es gibt hier keine Bevorzugung. Die wollen wir nirgends, nicht dort, nicht in den Kindergärten, nicht in den Bädern, nicht in der Bauordnung, nicht beim Vereinswesen und auch nicht im Bestattungswesen, wo man zum Beispiel einen islamischen Friedhof um viel, viel Geld geschaffen hat, wo im vorigen Jahr, ich glaube, fünf Leute bestattet wurden, nachdem man drei oder vier Jahre jetzt schon damit begonnen hat. Wir wollen auch keine verschärfte Handhabung bei der Vergabe, und das betrifft auch die Staatsbürgerschaften, und sind gegen Eingriffe der Union bei den Bürgerrechten in diesem Bereich: Zehn Jahre Aufenthalt ohne Vorstrafen und Nachweis ausreichender Kenntnis der Sprache nach einem verbindlichen amtlichen Test und nicht nach dem Gefühl. Die Staatsbürgerschaft muss etwas wert sein und Doppelstaatsbürgerschaften an Nicht-EU-Bürger sollten vermieden werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorrangiges Ziel einer freiheitlichen Politik in Wien ist es, die Stadt für die eingewohnte Bevölkerung als lebenswerten Raum zu erhalten. Dazu gehört auch die Bewahrung der gewachsenen Kultur mit ihren Ausprägungen und Umgangsformen. Wir bekennen uns zum Begriff der Leitkultur, ebenso wie wir uns verpflichtet sehen, die von unserem Elektorat, von unseren Wählern Gewählten, also diese Personenkreise in erster Linie zu vertreten, und das insbesondere in Zeiten der Krise und der Rezession. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abschließend noch einige Anmerkungen zum Kapitel Stadtaußenpolitik, die ja jetzt auch in diesem Bereich ressortiert. Wien als Stadt und als Bundesland ist natürlich bestrebt, seine Interessen vor allem dort, wo sie wirtschaftlicher Art sind, nach außen zu wahren. Das ist richtig, legitim und notwendig. Wir nennen das Stadtaußenpolitik. Man könnte auch in positiver Form von einem positiven Lobbyismus sprechen. Es wäre aber unrichtig, alles darauf zu verkürzen. Internationaler Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Information über Lösungsmöglichkeiten bei ähnlichen Problemen zwischen den Städten ist zweifellos sinnvoll. Sie darf aber auch nicht in Städtetourismus ausarten. Best Practice sind leider die dort angebotenen Lösungen nicht immer. Um das umzusetzen, bedarf es eines geeigneten Apparates, das wird von uns anerkannt, der aber laufend auf seine Struktur, seine Notwendigkeit und Effizienz überprüft werden muss. Informationsbeschaffung und Kontakte sind wichtig, aber es genügt nicht, Zeitungsausschnitte und Medienmeldungen zu sammeln. Das sollte im Zeitalter des Internets höchstens eine Nebenaufgabe für ein Wien-Büro sein. Es sollte auch keine Doppelarbeit oder Konkurrenz mit Botschaften, Kammern und so weiter geben, und auch kein reines Reisebüro à la Berlakovich werden. Das wäre auch eine verfehlt Aufgabe. Genauso wenig wie das Wien-Büro keine Parallelbotschaft der SPÖ in Brüssel sein darf. Wir werden uns das auch künftig genau ansehen.

Als Ergänzung zum Thema Erfahrungsaustausch, wo er auch innerösterreichisch stattfindet, eine Anmerkung zum Städtebund, einer an sich sinnvollen Institution. Wir arbeiten auch dort gerne mit und es gilt das eingangs Gesagte: Mitarbeiten beinhaltet frühzeitiges Einbinden und nicht nur Informieren über de facto vorher fixierte Beschlüsse. Wir sehen in der ersten Sitzung des Ausschusses einen positiven Anfang, auch für die Stadtaußenpolitik. Deshalb gab es auch unsere Zustimmung zu den Vorsitzenden. Eine Aufwertung von Institutionen wie dem Städtebund in der Öffentlichkeit erfolgt aber nicht durch Statutenänderungen, wie sie jetzt beim Städtebund als Folge der Vorfälle des Städtetages in Villach vorgesehen sind. Dort in Villach, nämlich beim Städtetag, war das Gremium am letzten Tagungsvormittag, an dem die wichtigen Abstimmungen geplant waren, von einem geselligen Vorabend offenbar so erschöpft, dass sich nicht mehr genügend Vertreter von SPÖ und ÖVP einfanden. Als wir von der Opposition eine Feststellung des Quorums verlangten, wollte das die sitzungsführende Innsbrucker Bürgermeisterin zunächst einfach übergehen und verhindern. Echte gelebte Demokratie im Sinn

der alten großen Koalition! Wegen des lautstarken Widerstandes musste sie schließlich aufgeben, es ging dann doch nicht. Es kam zu einer Sitzungsunterbrechung, weil die Ihren waren vielleicht auch nicht dort anwesend, und das betrifft einige, die hier in diesem Saal auch sitzen sollten. Sie sind jetzt zum Teil wieder nicht da. Es musste also der Städtetag unterbrochen werden. Auch das half nicht, sehr zum berechtigten Ärger der Anwesenden, darunter Bgm Häupl. Er war anwesend. Es gab kein Ergebnis. Es waren zu viele Parteienvertreter offenbar delegiert, die das als Vergnügungsreise ansahen. Die Folge davon ist, dass statt die Delegierten besser auszuwählen oder zu disziplinieren jetzt in St Pölten die Statuten geändert werden sollen: Bei zu geringer Anwesenheit genügt dann eine kurze Unterbrechung und das Quorum ist erfüllt! Und die auf Regimentsunkosten angereisten Volksvertreter dürfen sich ausschlafen!

Das, meine Damen und Herren, kann es nicht sein und ich wende mich da direkt an die SPÖ und an ihre Vertreter. Ich glaube, das ist noch nicht beschlossen. Das muss auch nicht beschlossen werden. Gehen Sie da einmal in sich, meine Damen und Herren, denn so werden wir das Interesse und das Verständnis der Bevölkerung für Politik sicherlich nicht heben! Wir werden es auch nicht unterm Tisch abhandeln lassen. Es wird interessant sein, ob die SPÖ die GRÜNEN dabei auch wieder in die Knie zwingt. Es hat allerdings den Anschein. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich nur mitteilen, dass der Herr GR Mag Klaus Werner-Lobo seit 12 Uhr 36 krankheitshalber entschuldig ist, *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Wer?)* Lobo. Ich habe laut und deutlich gesprochen, Herr Kollege.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ekamp. Ich erteile es ihm.

GR Franz **Ekkamp** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Geschätzte Damen und Herren!

Selbstverständlich habe ich natürlich Verständnis für die Kritik von Oppositionsparteien, wenn ein Budget zum Beschluss vorliegt genauso wie zu einem Rechnungsabschluss. Ich habe mich in der Früh nur ein bisschen über so manche Wortspenden gewundert, insbesondere von der ÖVP. Ich will nicht sagen, dass es in der Früh ein Rundumschlag war, aber es war schon manches sehr zynisch gemeint. Und ich denke, wenn der Frust in der Österreichischen Volkspartei so hoch ist, weil sie weiter auf der Oppositionsbank sitzt, so bringt das an und für sich in dieser Form nichts. Ich habe schon gesagt, Kritik ist gut, Kritik ist wichtig. Es ist auch die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien kritisiert worden, das ist ein gutes Recht. Ich habe auch sogar Verständnis für Öffentlichkeitsarbeit, wie es heute kritisiert worden ist, zum Beispiel, wenn im Familienministerium etwas Positives weitergebracht wird, dass man das darstellt, den Menschen näherbringt. Ich habe durchaus Verständnis für so was. Ich denke vielleicht anders als andere hier in dem Raum, aber genauso sollte man dann so fair sein und auch Kritik zum Bei-

spiel an einer Werbekampagne vom Finanzministerium des Bundes üben – und ich kann mich noch gut daran erinnern – mit Kosten, glaube ich, von 900, knappen 900 000 EUR, wo uns gesagt wurde, wie viel Schulden jede Österreicherin und jeder Österreicher haben. Ich glaube, dass die hoch sind, das wissen wir, aber 900 000 EUR für so eine Kampagne, weil da ja nichts Neues drin ist, das wissen wir eh, ein hoher Schuldenstand. (*GR Dr Wolfgang Aigner: Aber man muss das Bewusstsein schaffen!*) Das Bewusstsein hätte man anders schaffen können. Sonst habe ich von der ÖVP eigentlich auch wenige Vorschläge gehört. Kritikpunkte waren ja genügend da, aber ich habe wenige Vorschläge gehört, wie man zum Beispiel die Situation in der Stadt noch besser gestaltet. (*Aufregung bei GRin Christine Marek.*)

Einen Vorschlag habe ich mir schon gemerkt und zwar die Pensionskürzungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses. Ich kann Ihnen nur sagen, da werden Sie unsere Zustimmung nicht finden, dass man hier auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter großzügige Einsparungen durchführt.

Ich denke, dass das Wiener Budget versucht, lenkend und steuernd einzugreifen, natürlich auch im beginnenden Aufwärtstrend der konjunkturellen Entwicklung insbesondere in der Region Wien. Ich glaube aber, es gibt Verständigung und Konsens über die Auswirkungen der letzten zwei Jahre der größten Krise faktisch weltweit, kann man sagen, nicht nur in Wien, nicht nur in Österreich, nicht nur in Europa, sondern weltweit. Das Bruttoinlandsprodukt ist eingebrochen, weniger Einnahmen hat es gegeben und natürlich mehr Ausgaben. Sparen wäre sowieso der falsche Weg in dieser Zeit gewesen. Wien hatte mit seiner antizyklischen Budgetpolitik hunderte Millionen in den so genannten guten Jahren eingespart. Das hat auch der Rechnungshof festgestellt, dass gut gewirtschaftet wurde. Der Rechnungshof hat auch festgestellt, dass in den vergangenen Jahren viele Finanzierungsvorteile lukriert wurden. Es sind auch die Schulden pro Kopf angesprochen worden. Das ist auch heute schon dargestellt worden. Aber dadurch, dass Wien einen zu anderen Bundesländern relativ geringen Schuldenstand hat, war auch der Handlungsspielraum für die Stützung der Konjunktur frei. Es ist uns in Wien, glaube ich, relativ gut gelungen, der Krise entgegenzuwirken, aber sie ist noch nicht aus. Und das sag ich jetzt noch einmal, auch wenn das manche Rednerinnen und Redner hier anders sehen, aber auch im Bereich der Arbeitslosigkeit, denke ich, ist uns das relativ gut gelungen. Sie müssen bei der Arbeitslosigkeit nämlich davon ausgehen, und ich sage es noch einmal, ich habe es schon öfters gesagt, Wien hat ein bisschen weniger Einwohner als Niederösterreich. Wir haben aber zirka 800 000 Beschäftigte, 800 000! 250 000 pendeln oder kommen nach Wien und finden hier ihre Arbeit. Das ist auch gut so, okay. Aber hier der Vergleich mit Niederösterreich mit der prozentualen Arbeitslosigkeit ist schon ein bisschen fatal. Wenn ich sage, 250 000 Beschäftigungsverhältnisse auch weniger, oder 230 000 wie Niederösterreich bei gleicher Einwohnerzahl, also das muss mir schon einer erklären, wie das mit den Prozenten

zusammenpasst. Prozentuell gerechnet ist okay, aber 250 000 Arbeitsplätze mehr, ich glaube, das beweist eigentlich die Stärke unserer schönen Stadt.

Meine Damen und Herren, es ist auch der Vorwurf der Schulden gekommen. Klar, in der Krise gibt man Geld aus, aber was wäre die Alternative gewesen? Hätten wir nichts gemacht? Hätten wir keine Aufträge für die Wirtschaft bereitgestellt? Hätten wir keine Bildungsmaßnahmen gesetzt zum Beispiel auch bei den Lehrlingen? Hätten wir die Jugend ohne Perspektiven, ohne Zukunft gelassen? Nein, meine Damen und Herren, das wäre auch der falsche Weg! Und wieder ist heute der Vergleich der Schulden von Wien, Land und Gemeinde, schon angesprochen worden. In Niederösterreich, das wird auch ausgeblendet, sind es mit 4 300 pro Kopf - und ich will jetzt gar nicht mit effektiven Zahlen rechnen - wesentlich mehr als die Stadt Wien hat. Kärnten ist ein bisschen besser, hat nur 3 300, und Wien 1 723! Meine Damen und Herren, da sehen Sie schon einen gravierenden Unterschied.

Jetzt gilt es, wie es unsere Frau Finanzstadträtin gesagt hat, die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation fortzusetzen bei gleichzeitigem Augenmerk auf die langfristige positive Entwicklung der Wiener Finanzen und dabei maßvolle Konsolidierungsmaßnahmen zu treffen. Das geschieht eben, das ist heute schon angesprochen worden, mit einem geringeren Abgang als im letzten Jahr, mit einem geringeren Abgang von 178 Millionen zu 2010. Das ist auch verantwortungsvoll. Und wenn auch einige Wirtschaftsforscherinnen und -forscher konstatieren, dass der Aufwärtstrend nachlassen könnte - wir hoffen es nicht, wir wünschen es uns nicht, niemand hier, aber die Vorbereitung einer Wirtschaftsreserve von 300 Millionen ist auch verantwortungsvoll. Und ich denke, bei den Investitionen erkennt man genau den Willen der Stadt, dass das Konjunkturpflänzchen noch mehr Kraft braucht, um sich weiterzuentwickeln, denn die Krise ist ja noch nicht vorbei. Bei Investitionen von über 2,6 Milliarden kann ich keine Kürzung erkennen, weil rechnerisch sind das 100 Millionen mehr und es wäre auch schlecht für die Zukunft, wie ich schon gesagt habe. 45 Millionen fließen mehr ins Bau- und Baunebengewerbe, ein sehr beschäftigungsintensiver Bereich. Erwähnen möchte ich zum Beispiel auch die Wiener Stadtwerke, die bis 2014 zirka 4,4 Milliarden in die Modernisierung dieser Stadt investieren wollen.

Die direkte Wirtschaftsförderung war heute auch ein Kritikpunkt und sie wurde, das ist fairerweise auch gesagt worden, mit plus 8 Millionen auf das Niveau von 2008 zurückgeführt. Ich habe mir noch die gesamte Wirtschaftsförderung angeschaut, weil da die Kritik gekommen ist, und zwar faktisch in der tabellarischen Zusammenstellung. Also ich kann in der gesamten Wirtschaftsförderung trotz Reserve eigentlich nichts erkennen, denn zwischen 171 und 184 Millionen ist ein gravierender Unterschied nämlich von 13,5 Millionen, wo es trotzdem ein Plus gibt. Es sind Anträge von einem Vordröner von der ÖVP auf Verdoppelung der Förderung im Bereich von gewissen Aktivitäten der Wirtschaftsförderung eingebracht worden. Wir wissen aber auch, und das

ist angekündigt worden, dass die Wirtschaftsförderung evaluiert wird. Wir wissen auch alle, glaube ich, dass alle Positionen, die budgetiert wurden, gar nicht ausgeschöpft worden sind. Daher muss man sie umstrukturieren, muss man neu versuchen, wo man mehr Mittel hingeben kann.

Ich finde es aber auch nicht zielführend im Sinne der so genannten Sparsamkeit, dass man bei jedem Euro, den man ausgibt und richtig einsetzt, dann sagt: So und jetzt verdoppeln wir einmal alles und dann werden wir schauen, wie wir das Geld irgendwie unter die Leute bringen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht der richtige Weg, das ist der falsche Weg und ich glaube auch nicht der zielführendste.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube auch, dass die Wiener Stadtregierung alles daran setzen wird, dass Wien weiter ein pulsierender Wirtschaftsstandort bleiben wird.

Die Frau Vizebürgermeisterin hat heute in ihrem Bericht über das Budget gesagt, und man kann es ja auch lesen, dass in Bildung mehr investiert wird, das ist ein Zukunftsthema, dass in Forschung und Entwicklung investiert wird, das ist auch ein Zukunftsthema und da liegen wir gar nicht so schlecht, dass in Umwelt und Energietechnologien in der Zukunft weiter investiert wird, das sind Zukunftsfragen und dass auch die Wiener Wirtschaftsförderung weiter gezielt entwickelt wird. Das ist auch angekündigt worden, zum Beispiel Unterstützung von Kleinstunternehmen, Ausbau der Mingo-Büros, das ist eine Erfolgs-Story auch von wissensintensiven Unternehmen oder Förderung von Frauen als Unternehmerinnen. Ich glaube, das sind durchaus gute, zukunftssträchtige Ziele, die man sich hier gesetzt hat.

Oder: Wien setzt zum Beispiel auch im Energiebereich auf Modernisierung, konsequenter Einsatz der Kraft-Wärme-Kupplung und ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig für den so genannten CO<sub>2</sub>-Haushalt in unserer Stadt, das wird groß diskutiert. Wien setzt hier Maßnahmen.

Auch der Ausbau der Fernwärme- und Fernkältenetze ist ein ambitioniertes Programm für die nächsten Jahre. Der Ausbau der erneuerbaren Energieträger ist auch mit unserem Zukunftsprogramm verbunden. Weitere Verbesserungen zum Beispiel im Bereich der Energieeffizienz, sprich, städtisches Energieeffizienzprogramm, das wir gemeinsam vor Jahren beschlossen haben, sind ja hier beispielgebend nur genannt. Es sind schon viele Punkte umgesetzt und das hat auch zur Reduktion zum Beispiel im Energiebereich geführt und auch dazu geführt, faktisch die CO<sub>2</sub>-Bilanz zu verbessern.

Sie sehen daher, um es nicht zu lange werden zu lassen, auch beim Wiener Budget ist nichts dem Zufall überlassen. Wir setzen auf Nachhaltigkeit und auch auf Umweltverträglichkeit. Bei uns stehen immer die Menschen im Vordergrund. Daher darf ich mich auch beim Herrn Finanzdirektor und seinem Team im Namen des Ausschusses bedanken und natürlich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt, die eine tolle Arbeit für die Wienerinnen und Wiener leisten! (*Bei-*

*fall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Natürlich wäre es jetzt auch spannend, zu einigen Wortmeldungen der FPÖ etwas ausführlicher Stellung zu nehmen. Mir ist da gestern am Abend so ein Zeitungsartikel in die Hand gefallen, nämlich durchaus legitim, wo der Bundes-FPÖ-Vorsitzende seine Kanzlerpläne bekannt gibt. Ich weiß nicht, wie echt das alles ist. Er hat sogar schon eine Ministerliste, durchaus legitim das Ganze. Es ist auch heute einiges schon formuliert worden. Vielleicht ist es der falsche Ausdruck: Die Politik der Suggestion. Verlangt werden generell weniger Steuern, über Ausgaben, über Schuldenstände wird derzeit relativ wenig gesprochen. Dafür wird wieder mehr subventioniert, nicht in allen, aber in vielen Lebensbereichen. Damit ist durchaus auch in der Öffentlichkeit Stimmung zu machen. Das gebe ich zu, das wissen wir von gewissen Wahlen. Aber ich persönlich möchte mir nicht ausdenken - weil ja auch schon der Wunsch nach dem Bürgermeister von der FPÖ für Wien auch gekommen ist - was passiert, wenn die FPÖ wieder in eine Regierungsverantwortung kommt. Es ist etwas anderes, sich in der Opposition zu bewegen, als Verantwortung zu übernehmen. Ich kann mich hier noch gut an das Jahr 1999 erinnern, wo sehr überschwänglich alles sehr blumig formuliert worden ist. Das war sehr übermütig, aber es ist dann eh relativ schnell wieder einiges an Wahrheit ans Tageslicht gekommen. Ich will jetzt gar nicht im Einzelnen auf das eingehen, was da kommen könnte. Von den Pensionen ist heute nichts gefordert worden, aber es war schon ein Hammer, egal, ob es im Gesundheitsbereich war, ob es im Energiebereich war, ob es im persönlichen Bereich war oder bei Arbeitsrechtsverschlechterungen, da war schon einiges und da haben, denke ich, schon viele Menschen gestaunt. Die Rechnung ist ja präsentiert worden. Ich will jetzt ja gar nicht von Kärnten reden, wo es schon länger ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Es ist erstaunlich, dass Sie die Rechnung jetzt wieder präsentieren oder präsentiert haben!*) Man muss es nur vorher sagen ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben ja wieder die Watschen gekriegt mit 46 Prozent!*) Na ja, 49 Mandate ist nicht so eine Watsche wie damals die von der FPÖ. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wie schlecht müssen Sie wirtschaften!*) Das muss ich schon hier bemerken.

Auch ein Blick nach Kärnten, ich will ihn auch hier nicht machen, zuerst war es die FPÖ, dann war es das BZÖ, jetzt ist es das BZK, jetzt sind sie wieder bei der FPÖ. Da ist natürlich schon ein bisserl ein Zusammenhang, wie dort das Geld in einem Regierungsmodell verteilt wird, wenn ich es gar nicht habe. Es ist sowieso eine politische Bankrotterklärung in Kärnten, was man hier praktisch vorfindet, wenig Wirtschaftsleistung und eine ganz geringe Kaufkraft. Na ja, das war nicht gerade das Gelbe vom Ei.

Meine Damen und Herren! Ich denke, ich habe kurz versucht, auch gewisse Fragen zu beantworten, was so kritisiert worden ist. Alles kann man natürlich in der kurzen Zeit nicht beantworten. Aber auch beim Schuldenvergleich, bei der Kaufkraft und so weiter gibt es sehr viele Bereiche. Der Kollege Strobl hat das schon sehr ausführlich dargestellt, wo sich Wien eigentlich sehen

lassen kann und dass wir nichts dem Zufall überlassen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Bei der Personalpolitik!)* Ich glaube, Wien hat den wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Stirn geboten, ich habe es schon gesagt, ich wiederhole es gerne noch einmal, im Interesse der Menschen dieser Stadt.

Mit dem Budget 2011 werden die notwendigen richtigen Schritte gesetzt: Gezielte Investitionen in Bildung, Gesundheit, Soziales und Beschäftigung und gleichzeitig den finanziellen Abgang eindämmen. Nur so werden wir die hohe Lebensqualität in Wien beibehalten und auch dafür sorgen, dass Wien eine pulsierende Stadt bleibt. Für diese Politik stehen unsere Finanzstadträtin und die neue Wiener Stadtregierung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Der nächste Abgeordnete, der zum Wort gemeldet ist, ist Herr GR Dr Tschirf. Ich erteile es ihm.

GR Dr Matthias **Tschirf** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe den Eindruck, das Nachhaltigste, was es für die SPÖ gibt, ist die Regierung Schüssel, weil es gibt keine Wortmeldung, wo sich offensichtlich die SPÖ damit nicht auseinandersetzt. Ich glaube, wenn man die Krise der letzten Jahre sieht, da hat wirklich nachhaltig diese Regierung Schüssel vieles geleistet *(GR Godwin Schuster: Verursacht! Verursacht!)*, weil sonst wäre Österreich nicht so gut drübergekommen über diese Situation. *(GR Godwin Schuster: Verursacht, bitte! - Beifall bei der ÖVP.)* Die Wortmeldung vorhin vom Kollegen Ekkamp hat das bestätigt.

Sie haben offensichtlich auch etwas falsch interpretiert oder bewusst falsch interpretiert, nämlich es ist keineswegs das Anliegen der ÖVP und unserer Parteiobfrau Marek, dass wir Pensionen kürzen wollen, sondern es geht um eine Harmonisierung des Pensionsantrittsalters, das heißt, auch um eine Frage der Nachhaltigkeit, weil wir ganz genau wissen, wenn wir uns die Situation ansehen, und das wissen wir die letzten 20 Jahre, dass eines der Grundprobleme, das wir in Österreich haben, ist, dass wir das Pensionsantrittsalter anheben müssen. Da hat es die entsprechenden Beschlüsse gegeben. Es ist nicht einzusehen, warum ein Vertragsbediensteter in Wien schlechter behandelt wird als ein Beamter, weil natürlich für die Vertragsbediensteten die Regeln des ASVG gelten, während man beim Pensionsantrittsalter für die Beamten und Beamtinnen ... *(GR Ing Christian Meidlinger: Das stimmt doch nicht! Das stimmt doch gar nicht!)* Kollege Meidlinger, Sie wissen es ja sicher besser, aber es ist klar, es ist Ihre Aufgabe, hier entsprechend hereinzurufen. *(Aufregung bei der SPÖ.)* In Wirklichkeit wissen Sie ganz genau, während man ab 2001 das Pensionsantrittsalter bei den Bundesbeamten und in vielen Bereichen der Länder entsprechend angehoben hat, ist das hier anders vor sich gegangen. *(GR Godwin Schuster: Dafür haben Sie bei den ÖBB 16 000 frühpensioniert, ja, abgebaut!)* Erst ab 2009 hat man es angehoben und daher das Unterschiedliche. Wenn ich mir nur die volle Durchrechnung anschau, dann ist es im Bun-

dessystem 2028, hier in Wien erst 2042. Da liegen Unterschiede und um das geht es. Hier geht es darum, dass wir Nachhaltigkeit schaffen. Das ist auch das Anliegen der Österreichischen Volkspartei, weil es hier um die Zukunft dieses Landes geht, um die nächsten Generationen. Das sind eigentlich die Themen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn ich so gesehen habe, was Rot-Grün hier sagt, dann ist mir ein Karl Kraus-Zitat eingefallen: „Wir leben in Wien und nicht im Vergleich.“ Sie leben aber im Vergleich und nicht in Wien, habe ich den Eindruck! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil ich mir sonst nicht vorstellen könnte, dass immer wieder, angefangen vom Kollegen Ellensohn, ich weiß nicht, wo er jetzt ist, die anderen Bundesländer herangezogen werden. Ich sage schon ganz ehrlich, ich habe mir letzte Woche „Die Zeit“ angeschaut. Da steht ein Artikel über Österreich, da steht: „Die Republik der Verhinderer.“ Ich weiß nicht, wer ihn gelesen hat. Aber interessant ist, wer in der Mitte steht: Der Wiener Bürgermeister. Und da heißt es: „So was wie die barocke Inszenierung bloßer Verweigerung muss ein Ende finden.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Das heißt, es geht letztlich darum, dass Reformen geschehen und da hat natürlich vieles auch von der Landesebene aus zu geschehen. Ich glaube, dass auch hier über diese Themen diskutiert hätte werden sollen, über Verwaltungsreform, über Strukturmaßnahmen, damit eben nicht die zu Recht kritisierten Bruttomaßnahmen à la Griechenland eingesetzt werden müssen, sondern was wir brauchen, sind langfristige Strukturmaßnahmen, um Doppelgleisigkeiten oder Dreifachgleisigkeiten zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften, den Sozialversicherungsträgern oder Ähnlichem zu verhindern. Hier gibt es ja vieles, was auf dem Tisch liegt. Das gehört umgesetzt, meine sehr geehrte Damen und Herren! Auch das sollte ein Impuls sein, der von dieser Budgetdebatte ausgeht und ich gebe zu, dass ich ihn bisher vermisst habe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich vermisse noch etwas. Es ist vorhin im Beitrag von der Kollegin Vana angesprochen worden: Die Frage der Europapolitik. Lobenswert, dass das von Seiten der GRÜNEN gekommen ist und ich stehe auch nicht an zu sagen, dass es ein Fortschritt ist, dass es einen Europaausschuss gibt, das heißt, nicht mehr nur eine Kommission, sondern tatsächlich einen Ausschuss, der gestalten soll und der sich entsprechend hier der Themen annehmen sollte. Was ich aber vermisse, ist, dass es auch eine Europadiskussion aus wirtschaftspolitischer Sicht dieser Stadt gibt. Ich hätte mir das auch hier in dieser Budgetdebatte, in der Diskussion um den Voranschlag für das Jahr 2011 - zugegebenermaßen die Frage Daseinsvorsorge ist wichtig - zu den Fragen erwartet, die für Wien eine wesentliche Rolle spielen.

Da gibt es beispielsweise seit Anfang des Jahres den Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts zum Thema Schwarzmeerregion. Immerhin ein Gebiet, in dem 146 Millionen Menschen leben und das doch im Einzugsge-

biet auch letztlich von Wien steht. Da beschäftigt sich auch die Bundesregierung damit und ich glaube, dass auch Wien hier einiges tun könnte. Wenn man etwa im Bereich der Westukraine unterwegs ist, dann weiß man, welchen Namen Wien heute hier noch immer hat und was hier beispielsweise zum Beginn der 90er Jahre unter Bgm Zilk durchaus an Impulsen gesetzt worden ist von Lemberg bis Czernowitz bis Odessa und Ähnliches. Wenn man dort spazieren geht und die verschiedenen Bankinstitute sieht, dann sind das durchaus auch heimische. Die Wirtschaft hat das längst durchschaut, dass hier vieles möglich ist und da könnte doch auch die Politik vieles dazu beitragen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Oder ein Thema und ich habe nachgeschaut, es liegt Monate zurück, dass das Thema der Verlängerung der Breitspurbahn bis nach Wien das letzte Mal thematisiert wurde. Das ist eine Chance letztlich für den Wirtschaftsstandort Wien, dass man die russische Breitspur, die jetzt nur bis Kaschau geht, an den Wiener Hafen anbindet. Eine Chance für die Stadt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da erwartet man sich auch entsprechende Impulse von der Stadtregierung. Die Frau Vizebürgermeisterin hat zwar angesprochen, dass der Donaauraum eine wesentliche Rolle spielt. Ich habe auch hier mehr Initiativen. Da gibt es die Donaauraumstrategie der EU, die ja parallel zur Ostseeraumstrategie vor sich geht und die auch vom Wiener EU-Kommissar Johannes Hahn entsprechend auch auf die europäischen Ebene getragen wird, und da sollte sich Wien auch viel stärker einbringen. Das heißt, Europa ist ein wichtiges Thema. Ich teile völlig auch die Meinung der Kollegin Vana, dass es notwendig ist, auch stärker den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu forcieren, weil ohne die entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung wird man das großartige Friedensprojekt Europa nicht rüberbringen. Aber es muss auch klar sein, dass wir heute im Wettbewerb zwischen China, Indien und den Vereinigten Staaten als Europa eine andere wirtschaftliche Dynamik brauchen und dass wir auch hier von Wien, von Österreich ausgehend stärker entsprechende Impulse setzen müssen und setzen sollten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist auch der wesentliche Punkt, wie wir in Richtung Beschäftigung mehr tun können, weil ohne die wirtschaftliche Dynamik wird es eben auch keine Beschäftigung geben. Es ist richtig, dass von den Städten, und seit wenigen Jahren lebt ja die Mehrheit der Bevölkerung dieser Welt bereits in Städten und in Europa schon etwas länger, entsprechende Impulse auszugehen haben.

Es ist gut, wenn im Rahmen Europas hier, wie gesagt, mit der Bevölkerung, mit den Zivilgesellschaften etwas geschieht. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, dass hier das geschieht, was von der EU auch vorgesehen ist, dass durchaus in der Region auch der Dialog mit den Religionen geführt wird, Religionen als Möglichkeiten von Friedensstiftern, als die Möglichkeit, hier Konflikte zu überwinden. Wien hat Chancen gerade auch in der Nachbarschaft. Wien sollte diese Chancen deutlicher wahr nehmen. Dieses Budget sieht das einfach nicht vor.

Wir werden dieses Budget ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist Herr GR Dipl-Ing Margulies gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Kollege Tschirf hat gerade Wolfgang Schüssel angesprochen und ich erlaube mir eine klitzekleine Bemerkung: Hätten wir in Österreich dieselbe Steuer- und Abgabenquote wie 2001, dann hätte Wien bei diesem Budget kein Minus. Nur dass das auch einmal allen ganz klar ist! 2001 war die Steuer- und Abgabenquote 45,4 Prozent, 2010 ist sie 41,5 Prozent, die Differenz sind ungefähr 12 Milliarden EUR Steuer- und Abgabeneinnahmen des Staates, rund 650 bis 700 Millionen EUR mehr würden der Stadt Wien zustehen. Das, was Karl-Heinz Grasser damals gemacht, hat, das gebe ich zu, die Steuern waren schon damals extrem ungerecht verteilt, in Wirklichkeit sehr zu Lasten der ArbeitnehmerInnen, das ist noch mehr verschärft worden und jetzt zahlen Unternehmer de facto überhaupt keine Steuern mehr! Jetzt fehlen 12 Milliarden EUR! Wie gesagt, das war Karl-Heinz Grassers Steuerpolitik! Österreich hätte selbst in Krisenzeiten ein geringeres Problem und Wien hätte momentan überhaupt kein einnahmenseitiges Problem, was die Finanzierung von einer Vielzahl von vorgeschlagenen Maßnahmen betrifft.

Und da komme ich gleich auf ein paar Sachen zu sprechen, wo bis heute meines Erachtens sowohl die ÖVP als auch die FPÖ eine Antwort schuldig geblieben sind. Es würde mich tatsächlich interessieren, weil ich glaube, ein Teil der grünen Regierungsbeteiligung wird natürlich sein zu sagen, nicht alles, was von der Opposition kommt, ist böse et cetera, aber man muss einmal damit herausrücken, was in budgetären und finanztechnischen Fragen die Rahmenbedingungen sind. Ich habe vorhin schon gefragt: Wo ist für Sie die Größenordnung eines verträglichen Defizits für Wien heuer? Liegt es in der Größenordnung, was der Bundesminister Pröll anstrebt und Sie wissen es: Bundesminister Pröll strebt einen innerösterreichischen Stabilitätspakt an, der Wien einen Gebarungsabgang in der Größenordnung von 300, 350 Millionen EUR zulässt. Ist es das, was Sie anstreben? Dann bedeutet das, selbst jetzt noch einmal 250 Millionen EUR einzusparen.

Oder sind Sie tatsächlich der Meinung, so wie auch wir GRÜNE, dass es notwendig wäre, steuermäßig die Einnahmenseite zu forcieren, aber keinesfalls jetzt in Wien im Sozialbereich zu sparen, im Bildungsbereich zu sparen, im Frauenbereich zu sparen, im Kulturbereich zu sparen? *(GR Mag Wolfgang Jung: Bei der Werbung zu sparen!)* Kollege Jung, ich habe mich lange genug damit beschäftigt, dass ich die Zahlen im Großen und Ganzen kenne. Ja, na selbstverständlich, habe ich schon gesagt, wird bei der Werbung eingespart werden. Es wird auch in anderen Bereichen eingespart werden. Aber sind wir realistisch und schauen uns an, wie es den Menschen in diesem Land hier geht. Ohne Kürzungen bei den Sozialausgaben werden die Sozialkosten in den kommenden Jahren noch weiter steigen. Wir wollen nicht, dass bei

den Ärmsten der Armen gespart wird und ich hoffe, Sie wollen es auch nicht. Es gibt allerdings einen Unterschied und das sage ich ganz bewusst: Wenn ich von Wienern und Wienerinnen spreche, dann meine ich alle Menschen, die sich in Wien aufhalten und mache keine schäbige, diskriminierende Ausgrenzung zwischen Inländern und Ausländern! (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich meine tatsächlich alle, die sich in Wien aufhalten. (*Beifall bei den GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: Aha, Kriminelle!*) Jetzt komme ich zurück ... Kriminelle? Haben Sie jetzt gesagt Kriminelle? (*GR Mag Wolfgang Jung: 40 Prozent der Einsitzenden!*) Ich könnte jetzt meinen Kollegen Ellensohn zitieren, der Ihnen, glaube ich, schon des Öfteren die kriminelle Organisation FPÖ dargebracht hat, wie viele verurteilte Bundesgeschäftsführer aus der FPÖ gekommen sind, wie viele verurteilte Landesgeschäftsführer aus der FPÖ gekommen sind. Es gibt kaum eine Partei, nein, es gibt keine andere Partei, die in ihrer Führung so viele Menschen gehabt hat wie die FPÖ, die tatsächlich strafrechtlich verurteilt wurden! Also ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt hören Sie doch auf mit den Märchen! Und was ist mit den anderen?*) Ja, aber die paar in der ÖVP, die es sicher gegeben hat, und die paar in der SPÖ, die reichen der FPÖ nicht das Wasser. Es tut mir leid! (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung und GR Mag Dietbert Kowarik.*) In den letzten 20 Jahren 30 verurteilte Spitzenpolitiker der FPÖ! Das schafft keine andere Partei! Möglicherweise, ich gebe es ganz offen zu, jetzt wüsste ich nicht, wo ich den Grasser dazurechnen soll, zur FPÖ oder ÖVP. Ja, der steht unter einem Glassturz und ein paar andere auch noch, dann werden es vielleicht mehr. (*GR Mag Wolfgang Jung: Kommt jedenfalls nicht an die 40-Prozent-Grenze!*) Trotzdem, Kollege Jung, schauen Sie es sich selbst durch, rechnen Sie sich den Prozentsatz aus: Die Partei mit dem höchsten kriminellen Organisationsgrad ist die FPÖ (*Weitere Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*), aber mehr möchte ich dazu letztendlich jetzt auch gar nicht sagen, weil mir geht es um einen anderen Punkt, und zwar auch einmal ganz bewusst darauf hinweisend.

Es ist viel von Wirtschaftspolitik die Rede gewesen. Es ist auch viel die Rede von Arbeitsmarktpolitik gewesen. Ich wäre ja schon froh, wenn wir uns in einem Punkt alle miteinander einig werden können und zwar sowohl, was das Hochjubeln als auch das Verdammn von möglichen Entwicklungen betrifft. Die Kollegin Vana hat es schon angesprochen: Zentrale wirtschaftspolitische Entscheidungen und auch arbeitsmarktpolitische Entscheidungen fallen auf Ebene der Europäischen Union. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ja der Irrsinn!*) Gleichzeitig fallen nach wie vor zentrale wirtschaftspolitische Entscheidungen als auch arbeitsmarktrelevante Entscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene. Wir können von Wien im Bereich der Wirtschaftspolitik, im Bereich des Arbeitsmarktes Impulse setzen, aber wir können nicht, wie man so schön auf gut Wienerisch sagt, die Welt niederreißen. Gegen den Trend ist es auch in ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Gescheit steuern! Das ist es!*) Dann soll man gescheit steuern. Ja, ich bin auch dafür, dass

auf Bundesebene endlich einmal eine gescheite Politik gemacht wird. Ich bin auch dafür, dass man auf Bundesebene die Möglichkeiten eröffnet. Tatsächlich gleichzeitig eine Wirtschaftspolitik zu forcieren, die den Menschen in den Vordergrund stellt und nicht die Rendite und auf der Arbeitsmarktebene, dass wir endlich einmal dazu kommen, Arbeitslosigkeit sinnvoll zu bekämpfen und nicht die Arbeitslosen, so wie es gegenwärtig der Fall ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Zum Beispiel durch die Öffnung des Arbeitsmarktes nächstes Jahr!*) Man steckt Unmengen von Menschen in Schulungen hinein, manche sinnvoll, viele nicht sinnvoll. Aber was viel schlimmer ist, angesichts einer Anzahl von 300 000 arbeitslosen Menschen und in Wien ungefähr, je nach saisonaler Schwankung und je nach Berechnungsart zwischen 80 000 und 100 000 Menschen, ist es viel schlimmer, wie vielen Menschen vorgeworfen wird, sie würden Arbeitsverweigerung betreiben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wer sind die Arbeitslosen? Die Leute, die Sie erreichen wollen!*) Das muss verändert werden. Eine Wirtschaftspolitik und eine Arbeitsmarktpolitik haben meines Erachtens immer den einzelnen Menschen in den Vordergrund zu stellen und nicht die Renditeerwartung. Und da komme ich zu dem Punkt, den auch der Kollege Aichinger gesagt hat.

Es geht nicht darum, geht es der Wirtschaft gut. Der Wirtschaft soll es schon gut gehen. Aber der Wirtschaftskammerslogan „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut.“ hat sich dezidiert als falsch herausgestellt. Es geht der Wirtschaft oft genug gut und es geht tausenden Menschen ziemlich dreckig. Umgekehrt würde es aber stimmen: „Geht es den Menschen gut, dann geht es auch der Wirtschaft gut.“ Ich glaube, das ist etwas, auf das könnten wir uns alle einigen. Und auch an dem muss sich die Wirtschaftspolitik in Wien orientieren. Da komme ich gleich zur Wirtschaftsförderung.

Während wir den ersten beiden eingebrachten Anträgen auf Zuweisung zustimmen werden, also Budgettransparenz und Subventionsdatenbank, Kollege Ekamp hat es vorhin schon gesagt, erachte ich es wirklich für problematisch, wenn man sich darauf einigt, dass man die gesamte Wirtschaftsförderung evaluiert, dass man schon, bevor die Evaluierung feststellt ... (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Eine Zuweisung wollten wir!*) Nein, aber Entschuldigung, ich nehme das ja ernst, wenn man eine Zuweisung macht, dann soll man auch ernsthaft darüber diskutieren. Ich halte nichts davon, sozusagen Anträge auf Zuweisung, ja, stimmen wir zu und dann schubladisieren wir sie. Ich nehme das ernst. Und für mich ist die Überlegung, wir haben uns geeinigt, es gibt diese Evaluierung der Wirtschaftsförderung. Na, selbstverständlich wird die Nahversorgungsförderung eine zentrale Rolle spielen, ist doch Nahversorgung einer der zentralen Ansatzpunkte grüner Wirtschaftspolitik. Selbstverständlich wird die Geschäftsstraßenförderung eine Rolle spielen, so wie alle anderen Wirtschaftsfördermaßnahmen auch und ich denke, wir werden, was das betrifft, auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Ich lade Sie jetzt schon ein, an dieser Evaluierung mitzuwirken und einzubringen, in welche Richtung soll sich die Wirtschaftsförderung in Wien entwickeln. Zusätzlich würde

ich mir allerdings etwas anderes wünschen. Da komme ich noch einmal zum Schluss, weil jetzt sind wir im Bereich Wirtschaftsförderung, Finanzen, et cetera. Ich habe ein bisschen mitgerechnet, was die bislang heute vorgestellten Maßnahmen und Vorschläge der ÖVP kosten würden. Im Bereich ... (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Zwei Millionen!*) Nein, ich weiß, das ist genauso gering im Verhältnis wie die Geschäftsstraßenförderung, aber mir geht es um das Prinzip. Reden wir drüber! Die Entscheidung fällt im nächsten Monat, da bin ich überzeugt davon. Sie reden über Gebührensenkung. Sie reden über dort aufstocken. Sie reden über da ein Geld zurückgeben. Aber was mich interessieren würde, ist, Sie sind auch diejenigen, die der Meinung sind, Wien macht zu viele Schulden, Wien hat ein zu hohes Defizit. Ich würde mich einfach einmal freuen, und das wäre schon ein bisschen ein Zeichen auch einer ernst gemeinteren Politik seitens der Oppositionsparteien, wenn Sie herauskommen würden und sagen: „Ja, unser Ziel ist es, hier zu fördern, hier zu fördern, hier zu fördern.“, Summen zu benennen und auch klar zu machen, in welchen Bereichen wollen Sie durch welche Maßnahmen einsparen, weil es ein Leichtes ist zu sagen, sparen wir da 10 Millionen EUR ein, ohne benennen zu müssen, worum es eigentlich geht. Kollege Matthias Tschirf: Wollen Sie im Sozialbereich Geld einsparen? Ja oder nein? Und wenn ja, wo? Ich sage es ganz offen, für mich gibt es eine einzige Möglichkeit, wie es uns gelingen kann und eigentlich gelingen muss, die Sozialausgaben zu reduzieren, nämlich, dass es den Menschen besser geht, dass sie besser bezahlte Arbeitsplätze haben, dass sie höhere Löhne und Gehälter bezahlt bekommen (*Aufregung bei GRin Ingrid Korosec, GR Dr Matthias Tschirf und GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*), dass sie nicht mehr auf Mindestsicherung angewiesen sind. Das ist etwas, was ich mir wünsche. (*Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*) Ja, aber da muss die Wirtschaft nicht nur auf volle Touren fahren und das Geld für sich selber einsacken, sondern da muss die Wirtschaft einmal bereit sein, diese Gewinne, die sie macht, auch zu teilen. Und das sind Sie nicht. Woher kommt denn sonst der Reichtum, der einfach wächst? Woher kommt der, Kollege Aichinger?

Letzter Satz noch, weil auch das schon gekommen ist, im Bereich Wiener Stadtwerke. Ich glaube, dass sowohl bei den Wiener Linien die Task Force, die eingesetzt wird, wo selbstverständlich versucht werden wird ... (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Wo steht Task Force?*) Entschuldigung? (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Wo steht Task Force? Wiener Linien?*) Zuhören, dann reden. Es war eine Idee der GRÜNEN, eine Tarifreform zu machen. Diese Idee wird angegangen, eine sozial verträgliche, eine ökologisch verträgliche Tarifreform für die Wiener Linien.

Ich hoffe, es gelingt uns. Es ist uns ein zentrales Anliegen und ich hoffe, es gelingt uns und ich bin überzeugt davon, es gelingt uns. (*Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Selbstverständlich wenn wir uns anschauen, was im ganzen Bereich Energie vereinbart wurde, na, dann muss das auch gemeinsam mit den großen Playern in der Stadt entwickelt werden. Das heißt, ich glaube schon

so wie Sie, dass die Wiener Stadtwerke, wie auch die Wien Holding eine zentrale Rolle in der Stadtpolitik einnehmen und dass man natürlich diese Player auch in die Stadtpolitik miteinbeziehen muss. Wir werden das machen und wir werden uns mit der Politik dieser Unternehmen auseinandersetzen und Sie können davon überzeugt sein, wenn Sie in ein, zwei, drei Jahren einen Rückblick auf die Vergangenheit machen, dann werden Sie erkennen, dass die Stadt Wien einerseits budgetär ganz okay dasteht und andererseits die Stadt in allen zentralen Bereichen erheblich grüner geworden ist. Dafür stehen wir, das werden wir auch umsetzen. Ich bin überzeugt davon, wenn die Argumente wirklich zählen, dann werden am Ende auch Sie der grünen Politik zuzubeln! Danke sehr. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist GR Stark und ich erteile es ihm.

GR Rudolf **Stark** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem wir nunmehr in Wien eine neue Stadtregierung unter Beteiligung von Rot und Grün haben, ist bei der Betrachtung des Budgets für das Jahr 2011 natürlich auch das rot-grüne Regierungsübereinkommen zu beachten. Dieses Regierungsübereinkommen hat die Bezeichnung „Gemeinsame Wege für Wien“. In diesem 76-seitigen Papier sind der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke lediglich 7 Seiten gewidmet. Von diesen 7 Seiten behandeln 2 Seiten den Bereich Energie, sodass für den großen Bereich Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke lediglich 5 Seiten verbleiben. Dem Bereich Wiener Stadtwerke wird in diesem Regierungsübereinkommen mit dem gemeinsamen Weg von Rot und Grün für Wien im entsprechenden Kapitel überhaupt keine Bedeutung beigemessen. Dies ist besonders bemerkenswert, da auch die Grüne Fraktion hier oftmals Kritik übte und klare Forderungen hatte, zum Beispiel bezüglich Cross Border Leasing. Nichts darüber in diesen Papieren. Oder mehr Transparenz, bessere Kontrollmöglichkeiten bei den Stadtwerken und deren Teilunternehmungen, Forderung nach deren Wirtschaftsplänen, nach Rechnungsabschlüssen und so weiter, und so weiter. All dies wären interessante Punkte für dieses Koalitionsabkommen gewesen. Leider ist es nicht enthalten.

Wohl behandelt wird der Teilbereich Finanzen, nicht sehr umfangreich, lediglich 14 Zeilen. Auch der neue gemeinsame Weg von Rot und Grün birgt nichts Neues oder gar Überraschendes in diesen 14 Zeilen. Besonders hervorgehoben wird, ich zitiere: „Es gilt, sowohl im Einklang mit dem Bund als auch mit anderen Bundesländern das Wiener Budget zu konsolidieren.“ Na ja, na. Oder weiter aus diesem Papier: „Die Bürger und Bürgerinnen müssen das Budget und die Beschlüsse des Gemeinderates aber auch mittragen und mitverantworten können. Deshalb wird eine noch bessere und ausführlichere Darstellung angestrebt, unter anderem eine noch übersichtlichere Veröffentlichung, gerade im Internet.“

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Mehr ist Ihnen und der Grünen Fraktion zu diesem gemeinsamen Weg

für Wien im Bereich Finanzen nicht eingefallen? Der Herr Kollege Margulies - ich kann mich noch immer an seine berechtigten Forderungen erinnern, die in diesem Papier ebenfalls nicht enthalten sind, zum Beispiel die Problematik der Fremdwährungskredite der Stadt Wien, eventuelle Absicherung der Kurse gegen Kursverluste, die Finanzspekulationen der Stadt Wien. In Debattenbeiträgen haben Sie die Frau Vizebürgermeister diesbezüglich oft kritisiert. Jetzt ist im Regierungsübereinkommen das nicht einmal mehr erwähnenswert. Diese wenigen 14 Zeilen sind an sich ein Schwächezeichen für beide Fraktionen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Einen kleinen Silberstreif am Horizont habe ich aber in diesem Papier schon gefunden. Ich zitiere: „Gezielte Unterstützung von Kleinstunternehmen - Klammer: auch für Gründungen - durch Mobilisierung von benötigten Finanzmitteln, zum Beispiel durch Mikrokredite, Garantien, Haftungen, Beteiligungen, sowie durch Know-how-Transfer.“ So in Ihrem Papier. Silberstreif, meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb, da dies eine jahrelange Forderung, ein Appell von mir an die Frau Vizebürgermeister war, Klein- und Mittelbetriebe mit solchen Maßnahmen zu unterstützen.

Für Beteiligungsprojekte und Haftungsübernahmen habe ich Beispiele aus Niederösterreich und der Steiermark gebracht, Niederösterreich mit der NÖBEG und die Steiermark mit der Steirischen Umstrukturierungsgesellschaft. Warum diese Unterstützung durch Mikrokredite, Garantien, Haftungen, Beteiligungen, et cetera aber nur auf Kleinstunternehmen beschränkt werden, die KMUs also nicht berücksichtigt werden sollen, ist für mich unerklärlich. Gerade diese Betriebe leiden einerseits unter der derzeitigen Wirtschaftskrise, andererseits sind sie aber doch der größte Dienstgeber Wiens. Ich darf erinnern, dass 98 Prozent der Dienstnehmer Wiens in KMUs beschäftigt sind und nur 2 Prozent der Dienstnehmer Wiens in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten. Dass das Hauptproblem dieser Betriebe das geringe Eigenkapital ist, habe ich hier schon oft erwähnt und auch die Frau Wirtschaftskammerpräsidentin Jank hat schon vor einigen Jahren auf diese gefährliche wirtschaftliche Situation hingewiesen: „31 Prozent der 72 500 Wiener KMUs sind extremst gefährdet.“ So damals die Frau Wirtschaftskammerpräsidentin Jank.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Überträgt man dies linear auf die Arbeitsplätze, könnte das für den größten Dienstgeber Wiens bedeuten, dass auch fast ein Drittel aller Arbeitsplätze bei den KMUs in Gefahr sind und das ist doch entsetzlich. Aber, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, nicht nur die Frau Wirtschaftskammerpräsidentin sieht Gefahren bei den KMUs durch fehlendes Kapital. In der Zeitschrift „Unternehmen Österreich“, es ist das Magazin des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes, ist auf der ersten Seite die große Schlagzeile „Betriebe in der Klemme“. In dieser Zeitung ist ein mehrseitiger Artikel, aus dem ich hier kurz zitieren darf. Zum Beispiel Banken. Da sagt ein Gewerbetreibender: „Ich bin froh, dass ich derzeit kein Geld von den Banken brauche.“ Oder: „Ähnliches empfinden auch viele andere Selbstständige, wenn man sie auf Kreditfinanzie-

rungen anspricht.“ Das weiß auch SWV-Präsident Christoph Matznetter aus vielen Gesprächen mit Wirtschaftstreibenden und er sagt: „Es sind die Klein- und Mittelbetriebe sowie Ein-Personen-Unternehmen, also die reale Wirtschaft, die in Österreich den Laden am Laufen halten. Es sind aber genau diese Betriebe, die derzeit von der Finanzpolitik und den Banken bestraft werden.“ Von den Banken ist es bekannt, wer die Finanzpolitik in Wien betreibt, ist ebenfalls bekannt.

Im Wirtschaftsteil der „Kronen Zeitung“ vom 13. November ist eine Aufstellung der Eigenkapitalquoten von Unternehmen in ausgewählten europäischen Ländern. Polen und Belgien haben zum Beispiel eine Eigenkapitalquote von 46 und 50 Prozent, die Niederlande und Spanien etwa von 40 Prozent, Italien, Portugal und Frankreich zwischen 30 und 35 Prozent. Österreich hat nach dieser Statistik eine Eigenkapitalquote von 26,7 Prozent. Also man sieht, dass unsere Unternehmen finanziell wirklich sehr schlecht liegen. Das Hauptproblem der KMUs ist also die schlechte Eigenkapitalsituation dieser Unternehmen. Und AWS-Mittelstandsfonds-Chef Arno Langwieser sagt: „Bei Eigenkapitalquote sind wir Schlusslicht in Europa.“

Von den Betrieben von 1 bis 9 Dienstnehmern haben fast 50 Prozent ein negatives Eigenkapital, und von den Betrieben von 10 bis 49 Beschäftigten haben immerhin noch 35 Prozent ein negatives Eigenkapital. Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass eventuell 90 Prozent dieser Betriebe überschuldet oder sogar Krisenbetriebe sind. Und genau diesen Betrieben, den KMUs, wollen Sie, Rot und Grün, die Unterstützungen durch Mikrokredite, Haftungen, Garantien, Beteiligungen laut Ihrem Regierungsübereinkommen nicht gewähren. Für uns Freiheitliche ist das unverständlich. Und auch der Herr Bürgermeister hat sich in seiner Regierungserklärung für die Wirtschaftsförderung stark gemacht. Ich darf den Herrn Bürgermeister zitieren: „Die Wirtschaftsförderung wird weiterentwickelt. Eine noch zielgenauere Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen soll positive Effekte mit sich bringen. Und wir reden hier von jenen Unternehmen, die den überwiegenden Teil der Wiener Wirtschaft ausmachen.“ So der Herr Bürgermeister. Im Budgetvoranschlag ist darin leider nichts zu finden, im Gegenteil. Die Wirtschaftsförderung ist insgesamt - ich vergleiche jetzt, ich betone es, weil die Frau Vizebürgermeisterin auch darauf hingewiesen hat, 2010 mit jenem von 2011 - von 193 Millionen EUR auf 172 Millionen EUR gekürzt worden. Das sind um 21 Millionen EUR weniger, als für 2010 budgetiert waren. Ist das die zielgenaue Unterstützung jener Unternehmen, die den überwiegenden Teil der Wiener Wirtschaft ausmachen?

Die Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe wurde ebenfalls gekürzt, und zwar von 43 Millionen EUR auf 39 Millionen EUR, immerhin um 4 Millionen EUR weniger. Diese seit Jahren betriebene falsche Politik erkennt man auch an den Insolvenzen. Aus einer Statistik, deren Quelle der Alpenländische Kreditorenverband ist, ist für den Vergleichszeitraum Jänner bis September 2009 gegenüber Jänner bis September 2010 Folgendes zu erkennen: Im angegebenen Zeitraum sind die Ge-

samtinsolvenzen in Österreich von 13 012 auf 12 537 zurückgegangen. Das sind immerhin um 3,7 Prozent weniger. Bei dieser Statistik liegt Wien an vorletzter Stelle mit einem Rückgang von 0,1 Prozent, österreichweit sind es 3,7 Prozent. Am größten war übrigens der Rückgang im Burgenland mit minus 14 Prozent und in Oberösterreich mit 9,1 Prozent. In Zahlen bedeutet das für Wien Folgendes: Die Zahl der Insolvenzen ist in diesem Zeitraum von 4 456 auf 4 453 zurückgegangen, immerhin 3 Insolvenzen weniger. Nur bedeutet dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es in Wien pro Tag 16 Insolvenzen gibt, bei einem 8 Stunden Arbeitstag 2 Insolvenzen pro Stunde. Seit Beginn der heutigen Budgetdebatte sind etwa 5 Stunden vergangen. Das bedeutet für diesen Zeitraum 10 Insolvenzen.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, das ist doch erschreckend! Und bei solchen dramatischen Zahlen wird die Wirtschaftsförderung im Budget 2011 massiv gekürzt anstatt massiv erhöht. Das ist für uns unerklärbar. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In Ihrem Regierungsübereinkommen gibt es auch Überlegungen zum Arbeitsmarkt. Dies ist sehr wichtig, da die Arbeitslosenquote ohne Schulungen in Wien mit 8,2 Prozent am höchsten ist. Der Durchschnitt aller anderen Bundesländer, also ohne Wien, beträgt 5,6 Prozent, der Österreichschnitt mit Wien 6,2 Prozent. Wien liegt mit den erwähnten 8,2 Prozent am höchsten. Am geringsten ist die Arbeitslosenquote übrigens in Oberösterreich mit 3,7 Prozent, gefolgt von Salzburg mit 4,9 Prozent und der Steiermark mit 5,6 Prozent. Also auf unsere 8,2 Prozent dürfen wir wirklich nicht stolz sein!

Genauso dramatisch sieht es bei den Lehrstellen aus. Auch hier ist Wien nach einer Graphik des AMS das Schlusslicht. Im Oktober 2010 standen für 1 685 Lehrstellensuchende lediglich 447 Lehrstellen zur Verfügung. Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass in der Bundeshauptstadt auf eine offene Lehrstelle bereits 4 Lehrstellensuchende kommen. In anderen Bundesländern hat man mit den Modellen der Lehrlingsförderung mehr Erfolg gehabt. Zum Beispiel war in Salzburg die Nachfrage nach Lehrstellen um 403 geringer als das Angebot. In Tirol gab es zum Beispiel für 402 Lehrstellensuchende 639 Lehrstellen. Aus diesen Gründen hat mich das Thema Arbeitsmarkt in Ihrem Regierungsübereinkommen besonders interessiert. Ich zitiere daraus: „Deshalb gilt unser spezielles Augenmerk der Aus- und Weiterbildung aller WienerInnen“, sehr gut, „Die Wiener Ausbildungsgarantie für Jugendliche“, auch sehr gut, „Förderung von Frauen an Arbeitsmärkten“, auch sehr gut, „Ein Arbeitsmarkt für alle“, auch sehr gut. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, ich verstehe bei all diesen löblichen Plänen nur eines nicht: Warum hat man das bisher nicht schon längst gemacht? Warum brauchen Sie für solche Pläne die Unterstützung eines Koalitionspartners?

Wir fürchten, dass es auch künftig zu keiner raschen Änderung der derzeitigen Situation kommen wird, weder am Arbeitsmarkt noch bei den KMUs. Wir werden diesem Budget deshalb nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist GRin Mag Krotsch und ich erteile es ihr.

GRin Mag Nicole **Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Gratulation auch von meiner Seite hier noch einmal! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich sehr, dass sich manche Kolleginnen und Kollegen der Opposition das Budget und auch das Regierungsprogramm tatsächlich ein bisschen genauer angesehen haben. Was weniger erfreulich ist, das ist, dass Sie falsche Schlüsse daraus gezogen haben, wenn ich da an die Rede vom Kollegen Schock denke oder wie zum Beispiel auch Kollege Aichinger manche falschen Schlüsse gezogen hat oder auch Kollege Stark jetzt speziell, was Arbeitslosigkeit und Frauenförderung betrifft, was wir jetzt erst alles machen sollten und noch nicht gemacht haben. Also wir sind sehr stolz auf die Frauenfördermaßnahmen, die wir vor allem auch im WAFF setzen, wo 60 Prozent der KundInnen Frauen sind. Das vorliegende Budget für 2011 wird, und das haben wir auch schon mehrmals heute diskutiert, sicher den nach wie vor vorhandenen Krisenfolgen gerecht und es setzt sehr klare Schwerpunkte für die Zukunft, also nichts Saftloses, nichts Kraftloses, wie Kollege Gudenus gesagt hat. Ich könnte ja da jetzt einen Slogan der Werbung umformen: „Frisch, saftig, Wienerisch“. Also ich glaube, das ist genau das, was hier vorliegt und nichts von roter Ideenlosigkeit, sondern wirklich klare Schwerpunkte für die Zukunft dieser Stadt.

Der Voranschlag, das haben wir heute auch schon mehrfach diskutiert, steht ganz im Zeichen der Kontinuität der Bemühungen zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Wir haben es öfters gehört, die Krise ist noch nicht vorbei, es muss einfach weiter investiert werden und, wir haben es auch im Regierungsprogramm festgeschrieben, noch zielgerichteter gearbeitet werden. Die Prioritäten liegen auf der Hand. Sie sind im Regierungsprogramm festgeschrieben: Es müssen Arbeitsplätze für die WienerInnen ausgebaut werden, wir müssen Aufträge für die Wirtschaft erweitern und die Ausbildung für die jungen Menschen in dieser Stadt forcieren. „Regierungsprogramm“ ist schon mehrmals gefallen. Es sind natürlich dort nur Grundlinien und Ziele und Eckdaten festgeschrieben. Die Details müssen natürlich dann genauer ausverhandelt werden. Es ist einfach im Sinne eines Regierungsprogramms, hier die Grundlinien festzuschreiben.

Kollege Aichinger oder auch Kollege Stark, die KMUs sind nochmals gefallen, die Wirtschaftsförderung. Natürlich, Sie haben es auch erwähnt, Michael Häupl hat in seiner Regierungserklärung die KMUs sehr wohl als das wichtige Rückgrat der Wiener Wirtschaft erwähnt. Es ist ein großer Schwerpunkt auch im Regierungsprogramm, Sie haben es ja im Vergleich zum Kollegen Aichinger auch gefunden. Vielleicht können Sie sich da auch noch zusammenreden, wo das genau festgeschrieben ist.

VBgmin Renate Brauner hat es heute eingangs auch schon erwähnt, es ist wichtig, dass wir das hohe Investitionsniveau festsetzen, dass wir Schwerpunkte setzen

und die so wichtigen Schwerpunkte sind, noch einmal, das Thema Bildung, das Thema Kinderbetreuung. Gerade für mich als Frauensprecherin ist es auch ein sehr wichtiges Thema, und hier der Gratiskindergarten, der auch für die Eltern und für die Frauen hier vor allem so wichtig ist. Wir haben hier ein Plus von 78,76 Millionen EUR. Es ist ein Schlüsselbereich, aber auch die aktive Arbeitsmarktpolitik, auf die ich dann noch näher eingehen möchte, das Thema Gesundheit und Soziales und vieles mehr.

Kollege Aichinger hat aus dem Regierungsprogramm zitiert, ich habe es schon erwähnt. Und natürlich ist es wichtig, hier neben dem Investitionsniveau, neben dem weiteren Ausbau, neben den Schwerpunkten eben auch verantwortungsvolle Finanzpolitik dahin gehend zu machen, dass wir nämlich schauen, den schmalen Grad der Konjunkturstützung und Konsolidierung zu gehen. Es ist ein schmaler Grat, ja, aber das ist der finanzpolitische Wiener Weg, den wir gehen und ich lade Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ein, hier diesen mit uns zu gehen.

Kritik von der Opposition ist mehrfach gekommen. Es wurde von den Vorrednern meiner Fraktion oder von den Regierungsparteien schon geantwortet. Wir haben das Thema der Schulden gehabt. Kollege Ekkamp ist darauf auch schon eingegangen. Nur ein Satz auch von meiner Seite noch dazu: Wir haben 2009 und 2010 in fast allen Bereichen, das müssen Sie sich hier auch noch einmal zu Gemüte führen, im Voranschlag im Zuge der Bekämpfung der Krise nie dagewesene Höchstwerte in der Budgetierung erreicht. Das war eine bewusste politische Entscheidung. Wir mussten gegen die Krise ankämpfen und haben das somit auch mit höheren Werten in den verschiedenen Bereichen getan. Und es ist sozialdemokratische Politik, dass wir nach der Krise die Schulden wieder zurückzahlen und das werden wir auch tun. Kollegin Marek, wir haben in den letzten vergangenen zehn Jahren bis 2008 ständig Schulden zurückgezahlt. Wir haben heute die Pro-Kopf-Verschuldungsrate von Wien auch schon viel zitiert und diskutiert. Mit 1 723 EUR sind wir hier auch wirklich bei den Niedrigsten. Sie haben ja gesagt, Sie leben nicht im Vergleich, aber Niederösterreich und Kärnten müsste sich das wirklich auch einmal zu Gemüte führen.

Die nächste Kritik, auch noch kurz ein Satz dazu: Nirgends war der Anstieg der Arbeitslosigkeit so gering und nirgends war das Bruttoregionalprodukt so stabil wie in Wien. Wir haben hier zum Vergleich mit anderen Bundesländern den Rückgang auf 2 Prozent eingrenzen können, während das Bruttoregionalprodukt bei anderen Bundesländern bis zu 5 Prozent eingebrochen ist.

Die Krise hat im Stadthaushalt wirklich schwere, tiefe Spuren hinterlassen. Natürlich schlägt sich das auch im Arbeitsmarkt nieder. Wir haben es jetzt schon ausführlich diskutiert, auch die Frau Vizebürgermeisterin ist darauf eingegangen. Wir haben uns gut geschlagen in der Krise. Wir haben gleich zu Beginn oder gleich nach Beginn der Krise Maßnahmen ergriffen. Es wurde heute auch schon vom Kollegen Strobl das Konjunkturpaket mit 700 Millionen EUR erwähnt, aber auch das eigens verwendete

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspaket gemeinsam mit dem AMS mit 33 Millionen EUR. Also es ist hier wirklich viel getan worden. Man kann nicht sagen, dass die Stadt hier säumig war. Ich möchte hier jetzt auch nicht wieder das Beispiel Oberösterreich, das heute so heftig auch von Kollegin Marek diskutiert wurde, aufs Tablett bringen, aber man kann sehen, der Arbeitsmarkt entwickelt sich hier weiter stabil, gerade wegen der Investitionen, die die Stadt hier geleistet hat.

Die positive Entwicklung der Konjunktur zeigt sich in Wien auch mit einem Anstieg der Beschäftigungsdaten an sich. Wir haben im November 795 749 Standardbeschäftigte in Wien. Das ist ein Plus von 1,6 Prozent. Und seit April 2010 steigt die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich. Der Wiener Arbeitsmarkt ist hochattraktiv, das haben wir heute auch schon erwähnt, und die 250 000 Pendlerinnen und Pendler, die auf den Wiener Arbeitsmarkt aus den umliegenden Bundesländern nach Wien zur Arbeit kommen. Und auch noch einmal an die Stelle der ÖVP: Der riesige Andrang auf den Wiener Arbeitsmarkt hat natürlich auch mit der verstärkten Aktivierung von BezieherInnen der Mindestsicherung durch das AMS zu tun. Das hat Frau Vizebürgermeisterin heute auch schon erwähnt. Das ist auch wieder ein Zeichen dafür, dass wir trotz dieser verheerenden Wirtschaftskrise wirklich niemanden im Stich lassen, für die Menschen dieser Stadt arbeiten. Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung und die Integration der BezieherInnen in den Arbeitsmarkt sind ja wirklich wesentliche Schritte gewesen.

Jawohl, Kollege Stark, es ist die Arbeitslosigkeit im November gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent gestiegen, aber mehr Personen am Arbeitsmarkt bedeuten auch mehr Arbeitslose. Gleichzeitig ist mit minus 8,9 Prozent die Anzahl der Schulungsteilnehmer im Vergleich mit anderen Bundesteilnehmern auch stark zurückgegangen.

Und wenn Kollege Tschirf von der Zukunft unserer Stadt spricht, von den Kindern, von den Jugendlichen, für die etwas getan werden sollte, dann kann ich sagen, dass Wien hier auch daran ist. Die Wiener Ausbildungsgarantie, initiiert von Frau VBgmin Renate Brauner, wirkt. Wir haben, es ist wirklich erfreulich, mit minus 5,9 Prozent einen deutlichen Rückgang der Lehrstellensuchenden in Wien und das bei einem gleichzeitigen Anstieg der offenen Lehrstellen mit einem Plus von 25,9 Prozent. Also wenn Jugendliche jetzt hier in Wien eine Ausbildung machen wollen, dann bekommen sie entweder einen Lehrplatz, eine Qualifizierung oder zumindest ein unterstützendes Beratungs- und Begleitangebot, wenn sie nicht wissen, wie es weitergehen soll. Die Wiener Ausbildungsgarantie wirkt, meine Damen und Herren, und das ist kein Zufall, denn Wien hat durch den Ausbau der überbetrieblichen Lehrausbildung gemeinsam mit dem AMS die Zahl der lehrstellensuchenden Jugendlichen während der Krise um deutliche minus 22,7 Prozent reduzieren können. Mehr als 90 Millionen EUR fließen aktuell in die Wiener Ausbildungsgarantie. Dieses Geld investiert, wie gesagt, die Stadt in die Zukunft, in ihre Zukunft, in die Zukunft unserer Kinder. In diesem Lehr-

jahr, das Ende September/Anfang Oktober begonnen hat, stehen wie bereits im Vorjahr in Wien wieder 4 500 Plätze zur Verfügung. 800 Jugendliche haben bereits die Lehre neu begonnen und für SchulabbrecherInnen beziehungsweise junge WienerInnen, die noch nicht genau wissen, wie's weitergehen soll, gibt es ab Februar eine zweite Einstiegsmöglichkeit. Das ist neu für das Jahr 2011, wo wir weiteren 600 Jugendlichen eben die Möglichkeit bieten, in eine überbetriebliche Lehre einzusteigen.

Alles in allem setzt Wien 2011 auch auf eine einzigartige städtische Arbeitsmarktpolitik mit dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, mit dem WAFF. Wir alle kennen ihn sehr gut. 58 Millionen EUR stehen auch das nächste Jahr wieder zur Verfügung. Der WAFF schreibt eine Erfolgsbilanz. Seit 95 konnten über 300 000 WienerInnen im Weiterkommen im Beruf unterstützt werden, also ein Fünftel der Wienerinnen und Wiener hat die Angebote des WAFF bereits genutzt. Allein 2009 sind wieder 30 000 neue Kundinnen und Kunden dazugekommen. Wie wir aus Unterlagen und Statistiken wissen, war das heurige Jahr auch ein Rekordjahr, es war ein Rekordansturm, und für nächstes Jahr sind Gelder für zirka 28 000 Wienerinnen und Wiener zur Verfügung.

Die Schwerpunkte des WAFF, nur kurz noch angerissen: Ich habe die Wiener Ausbildungsgarantie erwähnt. Wir haben ein Beratungszentrum für Beruf- und Weiterbildung, wo vor allem eben berufstätigen WienerInnen große Unterstützung zukommt. Die Unterstützung der Frauen, die mir besonders wichtig ist - ich habe es schon erwähnt, 60 Prozent der Kundinnen und Kunden des WAFF sind Frauen. Es sind spezielle Fördermaßnahmen, die eben Frauen betreffen. Es gibt von FRECH über NOVA, NOVA-Karenz viele spezifische Angebote, die der WAFF für WiedereinsteigerInnen leistet. Es gibt die Unterstützung von geringfügig Qualifizierten, denn eine bessere Qualifikation senkt das Arbeitslosigkeitsrisiko. Deshalb wird hier sehr viel auf das Nachholen von Bildungsabschlüssen gesetzt. Und es gibt Inplacement-Stiftungen, also neue Jobchancen für WienerInnen, wo wir in der Personalauswahl und Qualifizierung auf die Bereiche Gesundheit und Pflege, Kinder- und Jugendbetreuung, Nahverkehr und Behindertenbetreuung setzen.

Die Unterstützung von MindestsicherungsbezieherInnen habe ich auch schon erwähnt. Die Unterstützung von MigrantInnen ist uns auch besonders wichtig. Wir haben hier mehrere Ebenen, wo wir ansetzen, eben auch, was die Anerkennung von Bildungsabschlüssen und das Nachholen von Bildungsabschlüssen betrifft. Es gibt hier auch verschiedene Projekte, wo wir vom WAFF aus auch mitarbeiten, zum Beispiel im Rahmen von Stadt Wien.

Die Arbeitsstiftungen sind noch zu erwähnen und auch die Unterstützung von Unternehmen, wo wir eben hier auch viele Förderungen für die Weiter- und Ausbildung von MitarbeiterInnen bereitstellen.

Es ist hier, glaube ich, auch von meiner Seite oder auch von Ihnen allen angebracht, an dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter des WAFF für ihre herausragende Arbeit zu sagen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben immer gesagt, die Krise ist erst dann vorbei, wenn sich der Arbeitsmarkt nachhaltig positiv entwickelt. Deshalb darf gerade jetzt in Zeiten wie diesen hier in der Arbeitsmarktpolitik nicht nachgelassen werden. Es ist unser gemeinsames Ziel, wie auch eben im Regierungsübereinkommen festgeschrieben, dass ein spezielles Augenmerk auf die Aus- und Weiterbildung aller WienerInnen gelegt wird, dass wir die Wiener Ausbildungsgarantie weiter vorantreiben, dass die Förderung von Frauen am Arbeitsmarkt zu forcieren ist, denn das Credo in unserer Stadt lautet ja, dass jede Frau sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben kann, und dass wir einen Arbeitsmarkt für alle forcieren, denn wir lassen, wie gesagt, niemanden zurück.

Ich möchte abschließend unserer VBgmin Renate Brauner danken und allen Weiteren, die bei dem Erstellen des Voranschlages beteiligt waren und allen Wienerinnen und Wienern, deren Arbeits-, Steuer- und Wirtschaftsleistung dieses Budget 2011 erst möglich gemacht haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Debatte neigt sich nun dem Ende zu und die Halle füllt sich wieder - das ist gut so. Ich bin die vorletzte Rednerin zu diesen zwei Tagesordnungspunkten. Nach mir kommt noch mein Fraktionskollege, Prof Eisenstein. Er hat mir gesagt, dass er sich zu einem bestimmten, spezifischen Thema zu Wort melden wird. Deshalb obliegt es nun mir, noch einmal in aller Kürze die wesentlichen Punkte als Highlights zusammenzufassen, die wir für das Budget und den Tagesordnungspunkt 2 überprüft haben: die Tarife und Gebühren der Gemeinde Wien.

Dass wir diesem Voranschlag nicht zustimmen, das wissen Sie ja schon.

Der Schuldenstand ist explodiert. Die Stadt Wien hat im neuen Jahr, also 2011, 1 Milliarde EUR mehr Schulden als im abgelaufenen Jahr. Das ist eine Zunahme von 56,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Von 1,8 auf 2,9 Milliarden EUR. Das ist enorm, das ist unglaublich viel.

Ebenso verhält es sich mit der Neuverschuldung. Inklusiv die Währungsreserve steigt sie um 15,27 Prozent oder 122 Millionen EUR an. Von 799 Millionen EUR im Jahr 2010 auf 921 Millionen EUR in diesem Jahr.

Bei gleicher Situation sinken aber die Investitionen real, nämlich um minus 5,9 Prozent oder 103 Millionen EUR von 1,727 auf 1,624 Milliarden EUR.

Zusätzlich fällt die Investitionsquote um 1,3 Prozentpunkte und erreicht den historischen Tiefstand von 13,8 Prozent. Hauptbetroffen sind kommunale Investitionen in der Höhe von 103 Millionen EUR ebenso wie nachfragewirksame Aufwendungen in der Höhe 113 Millionen EUR, das erwähnte ich schon. Insbesondere kommt es aber zu einer Kürzung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes um 300 Millionen EUR. Das wurde heute auch schon

ausgeführt.

Ich möchte noch einmal die WIFO-Studie erwähnen, die schon angesprochen wurde: 100 Millionen EUR an kommunalen Investitionen sollen 2 200 Arbeitsplätze schaffen. Nach dieser Berechnung würden im kommenden Jahr 6 600 Arbeitsplätze vernichtet und keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dieser Kritik an der Finanzgebarung schließt sich auch der Rechnungshof an. Es gab am 9. Dezember einen Bericht über das Risikomanagement der Bundesländer. Aus dem ging hervor, dass im Jahr 2004 die Gemeinde Wien zu 85 Prozent in Schweizer Franken finanziert war. Bis 2008 sank dieser Anteil auf 53 Prozent. Nach Ansicht des Rechnungshofs ist das noch immer zu viel. Er empfiehlt deshalb, die Finanzierungsstruktur neu zu überdenken. Wegen des Franken-Engagements war die Stadt starken Währungsschwankungen ausgesetzt. So stand - laut Rechnungshof - einem Wechselkursgewinn von 36 Millionen EUR im Jahr 2006 ein Verlust von 64 Millionen EUR im Jahr 2008 gegenüber.

Konkret lautete die Rechnungshofkritik: „Im überprüften Zeitraum von 2004 bis 2008 führte Wien überhaupt keine Risikoanalysen des Schuldenportfolios oder Szenariorechnungen durch. Zwar wurden quartalsweise Finanzberichte erstellt, doch diese enthalten nur rudimentäre Angaben.“ Weiters führte Wien keine durchgängige Risikobewertung des Schuldenportfolios durch. Es ist nicht ausreichend über das bestehende Risiko und die Finanzen informiert worden. Nicht einmal Aufzeichnungen über den Erfolg der Derivatgeschäfte gab es. Nach all dem kommt der Rechnungshof zum Schluss, – wir hörten es heute schon – „dass es zu viele Fremdwährungskredite und zu hohe Finanzierungen über variabel verzinsten Darlehen gibt.

Konkret heißt das: Wir würden Ihnen empfehlen, den Vorschlägen des Rechnungshofes nachzukommen. Der Rechnungshof ist eine unabhängige Prüfstelle, der ist zu glauben. Die Opposition und insbesondere die FPÖ schließen sich aus diesem Grund dem Tagesordnungspunkt 1 nicht an, wie meine Vorredner, unser Fraktionsführer, auch schon sagten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Erlauben Sie mir nun, dass ich kurz auf den Tagesordnungspunkt 2 eingehe und die Spezialdebatte um die Stadtwerke erläutere.

Auch die Stadtwerke sind zum Problemfall geworden, die Spitäler mit einem Defizit von minus 30 Prozent ebenso. Bei den Stadtwerken wurden die Gas- und Stromtarife um 20 Prozent beziehungsweise 29 Prozent in den letzten 5 Jahren erhöht. Das Betriebsergebnis ist aus diesem Grunde zwar positiv geworden, es stieg von 2007 29 Millionen auf 2009 74 Millionen. Das bedeutet ein Plus von 45 Prozent. Auch ist die Eigenkapitalrentabilität von 2007 5,4 Prozent auf 2009 6,9 Prozent gestiegen, das ist eine Steigerung von 1,5 Prozent. Dennoch gibt es einen Jahresfehlbetrag von 2 Millionen EUR für Wien Energie aus 2009. Angesichts der Tarifierhöhungen bei Strom und Gas ist das eine wirklich unerfreuliche Sache.

Nicht anders sieht es bei der Wien Energie aus, was

die Investitionen betrifft: 2007: 383 Millionen EUR an Investitionen, 2009: 303 Millionen, das sind minus 80 Millionen EUR oder ein prozentmäßiges Minus von 20,88 Prozent.

Ebenfalls rückgängig sind die Investitionen bei den Wiener Stadtwerken. 2007 waren es 827 Millionen EUR, während es 2009 nur noch 672 Millionen EUR waren. Das bedeutet ein Minus von 155 Millionen EUR. Für die Investitionen im Zeitraum 2007 bis 2009 steht also ein Minus von 18,74 Prozent zu Buche. Die beschäftigungspolitisch so wichtigen Investitionen der Wiener Stadtwerke wurden damit um 155 Millionen EUR gekürzt. Die Wiener Stadtwerke haben somit aufgehört, als wirtschaftspolitisches Instrument dieser Stadt zu dienen.

Lassen Sie mich auch kurz auf die Wiener Linien eingehen. Selbst hier sieht man eine drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. So sind die Investitionen im Zeitraum 2007 bis 2009 von 432 Millionen auf 354 Millionen zurückgegangen. Das entspricht einem Minus von 78 Millionen EUR oder 18 Prozent. Der Jahresfehlbetrag bei den Wiener Linien im Jahr 2007 betrug 76 Millionen, 2009: 110 Millionen EUR, das heißt: Wir haben hier eine Differenz von 34 Millionen EUR oder 44,7 Prozent. Das ist ein durchaus beträchtlicher kumulierter Jahresfehlbetrag. Daneben sieht man, dass Sparen bei Investitionen sehr häufig zur Beeinträchtigung der Betriebssicherheit führt: So stand beispielsweise vergangene Woche eine U-Bahn-Garnitur zwei Stunden lang still.

Die Stadtwerke habe ich erwähnt, die Situation der Wiener Linien auch. Lassen Sie mich noch kurz auf die Rekordbelastung bei den Gebühren in den vergangenen vier Jahren eingehen, dem Zeitraum von 2006 bis 2010:

Es gab eine Erhöhung der Tarife bei den städtischen Bädern um 17 Prozent. Den Strompreis, der um 20 Prozent anstieg, erwähnte ich schon. Bei den Wiener Linien wurde um 20 Prozent erhöht, bei den Müllgebühren um 27 Prozent, beim Parkpickerl um 29 Prozent, beim Gaspreis um 29 Prozent, bei den Kanalgebühren um 35 Prozent. Ebenso sind die Preise für Kurzparkscheine um durchschnittlich 50 Prozent erhöht worden. Dies führte dazu, dass es für einen durchschnittlichen Wiener Haushalt zu einer Erhöhung von monatlich 94 EUR kommt, das ist eine Erhöhung von 1 128 EUR im Jahr!

Wir als Freiheitliche Fraktion fordern deshalb, dass der Strompreis um 10 Prozent und der Gaspreis um 20 Prozent gesenkt werden, um für diese Erhöhungen eine gewisse Kompensation zu schaffen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auf eine Rechnungshofkritik - in Bezug auf die Finanzierungsstruktur - bin ich schon eingegangen. Lassen Sie mich noch eine zweite anführen, sie wurde heute auch schon mehrfach erwähnt. Es handelt sich um den berühmten Rechnungshofbericht zur Überprüfung des Kostendeckungsgrades bei Kanal, Wasserwerken und beim Müll. Mehrfach wurde bereits ausgeführt, dass der Rechnungshof, der damals auf Ansuchen der FPÖ zur Untersuchung dieses Kostendeckungsgrades aktiv wurde, zu einer eigentlich sehr unerfreulichen Erkenntnis für die Stadt Wien kam: Die Kostendeckungsgrade von 2005

bis 2007, die vorgelegt und untersucht wurden, entsprechen schlichtweg nicht der erforderlichen Kostenwahrheit, sind damit für die Berechnungen ausdrücklich ungeeignet. Der Rechnungshof sieht eine durchschnittliche Abweichung von 15 Prozent bei den Kostendeckungsgraden. Der Kostendeckungsgrad für den Wien Kanal im Jahre 2007 wurde jetzt mit 115,3 Prozent offiziell bekannt gegeben. Im heurigen Budgetvoranschlag für 2011 beträgt er 71,99 Prozent. Bei den Wasserwerken 113,8 Prozent in 2007, 94,56 Prozent im Budgetvorentwurf 2011, beim Müll waren es 119 Prozent in 2007 und 100,87 Prozent für das kommende Jahr.

Es sind somit ganz wesentliche Abweichungen da. Ich sage deshalb noch einmal: Die 15 Prozent, die wir als Abweichung sehen, sollten eigentlich zu einer Gebührensenkung in diesem Ausmaß führen. Das wären 81 Millionen EUR im Jahr und 80 EUR pro Haushalt in Wien, StR Schock erwähnte es schon. Der Rechnungshof fordert ebenso die Aussetzung der Valorisierungsbestimmungen, bis die Mängel bei dieser Gebührenkalkulation erledigt sind.

Abgesehen von diesen Punkten, nämlich der allgemeinen Gebühren- und Tarifbelastung, gibt es noch einige andere Highlights, die heute schon angesprochen wurden und die ich noch einmal kurz zusammenfassen möchte:

Wien ist zum Schlusslicht am Arbeitsmarkt geworden. In Wien sank der Beschäftigungsgrad in den letzten Jahren kontinuierlich. Von 1994 bis 2010 kam es lediglich zu einem Zuwachs von 0,1 Prozent oder knapp über 1 000 Beschäftigten, während es in Gesamtösterreich ein Plus von 326 000 Beschäftigten oder 13,9 Prozent gab.

Wien ist ebenfalls Schlusslicht bei der Arbeitslosenquote. Im 3. Quartal - Klubobmann Gudenus hat das schon hervorgehoben - betrug sie 10,4 Prozent, Schulungen sind da schon eingerechnet. Ohne Schulungen betrug sie 8,2 Prozent. In Gesamtösterreich waren es 6,2 Prozent, die anderen Bundesländer lagen bei 5,6 Prozent. Ich glaube, das ist kein Ruhmesblatt.

Wien ist ebenso Schlusslicht bei den Lehrstellen. In Wien kommen auf 1 offene Lehrstelle bereits 4 Lehrstellensuchende - Stand Oktober 2010. Insgesamt fehlen - Stand Oktober 2010 - in Wien 1 238 Lehrstellen.

Jeden Tag gibt es in Wien 16 Insolvenzen, das hat unser Fraktionsführer im Wirtschafts- und Finanzausschuss bereits angeführt. Im Zeitraum Jänner bis September 2010 ging die Zahl der Insolvenzen nur um 0,1 Prozent zurück, das heißt, 3 Fälle weniger, also insgesamt 4 453 Insolvenzen. Bei der Zahl der reinen Unternehmensinsolvenzen liegt Wien mit 1 510 Insolvenzen in den ersten 3 Quartalen 2010 an der Spitze aller Bundesländer. Die Insolvenzquote in Wien liegt bei 19,1 Prozent. Das ist die höchste in Österreich.

Selbst im Standortvergleich, der heute schon vielfach zitiert wurde, schaut Wien nicht sehr gut aus. Lassen Sie mich aus einer Studie vom Management Club vom März 2010 zitieren, es handelt sich dabei um ein Bundesländerstandort-Ranking 2009. Da liegt Wien ziemlich abgeschlagen. Es ist vom ehemals 4. Platz im Jahr 2007 auf

den 8. Platz - mit einem Score von 94,5 Punkten - abgerutscht. Der Grund dafür: Hohe regionale Abgaben und lange Behördenwege. Aus derselben Quelle eine Rangliste der Veränderung im Standortradar. Auch da liegt Wien an 9. Stelle mit einem Minus von 2,74 Prozent.

Eine UBS-Studie wurde heute schon von unserem Landtagsvizepräsidenten angeführt. Hier liegt Wien beim Kaufkraftvergleich an 24. Stelle von 31 Untersuchten. Das ist kein großes Ruhmesblatt. Eine weitere Studie, das CEE City Ranking Survey 2009 von Roland Berger zeigt auf, dass Wien bei den Firmengründungen und bei den Patentanmeldungen nachhinkt. Das ist sehr unerfreulich. Orte wie Budapest haben uns bei den Firmengründungen, oder Moskau bei den Patentanmeldungen, den Rang abgelassen.

Ich glaube, hier ist sehr viel Handlungsbedarf. Lassen Sie uns diesen Handlungsbedarf gemeinsam angehen.

Eine kurze Anmerkung noch zum Schluss aus aktuellem Anlass: Am Mittwoch dieser Woche findet eine Sonderaufsichtsratssitzung eines Unternehmens statt, das sich ebenfalls im Portfolio der Gemeinde Wien befindet. Der Flughafen Wien. Dieser Flughafen ist in den letzten Monaten auf Grund des Skylink-Debakels sehr in den Medien gewesen. In Wirklichkeit hat man dabei aber vergessen, dass es hier ganz wesentliche Managementfehler gab. Dieser führten zu einem ständigen Passagierverlust. Auch für Zentral- und Osteuropa wird ein Minus von 15,6 Prozent ausgewiesen. Das ist bedauerlich.

Die meisten Insolvenzen - 16 pro Tag in Wien - haben als Hauptgrund Fehler im Managementverhalten. Ich möchte deshalb an die Repräsentanten der Fraktion der Sozialdemokraten appellieren, für die Sonderaufsichtsratssitzung am kommenden Mittwoch alles Mögliche zu tun, dass dieses Management der Flughafen Wien AG, das jetzt das Unternehmen führt, vom Aufsichtsrat abgesetzt wird. Wie es scheint, wird dies nicht der Fall sein. Aber, ich bitte Sie trotzdem, nehmen Sie Ihre Pflicht wahr und schauen Sie, dass dieser Flughafen, der einst ein blühendes Unternehmen war und innerhalb von nur einem Jahr 50 Prozent seines Aktienkurses verloren hat, wieder ein blühendes Unternehmen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Eisenstein und ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Es ist Advent und es ist die Zeit, wo ich über die Friedhöfe spreche und wo ich auch allfällige Friedhofsanträge einbringe. Vorher aber erlauben Sie mir, dass ich noch ganz kurz auf die Vorfälle auf dem Meidlinger Friedhof im Oktober/November dieses Jahres eingehe, die leider symptomatisch sind. Es sind ja nicht die einzigen Fälle, wo Grabsteine umgeworfen werden, Gräber verwüstet werden, die Totenruhe gestört wird. Das alles ist selbstverständlich nicht zu entschuldigen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das zeigt auch, dass

es mit der Kontrolle ziemlich hapert und an Kontrolle ziemlich mangelt. Bisher war es die Sozialdemokratische Fraktion, die Sozialdemokratische Partei in Wien allein, die die Verantwortung getragen hat. Jetzt sind es auch die GRÜNEN, die diese Verantwortung mittragen, und, meine Damen und Herren, für alles, was hier in dieser Stadt passiert, ganz egal, was es ist, gibt es auch nicht nur eine persönliche Verantwortung, sondern gibt es auch eine politische Verantwortung. Und ich erwarte mir, dass diese politische Verantwortung von den Damen und Herren von den GRÜNEN und den Roten in diesem Hause ja auch ausgeübt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die GRÜNEN haben sich ja freiwillig in das Prokrustes-Bett dieser Koalition begeben und wer von den anwesenden Damen und Herren sich nicht mehr so genau erinnern kann, wer Prokrustes war und was er getan hat, den darf ich an die neue Frau Vizebürgermeisterin Mag Vassilakou verweisen. Die wird es dann gerne erklären, denn die Person – na, Person war der Prokrustes eigentlich nicht, Gestalt, sagen wir, Gestalt. Diese Gestalt entstammt ja schließlich ihrem Kulturkreis. Auf jeden Fall darf ich festhalten, um bei dieser Legende zu bleiben, dass wir Freiheitliche es sein werden, die in diesem Zusammenhang die Rolle des Theseus übernehmen. Genaueres bitte bei Frau Mag Vassilakou. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Also mehr Kontrollen, und ich bitte Sie auch, meine Damen und Herren, sorgen Sie dafür, dass dann, wenn etwaige Verwüstungen bei Gräbern auf unseren Friedhöfen in Wien, sofern Sie der Friedhöfe Wien GmbH unterstellt sind, auffallen, die Nutzungsberechtigten, also die Grabbesitzer, auch verständigt werden. Es ist immer wieder vorgekommen, dass Personen zu den Gräbern ihrer Verstorbenen gekommen sind, dort Verwüstungen vorgefunden haben, die offenbar nicht ganz frisch waren, und niemand hat sie davon verständigt. Also bitte, sorgen Sie dafür. Ich verlange ja nicht, dass es rund um die Uhr Kontrollen geben muss, die durch hunderte Personen ausgeübt werden. Ich weiß, wie weitläufig Friedhöfe sind und dass es nicht möglich ist, jede Einfassung, die einigermaßen niedrig ist, jetzt auf vier, fünf Meter zu erhöhen, das ist mir vollkommen klar, aber ein bisschen mehr an Kontrolle und Interesse an den Friedhöfen würde ich mir schon erwarten.

Ich komme nun zu meinen Anträgen, meine Damen und Herren. Ich werde mir dann erlauben, beide gleichzeitig abzugeben. Es geht in beiden Anträgen um die Friedhofsgebühren.

Die Friedhofsgebühren werden derzeit unter dem Hinweis auf die recht unterschiedlichen Lagen der einzelnen Gräber nicht veröffentlicht. Das macht natürlich einen Vergleich der Gebühren auf verschiedenen Friedhöfen oder auch auf verschiedenen Teilen ein und desselben Friedhofes unmöglich und hindert künftige Nutzungsberechtigte, künftige Grabbesitzer daran, sich einen Überblick über die Gebührenlage zu verschaffen.

Es ist schließlich so, dass nicht jedes Grab in Wien ererbt wird, sondern dass wir auch sehr viele Zuwanderer haben – wem in diesem Hause muss ich das sagen? –, die sich dann auch um Grabstätten umsehen müssen

und die dann vor dem Problem stehen, dass sie ein Muss-Geschäft eingehen, bei dem ein Ausweichen praktisch nicht möglich ist. Ich würde mir wünschen, dass sowohl die Friedhöfe Wien GmbH als auch die Krematorium Wien GmbH im Sinne der Kundenfreundlichkeit verpflichtet werden, die Friedhofsgebühren für die unter ihrer Verwaltung stehenden Friedhöfe zumindest nach Kategorien geordnet in sinnvoller Weise zu veröffentlichen. Und so lautet auch mein Antrag, die Friedhofsgebühren in Wien in Zukunft in geeigneter Weise zu veröffentlichen. - In formeller Hinsicht bitte ich um die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der zweite Antrag, den ich einbringe, stößt in das gleiche Horn. Es ist nämlich derzeit nicht möglich, Friedhofsgebühren in Raten zu begleichen, vielmehr werden die Gebühren im Allgemeinen für einen Zeitraum von zehn Jahren im Vorhinein eingehoben. Das trifft mich persönlich zum Beispiel nicht sehr, ich kann mir das locker leisten, aber es trifft Bezieherinnen und Bezieher kleinerer Einkommen sehr hart, da sie dann für sie relativ hohe Beträge auf einmal erlegen müssen. Über diese Mittel, die dann oft mehr als einen Monatsbezug von Beziehern kleiner Einkommen ausmachen, können sie aber nicht auf einmal verfügen. Außerdem gibt es eine Reihe von älteren und kranken Personen. Das klingt jetzt bitte möglicherweise ein bisschen pietätlos, aber es ist die Realität. Ich habe mit vielen älteren und kranken Personen gesprochen, denen es so geht und die sich nicht damit anfreunden können, für Grabstätten aufzukommen für eine Periode, die sie nach eigenem Sagen wahrscheinlich selber nicht mehr erleben werden.

Die Friedhöfe Wien GmbH und die Krematorium Wien GmbH sollten daher im Sinne der Kundenfreundlichkeit verpflichtet werden, die Begleichung der Friedhofsgebühren in jährlichen Raten einzuheben – ich wäre auch bereit, zweijährlichen Raten zu akzeptieren – und die Vorschreibungen auch dementsprechend zu gestalten. Genauso lautet auch mein Antrag. - In formeller Hinsicht bitte ich auch bei diesem Antrag um die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Zum Schluss noch eine Entschuldigung für meine heisere Stimme. Da kann ich nichts dafür. Irgendjemand hat mich hoffentlich nicht angesteckt.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, diesen Zuweisungen zuzustimmen. Wir können dann in unserem Ausschuss darüber diskutieren. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Am Wort ist nunmehr die Frau Berichterstatterin VBgmin Mag Brauner. Ich erteile es ihr.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Eine lange Diskussion. Es ist vieles schon gesagt worden, auf viele Argumente der Opposition ist von Vertretern und Vertreterinnen der Regierung eingegangen

worden, ich werde mich deswegen auf einige wenige Punkte beschränken, auf die ich eingehen möchte.

Gerne hätte ich Position bezogen zu den Vorschlägen, von denen ich erwartet habe, dass sie heute kommen, denn wir sind schon in einer besonderen Zeit. Es ist kein normales Budget, das hier vorgelegt wird, sondern wir sind in einer sehr sensiblen Zeit und gerade jetzt hat die Politik ganz besonders schwierige Aufgaben. Diese schwierige Aufgabe besteht darin – ich glaube, ich habe es auch in meiner Budgetrede gesagt –, diesen schmalen Pfad, wie ich das immer bezeichne, zu finden und auf der einen Seite natürlich Konsolidierungsschritte zu setzen, auf der anderen Seite aber dieses Pflänzlein Konjunkturaufschwung – und es ist immer noch ein ziemlich zartes Pflänzlein – nicht zu zertreten.

Da habe ich mir vor allem von der so genannten Wirtschaftspartei, der ÖVP, Vorschläge erwartet. Es sind leider keine gekommen, es sind die üblichen Vorwürfe gekommen, beginnend bei der Rede der Frau Klubvorsitzenden, es gäbe keine Visionen, man würde hier keine Wirtschaftsoffensive machen, keine Standortpolitik, nur viele Schulden. Nun, wenn ich denke, wie die Zahlen und die Realität in dieser Stadt ausschauen und was wir, wie ich es auch in meinem Beitrag gesagt habe, alles noch vorhaben, kann ich diese Kritik wirklich nur zurückweisen.

Zurückweisen möchte ich auch den Vorwurf des besonders hohen Schuldenmachens. Die Frau Klubobfrau war ja bis vor Kurzem noch Mitglied einer Regierung, und wenn ich jetzt nur die Pro-Kopf-Verschuldung, die es in Wien gibt, vergleiche mit jener Pro-Kopf-Verschuldung, die es auf Grund der von dieser Regierung vorgelegten Budgetentwicklungen gibt, so haben wir in Wien ein Budget, das mit dem Rechnungsabschluss 2009 – das sind die einzigen, die bisher vorliegen – eine Pro-Kopf-Verschuldung von knapp über 1 000 EUR aufweist, die mit dem präsumtiven Ende dieses Jahres auf ungefähr 1 900 EUR steigen wird. Im Bund gibt es eine Pro-Kopf-Verschuldung von 42 000 EUR, und da frage ich mich, wenn man sich das Ergebnis des Herrn Finanzministers Pröll und mein Ergebnis anschaut, wer denn da nicht wirtschaften kann und wer diejenigen sind, die vor allem Schulden machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf Ihnen auch als kleine Nachhilfe – aber anscheinend interessiert es Sie ohnehin nicht besonders, aber ich zeige es trotzdem, vielleicht interessiert es die anderen – den Schuldenstand im Vergleich mit den anderen Bundesländern zeigen. *(Die Rednerin hält eine Graphik in die Höhe.)* Und nur falls es sich jemand nicht denken kann, dieser kleine Balken hier ist Wien, und dieser hohe Balken hier – das zeige ich vermutlich am besten in die Richtung *(Die Rednerin wendet sich zu den Reihen von FPÖ und ÖVP.)* – ist Kärnten und ein ganz kleines Stückel darüber dieser ganz hohe Balken hier ist Niederösterreich. *(Ironische O je-Rufe bei der SPÖ.)* Nur damit wir wissen, wie es aussieht mit der Wirtschaftskompetenz und wie es aussieht mit dem Schuldenmachen.

Was mich wirklich gestört hat, Frau Kollegin Marek – denn all die anderen Dinge, nun ja, natürlich meint man

immer, der andere kann nicht wirtschaften; ich glaube zwar, dass die Zahlen für sich sprechen, aber gut, das muss ich wohl akzeptieren, dass Sie das alles ganz anders sehen –, aber was mich wirklich gestört hat, vor allem vor dem Hintergrund, aus dem Sie kommen, als eine Familienpolitikerin, dass Sie etwas hier bei Ihrer Rede schlechtgemacht und schlechtgeredet haben, was bisher noch niemand getan hat, nämlich die überbetriebliche Lehrausbildung. Und da ist – um es mit meinen Worten zu sagen – Schluss mit lustig. Denn wenn die öffentliche Hand, also wir – im Übrigen gemeinsam mit dem Bund; ein Danke an den Sozialminister in dem Zusammenhang – viel Geld in die Hand nehmen, um dafür zu sorgen, dass Jugendliche eine gute Ausbildung bekommen, anstatt auf der Straße herumzulungern, was wirtschaftlich eine Katastrophe ist, gesellschaftspolitisch eine Katastrophe ist und menschlich eine Katastrophe ist, und wenn man versucht, das schlechtzumachen, dafür fehlt mir – bei jedem Verständnis für Oppositionsdiskussionen – wirklich das Verständnis. Ich denke, über gewisse Grundprinzipien – und dass wir die Jugend unterstützen, gehört dazu – sollten wir uns über alles andere hinweg einig sein. *(Beifall bei SPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der GRÜNEN.)*

Die anderen Beiträge, die von der so genannten Wirtschaftspartei präsentiert wurden, haben sich – ich glaube, es war Kollege Aichinger – darin erschöpft zu sagen, dass man gegen eine Veränderung der Grundsteuer und der Vermögensteuer ist. Nun gut, das ist schon verständlich, dass hier Klientelpolitik gemacht wird, aber dass man in Zeiten wie diesen, wo von allen Seiten das Steuersystem als sehr einseitig kritisiert wird, und zwar nicht nur von der so genannten linken Szene, sondern auch von international renommierten Wirtschaftsexperten, nur sagt, man will über dieses Thema gar nicht reden, halte ich für eine Wirtschaftspartei und vor allem für jemanden wie dich, der sich ja an sich sonst immer sehr darum bemüht, konstruktiv zu sein, wirklich für nicht würdig.

Ich denke sehr wohl, dass wir auch in Zukunft weiter darüber nachdenken müssen, wie wir diese Schiefheit beseitigen, die leider den Faktor Arbeit benachteiligt und damit das, was wir alle wollen, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen, eher konterkariert. Ich meine also, dass wir auf der anderen Seite unproduktives Kapital sehr wohl entsprechend besteuern können.

Und natürlich kann man jetzt Wortklauberei betreiben, und wenn im Regierungsprogramm steht – ich habe es nicht wortwörtlich im Kopf, ihr werdet es nicht glauben –, dass man sich „auch“ den Produktionsbetrieben widmen möchte, kann man das natürlich so interpretieren, dass das eine Abwertung wäre. Das ist aber tatsächlich Wortklauberei im wirklich lächerlichsten Sinn des Wortes. Die Tatsachen sprechen für sich: Ansiedlungsrekorde, Betriebsgründungsrekorde. Da haben wir in Wien wirklich einiges herzuzeigen, genauso wie wir bei der Wirtschaftsförderung einiges herzuzeigen haben.

Und, jawohl, wir müssen, wenn es wirtschaftlich enger wird, wir müssen, wenn die Einnahmen geringer werden und wenn wir sagen, wir setzen Schwerpunkte,

für die wir mehr Geld ausgeben, logischerweise in anderen Bereichen besonders sparsam sein. Denn Politik kann vieles, aber sie kann nicht mathematische Gesetze außer Kraft setzen.

Dass dann, wenn wir insgesamt einen Level haben und wenn wir für eine Sache mehr ausgeben – und dass Bildung, Ausbildung, Forschung, Entwicklung wohl der Schwerpunkt sein müssen, da dachte ich uns eigentlich auch alle einig –, dass dann in anderen Bereichen gespart werden muss, ist eine ganz logische Geschichte. Wir können da herinnen so viel beschließen, wie wir wollen, aber zwei plus zwei bleibt trotzdem vier, und wir werden nicht fünf daraus machen können.

Deswegen habe ich sehr deutlich gesagt, wie es mit der Wirtschaftsförderung ausschaut, dass wir diese außerordentliche Erhöhung, die wir während der Krise gehabt haben, zurückgenommen haben, aber immer noch über dem Niveau von dem Vorkrisenjahr sind. Ich denke, dass das eine sehr vernünftige Politik ist, und ich habe auch gebeten, dass man bei der Diskussion hier versucht, nicht das zu tun, was aber leider gerade dann vor allem die ÖVP wieder getan hat, nämlich alles gleichzeitig zu fordern. Mehr muss investiert werden, mehr muss gefördert werden, es darf keine neuen Steuern geben, Schulden darf man auch keine machen, aber insgesamt soll man mehr ausgeben. Wie, bitte, soll sich das ausgehen? Das ist natürlich nicht möglich. Und sparen darf man ja auch nicht. Wir dürfen bei der Wirtschaftsförderung nicht sparen, wir dürfen nirgends sparen.

Und wenn Sie mir jetzt ernsthaft sagen, wir sollen den gesamten Einnahmefall von einer Milliarde, den wir in den vergangenen drei Jahren hatten, kompensieren, indem wir die Inerate der Stadt einsparen, dann müssen Sie mir das erklären. Für die Inerate hat im Übrigen die Frau Ex-Staatssekretärin ein leidenschaftliches Plädoyer gehalten, indem sie gesagt hat, die öffentliche Hand muss informieren über das, was sie tut. Das war ja sehr spannend, das sollte man sich sehr gut aufheben und sehr gut aufschreiben, denn genauso ist es. Man muss natürlich über viele Dinge informieren, aber selbst wenn wir das jetzt weglassen, dann ist das lächerlich und erinnert an die Forderung, die es vor einiger Zeit gegeben hat. Man soll – ich glaube, es waren die Kinderfreunde – die Subvention kürzen und damit die U-Bahn bauen. Damit wären sich, glaube ich, gerade 30 cm ausgegangen. Und ungefähr auf diesem Niveau befindet sich auch diese Forderung und ist einer Wirtschaftspartei, sehr geehrte Damen und Herren, wirklich nicht würdig. *(Beifall bei der SPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der GRÜNEN.)*

Und dann wurde noch zum Thema Verwaltungsreform diskutiert, und da wurde ein beliebtes Spiel gemacht, nämlich zu zeigen, wie reformunwillig die Länder sind. Diese Diskussion kenne ich auch, allerdings kannte ich sie bisher nur von Bundesseite, dass aber ein Vertreter eines Landes, der dazu da ist, genau die Interessen dieses Landes zu vertreten, diese Position vertritt, das ist etwas Neues. Das finde ich, ehrlich gesagt, nicht in Ordnung, und vor allem: Es entspricht nicht der Realität.

Denn schauen wir uns doch an, wie die Verwaltung der Stadt funktioniert. Wir gewinnen einen Public-Management-Preis nach dem anderen. Wir sind vom Staatsschuldenausschuss ausgezeichnet worden, dass wir diejenigen sind, die im New Public Management am weitesten sind. In der ganzen Welt werden wir eingeladen. Zum Beispiel zum Stichwort Gender Budgeting, das heute leider ein bisschen untergegangen ist und mir, wie Sie alle wissen, ein großes Anliegen ist, sind wir weltweit Best Practice und werden überall eingeladen.

Das heißt, wir haben hier schon sehr viel an Reformen durchgeführt, und da kann sich der Bund von uns durchaus einiges anschauen. Wir haben eine gemeinsame ADV, während der Bund dutzende hat, wir haben einen zentralen Einkauf, während im Bund jedes Ministerium vor sich hin arbeitet. Und die diversesten meteorologischen Stationen, die es im Bund gibt und wo man sich nicht einigen kann, sie zusammenzulegen, die werden ja nur mehr als Running Gag verwendet, wenn man über Verwaltungsreform diskutiert. Ich denke, da haben wir unsere Hausaufgaben gemacht, und da kann der Bund uns eigentlich sehr viel nachmachen, dann wären wir auch in der Spardebatte schon um einiges weiter. *(Beifall bei der SPÖ. – StR DDr Eduard Schock: Das werden wir dem Herrn Faymann ausrichten!)*

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei den Gesprächen, und ich denke, dass wir da eine Reihe von spannenden Diskussionen vor uns haben. Das bringt mich jetzt auch gleich zu den Wortmeldungen, die die Damen und Herren der Freiheitlichen Partei hier von sich gegeben haben. Herr Klubvorsitzender, Sie haben uns da erfreut mit einer Definition des Fremdschämens. Das hätten Sie uns nicht erklären müssen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist ein juridischer Ausdruck!)* Ja, das kann schon sein, aber wissen Sie, wir haben das alle gespürt, während Ihrer Rede nämlich, und insofern hätten Sie uns die Definition ersparen können, und ich kann Ihnen auch sagen, warum.

Es ist nämlich schon ein wenig peinlich, wenn Sie hier herausgehen und sagen, bei Investitionen darf man nicht sparen, stattdessen bei den Aufträgen der Stadt. Was meinen Sie denn, was die Aufträge der Stadt sind? Wenn die Stadt zum Beispiel sagt, ich erteile den Auftrag, dass wir die U-Bahn weiterbauen, was ist denn das? Das sind ein Auftrag und eine Investition. Wenn die Stadt sagt, ich erteile den Auftrag, zum Beispiel gemeinsam mit Privaten die Therme Oberlaa zu errichten, dann sind das Investitionen. Also das ist schon ein wenig peinlich, und insofern, wie gesagt, haben wir keine theoretische Erklärung zur Fremdschämerei gebraucht, sondern wir mussten es leider bei Ihrer Wortmeldung mitfühlen. *(Beifall bei der SPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der GRÜNEN.)*

Die übrigen Beiträge der Damen und Herren von den Freiheitlichen – und da habe ich wirklich sehr genau zugehört und versucht, einen konstruktiven Vorschlag herauszuholen, mit dem ich mich jetzt auseinandersetzen könnte – waren aber leider das übliche Sammelsurium von unpräzisen, um nicht zu sagen, unwahren Zahlen, Erfindungen, kein einziger positiver Vorschlag und

die üblichen Schuldzuweisungen an eine Gruppe, nämlich die Zuwanderer, die an allem in dieser Stadt schuld sind.

Und Sie haben gesagt – ich weiß nicht mehr, wer von Ihnen, ich glaube, es war einer der Herren, viele Damen gibt es in den Reihen ja nicht –, wir wollen „unseren Leuten“ helfen. Na ja, wie das mit „unseren Leuten helfen“ ausschaut, haben wir ja erlebt. Da brauchen wir ja nicht zu theoretisieren, da schauen wir uns nur an: Was war während der blauen Regierungsbeteiligung? Wie ist da „unseren Leuten“ geholfen worden? „Unseren Leuten“ ist die Kindergartenmilliarde weggenommen worden, „unseren Leuten“ ist die Lehrlingsunterstützung weggenommen worden. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie nicht nur von der Vergangenheit! Das ist ja unglaublich!)* Ja, aber vielleicht haben Sie das so gemeint, wenn ich mir anschau, welche Günstlinge von Ihren Leuten wo untergebracht worden sind, dass es eine so große Einrichtung wie Seibersdorf fast zum Niedergehen gebracht hat, vielleicht haben Sie das mit „unseren Leuten“ gemeint.

Oder weil die Vergabep Praxis auch erwähnt wurde: Wenn ich daran denke, was es jetzt alles an Untersuchungen im Zusammenhang mit der BUWOG und dem für die Privatisierung zuständigen FPÖ-Minister gegeben hat, dann bekommt der Begriff „unsere Leute“ eine ganz neue Dimension. Vielleicht war es so gemeint. Wir meinen es so jedenfalls nicht. Und zur Finanzgebarung im Zusammenhang mit der Hypo, dort, wo Ihre Leute in der Regierung sitzen, nämlich in Kärnten *(GR Johann Herzog: Das sind nicht unsere Leute!)*, hat mein Kollege Strobl ja schon eine entsprechende Meinung abgegeben. *(Beifall bei der SPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der GRÜNEN.)*

Sie haben auch kritisiert, dass wir hier keine Zahlen zum Thema Wirtschaftsförderung bekannt gegeben hätten beziehungsweise dass wir hier behauptet hätten, die Wirtschaftsförderung würde gesteigert werden. Da haben wir uns missverstanden, sage ich jetzt einmal. Ich denke, es ist sehr klar festgelegt worden – der Kollege Strobl hat dann noch einmal versucht, es zu erklären –, dass wir die Wirtschaftsförderung generell auf das Niveau vor der Krise zurückführen, weil logischerweise in einer Krise besondere Konjunkturmaßnahmen notwendig sind, und dass wir – das ist dann, glaube ich, von Kollegen Herzog gesagt worden – sehr wohl in guten Zeiten die Schulden, die jetzt gemacht wurden, wieder abbauen werden. Er hat nämlich gesagt, die Stadt Wien hat nie Schulden zurückgezahlt.

Ich kann Ihnen gerne, wenn Sie es nicht wissen, die Statistik zuschicken. Wir haben bis 2008 nur Schulden zurückgezahlt, und erst in dem Jahr, als die Krise begonnen hat, haben wir, genau, wie wir es angekündigt haben, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Geld in die Hand genommen, um den Menschen zu helfen. Wenn es wirtschaftlich wieder gut ist, werden wir die Schulden wieder zurückzahlen. So einfach ist das, so vernünftig ist das, und genauso, sehr geehrte Damen und Herren, werden wir es auch machen. *(GR Johann Herzog: Aber nicht in diesem Jahr!)*

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf ein Thema eingehen, das nur auf den ersten Blick in meinem Ressort neu ist, nur auf den ersten Blick mit Wirtschaftsfragen nichts zu tun hat und auf den ersten Blick vielleicht ein bisschen aus dem Rahmen fällt, aber in Wirklichkeit ist es nicht so, nämlich das Thema „Internationales und Europäische Union“. Ich freue mich auch sehr, dass es diesen neuen Ausschuss gibt. Wiewohl unser Herr Bürgermeister sich persönlich – ich denke, das ist auch eine besondere Aufwertung des Themas – dieses Ausschusses annehmen wird, ist er in meinem Ressort angesiedelt, und ich glaube, er passt auch sehr gut dort hin, denn – auch da muss ich dir leider widersprechen, lieber Kollege Tschirf – sehr wohl nutzen wir diese Möglichkeiten und unterstützen wir die Wiener Unternehmungen, wenn es darum geht, die Chancen in der Europäischen Union und die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten dort zu nutzen. Ich habe es in meinem Beitrag auch gesagt, die Stadttechnologien zu vermarkten und dabei auch die Marktchancen der Unternehmungen zu unterstützen, ist ein ganz, ganz wichtiges Anliegen.

Ich bin zufälligerweise gerade erst am Samstag aus Warschau zurückgekommen, wo wir genau das getan haben, nämlich Wiener Stadttechnologien zu präsentieren. Wir vermengen hier sehr bewusst Stadtaußenpolitik und die Möglichkeit, dass Wiener Unternehmungen sich dort präsentieren können. Es waren höchstrangige Unternehmungen – Wiener Städtische, Siemens, Erste, Vamed, Kapsch und viele, viele andere mehr –, die dort die Gelegenheit hatten, sich zu präsentieren. Die Politik kann nur Türen öffnen, durchgehen müssen die Unternehmungen selbst, das Geschäft müssen sie selbst machen, aber wir können präsentieren. Es gab auch ganz spannende Diskussionen zum Thema unsere Erfahrungen mit PPP-Modellen, weil da sehr viele der neuen – so neu sind sie gar nicht mehr – EU-Länder sehr interessiert sind. Ich denke, dass wir da wirklich einige sehr positive Maßnahmen setzen und das in Zukunft auch noch verstärkt machen werden.

Deswegen freue ich mich über diesen neuen EU-Ausschuss und lade trotz allen unterschiedlichen Diskussionen, trotz allen üblichen und manchmal auch emotionalen Diskussionen, die es beim Budget gibt, alle generell, aber vor allem im Zusammenhang mit diesem europäischen Ausschuss zu einer Zusammenarbeit ein. Ich bin da sehr, sehr gerne bereit dazu. Ich glaube, vor allem international müssen wir ganz besonders zusammenhalten und gemeinsam Wien repräsentieren, und wann immer es gute Vorschläge gibt, bin ich sehr, sehr gerne bereit, sie auch entsprechend umzusetzen.

Der einzige Vorschlag, den ich ein bisschen kritisch hinterfragen möchte, ist der des Herrn Kollegen Ellensohn, der gemeint hat, vielleicht kann man in Zukunft den Einband unseres Grünen Buches ein bisschen dunkelgrüner machen. Dem würde ich nur unter der Bedingung zustimmen, dass es ein grün-weißer Umschlag wird, dann könnte ich mich mit diesem Gedanken anfreunden.

In diesem Sinne herzlichen Dank und viel Erfolg bei den weiteren Diskussionen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Daher kommen wir nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Als Erster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Stiftner. Ich erteile es ihm. 25 Minuten.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich auf die eigentliche Geschäftsgruppe eingehe, lassen Sie mich noch auf die andere Vizebürgermeisterin eingehen, die ja offenbar das mathematische Grundmodell des Budgets erfunden hat, wie man eine gute Wirtschaftspolitik darstellt, obwohl man das größte Defizit zu verantworten hat.

Wissen Sie, Frau Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin, Sie versuchen ja immer wieder, mit ungleichen Zahlen zu messen. Sie versuchen hier immer, gewisse Dinge ganz einfach wegzulassen und sich dann Kennwerte ausrechnen zu lassen. Die Schulden des KAV oder von Wien Kanal berücksichtigt man gar nicht, und dann kommt man halt vielleicht auf gute Werte für Wien und schlechte für andere. Faktum ist, nachdem es ja keine echten Ausgliederungen, sondern klare Betriebe der Stadt Wien sind, dass hier natürlich eine katastrophale Schuldenbilanz der Stadt vorliegt. Das wissen wir seit vielen Jahren. Die GRÜNEN haben hier sicherlich keinen positiven Beitrag geleistet.

Aber ich bin ein Freund einfacher Zahlen und einfacher Kennwerte, und ich habe mir eines herausgesucht, nämlich die Frage der Ausgaben. Dies ist ganz einfach zu berechnen, nämlich die Budgetausgaben aller Länder bezogen auf die Einwohnerzahl. Hier stellt sich heraus, dass die Stadt Wien mit Abstand die größten Ausgaben hat, nämlich 6,7 Millionen EUR. Das nächste Bundesland ist die Steiermark, ebenfalls SPÖ-regiert, und dann kommt Kärnten. Ungefähr das ist die Reihenfolge.

Aber was Sie machen, sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ und ein bisschen der GRÜNEN, – aber die sind ja noch nicht wirklich dabei und werden es wahrscheinlich auch nie sein – ist, dass Sie Ausgaben mit Investitionen verwechseln. Hohe Ausgaben bedeuten noch in keiner Weise, dass man Investitionen und damit einen Payback für die Zukunft hat. Deswegen ist es ein sehr schlechtes Budget, ein Budget, das wir viele Jahre noch zurückzahlen werden. Unsere Kinder und Kindeskinde werden noch unter dem leiden, was die SPÖ uns hier wieder einmal vorgelegt hat, sehr geehrte Damen und Herren.

Womit wir uns jetzt beschäftigen, das ist die Geschäftsgruppe Verkehr, Planung, und es heißt ja jetzt auch Klimaschutz, erneuerbare Energien und BürgerInnenbeteiligung. Wir haben heute seitens der GRÜNEN und auch der SPÖ gehört, dass die GRÜNEN ja mit dem Budget quasi nichts zu tun haben. Das ist irgendwann im Sommer erstellt worden, habe ich gehört, und jetzt hat man das übernommen. So schaut es auch aus. Was

mich aber ein bisschen wundert, Damen und Herren der GRÜNEN, Frau VBgmin Vassilakou, ist, warum eigentlich nicht einmal in diesem Bereich, wo Sie immer geglaubt haben oder auch nur vorgegeben haben, eine hohe Kompetenz zu besitzen, nämlich im Klimaschutz, bei erneuerbaren Energien, Ihre Handschrift in diesem Budget nicht sichtbar wird. Das hat man offenbar im Eifer der Regierungsgespräche, um endlich ein Zipferl von der Macht erreichen zu können, vergessen. Damit hat man eigentlich offenbar auch übersehen, dass man auch ein Budget gemeinsam zu beschließen hat. Deshalb schaut es halt so aus, dass man auch in diesem Bereich keine nennenswerten Akzente setzen konnte. Auch dass es nur ein Voranschlag ist – das wissen wir alle, die wir länger hier sitzen –, ist sicherlich auch nur eine Ausrede. Faktum ist: Hier ist nichts passiert. Es ist einfach nur die Ermöglichung einer absoluten Mehrheit für die SPÖ, die die GRÜNEN hier zur Verfügung stellen.

Mit dem Hasardspiel, das Sie immer betreiben, sehr geehrte Damen und Herren der Grünen Fraktion, – sozusagen nach dem Motto, alles oder nichts, entweder Regierungsbeteiligung, da bin ich dabei, oder ich bin unbedeutend –, mit dem Schielen auf die deutschen Grünen, die ja ganz anders strukturiert sind, die auch ganz andere Personen haben, die viel bürgerlicher sind und nicht so eine monoton links eingefärbte Querdenkergruppe, wie wir sie hier in Wien in der letzten Periode erlebt haben, ist es natürlich schwierig, dass Sie das in Zukunft auch auf die Beine stellen können.

Ich habe auch den Verdacht oder mittlerweile die Erklärung dafür, warum auch Van der Bellen offenbar nach diesem durchaus akzeptablen und auch anerkanntem Vorzugsstimmensieg das Mandat nicht angenommen hat. Als Wirtschaftsprofessor wird es ihm angesichts der Erkenntnis, dass er dem Budget hier zustimmen muss, wahrscheinlich schwergefallen sein, das Mandat anzunehmen. Da hat er es offenbar lieber vorgezogen, das Mandat gar nicht anzunehmen, die Wiener GRÜNEN hier in ihrem eigenen Saft braten zu lassen und sie einfach nur als Mehrheitsbeschaffer der SPÖ fungieren zu lassen. So sieht es offenbar aus. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die bisherige Performance der GRÜNEN ist bekannt. Wir haben ja schon einige Vorschläge gehört. Ich erinnere mich an einen. Da hat man seitens der Grünen Fraktion gemeint, das große politische Programm bestehe darin, am Turm des Rathauses statt eines Rathausmannes eine Rathausfrau haben zu wollen. Ich glaube, Sie haben dazu sogar einen Wettbewerb ausgeschrieben. Das Ergebnis ist nicht bekannt, wahrscheinlich war es sehr peinlich, obwohl Ihnen, das haben wir heute schon gehört, nichts peinlich ist, aber trotzdem.

Jetzt versuchen Sie es halt im Stadtratsbüro. Ich wünsche Ihnen dazu viel Glück, weil es nämlich ein Ressort ist, das enormen Gestaltungsspielraum mit sich bringt. Ich freue mich auch, Frau Gretner, dass Sie jetzt den Vorsitz haben. Wir werden sehen, wie Sie es nutzen und wie Sie es gestalten. Bisher haben Sie nicht viel Möglichkeiten gehabt, ich werde Sie auch noch nicht an den zehn Tagen messen, wir werden Sie am Ende die-

ser Rechnungsperiode messen und werden dann schauen, was Sie umsetzen konnten und was Ihnen letztendlich nur so im Mitleiden oder im Mitgestalten die SPÖ als Mehrheitsfraktion in allen Bereichen, natürlich auch mit dem gesamten Apparat, übriglässt.

Denn die SPÖ ist ja auch hier nicht wirklich homogen. Man hört es ja auch aus den Bezirken, das wissen Sie selber. Viele sind ja sehr unglücklich über die Regierungskonstellation, speziell in den Bezirksvorstellungen gibt es ein Rumoren. Die GRÜNEN haben sich gedacht, besser wir sind in der Regierung als in der Bedeutungslosigkeit, nachdem das schlechte Wahlergebnis vom vorletzten Mal jetzt beim letzten Mal noch einmal untertroffen worden ist. Das ist auch ein legitimes politisches Interesse, aber das Schwierige ist eigentlich – und das ist das Unangenehme –, wir alle haben darunter zu leiden, vor allem die Wienerinnen und Wiener.

Sie werden aber mit Ihrer Politik – das befürchte ich – letztendlich nur einem helfen, nämlich der Freiheitlichen Fraktion, weil natürlich ihre Politik darauf abzielt, nur hier entsprechend Opposition zu betreiben, und das ist auch das, was Sie mit zu verantworten haben, meine Damen und Herren der GRÜNEN. Sie haben sich auch die Frage zu stellen, wie man hier in Zukunft demokratiepolitisch umgeht.

Aus Sicht der SPÖ halte ich es aber gar nicht für so unklug, dass sie es gemacht hat, denn obwohl es wahrscheinlich innerparteilich gar nicht einfach ist – und ich beneide den neuen Klubobmann Schicker in keinsten Weise, dieses schwierige Team jetzt zu orchestrieren und diesen Riss zu kitten –, aber natürlich ist es jetzt sehr bequem, mit Hilfe der SPÖ ... (*Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*) Bitte? (*GR Kurt Wagner: Wenn ich das nach 1945 schlechteste Wahlergebnis in Wien hätte, dann tät ich mich auch genieren!*) Na, Sie haben Ihre Bezirke verloren, Herr Kollege. Sie haben den Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern verloren, die Bezirke auch. Sie haben das schlechteste Wahlergebnis, und dann stellen Sie sich her und tun noch so. Das ist ein letztes Retten, das Sie hier versuchen. Das ist doch eine peinliche Vorstellung, sehr geehrte Damen und Herren. (*GR Kurt Wagner: Mit Ihrem Wahlergebnis, da tät ich mich auch genieren!*) Und wie schaut es bei euch aus? (*Neuerlicher Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*) Wunderbar.

Was ich gesagt habe, ist, dass es grundsätzlich nur eine Gewinnerfraktion gegeben hat. Na schön! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Fremdschämen war heute schon das Wort. Ich glaube, das tun Sie wahrscheinlich gerade. (*Ruf bei der SPÖ: Oder Sie!*)

Aber wissen Sie, was das Hauptproblem ist? Dass man es offenbar jetzt nicht einmal zusammenbringt – der Grünen Fraktion ist das ja offenbar jetzt gar nicht mehr wirklich etwas wert –, dass wir eine Wahlrechtsreform schaffen. Wir hätten ja gemeinsam die Chance gehabt – da gibt es einen Notariatsakt dazu –, doch jetzt wird das Ganze in eine Arbeitsgruppe ausgelagert, mit der Zielsetzung – man hört es ja schon aus den Reihen der SPÖ –: Wenn das so weitergeht, dann gewinnen wir wieder die absolute Mehrheit zurück. Mit dem Wahlrecht ist das

durchaus im Bereich des Möglichen.

Meine Damen und Herren der GRÜNEN! Sie sind für mich ein bisschen ein medizinisches Wunder. Normalerweise, so habe ich es gelernt, ist Alzheimer eine Krankheit des Alters. Sie haben Alzheimer schon gehabt, bevor Sie in die Regierung geboren worden sind, und folglich haben Sie das Ganze vergessen. Es ist wirklich ein Hintergehen letztendlich der Wählerinnen und Wähler. (*GR Dipl.-Ing Omar Al-Rawi: Na, Vorsicht!*) Nicht nur, dass der Van der Bellen nicht hier sitzt, sondern Sie haben jetzt auch einen Notariatsakt, der letztendlich ein gemeinsames politisches Programm dreier Fraktionen dieses Hauses war, dem Machtanspruch des Mitregierens, den Sie offenbar haben, geopfert. Und das werden Sie sicherlich auch gegenüber Ihren Wählerinnen und Wählern zu verantworten haben, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Stillstand ist allerdings ein großer. Man hätte ja viel zu tun: im Schulbereich, im Ausländer- und Integrationsbereich, im Gesundheitswesen und auch im Verkehrs- und Stadtplanungsbereich. Ich hoffe, dass die Grüne Fraktion in Zukunft nach kleinen Kopfwäschen des Bürgermeisters nicht wieder so leicht klein beigibt (*GR Siegi Lindenmayr: Was für eine Kopfwäsche!*), sondern dass man hier ein bisschen mutiger ist.

Ein wenig enttäuscht hat mich die Antrittsrede der neuen Vizebürgermeisterin Vassilakou, die nämlich gleich in ihrer Antrittsrede, so quasi vorausseilend gehorsam, gemeint hat, die Klimaschutzverfehlungen der SPÖ sind ja nicht so schlimm, denn – das Wording der SPÖ ist ja bekannt – es ist ja bekanntlich irgendwie so versucht worden, etwas gutzurechnen. Man hat ja den geringsten Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Emissionsstand, folglich ist das ja gar nicht so schlimm, und da werden wir schon Lösungen finden. So schaut es auch im Budget aus. Es ist nichts dazu drinnen. Klimapolitik ist offenbar kein Thema der Grünen Fraktion. Auch das ist eine Frage des Verlustes der Glaubwürdigkeit, meine Damen und Herren.

Nachdem Sie ja heute noch kein Programm vorlegen konnten, was Sie in Ihrem Ressort machen, und es letztendlich ein Ressort ist, das jetzt grundsätzlich einmal in grüner Hand ist, werde ich Ihnen ein paar Vorschläge machen, wie wir es gerne sehen würden und wo wir glauben, dass wirklich Handlungsbedarf ist. Ich möchte hier vorausschicken, dass das ein Ressort ist, das doch relativ ideologieunabhängig sein sollte, weil es ein Sachressort ist, wo man relativ viel gestalten kann, wenn man es ernst meint und wenn man auch die Menschen ernst nimmt, die in dieser Stadt leben, und zwar die Mehrzahl dieser Menschen.

Ich möchte Ihnen zwei Beispiele dazu sagen. Ein Beispiel ist das Projekt Flugfeld Aspern. Da hat man versprochen, damals noch von der SPÖ, keine Satellitenstadt daraus zu machen, sondern eine echte Stadtentwicklung mit Ansiedlungsgebieten, keine Schlafstätte, sondern hier auch wirklich Anbindungen zu schaffen. Das schaut momentan nicht so aus. Von einer Science City, wie es groß angekündigt worden ist, ist noch nichts zu sehen, und wenn man hier nicht gegensteuert, beispielsweise durch eine Verlängerung vom Knoten

Hirschstetten bis zum Knoten Raasdorf – das sind, glaube ich, nur 7,5 km –, wird es nicht gut aussehen.

Das ist ein Beispiel, wie Sie im Planungsressort wirken können. Ich bin gespannt, was herauskommen wird.

Zweites Beispiel: Hauptbahnhof. Ein Desaster sondergleichen! Auch hier haben die GRÜNEN, zumindest in ihrer Oppositionszeit, immer wieder mit uns mitkritisiert, jetzt haben Sie es in der Hand, auch mitzugestalten. Es wurde ursprünglich, wenn ich mich richtig erinnere, auch als ein Ost-West-Projekt verkauft, ein Kompetenzzentrum mit internationalen oder osteuropäischen Schwerpunktsetzungen. Man wollte gezielt Ansiedlung von Osteuropazentralen erreichen. Bis heute kenne ich nichts daraus. Offenbar ist es nicht passiert. Nicht einmal eine echte U-Bahn-Verbindung ist geschaffen worden. Die zweite, die wir gefordert haben, wird es überhaupt nicht geben.

So sieht es letztendlich auch im U-Bahn-Ausbau generell aus. Auch darüber findet man im Regierungsprogramm gar nichts. Das ist interessant, denn wenn man sagt, man möchte den Autoverkehr reduzieren, muss man ein Angebot schaffen. Natürlich kann ich versuchen, mit einer Autophobie, die Sie offenbar leben, Autofahrer zu verärgern, aber deswegen wird der Autoverkehr nicht weniger, die Parkplätze werden nicht mehr und das Problem löst sich nicht. Es löst sich nur dann, wenn ich Investitionen mache, nämlich richtige Investitionen, und das geht nur, indem ich in schnelle Verkehrsverbindungen, in die U-Bahn investiere. Das wäre sinnvolle Infrastruktur- und Verkehrspolitik, wie wir sie uns vorstellen, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber ich hoffe, dass das, was Sie hier angekündigt haben mit Parkpickerln und Parkplatzvernichtungen und den letztendlich daraus folgenden Umweltkatastrophen mit den entsprechenden CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die kreisenden Autos nicht Wirklichkeit wird. Wir werden ja sehen, was passieren wird.

Auf jeden Fall habe ich ein paar Anträge mitgebracht, um Ihnen ein paar Anregungen zu geben, wie wir es vielleicht in Zukunft besser gestalten könnten in der Stadt.

Ein Antrag betrifft die Errichtung einer 6. Donauquerung. Hier geht es vor allem darum, dass wir den dringend erforderlichen Regionerring um Wien schließen sollten, um die Stadt und die Bevölkerung vom Transitverkehr und letztendlich auch von den Emissionen des Transitverkehrs zu entlasten. - Das ist ein Antrag, den mein Kollege Bernhard Dworak und ich gemeinsam einbringen. In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Ein weiterer Antrag betrifft die Schaffung eines überregionalen Verkehrsausschusses. Hier haben wir auch, glaube ich, in der Vergangenheit gut zusammengewirkt. Es geht darum, dass Verkehrspolitik ja nicht an der Stadtgrenze haltmacht, sondern natürlich die Umlandgemeinden miteinzubeziehen sind. Hier wollen wir Ihnen auch gerne ein bisschen Unterstützung geben, dass sich nämlich die gewählten Verkehrspolitiker der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland entsprechend zusammensetzen und eine verbesserte verkehrs-

politische Zusammenarbeit schaffen sollen. – Sofortige Abstimmung, sehr verehrte Damen und Herren.

Ein dritter Antrag, auch eine Hilfe an die GRÜNEN, nachdem es ja mit dem 100 EUR Fahrschein nicht so geklappt hat bei den Koalitionsverhandlungen, vielleicht geht es wenigstens mit der Kernzone-100-Erweiterung. Auch das ist ein Antrag für ein Anliegen, wo ich mich erinnern kann, dass die GRÜNEN immer sehr energisch dafür waren. Ich bin gespannt, ob es heute wieder der Fall ist. Es geht darum, dass die Frau amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung ersucht wird, über die Ausweitung der VOR-Kernzone-100, zumindest bis zu einigen großen Verkehrserregern – wir haben es ohnehin sehr pragmatisch formuliert –, mit allen Beteiligten Verhandlungen aufzunehmen. – Ebenfalls sofortige Abstimmung.

Damit Ihnen auch im Bereich des Klimaschutzes – das ist ja jetzt auch Bestandteil dieses Ressorts – vielleicht ein paar Möglichkeiten offenstehen, möchte ich unseren Antrag betreffend das Citybike-System hier noch einmal einbringen, nämlich dass man das Fahrradsystem der Citybikes mit Elektrofahrrädern ergänzen möge. Dafür könnte man auch entsprechende Ladevorrichtungen vorsehen. Das wäre eine sehr ökologische Investition und würde sicherlich auch die Verkehrssituation der Stadt verbessern. – Ebenfalls sofortige Abstimmung.

Und last but not least: Es dürfte ja auch von anderen Fraktionen heute noch ein Antrag zum Thema Fluglärm eingebracht werden. Wir wollen uns ebenfalls diesem wichtigen Thema widmen und fordern hier den Bürgermeister und die Stadtregierung auf, gemeinsam mit dem Flughafen und den betroffenen Partnern entsprechende Gespräche aufzunehmen, um die betroffene Bevölkerung vom Fluglärm zu entlasten. – Ebenfalls sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Thema Planung und Stadtplanung sagen, weil es auch eine Frage ist, wie es in Zukunft um die Arbeitsplätze in dieser Stadt bestellt sein wird, um den so genannten Wirtschaftsstandort. Die Frau Finanzstadträtin hat das heute oft strapaziert, mir fehlt nur irgendwie der Glaube, dass sie das ernst meint. Das sind offenbar nur Worthülsen. Aber wir werden schauen, wie es auch in anderen Ressorts aussieht.

Eines ist klar: Wenn man Flächenwidmungen vornimmt, dann muss man auch bedenken, dass auch Raum für Betriebe da sein muss. Es muss auch die Möglichkeit bestehen, Produktionsstätten hier zu halten. Dazu sei gesagt, dass wir in Wien 84 Prozent der Erwerbstätigen bereits im Dienstleistungsbereich beschäftigt haben, nur 16 Prozent in der Produktion. Das mag man einmal auf den ersten Blick gutheißen, das hat aber eine riesige Konsequenz. Es gibt meines Wissens keinen anderen großen Standort in Europa mit einem derartigen Unverhältnis, mit einem so hohen Dienstleistungsanteil bei so einem geringen Anteil an Produktionsbetrieben, sowohl industriell wie auch gewerblich wie auch im Handwerksbereich, und folglich auch die Schwierigkeit, dass Dienstleistung mit der gesamten Forschung und

Entwicklung und mit den Investitionen nur dann funktionieren kann, wenn man auch einen produzierenden Bereich dabei hat.

Das ist ein Trend, der natürlich auch mit der Flächenwidmung zu tun hat und mit der Frage, wie man mit Ressourcen einer Stadt umgeht, wie man mit Infrastruktur umgeht und wie man diese Möglichkeiten schafft, sehr geehrte Damen und Herren. Hier könnten Sie gute Impulse setzen, nämlich echte Investitionen für die Betriebe, aber in Wirklichkeit für die Menschen, die ja Arbeitsplätze brauchen. Damit würden wir weniger Menschen in der Mindestsicherung unterbringen müssen, und mir wäre lieber, die Menschen hätten einen Arbeitsplatz, wo sie ehrlich bezahlt werden und für ihre Leistung auch entsprechend Anerkennung erfahren. Das wäre viel sozialer und viel anerkennungswürdiger als Ihre Politik, verehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es bleibt mir abschließend festzuhalten – das wird Sie natürlich nicht überraschen –, dass wir diesem Budget auch in diesem Teilbereich unsere Zustimmung nicht geben werden. Wir nehmen mit und erkennen an, es ist ein rotes Budget in jeder Hinsicht, sowohl politisch wie auch vom Defizit her. Es ist ein katastrophal rotes Budget vom Defizit her.

Was die GRÜNEN betrifft, werden wir im Vollzug dann sehen, was sie daraus machen. Wir geben ihnen sicherlich die notwendige Zeit, sich hier zu profilieren, aber wir werden das mit entsprechend kritischem Auge beobachten, und wir hoffen, dass es für die Wiener und Wienerinnen nicht zu noch größeren Belastungen, sowohl im Verkehrsbereich als auch in der Geldbörse, kommen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dipl.-Ing. Gretner. Ich erteile es ihr.

GRin Dipl.-Ing. Sabine **Gretner** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte eigentlich nur ganz kurz auf meinen Vordränger eingehen, der sich eher so auf eine generelle Kritik der grünen Regierungsbeteiligung beschränkt hat und dann nur in Teilbereichen doch auch auf die Geschäftsgruppe eingegangen ist.

Zum Thema Arbeitsplätze: Ich finde, Sie sprechen das schon ein richtiges und wichtiges Thema an. Die Ansiedlung von Betrieben und Produktionsbetrieben ist jedenfalls sicher notwendig, um Arbeitsplätze zu halten und neue zu schaffen. Das geht auch über die Flächenwidmung. Aber ich glaube nicht, dass es daran scheitern wird, dass die Flächen nicht gewidmet werden, sondern daran, weil Wien für manche Produktionsbetriebe möglicherweise halt weniger attraktiv ist als andere Standorte. Ich glaube, da gilt es eher anzusetzen, und an der Flächenwidmung wird es dann sicher nicht scheitern.

Der Punkt ist nämlich folgender: Der Kollege hat sich auch sehr kritisch zum Flugfeld Aspern geäußert, und ich finde, ehrlich gesagt, wenn Sie sich wirklich ernst nehmen als Wirtschaftspartei, so wie Sie sich immer darzustellen versuchen, dann ist es doch eigentlich nicht sehr clever, ein Stadtentwicklungsgebiet, wo man versucht,

Betriebe anzusiedeln, von Anfang an schlechtzureden. Da gibt es wirklich tolle Grundlagen, Masterplan, Leitlinien, ein bemühtes Team, eine Entwicklungsgesellschaft, die hier wirklich neue Wege gehen wollen, auch im Bereich der Stadtentwicklung. Wenn Sie sich dann hinstellen und meinen, aus dem kann nichts werden, für welchen Betrieb ist es dann attraktiv, sich dort anzusiedeln? Also ich finde, Sie müssen da Ihre Logik in der Argumentation überdenken, wenn es Ihnen wirklich darum geht, dass diese Arbeitsplätze in Wien gesichert werden, wovon ich ausgehe.

Wie gesagt: Geben Sie dem Flugfeld Aspern eine Chance! Wir werden das Möglichste dazu tun, dass auch hier die grüne Handschrift sichtbar wird.

Somit komme ich eigentlich schon zu den Bereichen, die ich bezüglich der Budgetdebatte heute ansprechen möchte. Ich beziehe mich natürlich auch auf das Regierungsübereinkommen, weil da doch wesentliche Punkte festgehalten sind. Wir werden natürlich nicht alle im nächsten Jahr schon abarbeiten können, aber wir werden zumindest versuchen, möglichst viel davon in die Wege zu leiten.

Das Erste, was ich festhalten möchte, ist, dass wir in dem Ressort ein klares Bekenntnis zur Baukultur aussprechen. Wir sind uns alle einig, dass die gebaute Umwelt unser aller Leben sehr beeinflusst und dass wir Verantwortung tragen als öffentlicher Bauherr. Ich werde mein Möglichstes dazu tun, und wir alle werden, hoffe ich, da auch sehr gut zusammenarbeiten, dass die Bauvorhaben, die die Stadt Wien selbst als Auftraggeber und als Bauherr sozusagen abwickelt, bestmöglich abgewickelt werden. Und zwar natürlich in Kooperation mit den Dienststellen und auch der Baudirektion, um hier möglichst sinnvoll und einheitlich vorzugehen, sodass eben Baustellen, wie die in der Vergangenheit sehr umstrittenen, nicht mehr vorkommen. Zumindest nicht dort, wo wir wirklich direkten Einfluss haben, aber auch nicht dort, wo es um ausgegliederte Unternehmen der Stadt Wien geht.

Wir haben deswegen vereinbart, dass wir den Wettbewerbsleitfaden, den es ja schon gibt, gemeinsam weiterentwickeln wollen, auch mit den Interessensverbänden, mit der Kammer gemeinsam, um hier ganz klare Richtlinien weiter zu erarbeiten. Mir persönlich ist es auch sehr wichtig, dass wir hier auch die ausgegliederten Unternehmen der Stadt Wien einbeziehen, um hier nach fünf Jahren wirklich stolz sagen zu können, in dieser Periode sind die Bauvorhaben wirklich ordentlich abgewickelt worden.

Das betrifft jetzt in unserer Geschäftsgruppe und auch in Überschneidung mit einer anderen besonders Gebäude für unsere Kinder, und zwar Kindergärten und Schulbauten. Das ist auch ganz klar, dass wir da in den nächsten Jahren viel zu tun haben, einerseits in der Sanierung, aber auch im Neubau. Und auch hierfür gilt: Wir wollen nur die beste Qualität für unsere Kinder und Jugendlichen.

Um das zu erreichen, wird es auch notwendig sein, an den Instrumenten ein bisschen nachzuschärfen und die, die es schon gibt, weiterzuentwickeln. Ich habe das

eigentlich bisher bei jeder Budgetdebatte gesagt, ich möchte es auch diesmal sagen und es steht auch im Regierungsübereinkommen, dass wir eine Arbeitsgruppe einberufen werden, um den Widmungsgewinn zu prüfen. Für die, die das noch nicht kennen: Das ist eine so genannte Abschöpfung eines Planwertgewinns, das heißt, wenn eine Flächenwidmung stattfindet, dass man hier den Gewinn des Grundstückseigentümers um einen gewissen Prozentsatz insofern einschränkt, als er das Geld dann ins öffentliche Budget einbringt, das wiederum für Infrastruktur, vor allem eben für Schulen und Kindergärten, verwendet wird. (*GR Mag Alexander Neuhuber: Aber auch den Verlust!*) Den Verlust? Es ist ja jetzt schon so, dass man Entschädigung bezahlen muss, wenn man abzont. Das ist ja das Absurde. Wir wollen es auch umgekehrt machen, wenn man jemandem etwas schenkt und aufwidmet, also eine Systematik für beides.

Ich möchte eben dazu nur in Erinnerung rufen: In München gibt es das erfolgreich schon seit 15 Jahren. Hier wurden 450 Millionen EUR lukriert für Infrastrukturmaßnahmen, wie gesagt, vor allem für soziale Infrastruktur, freie Flächen, Grünflächen. Wir hoffen, dass dieses Vorhaben möglichst schnell budgetrelevant wird.

Was auch nötig sein wird, werden neue Widmungskategorien sein, in meinen Augen zumindest, aber die Arbeitsgruppe wird das dann noch genauer ausdifferenzieren, was dann wirklich notwendig ist. Aber ich glaube, dass die Diskussionen auch um das Stadtbild der letzten Jahre gezeigt haben, dass man hier, vielleicht um Konflikte in Zukunft früher vorzubeugen, schon schärfere Instrumente entwickeln muss.

Wir wollen die Stadt sicher nicht unter eine Glasglocke stellen als Weltkulturerbe, wo sich nichts mehr entwickeln kann, sondern wir wollen eigentlich, dass die Prämisse des Handelns die Qualität ist. Und zwar wollen wir einerseits die Qualität, die es schon gibt, erhalten, bewahren, auch mit Hilfe der Schutzzonen und in Zusammenarbeit mit dem Denkmalamt, aber andererseits wollen wir auch dafür sorgen, dass Qualität jetzt entsteht, und zwar Qualität, wo man vielleicht 2050 sagen kann, wir haben heute neues Weltkulturerbe geschaffen.

Das dritte große Thema, das ich ansprechen möchte und das auch ganz klar herauslesbar ist aus dem Regierungsübereinkommen, ist der Schwerpunkt zur Frei- und Grünraumplanung. Wir sind davon überzeugt, dass der öffentliche Raum in der Stadt sehr wichtig ist, dass man ihm mehr Augenmerk schenken muss, und haben deshalb vereinbart, dass wir bis Ende 2012 ein Grün- und Freiflächenkonzept vorlegen wollen. Das heißt, das werden wir auch nächstes Jahr schon beginnen, und es wird dann in den STEP einfließen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, die anderen Geschäftsgruppen und auch Mitglieder des Gemeinderates, die in anderen Geschäftsgruppen tätig sind, einzuladen, hierbei mitzuwirken. Es ist ja eine übergreifende Thematik. Es hat einerseits die Geschäftsgruppe Wohnen mit der MA 69 damit zu tun, andererseits auch die Geschäftsgruppe Umwelt mit dem Stadtgartenamt und der MA 22, und ich hoffe, dass es uns gelingt, so eine magistratsabteilungsübergreifende Arbeitsgruppe zu schaf-

fen, damit wir das Ziel erreichen, das wir uns vorgenommen haben, nämlich innerhalb der nächsten Jahre für jeden Bezirk einen neuen Park zu schaffen. Auch um dieses Ziel nur annähernd zu erreichen, das wir uns sehr hochgesteckt haben, müssen wir wirklich nächstes Jahr schon sehr bald loslegen.

Ich möchte jetzt auch schon zum letzten Punkt kommen, der damit auch ein wenig im Zusammenhang steht, zum öffentlichen Raum. Das ist der Raum, wo wir uns alle begegnen. In Gebäuden, vor allem in privaten Gebäuden ist es ja nicht so, dass jeder ein- und ausgehen kann, aber im öffentlichen Raum ist es wirklich so, dass sich alle treffen und dass dort auch das Gefühl entsteht, in einer Stadt gemeinsam zu leben, und dass die Stadt eben uns allen gehört.

Zu diesem Themenbereich ist es uns besonders wichtig – und das ist, glaube ich, auch ganz klar herauszulesen –, dass das jetzt anders werden soll oder sagen wir einmal, früher stattfinden soll, das ist nämlich das Thema der Bürgerbeteiligung. Wir glauben, dass da eine bessere Information ein erster wichtiger Schritt ist, aber auch die Entwicklung von Modellen, die durchzuführen sind, nämlich standardisiert, die dann auch evaluiert werden sollen und dann langfristig ganz normal in die Planungspraxis einfließen sollen.

Das sind sehr große Vorhaben, aber ich glaube, sie sind durchaus bewältigbar. Man kann es vielleicht aus dem Budget jetzt nicht so direkt herauslesen, aber es ist machbar. Wir sind auf einem guten Weg, und wir stehen auch dafür, dass wir Interessensausgleich in der Stadt schaffen wollen, weil eben hier auch angesprochen war, Betriebe, Arbeitsplätze, die Bauwirtschaft und auch Investoren einzubeziehen, aber gleichzeitig auch die Bevölkerung.

Es war bisher ein Ungleichgewicht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das in Zukunft ein bisschen ausgewogener stattfinden kann, und ich glaube auch, dass wir das, wenn wir alle hinter diesen Zielen stehen – und davon gehe ich eigentlich aus –, gemeinsam erreichen können.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den GRÜNEN und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hoffe nur für uns alle, dass die Schlussworte der neuen Planungs- und Verkehrsstadträtin am Ende dieser Diskussion über diese Geschäftsgruppe anders ausfallen werden als jene der Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin Brauner, denn sie hat es in unnachahmlicher Art und Weise zustande gebracht, die vermeintlichen Splitter im Auge der Freiheitlichen zu entdecken, den Balken im eigenen Auge aber geflissentlich zu übersehen. Denn wenn es eine Partei in diesem Hause, in dieser Stadt, in diesem Land gibt, die wirklich auf „ihre Leute“ schaut, auf ihre Parteigänger, dann ist es die

SPÖ.

Wir haben da ja ein ganz aktuelles Beispiel, nämlich die Verlängerung der Vorstandsverträge des Flughafens noch im Jahr 2009, wo das Ausmaß des Fiaskos rund um den Skylink-Zubau schon längst auf dem Tisch lag. Damals war man noch bei 830 statt 400 Millionen EUR, mittlerweile sind wir bei 952 Millionen EUR statt ursprünglich geplanten 400 Millionen EUR, und ich bin mir sicher, die SPÖ bringt es zusammen, die Milliardengrenze zu sprengen. Im Jahr 2009 hat es Bgm Häupl trotzdem für notwendig befunden, die zwei Parteigänger der SPÖ im Vorstand, den Herrn Schmid und den Herrn Kaufmann, für weitere fünf Jahre zu verpflichten, und zwar zu einem fürstlichen Honorar. Jeder streift Monat für Monat über 30 000 EUR ein. Jeder der Herren, die nachweislich als Manager versagt haben, die die ganze Sache versemelt haben, jeder dieser Herrschaften aus den Reihen der SPÖ casht jedes Jahr 430 000 EUR ab und damit doppelt so viel wie der Wiener Bürgermeister.

Meine Damen und Herren, das sind Balken in den Augen der Wiener Sozialdemokraten, also nicht Splitter anderswo suchen. Ihr seid die Leute, ihr seid die Partei, die die Abcasher in dieser Stadt, in dieser Republik unterstützen. Und da machen die Leute – man sieht es an den Umfrageergebnissen – nicht mehr länger mit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber nun zu dieser Geschäftsgruppe, wo wir den Eindruck haben, dass die GRÜNEN nach dem Motto „Die GRÜNEN suchen das Supertalent“ – oder vielleicht heißt es „Spittelmania“, vielleicht „Wiens next Flop-Model“ – einen Contest ins Leben gerufen haben, wo sie Nachwuchstalente suchen, vielleicht für die Spittelberger Kleinkunsthöhle, und wo sich auch schon in der Angelobungssitzung, aber auch schon heute einige Favoriten herauskristallisiert haben.

Zum Ersten wären das David, der Kreidefresser, Rüdiger, der Schlangenmensch – der wird nachher eine Kostprobe seines Könnens geben – und Martin, der Michimacher. Diesen Ausdruck muss ich vielleicht ein bisschen erklären. Er war ja mitverantwortlich mit seinen grünen Kollegen, die sich ja nicht an die Roten verkauft haben, sondern verschenkt haben, wie man an Hand des Regierungsprogramms erkennen muss. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Hast du das überhaupt gelesen?)* Die wichtigen Kapitel schon. Inhaltsleer.

Ich komme dann eh zum Fluglärmkapitel, das ganze 7 Zeilen von 78 Seiten umfasst. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Was heißt, sieben Zeilen?)* Alle Achtung, Kollege Maresch, da hast du ganze Arbeit geleistet. Rüdiger, der Schlangenmensch. Das war schon die erste Kostprobe.

Aber Martin, der Michimacher, war ja mitverantwortlich, dass Bgm Häupl erneut unser Stadtoberhaupt geworden ist, trotz des Verlustes der absoluten Mehrheit. Der Kollege Margulies war ja früher, obwohl er uns wirklich nicht gut gesonnen war, immer sehr unterhaltsam hier am Rednerpult, er war angriffig, er war süffisant, er war voller Elan. Wenn man ihn heute da hat reden hören, hat man feststellen müssen: Er ist handsam, er ist fad, er ist streichelweich; so wie die gesamte Grüne Fraktion nur mehr ein Bild des Jammers abgibt. Die Abgeordneten

von der traurigen Gestalt, die sich der SPÖ mit Haut und Haar unterworfen haben.

Aber die Angelobungssitzung war ja überhaupt ein Thema für sich. Die GRÜNEN sind das volle Programm gefahren und haben dem „lieben Michi“ – so hat der Martin Margulies das ausgedrückt und hat dabei so viele Zähne gezeigt, wie man sie sonst nur beim Christoph Leitl sieht – ein Fahrrad geschenkt – Achtung, originell, ein Fahrrad von den GRÜNEN; da schau her! –, und dann haben die Standing Ovationen seitens der GRÜNEN überhaupt kein Ende finden wollen.

Also da hat der Ausdruck Fremdschämen wirklich eine völlig neue Dimension erfahren. Mit der Zeit wird das Fremdschämen aber anstrengend, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Also bitte macht es in den nächsten Wochen und Monaten selbst, ihr habt allen Grund dazu. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der nächste Bewerber bei „Spittelmania“: David, der Kreidefresser. Er hat 20 Minuten über Kärnten geredet. Wenn er über Vorarlberg geredet hätte, okay, wäre interessanter gewesen, dazu hätte er zumindest einen Bezug gehabt, aber über Kärnten? Das war langweilig, war auch eintönig und war auch immer wieder das Ewiggestrige, was ihr nicht alles gemacht habt und was unsere in Kärnten nicht alles machen. Er hat sich über Wien nicht zu reden getraut *(GR Mag Wolfgang Jung: Nicht dürfen!)*, aus gutem Grund, er hat nicht reden dürfen *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Maulkorberlass!)*, und darum hat er vorher das eine oder andere Packerl Kreide zu sich genommen. Aus Sicht der SPÖ sicher angenehm, aus Sicht der Wähler, die ihr bis zum 10. Oktober vertreten habt, natürlich eine herbe Enttäuschung.

Er hat ein Budget, zu dem die GRÜNEN kein Deko beigetragen haben – weil es die Roten nicht erlaubt haben –, hochleben lassen, hat es bejubelt nach nordkoreanischer Manier, dass mir die Gänsehaut gekommen ist. Noch vor einem Jahr hätte er dieses Budget in der Luft zerrissen – aus gutem Grund –, und jetzt muss er herausgehen und das Ganze ausgiebig bejubeln. Es hat ihm nur noch die rote Nelke im Knopfloch gefehlt. Aber ich bin sicher, mit der Zeit wird das auch noch kommen und ihr werdet dazu verdonnert. Vielleicht müsst ihr irgendwann sogar am 1. Mai auf dem Rathausplatz mitmarschieren? Ihr würdet es wahrscheinlich auch machen. Ihr habt euch an die Roten verschenkt. Es ist ungeheuerlich, was ihr eurer Wählerschaft angetan habt. Das ist zu verurteilen, meine lieben Freunde.

Aber irgendwann – und dieser Zeitpunkt ist sicher nicht fern – wird es euch zerreißen, und der grüne Spittelberg wird sich gegen das blaue Knittelfeld ausnehmen wie Simmering gegen Kapfenberg – das wird wirklich brutal –, und das blaue Knittelfeld wird dagegen in der Rückschau wie ein Kindergeburtstag wirken.

Und nun kommen wir zum Schlangenmenschen Rüdiger. Der hat die verblüffendste Wandlung, nämlich vom Paulus zum Saulus, durchgemacht, und das Ganze in drei, vier Wochen. Reife Leistung! Er ist daher für mich im Moment der Top-Favorit. Früher der wagemutige Kämpfer gegen den Fluglärm, der wackere Gegner jeder neu gebauten Straße, der Mann, der auf dem Fahrrad

schläft (*Heiterkeit*) und bereit ist, sich zu jeder Zeit am nächstbesten Grünzeug anzuketten - eben dieser Rüdiger Maresch gibt jetzt Interviews, dass mir zumindest schlecht wird. Er verbiegt sich, er eiert herum beim Thema Fluglärm. Und bezeichnend ist ja auch, dass Kollege Valentin, der normalerweise auf den Plan gerufen wird, wenn Fluglärmträge eingebracht werden, und der mir dann erklärt, warum ich mich nicht auskenne, heute nicht zu Wort gemeldet ist, sondern den Kollegen Maresch reden lässt. (*GR Erich Valentin: Abwarten! Abwarten!*)

Die Rollen sind also schon klar verteilt. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Weißt du, wie?*) Valentin hat dem Maresch gesagt: das, das, das!, und der Maresch geht dann raus und holt das Stockerl. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Ein Trumm Mannsbild, ein gestandenes, jahrelang wirklich auf der Seite der Bürgerinitiativen gewesen - und auf einmal vermeint man, bei ihm statt des Rückgrates einen Gartenschlauch auszumachen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: „Ja, genau!“ - Ironische Heiterkeit des GR Mag Rüdiger Maresch.*) Vielleicht stimmt es auch. Ich würde es ihm nicht wünschen, aber die Verwendung des Ausdrucks Gardena-Fraktion meinerseits sei nicht nur im Hinblick auf dich, sondern auch im Hinblick auf deine Kollegen in Zukunft zumindest gestattet. Du könntest im Cirque du Soleil auftreten: bändig, wendig.

Und, wie ich schon erwähnt habe, was das jahrelange Hauptthema des Rüdiger Maresch beziehungsweise der GRÜNEN an sich betrifft - es gibt ja auch eine sehr rührige Fluglärmgegnerin im Nationalrat, eure Verkehrssprecherin Gabriela Moser -, so hat es Rüdiger Maresch geschafft, 7 Zeilen in 78 Seiten hineinzureklamieren, und diese 7 Zeilen sind durchaus nichtssagend (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wie viele Zeilen hast denn du hineinreklamiert? Du hast null Zeilen hineinreklamiert!*), durchaus uninteressant, weil überhaupt nichts von den Forderungen der GRÜNEN drinnen steht. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ach so?*)

Im Wahlkampf waren wir ja gemeinsam bei einer Diskussion bei der Bürgerinitiative „Liesing gegen Fluglärm“ (*GR Mag Rüdiger Maresch: Jetzt kommt die Wunschvorstellung!*), wo die anwesenden Mandatäre zum Ersten gefragt wurden, für wen sie sprechen: für sich selbst, für die Bezirksorganisation, für die Landesorganisation oder für die gesamte Partei, und wo Rüdiger Maresch gesagt hat, er spricht natürlich für die gesamten GRÜNEN. Und eine Frage der Bürgerinitiative war natürlich: Wie schaut es mit der Flugroute über Liesing aus, wenn ihr in die Regierung kommt? - Und da hat Rüdiger Maresch gesagt ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das wird verhandelt!*)

Nein, nein, das hast du nicht gesagt! Du hast nichts vom Verhandeln gesagt! Ich habe zwischen 50 und 100 Zeugen - ich habe es damals nicht nachgezählt -, er hat gesagt: Das ist eine absolute Koalitionsbedingung! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das habe ich nicht gesagt!*) Wenn die Flugroute nicht wegkommt, gibt es keine Regierungsbeteiligung der GRÜNEN! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das hättest du gern gehört!*) Ich habe 50 oder 100 Zeugen. Er hat gesagt: Das ist absolut nicht disku-

tiertbar! Diese Flugroute muss weg!

Heute hört sich das natürlich schon etwas anders an. Jetzt wird verhandelt mit der Austro Control, mit dem Flughafen, mit dem Salzamt, mit allen wird verhandelt. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Mit wem verhandelst denn du? Du verhandelst mit dem Strache!*) Es ist so ähnlich wie bei der Wahlrechtsreform, da wird eine Arbeitsgruppe gegründet. Jetzt wird auf einmal verhandelt, ohne Zeitrahmen. Es wird nicht einmal gesagt, wer jetzt verhandelt. Rüdiger Maresch ist auf einmal der Verhandler, der Evaluierer. Der Nachtfluglärm wird auch evaluiert. Da haben sie noch geschrien vor einem halben Jahr: Unglaublich! Die Greiser-Studie, eins zu eins umzulegen auf Wien! Nachtfluglärm macht, so wie der andere Fluglärm, krank! Das muss unbedingt gemacht werden, das Nachtflugverbot muss durchgesetzt werden von 22 Uhr bis 7 Uhr Früh! - Jetzt wird das Ganze auf einmal evaluiert, und es soll eine Studie in Auftrag gegeben werden. Das muss ich vorlesen, das hat mir besonders gut gefallen: „Weiters wird eine Studie – Klammer: ähnlich der Greiser-Studie - erstellt, die mögliche Zusammenhänge von Nachtflügen über Wien und die Gesundheitsauswirkungen derselbigen analysiert.“ - Das klingt jetzt so, als würdet ihr daran zweifeln, dass Fluglärm krank macht, vor allem in der Nacht. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Du weißt nicht einmal, was das ist!*) Genau so steht es drinnen: schwammig, null, nichts. - Rüdiger, das ist ein Fleck! Setzen! (*Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: Du hast keine Ahnung! – GR Mag Wolfgang Jung in Richtung GR Mag Rüdiger Maresch: Kommen Sie doch hier heraus und sagen Sie ...*)

Der erste Satz gefällt mir auch gut - den kann man wie einen Schwamm auswinden, der geht auf und zu: „Die Stadt Wien wird Gespräche mit der Austro Control zum Thema Optimierung des Fluggeschehens über Wien ... sowie zur Optimierung der Umsetzung der Verhandlungsergebnisse aus dem Mediationsprozess aufnehmen.“ (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wir haben das nicht unterschrieben! Das hast du unterschrieben!*)

Nein! Ihr habt zum Beispiel den Mediationsvertrag unterschrieben. Ihr habt ihn immer abgelehnt - und jetzt auf einmal verlangt ihr in einem Interview, dass der Mediationsvertrag einzuhalten ist. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Die FPÖ hat ihn unterschrieben!*) Ihr habt ihn ja aus gutem Grund nicht unterschrieben. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr habt ihn unterschrieben!*) Wir haben ihn nicht unterschrieben. Natürlich haben wir den nicht unterschrieben. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Na sicher! - GR Johann Herzog, auf GR Mag Rüdiger Mareschweisend: Der Herr Kollege soll sich zu Wort melden! Traut er sich nicht! Nicht immer dazwischenschreien!*)

Rüdiger, es ist alles okay, aber: Komm heraus und mach das hier am Rednerpult! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Der FPÖ-Minister Gorbach hat ...*)

Wir haben nicht zugestimmt, das weiß jeder, aber der Rüdiger sagt halt das, was ihm der Erich Valentin (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Vorschreibt!*) aufträgt. – „Brav, Rüdiger! Hast du gut gemacht! Du bekommst eine Eins!“ (*Heiterkeit bei der FPÖ.*)

„Darüber hinaus wird die Stadt Wien alle Verhand-

lungen begünstigen, die eine Kooperation der Flughäfen Wien und Preßburg zum Ziel haben." – „Wird begünstigen“, und wir werden schauen, und wir halten euch die Daumen. - Das ist alles schön und gut. Ich meine, diese Forderung ist eine Uralt-Forderung - seit, glaube ich, 20 Jahren - der Freiheitlichen. Da haben wir auch nichts dagegen. (GR Mag Rüdiger Maresch: ... Flughafen in Bruck an der Leitha ...) Da warst du noch nicht einmal da, hat das der StR Prinz schon gefordert. Damals hat es die SPÖ immer abgelehnt und hat gesagt: So ein Blödsinn! Was sollen wir mit Preßburg machen? Da gehen uns die Arbeitsplätze flöten! - Jetzt auf einmal klingt das schon ein bisschen anders.

Ich würde gerne noch mehr aus dem Fluglärmprogramm des Koalitionspapiers zitieren, nur steht nicht mehr drinnen. Darum werde ich jetzt zu den Anträgen kommen, die ich ja bewusst so gestaltet habe, gefinkelterweise ... (GR Mag Rüdiger Maresch: Hast du unsere alten Anträge abgeschrieben, gefinkelterweise?) – Nein, ich habe ein Potpourri zusammengestellt. Ich habe zum Beispiel das, was Gabriela Moser in Zeitungsartikeln und Pressediensten zum Thema Nachtflugverbot oder Flugrouten gefordert hat, hier hineingepackt und habe Forderungen der GRÜNEN aus dem Wahlkampf, aus Diskussionen eins zu eins übernommen, sodass die GRÜNEN natürlich nie in einen Gewissenskonflikt kommen können und nicht zu bitzeln anzufangen brauchen, weil das eins zu eins grüne Forderungen sind, die sich ja nicht innerhalb eines Monats um 180 Grad gedreht haben können.

Darum werde ich den ersten Antrag auch gleich einbringen, weil der Rüdiger schon gespannt ist wie ein Flitzbogen. (GR Mag Rüdiger Maresch: Gelesen habe ich ihn schon! Der ist ja sehr spannend!) Die Begründung liegt vor, und der Antrag ist ganz kurz gehalten, damit auch jeder hier zustimmen kann. Die ÖVP hat ja auch vor dem 10. Oktober einem ähnlichen Antrag, einem Antrag der Freiheitlichen zugestimmt, auch die GRÜNEN haben zugestimmt und haben eigene Anträge in dieser Richtung eingebracht. – Der Antrag lautet kurz und bündig:

„Der Gemeinderat spricht sich für die umgehende Rücknahme der Flugroute über Liesing aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Vielleicht habt ihr nur vergessen, es in das Koalitionspapier hineinzureklamieren, aber es war ein Versprechen von Rüdiger Maresch, von der Partei der GRÜNEN (GR Mag Wolfgang Jung: Das hätte der Van der Bellen im Gemeinderat ...): Wenn sie in dieser Stadt in eine Regierung gehen, dann kommt diese Flugroute weg, ohne Wenn und Aber. - Daher werden wir heute, oder besser gesagt, morgen, am Abend eine Mehrheit für diesen Antrag haben. Die Liesinger Bevölkerung wird sich bei den Grünen, bei den Schwarzen und bei den Blauen dafür bedanken.

Der zweite Antrag. - Ganz im Sinne von Gabriela Moser, die ich hier auch öfters zitiert habe, bringen die Freiheitlichen heute folgenden Antrag ein:

„Der Gemeinderat spricht sich für ein absolutes Nachtflugverbot, ausgenommen Ambulanzflüge, über

Wien aus.

Auch hier verlangen wir die sofortige Abstimmung.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Das sollte für die Grüne Fraktion - oder die Gardena-Fraktion, wie ich sie jetzt nennen darf - auch kein Problem darstellen, weil das ja eine langjährige Forderung dieser Partei ist.

Dann zu einem Thema, zu dem es ebenfalls eine Podiumsdiskussion gegeben hat - in Simmering, vor nicht allzu langer Zeit -, wo ich unter anderem auch mit Rüdiger Maresch gesessen bin (Rufe bei GRÜNEN und SPÖ: Jetzt kommt der Plan! Jetzt muss der Plan kommen! – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Da kennt er sich ja aus!), und zu dem es auch grüne Forderungen gibt, schwarz auf weiß. (Rufe bei den GRÜNEN: Jetzt kommt die Sackgasse! – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Jetzt kommt die Sackgasse!) Jetzt kommt die Sackgassengeschichte, die B228 oder, wie sie jetzt umbenannt worden ist, die Nussbaumallee. Das ist auch ein origineller Schachzug: die Nussbaumallee. Und wer es nicht weiß: Das betrifft das neu entwickelte Wohngebiet Mehrwert Simmering, nahe den Gasometern, wo nach Ansicht der GRÜNEN, auch nach Ansicht der SPÖ, eine Hochleistungsstraße durchgebaut werden soll, die es zu verhindern gilt. (GR Mag Rüdiger Maresch: Genau!) Bis zum 10. Oktober hat das auch noch gegolten, und die B228 wurde von den GRÜNEN - und wird von der FPÖ nach wie vor - abgelehnt. Die GRÜNEN haben dort in den angrenzenden Wohnbauten sehr stark mobilgemacht und haben dort auch, glaube ich, sehr gute Wahlergebnisse (Ruf bei der FPÖ: Gehabt!) einfahren können. Und darum wollte ich dieses Band, dieses eherne Band zwischen den GRÜNEN und ihren Wählern im Wohngebiet Mehrwert Simmering erneuern und bringe in eurem Sinne, mit euren Forderungen, diesen Antrag heute noch einmal ein.

Ich habe jetzt gar nicht die anderen Dinge miteinbezogen, nämlich dass den Leuten dort versprochen worden ist, bevor sie viel Geld in ihre Wohnobjekte investiert haben, dass die Schienen wegkommen, dass dort ein begrünter Panoramaweg errichtet wird. - Lange keine Rede mehr davon! Die Schienen müssen bleiben, betriebstechnisch notwendig und, und, und. – Weiters wurde versprochen: Ein Zentralpark wird errichtet. - Wir haben bei der Diskussion vom Kollegen Troch erfahren: Keiner weiß, wer das finanzieren soll, wer es je finanzieren wird. - Es sind also schon zwei Versprechen nicht gehalten worden. Auch das waren Forderungen der GRÜNEN: Schienen weg, Panoramaweg her, Zentralpark her, möglichst rasch!

Diese Forderungen habe ich jetzt einmal weggelassen, sondern nur die eine Maresch-Forderung hineingenommen. Er hat nämlich bei der entsprechenden Bürgerversammlung festgestellt, dass die dahin gehende Verkehrsuntersuchung ergeben hat, dass die B228, die jetzige Nussbaumallee, natürlich auch als Sackgasse realisiert werden kann. (GR Mag Rüdiger Maresch: Ich war nie dort!) Das kann man alles in Pressediensten von Rüdiger Maresch nachlesen. Darum habe ich diese Forderung von ihm ... (GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist

eine Verwechslung!) - Du hast zumindest einen Presse-dienst darüber geschrieben! Aber du bist auch nie in der Donaustadt und kandidierst dort immer, und kennst dich in der Lobau überhaupt nicht aus und redest darüber. Du bist nur alle paar Jahre dort, wenn sich 30 Hansln anketen und nach drei Wochen noch immer 30 Hansln dort sind und die Lobau-Besetzung als glatter Reinfall abgeblasen werden muss. (GR Mag Rüdiger Maresch: Du findest nicht einmal die Parkgarage im Donauzentrum!)

Der Rüdiger Maresch ist überhaupt ein Unikat. (GR Mag Rüdiger Maresch: Du hast dich verirrt im Donauzentrum!) Ein begeisterter Radfahrer - sagt er zumindest immer. Ich sehe ihn meistens im Auto herumfahren. (GR Mag Rüdiger Maresch: Du hast eine Halluzination!) Ich möchte nicht wieder diese Geschichte bringen - es ist schon ein bisschen her -: im alten Ford Mondeo. Der hat hinten hinausgeblasen und hat vielleicht noch die Abgasnormen von Tadschikistan erfüllt. (Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.) Den gibt es vielleicht nicht mehr. Hat er ihn gegen einen Jeep Cherokee eingetauscht? - Ich weiß es nicht. Aber ich kann mich noch erinnern, als wäre es gestern gewesen: in der Grillparzerstraße, wie er sich noch hinunterducken wollte, der Rüdiger. Aber ich habe ihn erspäht und habe ihm freundlich zugewinkt, wie er vom Rathaus weggefahren ist - gar nicht mit dem Rad, nicht mit zwei Rädern, sondern mit vier Rädern (GR Mag Rüdiger Maresch: Mit dem Jeep Cherokee?) - und die Abgase und den Feinstaub hinten nur so hinausgeschossen hat. (Heiterkeit. - GR Mag Rüdiger Maresch: Mit dem Jeep Cherokee bin ich weggefahren, oder was?)

Jetzt werden wir schauen, inwieweit seine Sackgasenforderung heute noch Gültigkeit hat. Im Sinne der Anrainer des Wohngebietes wäre es natürlich begrüßenswert, dass dort keine Hochleistungsstraße gebaut wird - die Kollegen Eisenstein und Hofbauer werden mir da natürlich zustimmen -, weil die Leute sonst unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in diese Gegend gelockt worden wären. Und das wollen wir wohl doch nicht. Darum werden wir heute folgenden Antrag einbringen - im Sinne der Anrainer und auch der GRÜNEN:

„Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Nussbaumallee, ehemals B228, als Sackgasse realisiert wird“, wobei wir auch hier die sofortige Abstimmung verlangen. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun noch zu einem ganz anderen Thema - ich sehe, ich habe nicht mehr sehr viel Zeit, aber damit nicht in ein paar Jahren jemand sagt, na, hättet ihr es doch verlangt!, ihr hättet es ja fordern können! -: Die U2 wird verlängert auf das Flugfeld - Gott sei Dank bevor dort etwas gebaut wird -, soll 2013 auch das Flugfeld erreichen. Rundherum werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren 25 000 Leute angesiedelt, und wir brauchen dort natürlich - vielleicht ist es auch in Planung? - ein Polizeiwachzimmer oder eine Polizeiinspektion, wie es richtigerweise heißen muss, in ausreichender Dimension. Und das soll in der Art und Weise passieren, dass nicht, wie es hinter den Kulissen schon zumindest diskutiert wird, zwar dort etwas errichtet wird, aber auf der anderen Seite Polizeiinspektionen in Eßling, in Hirschstetten, in Aspern geschlossen werden. Denn als gebürtiger Donaustädter

oder als vor einigen Jahren zugereister Donaustädter weiß man, dass sich die Siedlungsgebiete rund um das Flugfeld ohnedies schon seit einigen Jahren im Würgegriff der organisierten Ostkriminalität befinden und dort Einbruchsdiebstähle an der Tagesordnung sind. (Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.) - Du kennst dich dort nicht aus, du wohnst ganz woanders. Dich muss man zur Lobau lotsen. Und für dich und für den Tschirf haben sie ja auch diese großen Donaustadt-Schilder überall hingestellt, damit du weißt, wo du bist.

Darum bringen wir auch hier und heute diesen Antrag ein, dass sich der Gemeinderat dafür ausspricht, in der Seestadt Aspern im Zuge der Entwicklung des Areals eine Polizeiinspektion mit zumindest 36 systemisierten Planstellen zu errichten, ohne bestehende Polizeiinspektionen in den umliegenden Bereichen zu schließen. - Auch hier wird die sofortige Abstimmung beantragt. (Beifall bei der FPÖ.)

Abschließend und der Ordnung halber sei auch noch bemerkt - ich habe leider nur einen Teil der Versäumnisse der SPÖ in den letzten Jahren und einen Teil der Patzer im Koalitionspakt ansprechen können -: Es ist natürlich klar, dass die Freiheitliche Partei dem Rechnungsabschluss dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen kann. - Danke. (Beifall bei der FPÖ. - Ruf bei der FPÖ: Fortsetzung folgt!)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Hora. Ich erteile es ihm.

GR Karlheinz **Hora** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Ich war bis jetzt der Meinung, wir sollten über das Budget 2011 diskutieren. Kollege Mahdalik hat schon über den Rechnungsabschluss diskutiert. Also er ist schon damit einverstanden, er ist sehr fortschrittlich. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Er ist einen Schritt voraus!) Er ist einen Schritt voraus, wie immer. Normalerweise kommt er zu spät, diesmal kommt er etwas zu früh. (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Das ist nicht wirklich gut!)

Aber, meine Damen und Herren, das war nicht Inhalt der Debatte des heutigen Tages. Erlauben Sie mir daher jetzt, darüber zu reden, was in den nächsten Jahren vor sich gehen wird. Was heißt eigentlich Budget? Ein Budget ist eigentlich eine Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben in staatlichen beziehungsweise in öffentlichen Haushalten. Und es gilt natürlich auch in unserer Geschäftsgruppe, einen Haushaltsplan zu erstellen, um diesen Haushaltsplan auch durchzuführen. Und hinter diesem Haushaltsplan steht eine große Anzahl von verschiedenen Projekten kleiner und großer Natur.

Erlauben Sie mir eine Bemerkung: Ich darf heute in meinem zehnten Jahr hier stehen, und es ist zum ersten Mal ein Budget, das von zwei Regierungspartnern getragen wird, bei dem ich dabei sein darf. Ich bin 2001 in das Haus gekommen, nach einer Koalition - jetzt ist es wieder eine Koalition, eine politische Koalition von GRÜNEN und Sozialdemokratie; in der Farbenlehre spricht man von Grün und Rot. Die Regierungsparteien haben hier 49

und 11 Sitze; ich könnte es auch in Prozenten ausdrücken.

Eigentlich will ich jetzt direkt zum Thema unserer Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr kommen, aber nach den einführenden Worten des FPÖ-Redners Toni Mahdalik ist mir sofort eingefallen, einmal zu googeln: Ich habe einmal nachgeschaut, ob sich diese alte Pratergeschichte noch irgendwo wiederfindet. *(GR Johann Herzog: Die vom Vorplatz? – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Prater-Vorplatz?)* Ich kann mich erinnern, Herr Kollege, dass ich als Kleinkind im Prater war, und da gab es diesen Märchenerzähler, den „Onkel Toni“. *(Ironische Heiterkeit bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)* Wie gesagt, ich konnte es nicht googeln, also ich habe es nicht mehr gefunden. Ich werde in alten Geschichtsbüchern nachschauen. Vielleicht kann ich es dir geben, Kollege Mahdalik. Du hast ja auch gewisse Beziehungen zum Prater. Vielleicht kannst du dann dort eine Parzelle erwerben und weitertun.

Aber er ist in guter Konkurrenz: Ein Berliner hat mit der heutigen Aussage des Toni Mahdalik Konkurrenz bekommen, und zwar der Toni Mahoni - er schreibt sich etwas anders als du. Das ist ein Berliner Sänger und Geschichtenerzähler, der sich auch in Mallorca herumtreibt. Ich werde gerne den Kontakt zwischen euch herstellen, damit du gemeinsam mit ihm Geschichten und Sagen und Sonstiges entwickelst. *(GR Mag Wolfgang Jung: Er kennt ihn offenbar!)* Die Ansatzpunkte hast du dafür. Wir würden uns darüber sehr freuen. - Und das ist auch schon das Ende jenes Teils meiner Ausführungen, in dem ich heute auf deine Reden eingehe. Toni, wir werden noch mehr Gelegenheit haben, auch auf fachlicher Ebene zu reden. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Eine sachliche Replik! – GR Johann Herzog: Das waren ja Anträge! Was hat das mit Geschichten zu tun?)*

Meine Damen und Herren! Ein wichtiger Schwerpunkt für unsere Geschäftsgruppe im Jahr 2011 ist auch die Stärkung der regionalen Kooperation. Auf dieses Thema wird selbstverständlich meine Kollegin Schrödl, die nach mir noch zu Wort kommen wird, eingehen. Ihre Ausführungen dazu kommen sozusagen aus berufenerem Munde, denn sie hat sich mit dieser Thematik schon einige Jahre beschäftigt.

Was für mich aber besonders wichtig ist und als Schwerpunkt für die nächsten Jahre gilt, ist die Erstellung des Stadtentwicklungsplans. Wenn heute eine Wirtschaftspartei der Meinung ist, dort, wo zum Beispiel Wohnbau gewidmet ist, ist kein Grund für Betriebe, dann stimmt das nur peripher. Auch Dienstleistungsbetriebe, die in dieser Stadt angesiedelt sind und auch im Stadtentwicklungsplan ihren Niederschlag finden, sind Betriebe! Sie sollten den Stadtentwicklungs-Arbeitsausschuss auch besuchen - einige Ihrer Ehemaligen haben ihn besucht -, denn dort hätten Sie auch gesehen, dass es natürlich auch einen Betriebskataster gibt, wo die Möglichkeit besteht, entsprechende Betriebe anzusiedeln.

Und, meine Damen und Herren, das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass die Wirtschaft in Wien wächst! Das lässt sich ja auch daraus ablenken *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ableiten!)* - oder ableiten, ich korrigiere, mit

Absicht: ableiten -, dass wir in den letzten 10 Jahren 135 000 Menschen dazugewonnen haben. - Nur zur Klarstellung für die FPÖ: Das sind nicht alle Menschen aus Drittstaaten, das sind Menschen aus EU-Staaten und, was ganz spannend ist, auch Menschen aus insbesondere zwei Bundesländern, nämlich aus der Steiermark und aus Kärnten - damit Sie beruhigt sind. Die Zahlen können Sie natürlich gerne bei der Statistik Austria nachlesen.

Meine Damen und Herren! Hand in Hand mit einem Stadtentwicklungsplan geht auch der Masterplan Verkehr. Und ich glaube, gerade der Masterplan Verkehr im ersten Teil, den wir gestaltet haben, der in der ersten Umsetzung ist und jetzt eine Fortschreibung bekommt, hat gezeigt, dass das Schwergewicht auf den öffentlichen Verkehr und auf den Radverkehr gelegt wird. Die Wienerinnen und Wiener haben selbstverständlich auch dementsprechend reagiert und haben den Anteil erhöht. *(GR Mag Wolfgang Jung: Mit dem Fahrrad fahren, ist viel zu gefährlich in der Stadt, hat der Bürgermeister gesagt!)* - Herr Kollege Jung, ich verstehe, dass Sie nicht mit dem Rad fahren wollen oder können. *(GR Mag Wolfgang Jung: Der Bürgermeister hat das gesagt, gestern im Interview: Zu gefährlich, in der Stadt Rad fahren!)* Wenn Sie schon zitieren, dann sollten Sie sich die Mühe machen und alles zitieren. Aber ich kann gerne auf meinen Platz gehen und alles zitieren, Kollege Jung. *(GR Mag Wolfgang Jung: Da muss er eine ganze Seite vorlesen!)* Das ist immer Ihre Eigenschaft: Sie suchen nur einen Satz heraus. *(GR Mag Wolfgang Jung: Fragen Sie den Bürgermeister, was er gesagt hat!)* Aber - ich komme ja auch öfters mit dem Rad - ich mache mit Ihnen gerne einmal eine Radtour, auch nach Liesing hinaus, damit Sie sehen, wie ungefährlich das ist und dass man auch in der Stadt mit dem Rad fahren kann. *(GR Johann Herzog: Vom Bürgermeister ist die Rede! – GRin Christine Marek: Das ist doch Ihr Chef!)* Unser Chef fährt sicher auch dann und wann mit dem Rad. Ich werde sicher auch mit ihm darüber sprechen. Ich werde Sie aber auch einladen - Sie können gerne mitfahren, das ist kein Problem. *(Ironische Heiterkeit bei GRin Christine Marek.)*

Meine Damen und Herren! Genau das ist eben ein wichtiger Bereich, den wir in den nächsten Jahren entwickeln wollen und entwickeln werden. Und da gibt es natürlich auch verschiedene Teile, zum Beispiel die Freiraumgestaltung. Eines der wichtigsten Dinge in einer wachsenden Stadt ist, sich auch um die Freiraumgestaltung zu kümmern. Ich glaube, dass wir da einen richtigen Weg gegangen sind, sowohl mit dem 1 000-Hektar-Plan als auch mit der Festlegung - wenn Sie das Koalitionsübereinkommen anschauen, dann sehen Sie, dass das drinnensteht -, dass 50 Prozent Grünraum bleiben müssen, aber was die restlichen 50 Prozent betrifft, so gehört auch ein Freiraum dazu - wie Plätze, breitere Gehsteige, breitere Aufenthaltsflächen -, um auch den Raum für Fußgänger, für Radfahrer, aber auch für die Autofahrer nicht zu kurz kommen zu lassen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Und gerade im Jahr 2011 wird ein Teil auch in die Realität umgesetzt werden. „Ein Teil“ bedeutet in diesem

Fall, dass es für den Radverkehr auch neue Strecken geben wird. Ich nenne hier als Beispiel das Thema Ring-Rund, eine wichtige Verbindung für Radfahrer, die auf diesen Strecken unterwegs sind. Es wird aber auch im 2., im 20. und im 21. Bezirk größere Radwegrealisierungen geben, neben vielen kleinen Lückenschlüssen, die in den einzelnen Bezirken stattfinden.

Aber das Wichtigste an der ganzen Geschichte ist, dass man den Verkehr, auch die Straßen, die Plätze, sozusagen fair teilt. Meine Damen und Herren, ich habe dieses Projekt „Straße fair teilen“ auch international schon einmal vertreten dürfen. Es hat große Beachtung gefunden, weil es ganz einfach die in der Realität bestehende Notwendigkeit widerspiegelt, den Raum, den städtischen Raum den Menschen wieder zurückzugeben, nicht alles zu verbauen, sondern auch einen gemeinsamen Weg zu finden - also dort, wo es sein muss, den Autoverkehr zu haben, dort, wo es sein kann, den Fußgängerverkehr zu haben, und dort, wo es sein kann, auch den Radverkehr zu haben. Jeder von uns hat ja heute schon ganz offen immer jenes Kapperl auf, mit dem er sich gerade bewegt. Das ist für ihn im Augenblick des Bewegens, des Mobilseins die wichtigste Voraussetzung.

Zu dieser wichtigen Voraussetzung gehört auch - und glauben Sie mir, das ist ein ganz wichtiger Punkt! - die Verkehrssicherheit. Und gerade die Verkehrssicherheit, und das lässt sich sogar statistisch belegen, hat in den letzten Jahren dazugewonnen. Ich habe mir hier einen wichtigen Satz aufgeschrieben. Ich wollte eigentlich eine Frage an die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen - aber da müsste einer jetzt rot werden, denn heute in der Früh habe ich gesehen, wie er bei Rot über die Kreuzung gegangen ist: Wer bleibt wirklich bei einer roten Ampel stehen? Dass jemand bei Rot über die Kreuzung geht, das kommt immer wieder vor, aber von Mandataren hätte ich mir erwartet, dass sie es nicht tun. Meine Damen und Herren, Verkehrssicherheit heißt auch Vorbildwirkung! Vorbildwirkung heißt auch, bei einer roten Ampel, auch wenn kein Auto daherkommt, stehen zu bleiben. (*Zwischenruf.*) Ich habe auch von einem männlichen Kollegen gesprochen, Frau Kollegin - ausnahmsweise.

Im Bereich sicherer Mobilität gehen wir auch den Weg, dass wir im Jahr 2011 die Unfallhäufungsstellen weiter sanieren, weiter entsprechende Schwerpunkte der Verkehrssicherheitsarbeit setzen werden. Nicht nur die Schulverkehrspläne, die gemeinsam mit der AUVA gestaltet werden und die immer mehr zum Tragen kommen, sind da ein Mosaikstein, sondern ein Thema ist auch die Radfahrprüfung für Volksschüler, für Kinder mit zehn Jahren, um auch die entsprechende Eignung für das Fahren mit dem Rad in dieser Stadt - auf Radwegen, auf Radstreifen - zu gewährleisten.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch Experimente. Eines der Experimente - und das wird sicher ein Punkt sein, über den wir nachdenken werden müssen und den wir ausbauen werden müssen, um im Sinne der Verkehrssicherheit präventiv tätig zu sein - wird die Schaffung von weiteren Rotlichtüberwachungskameras

sein, von Geschwindigkeitsmessanlagen und Sonstigem mehr, damit es für viele zu einem automatischen Verhalten wird, dass sie auf andere Verkehrsteilnehmer Rücksicht nehmen, und damit die Sicherheit in dieser Stadt noch gesteigert wird.

Meine Damen und Herren! Was Sicherheit betrifft, geht auch in Richtung Bürgernähe. Seit Jahren gibt es daher die Ombudsstelle im Bereich der MA 46 betreffend Baustellen, betreffend Infoline Verkehr, wo es darum geht, darauf zu achten, dass vereinbarte Regeln nicht nur eingehalten werden, sondern auch sicherheitsmäßig dem entsprechen, was wir uns als Stadt vorstellen. In dieser Zeit hat es sehr viele Informationen und sehr viele Anfragen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger gegeben, und gerade im Verkehr brauchen wir uns ja nichts vorzumachen: Die Stadt hat etwa 1,7 Millionen Verkehrsplaner und 1,7 Millionen Stadtplaner, und da will die Information auch dementsprechend fließen.

Um den Inhalt nicht allzu lang zu machen, erlauben Sie mir, noch einmal ganz kurz auf das Koalitionspapier einzugehen. Kollegin Gretner hat ja schon sehr vieles daraus vorgestellt. Es ist übrigens im Internet abrufbar, jeder kann es also nachlesen. Ich glaube, dass es im Bereich der Stadtentwicklung ganz wichtig ist, die Stadt darauf vorzubereiten, dass die 2-Millionen-Grenze in den nächsten 20 Jahren erreicht werden könnte - wir wissen es nicht genau. Forscher haben einmal gesagt, die Stadt schrumpft, aber das Gegenteil ist passiert. Wir haben derzeit Zahlen, die darauf schließen lassen, dass die Stadt wachsen wird.

Wir haben uns daher in der Stadtentwicklung auch Schwerpunkte gesetzt für eine innere Erneuerung, wie zum Beispiel bei ehemaligen Bahnhöfen, Industriegebieten und, wenn Sie so wollen, Kasernenarealen. Wenn hier Kollege Stiftner - er ist momentan nicht im Saal, aber das spielt keine Rolle, er wird es nachlesen können - zum Beispiel über das Thema Hauptbahnhof spricht, dann hat er noch nicht zur Kenntnis genommen, dass gerade auch dort die Stadtplanung nicht nur einen entsprechenden S-Bahn-Ausbau vorsieht, sondern dass es dort auch eine Straßenbahnlinie geben wird, dass dort selbstverständlich auch ein Autobusnetz hingehen wird und dass die Frage jene ist, ob die U2 ins Wohngebiet fährt oder nur - unter Anführungszeichen - zum Hauptbahnhof.

Ich habe in diesem Zusammenhang dem Kollegen Hoch - er ist derzeit nicht im Saal - bei jeder Rechnungsabschlussdebatte und bei jeder Budgetdebatte erklären dürfen, dass der Hauptbahnhof in Zukunft ganz andere Aufgaben haben wird, als wir sie heute gewohnt sind; dass es Züge geben wird, die nicht in Wien beginnen, die nicht in Wien enden, sondern die ganz einfach durchfahren. Das heißt, diese Züge werden hier einen Halt haben. Es besteht aber die Möglichkeit, wenn der Zug zum Beispiel aus Prag kommt, dass er bei der U2-Station in Stadlau genauso stehen bleibt wie bei der U3-Station in Simmering, am Hauptbahnhof und in Meidling bei der U4. Das ist auch ein Konzept ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Was ist denn das für ein Zug? Das ist ein Bummelzug!*) - Herr Kollege Jung, dann sollten Sie sich ein-

mal internationale Züge anschauen. Das ist so! Herr Kollege Jung, schauen Sie sich einmal die internationalen Beispiele an! Das sind nur kurze Halte, und diese Halte haben auch den Sinn, mitten in die Stadt zu kommen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Abzubremsen, zu beschleunigen – das sind jeweils mindestens fünf, sechs Minuten!)* Herr Kollege, die sechs Minuten stimmen nicht. Sie haben nämlich keine Ahnung, welche Geschwindigkeitsbeschränkungen es auf innerstädtischen Strecken gibt. Da kann man nicht mit 200 fahren, Herr Kollege. Aber macht nichts! Ich lasse Sie gerne weiterreden, es ist sowieso nicht sinnvoll. *(GR Mag Wolfgang Jung: So ein Unsinn!)*

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen auch sagen, dass wir im Bereich des öffentlichen Verkehrsnetzes selbstverständlich im Koalitionsabkommen auch einiges berücksichtigt haben, was schon auf Schiene ist, sowie einiges, was noch auf Schienen kommen muss - Schienen im wahrsten Sinne des Wortes, nämlich der Ausbau von diversen Straßenbahnlinien im äußeren, aber auch im inneren Bereich der Stadt, wo man sich genau überlegen muss: Wo ist es notwendig, im öffentlichen Verkehr ein schienengebundenes Fahrzeug zu haben, und wo ein Fahrzeug, das mit Gummirädern betrieben wird? Oder: Wo wird es notwendig sein, auch die U-Bahn auszubauen? Es ist aber auch das Bekenntnis vorhanden, dass die nächste Ausbaustufe des U-Bahn-Baus paktiert ist und dass diese nächste Ausbaustufe auch gestaltet werden wird.

Und wenn wir heute über 300 ULFs im Jahr 2014 reden, dann ist das die Grundleistung, die in Wien während des Tages an Fahrzeugen unterwegs sein wird. Man wird bis 2014 mit jenen Fahrzeugen unterwegs sein, die die Barrierefreiheit fördern, man wird es aber nicht schaffen, darauf zu verzichten, Fahrzeuge, die noch in Betrieb sind und die technisch ausgereift sind, zumindest in den Spitzenzeiten als zusätzliche Fahrzeuge anzubieten. Und wenn ich international vergleiche, was die Intervalle betrifft, dann liegen wir in Wien mit den engsten Intervallen unter den Großstädten an der Spitze. Man denke nur etwa daran, dass in Berlin zum Beispiel bei den Straßenbahnen auch in der Rushhour nur ein 10-Minuten-Takt angeboten wird. Da liegen wir weit, weit höher.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Ende meiner Ausführungen kommen. Ich möchte hier und heute die Gelegenheit nutzen, im Namen meiner Fraktion - ich durfte einige Jahre Vorsitzender des Stadtplanungs- und Verkehrsausschusses sein - allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe für die erbrachten Leistungen zu danken. Ein Danke unserer Fraktion an Sie für die geleistete und nicht immer einfache Arbeit! Der Rechnungsabschluss 2010 wird noch einmal diese Leistung widerspiegeln. Wie gesagt, danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und ich würde die Abteilungsleiter ersuchen, dies auch ihren Mitarbeitern mitzuteilen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich habe schon zu Beginn mitgeteilt, dass das für mich die zehnte Budgetdebatte in diesem Haus ist. Noch nie habe ich erlebt, dass die Opposition zugestimmt hat. *(GR Mag Wolfgang Jung: Kein Wunder! Nicht einmal die*

*GRÜNEN haben zugestimmt! Da waren sie ja nicht dabei!)* Ich verkneife es mir daher heuer auch zum ersten Mal, Sie aufzufordern mitzustimmen, aber lassen Sie mich einen einzigen Satz noch dazu sagen: Eigentlich hätte ich mir erwartet, dass die Opposition im Vorfeld gekommen wäre und einige Budgetpunkte verlangt hätte. Heute ist es ganz spannend, dass wieder eine Vielzahl von Anträgen von den Oppositionsparteien kommt, um das eine oder andere noch rasch in das Budget hineinzu-reklamieren oder das Budget zu ändern. Ich glaube, das zeigt, dass die Opposition - und Kollege Mahdaliq hat es ja mit einigen inhaltlichen Informationen ausgeführt - nur bestrebt ist, hier die zwei Tage abzulegen, aber nicht eine konstruktive Arbeit mit durchzuführen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das geht ja gar nicht! Ihr gebt uns ja nicht einmal die notwendigen Arbeitsplätze, dass wir mitarbeiten, wenn wir nicht am Tisch hauen!)*

In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit in dieser Regierungskoalition und kann den beiden Fraktionen nur eines empfehlen: Ich habe mir unser Budget für diese Geschäftsgruppe angeschaut und kann nur empfehlen, diesem Budget insgesamt und auch dem Budget unserer Geschäftsgruppe zuzustimmen. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Ing Mag Dworak. Ich weise darauf hin, dass ab jetzt die Redezeit 15 Minuten beträgt. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zuerst zu Charly Hora: Es gibt natürlich Gummiräder auf Schiene! Bekanntlich gibt es das in Paris. Man sollte also nicht nur Schiene und nur Gummiräder sehen. Aber das, glaube ich, steht nicht zur Diskussion.

Wenn man sich das vorliegende Budget anschaut, dann fällt die gewohnte Handschrift auf, die im Wesentlichen durch eine Fortschreibung der altbekannten Budgetzahlen charakterisiert ist. Das war schon in den letzten Jahren ein Negativum der SPÖ-Rathausmehrheit, und aus der Sicht einer innovativen Stadtplanung ist es eher traurig. Aber es ist uns gänzlich unverständlich, warum Sie nicht diese neue Legislaturperiode, die ja, wie von den GRÜNEN betont wird, einen glanzvollen Neubeginn darstellt, nutzen, um neue Akzente zu setzen.

Dieses Budget beweist demnach eindringlich, dass auch die neue Rathausregierung - GRÜNE hin oder her - nicht die Kraft für einen Neustart in der Stadtplanungspolitik dieser Stadt hat. Es zeigt auch, meine Damen und Herren, welche marginale Bedeutung die GRÜNEN in dieser Stadtregierung einnehmen werden. Obwohl sie Regierungspartner sind und obwohl sie immerhin ein Ressort mit rund 1 Milliarde EUR Budget übernehmen, müssen sie dieses Ressort mit jener Budgetaufstellung übernehmen, die der SPÖ genehm ist.

Das ist kein guter Start für eine neue Legislaturperiode, weder für die GRÜNEN noch für die Stadtpolitik in dieser Stadt. Es ist erstaunlich, mit wie wenig Gestaltungsspielraum im Budget 2011 sich die GRÜNEN begnügen müssen. Womit kann man diese Genügsamkeit

begründen? Nur mit dem irrationalen Drang in diese Stadtregierung, den Sie nach den Wahlen entwickelt haben, meine Damen und Herren. An der Stelle der GRÜNEN wären wir weder angesichts der Ressortzuteilung noch angesichts des Wahlergebnisses und schon gar nicht mit so einem Regierungsprogramm derart optimistisch, was die Zukunft betrifft, meine Damen und Herren. Angesichts des Zustandes des Planungs- und Verkehrsressorts ist für positive Zukunftshoffnungen Ihrerseits, meine Damen und Herren, überhaupt wenig Platz. Was diesen Punkt betrifft, können die GRÜNEN ausnahmsweise nicht viel dafür.

Ihr Vorgänger, Frau Stadträtin, der heutige Klubobmann der SPÖ, hinterlässt ein Ressort, das im Wesentlichen eine Baustelle ist. Sie werden vielleicht jetzt sagen: Ich komme ja aus einer Baumeisterfamilie!, aber so leicht ist die Sache nicht. Die Baustellen, die Sie erben, ergeben einen stadtplanerischen Torso ohne Konzept und ohne Perspektive. Zehn Jahre lang wurde jetzt angekündigt, wurden Masterpläne, Leitlinien, Strategie- und Stadtentwicklungspläne vorgelegt, umgesetzt wurde aber kaum etwas, und wenn, dann schleppend und unvollständig.

Ich möchte jetzt ein Beispiel vorführen, das mir sehr am Herzen liegt. Es ist der Kunstplatz Karlsplatz. Schon 2001 hat der Herr Bürgermeister einen stadtplanerischen Geniestreich angekündigt. Gekommen ist nicht einmal ein schlechter Kompromiss. Heute wird darüber diskutiert, ob der Karlsplatz der ideale Standort für ein neues Wien Museum ist, neben sechs anderen Standorten, und die Kunsthalle ist noch immer ein Provisorium. Ein wenig Beleuchtung da, ein weiterer Fußgängerübergang dort, aber was ein stadtplanerisches Ganzes betrifft, so ist immer noch alles unklar. Vielleicht liegt es an den unterschiedlichen Zuständigkeiten: einmal die Wiener Linien, einmal die MA 28; es gibt etliche Zuständigkeiten am Karlsplatz. Diese Vorgangsweise zieht sich wie ein roter Faden durch die Stadtplanung der letzten Jahre: Eurogate, Hauptbahnhof, Aspern, Westgürtel - überall wurden stadtplanerische Themen angerissen, und die Ergebnisse beschränken sich meist auf Stückwerk.

Noch schlimmer ist es um die Verkehrspolitik bestellt. Hier wurden die Probleme jahrelang verdrängt. Es gibt keine Lösung der Pendlerproblematik, der Parkplatzsuchverkehr hat zugenommen anstatt abgenommen, und die Nordostumfahrung wird von einer Planung auf die andere verschoben.

Nein, Frau Stadträtin, mit der Überlassung dieses Ressorts sind für Sie keineswegs die Grundvoraussetzungen für einen politischen Höhenflug der GRÜNEN geschaffen. Der Erfolg Ihrer Strategien existiert nur in Ihrer Phantasie. Ihre einzige Chance wäre es gewesen, möglichst viele innovative Projekte in das Regierungsprogramm hineinzuverhandeln. Doch das ist eindeutig nicht geschehen, denn dort stehen nur Ist-Zustands-Beschreibungen, Gemeinplätze und Wiederholungen.

Eine Kostprobe, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen zum Thema Parkraumbewirtschaftung geben. Man findet folgendes Statement: „Autofreie Projekte sollen durch die Ermöglichung im Garagengesetz auch dort

möglich sein, wo bereits Widmungen bestehen.“

Was soll das genau? Gelten jetzt die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne nicht mehr? Wenn das die neue rot-grüne Stadtplanungspolitik in Wien ist, dann hoffe ich, dass sie über derartiges programmatisches Geholpere in irgendeiner Form hinausgeht. Sonst ist ein Jahrzehnt, kann man sagen, dauernder Projektstillstand in Wien weiter vorprogrammiert. Ich bringe mit meinem Kollegen Roman Stiftner drei Anträge zur Verkehrspolitik ein, und zwar zunächst betreffend die Erhaltung des öffentlichen Oberflächenverkehrs. Der Beschlussantrag lautet:

„Die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird im Rahmen ihrer auf Grund der Geschäftseinteilung festgeschriebenen Zuständigkeit für Beteiligungen der Stadt Wien aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass es in Zukunft im Zuge der U-Bahn-Verlängerungen nicht mehr zu Einstellungen oder Kürzungen von begleitendem öffentlichen Oberflächenverkehr kommt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite Antrag betrifft die rasche Anschaffung von Niederflurstraßenbahnen. Er lautet wie folgt:

„Die zuständige Stadträtin wird aufgefordert, bei den Wiener Linien dafür zu sorgen, dass spätestens 2014 alle Straßenbahnzüge auf Niederflurtechnik umgerüstet werden.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der dritte Antrag betrifft die Vorlage eines Berichts zur jüngsten schweren Panne in der U4. Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, dort mussten 200 Passagiere in der U-Bahn 2 Stunden warten, unter äußerst aufklärungswürdigen Informationen. Der Antrag lautet:

„Die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert, die Wiener Linien dazu anzuhalten, einen detaillierten Bericht zu den gegenständlichen Vorkommnissen in der U4 zu erstellen und diesen offiziell dem zuständigen Gemeinderatsausschuss der Stadt Wien vorzulegen.“

In formeller Hinsicht beantragen wir bei allen drei Anträgen die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich komme zur Parkraumbewirtschaftung und zu Ihrer Ankündigung, dass ein Ressort für BürgerInnenmitbeteiligung ein interessantes Ressort ist. Hoffentlich wird der Garagenbau in Zukunft klar sein, denn ein wesentliches Problem besteht bei den GRÜNEN, nämlich dass sie prinzipiell gegen jeden Garagenbau sind oder waren. Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Bei jeder Bürgerbeteiligung haben Sie Hoffnungen geweckt, dass Sie für alles eine Lösungskompetenz haben. Jetzt müssen Sie zeigen, was Sie können.

Auch in den nächsten zehn Jahren wird sich für Wien viel entscheiden. Dann wissen wir, ob diese Stadt den Sprung ins 21. Jahrhundert wirklich geschafft hat. Aber es bedarf natürlich einer ganzen Reihe von Voraussetzungen, und für die könnte es bald schon zu spät sein, weil manches schon verschlafen worden ist.

Es wäre nun die Aufgabe der neuen Stadtregierung, diese Defizite der Vergangenheit abzubauen. Ich fürchte nur, die Kombination der SPÖ-Mentalität „Wir san wir!“

und jener der eher naiv-ideologischen GRÜNEN in der Stadtplanung ist eher dazu angetan, dass wir in der Stadtplanung noch weniger positive Ergebnisse als bisher erwarten dürfen.

Was wir erwarten können, ist aber sehr viel koalitionsnäher Streit um dieses Ressort. Wenn Herr Bgm Häupl sagt, ihm ist lieber, er streitet mit den GRÜNEN um eine Straße als mit der ÖVP über Schulpolitik, so ist dies aus seiner Sicht sicherlich Zweckoptimismus, der dazu dient, ihm selbst das Leben leichter zu machen. Aber den Bürgern, meine Damen und Herren, wird der nun vorprogrammierte Streit zwischen Rot und Grün über so etwas wie den in den Augen des Bürgermeisters unwichtigen Straßenbau sicherlich das Leben nicht leichter machen.

Und die Bürgerinnen und Bürger werden, während der Bürgermeister seine letzten Runden dreht, weiter im Morgenstau stecken, auf neue Parks und Grünräume, architektonische Impulse und Projekte für die Sicherung der Zukunft warten. Und das wird sie vielleicht persönlich stärker treffen, als ob irgendjemand über die grundsätzliche Notwendigkeit von Zwangstagschulen diskutiert oder nicht. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Allein die Terminologie ist so ... – Ewiggestriger!)*

Allein die Ansage, in jedem Bezirk einen neuen Park schaffen zu wollen, scheitert an der Realität, meine Damen und Herren, denn dort, wo man sie brauchen würde, gibt es den Platz nicht, und dort, wo genug Platz ist, braucht man sie nicht.

Und deswegen werden wir dem vorliegenden Budgetentwurf, der all unsere Befürchtungen bestätigt hat, nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren! Es war ja wenig überraschend, dass die ÖVP und die FPÖ dem Budget nicht zustimmen *(StR David Lasar: Aber überraschend ist, dass Sie zustimmen!)*, und es war auch nicht sehr überraschend, dass von ihrer Seite natürlich Kritik kommt; überhaupt nicht. Aber was mich ein bisschen überrascht, ist, dass die FPÖ, nein, die ÖVP - das darf man nicht verwechseln, obwohl Herr Hoch vor Kurzem gesagt hat, die Blauen seien ihnen ja so nahe und es werde möglicherweise mehr Gemeinsames geben als vorher, also Schwarz-Blau in Wien -, was mich, wie gesagt, ein bisschen überrascht hat, war die Aussage von Bernhard Dworak, dass die GRÜNEN einen irrationalen Drang in diese Koalition gehabt hätten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Der war sehr rational! Vizebürgermeisterin!)*

Bei aller Wertschätzung, lieber Bernhard, muss ich sagen: Der irrationale Drang der ÖVP war so groß, dass ich vor nicht allzu langer Zeit in einem Interview in der „Presse“ gelesen habe, dass die Frau Leider-nicht-Vizebürgermeisterin Marek auf die Frage des Herrn Redakteurs: „Na, wie wird denn das sein mit der Vizebürgermeisterinnenschaft?“, gegenüber dem Redakteur der „Presse“ gesagt hat: „Der Herr Konrad hat mir versprochen, dass ich Vizebürgermeisterin werden werde.“

*(GRin Christine Marek: So ein Unsinn! Wo haben Sie denn das her?)* - Jetzt hat sie ein bisschen ein Problem mit dem Herrn Konrad, denn aus dem Versprechen ist irgendwie nichts geworden. Na, Pech gehabt! So ist das Problem. Und jetzt ist die ÖVP weinerlich, die vorher immer gesagt hat - wie war das geschwind? -: Die GRÜNEN sind so zerstritten, dass sie sie nicht einmal als Koalitionspartner der SPÖ wünschen würden. - Und jetzt haben wir zum Beispiel im goldenen 1. Bezirk eine Kampf Abstimmung, wo die Frau Bezirksvorsteherin knapp sozusagen die Nummer 2 und die Nummer 3 aus der Partei mehr oder weniger hinauszudrängen versucht und sie als feige Nasenbohrer bezeichnet. Als feige Nasenbohrer! - Also nicht schlecht, habe ich mir gedacht, die haben es sicher ganz lustig in der ÖVP. *(Zwischenruf von GRin Christine Marek. - GR Johann Herzog: Wer sitzt im Glashaus, Herr Kollege? – Ihr selber!)*

Jetzt ganz kurz zur FPÖ, denn das wird nicht allzu lange dauern. Ich meine, es war zu erwarten, Kollege Mahdalik hat ja schon ewig angekündigt, er wird Anträge zum Thema Fluglärm stellen. Und zwar hat er versehentlich angekündigt, er wird sie in der, wenn man so will, Angelobungssitzung stellen. Leider nein! Er muss sie heute stellen. Und – es ist ja interessant - wo stellt er sie? Er stellt sie nicht dort, wo Fluglärm eigentlich ressortiert, und zwar bei Frau StRin Sima, sondern er stellt sie hier, bei der Debatte zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. – Gut.

Jetzt ganz kurz: Nein, wir werden diesen Anträgen der FPÖ nicht zustimmen! *(Rufe bei der FPÖ: Geh? – GR Johann Herzog: Wer hätte das gedacht?)* Warum werden wir ihnen nicht zustimmen? - Weil diese Punkte zum Beispiel ohnedies im Koalitionspapier stehen, und zwar die Verhandlungen mit der ACG. Die haben wir ja auch als Antrag, das möchte ich nur kurz noch einmal einbringen, bevor ich weiterrede. Und zwar lautet dieser Antrag wie folgt:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, die Lärmbelästigung durch den Flugbetrieb am Flughafen Wien für alle Wienerinnen und Wiener möglichst gering zu halten. Zu diesem Zweck sollen Gespräche mit der Austro Control GmbH zum Thema Optimierung des Fluggeschehens über Wien - zum Beispiel Nachtflüge, Flugrouten - sowie der Umsetzung der Verhandlungsergebnisse aus dem Mediationsprozess aufgenommen werden.“

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung des Antrags.“ *(GR Johann Herzog: Das ist natürlich ein „harter“ Antrag! Härter geht er nicht mehr! – GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt trauen Sie sich nicht einmal, zu uns herzuschauen!)* - Dass die FPÖ schreien kann, wissen wir eh.

Weiter geht's. - Nochmals ganz kurz in Richtung des Kollegen Mahdalik: Wir haben einen Antrag. Wir haben im Koalitionspapier die Greiser-Studie drinnen, die werden wir auch machen. Kollege Mahdalik sollte sie vielleicht einmal lesen, sie ist ganz interessant. Wir hatten Herrn Greiser auch schon zwei Mal hier in Wien und haben damals vereinbart, dass wir, sollten wir doch eine

Koalitionsvereinbarung mit der SPÖ haben, versuchen werden, eine Greiser-Studie oder etwas Ähnliches in Wien zu bekommen.

Letzter Punkt zur FPÖ - dann werde ich mich wieder etwas anderem widmen: die B228. Es war ja interessant, dass die FPÖ erstmalig keine Durchzugsstraße will. Das hat mich damals auch gewundert in Simmering. Was dem Kollegen Mahdalik allerdings nicht aufgefallen ist: Dass die B228 natürlich nicht im Koalitionsübereinkommen steht. Warum? Weil da gar keine Hauptstraßen drinnen stehen! Denn da steht drinnen: Straßen werden saniert. (*Ironische Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.*) In dieser Legislaturperiode wird die B228 weder als Sackgasse noch als Durchzugsstraße gebaut werden. (*GR Anton Mahdalik: Das ist ja eine Allee! Die Nussbaumallee!*) - Dass Kollege Jung lachen kann, ist nett, aber er sollte sich vielleicht einmal das Koalitionspapier durchlesen, dann wird es besser werden.

Was das Flugfeld Aspern und die Polizei betrifft, so ist eigentlich völlig unklar, warum es da 36 systemisierte Planstellen geben soll. (*GR Johann Herzog: Ihr wollt 37, oder was?*) Das ist Hellseherei. Auch dem können wir nicht zustimmen. (*GR Johann Herzog: Nein, ihr wollt 37!*) - 36 steht bei mir im Antrag, aber vielleicht steht bei Ihnen 37. Bei mir steht 36. Soviel ich weiß, steht da 36. Und Sie, glaub ich, wollen mir jetzt dreinreden, und das brauch ich jetzt in Wirklichkeit nicht.

Der nächste Punkt, über den ich gerne reden möchte, sind die zahlreichen ÖVP-Anträge. No na kennen wir diese Anträge! Ein paar Mal - das ist interessant, und zwar, was die Niederflurstraßenbahnen beziehungsweise auch die Panne bei der U4 betrifft - ist offensichtlich natürlich die Finanzstadträtin gemeint, die steht auch unten drinnen. - Leider nein, denn es ist ein Beschlussantrag bei Stadtentwicklung und Verkehr. Da werden wir nicht zustimmen.

Interessant ist auch zum Beispiel die Geschichte mit den U-Bahn-Verlängerungen und den ÖV-Oberflächenlinien. Das steht im Koalitionspapier drinnen! Zu dem, was im Koalitionspapier drinnen steht, brauchen wir keine Aufforderungsanträge der ÖVP. Das Gleiche gilt für Citybike-Systeme und Elektrofahrräder: Das gibt's im Koalitionspapier.

Die VOR-Kernzonenerweiterung, die ist besonders interessant, denn die verhandelt im Moment gerade der Landesrat Heuras mit der Stadt. Das sollte die ÖVP wissen. Sie steht auch im Koalitionspapier drinnen.

Die Einhaltung der festgelegten Routenverteilung steht auch im Koalitionspapier drinnen. Es steht nämlich drinnen, dass der Mediationsvertrag in diesem Bereich einzuhalten ist. (*GR Anton Mahdalik: Den ihr abgelehnt habt!*) Das steht, wie gesagt, auch im Koalitionspapier drinnen.

Schaffung eines überregionalen Verkehrsausschusses. Das finde ich interessant. Es gibt den VOR, das Stadt-Umland-Management und die PGO und ein Regionalmanagement. Das müsste auch der ÖVP bekannt sein, weil in Niederösterreich ja die ÖVP mit absoluter Mehrheit regiert.

Bleibt die Errichtung der 6. Donauquerung. Na, da

werden wir wohl dagegen sein, oder? Das glaube ich schon. Und wenn das weitergeht, dann gibt's ja auch Planungen, und zwar die UVE. Dann hat ja der Herr Bürgermeister gesagt, dass es eine BürgerInnenbefragung gibt.

Nachdem ich das abgehandelt habe, noch ganz kurz Folgendes: Es wird einen Masterplan Verkehr 2013 und einen Stadtentwicklungsplan 2015 geben. In beiden wird es darum gehen, dass wir auch die Verkehrspolitik mehr oder weniger einem Klimacheck unterziehen. Es geht uns dabei vor allem um Rücksichtnahme auf Gesundheitsschutz, auf Lebensqualität und vor allem auf Klimaschutz, um eine Reduktion bei Feinstaub, eine Reduktion von Stickoxiden und eine Reduktion von Lärm. - Das ist einmal das eine.

Was ist dazu notwendig? - Es ist verstärkte Investition in den Umweltverbund, so heißt es darin, notwendig, 40 Prozent Steigerung beim öffentlichen Verkehr, eine Steigerung des Radverkehrsanteils auf 10 Prozent und, last but not least, die Senkung des Individualverkehrs um ein Drittel.

Wie werden wir das machen? - Wir werden gemeinsam mit den Bezirken Parkraumbewirtschaftung einführen. Wir werden das in der Parkraummanagement-Kommission diskutieren. Wir werden dort Studien in Auftrag geben, wo und wie das am besten funktioniert. Und dann werden wir das umsetzen. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt sind die Tempo-30-Zonen in Wien. Sie wurden von der Opposition kritisiert, unter anderem auch von der FPÖ. Ich glaube, es gibt in jedem Bezirk einen Resolutionsantrag gegen Tempo 30. - Man hätte sich die Statistik von Herrn Skoric anschauen sollen, die er im zugehörigen Ausschuss präsentiert hat. Daraus ging hervor, dass seit der Einführung der Tempo-30-Zonen die Verkehrstotenzahl in Wien um 50 Prozent gesunken ist. Heißt das in Wirklichkeit, dass der FPÖ das Leben der Menschen nichts mehr wert ist? - Ich hoffe nicht! (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich weiß! Sie sind ein Bundesheerler! Da schaut man sich das Leben auf der Welt ganz anders an! Ich weiß schon!

Wie schon gesagt: Wir wollen die Zahl der Verkehrstopfer in Wien weiter senken. Wir wollen Radfahren noch attraktiver machen und eine Fahrradkultur vorantreiben.

Last but not least möchte ich dazu noch sagen: Wir wollen auch die Parkraumbewirtschaftung auf ein eigenes Landesgesetz stellen, damit das auch besser handhabbar ist.

Nachdem schon so viel geredet worden ist und ich vielleicht noch ein bisschen Zeit brauche, möchte ich hier meine Ausführungen beenden. Kann ja sein, dass man noch Zeit braucht! - Danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.* - *GR Anton Mahdalik: Das war wirklich schwach!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau StRin Matiasek. Ich erteile es ihr.

StRin Veronika **Matiasek** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie nicht anders zu erwarten war, ist auch dieses Wiener Budget heute wieder als verbaler Hochglanzprospekt präsentiert worden, allerdings mit dem kleinen Unterschied zu den vergangenen Jahren, nämlich dass die Lobeshymnen nunmehr zweistimmig gesungen werden, und zwar mit einer kräftigen Bassstimme und einer etwas schwächlichen Falsettstimme.

Das Budget stellt die in Zahlen gegossene Politik einer Regierung dar. Dazu bedarf es einerseits der Betrachtung der Budgetzahlen, aber andererseits natürlich auch der kürzlich erfolgten Regierungserklärung der neuen rot-grünen Stadtregierung.

Wenn man sich das Kapitel Stadtplanung und Verkehr, das nun ergänzt wurde, ansieht, dann muss man natürlich auch den Zusammenhang mit den anderen Ressorts sehen. Ich möchte mich in meinem Redebeitrag vor allem auf den Zusammenhang mit dem davor diskutierten Wirtschaftsressort beziehen.

Wir haben heute wiederholt gehört, wie viel in Wien für die Wirtschaft geschieht und wie viel Wien für die Wiener Wirtschaft leistet, unter anderem auch für die Klein- und Mittelbetriebe. Dazu sage ich Ihnen: Frau VBgmin Brauner hat gemeint, dass man den Menschen zuhören muss. – Das ist immer gut! Das ist eine Verpflichtung für uns Politiker! Dann hören Sie sich aber auch die Schilderung der Situation der vielen Klein- und Mittelbetriebe an, vor allem jener in den dicht verbauten Bereichen Wiens, wo den Betrieben im unmittelbaren Zusammenhang mit einer verfehlten Verkehrs- und Stadtplanungspolitik nicht nur durch die Reduzierung von Förderungen oder durch die wirtschaftlichen Faktoren, sondern durch eine verfehlte Verkehrs- und Planungspolitik der Garaus gemacht wird beziehungsweise diese von diesen verfehlten Planungen, durch Verkehrsschikanen und durch eine deutliche Verminderung der Stellplätze, die dringend notwendig sind, schwerst betroffen sind.

Unmittelbar nach der rot-grünen Regierungsbildung hat man sich und hat sich vor allem der Herr Bürgermeister bemüht klarzumachen, dass es zu keinen Schikanen für den Individualverkehr kommen wird. Warum hat er das getan? – Weil das natürlich ein Hauptkritikpunkt war, weil die Menschen, die Wirtschaftstreibenden, die Familien in dieser Stadt sowie die Erwerbstätigen gefürchtet haben und mit Recht noch immer fürchten, dass die Politik der Schikanen und des Parkplatzklaus ihre Fortsetzung findet. Das wäre ja nichts Neues! Diese Politik wird ja nun schon seit Jahren in Wien betrieben, und natürlich lässt die grüne Regierungsbeteiligung den Schluss zu, dass diese Art der Verkehrspolitik ihre Fortsetzung finden wird.

Das bedeutete und bedeutet nach wie vor für viele Wirtschaftstreibende, dass sie ihren Betrieb auf Schmalspur führen müssen. Viele mussten schließen, viele sind ins Umland abgewandert, im günstigen Fall an den Stadtrand in die Flächenbezirke Wiens. Und ich mache mir weniger Sorgen um die Betriebsansiedlung in den großen Flächenbezirken und um den Wirtschaftsstandort in diesem Bereich, der heute auch schon angesprochen wurde, ich mache mir jedoch gemeinsam mit vielen Wirt-

schaftstreibenden sehr große Sorgen um die vielen wichtigen Klein- und Mittelbetriebe etwa im Bereich der Westgürtelbezirke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ihnen gerade im Bereich der Stadtplanung und der Verkehrspolitik gelungen, ganz gezielte Schikanen zu schaffen, etwa im Bereich von Abbiegerelationen und Einbahnführungen sowie durch Straßenverengungen und durch die riesige Ausweitung der berühmten Ohrwascheln auf überdimensionierte pollerbesetzte Plateaus, wo sich kein Mensch aufhält, die aber angeblich dem Aufenthalt im öffentlichen Raum dienen sollen. Sie haben es mit Parkplatzraub an der Oberfläche und einer viel zu geringen Anzahl von Stellplätzen in den vorhandenen Garagen oder in den gebauten Garagen geschafft, dass viele Klein- und Mittelbetriebe, die, wie wir auch heute schon wiederholt gehört haben, als Arbeitgeber und für die Nahversorgung unglaublich wichtig sind und die nicht nur einen wirtschaftlichen Faktor, sondern auch einen sozialen Faktor in dieser Stadt bilden, das Handtuch werfen mussten. – Daher ist es mein ganz dringender Appell, dass dieser Art von Politik ein Ende bereitet wird! Bei Betrachtung des vorhandenen Regierungsprogramms ist das jedoch leider nicht so zu sehen!

Sehr geehrte Damen und Herren! Es hat heute im Zuge der Diskussion um die Wirtschaftsbetriebe in Wien auch einen Beitrag von der SPÖ gegeben, aus dem hervorging, dass Sie sich jetzt ganz besonders auf die Betriebe konzentrieren wollen, die von Migranten geführt werden. – Wir als Freiheitliche sehen das so: Wer immer in Wien einen Betrieb beziehungsweise ein Unternehmen führt, hat sich an die hiesigen Gesetze, Regeln und Verordnungen zu halten, hat aber andererseits selbstverständlich auch den Anspruch auf die zur Verfügung gestellte Infrastruktur durch die Öffentlichkeit. Ladenöffnungszeiten gelten für alle, und genauso gilt auf der anderen Seite die Forderung nach einer guten Zufahrt oder nach Stellplätzen für alle. Wir wollen alle gleich behandeln, denn das ist für uns gelebte Integration in dieser Stadt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein Ausfluss Ihrer verfehlten Verkehrs- und Planungspolitik ist der Zustand vieler Wiener Geschäftsstraßen. Viele Wiener Geschäftsstraßen befinden sich in einer äußerst prekären Lage. Die Abwanderung solider Geschäfte einerseits und die Ansiedlung eines neuen Branchenmix, der im besten Fall aus Fetzenläden, Videotheken, aber auch dubiosen Geschäften und – nicht zu vergessen! – Spielsalons besteht, prägen die Erscheinungsform der neuen Geschäftsstraßen. Und was tun Sie dagegen, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Sie reden sich immer nur auf die Mieten und auf die Hausbesitzer aus. Ihre Maßnahmen sind Projekte, und in diesem Zusammenhang komme ich gleich auf ein rot-grünes Projekt zu sprechen, das es in drei Wiener Bezirken seit einiger Zeit gibt und das von den Bezirken, die sowieso mit ihren Mitteln kämpfen, mit 300 000 EUR finanziert wird. Es ist dies das Projekt „Lebendige Straßen“ in der Lerchenfelder Straße, in der Wallensteinstraße und in der unteren Hernalser Hauptstraße zwischen

Gürtel und Elterleinplatz. Sehr geehrte Damen und Herren! Bei diesen Projekten geht es um Aktionismus, und diese Projekte haben diesen Geschäftsstraßen überhaupt keine wirklichen Impulse gebracht! Eine solide Revitalisierung kann durch solche Projekte nicht entstehen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bei diesem Projekt gibt es beispielsweise Aktionen wie „Wir stellen kleine gelbe Stühlchen vor die Geschäftstüren.“ oder „Wir machen eine gemeinsame Fotosafari.“ Dabei haben die AkteurInnen viel Spaß, keine Frage, aber für die Geschäftsstraße selbst bringt das keinen Impuls. Wenn die kleine Gruppe von Personen, die sich da engagiert, durch die Straße wandert, kommt vielleicht ein bisschen mehr Lebendigkeit hinein, aber die angestammten, eingesessenen Betriebe erfahren dadurch keine Verbesserung. So darf und kann das im Bereich Geschäftsstraßen sicherlich nicht weitergehen!

Wir appellieren daher, einerseits nicht den Verkehr zu strangulieren, wie es jetzt der Fall ist, und andererseits durch ein gezielte Ansiedlung von Frequenzbringern aus dem halböffentlichen und dem öffentlichen Bereich für eine Belebung dieser Straßen zu sorgen. Nur so kann es gehen. Und natürlich gehört auch eine entsprechende Wirtschaftsförderung dazu, aber die haben Sie ja reduziert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dieses Beispiel betrifft – und das ist sicherlich auch der Frau Vizebürgermeisterin sehr gut bekannt – unseren Bezirk, wenn ich so sagen darf, nämlich Hernals, wo eine Reihe von Planungsfehlern in den letzten Jahren sozusagen ein deutliches Signal für die Gesamtplanungspolitik im gesamten Westgürtelbereich ist. Ich spreche jetzt etwa verfehlte Planungen von Plätzen an: Man setzt dort Prestigeobjekte hin, die kein Mensch will, die Millionen kosten und die wieder abgerissen werden müssen, und dann bewirkt sozusagen eine weitere Zwangsbemöbelung dieser Plätze eine erneute Geldverschleuderung.

Sie alle reisen gerne herum und schauen sich viel an: Nehmen Sie sich ein Beispiel an Städten, wo Plätze durch eine entsprechende Umgebung wirken, durch die schön sanierten Häuser und durch gute Geschäfte und Lokale, die rund um den Platz angesiedelt sind! Nehmen Sie hingegen Abstand von Ihrer Gestaltungskultur oder –unkultur, wie ich sie nennen will, dass jeder Platz in Wien, der neu gestaltet wird, zwangsbemöbelt wird, bis überhaupt kein Platz mehr für die Menschen ist, die sich dort aufhalten sollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie spielen in Ihren verkehrspolitischen Statements sehr gerne die Anzahl der Kfz-Halter gegen die Anzahl der Nicht-Kfz-Besitzer aus. Ich möchte dabei etwas zu bedenken geben: Diese Aufrechnung ist unzulässig, denn es gibt viele Menschen, die darauf angewiesen sind, dass sie geführt werden, nämlich Alte, Kranke und Gebrechliche. Und wenn der Verkehr in Wien weiter schikaniert wird, dann ist es den Familien beziehungsweise Freunden oder Nachbarn nicht mehr möglich, diese Menschen zu den Einrichtungen zu führen, die sie aufsuchen müssen.

Wir verstehen uns ja alle darauf, dass man heute die Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier

Wänden belässt. Das bedingt aber auch, dass einerseits die Menschen selbst transportiert werden können, dass es andererseits aber auch ein hohes Ausmaß an mobilen Diensten gibt. Und Pflegedienste und Hilfsdienste von „Essen auf Rädern“ über mobile Krankenschwestern und so weiter sind ja auch im steigenden Ausmaß vorhanden. Ich kann Ihnen aber sagen, dass diese Menschen Angst vor einer Verkehrspolitik haben, die sie weiter behindert und schikaniert. Diese Leute verdienen wenig, stehen aber unter ungeheurem Stress und Zeitdruck und können ihr Auto – es sind meistens sehr kleine Autos – in bestimmten Bereichen der Stadt nicht einmal abstellen. Und ich möchte diesen Menschen nicht zumuten, bei Wind und Wetter auf dem Fahrrad unterwegs zu sein, um ihren Dienst zu verrichten! Die muss man sehr wohl im PKW unterwegs sein lassen! *(Beifall bei der FPÖ.)* Diese Menschen sind sehr betroffen von einer weiteren Politik der Schikanen und des Parkplatzraubs.

Ich glaube, es war Kollege Hora, der heute schon das hohe Maß an Verkehrssicherheit in Wien angesprochen hat. In einem Punkt kommen Sie aber, wenn Sie die Medienberichte, das, was tatsächlich geschieht, und auch die Kritik vieler Fachleute aufmerksam verfolgen, nicht gut weg, nämlich bei der Ausgestaltung der Fußgängerübergänge. Dafür ist, wie die Frau Vizebürgermeisterin sehr gern sagt, Geld in die Hand zu nehmen.

Es gibt heute unterschiedlichste Signalzeichen, die auf Fußgängerübergänge hinweisen. In einer kleinen Region gibt es vier oder fünf unterschiedliche Hinweistafeln. Neben der klassischen blauen Tafel mit dem Fußgänger gibt es die blaue Tafel mit dem Fußgänger und oben zwei Signallampen, die interessanterweise hinter Zebrastreifen angebracht ist. Es gibt auch ein sehr gutes Modell: In einigem Abstand vor dem Zebrastreifen befindet sich eine durch Sonnenenergie gespeiste Blinktafel, die bei Herannahen der Fahrzeuge zu blinken beginnt. Außerdem gibt es kleine Tafeln mit einem roten Dreieck und einem Fußgänger mit und ohne Beleuchtung, die einen blinken, die anderen nicht. – Es gibt also ein Sammelsurium von Hinweisen darauf, dass ein Fußgängerübergang besteht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist kein Beitrag zur Sicherheit! Vor allem gibt es auch schlecht ausgeleuchtete Fußgängerübergänge. Auch das wurde durch Fachleute nachgewiesen: Im Verlauf von Straßen, die Alleen sind, die wir ja wollen, denn wir wollen Straßenbegleitgrün, muss man aber auch für entsprechende Sicherheit sorgen. In diesem Bereich gibt es ein Defizit, und wir werden in der nächsten Zeit ganz massiv einfordern, dass diese Fußgängerübergänge gut ausgeleuchtet und einheitlich beschildert und somit wieder sicher für die Passanten sind.

Damit kommen wir gleich zu denen, die es am meisten trifft, nämlich die Senioren, denen Sie in Ihrer Regierungserklärung sehr wenig Platz widmen. Sie sagen, Sie wollen die öffentlichen Verkehrsmittel und die fußläufigen Verbindungen im Sinne der Senioren besser gestalten. Leider gibt es aber auch viele alte Menschen, die überhaupt nicht mehr in der Lage sind, ihre Wege allein zu Fuß zu bewältigen, und ich bitte Sie, das zu berücksich-

tigen!

Noch ein letzter Satz zum Demokratieausbau und der BürgerInnenbeteiligung. Jawohl! Das ist immer eine freiheitliche Forderung gewesen! Ich mache mir aber Sorgen, wie Sie das mit der SPÖ bewältigen wollen! Wir alle kennen die Bürgerbeteiligung im Rahmen von Veranstaltungen. Man ermöglicht diese sehr gerne dann, wenn ein Projekt nach SPÖ-Geschmack unter Dach und Fach ist und in den vordersten zwei Reihen die Damen und Herren aus den Sektionen sitzen, die dann genau das fordern, was dort präsentiert wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden selbstverständlich gerade betreffend Bürgerbeteiligung und Demokratie sehr starke Signale setzen, und wir werden auch die entsprechenden Maßnahmen einfordern.

Summa summarum möchte ich sagen, dass es gerade die Verkehrs- und Planungspolitik ist, die uns daran hindert, diesem Budget unsere Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schrödl. Ich erteile es ihr.

GRin Karin **Schrödl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Dworak!

Bei Ihren Ausführungen habe ich mich gefragt, in welcher Stadt Sie überhaupt leben! Wenn ich die Projekte der letzten 10 Jahre hier aufzählen müsste, dann würde meine Redezeit von 15 Minuten dafür auf gar keinen Fall reichen. Außerdem möchte ich zu Ihrer Aussage, dass die Verkehrspolitik dieser Stadt den Sprung ins 21. Jahrhundert nicht geschafft hätte, bemerken, dass ich glaube, dass die Einzigen, die den Sprung ins 21. Jahrhundert nicht geschafft haben, hier sitzen und zur ÖVP gehören! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein großer und sehr wichtiger Teil des Budgets 2011 befasst sich mit der Neugestaltung des öffentlichen Raumes. Wie uns allen bekannt ist, wächst Wien, und immer mehr Menschen kommen in unsere Stadt. Das bedingt neben anderen Maßnahmen natürlich insbesondere die Zurverfügungstellung von erschwinglichem Wohnraum. Ganz wichtig dabei sind die 13 Zielgebiete der Stadtentwicklung. Ich möchte hier nur auf einige näher eingehen.

Ganz wichtig ist natürlich – wie bereits angesprochen – die Seestadt Aspern. Diese ist nicht nur als Wohn- und Arbeitsstätte oder als Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Wiens als Innovations- und Entwicklungsstandort in der Region Centropo zu sehen. Vielmehr wurde die Seestadt schon von Anfang an unter den Gesichtspunkten von Work Life Balance, nachhaltiger Urbanität und Lebensqualität unter Setzung nachhaltiger Maßnahmen zur Steigerung der Ökoeffizienz und einer umweltfreundlichen Mobilität geplant.

Zu Kollegen Stiftner: Die Seestadt hat eine ausgezeichnete Anbindung an den öffentlichen Verkehr, nicht nur durch zwei U-Bahn-Stationen, sondern auch durch Busse, durch die Schnellbahn und durch die Straßenbahn.

Zum Antrag der FPÖ: Es ist sogar Kollegen Mahdalik

aufgefallen, dass im Masterplan zur Seestadt Aspern ein Wachzimmer vorgesehen ist. Wenn Sie jetzt eine Polizeiinspektion mit 36 systemisierten Planstellen fordern, dann finde ich das ein bisschen absurd!

Und um zum Puppentheater von vorher ein bisschen zurückzukommen: Es muss das Ganze um die Figur „Toni – das Schnatter- und Gerüchteentchen“ erweitern. Ich habe nämlich dieses Gerücht – woher immer du es auch hast! –, dass hier jetzt andere Polizeistationen geschlossen werden sollen, noch nicht gehört. *(GR Johann Herzog: Ihr habt in eurem Ausschuss ja ganz interessante Wortbilder!)*

Ich möchte noch ein weiteres wichtiges Projekt ansprechen, nämlich das neue Zentrum Kagran, das als sehr lebbares Bezirkszentrum der Donaustadt unter besonderer Berücksichtigung einer benutzerfreundlichen Ausgestaltung und identitätsstiftender Maßnahmen geplant ist. Im Anschluss an das 50-Orte-Programm zur Attraktivierung des öffentlichen Raums soll durch 50-Orte-Plus weiterer Lebensraum in Wien an Attraktivität gewinnen. In der Planungs- beziehungsweise Realisierungsphase befinden sich beispielsweise die Taborstraße, der Naschmarkt, der Liesinger Platz oder die Kulturpassage Karlsplatz. Die Neubelebung bestehender Grätzel durch die Innere Stadt-Erweiterung findet ebenso Berücksichtigung wie die Erweiterung klassischer Art in den Bezirken am Stadtrand Wiens. Die Belebung der Uferzonen Donaukanal und Donau schreitet fort und bietet immer mehr Wienerinnen und Wienern die Möglichkeit, am Wasser zu leben und ihre Freizeit dort qualitativ voll verbringen zu können.

Natürlich wird auch an der Oberflächenplanung im Zusammenhang mit der Verlängerung der U1 und U2 gearbeitet. Bei den im Herbst eröffneten Stationen der U2 wurden ebenfalls viele Projekte entweder bereits umgesetzt oder befinden sich derzeit in Umsetzung. Ich möchte jetzt die Oase 22 auf dem ehemaligen Waagner-Biro-Betriebsgelände nennen. Es ist dies eine gelungene Mischung aus hoher Wohnqualität, Gemeinschafts- und Sozialeinrichtungen sowie einem bauplatzübergreifenden Grün- und Freiraumkonzept.

2013 wird auch die Hausfeldstraße erreicht, die eine wesentliche Erschließungsfunktion für die bereits bestehenden Siedlungsbereiche hat. Hier wird es auch eine gemeinsame Station mit der Straßenbahnlinie 26 geben, die vom Kagraner Platz kommt. Die Verlängerung der A23 wird die bestehende Bahnverbindung queren und eine Verbindung zur S1 schaffen.

Ebenfalls bis 2013 soll der neue Masterplan Verkehr erstellt sein, der parallel zum STEP 2015 erarbeitet wird, und gleichzeitig soll das erste gemeinsame regionale Konzept über den Verkehr mit Niederösterreich erstellt werden. Die Stärkung der regionalen Kooperation, die in diesem Konzept zum Ausdruck kommt, ist auf Grund der Herausforderungen der nächsten 20 Jahre für Wien und den Großraum Wien nötiger denn je. Die derzeitigen Entwicklungsperspektiven verlangen nicht nur interkommunale, sondern auch länderübergreifende und internationale Zusammenarbeit.

Es gilt nicht nur, Flächen für Wohnbau und Betriebs-

ansiedlungen zur Verfügung zu stellen, sondern es müssen auch die infrastrukturellen, sozialen und verkehrspolitischen Herausforderungen gemeinsam bewältigt werden. Daher halte ich den Antrag der ÖVP bezüglich Schaffung eines überregionalen Verkehrsausschusses für wirklich herzig! Wenn sich die Wiener ÖVP-Gemeinderäte am SUM nur ebenso eifrig beteiligen würden wie ihre Kollegen aus Niederösterreich, dann hätten sie sich diesen Antrag heute hier sparen können!

Beim Straßenneu- und -ausbau sind neben den bereits angesprochenen Großprojekten Hauptbahnhof und Seestadt auch noch die Fußgängerzone Meidling oder die Bombardier-Gründe in der Donaufelder Straße zu nennen. Der Bau von Hauptradwegen sowie Lückenschlüsse am Ring, in der Engerthstraße und im 20. Bezirk erfolgen ebenso.

Die neuen Projekte werden natürlich zur Verbesserung der Mobilität von Menschen mit besonderen Bedürfnissen mit taktilen Leitsystemen oder Gehsteigabsenkungen versehen. Natürlich werden außerdem auch die grünraum- und freiraumplanerischen Elemente sowie auch die erforderlichen Anpassungen der Stadt an die Auswirkungen des Klimawandels nicht außer Acht gelassen werden.

Fortgesetzt wird natürlich auch die ausgezeichnete Arbeit der MA 33 bei „Wien Leuchtet“. Besonders möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Hebung der Sicherheit in unserer Stadt sowie die Leitprojekte in Hinsicht auf alters- und frauengerechtes Planen und Bauen verweisen.

Zusammengefasst meine ich, dass wir im Rahmen dieses Budgets wichtige erste Schritte des gemeinsamen Konzepts der rot-grünen Koalition positiv umsetzen können und werden. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ich möchte in aller Kürze ein paar Erwidern beziehungsweise einen kurzen Ausflug im Interesse aller machen, auch im Interesse des einzigen von der ÖVP verbliebenen GR Walter. Deine Tapferkeit sei dir in den Sektor gegeben!

Ich möchte etwas allgemein sagen, und das sage ich jetzt echt ohne Unterton und Zynismus: Sagt es uns bitte – und ich sage das jetzt im Plural und meine damit FPÖ und ÖVP – möglichst oft und laut und lang: Ihr seid über den Tisch gezogen worden! Ihr habt keine grüne Hand! Sagt das ganz oft! Das hilft uns sehr bei den Verhandlungen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Trauerarbeit heißt das!)*

Ich kann für meinen Bereich sagen: Wir werden immer nur dafür gescholten, dass wir nichts durchsetzen und auf die nächste Debatte verweisen. – Nicht in allen Dingen haben wir uns durchgesetzt und nicht in allen können wir uns durchsetzen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nicht in allen?)* Es ist ein Kompromiss.

Ich preise jetzt nicht, was wir zumindest an Vorhaben bisher erreicht haben. *(Zwischenruf von GR Johann*

*Herzog.)* Das hilft uns wirklich sehr! Bitte diese Rhetorik beibehalten!

Ich fange jetzt mit der Energieabteilung an. Diese befindet sich auch im Ressort der Vizebürgermeisterin, das jetzt sozusagen im bürokratischen Aufbau ist. Das war bisher ein Dezernat bei Frau VBgmin Brauner. Wir haben uns dafür sehr viel vorgenommen. Ich möchte jetzt in Präsenz der Beamtenschaft nur einen Punkt nennen, was da ausgebaut werden soll. Ich werde nachher beim Wohnen darüber sprechen, wie im Sinne von effizienter Energienutzung Häuser so gebaut werden können, dass sie im Idealfall mehr Energie produzieren, als sie verbrauchen. Ich werde schildern, wie wir das beim Wohnbau erreichen können. Im Wohnbau sind wir nämlich jetzt schon relativ weit. Wir sind aber noch gar nicht weit mit der Entwicklung – und dafür gibt es auch gar nicht so viele internationale Beispiele –, wie man das beim Bau von Büro oder Gewerbehäusern macht. Manchmal kommt man in Hotels und spürt sozusagen regelrecht, wie der Strom die Klimaanlage oder die Heizung antreibt.

Diesbezüglich haben wir außer der Bauordnung scheinbar wenig Möglichkeiten. Es gibt aber eine Möglichkeit: Die meisten großen Bürokomplexe wollen eine neue Widmung, und da kann man sehr wohl Auflagen machen, und das werden wir in geeigneter Form tun, und zwar werden jene, die ein neues Bürohochhaus, Hotel oder was auch immer errichten wollen ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Es gibt doch ohnedies zu viele Büroflächen in Wien!)* Wien wächst aber zum Glück weiter! In diesem Punkt unterscheiden wir uns ein bisschen, Herr Kollege von der FPÖ!

Wenn neue Hotels oder Büros gebaut werden und eine neue Widmung erwünscht ist, kann man schon einmal nachfragen. Und ich habe das in den letzten Jahren gelernt: Sehr vielen Bauträgern ist eigentlich die Frage, wie energieeffizient ein Haus ist, kein rasendes Anliegen. Und leider sind auch die Betriebskosten nicht annähernd so hoch, dass man sich wirklich darum schert. Da heißt es: Du redest von null Komma irgendwas Prozent an Energiekosten von meinem Gesamtumsatz. Nur zehn Minuten, die du mir stiehlest, sind verlorene Zeit. – Man sieht das nur finanziell!

Ich habe gelernt, dass man, wenn man schon bei der Planung darauf achtet und auch in Planung Geld dafür investiert, den Stromverbrauch vor allem bei Bürogebäuden leicht um 50 Prozent senken kann. Das betrifft auch Kosten, die weit unter 1 Prozent liegen, wenn man sich einfach nur darum schert. Und um dafür zu sorgen, dass sich die Leute darum scheren, ist, glaube ich, das Planungsressort ein Schlüsselressort. Dort muss man sagen: Du willst einen neuen Komplex bauen! Wie hast du dir das denn gedacht?

Das ist jetzt eine sehr unjuristische Planungssprache, aber ich meine, es müssen die Personen und Institutionen, die in diesem Bereich, also im Büro-, Gewerbe- und Hotelbereich etwas Neues leisten, aufgefordert werden, auch auf die effiziente Energienutzung zu achten. Das wird eine von vielen Aufgaben sein, die diese neue Energieabteilung, die sich derzeit erst in Entwicklung

befindet, erfüllen kann.

Vergessen wir nicht: Weltweit stehen 30 bis 40 Prozent des emittierten CO<sub>2</sub> mit Bauen, Wohnen und Häusern in Zusammenhang. Das wird extrem falsch eingeschätzt.

Andeuten möchte ich auch den Verkehrsaspekt im Zusammenhang mit einer neuen Bauordnung. Ein Garagengesetz wird ja auch verhandelt werden.

Zur Freude der FPÖ muss ich jetzt noch etwas sagen: Wenn Sie das nächste Mal sagen, dass wir uns eh nirgendwo durchsetzen, dann nehmen Sie den Radverkehr als Beispiel! Sie können nämlich nicht beides zugleich tun: Sich einerseits aufregen, was man den Autofahrern alles antut, gleichzeitig aber sagen, dass wir uns nirgendwo durchgesetzt haben. Sie müssen sich für eine dieser Strategien entscheiden!

Ich habe das Gefühl, Sie werden mehr Grund haben, sich aufzupudeln, denn wenn uns nur die Hälfte von dem gelingt, was wir im Radverkehr vorhaben, dann ist das schon ein Erfolg!

Ich will eigentlich das Doppelte davon. Ich kann das heute aus Zeitgründen nur als Vision hinstellen: Wenn wir den Wiener Radverkehr verdoppeln wollen, dann wird sich ziemlich viel verändern müssen. Herr Kollege! Radfahren macht glücklich! Das würde manchen gelegentlich verbissenen Blick aus den Reihen der FPÖ ein bisschen aufhellen, wenn Sie es einmal probieren würden! (*GR Mag Wolfgang Jung: Sprechen Sie nur im Konjunktiv!*) Gerade an einem Tag wie heute bekommt man nämlich rote Wangen, wenn man Rad fährt. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie sind schon mehr rot als nur auf den Wangen!*)

Diesbezüglich haben wir sehr Grundsätzliches vor. Das betrifft alle möglichen Abteilungen. Wir möchten das verdoppeln, und dass das möglich ist, zeigen andere Städte. Wir werden schon im nächsten Jahr die ersten Impulse setzen. Ich habe das Gefühl, dass sich manche Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, wenn auch nicht alle, aber es gibt auch da ein paar, die gelegentlich mit dem Rad unterwegs sind, freuen werden. Einige wenige werden sich freuen, viele werden sich aufregen, und das wird der Beleg dafür sein, dass wir nicht nur über den Tisch gezogen wurden. (*GR Mag Wolfgang Jung: Nicht nur, aber überwiegend!*) – Danke schön! (*Beifall bei den GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Der Applaus von den GRÜNEN dröhnt richtig!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Irschik. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Wir haben jetzt eine neue Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Auf das Wort Klimaschutz möchte ich dann noch zu sprechen kommen.

Auf alle Fälle haben wir jetzt schon gehört, was die Wiener Auto- und Motorradfahrer zu erwarten haben, nämlich nichts Gutes. Der motorisierte Individualverkehr soll ja um ein Drittel verringert werden. – Das ist eine gefährliche Drohung! Die Tempo-30-Zonen sollen aus-

gebaut werden. – Tatsache ist aber, dass der Verfassungsgerichtshof in ganz Österreich sinnlose Tempo-30-Zonen wieder aufhebt. Niemand wird etwas gegen sinnvolle Tempo-30-Zonen im Bereich von Schulen und Kindergärten et cetera haben. Aber das reine Bekämpfen der Auto- und Motorradfahrer kann wohl nicht Sinn und Zweck der Sache sein!

Angeblich passieren weniger Unfälle bei Tempo 30. – Meine Damen und Herren! Wenn wir mit Tempo null gar nicht mehr fahren, dann passieren wahrscheinlich noch weniger Unfälle. So könnte man es auch sehen! (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Kollege Maresch! Es ist so!

Vielleicht haben Sie schon das Verkehrszeichen, das nach § 2 der Straßenverkehrsordnung eigentlich gar kein Verkehrszeichen ist, gesehen: „Im Ortsgebiet Tempo 60. Gilt nur für Straßenbahn.“ – Das ist auch interessant! Vielleicht sollte sich der Verfassungsgerichtshof auch damit einmal beschäftigen. Es wäre interessant, das Ganze einmal zu hinterfragen. – Wir Freiheitlichen sind sicherlich die Fürsprecher des motorisierten Individualverkehrs, und wir unterstützen all jene, die den Verfassungsgerichtshof in dieser Causa anrufen werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Autofahrer und die Motorradfahrer sind wieder mal das Feindbild, und das wird jetzt wieder ausgebaut. Es heißt: Steigt doch auf öffentliche Verkehrsmittel um! Gut. Okay. Tatsache ist aber, dass für den U-Bahnausbau im Budget 2011 weniger Geld ausgegeben wird, nämlich um 20 Millionen EUR weniger. Einerseits sollen also die Autofahrer jetzt umsteigen, andererseits geben wir aber weniger Geld für den U-Bahn-Bau aus!

Meine Damen und Herren! Ich nenne Ihnen jetzt ein paar Beispiele, etwa den Ausbau der U6. Das betrifft mich als Floridsdorfer. Diesbezüglich gibt es auch einen guten Beschluss der Bezirksvertretung. Ich möchte auch sagen: Mein alter Freund und Bekannter Gerhard Spitzer – wir kennen einander schon sehr lang – ist damals auch in der Bezirksvertretung gesessen. Damals hatte niemand etwas dagegen, außer die GRÜNEN im Wiener Gemeinderat. Die GRÜNEN im Wiener Gemeinderat haben den Vollausbau der U6 an den Stadtrand Stammersdorf/Rendezvousberg nicht gewollt. Das wurde von euch GRÜNEN abgelehnt. Das ist Tatsache. Ihr wollt zwar, dass alle mit der U-Bahn beziehungsweise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, dem Vollausbau habt ihr jedoch nicht zugestimmt. Das ist eine schwache Leistung! (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Herr Kollege! Sie von den GRÜNEN waren aber mit Sicherheit dabei, und das ist eigenartig!

Das wäre ein wichtiges Projekt: Ursprünglich hat man gesagt, dass 2009 der Baubeginn sein soll und 2013 die Fertigstellung. Jetzt hat der Bezirksvorsteher von Floridsdorf verlauten lassen, dass es vermutlich 2020 so weit sein wird. Wir wissen jetzt aber nicht, ob 2020 der Baubeginn sein soll oder ob sie dann schon fährt.

Ideal wäre gewesen – ich darf daran erinnern und einen kleinen Ausflug in Richtung Krankenhaus Nord machen: Baubeginn 2010, Fertigstellung 2013. Das wäre eine ideale Ergänzung gewesen. Tatsache ist, dass

Teilbetriebe des Krankenhauses Nord erst 2015 in Betrieb genommen werden.

Ein ebenso schwerer Fehler steht im Zusammenhang mit der U1-Verlängerung. Dieser geht noch auf die SPÖ zurück, vielleicht werden SPÖ und GRÜNE gemeinsam vernünftiger. Schauen wir einmal! Interessanterweise wurde das U-Bahn-Grundliniennetz 1976 einstimmig im Wiener Gemeinderat beschlossen. Demnach sollten alle U-Bahnen über den Stadtrand hinaus geführt werden. – Jetzt, im Jahr 2010, haben wir bestenfalls ein Drittel davon, und nichts endet über den Stadtrand hinaus. Auch das ist wiederum ein schwerer verkehrspolitischer und verkehrstechnischer Fehler. So wird man die Leute nicht motivieren können, ein öffentliches Verkehrsmittel zu benutzen.

Meine Damen und Herren! Die U1 gehört nun einmal über den Stadtrand hinaus verlängert, meine Damen und Herren, das ist eine freiheitliche Forderung seit 1990, also seit rund 20 Jahren. Damals hätte das Land Niederösterreich das entsprechende Grundstück der Gemeinde Wien kostenfrei zur Verfügung gestellt. Man hat gesagt: Macht dort bitte eine U-Bahn-Endstelle und errichtet ein Park-and-ride-System für 8 000 bis 10 000 mehrspurige Kraftfahrzeuge, dann werdet ihr den Verkehr nicht in der Stadt haben. – Genau das ist aber nicht geschehen, meine Damen und Herren! Die nördliche Endstelle in Leopoldau befindet sich in der Stadt. Auf der einen Seite befindet sich die Nordrandsiedlung, auf der anderen Seite die Großfeldsiedlung. Es gab endlos lange Diskussionen in der Bezirksvertretung in Floridsdorf. Es gibt diesbezüglich unzählige Runde Tische. Übrigens ist die Bezeichnung Runder Tisch interessant: Ich sehe hier aber nur eckige Tische!

Ferner gibt es verschiedene Bürgerbeteiligungsverfahren und Bürgerinitiativen sowie – wie gesagt, bleiben wir beim Wort – Runde Tische. Man findet aber keine Lösung. Man versucht, Einbahnen umzudrehen, und dann kommt man natürlich mit dem alten Allheilmittel, dem Parkpickerl. Meine Damen und Herren! Das wird dann die Lösung der Probleme sein!

Tatsache ist, dass unser freiheitlicher Lösungsvorschlag so aussieht, dass wir auch für das Parkpickerl sind. Dieses soll allerdings kostenfrei sein, denn die Gemeinde Wien kassiert derzeit Geld für eine Leistung, die sie nicht erbringt, denn es gibt nun einmal mehr Kfz-Anmeldungen als Parkplätze. Dann kann man aber nichts dafür verlangen, sondern es nur kostenfrei abgeben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Alle Wienerinnen und Wiener, die ihren Hauptwohnsitz hier haben, bekommen das Parkpickerl kostenfrei, und die anderen, die zu uns kommen, müssen etwas dafür bezahlen. Gemäß der derzeitigen Form komme ich am Abend von der Arbeit nach Hause, finde keinen Parkplatz und darf dafür bezahlen. Das wird abgelehnt, das brauchen wir nicht!

Des Weiteren, meine Damen und Herren, gibt es einen umgewidmeten Busparkplatz, und zwar jenen beim Donaupark. Dieser befindet sich hart an der Grenze zwischen Floridsdorf und Donaustadt bei der Arbeiterstrandbadstraße und Donauturmstraße. Das ist auch

ganz lustig: Dort wird das Ganze an jedem Samstag vor den Adventsonntagen in einen Busparkplatz umgewidmet. Dort darf dann kein anderer sein Fahrzeug abstellen, das ist ganz interessant. Das ist jedoch nicht Sinn und Zweck des Ganzen, denn dieser Parkplatz wurde für die Besucher des Donauparks und für die Anrainer geschaffen. In der Nähe gibt es auch ein Fitnessstudio und eine Freizeit- und Sportanlage. Deren Besucher finden jetzt keinen Parkplatz, denn nicht nur dieser Parkplatz wurde an den vier Samstagen vor den Adventsonntagen auf einen Busparkplatz umgewidmet, sondern auch die Arbeiterstrandbadstraße von der Donauturmstraße bis zur U1-Haltestelle. – Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren! Noch dazu ist der Busparkplatz meist leer, mit einer Abschleppung ist man aber sehr rasch bei der Hand. Offenbar warten dort nur ein paar, bis sich jemand dort hinstellt!

Interessant ist auch der rechtliche Aspekt, denn eigentlich muss man ja am Wegfahren gehindert werden, also eine Be-hinderung reicht nicht, man muss ge-hindert sein. In dem Fall war eine Frau davon betroffen: Sie wurde abgeschleppt. Ich habe das zufällig erfahren. Ich würde ihr dringend empfehlen, ein Rechtsmittel zu ergreifen. Es könnte durchaus sein, dass die Gemeinde Wien dann auf den Kosten sitzen bleibt. So kann es nicht sein, meine Damen und Herren! Man kann nicht einen Parkplatz und einen großen Teil der Arbeiterstrandbadstraße nur für Busse zur Verfügung stellen. Und jetzt sind wir wieder dort. Würden die U-Bahn-Linien am Stadtrand enden, dann würde man dort die Busse abstellen, und die Leute könnten mit der U-Bahn in die Einkaufszentren respektive in die Innere Stadt fahren, meine Damen und Herren. Das jetzt ist ein Schmarr'n! Das ist kein Verkehrskonzept! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher unsere Forderung. Im Budget sind – wie gesagt – minus 20 Millionen EUR vorgesehen. Die freiheitliche Forderung kann nur sein, von 282 Millionen EUR, die im Budget vorgesehen sind, auf 400 Millionen EUR aufzustocken, um das U-Bahn-Ausbauprogramm zu forcieren, meine Damen und Herren. – So weit einmal zum Teil des öffentlichen Verkehrs.

Jetzt komme ich zum motorisierten Individualverkehr. Da gibt es auch den Budgetposten „bauwirksame Ausgaben“. Auch da werden 62 Millionen EUR fehlen, das heißt, es werden für Ausbauprojekte um 62 Millionen EUR weniger zur Verfügung gestellt. Und jetzt sind wir wieder in Floridsdorf. Gestatten Sie mir als altem Floridsdorfer – seit 51 Jahren –, dass ich ein bisschen auf meinen Heimatbezirk eingehe.

Vollausbau der B229: Die Freiheitlichen haben unzählige Anträge und Anfragen in der Bezirksvertretung gestellt. 2006 sollte Baubeginn sein, meine Damen und Herren. Jetzt haben wir bald 2011, es ist aber nichts geschehen! Es handelt sich hierbei um den Lückenschluss an der B229 bei der Siemensstraße und um den Ausbau der Julius Ficker-Straße bis zum Rautenweg. Detto betrifft die B229 die Anbindung an die S2 und in weiterer Folge an die S1. Dann gäbe es einen geschlossenen Umfahrungsring um Floridsdorf, meine Damen und Herren, damit das Bezirkszentrum wirklich vom

Verkehr entlastet werden kann.

Es ist eigentlich komisch: Die SPÖ hat immer zugestimmt, im Bezirk und auch hier im Gemeinderat. Da hat es eigentlich nie irgendeine Diskussion geben. Man hört jetzt immer irgendwelche Ausflüchte, dass wir dafür kein Geld haben, und dann kommt immer jemand mit der Umweltverträglichkeitsprüfung. Das ist auch eine lustige und interessante Geschichte! Dieser Straßenzug besteht seit mehr als 40 Jahren. Er wurde im Zuge der Errichtung der Großfeldsiedlung miterrichtet. Es stellt sich also schon die Frage, was es da zu prüfen gibt. Das ist sehr interessant! Dort fahren seit 40 Jahren die Autos, und jetzt brauchen wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch das ist ein Schmarr'n! Die B229 sollte dringend fertiggestellt werden, damit der Umfahrungsring von Floridsdorf geschlossen werden kann.

Eine weitere Kleinigkeit – unter Anführungszeichen –, nämlich die Anbindung des Satzingerweges an die B3: Es geht dabei um die ehemaligen Bombardier-Rotax-Gründe, wo zirka 700 Wohneinheiten entstehen. Auch dafür waren alle, bis auf die GRÜNEN im Bezirk, die dagegen waren. Aber die SPÖ war auch dafür. Im Rahmen dieses Projektes wurde vom langjährigen Vorsitzenden der Bezirksverkehrskommission Karl Fitzbauer, mit dem ich mich nächste Woche treffen werde – das darf ich sagen –, ausgezeichnete Arbeit geleistet. Er ist ein Vorsitzender von der SPÖ. Damit war also auch die SPÖ einverstanden. Es sollte eine Anbindung entstehen, damit dieser Teil der Katastralgemeinde Donauefeld vom Verkehr entlastet wird. Das würde bedeuten, dass die Kraftfahrzeuge direkt auf die B3 ins übergeordnete Straßennetz auffahren können.

Aber nein, jetzt kommt das plötzlich nicht! Ich weiß nicht, warum die SPÖ einen Rückzieher gemacht hat! Tatsache ist, dass jetzt alles in die Donauefelder Straße einfahren muss. Interessant wird es vor allem im Kreuzungsbereich Donauefelder Straße mit der Fultonstraße und der Bessemerstraße. Dann ergibt sich dort nämlich wieder ein künstlich angelegter Stau, und davon werden die Straßenbahnlinie 26 und auch der 25er, der bald wieder fahren wird, in Mitleidenschaft gezogen werden. Das heißt, meine Damen und Herren, wir erzeugen hier künstlich einen Stau, und dadurch wird auch die Straßenbahn in Mitleidenschaft gezogen. Wem hier gedient ist und wird, das weiß nur der Herrgott! Unverständlich, warum künstlich ein Stau geschaffen werden soll! Ich sage noch einmal: Die SPÖ war auch dafür. Warum sie jetzt einen Rückzieher macht, weiß man nicht. Das ist wirklich eine sonderbare Geschichte!

Nächstes Thema, meine Damen und Herren: Auch hier kann man investieren, es ist eine geringe Investition. Es geht um den Nordsteg. Der Nordsteg wurde 1996 im Zuge der Sanierung der Wiener Nordbrücke, der B227, wie dieser Abschnitt heißt, errichtet. Wegen der Generalsanierung wurde der motorisierte Verkehr über diesen Nordsteg geführt. Dann war die Sanierung abgeschlossen, und heute dient dieses ganze Bauwerk nur den Radfahrern und Fußgängern. Was natürlich ein hoffnungsloser Schwachsinn ist – wie ich mir zu sagen erlaube –, denn der Nordsteg ist ja für den motorisierten

Individualverkehr ausgelegt. Wenn Sie auf der Donauuferautobahn, auf der A22, Richtung A23 fahren und dann hinauffahren wollen, haben Sie nur die Möglichkeit, Richtung Gürtel beziehungsweise Richtung Stadtzentrum zu fahren, Sie haben aber keine Möglichkeit, stadtauswärts zu fahren, zu diesem Zweck müssen Sie die Ausfahrt Floridsdorfer Brücke nehmen und sind dann in der Floridsdorfer Hauptstraße. Das heißt, auf diese Art ziehen wir wieder den Verkehr ins Bezirkszentrum, was nicht sein müsste, denn der Nordsteg existiert und es wäre technisch möglich, ganz einfach realisierbar und auch kostengünstig, hier eine Anbindung zu schaffen, damit der Verkehr auf der A22 in Fahrtrichtung A23 stadtauswärts geführt werden kann. Auch das wäre ein ganz wichtiges Projekt.

Der nächste Fehler steht im Zusammenhang mit dem Krankenhaus Nord. Dazu wird es heute sicherlich noch einige Wortmeldungen geben. Es sind dort allen Ernstes, meine Damen und Herren, 200 Besucherparkplätze vorgesehen! Man hat jetzt einiges aus dem Rathaus gehört – ich weiß nicht mehr, wer es war, von welcher Fraktion, männlich, weiblich, von wem auch immer –, dass es in der Umgebung genug Parkplätze gibt.

Meine Damen und Herren! Wer immer es war: Diese Person kann die Örtlichkeit nicht kennen! Wenn jemand sagt, dass es dort in der Nähe Parkplätze gibt, dann redet er wie der berühmte Blinde von der Farbe! Er kann aber jedenfalls nicht wissen, wo das ist, meine Damen und Herren.

Da drängt sich schon das Parallelbeispiel SMZ-Ost auf: Dort wurden zuerst 400 Parkplätze geschaffen. Diese waren bald zu wenig, und jetzt gibt es 800 Parkplätze, meine Damen und Herren, und diese sind auch schon zu wenig. – Dort gibt es jetzt also 800 Parkplätze, und das ist zu wenig, und wir Floridsdorfer bekommen 200 Parkplätze! Auch das ist eine hoffnungslose Fehlplanung, meine Damen und Herren! So kann es nicht sein! Wir Freiheitlichen meinen, es müssen 900 Parkplätze für das Personal und 1 100 für die Besucher und Patienten geschaffen werden. Nur so kann das Ganze funktionieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Abschließend muss ich noch ein bisschen etwas zum Klimaschutz sagen. Wir schützen jetzt das Klima. Auch das ist ganz interessant! Jetzt schützen wir das Klima. Vor einigen Jahren haben wir noch die Umwelt geschützt, und das war durchaus richtig, man hat vom Umweltschutz gesprochen.

Finden wir einmal eine Definition für das Wort Klima. Was ist eigentlich das Klima? Haben Sie sich das schon einmal überlegt, meine Damen und Herren? Was ist das Klima? – Das Klima ist ein statistischer Wert. Das Klima sind Zahlen, die Antworten auf die Fragen geben: Wie viele Sonnenstunden gibt es? Wie oft hat es geregnet? Wie lange hat es geregnet? Wie oft hat es geschneit?

Dieses Spiel ist ganz interessant! Irgendjemand erfindet einen Ausdruck, und jetzt schützen wir das Klima. Das wird weltweit von allen übernommen und keiner hinterfragt das! Klimaschutz bedeutet also eigentlich Zahlschutz. Wir schützen eine Statistik, wir schützen den Zahlenschutz. Das ist genial, meine Damen und Herren!

Herr Vorsitzender! Lassen Sie mich das bitte zu Ende führen. Vor 30 Jahren hat es den Schmäh vom sauren Regen gegeben. Damals hat es geheißen: Wir werden bald keinen Wald mehr haben! Der saure Regen wird alles vernichten! Und so weiter und so fort. – Tatsache ist: Es gibt heute in Österreich mehr Waldfläche als vor 30 Jahren.

Vor 20 Jahren hatten wir dann das Ozonloch. Da hieß es: Wir alle werden bald verbrennen, das ist ganz schrecklich und furchtbar. – Wissenschaftlich erwiesene Tatsache ist heute, dass sich das Ozonloch wieder schließt, meine Damen und Herren, zwar nicht sehr schnell, aber es schließt sich.

Dann ist der Feinstaub gekommen. Es staubt schon seit ein paar Hunderttausend Jahren, das ist nichts Neues!

Und jetzt haben wir die CO<sub>2</sub>-Belastung, meine Damen und Herren.

Bitten lassen Sie mich das noch ausführen. Hacker entlarven die Klimalüge.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Bitte zum letzten Satz kommen!

GR Wolfgang **Irschik** (*fortsetzend*): Hacker entlarven die Klimalüge. Klimawandel: Alles nur ein Bluff! Seit 1995 gibt es tatsächlich keine Erderwärmung. Im Gegenteil! Seit dem Jahr 2000 wird es sogar kühler. Wie warm es ist, sehen wir heute draußen in Wien! (*Beifall bei der FPÖ.*)

All das ist ein Schmarr'n, meine Damen und Herren, all das ist Blödsinn! Das Ganze dient nur zum Füllen von Budgetlöchern. Der Krafftfahrer soll ausgenommen werden. Wir Freiheitlichen sind die Fürsprecher des motorisierten Individualverkehrs. In uns haben die Motorisierten einen Fürsprecher. Wir sind für den Autofahrer, und wir sind für den Motorradfahrer. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Nachdem das die erste Rede war, war ich ein bisschen großzügiger. Ich glaube, die Tradition, dass wir gerade bei der ersten Rede keine Zwischenrufe machen, hat sich sehr bewährt, weil die Zeit entsprechend eingeteilt sein soll.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Dadak. Auch das ist die erste Rede. Ich bitte trotzdem, ein bisschen auf die Redezeit zu achten. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch. – Rufe und Gegenrufe bei FPÖ und GRÜNEN.*)

GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausschuss Stadtentwicklung und Verkehr wurde jetzt um die Sachegebiete Klimaschutz und Energieplanung erweitert. Dabei freut mich ganz besonders, dass Herr Kollege Chorherr zuerst draufgekommen ist, dass nicht allein die Autos am Gesamtenergieverbrauch schuld sind, sondern dass auf die Gebäude zirka 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauches entfallen. Und je eher man Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauches bei Gebäuden umsetzen kann, desto früher wirkt sich das auf die Umwelt aus und desto früher können wir gesteckte Klimaziele erreichen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Am 19. Mai 2010 beschloss das EU-Parlament die Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, die für strengere Bauvorschriften und Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz sorgen soll. Diese Richtlinie besagt, dass ab Ende 2020 alle neuen und alle umfassend renovierten Gebäude höchsten Energiestandards entsprechen müssen. Für öffentliche Gebäude gilt diese Richtlinie bereits ab Ende 2018, also schon zwei Jahre früher, um eine gewisse Vorbildwirkung zu erzielen. Diese Richtlinie muss zwar noch von unserem Parlament umgesetzt werden, was aber sicherlich nur mehr einen Formalprozess darstellt. Kommen wird sie sicher, da sie ja schon im Europäischen Parlament beschlossen wurde.

Mir ist schon klar: Bis 2018 sind es noch acht Jahre. Aber wer sich im Baugeschäft auskennt, weiß, dass allein die Projektierungen einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die ursprüngliche Richtlinie aus dem Jahr 2002 wurde erst fünf Jahre später durch die Techniknovelle in der Bauordnung endlich umgesetzt. Das heißt: Fünf Jahre später wurde das Gesetz so angepasst, dass die Richtlinie aus dem Jahr 2002 für die Zukunft umgesetzt wird, und das Gesetz ist erst im Juli 2008 in Kraft getreten, es hat also wiederum ein Jahr gedauert! Wenn ich mir nun anschau, wie lange die Umsetzung aus dem Jahr 2002 gedauert hat, bis sie endlich in der Wiener Bauordnung wiedergefunden wurde, dann ist zu befürchten, dass die neue Richtlinie von 2010 ein ähnliches Schicksal erleidet!

Wir wissen aber schon jetzt, dass wir ab 2018 alle öffentlichen Gebäude im Sinne dieser EU-Richtlinie zu sanieren haben, und daher frage ich Sie: Worauf warten wir jetzt noch? Wir haben jetzt schon die Technologie, die wir 2018 umsetzen sollen, und dabei geht es um Umweltschutz. Auch wenn die neue Richtlinie noch nicht in Kraft getreten ist, wäre es sicherlich sinnvoll, schon jetzt unter den Gesichtspunkten der künftigen Gebäude-Richtlinie zu planen und laufende Sanierungen im öffentlichen Bereich bereits jetzt an diese anzupassen.

Ich denke jetzt zum Beispiel an die anstehende Sanierung des Meidlinger Amtshauses und an die vielen zu sanierenden Kindertagesheime in Wien. Aber auch im Schulsanierungspaket könnten schon die neuesten Standards berücksichtigt werden. Ein Vorziehen des Schulsanierungsprogrammes unter Einbeziehung der neuesten Standards würde nicht nur unseren Kindern zugute kommen, sondern auch eine Ankurbelung der Wirtschaft und somit gesicherte Arbeitsplätze in der Baubranche bedeuten.

Ich weiß: Neue Standards kosten auch mehr Geld, aber wenn wir jetzt schon damit beginnen, in die Zukunft zu investieren, dann werden wir nicht nur unserer in Wien immer so sehr angepriesenen Vorreiterrolle gerecht, sondern verhindern, dass schon heute bekannte Technologien mit großem finanziellen Aufwand erst in 20 bis 30 Jahren bei erneut anstehenden Sanierungen der Gebäude angewendet werden müssen. Die vorerst höheren Kosten einer schnellen Umsetzung, die in diesem Fall aber nicht den Bezirken angelastet werden dürfen,

weil diese ohnedies schon wegen der hohen Sanierungskosten stöhnen, würden sich durch Kostenersparnisse beim Energieanteil auch schon viel früher bemerkbar machen!

Im vorliegenden Budgetentwurf 2011 ist nicht nur keine Berücksichtigung dieser richtungsweisenden Entwicklung für den Klimaschutz zu erkennen. Nein! Obendrein werden hier sogar noch 60 Millionen EUR an Wohnbauförderungsgeldern und 62 Millionen EUR bei bauwirksamen Maßnahmen gestrichen. Somit ist davon auszugehen, dass eine sinnvolle Sanierung unter Einbeziehung der neuen Richtlinien in weite Ferne rückt.

Meine Damen und Herren! Ökologische und zukunftsweisende Stadtplanung sieht anders aus. Zusammengefasst gesagt: Das ist ein weiterer Grund, dem Budget nicht zuzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Baron.

GR Karl **Baron** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte auf den Individualverkehr und speziell auf die Verkehrsplanung Wien eingehen. Vergleichen wir die Verkehrsplanung einmal mit anderen Großstädten in Europa, etwa mit Rom, Mailand oder auch London. Dort geht man einen völlig konträren Weg. Während es in Mailand oder Rom nicht einmal mehr auf Hauptstraßen in der Stadt Mittelschienen oder Mittelmarkierungen gibt, versucht man in Wien, das Ganze noch mit Betonblöcken in Bahnen zu lenken, was im Endeffekt nur dazu führt, dass es immer mehr Staus und immer weniger Durchfluss gibt. Ampelschaltungen erfolgen so, dass es auf Hauptstraßen keine Kontinuität gibt.

Es ist dies also genau das Gegenteil zu der Situation in anderen Großstädten, wo es längst einen Kollaps gäbe, würde man das so betreiben wie hier in Wien seit Jahrzehnten!

Dasselbe gilt für Industriegebiete: Wenn sie neu erschlossen werden, etwa das Industriegebiet Nord in Donaustadt, baut man so kleine beziehungsweise unterdimensionierte Straßen, dass sich keine zwei LKW begegnen können. Die Einfahrt wird mit Bäumen unnötig verplant, dass man nicht einmal einbiegen kann und Sattelschlepper in Kreisverkehren hängen bleiben und keine komplette Runde machen können, wenn sie sich verfahren. – Was da praktiziert wird, ist wirklich Dilettantismus in Reinkultur!

Ich bin der Meinung, dass es viel mehr Exkursionen ins Ausland geben sollte. Man sollte mehr Vergleiche mit Städten anstellen, wo es funktioniert. Wien könnte daraus sehr viel lernen!

Man könnte sich auch ansehen, wie es in Schweden in der verkehrssarmen Zeit funktioniert, am Abend, in der Nacht, am Morgen oder am Wochenende. – Wie lästig ist es jedem von uns schon gefallen, von einer roten Ampel zur nächsten zu hüpfen! Das hört nicht auf, es gibt keinen Querverkehr, und das ist im Endeffekt nur störend. In Schweden funktioniert das anders. In die Ampeln sind Sender eingebaut, die erkennen, wenn Autos kommen oder wenn es keinen Querverkehr gibt. Daher kann man nahtlos durchfahren. Das wäre ein Bürgerservice, das

wir uns wünschen würden! Das wäre ganz einfach und ohne große Kosten zu bewerkstelligen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bei der letzten Regierungsbildung ging dieses Ressort an die GRÜNEN. Viele haben jetzt Angst vor den Entwicklungen, viele aber sagen: Tu dir nichts an, viel schlimmer kann es nicht kommen, was die Roten in Wien bis jetzt vermurkst haben, können die GRÜNEN gar nicht mehr viel schlechter machen!

Ich bin sicher: Es verhält sich nicht so! Es wird noch einmal eins draufgegeben werden. Aber wir werden es alle erleben! Zugute kommen wird das den Freiheitlichen, denn diese werden in der nächsten Periode die stärkste Partei im Rathaus sein! – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kowarik. *(Rufe bei den GRÜNEN: Oje!)*

GR Mag Dietbert **Kowarik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ich erlaube mir, mich auch noch kurz zu Wort zu melden. Ich möchte zwei Punkte erwähnen.

Erster Punkt, der mir ein Anliegen ist: Ich habe so wie viele hier natürlich auch das Regierungsprogramm von Rot und Grün studiert. Und es tut mir sehr leid – das sage ich so, wie es ist –, dass vergessen wurde, das beste innerstädtische Entwicklungsgebiet anzuführen und dementsprechend auch einiges dazu festzuhalten. – Sie wissen, wovon ich rede. Es geht um den Westbahnhof. Der Westbahnhof wird mit keinem einzigen Wort in Ihrem Regierungsübereinkommen genannt!

Ich habe es schon gesagt: Eigentlich ist der Westbahnhof das beste innerstädtische Entwicklungsgebiet. Sie kennen unsere Forderung zur Überbauung des Westbahnhofs. Und es hat mich sehr gewundert, dass die GRÜNEN da nichts hineinreklamieren haben!

Ich kann mich erinnern: Im Jahr 2006 – es war dies meine erste Rede vor dem Gemeinderat – haben wir die Flächenwidmung neu für den jetzigen Westbahnhofsneubau beschlossen. Damals habe ich für die Freiheitlichen gemeint, dass das ein Stückwerk ist und nur die Filetstücke von diesem großen Projekt hinausgezogen wurden. Ich kann mich genau daran erinnern.

Frau Kollegin Gretner! Sie werden mich korrigieren, wenn es nicht so ist! Sie haben damals diesem Geschäftsstück auch nicht zugestimmt, weil sie der gleichen Meinung waren, dass das eben nur Stückwerk war.

Es tut mir sehr leid, dass in Ihrem Regierungsübereinkommen kein Wort darüber steht! Daher ersuche ich und fordere die Vizebürgermeisterin auf, sich dessen anzunehmen und sich diesbezüglich einzuarbeiten, damit wir das bei uns im 15. Bezirk endlich einmal wirklich wirkungsvoll umsetzen können!

Zweiter Punkt, meine Damen und Herren: Das kostenpflichtige Parkpickerl wurde schon von einem Vorredner angeführt. Wir im 15. Bezirk haben die fragwürdige Ehre, wahrscheinlich wieder die Ersten zu sein, die außerhalb des Gürtels drankommen werden. Es gibt dieses Projekt jetzt schon bei der Stadthalle, dort wurde das

kostenpflichtige Parkpickerl schon eingeführt, und jetzt kommt es angeblich auch bei uns im Bezirk. Der Antrag von Rot und Grün liegt in der Bezirksvertretung.

Unsere Position dazu kennen Sie: Wir halten das nicht für sinnvoll, und zwar halten wir das insofern nicht für sinnvoll, als – wie schon gesagt wurde – Geld für eine Leistung verlangt wird, die womöglich gar nicht erbracht werden kann.

Darüber hinaus sollte es, wie ich meine, eine Selbstverständlichkeit sein, dass man bei einem solchen Projekt vor dessen Einführung auch die Bevölkerung dazu befragt! Wir sind hier in der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Hier können Sie zeigen, was Sie wirklich von Bürgerbeteiligung halten!

Ich werde hier einen Beschlussantrag einbringen: Vor Einführung eines kostenpflichtigen bezirksweiten Parkpickerls soll in Rudolfsheim-Fünfhaus eine Volksbefragung durchgeführt werden, ob die bezirkswerte Einführung gewollt ist oder nicht. – Ich gehe davon aus, dass es sowohl für Rot als auch für Grün selbstverständlich ist, dass Sie diesem Antrag zustimmen!

Ich erlaube mir, diesen Antrag hiermit einzubringen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Der nächste und für mich vorerst letzte Redebeitrag kommt von Herrn Mag Gerstl. Ich erteile ihm das Wort.

StR Mag Wolfgang **Gerstl**: Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Einen Gedanken wollte ich noch aufgreifen, weil es für mich doch sehr verwunderlich war, dass einen Tag, nachdem der neue Fahrplan der ÖBB in Kraft getreten ist, niemand darauf repliziert hat. Früher hatte ich hier immer einen guten Counterpart bei den GRÜNEN, die dabei auch immer sehr gerne mitdiskutiert haben, dass wir die Nahverbindungen bei der S-Bahn verbessern. *(GRin Dr Sigrid Pilz: Ich habe heute 350 Fahrpläne verteilt.)*

Ich bin wahrscheinlich früher gefahren als Sie, Frau Kollegin! Da waren Sie offensichtlich noch nicht da! *(GRin Dr Sigrid Pilz: Ich bin seit 6 Uhr 15 unterwegs. Da waren Sie wahrscheinlich noch nicht einmal auf!)* Und war das ein erfolgreicher Plan für Sie? *(GRin Dr Sigrid Pilz: Es ist dies ein absolut bürgernahes, erfolgreiches Informationsservice!)*

Informationsservice. Okay! Aber schlecht für die Bürger ist, wenn die Intervalle eine halbe Stunde betragen. Früher haben Sie sich darüber noch aufgeregt. Jetzt betragen die Intervalle 45 Minuten, es gibt also sogar ein Plus von 15 Minuten auf Ihrer eigenen Linie!

Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie Zeit zum Einarbeiten brauchen und dass das einige Zeit dauert! Aber ich meine: Für den nächsten Fahrplan sollten Sie sich vornehmen, dass entsprechende Verbesserungen erzielt werden. Es soll bei der S7 nicht ausgedünnt werden, denn das betrifft insbesondere die Pendlerinnen und Pendler. Und wenn bei der S3 am Abend ausgedünnt wird, betrifft das wiederum die Pendlerinnen und Pendler!

Ich glaube, in diesem Punkt sind die Frau Vizebür-

germeisterin und ich einer Meinung, dass die rund 300 000 Ein- und Auspendler eines der größten und schwierigsten Kapitel bei der Verbesserung des Modal-Splits in Wien darstellen und dass wir dieses Problem gemeinsam angehen müssen. Ich erwarte mir, dass wir in diesem Bereich zusammenarbeiten, auch wenn das nicht unmittelbar zum Ressort der Frau Vizebürgermeisterin gehört. Es gehört dies aber jedenfalls zum Thema Modal-Split. Und in diesem Sinne sind Sie auch im Bereich des Masterplan Verkehr, wenn Sie diesen 2013 auch ändern wollen, dazu aufgerufen, sich entsprechend zu engagieren! Ich erwarte mir, dass Sie in Zukunft nicht eine Appeasement-Politik betreiben, sondern dass Sie die Verschlechterungen ganz genauso aufgreifen wie in den vergangenen Jahren und dass Sie dafür sorgen, dass es in diesem Bereich dann Verbesserungen gibt. Ich bin gerne bereit, diesfalls mit Ihnen eine Koalition zu bilden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau VBgmin Mag Vassilakou. Ich erteile es ihr.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Verehrte Damen und Herren!

Zunächst möchte ich mich für die erwartungsgemäß polemische Debatte bedanken. Ich verstehe, dass wir alle die Wahlen erst vor wenigen Wochen hinter uns gelassen haben. Ich verstehe auch, dass es für den einen oder anderen auch einiges an Bewältigungsarbeit zu leisten gibt.

Es ist dies nicht meine erste Budgetdebatte nach einer Wahl. Ich bin ja schon seit vielen Jahren hier im Haus, und ich weiß, dass diese erste Debatte, wie es halt üblich ist, sehr polemisch verläuft. Ich hoffe allerdings, dass wir in den nächsten Monaten zu einem sachlicheren Stil finden und zu einer sachlicheren Erörterung jener Probleme kommen werden, die die Stadt beschäftigen und in den nächsten Jahren beschäftigen werden.

Ich möchte mit einem Bereich beginnen, der heute leider kaum zur Sprache gekommen ist: Das Zauberwort für unsere Geschäftsgruppe in den nächsten Jahren heißt Klimaschutz. Und ich habe mit Verwunderung festgestellt, dass es offensichtlich Kolleginnen und Kollegen hier im Haus gibt, die noch immer der Meinung sind, dass all das nicht so schlimm ist, und die noch immer glauben, dass es sich hierbei um Übertreibungen handelt.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen: Abgesehen davon, dass Sie zur Kenntnis nehmen sollten, dass die Erde keine Scheibe ist – sie ist rund, und sie bewegt sich –, sollten selbst diejenigen, die der Meinung sind, dass all das im Zusammenhang mit den CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht so schlimm ist, unabhängig davon, ob Sie die Expertise der UNO und sämtlicher Expertinnen und Experten, die es in diesem Bereich gibt, und die internationale globale Debatte dazu wahrgenommen oder auch irgendwelche Schlüsse daraus gezogen haben, was offenbar nicht der Fall ist, zumindest aus der Tatsache Schlüsse ziehen, dass irgendwann bei Nichthandeln Strafzahlungen drohen, und zwar saftige Strafzahlungen! Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass dieser Tage zwischen Bund und Ländern weiterhin, und zwar ziemlich

emsig, rund um das Thema verhandelt wird, wer denn zuständig und in den nächsten Jahren für den Klimaschutz hauptverantwortlich ist und wer denn zur Kasse gebeten werden sollte, sollten diese Strafzahlungen tatsächlich schlagend werden.

Ich weiß nicht, wie Sie das sehen, aber ich sehe es ganz einfach: Ich habe nicht vor, auch nur einen Groschen Wiener Steuergelder für Strafzahlungen zu verschwenden! Das heißt: Wir sind aufgerufen, nicht irgendwann, sondern hier und jetzt in wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu investieren, denn wir werden, genauso wie sämtliche europäische Hauptstädte, die Aufgabe haben und auch wahrnehmen müssen, das eine oder andere zu unternehmen, um Wien tatsächlich so auf Schiene zu bringen, wie man es für die nächsten Jahrzehnte braucht.

Das heißt, dass wir in einigen Bereichen einige Maßnahmen ergreifen und auch einiges hier im Haus diskutieren werden müssen. Es wird mich schon freuen, wenn diese Debatten kontroversiell verlaufen, etwa wenn wir uns damit auseinandersetzen, ob die eine oder die andere Maßnahme wirksamer wäre. Das kann ich mir sehr gut vorstellen! Ich kann mir aber kaum vorstellen, wie wir zu entsprechenden Ergebnissen kommen können, wenn in den Debatten hier einige von Ihnen erstens den Klimawandel in Abrede stellen und zweitens überhaupt in Abrede stellen, dass es längst an der Zeit ist, dass Wien im Bereich Verkehr, Planung, Wohnungsneubau und Sanierung den guten Weg, der bereits in den letzten Jahren eingeschlagen wurde, weitergehen und die Maßnahmen in den nächsten Jahren drastisch verstärken muss, um schlussendlich jene Ergebnisse zu erzielen, die wir alle brauchen.

Was ich nicht akzeptiere, ist eine Debatte, in der auf der einen Seite vorgeworfen wird, man tue nicht genug für den Klimaschutz, gleichzeitig aber jenes Kapitel ausgeklammert werden soll, von dem wir alle wissen und von dem uns alle Expertinnen und Experten sagen, dass es der Bereich ist, wo wir den Schwerpunkt legen müssen, nämlich im Bereich Verkehr. Es möge mir bitte einer von Ihnen erklären, wie das rein rechnerisch zusammengehen soll!

Ich möchte nun auf den ersten Bereich zu sprechen kommen, in dem die Stadt einiges vorhat. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben das bereits ausgeführt. Wir werden im kommenden Jahr die Arbeit für den Stadtentwicklungsplan 2015 aufnehmen, und es wird auch der neue Masterplan Verkehr für 2013 zu erstellen sein. Ich freue mich diesbezüglich auf spannende Debatten! Und ich sage Ihnen: In diesem Bereich wird gute Arbeit von den Beamtinnen und Beamten der Stadt geleistet. Dafür möchte ich mich bedanken. Ich möchte mich für die gute und harte Arbeit, die in allen Bereichen unserer Geschäftsgruppe zu leisten sein wird, im Voraus bedanken.

Ich meine, dass wir hier einiges zu bewerkstelligen haben werden. Es ist nämlich klar: Die Stadt wächst, und dieses Wachstum bedeutet eine sehr große Herausforderung. Das bedeutet zunächst einmal, der Zersiedelung den Kampf anzusagen. Es gilt selbstverständlich, inner-

städtisch zu verdichten. Es gilt, dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur mithält. Es gilt, dafür zu sorgen, dass dort, wo neue Viertel entstehen, diese nach den neuesten energetischen Standards entstehen und dass darüber hinaus fortschrittliche Wege in der Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung rechtzeitig eingeschlagen werden. Es gilt sicherzustellen, dass es zu gemischter Nutzung kommt. Es gilt sicherzustellen, dass wir daher auch keine Viertel haben, in denen es aussterbende Erdgeschoßzonen gibt.

Wir haben viel zu tun! Die Schaffung der Grundlagen für die weitere Entwicklung der Stadt wird, wie gesagt, im kommenden Jahr in Angriff genommen werden, und auf die Debatten, die wir im Ausschuss und andernorts führen werden, freue ich mich jetzt schon!

Ganz besonders möchte ich an dieser Stelle übrigens erwähnen: Es werden jetzt neue Wege eingeschlagen werden, etwa im Bereich des Nordbahnhofes. In diesem Zusammenhang wird es bereits im Jänner eine Präsentation unter Einbeziehung der Bevölkerung geben, und es wird auch ein internationaler EU-weiter Wettbewerb stattfinden. Außerdem meine ich, dass es auch im Hinblick auf das Areal rund um den Franz-Josefs-Bahnhof eine ganz starke BürgerInnenbeteiligung geben soll, um sicherzustellen, dass die Anrainerinnen und Anrainer und die Bevölkerung vor Ort die Möglichkeit haben, sich verstärkt einzubringen.

Damit komme ich, weil ich unsere Zeit nicht allzu lange in Anspruch nehmen möchte, zum Bereich Verkehr. Wir haben uns ambitionierte Ziele gesetzt, und mit dem Masterplan Verkehr wollen wir 2013 konkret zeigen, wie die Ziele zu erreichen sein werden.

Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass wir in den nächsten Jahren sehr wohl vermehrt in Straßenbahnverbindungen investieren werden, denn diese kosten nun einmal weniger Geld, und darüber hinaus bedarf es etwa im Vergleich zum U-Bahn-Bau auch nur eines Bruchteils der Zeit, um die Bauarbeiten fertigzustellen. Wir haben uns auch hier einiges vorgenommen. Ich weiß, dass Sie das Regierungsübereinkommen aufmerksam gelesen haben, daher haben Sie sicherlich etliche Anbindungen entdeckt. Ganz besonders möchte ich in diesem Zusammenhang die Idee des 13ers aufgreifen, für welchen es in diesem Zusammenhang erste Planungen beziehungsweise – korrekter gesagt – Vorarbeiten zu einer Planung geben müssen wird.

Der Bereich des Radverkehrs ist natürlich zu verdoppeln. Auch diesbezüglich hat es Ausführungen gegeben. Da wird es sehr viel zu tun geben, nicht nur im Zusammenhang mit dem Ausbau von hochleistungsfähigen Radrouten; der 20. Bezirk ist zur Sprache gekommen, und auch jenseits der Donau gibt es einen sehr großen Bedarf. Außerdem ist auch eine Vielzahl von Ideen zur Sprache zu bringen und das eine oder andere vielleicht auch in Kooperation etwa mit den Wiener Linien in Angriff zu nehmen. An Hand der vielen Mails, die uns dieser Tage erreichen, habe ich zum Beispiel ein großes Bedürfnis nach einer verbesserten Mitnahmemöglichkeit von Rädern in den öffentlichen Verkehrsmitteln abseits jener Vorkehrungen, die bereits jetzt im Rahmen des U-

Bahn-Betriebs getroffen wurden, festgestellt.

Ich will in diesem Zusammenhang auch die Arbeitsgruppe betreffend eine Tarifreform der Wiener Linien und damit auch des VOR zur Sprache bringen. Ein Teil Ihrer Anträge lässt sich nämlich auch in diese Richtung interpretieren. Die Idee der Ausweitung der Kernzone auf die erste Außenzone ist etwas, was die GRÜNEN in den vergangenen Jahren schon mehrfach zur Sprache gebracht haben, und ich meine, dass dieser Ansatz genauso wie sehr viele weitere gute Ideen in der Arbeitsgruppe zur Tarifreform der Wiener Linien diskutiert werden sollen, und ich bin zuversichtlich, dass wir letztlich mit dem Ergebnis einer besseren Kombinierbarkeit, einer besseren Nutzbarkeit und auch mit finanziellen Vorteilen für Öffi-FahrerInnen aus dieser Gruppe herauskommen werden.

Wenn Frau StRin Matiassek von den Menschen und ihren Bedürfnissen spricht, dann möchte ich meinen, Frau Stadträtin, dass die Menschen einerseits zwar sehr wohl Autofahrerinnen und Autofahrer sind: Das sind auch Sie und ich, und zwar jedes Mal, wenn wir uns ins Auto setzen, das Auto starten und fahren. In dem Moment, in dem wir jedoch aufhören, Auto zu fahren, sind wir alle Mütter, Väter beziehungsweise Anrainer, die ein Bedürfnis nach Ruhe und Lebensqualität sowie ein Bedürfnis nach Sicherheit für die Kinder auf dem Weg zur Schule haben, um Ihnen jetzt einige Beispiele zu nennen. Außerdem möchte ich auch an das Bedürfnis nach Sicherheit für unsere Eltern erinnern, die betagter sind und sich vielleicht im Straßenverkehr schwerer tun.

Im Hinblick darauf akzeptiere ich diese zugespitzten Argumente nicht, gemäß welchen erklärt wird, dass Menschen nur eines brauchen, nämlich einen Parkplatz und diesen möglichst vor der Tür, und das war es, und dass die Verkehrspolitik dafür zu sorgen hat, dass immer mehr Straßen gebaut werden und jedem sein Parkplatz vor der Tür zur Verfügung steht, weil das sozusagen das Bedürfnis der Menschen sei. – Ich meine: Die Bedürfnisse der Menschen sind sehr vielschichtig und unterschiedlich und schwer unter einen Hut zu bringen. Im Hinblick darauf wundert es mich auch sehr, wieso Sie ausgerechnet der Parkraumbewirtschaftung den Kampf ansagen, wenn Sie doch wissen, dass gerade in jenen Bezirken, die durch den Pendlerinnen- und Pendlerverkehr mit massiven Problemen konfrontiert sind, die Parkraumbewirtschaftung von den Anrainerinnen und Anrainern gewünscht wird, damit sie eine Chance haben, endlich einen Parkplatz, wenn schon nicht vor der Tür, aber zumindest in einer vertretbaren Gehdistanz zu ihrem Wohnort zu finden.

Ich halte fest, dass Sie sich in diesem Zusammenhang selbst widersprechen! Irgendwann einmal werden Sie sich aber entscheiden müssen, wohin die Reise in der Verkehrspolitik geht! Für mich geht die Reise in der Verkehrspolitik jedenfalls in Richtung Klimaschutz, Komfort, Beschleunigung und hochleistungsfähige Alternativen zum Individualverkehr, und zwar nicht, weil das eine ideologische Angelegenheit ist, sondern weil es das Gebot der Stunde ist, dass wir sorgsam und intelligent mit knappen Energieressourcen umgehen. Somit gehen

wir auch in Richtung mehr Komfort für Autofahrerinnen und Autofahrer, denn wenn wir es schlussendlich schaffen, möglichst viele Menschen weg vom Auto und hin zu den Öffis und den Rädern zu bringen, dann bedeutet das nichts anderes, als dass der Rest, der mit dem Auto fährt, wahrscheinlich auch eine gestiegene Lebensqualität hat.

Sie können das einsehen wollen oder auch nicht: Das ist jedenfalls der Weg, den wir gehen werden! Es gibt eine Vielzahl von guten und klugen diesbezüglichen Maßnahmen im Regierungsübereinkommen, nicht zuletzt auch Investitionen in Mobilität und ganz besonders in E-Bikes. Es ist nämlich auch klar, dass wir den Radverkehrsanteil in der Stadt erhöhen müssen, und E-Bikes sind ein sehr guter Weg dazu. Sie werden einerseits bei der Anschaffung gefördert, und andererseits soll auch die Ladeinfrastruktur in den nächsten Jahren ausgebaut werden.

Ich möchte abkürzen und zum Schluss noch auf den Bereich Energie zu sprechen kommen. Klar ist, dass die Stadt auch in diesem Bereich einiges vorhat. Der Schwerpunkt muss in den nächsten Jahren vor allem im Bereich Solarthermie liegen. In diesem Bereich werden wir ein sehr ambitioniertes Vorhaben zu erfüllen haben, nämlich das KlIP II. 300 000 m<sup>2</sup> installierte Solaranlagenflächen würden eine Verzehnfachung gegenüber dem aktuellen Stand bedeuten. In diesem Bereich werden wir sehr wohl weiterhin fördern, aber uns auch legislative Änderungen anschauen und vornehmen. Wir haben nämlich vielfach festgestellt, dass die Problematik nicht nur mit der Förderung und der Frage, ob diese ausreicht und ob sie wirklich klug ausgestaltet ist, verbunden ist, sondern dass es auch einige legislative Hürden zu beseitigen gilt.

Dasselbe gilt übrigens auch für neue Wege etwa betreffend die Beheizung von Kleingartenhäusern. Auch diesbezüglich gibt es einen Antrag, den wir unter anderem auch deshalb ablehnen werden, weil in diesem einiges – wie ich an dieser Stelle sagen muss – sehr unkonkret formuliert ist. Wenn von festen Brennstoffen die Rede ist, kann das ja auch Kohle sein – um Ihnen jetzt ein Beispiel zu geben –, und das kann nicht erwünscht sein! Was sehr wohl erwünscht ist und was wir in den nächsten Jahren in Angriff nehmen werden, ist zum Beispiel eine legislative Änderung, damit man in diesem Bereich mit Pelletsheizungen heizen kann.

Sie sehen, hier gibt es sehr viel Schrauben, an denen man drehen kann! – Es ist klar, dass dieser gesamte Bereich in der Debatte und in der Koordination sehr stark bei mir ressortiert, dass die Umsetzung aber auch bei anderen Kolleginnen und Kollegen der Wiener Stadregierung liegt, und ich freue mich jetzt schon auf gute Zusammenarbeit, denn in der Stadt gibt es einiges, das in Angriff genommen werden muss.

Ich möchte nun, nachdem die Bewertung der Anträge bereits in der Debatte durch viele Kolleginnen und Kollegen vorgenommen wurde, nur noch auf ein paar der Anträge zu sprechen kommen. Allen voran möchte ich einen herausgreifen, denn er spricht mir einerseits in gewisser Weise aus dem Herzen, andererseits dann

aber doch wieder nicht so sehr, so wie er formuliert ist. Es geht dabei um die verbesserte Kommunikation und Kooperation mit der Region, also mit Niederösterreich und dem Burgenland. Da werde ich aufgefordert, gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister schleunigst dafür zu sorgen, dass es zur Schaffung eines überregionalen Verkehrsausschusses kommt, in dem die gemeinsame Verkehrspolitik der Region erörtert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP! Abgesehen davon, dass Sie wissen, dass es bereits mindestens drei Gremien gibt, in denen die überregionale Verkehrscoordination erfolgt, finde ich persönlich – wie ich an dieser Stelle sagen möchte – die Idee, das auch auf politischer Ebene zu versuchen, gar nicht so schlecht. Da ich demnächst den niederösterreichischen Landeshauptmann treffen werde, werde ich ihn mit dieser guten Idee seitens der ÖVP konfrontieren, und ich hoffe, nachdem diese Idee von Ihnen kommt, dass er begeistert sein wird und das auch sagen wird. Wenn seinerseits die Bereitschaft besteht, dass wir uns zusammensetzen und über eine gemeinsame Verkehrspolitik sprechen, dann sage ich: Warum nicht? In Form eines Antrags kann ich das nicht akzeptieren, ich möchte aber diese gute Idee und Anregung sehr wohl aufgreifen!

Sollte das tatsächlich verwirklicht werden, dann gehe ich davon aus, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Gremium vertreten sein werden und dort im Interesse Wiens argumentieren werden, indem Sie die niederösterreichischen Kollegen damit konfrontieren, dass sie es sind, die derzeit Pendlerverbindungen einstellen, dass sie etwa ein Drittel der Bahnverbindungen, die die ÖBB an sie überantwortet haben, eingestellt haben, dass sie seit vielen Jahren mit einer Zersiedlungs- und Einkaufszentrenansiedlungspolitik und darüber hinaus mit einer autozentrierten Politik in der Region kaum einen brauchbaren Beitrag leisten, dass die Stadt dieses nicht unbeträchtliche Problem mit den 220 000 Pendlerinnen und Pendlern, die täglich kommen, im Hinblick auf Alternativen zum Auto in den Griff bekommt, und dass wir sehr wohl von ihnen erwarten, dass sie sich auch finanziell an einer gemeinsamen Verkehrspolitik beteiligen, die nicht nur für Wien, sondern für die gesamte Region klug und sinnvoll ist, und zwar aus einem sehr simplen Grund.

Sie wissen ganz genau, dass Niederösterreich gerade auf Grund dieser Einkaufszentrenpolitik nicht wenige Mittel lukriert, und ich fände es fair, wenn es zu einem Finanzausgleich innerhalb der Region kommt. Kollege Aichinger wird mir bestimmt zustimmen, denn für die Wirtschaftskammer ist der Kaufkraftabfluss knapp jenseits der Wiener Stadtgrenze auch ein sehr großes Problem. Im Hinblick darauf werden wir alle gemeinsam, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, sicherlich nicht tatenlos zur Kenntnis nehmen, dass – um ein drastisches Bild zu bringen – Niederösterreich in Geld erstickt und Wien im Verkehr.

Zu den weiteren Anträgen habe ich zu sagen, dass selbstverständlich im Regierungsübereinkommen festgehalten wurde, dass es im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Ausbau künftig ein integriertes Verkehrskonzept

geben muss, um sicherzustellen, dass es nicht zu einer Verschlechterung kommt und dass es selbstverständlich unser Anliegen ist, die Angebote im Oberflächenverkehrsbereich dort weitestgehend zu erhalten, wo sie sinnvoll und möglich sind.

Wenn er so allgemein formuliert ist, kann man diesem Antrag nicht zustimmen. Ich bringen Ihnen nur ein konkretes Beispiel, damit Sie wissen, dass das keine Polemik ist: Sie wissen, dass man, wenn man zum Beispiel die U1 verlängert, den Streckenverlauf ab den Verteilerkreis Favoriten stadtauswärts über die Trasse der Straßenbahn führen würde. Daher kann ein derart allgemein formulierter Antrag, noch dazu zur sofortigen Abstimmung, so nicht angenommen werden.

Ich will jetzt, auf Grund unser aller Zeitbudget, auf die Anträge nicht mehr im Detail eingehen. Ich sage Ihnen jetzt nur: Es gibt viel zu diskutieren. Wenn Sie eine Diskussion wünschen, dann stellen Sie doch bitte Anträge auf Zuweisung, dann kommt das in den Ausschuss, und dann kommen die Expertinnen und Experten der Stadt auch zu Wort. Dort können wir dann diskutieren, inwieweit etwas in dieser oder einer anderen Art und Weise sinnvoll ist. Sie wissen, dass wir jetzt keine Alleinregierung haben, sondern eine Regierung, in der zwei politische Parteien vertreten sind, und auf diese Weise haben wir auch die Möglichkeit, mit dem Koalitionspartner eine Debatte zu führen, um zu sehen, was Zustimmung findet.

Anträge, die in dieser Art und Weise zur sofortigen Abstimmung gestellt werden, sind, wie ich bedaure, sagen zu müssen, ein Begräbnis erster Klasse ihrer guten Ideen, das Sie selbst vornehmen. Insofern möchte ich Sie alle einladen, dieselben Anträge in den nächsten Sitzungen auf Zuweisung zu stellen. Noch einmal: Ich halte einige Ideen für sehr diskutierenswert, und ich diskutiere gerne darüber im Ausschuss.

Es gab übrigens einen einzigen Antrag auf Zuweisung im Zusammenhang mit dem Schutz des Stadtbildes. Dieser wird unsere Zustimmung finden, und zwar nicht, weil ich der Meinung bin, dass man ihn bis zur letzten Konsequenz so unterstützen könnte, wie er formuliert ist, sondern weil es wirklich wert ist, darüber zu diskutieren. Das ist ein Anliegen, das wir alle teilen. Damit komme ich zu meinen abschließenden Worten.

Ich habe zu Beginn gesagt: Es hat mich nicht weiter überrascht, wie persönlich einige der Wortmeldungen waren. Ich vermute, die Damen und Herren von der Opposition halten es gern mit Anton Kuh, der gesagt hat: „Nur nicht gleich sachlich werden! Es geht ja auch persönlich.“ – Das scheint so zu sein! Das ist eine Stilfrage. Ich würde aber jedenfalls ersuchen, von medizinischen Diagnosen Abstand zu nehmen! Sie scheinen sehr großen Gefallen daran gefunden zu haben, von Alzheimer zu sprechen und bei mir persönlich wie auch bei den GRÜNEN im Allgemeinen Demenz und Alzheimer zu diagnostizieren. – Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen: Mich beleidigt so etwas überhaupt nicht! Allerdings, es gibt Menschen, die an Alzheimer leiden, und es gibt demenzkranke Menschen und Menschen, die Verwandte haben, die daran leiden, und all diese Menschen finden das nicht lustig! Wenn man damit konfrontiert ist, ist man

immer betroffen, wenn jemand eine Krankheit letztlich dazu benutzt, um sich über jemanden anderen lustig zu machen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es auch im Sinne einer gewissen Sprachhygiene, die wir hier im Haus pflegen sollten, eigentlich üblich, dass man Abstand davon nimmt, Krankheiten welcher Art auch immer zu benutzen, um einen politischen Gegner zu desavouieren. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen, nachdem ich neuropsychologische Diagnostik jahrelang an der Uni studiert habe: Ich wäre sehr wohl fähig, auch Krankheiten zu diagnostizieren. Ich könnte Tourette, schwere Logorrhoe sowie dissoziative Störungen im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Verkehrspolitik diagnostizieren, aber ich tue es nicht, weil man das nicht tut und weil das nicht das Niveau der Debatte sein sollte, wie wir sie in den nächsten Jahren führen wollen.

Ich möchte Sie an dieser Stelle einmal mehr einladen, es nicht mit Anton Kuh zu halten – den ich übrigens sehr verehere –, sondern es in diesem Fall ausnahmsweise anders und umgekehrt zu halten: Steigen Sie bitte mit uns in eine sachliche Debatte ein! Es gibt im Klimaschutz viel zu tun, es gibt in der Verkehrspolitik viel zu tun, es gibt in der Planung viel zu tun, und ich weiß, dass manche von Ihnen – nicht alle, aber manche von Ihnen – gute Ideen haben, und ich freue mich darauf! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung mit der Postnummer 6, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen für das Jahr 2011, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Stadt Wien – Wiener Stadtwerke jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm.

GR Norbert **Walter**, MAS *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich möchte heute mit einem Zitat eines bekannten Kardinals beginnen. – Kardinal Richelieu hat gesagt: „Der Haushalt ist der Nerv des Staates, daher muss er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden.“ – Das erinnert mich an das Stadt Wien Budget, das wir hier heute debattieren und diskutieren, jetzt vor allem auch im Wohnbau.

Wenn man sich die Zeilen im Gesamtbudgetkatalog anschaut, dann sieht man, dass dort in Wahrheit nichts

steht außer ein paar Begriffen, die sowieso niemand versteht. Es ist dies letztendlich ein Budget, das nicht nur offensichtlich im Sinne und Geistes des roten Kardinals erstellt worden ist, sondern es ist und bleibt intransparent.

Wenn man sich die Zahlen genauer anschaut, dann stellt man fest, dass diese seit 2005 mit kleinen Abweichungen plus oder minus auch im Voranschlag für 2011 identisch sind. Mit den 600 Millionen EUR hat sich seit 2005 kaum etwas bis gar nichts getan.

Viel spannender ist es jetzt aber, wenn man sich das rot-grüne Regierungsprogramm ansieht. In diesem sind immerhin auf den Seiten 73 bis 76 7 Punkte angeführt. – Wenn ich daran denke, dass wir demnächst Weihnachten haben und Kinder immer einen Wunsch ans Christkind richten, dann bin ich mir ziemlich sicher, dass das ein Christkindplan der rot-grünen Stadtregierung sein muss, denn ich weiß nicht, wer all das bezahlen soll!

Da geht es zum Beispiel in Punkt 1 um Wiener Wohnen: Etwas, was wir schon lange fordern, was aber nie umgesetzt wurde, ist die Neustrukturierung von Wiener Wohnen, nämlich die Schaffung eines modernen Service und eines kundenorientierten Betriebs. Sollte er das nicht schon längst sein? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stichworte Sanierungskataster und Sanierungsmanagement: Wir sanieren jährlich tausende Wiener Gemeindewohnungen. Wo ist der Plan? Wo ist das Ziel? Wo ist der Zeitplan dazu?

Ganz spannend ist auch die Evaluierung der erweiterten Weitergabe. Was bedeutet das für die Familien, die sich darauf verlassen?

Weitere ganz interessante Punkte sind der geförderte Wohnbau und die Sicherstellung der sozialen Durchmischung bei der Wohnungsvergabe. Was tun wir denn im Gemeindebau? – Wir haben immer gesagt, dass man auch dort zumindest versuchen sollte, eine Quote von nichtösterreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern einzuführen.

Interessant ist auch, dass hier die Schaffung von mindestens tausend neuen, leistbaren Kleinwohnungen erwähnt ist. – Das finde ich gut! Aber im Gemeindebau legt man jede Wohnung, die unter 30 m<sup>2</sup> hat, mit einer anderen zusammen, 26 m<sup>2</sup> kann man nicht mehr bekommen, denn unter 30 m<sup>2</sup> wird zusammengelegt. Ich frage mich: Wozu ist das dann gut?

Auch die „Weiterführung innovativer Wohnformen“ finde ich gut. Bleiben wir aber, bitte, nicht immer bei Einzelbeispielen. Christoph Chorherr hat vorher davon gesprochen. Ich kann ihm zum Beispiel ein entsprechendes Objekt nennen, und jetzt komme ich schon zum ökologischen Wohnbau: Heute wurde das neue Sofitel an der Praterstraße 1 eröffnet. Dort wird immerhin Erdwärme verwendet, und ich glaube, so weit ich mir das im Detail angeschaut habe, dass das in die richtige Richtung gehen kann.

Etwas muss man dabei aber auch bedenken: Man muss sich das auch leisten können. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe das selbst auch gemacht. Es kostet halt um einiges mehr als herkömmliche Heiz- und

Wärmeformen. (*Zwischenruf von GR Johann Herzog.*) Das kommt darauf an! Das gibt es auch.

Ein weiterer ganz interessanter Punkt ist, dass der Dachbodenausbau und die innerstädtische Stadtentwicklung forciert werden sollen. Das ist interessant! Ich frage mich nur: Was tun wir mit der Erdbebennorm? Gab es im Rahmen eines Wohnbauforschungsprojektes schon den Auftrag, zu evaluieren, was das in den Gründerzeithäusern bedeutet? Im Zusammenhang mit der Sanierung in Gründerzeitvierteln erinnere ich nur an die MA 21-Kommission: Projekte werden dort immer wieder abgelehnt, weil man Hausentkernungen et cetera, et cetera verlangt. Über all das können wir diskutieren!

Einführung eines Gebäudepickerls: Das bedeutet eine beträchtliche Mehrbelastung der Hauseigentümer, -besitzer oder -mieter! Ich frage mich: Wer bezahlt das dann?

Kollegin Gretner – sie ist jetzt leider nicht da – hat die Grünraumplanung angesprochen. Darüber ist zu lesen, dass das die MA 69 machen soll. Seit wann ist die MA 69 für die Planung zuständig? Aber wir werden dann schon hören, wie das geht!

Letztlich möchte ich noch den Themenkreis Gütesiegel – MRG – Hausbesorger erwähnen: Dieses alte Thema kennen wir eh schon!

Es ist das jedenfalls ein schönes Wunschkonzert, und einige Punkte sind – wie man fairerweise sagen muss – gar nicht so schlecht. Die Frage ist nur: Wer soll das bezahlen, und wer soll das umsetzen?

Werner Mitsch hat einmal gesagt: „Haushaltsplanung ist die Kunst, ein Fass ohne Boden zum Überlaufen zu bringen.“ – So ähnlich kommt mir das vor! Das erinnert mich ein bisschen daran!

Herr Stadtrat! Was geschieht denn mit der Wohnversorgung ab 2015? Ich habe hier zwei Artikel aus dem „Kurier“. In einem wurden Sie selbst interviewt beziehungsweise haben zumindest Auskunft gegeben, und der andere war in der Rubrik „Rathausmelange“. – Es sind dort die unterschiedlichsten Zahlen genannt. Einmal ist von Einsparungen in der Höhe von 70 Millionen EUR, einmal von 62 Millionen EUR und einmal von 160 Millionen EUR die Rede. Was soll das bedeuten? Ich frage Sie: Welche Szenarien sind das?

Für mich gibt es zwei Szenarien. Entweder es war ein Paukenschlag und wir haben tatsächlich kein Geld mehr, oder die Verkehrs- und Infrastrukturerschließung bei Aspern funktioniert nicht. Im „Kurier“-Artikel steht nämlich zum Schluss, dass die U-Bahn jedenfalls bis 2015 nicht fertig wird.

Ich gehe davon aus, dass wir die 7 000 Wohnungen nicht halten können werden. Was ist mit der Sanierung? Welche Szenarien kommen da auf uns zu? – Das würde ich unter einem transparenten Budget und einem weit hinaus planenden Budgetansatz verstehen: Dass es Antworten auf solche Fragen gibt!

Was ist mit der Planungs- und Wirtschaftlichkeitssicherheit? – Ich glaube, dass die Hausbesitzer, die Wohnbauträger und letztendlich auch die Mieterinnen und Mieter ein Recht darauf haben, zu erfahren, was in den nächsten Jahren geschieht! Was bedeutet das fürs

Bau- und Baunebengewerbe? Welche Auswirkung hat das auf die Arbeitsplätze? – Zu diesen Fragen hätte ich gerne eine Auskunft, und deshalb habe ich mir zehn ganz konkrete Fragen notiert, die Sie im Anschluss dann vielleicht beantworten können.

Frage 1: Wie schauen die Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung aus? Wie hoch sind die Einsparungen?

Frage 2: Wird es in der Folge der zu erwartenden Einsparungen zu einer Reduzierung der Neubauleistung im geförderten Wohnbau kommen?

Frage 3: Wird es in Folge der Einsparungen im Geschäftsbereich letztendlich zu einer Kürzung der Sanierungsmittel kommen? Welche Sanierungsarten wären hiervon betroffen?

Frage 4: Welche Schritte werden zur ausreichenden Sicherung von Qualität versus Quantität im Wohnbau gesetzt? – Es wäre interessant, diese Frage zu diskutieren: Gehen wir mit der Qualität etwas zurück, oder gehen wir mit der Quantität zurück, um all das finanzieren zu können?

Frage 5: Was geschieht mit der Wohnbeihilfe, die ja ständig steigt? Kommt es da zu Kürzungen?

Frage 6: Welche Perspektiven gibt es bei der Grundstücksbereitstellung?

Frage 7: Was bedeuten etwa zu erwartende Einschnitte für die Stadtentwicklungsgebiete? – Wir haben jetzt schon Aspern auf nächsten März verschoben. Was bedeutet das für Eurogate sowie für den Haupt- und Nordbahnhof? Was bedeutet das für andere Entwicklungsgebiete?

Frage 8: Außerdem hätte ich gerne gewusst, wie die angekündigten Initiativen „Grünraumplanung“, „sozialintegrierte Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit“ und die angekündigten „mindestens 1 000 leistbaren neuen Kleinwohnungen“ finanziert werden sollen. – All das sind an sich keine unspannenden Themen, über die man durchaus diskutieren kann.

Zum Schluss: Was bedeuten die Einsparungen im Bereich der Sicherheit, bei den Sicherheitstüren, den Kontrolltrupps und der Videoüberwachung? – Nachdem wir zu den Sicherheitstüren ja sozusagen eine Wahlsonderförderung gemacht haben, erlaube ich mir, einen Antrag einzubringen, dass wir diese Wahlsonderförderung für zumindest zwei Jahre verlängern und diese auch 2011 und 2012 ausschütten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich bringe hierzu einen Resolutions- und Beschlussantrag zur sofortigen Abstimmung ein.

Am Schluss möchte ich den beiden Regierungsparteien noch einen Satz von Elbert Green Hubbard mitgeben, der immerhin der Begründer des Roycroft Movement, einer Vereinigung aus Künstlern, Handwerkern, Designern und Schriftstellern, war, welche keinen unwesentlichen Einfluss auf Architektur, Design und Schriftstellerei hatten. – Er hat gesagt: „Wahre Wirtschaftlichkeit ist das Gegenteil von bloßem Sparen, Knausern und Verzicht. Sie besteht vielmehr in der Verhütung von Verschwendung, in der Erhaltung aller Energien und in der Abschaffung aller Schlampereien.“

In diesem Sinne hoffe ich, dass das nächste Budget

anständig erstellt wird. – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren! Herr Stadtrat!

Es ist durchaus ansprechend, nach Herrn GR Walter zu sprechen. Das meine ich ehrlich! Es ist dies eine sehr sachliche, produktive Form. (*GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Sie machen mehr Bewegung!*) Ja, ich wachle ein bisschen mehr mit den Händen als er, das stimmt!

Er hat einige sehr wesentliche Beiträge gebracht, auf die ich auch inhaltlich eingehen will, und dann möchte ich ein paar Schwerpunkte aus meiner Sicht aufgreifen.

Ich möchte mit dem Antrag beginnen. Er hat gesagt, dass er sich bei der Lektüre des Koalitionsübereinkommen sehr oft gedacht hat: Wer kann sich all das leisten? – In der Tat sind knappe Mittel ein Grund, sich alle Vorhaben sehr gut zu überlegen. Ich würde mir nicht zuerst die Energieoptimierung überlegen. Wenn man aber erst sagt, dass man mit den Mitteln sparsam umgehen soll und dann einen Antrag einbringt, dass eine Sonderförderung verlängert werden soll, und zwar eine aus meiner Sicht durchaus fragwürdige Sonderförderung, dann ist das nicht stimmig. Und Herr StR Gerstl applaudiert gleich fest zu dieser Sonderförderung, nachdem erst die Frage in den Raum gestellt wurde: Wer soll sich all das leisten? Das passt nicht zusammen! Nicht nur, aber auch deswegen, werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Es ist jedem unbenommen, sich diese einbruchshemmenden Türen anzuschaffen. Ich füge hinzu: Ich habe das auch schon vor Jahren getan. Aber es gibt ganz viele sinnvolle Dinge, die auf der Welt zu geschehen haben, im Hinblick auf welche man sich aber – da hat Kollege Walter recht – angesichts der Budgetsituation überlegen muss, ob man diese öffentlich finanzieren soll. Da vermisste ich ein bisschen – ich möchte diesfalls die Höflichkeitsform beibehalten – die Stringenz.

Ich spreche heute erstmals als Mitglied des Wohnausschusses, in den ich sehr gerne gehe, und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil ich es als wesentlich erachte, die Überlegungen der Planung mit den Überlegungen des Wohnbauressorts ein bisschen zusammenzubringen und eine sehr enge, gute Kooperation vorzunehmen.

Noch eine Erwiderung auf Kollegen Walter: Er hat die knappen Mittel in Bezug auf die Energieeffizienz genannt. – Leistbares Wohnen hat auch etwas mit den Heizkosten zu tun! Das habe ich schon vor Jahren gesagt, und ich sage es jetzt wieder: Es spricht ganz viel dafür, dass in den nächsten Jahren, um nicht zu sagen, Jahrzehnten, die Energiekosten nicht sinken werden. Daran glauben auch die wenigsten. Wenn man heute ein Haus neu baut oder saniert, dann bleibt es zumindest 20 bis 30 Jahre so. Ich füge hinzu: Auch dann, wenn wir verstärkt erneuerbare Energien verwenden und Klimaschutz haben, können wir nicht versprechen, dass die Energie billiger wird als heute. – Übrigens, Herr Kollege von der FPÖ, ist es nicht primär Zahlenschutz, wenn wir Klimaschutz betreiben!

Im Hinblick darauf, dass die Energiekosten nicht sinken werden, ist jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, weil gut gedämmt beziehungsweise Passivenergie genutzt wird, gut fürs Geldbörse. In Passivhäusern braucht niemand um einen Heizkostenzuschuss anzusuchen! Wofür sollte er ansuchen? Für Heizkosten, die er nicht hat? Dafür braucht er keinen Zuschuss! Eine der intelligentesten Maßnahmen, sozial tätig zu sein, ist, Häuser so zu bauen, dass sie keine Energie oder wenig Energie verbrauchen. Insofern ist der Spruch von der Verschwendung ein schlechtes Beispiel!

Bevor ich auf einige wenige mir sehr wichtige Bereiche aus dem Regierungsübereinkommen zu sprechen komme, möchte ich eine durchaus nicht einfache Situation ansprechen. Wir werden dann auch die Möglichkeit haben, mit dem Herrn Stadtrat darüber zu reden.

In der Tat! In dem vorgelegten Budget kommt es zu Kürzungen bei der Wohnbauförderung. Mit mehr Geld Vorhaben zu verwirklichen, ist leicht, wenn man weniger Geld hat, muss man sich einiges einfallen lassen. Eine Option sehe ich nicht, die du angesprochen hast! Wir bauen nämlich weniger geförderte Wohnungen. Diesbezüglich muss man sich etwas überlegen, ohne in die Kompetenz des Stadtrates einzugreifen.

Momentan haben wir aber eine gewisse Chance. Ich deute das jetzt nur an, wir werden das in den Gesprächen noch vertiefen. Momentan besteht eine niedrige Zinslandschaft. Bekanntlich sind langfristige Finanzierungen vor allem kapitalintensiv, und da bieten niedrige Zinsen mehr Spielraum als hohe Zinsen. Vielleicht können wir uns da gemeinsam etwas einfallen lassen! Wichtig in diesem Zusammenhang ist mir, dass die Wohnbauleistung nicht reduziert wird durch eine – wie ich jetzt sagen möchte – innovative Gestaltung bei der Wohnbauförderung.

Das hat auch mit dem Planungsressort zu tun. Machen wir uns klar, wie die Zuwanderungsbilanz Wiens in den letzten Jahren aussieht: Mit Zuwanderung meine ich jetzt nicht ausschließlich die internationale Zuwanderung, sondern den Zuzug von Leuten etwa aus Oberösterreich, aus dem Burgenland, aus Vorarlberg oder aus Deutschland. Und ich begrüße auch einmal mehr, dass international Menschen nach Wien studieren kommen wollen. Sie bereichern die Stadt. Das ist eine auch wirtschaftlich positive Entwicklung, Stichwort: Finanzausgleich.

Auf diese Weise haben wir aber im langfristigen Schnitt jährlich bisher um 15 000 mehr Menschen in Wien. Ich nenne die Zahl noch einmal, weil uns das jetzt als Regierungspartei mehr unter den Nägeln brennt. Das bedeutet, meine Damen und Herren, in 15 bis 20 Jahren eine Stadt in der Größe von Graz nach Wien zu bauen! – Ich halte vieles in München für sehr positiv, ich möchte aber nicht, dass wir wie in München eine Wohnsituation haben, in der es Menschen, die über kein großes Einkommen verfügen, nahezu unmöglich ist, in der Stadt zu wohnen. Diese Leute müssen dann nämlich am Stadtrand wohnen und erhöhen damit – wie Kollege Gerstl richtig gesagt hat – die Pendlerproblematik.

Ich tue mir leicht, aus der Gumpendorfer Straße ins Rathaus zu radeln. Aber nicht alle haben den Enth-

sasmus von Sigrid Pilz, aus „Ha-Wei“ – für die im Zusammenhang mit Penzing nicht Geschulten: Hadersdorf-Weidlingau – täglich hineinzuradeln. Spätestens wenn man 20 oder 30 km täglich fahren muss, wird es, obwohl jetzt das Elektrofahrrad weitere Möglichkeiten bietet, irgendwann einmal unlustig, das gebe ich zu.

Warum sage ich das hier? – Wir sollen und müssen auch innerstädtisch – und mit innerstädtisch meine ich die gewachsene Stadt – auch weiterhin günstige Wohnungen anbieten. Schauen wir uns die wahre Zahl noch einmal an! Wenn es jedes Jahr um 15 000 Menschen im Jahr mehr sind, dann sind das in 10 Jahren 150 000 Leute. Und das ist nur der Saldo!

De facto haben wir ungefähr eine – unter Anführungszeichen – regionale Zuwanderung von 60 000 und eine Abwanderung von 45 000 Personen. Das ist zum Beispiel interessant im Bereich der Studierenden. Weil die Situation an den Unis bei uns so schwierig ist, tun sich Maturanten und Maturantinnen, die Medizin studieren wollen und sehr gute Noten haben, den Test bei uns nicht an, sondern gehen an deutsche Universitäten, Medizin studieren. Das sind inzwischen ziemlich viele. Das ist das neue Europa!

Im Zusammenhang mit dem Wohnbaugedanken bedeutet das, dass 60 000 Leute kommen und hier – wenn auch nur temporär – eine Heimat finden, ebenso wie 45 000 Wienerinnen und Wiener temporär nach Deutschland, Australien, Südafrika, Bratislava oder Graz übersiedeln, und das ist ja auch wohnbaumäßig relevant. Insofern sind es mehr, und insofern steht das Wohnbauressort vor einer besonders anspruchsvollen Herausforderung. Das sage ich jetzt bei der Budgetdebatte. Es ist durchaus bitter zu sagen, dass man ein besonders hohes Maß an Kürzungen akzeptieren muss. Das ist im Wohnbauressort im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung notwenig, und da ist sehr viel Hirnschmalz erforderlich.

Eine Option gilt für mich nicht, nämlich die Wohnbauleistung zurückzuschrauben. Die Gründe dafür sind – und ich nenne jetzt auch eine andere Stadt: Probieren Sie einmal, sich in Paris eine Wohnung zu nehmen, und zwar mit einem Monatseinkommen von 1 500 bis 2 000 EUR; von weniger rede ich jetzt gar nicht. Dort zahlt man für ein kleines Loch astronomische Summen! – Der Wohnungsmarkt ist enorm sensitiv. Wenn wir nur ein bisschen weniger Sozialwohnbauten errichten, wird das sofort wahrgenommen, und die Preise gehen ganz geschwind in die Höhe. Insofern müssen wir also sehr gut aufpassen!

Ich möchte jetzt auf zwei kleine Bereiche aus dem Regierungsübereinkommen eingehen. Ich sage das jetzt auch deswegen am Anfang, um daran gemessen zu werden. Ich setze mich diesbezüglich auch selbst gern unter Druck. Nach ein paar Jahren wird man uns nämlich fragen: Was habt ihr da weitergebracht? Das ist eine Aufforderung an die konstruktiven Teile der Opposition, uns dabei genau zuzuhören! Wir haben uns da nämlich eine ganz schön hohe Latte gelegt!

Zuerst noch ein kurzer Rückgriff auf die Planungs- und Radfahrdebatte: Einige haben im Zusammenhang

mit der Quote gefragt, warum wir nur 10 Prozent Radfahrer anstreben, wir sollten doch gleich 12 Prozent ins Übereinkommen schreiben. Darauf habe ich erwidert: Leute, wir müssen erst einmal die 10 Prozent schaffen! Und eine Verdoppelung wird schwer sein. Da müssen wir uns ordentlich anstrengen!

Auf Seite 74 geht es um geförderte Wohnbauten im verbesserten Niedrigenergiestandard beziehungsweise Passivhausstandard unter Einsatz des ökologischen Baustoffs Holz. – Das steht zum ersten Mal in einem Wiener Regierungsübereinkommen! Und das hat einige sehr mächtige Industriegruppen in Wien überhaupt nicht gefreut! Noch dient nämlich in der Überlegung vieler Holz bestenfalls für ein Einfamilienhaus auf dem Land, Holz sei aber nichts für die Stadt.

Jetzt ist die Bauordnung aber durchaus schon so angelegt, dass man auch Viergeschoßer tragend aus Holz bauen kann. Das geschieht bisher sehr selten. Es gibt einige Vorzeigeprojekte, aber diese Möglichkeit wird viel zu selten genutzt. Ich nenne Ihnen jetzt das zwingendste ökologische Argument für Holz: Wenn Sie mit Ziegeln oder Stahl bauen, dann brauchen Sie zur Herstellung sehr viel Energie. Wenn man Ziegel brennt, braucht man enorm viel Energie, von Stahl oder von Alu rede ich überhaupt nicht.

Das Wunderbare an der Herstellung von Holz ist, dass für dessen Herstellung eine Technologie zur Anwendung kommt, die, wie ich jetzt einmal sage – oje, Biologie, Schande über mich! –, 800 Millionen Jahre alt ist, nämlich die Fotosynthese. Es ist dies ein wunderbar geniales System! Man nimmt einen Rohstoff, nämlich Kohlenstoff, schnappt sich dazu Sonnenlicht und produziert Holz, und die Emission dabei heißt Sauerstoff. Ohne Fotosynthese könnten wir nicht atmen.

Das heißt, anstatt darüber weltweit nachzudenken, wie man bei Kohlekraftwerken eine CO<sub>2</sub>-Sequestrierung vornimmt, also mit einem unglaublichen Energieaufwand das CO<sub>2</sub> mit all den Schwierigkeiten unter die Erde pumpt, sollte man doch mehr Holz verwenden. Alles, was aus Holz ist, ist für 50 bis 100 Jahre zwischengespeicherter Kohlenstoff. Es ist dies ein wunderbarer Baustoff! – Das ist jetzt keine Latte, denn an dieser können wir nur scheitern, aber eigentlich müssten wir sagen: Überall, wo mit Holz gebaut werden kann, sollte mit Holz gebaut werden.

Technisch gibt es Beispiele, dass man 16- bis 20-geschoßige Hochhäuser nur aus Holz bauen kann. Das ist mit der Bauordnung jetzt noch nicht möglich. Vielleicht werden wir auch darüber reden, dass wir in diese Richtung einiges in der Bauordnung ändern. Vielleicht werden wir darüber reden – ich formuliere das bewusst weich: Dass man beim Wohnbau Holz einsetzt, ist eine wichtige Message. Das wird manche nicht sehr freuen, aber – und jetzt komme ich wieder zum Wirtschaftsstandort Österreich – das geht durchaus auch in eure Richtung: Wir sind in vielen Bereichen technisch sehr weit vorne, und ein Bereich davon, in dem wir unstrittig Weltmarktführer sind, ist die Holzverarbeitung.

Das ist eine riesige Branche. Wunderbar! Eine Fabrik nimmt sich Kohlenstoff sozusagen aus der Luft bezie-

hungsweise aus der Atmosphäre und macht einen Wald daraus, der, nebenbei bemerkt, ein bisschen schöner ist als ein Kohlekraftwerk oder sonst etwas in der Art. Es ist dies ein hübscher Wald, und wir haben in Österreich auch eine sehr nachhaltige Bewirtschaftung, verglichen mit vielen anderen Ländern, und dann haben wir eine gesamte Wertschöpfungskette mit nahezu Hightech-Produkten, die unter anderem auch im Baubereich eingesetzt werden können, und der Abfallstoff der Herstellung von Holz sind Pellets, und diese nutzen wir, um zu heizen.

Das ist ein geniales System! Daher sollen wir jetzt die Nachfrage deutlich erhöhen. Wir werden Gespräche führen, Wettbewerbe veranstalten und alles Mögliche tun, um diesen kleinen Satz „Einsatz des ökologischen Baustoffes Holz“ entsprechend mit Leben zu erfüllen.

Ich habe schon gehört, dass das einige nicht freut. Damit meine ich jetzt gar nicht Politiker und Politikerinnen. Aber es geht halt immer um die Frage: Nehme ich Stahl? Nehme ich Ziegel? Nehme ich Holz? – Das wird ein spannendes Match werden!

Einen zweiten Bereich möchte ich noch herauspicken. – Gleich nach der Seite 74 findet sich ein Abschnitt betreffend Niedrigenergie- und Passivhausbauweise beziehungsweise deren Weiterentwicklung, vor allem, was die Umweltverträglichkeit und die Gesamtenergiebilanz der Bau- und Dämmstoffe betrifft. Auch das ist ein spannendes Thema! Der heutige Regelfall ist nämlich so – und dieser ist deutlich verbesserungsbedürftig –, dass eine Betonwand aufgestellt wird und dann – ich sage es jetzt echt salopp – Erdöl an diese Betonwand geklebt wird. Das sind diese weißen Platten, die ein aufgeschäumtes Erdölprodukt sind. Das kann doch nicht der Weisheit letzter Schluss sein!

Ich gebe zu, dass ich nach einer Aussage, die ich im „Report“ in diese Richtung gemacht habe, von den entsprechenden Fachverbänden wütende Mails erhalten habe. Ich meine, es geht ja nicht darum, das von heute auf morgen einzustellen, aber man sollte darüber nachdenken, ob es auch andere, bessere Formen der Materialwahl gibt.

Ich sage das deswegen so ausführlich – und ich könnte jetzt noch viele andere Punkte in diesem Zusammenhang erwähnen –, weil ich meine, dass die Art und Weise, wie jemand baut, auch etwas über dessen stoffliche und kulturelle Herangehensweise aussagt. In Mali gab es beispielsweise eine ganze Epoche, in der riesige Häuser nur aus Lehm gebaut wurden. Diese stehen heute noch und sind jetzt Weltkulturerbe.

Es sollte uns in Wien gelingen, und zwar nicht ausschließlich, nicht mit der Brechstange, sondern mit Feingespür, Holz ganz normal im Wohnbau und im Bürobau einzusetzen. Ich habe mir das jetzt bei einer Präsentation angesehen: Eines der energieeffizientesten Bürogebäude in Deutschland ist ganz aus Holz gebaut, es erinnert aber überhaupt nicht an eine rustikale Atmosphäre. Es erfüllt alle Brandschutzbedingungen, die es erfüllen muss.

Da ist in den Köpfen der Menschen ein großer Irrtum, und dieser Irrtum heißt: Na, Holz, das brennt und Ziegel

brennt nicht. De facto ist die Stahlgeschichte: Das brennt, und der Anfang ist viel gefährlicher als Holz. Das will ich jetzt nicht alles hier im Detail ausführen. Das aber umzusetzen – und da schaue ich jetzt auch in Richtung Stadtrat – da müssen wir uns Präzises vornehmen, da müssen wir mit dem Bauträger sprechen und es geht jetzt nicht darum, hier etwas zu verordnen, aber ich sage es ganz bewusst mit einem unpolitischen Ausdruck: Lust auf etwas machen.

Und ich glaube, dass wir uns hier international sehr positionieren können, indem man sagt, schaut her, das braucht nicht nur wenig Energie im Gebrauch, sondern da steckt auch wenig Energie drinnen. Und ich gehe einen Schritt weiter und sage, das frisst sozusagen Kohlenstoff dadurch, dass es Substanz hat und hat von den Baustoffen her das nicht gebracht.

Andeuten möchte ich nur, dass zur Energie eines Gebäudes natürlich auch der Verkehr kommt, den er verursacht. Das steht auch im Regierungsübereinkommen, die Reform des Garagengesetzes und der Bauordnung und vor allem der vermehrte Einsatz autofreier, autoarmer Siedlungen. Da möchte ich nur auf eine Volksabstimmung vor wenigen Wochen in Zürich verweisen. Da haben nämlich die Züricher abgestimmt über ein neues Garagengesetz oder eine Parkierungsverordnung, wie ich jetzt weiß, weil ich mich damit beschäftigt habe. Weil es ja bei uns oft die Frage gibt: Nun, wie soll man das machen, wie soll man das unterscheiden, und die haben dort den Terminus der autoarmen Siedlung, wo mit durchaus heftigem politischen Lobbying dagegen 54 Prozent der Züricher Bürgerinnen und Bürger zugestimmt haben, dass nämlich eine Stellplatzverpflichtung, diese Parkierungsverordnung, die auch Höchstgrenzen vorsieht – was wir überhaupt nicht haben – und die regional verortet sind. Ich möchte sozusagen auf diese Schnittstelle Planungsressort und auf Ihr Ressort eingehen – weil ja in Ihrem Ressort, nämlich in der Bauordnung, die Kompetenz liegt, und auch beim Garagengesetz –, dass die Züricher sagen, je nachdem, in welcher Region der Stadt es ist, es andere Parkierungen gibt. Nun natürlich, da bleibe ich bei dem Bezirk, wo ich wohne, dem 6. Bezirk, dort ist der Anspruch natürlich ein anderer. Ich kann zwischen zwei U-Bahnen wählen und bin in wenigen Minuten dort. Das schaut natürlich völlig anders aus als in Teilen, die weiter draußen liegen. Aber wenn du autoarm baust – so der Terminus der Züricher Verordnung – kannst du signifikant runtergehen. Das nämlich, was wir bei den autofreien Siedlungen schon haben, da muss ich aber in die Widmung gehen. Und das, was wir in den nächsten Wochen und Monaten besprechen, verhandeln werden, und hoffentlich hier auch zu einem Abschluss bringen, dass auch dort – und das steht explizit im Regierungsübereinkommen drinnen – wo bereits eine Widmung besteht, es möglich sein muss, autoarme, ich möchte sagen, mobilitätsreiche, ökologisch orientierte Objekte zu bauen.

So, ich spare mir jetzt, weil meine Redezeit zu Ende ist – für heute aber nur –, auf die Wichtigkeit hinzuweisen, was ich schon in der Planungsdebatte gesagt habe, dass es ja nicht nur den Wohnbau, den geförderten Wohnbau,

gibt, es gibt die ganzen Bereiche Hotels, Gewerbeanlagen, Büros, wo wir einerseits die Bauordnung haben, über die wir nachdenken sollten - die habe ich aber jetzt gar nicht vordergründig im Auge, sondern dass wir auch in anderen Bereichen hier nachdenken sollten. Da freue ich mich, dass es diese neue MA 20 gibt, die hier Richtlinien geben wird, da freuen wir uns auch auf Inputs. Herr Stifter hat gleich zu Beginn gesagt, es gibt gewisse Bereiche, die nicht so ideologiebehaftet sind. Da habe ich mir gedacht, was sind dann Ressorts, die ideologiebehaftet sind und was sind Ressorts, die nicht ideologiebehaftet sind. Bildungsressort ist was zum Beispiel? Der Kindergarten? Beim Presse- und Informationsdienst würden wir uns vielleicht einigen, was ideologiebehaftet ist, weiß ich nicht, aber da auch einzuladen, gemeinsam an innovativen Projekten für die Stadt mitzuwirken und vor allem darüber nachzudenken, um nur das Wichtigste jetzt aus meiner Sicht heute zusammenzufassen, jetzt auch dem Herrn Stadtrat gesagt, wirklich rasch und kooperativ nachzudenken, wie man mit leider gekürzten Wohnbaumitteln die Wohnbauleistung aufrechterhalten kann und da neue Flexibilität beweist. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GR Frank. Ich erteile es ihr.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muss jetzt einen Großteil meiner Rede Herrn Chorherr widmen, weil was der jetzt gesagt hat, war halt schon schwer verdaulich und überhaupt nicht immer nachvollziehbar. Zuerst möchte ich einmal festhalten, dass dieses Budget wieder so ein typisches Budget ist für die Zeit nach der Wahl. Es werden wieder einmal massiv Wohnbauförderungen gekürzt, es sind diesmal genau 10 Prozent, es werden dafür andere Dinge erhöht, zum Beispiel die Beiträge bei den Bibliotheken, wobei das jetzt nicht unmittelbar Sie trifft, Herr Stadtrat, aber es ist halt nur so ein Punkt. Und jetzt geht die Grüne Fraktion her und mir fiel heute bei den ganzen Reden nur ein Wort ein und dieses Wort zitiere ich jetzt, Herr Chorherr, es heißt Proskynese. Und Proskynese besteht darin, dass sich der Untertan dem Herrscher zu Füßen wirft. Das heißt, mindestens auf die Knie ging und den Kopf zu Boden neigte, und so weiter, *(GR Mag Wolfgang Jung: Und küssen noch dazu!)* denn Sie sehen jetzt in dieser Kürzung der Wohnbauförderung nur, dass damit ja überhaupt keine Wohnbauleistung gekürzt ist. Das ist Ihre Herausforderung und in Wirklichkeit wurde sie schon gekürzt, denn in der Regierungserklärung 2005 hat der Herr Bürgermeister noch von 30 000 Wohnungen in 5 Jahren gesprochen, sprich, 6 000 pro Jahr, und jetzt ist er schon entsprechend zurückgegangen und jetzt reden wir nur mehr so ungefähr von ungefähr 20 000 Wohnungen. Ein massiver Unterschied, aber wir haben auch nicht die Mittel. *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Dreißigtausend!)* Nun, dann ist es gleich geblieben, aber erhöht worden ist nichts. Aber es wird gekürzt, und zwar wird es jetzt weniger, wenn ich jetzt die Forderungen des Herrn Chorherr höre. Denn zu sagen, bauen wir mit Holz das

ist so toll. Er hat Bauklötzchen in der Sandkiste. Einen Holzbau, wie ihn sich Herr Chorherr vorstellt, kostet uns mindestens das Doppelte eines Ziegelbaus und das mit einer verringerten Wohnbauförderung. Und ich weiß das ganz genau, weil ich mich gerade mit dem Typus Holz, der nicht brennt und Vollholz ist und vielleicht nicht einmal Nägel hat, sondern Holzdübel, auseinandergesetzt habe. Jawohl, es ist ein idealer Baustoff, aber den muss man sich leisten können, und die Stadt Wien kann es nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben im Regierungsübereinkommen, und auf das möchte ich hier schon näher eingehen, aber zunächst noch einmal zur Wohnbauförderung, bleiben wir noch einmal dabei. Denn es ist ja so, dass die demographische Entwicklung für das Jahr 2030 vorsieht, dass wir dann zwei Millionen Menschen haben. Das heißt wir müssten für 300 000, das heißt, nicht für alle 300 000, weil ja Familien in eine Wohnung ziehen, aber wir bräuchten erheblich mehr Wohnungen. Es darf weder einen Stillstand geben noch eine Kürzung der Wohnbauförderung die nicht einmal zweckgebunden ist. *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Theoretisch ja!)* Rein theoretisch können Sie das ja auch noch für ganz etwas anderes verwenden, und da sind wir auch gleich bei der Sanierung. Natürlich werden diese Mittel nicht nur für den Neubau verwendet, sondern auch für die Sanierung. Und da hat jetzt Herr Chorherr etwas gesagt, was mir auch sehr wichtig ist und zwar, wir picken Teer drauf. Er hat es sehr vereinfacht dargestellt.

Und da muss ich Ihnen jetzt schon etwas vorlesen, weil ich immer schon, ich will nicht sagen, ein Gegner, aber ein großer Kritiker der derzeitigen thermischen Sanierung war. Und da gibt es jetzt eine Studie, die besagt, dass es unter den ungünstigsten Prämissen, das heißt, man hat einen Höchststand des Mineralölpreises und so weiter, angenommen, es 100 Jahre dauert, bis sich diese Investition der thermischen Sanierung rentiert. Das jetzt verwendete Material hält aber nur 20 Jahre. Das bedeutet, wenn eine grundsätzliche Sanierung eines Baues gemacht wird, dann müssen die Leute mindestens das Doppelte bis zum Vierfachen der jetzigen Miete zahlen, um eine solche Sanierung von Grund auf für ihre Wohnung überhaupt noch bezahlen zu können. Ich sehe jetzt einmal von den Beihilfen ab, die sehr groß sind. Und kaum, Sie haben es jetzt auf 20 Jahre erhöht die Rückzahlung oder man ist gerade dabei, aber kaum haben sie zurückgezahlt ist, dieses Material desolat. Und jetzt kommt die ganz gefährliche Falle, denn jetzt passiert, dass die Leute, wo jetzt saniert werden muss, nicht nur die normale Sanierung zahlen, sondern jetzt müssen sie noch horrenden Kosten für die Entsorgung dieses Materials zahlen. Also, wie wird das dann? Wenn es nach 20 Jahren kaputt ist, wollen Sie noch eine Lage darauf picken? Das kann ja nicht funktionieren.

Also muss man das ja wieder runternehmen und ich glaube, die Folgen werden wir in spätestens, es wird nicht mehr 20 Jahre dauern, vielleicht 10 Jahre, wenn die ersten Bauten sanierungsbedürftig sind und ich glaube, wir laufen in eine Falle, wenn wir uns nur und fast ausschließlich auf die thermische Sanierung konzentrieren.

Wir haben auch genug Flachdächer, wir begrünen sie nicht in dem Ausmaß, wie es der Flächenwidmungsplan vorschreibt, obwohl das dann für die oberen Geschosdecken eine massive Einsparung bedeuten würde. Aber, weil meine Rede sowieso schon ein bisschen durcheinander ist, bleibe ich gleich noch einmal bei der Energieeinsparung. Und zwar ist es so, und wir lesen jetzt immer mehr von den Unfällen, gerade in den Heizperioden, durch Gasthermen, dass die Leute die Geräte nicht warten, denn das kostet sehr viel Geld. Wenn es fachmännisch gemacht wird, bis zu 190 EUR. Jetzt haben Sie sowieso schon die Gaspreise alljährlich, also nicht alljährlich, aber in den meisten Jahren, sukzessiv erhöht, dann haben Sie sie minimal zurückgenommen, dann wurden sie wieder erhöht, um sie noch einmal minimal zurückzunehmen. Bleibt unterm Strich in etwa die letzten paar Jahre ein Plus von 29 Prozent oder bis zu 300 EUR Mehrkosten im durchschnittlichen Haushalt. Jetzt sollen aber noch einmal 190 EUR dazukommen, wenn man eine Gastherme ordnungsgemäß warten lässt. Das würde auch eine wesentliche Energieeinsparung bringen. Nun, Herr Stadtrat, das kann sich in dieser Form auf Dauer niemand leisten. Und deshalb haben wir jetzt einen Antrag formuliert und wollen ihn mit der Absicht zur sofortigen Abstimmung einbringen und zwar, Wien Energie verdient, wir haben es heute von allen möglichen Fraktionen gehört, mit dem ganzen Rechnungshofbericht und so weiter, Wien Energie verdient wirklich sehr satt an den Bewohnern des Wiener Gemeindebaues. Und es kann nicht der Zweck von Wiener Wohnen sein, dass diese Überschüsse nur dazu verwendet werden, um im Wahlkampf seitenweise Inserate für die SPÖ zu schalten. Und wir haben gesagt, es muss die Gaspreisreduzierung kommen und zusätzlich als Dienstleistung wollen wir eine einmalige Wartung pro Jahr der Gasthermen, und zwar kostenlos, als Dienstleistung an die brav zahlenden Bürger dieser Stadt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was aber auch besonders interessant war: Während die Wohnbauförderung drastisch gekürzt wird, steigt das Budget bei Wiener Wohnen und ich möchte fast schon sagen, vielleicht hängt es ja auch ein bisschen damit zusammen, was jetzt durch das Regierungsübereinkommen alles gefordert wird, denn die wollen ja jetzt Neustrukturierungen, neue Mediationsgeschichten. Ich muss Ihnen sagen, versuchen wir einmal, all das, was wir haben, und die Gebietsbetreuungen haben schon genug Mittel von uns bekommen und werden sicher auch in den kommenden Jahren mit den Ordnungsberatern und so ausreichend ausgestattet werden. Bündeln wir diese Kräfte, das spart viele Organisationskosten, wir haben dann Geld für zielführendere Dinge zur Verfügung.

Und wie sehr diese Zergliederung des ganzen Systems Wiener Wohnen belastet, haben wir wieder im Quartalsbericht gesehen. Vor noch nicht so langer Zeit betrug die Überstunden der Magistratsdirektion für ein halbes Jahr, also der zuständigen und nicht der Direktion von Wiener Wohnen, 16 000. Jetzt sind die pauschalieren Überstunden dieser Magistratsdirektion bei 14 000 im Quartal. Das bedeutet, dort sind 38 Leute beschäftigt, die

würden pro Monat dreieinhalb Wochen an Überstunden leisten. Da ist ja das System falsch. Hier wird nichts hinterfragt, wir lassen alles laufen, wie es läuft und denken nicht über Einsparungsmaßnahmen nach und ich glaube, wir hätten hier wirklich ein großes Potenzial.

Mein nächster Punkt ist Folgendes: Die GRÜNEN schreiben im Regierungsübereinkommen, beziehungsweise ist es ja mit Ihnen abgestimmt, sie brauchen die Mediation für gemeinschaftsfördernde Maßnahmen, wo es keine angestammte Wohngemeinschaft mehr gibt. Ich muss Ihnen schon sagen, diesen Satz habe ich drei Mal gelesen. Weil was bedeutet denn keine angestammte Wohngemeinschaft mehr? Sie haben die Gemeindebauten jetzt laufend geöffnet für die Zuwanderer und die eigenen Leute, und da meine ich jetzt die Wienerinnen und Wiener, zunehmend hinausgedrängt. Und wie einfach das geht, hat jetzt ein Schreiben, das Herr Dr Al-Rawi leider, weil er nicht da war, nicht verhindern konnte, dass es an die Öffentlichkeit drang und dieses Schreiben besagt sehr wohl: Muslime sucht Muslime, und ein anderer kommt nicht hin. Aber ich frage Sie, wer hat diese Bauten finanziert? Ich glaube nicht, dass alle Muslime, die jetzt in die Gemeindebauten ziehen, schon so lange hier wohnen, dass sie entsprechende Steueraufkommen geleistet haben, um jetzt sagen zu können, meine Wohnung geht nur an Meinesgleichen und die anderen sollen bleiben, wo sie sind.

Das war so ungeheuerlich *(Beifall bei der FPÖ.)*, das war so ungeheuerlich, und als ich das das erste Mal gelesen habe, konnte ich es wirklich nicht glauben. Es haben viele Leute geschrieben, dass das passiert, aber das war ja ein Beweis, dass es so ist, denn wenn nicht wirklich der Zufall gespielt hätte, hätte es niemand so drastisch erfahren. Und da erwarte ich von Ihnen, Herr Stadtrat, dass Sie massiv etwas gegen solche Machenschaften unternehmen, da möchte ich Sie schon sehr darum bitten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme zu einem neuen Punkt, und da geht es jetzt um die Art, wie wir Gebiete verbauen. Ich habe es hier schon sehr oft angeprangert, denn Herr Chorherr hat sehr euphorisch über das Ganze gesprochen, nur in Wahrheit bedeutet die Kürzung der Wohnbauförderung, wir können uns auch weniger Baugrund leisten und es muss dichter gebaut werden. Was dichter bauen heißt, Herr Stadtrat, Sie haben selber gesehen, als wir in Frankreich waren, denn die Arbeitslosenzahlen in Wien sind ja auch nicht so rosig, in Frankreich kam es zu Krawallen. Man versucht dort jetzt - wir haben das gesehen in Paris, in Lyon - zu entkernen und zu versuchen, weniger dicht zu bauen. In Wien geht man jetzt einen anderen Schritt. Wir versuchen, auf immer weniger Raum immer mehr Wohnungen unterzubringen. Das muss zu sozialen Spannungen führen, vor allem, wo es ja dann noch die unterschiedlichen ethnischen Gruppen gibt. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. Und jetzt ist ein Fall aber schon ganz besonders interessant, nämlich, dass Sie, als Sie angetreten sind, gesagt haben, ja, wenn Glorit sich an keine Bebauungsbestimmungen hält, dann muss man eben einmal einen Baustopp verhängen. Und Frau Gretner hat sich ja auch im 22. Bezirk, wo sich

Glorit so austobt, sehr stark gemacht, aber auch hier gibt es Wählertäuschung, denn ich glaube nicht, dass jetzt Frau Gretner das Potenzial hat zu sagen, Glorit darf dort nicht die kleinen Siedlungsstrukturen, die dort vorgeherrscht haben, Kleinfamilienhäuser, gerade so für Jungfamilien geeignet, zerstören.

Und das schaut jetzt so aus von wegen Anrainerrechte und Mietermitbestimmung: Das kleine Einfamilienhaus steht jetzt diesem ein-, zwei-, drei-, vier-, fünf-, sechsgeschößigen Bau gegenüber. Nun, da können Sie die Sonnenstrahlen zählen, die der noch hat. So, oder hier wird das Beispiel gleich noch einmal dramatischer und niemand schreitet ein und niemand gebietet der Glorit, sich an entsprechende Regeln zu halten.

Und wir haben hier jetzt einen Beschlussantrag, der vorsieht, dass Ortsbildteile - Ortsbild kann auch für einen Teil eines Stadtbildes zutreffen, so hat es der OGH formuliert – also dass so kleinteilige Siedlungen oder Projekte wie Grinzing und so weiter wirklich in einem Kataster als Ortsbild ausgewiesen werden, als Teil eines Ganzen und dass man hier dann auch beim Bau besonderen Bedacht darauf nimmt, und wer diese Regeln nicht einhält, der darf eben keine Förderung haben. Es kann ja nicht sein, dass wir immer hier vor Baufirmen in die Knie gehen, nur weil die einen möglichst großen Klotz irgendwohin bauen wollen, Grünraum vernichten, und dann stehen nämlich die Häuser auch noch leer. So etwas können wir nicht unterstützen und schon gar nicht, wenn immer weniger Geld zur Verfügung steht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und jetzt kommt ein Antrag, wo ich sagen muss, ich bin sehr enttäuscht von den GRÜNEN, dass die Frau StRin Vassilakou sich so hinstellt und ganz flapsig sagt: Dem Antrag über Biomasseförderung, dem hätten wir schon zugestimmt, aber da müssen Experten ran.

Ich unterstelle, dass, wenn ein Formblatt ins Internet gestellt wird, wo es um Biomasseförderung geht, dann ist das sehr wohl von Experten ausgearbeitet. Und ich unterstelle, wenn die Rauchfangkehrerinnung sagt, dass gegen eine Pelletsheizung aus klimaschutztechnischen Gründen nichts einzuwenden ist, dass es sich hier ebenfalls um Experten handelt, und ich dann nicht auf die Expertenmeinung einer Frau StRin Vassilakou warten muss, ob sie diesem Antrag zustimmt oder nicht. Das kann ich so nicht hinnehmen. Und vor allem war ein Grund, warum wir keine Zuweisung beantragt haben, dass die Frau StRin Vassilakou jetzt Teil einer Klimasache ist, und ein anderer Teil liegt bei der Frau StRin Sima, und der dritte Teil liegt beim Herrn StR Ludwig. Und dieser Antrag ist mir zu wertvoll, als dass er jetzt in drei Ausschüssen zerpfückt wird, sodass von vornherein schon angenommen werden kann, dass wieder nichts herauskommt. Wir wollen die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Warum ich überhaupt auf diesen Antrag gekommen bin, war Folgendes: Im Internet ist ein Formblatt abrufbar, Biomasseförderung von Kleingärten und Einfamilienhäuser betreffend, und dann steht alles aufgelistet, was man tun muss, und unten steht dann, diese Förderung wird für Kleingärtner nicht gewährt. Na, die Leute

fühlen sich auf Wienerisch gesagt gefrotzelt. Ich kann doch nicht eine Biomasseförderung für Kleingärten in seitenlange Formblätter reinschreiben, und dann schreibe ich unten hin, aber genau für euch gilt es nicht. Und deshalb haben wir diesen Antrag jetzt eingebracht und bitten um Zustimmung.

Bevor ich zum Schluss komme, ist noch eine Sache zu erwähnen. Ich habe vorhin schon angekündigt, dass Wiener Wohnen mehr Mittel im Budget veranschlagt hat und habe mich dann auch gefragt, warum. Jetzt habe ich einmal die Überstunden. Das kann man locker einsparen, sage ich einmal so, aber es steht auch im Regierungsübereinkommen, man möchte eine Informations- und Aufklärungskampagne der Stadt Wien zu den überhöhten Mieten und Betriebskosten. Da habe ich geschaut. Eine Informationskampagne. Herr Stadtrat, wir brauchen keine Informationskampagne, wir brauchen auch keinen Rechner, wie Sie es jetzt ins Internet rein gestellt haben, der mir meinen Richtwertmietzins ausrechnet, wir brauchen einen Kategoriemietzins, der um 45 Prozent unter dem Richtwertmietzins liegt. Das brauchen wir, und nicht einen Richtwertmietzins, und schon gar nicht eine Informationskampagne, die Geld kostet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wie würde diese Kampagne ausschauen? Auch darüber habe ich mir meinen Kopf zerbrochen. In etwa würde man eine Aussendung machen des Inhaltes: „Wir bitten um Verständnis, dass wir 50 Jahre keine Häuser saniert haben, und daher jetzt die Miete um das Zweibis Vierfache angehoben werden muss. Wir bitten um Verständnis, dass zunehmend der Richtwertmietzins und nicht der Kategoriemietzins zur Anwendung kommt und damit die Mieten um bis zu 45 Prozent teurer werden. Wir bitten um Verständnis, dass die Wohnungen laufend teurer werden, weil Schwimmbad und Sauna schon so gut wie zum Standard gehören, auch wenn es sich viele nicht leisten können, und die Delogierungen immer mehr Menschen treffen. Und wir bitten um Verständnis, dass die Werbungskosten, die Wien Energie für die Wahl der SPÖ ausgegeben hat, so viel Geld verschlungen hat, dass die Energiepreise nicht gesenkt werden können.“, denn etwas anderes kann doch in einer Aufklärungskampagne über erhöhte Mieten und Energiepreise überhaupt nicht drinnenstehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und dann fordert das Regierungsübereinkommen noch mehr Serviceangebote, um die Wohnzufriedenheit zu steigern. Und ich sage Nein, wir brauchen hier nicht zusätzliche Institutionen, nur damit auch die Regierungspartner irgendwo einen Chefsessel stehen haben. Diese Notwendigkeit ist nicht gegeben, Wien hat schon so viele Institutionen, dass die Leute schon gar nicht mehr wissen, wo sie hingehen müssen, wenn sie ganz bestimmte Sachen beantragen oder haben wollen.

Also das kann es nicht sein, wir brauchen keine zusätzlichen Serviceangebote, sondern eine Bündelung der bereits vorhandenen, und wir brauchen auch keine 23 Ordnungsberater, die bei 9 000 Einsätzen 51 Strafen verhängen, und wir brauchen auch keine Broschüren in diversen Sprachen, denn wer Zugang aus einem Drittstaatenland hat zum Gemeindebau, muss schon fünf

Jahre in Österreich gelebt haben, und bei dem Sprachangebot, das Sie laufend zur Verfügung stellen, ist es jedem als Bringschuld zumutbar, dass er Deutsch lernt. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Gegen die Sie immer stimmen, das ist richtig!)* Nun, Kaffee und Kuchen ist ein bisschen wenig, um eine Sprache zu lernen. Und wir brauchen auch keine neuen Stellen, die Mediationen und so weiter durchführen, weil wir ja hier die Gebietsbetreuungen und so weiter haben.

Aber was wir brauchen, sind mehr Wohnungen zu einem vernünftigen Preis mit einem vernünftigen Energieangebot ohne allzu lange Wartezeiten und ohne Sonderrechte für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Dieses Budget, das für die Wienerinnen und Wiener nur Belastungen bringt, ihnen keine Perspektiven auf raschen leistbaren Wohnraum bietet und sie als Fremde in ihrer eigenen Heimat stempelt, so ein Budget lehnen wir ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzter Herr Berichterstatter!

Bevor ich auf das Budget konkret eingehe, einige Worte zu meinen Vorrednern, voran mit dem Kollegen Walter, der einen richtigen Satz von Richelieu zitiert hat, „der Haushalt ist das Herz des Staates“, und wenn man sich unseren Haushalt anschaut, den Haushalt der Gemeinde Wien, dann muss man sagen, das Herz schlägt sehr gesund und stark, und darauf können wir stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Standpunkt!)*

Das Weitere, das der Kollege Walter ausgeführt hat, ist schon weniger unterstützenswert, insbesondere dass er wieder die alte ÖVP-Idee aufgewärmt hat, dass man ein Quotensystem im Gemeindebau für ausländische Mitbürger einführt, also etwas, was einfach nicht sachgerecht wäre. Wie Sie wissen, haben wir im Jahr 2001 das System der Notfallwohnungen eingeführt, wo wir den Gemeindebau auf sehr sanfte Art und Weise für ausländische Mitbürger, dort, wo wirkliche Notfälle vorhanden waren, geöffnet haben. Dann ist die blau-schwarze Bundesregierung gekommen, und es haben die Minister Böhmdorfer und Strasser im EU-Ministerrat beschlossen, dass zwangsweise der kommunale Wohnbau für Drittstaatsangehörige in allen EU-Ländern zu öffnen ist. Dazu kann man stehen, wie man will, der SPÖ-Parlamentarier im Europaparlament, Swoboda, hat diese Form des Beschlusses, ohne dass er grundsätzlich dagegen wäre, aber in dieser Form, in dieser krassen Form, in dieser keinen Spielraum lassenden Form, was die FPÖ im EU-Ministerrat beschlossen hat, abgelehnt und *(GR Mag Wolfgang Jung: Ach so!)* es ist auch so, auch wenn Sie auch noch so dazwischenschreien, Kollege Jung, Sie tragen für diese Form der Öffnung die Verantwortung, ja. Wir hätten es intelligenter, besser und sanfter gemacht, ja. *(StR DDr Eduard Schock: Das glaubt Ihnen niemand!)* Also, das ist die historische Wahrheit, und die bleibt

Ihnen nicht erspart, und auf das werden wir verstärkt in Zukunft hinweisen, und das ist gut so.

Weiters zu den Ausführungen meiner Vorredner. Also die zehn Fragen des Kollegen Walter, ich weiß nicht, ob der Herr Stadtrat alles so im Detail jetzt beantworten wird, weil an sich ist das hier jetzt keine Fragestunde und auch keine Dringliche Anfrage, sondern die Debatte des Budgets, aber da will ich dem Herrn Stadtrat nicht vorgehen, ich jedenfalls beantworte das nicht, sondern gehe schon auf den Kollegen Chorherr über, der grundsätzlich recht hat, wenn die Mittel in einer Finanzkrise knapper sind, muss man sich um so mehr anstrengen. Und genau das machen wir gemeinsam, auch wenn der Kollege Chorherr nicht mehr da ist, was natürlich nicht der beste Stil ist, wenn er nach seiner Rede hinausgeht. Auch wenn er jetzt Koalitionspartner ist, möge man ihm das vielleicht ausrichten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir werden ihm eine Karte schicken!)*

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Holzverarbeitung im Wohnbau, im mehrgeschoßigen Wohnbau, durchaus in einigen Projekten von uns schon verwirklicht wurde. Das ist etwas, was man machen kann, aber sicher nicht flächendeckend in einer Millionenstadt, ja, also das ist etwas, was durchaus interessant ist, man muss da aber schon zusätzliche Maßnahmen setzen, die brandschutzmäßig eben notwendig sind.

Die sind auch natürlich immer gesetzt worden, und das sind einige Projekte, die sehr positiv sind, aber dass man jetzt wirklich hochgeschoßige Wohnbauten sozusagen generell in Holzbauweise macht, wird wahrscheinlich auch nicht kommen, aber durchaus einige Vorzeigeprojekte dort, wo es passt und wo es sinnvoll ist.

Zur Kollegin Frank wäre natürlich viel zu sagen, aber das eine einmal: Sie wissen ja, weil Sie da einen Fall aus der Zeitung angesprochen haben, der natürlich nicht zu einer Wohnungsvergabe geführt hat, sondern was eine zufällige, subjektive Meinung einer Bürgerin war. Aber Faktum ist, dass wir strenge Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen haben, dass die allgemein gültigen, transparenten Kriterien erfüllt sein müssen, und dass alle Voraussetzungen für die Vormerkung erfüllt sein müssen. Diese Grundvoraussetzungen sind auch überall nachzulesen, auch auf der Homepage, also sie können sie auch nachlesen, und die Wohnungsvergabe erfolgt ausschließlich auf Grund dieser Kriterien, alles andere wie etwa Geschlecht oder Religionsbekenntnis ist vollkommen irrelevant und spielt bei der Wohnungsvergabe absolut keine Rolle, und das ist gut so.

Nach dem Mietrechtsgesetz gibt es natürlich auch die Möglichkeit der Direktvergabe. Diese Möglichkeit wird schlagend, wenn beispielsweise ein Mieter oder eine Mieterin auszieht, eine Einbauküche in der Wohnung lassen will und einen Nachmieter oder eine Nachmieterin findet, der für das Ablöse bezahlen will. Aber natürlich ist es so, sofern das eben bei Wiener Wohnen und nicht im privaten Bereich stattfindet, dass die Person des Nachmieters auch wiederum alle Voraussetzungen für eine Gemeindewohnung erfüllen und einen gültigen Vormerkchein haben muss, und dass es generell natürlich nicht möglich ist, dass sich ohne Einbindung von Wiener

Wohnen irgendwer einen Nachmieter oder eine Nachmieterin einfach aussuchen kann. Das sei nur zur Klarheit dargestellt. Das ist eigentlich selbstverständlich, und an dem festen Prinzip werden wir weiterhin festhalten, und auch das ist gut so. Das zu den Ausführungen.

Dann zu Thewosan: Frau Kollegin Frank, da finde ich wirklich, dass sie das falsch beurteilen. Wir haben mit dem Thewosan-Projekt umweltpolitisch schon unendlich viel erreicht. Wir haben immer Beispiele, auch umweltpolitische, die habe ich jetzt nicht mit, weil auf das war ich nicht gefasst, aber Sie wissen, wie viel CO<sub>2</sub> zigtausende Äquivalenz-PKWs ausstoßen, das dadurch eingespart werden kann, oder man könnte sagen, es wird praktisch so viel CO<sub>2</sub> eingespart, wie ein ganzer Wald, den Wien jetzt fiktiv bepflanzen würde, an CO<sub>2</sub> abbauen würde.

Also, die Thewosan sind einmal umweltpolitisch sehr erfolgreiche Projekte, sie sind auch arbeitsplatzmäßig und konjunkturpolitisch richtig und sie dienen vor allem dazu, dass die Mieterinnen und Mieter wesentlich geringere Heizkosten und damit Wohnkosten haben. Und insofern finde ich das eine nicht sachgerechte Einschätzung Ihrerseits, Kollegin Frank, das nur dazu.

Die Gaspreise, die Sie kritisieren, sind in an das Erdöl gekoppelt und deshalb im Wesentlichen vom internationalen Weltmarkt abhängig, und die Stadt Wien hat hier einen, sagen wir nicht, Null-Spielraum, aber einen sehr geringen Spielraum, und insofern ist das auch wieder nicht fair, wenn Sie das uns umhängen. Und die Mietpreise, das ist noch ganz was Ärgeres, was sie da gesagt haben, Kollegin Frank, wenn sie vielleicht zuhören würden, ich wäre ihnen dankbar. Zu den Mietpreisen muss man sagen, zwei Mal ist das Mietrecht wesentlich für Mieter verschlechtert worden, und da wird mir der Vorsitzende der Mietervereinigung zustimmen. Als Blauschwarz an der Bundesregierung war, hat es zwei Mal wesentliche Verschlechterungen für das Mietrecht gegeben. *(GRin Henriette Frank: Ich möchte die Kategorie Mietzins ansprechen!)* Wir hier im Gemeinderat können zum Mietrecht praktisch nichts beschließen, und Faktum ist, dass das Mietrecht ziemlich gut war oder sehr gut war bis 1983, als es die absolute Mehrheit der Bundesebene für die SPÖ gegeben hat. Seitdem, das muss man sagen, ist es mit dem Mietrecht bergab gegangen. Es ist dann kurz die FPÖ mit in der Regierung gewesen, da hat man dem Ofner zuliebe - ich kann mich noch erinnern, da hat es bei uns geheißt, müssen wir da irgendwas ändern und das war dann schon ein bisschen schlechter - Ofner, FPÖ-Minister für die Jüngeren, die das nicht mehr wissen - und dann in Koalition mit der ÖVP, das kann man ruhig sagen, ist sicher auch für die Sozialdemokratie das Mietrecht nicht in dem Ausmaß gestaltet worden, wie wir es gerne gehabt hätten, das muss man sagen. Und ganz besonders schlimm war es in der schwarz-blauen Bundesregierung. Also man kann zusammenfassend sagen, wenn die Sozialdemokraten für das Mietrecht allein verantwortlich sind, ist es ein gutes Mietrecht, sonst ist es immer eher nicht so gut. *(Beifall bei der SPÖ und Heiterkeit bei der FPÖ.)* Nun, das kann man am Bundesparteitag der SPÖ zu Recht sagen, und das kann man überall sagen, wo die Wahrheit gern ge-

hört wird, und so gesehen, wie es auch alle Experten sagen und auch die Mietervereinigung, und so weiter.

Also Kollegin Marek, Sie kennen sich da noch nicht so aus, Sie sind ja noch in der Einarbeitungsphase, aber wenn sie sich mehr damit beschäftigen, werden Sie vielleicht das nächste Mal zustimmen.

Jetzt zum Budget, wobei es so ist, dass wir ja grundsätzlich wissen, dass die Weltfinanzkrise natürlich alle Budgets, die irgendwo gemacht werden, mit beeinflussen. Und insofern ist es selbstverständlich, dass man sozusagen nicht das große Füllhorn ausbreiten kann und überall sehr viel dazugeben kann, sondern dass man wirklich - und da hat Chorherr wieder recht - intelligent nachdenken muss, wie man mit den vorhandenen Mitteln bestmöglich umgeht. Und da muss man sagen, haben wir auch im Wohnbaubudget unter diesen Rahmenbedingungen wirklich ein sehr gutes Budget zusammengebracht, ohne dass ich jetzt zu sehr auf die Zahlen, die ich mir an sich vorbereitet habe, eingehen möchte, denn das würde den Rahmen sprengen, sie liegen ja alle schriftlich vor, Sie haben ja die Zahlen. Es ist nur zu sagen, dass grundsätzlich bei der Wohnbauförderung die Prinzipien selbstverständlich weiter gelten und weiter gelten müssen. Weil natürlich in Sparzeiten immer wieder irgendwelche falsche Propheten unterwegs sind, die dort sparen wollen, wo es grundsätzlich nicht passieren soll. Und ich kann mich noch an Finanzminister Grasser erinnern, den Sie ja auch in der Regierung mitunterstützt haben, der gesagt hat, die Wohnbauförderung soll man überhaupt abschaffen oder drastisch reduzieren, das war seine Ansage. Und das ist natürlich, während es in Wien zur Gänze für den Wohnbau eingesetzt wird, gibt es Bundesländer - da mische ich mich jetzt als Wiener Gemeinderat und Landtagsabgeordneter nicht im Detail ein, wo tatsächlich die Wohnbauförderungsmittel seit Streichung der Zweckwidmung nicht oder nicht überwiegend für den Wohnbau eingesetzt werden. Das halte ich persönlich für bedauerlich, sollen aber die Wählerinnen und Wähler der jeweiligen Bundesländer bewerten. Faktum ist, dass wir in Wien die Wohnbauförderungsmittel praktisch zur Gänze für Wohnzwecke einsetzen, und das ist gut so, und darauf können wir stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei den Wohnbauförderungsmitteln ist es nach wie vor so, dass nach meinem Dafürhalten die Objektförderung im Vordergrund stehen soll, dass der größere Teil bei der Objektförderung sein soll, also quasi bei der Förderung des Neubaus und der Sanierung, und dass es natürlich die Subjektförderung geben muss, also die verschiedenen Formen der Mietzinsbeihilfen, aber das soll quasi für den Notfall sein, der natürlich schon länger in dem Sinn andauert, als wir relativ viele Bürgerinnen und Bürger haben, die eine Mietzinsbeihilfe brauchen. Aber Zielvorstellung für die Zukunft ist, dass es mehr Mittel sogar für die Objektförderung geben soll und weniger für die Subjektförderung, weil die Subjektförderung ja quasi ein Notfallmittel ist, wo man halt die Leute, die sich trotz der großen Objektförderung noch immer die Miete nicht leisten können, unterstützt, und da haben wir ja sowohl die allgemeine Wohnbeihilfe als auch die

Wohnbeihilfe im geförderten Bereich. Es ist gut, dass wir das haben, das muss ich schon dazusagen. Aber nur, es gibt auch Leute, die sagen, man soll die Objektförderung überhaupt sehr zurückschrauben oder einschränken und man soll alles in die Subjektförderung geben. Das hielte ich grundsätzlich für falsch. Es ist überhaupt das Bessere, und das gibt es übrigens auch in anderen Bereichen.

Auch in der Bildungspolitik ist es besser, man investiert in Kinderbetreuungseinrichtungen und in KindergärtnerInnen und in Lehrer, als man schüttet mit der Gießkanne irgendwo etwas aus.

Genau so ist es auch in der Wohnpolitik, dass sozusagen der Schwerpunkt darin liegt, grundsätzlich Wohnungen zu fördern, die leistungsfähig sind und Sanierungen zu fördern, damit sich die Leute die Sanierungen leisten können, und soweit es noch notwendig ist, natürlich mit der allgemeinen Wohnbeihilfe und der Wohnbeihilfe im geförderten Bereich zusätzlich zu helfen, solange wir schwierige wirtschaftliche Verhältnisse haben. Wenn wir diese einmal nicht mehr haben, dann wird man die Subjektförderung, so hoffe ich, zurückschrauben können, aber das ist noch Zukunftsmusik.

Gesagt habe ich schon, die Mittel, die wir von der Wohnbauförderung bekommen, setzen wir zur Gänze für den Wohnbau ein, das brauche ich nicht noch einmal wiederholen, und es ist auch so, weil es da vielleicht jetzt Missverständnisse in der Öffentlichkeit gegeben hat, dass von bereits genehmigten Bauprojekten alle durchgeführt werden und vom Sparkurs, der insgesamt sozusagen ja weltweit immer über dem Budget schwebt, diese nicht betroffen sind. Es wird keine Einstellung von Bauvorhaben der Stadt Wien geben, wo die Genehmigung schon vorliegt. Ich glaube, das ist auch eine sehr wichtige Sache, und wir haben alles getan in dieser Stadt, so weit wir es als Stadt selbst können, aber die Bundesregierung, muss man sagen, hat in dieser Hinsicht auch gut gewirkt, dass quasi viel investiert wird, um wieder aus dieser Krise herauszukommen, aus der Krise hinauszuliegen, wie wir das immer, glaube ich, ganz gut auch formuliert haben. Und es ist so, dass wir grundsätzlich darauf bauen können, dass wir eine Perspektive haben, aus der Krise herauszukommen.

Noch ist die Krise nicht zu Ende, das muss man natürlich auch sagen, und deshalb ist für ein Hosianna noch nicht die Zeit, aber die Perspektiven scheinen doch positiv. Und dann gehe ich auch davon aus, dass wir wieder mehr Mittel bekommen und dass wir dieses ungeheure, erfolgreiche Projekt der föderalisierten Wohnbauhilfe weiter sehr gut gestalten können, dass wir damit Arbeitsplätze weiter sichern und dass wir die Umweltpolitik fördern können, und dass wir vor allem leistbare Wohnungen für alle weiterhin sicherstellen können.

In dem Zusammenhang vielleicht auch, weil das auch in dem Zusammenhang immer wieder von manchen Medienvertretern als ein Totschlagargument verwendet wird, dass quasi alles, was den Ländern zufließt, irgendwie nur zum Ruhm des Landeshauptmanns sei, während wenn das Geld im Bund ist, dann ist es super. Da sind wir uns doch hoffentlich als Ländervertreter einig, da trage ich hoffentlich Eulen nach Athen, dass das Geld,

das die Länder bekommen, vor allem das, was das Land Wien bekommt - ich bin jetzt nicht für andere Länder zuständig - durchaus zur Gänze dazu beiträgt, und zwar jeder Euro, dass er im Interesse der Menschen eingesetzt wird und dass dieses Geld dafür da ist, die elementaren Bedürfnisse der Menschen in der Stadt und im Land Wien zu befriedigen, und nicht für etwas anderes da ist. Und insofern bin ich durchaus dafür, dass wir diese Föderalismusdebatte führen, dass man auch diskutieren kann, wie man die Verwaltung weiter reformiert, wie man vielleicht auch Zuständigkeiten und Kompetenzen perspektivisch besser gestaltet, aber Faktum ist, dass die Länder grundsätzlich auch mehr und erfolgreicher in der Sparsamkeitspolitik waren und weniger Schulden gemacht haben als der Bund, und die Stadt Wien ganz speziell, auch wenn wir natürlich jetzt in der Krise gegensteuern mussten.

Sonst bleibt mir jetzt noch, darauf hinzuweisen, dass ich die ganze Zeit jetzt zur Hardware der Wohnbaupolitik gesprochen habe, also zum Wohnbau selbst. Wie hoch sind die Mieten, wie viel braucht man für die Sanierung, wie ist die Architektur, wie ist die Ausstattung. Das ist die Hardware. Die Software ist dann, wie funktioniert das Zusammenleben in den Bauten, insbesondere in den Gemeindebauten, aber natürlich auch in allen anderen Wohnbauten, und wie kann man dort etwas verbessern. Dazu wird aber meine Kollegin Reischl dann speziell auch noch ihr Wort erheben, und da brauche ich nicht so viel sagen.

Aber grundsätzlich sage ich, dass unsere Wohnbaupolitik weiterhin stark auf Innovation setzt, dass wir die Vielfalt weiter fördern, Mehrgenerationenwohnungen, Bikecity, interethnische Nachbarschaftsprojekte, sozusagen alles das, was die Vielfalt ausmacht, und dass wir nicht nur Wohnungen von der Stange fördern und bauen. Und dass wir natürlich schauen - und das wird dann Kollegin Reischl sagen -, dass wir im Zusammenleben über den Ausbau der Mieterbeiräte, über die Wohnpartner, über die Ordnungsberater, über Wiener Wohnen unterwegs, über MediatorInnen, und das würde ich nicht so gering schätzen wie Kollegin Frank, denn das hat schon sehr viel dazu beigetragen, einen Fortschritt zu erzielen, aber ich will jetzt meiner Kollegin nicht vorgreifen.

Nur einen Punkt, und das habe ich so ausgemacht, möchte ich schon erwähnen, nämlich den mit den Hausbesorgern, weil das auch wieder eine ganz schlimme Sache war. Dass man das Hausbesorgergesetz im Jahr 2000 überfallsartig ersatzlos abgeschafft hat, das bleibt ein ganz schwerer Fehler auch der FPÖ. (*GRin Henriette Frank: Nein, nicht schon wieder!*) Auch wenn Kollege Prof Eisenstein, der jetzt nicht da ist, immer wieder sagt, ihr würdet das wieder machen, ist das leider keine gute Aussage, sondern man hätte in den 90er Jahren durchaus das Hausbesorgergesetz novellieren sollen, verbessern sollen, ihr habt es aber ersatzlos abgeschafft. Es hat sich dann gezeigt, dass sehr schlechte Effekte da waren, besonders, wenn es geschneit hat, haben alle Bürger gesagt, dass das ganz schlimm ist, dass es jetzt weniger Hausbesorger gibt. Dann haben wir die Volksbe-

fragung durchgeführt und festgestellt, dass sich 84 Prozent der Wienerinnen und Wiener ein modernes Hausbesorgergesetz wünschen. Das war ein großartiges Ergebnis. Wir sind an den Bund herangetreten, dass der das verwirklicht, der Bundesminister Hundstorfer hat ein sehr gutes Modell ausgearbeitet, die ÖVP wiederum hat es abgelehnt, weil sie geglaubt hat - es hat früher die so genannte Verelendungstheorie gegeben, die besagt, je schlechter es ist, desto schlechter geht es vielleicht für die SPÖ in Wien aus. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wer hat das Gesetz verabschiedet?*) Nur, der ÖVP hat es bei der Wahl nichts genützt, dass sie das Hausbesorgergesetz erneut verhindert hat. Die FPÖ hat es mit abgeschafft und ist damit mit bei diesen Leuten.

Wir haben jetzt, und der StR Ludwig, dankenswerterweise das Wiener Modell ausgearbeitet. Soweit wir es verfassungsmäßig können, haben wir ein eigenes Wiener Modell, wo eben Hausbetreuer sehr gut die Funktion der Hausbesorger, die es teilweise nicht mehr gibt, übernehmen können. (*GR Sebastian Kurz: Was habt ihr vorher gemacht?*) Das ist etwas, was notwendig war, nachdem sich herausgestellt hat, dass das verantwortungslose Abschaffen durch Schwarz-Blau diese negativen Folgen gezeitigt hat. Und es ist so, dass wir sehr stolz darauf sind, dass erstens 84 Prozent der Wienerinnen und Wiener uns unterstützt haben und damit unser neues Modell unterstützen, und auch darauf können wir stolz sein.

In dem Sinn möchte ich abschließen, dass wir weiterhin schauen, dass auch in schwierigen Zeiten die Wohnmöglichkeiten in Wien bestmöglich gegeben sind. Wir haben in der Mercer-Studie auch gerade beim Wohnen überall den 1. Platz, (*GRin Christine Marek: Das gilt für Topmanager!*) wir haben bei allen Studien für die Wienerinnen und Wiener in der Wohnversorgung absolut die besten Noten von den Wienerinnen und Wienern und, Frau Kollegin Marek, auch da müssen Sie sich noch einarbeiten.

Aber Faktum ist, dass wir in der Wohnpolitik weltweit Vorbildcharakter haben. Wir wollen immer noch besser werden, wir haben das Prinzip, Gutes noch besser zu machen. Das ist unser Prinzip, und dafür werden wir arbeiten im Interesse der Wienerinnen und Wiener. Und in dem Sinn empfehle natürlich die Zustimmung zum Budget. Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Ich teile mit, dass ab nun die Redezeit 15 Minuten beträgt. Gemeldet ist Herr GR Mag Dworak, und ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich erspare Ihnen etwaige Philosophen oder philosophische Worte zum Budget. Ich möchte es viel klarer ausdrücken, ich zitiere nämlich aus der Regierungserklärung von Rot-Grün.

Man verlangt die Neustrukturierung von Wiener Wohnen, selbst der Herr Bürgermeister ist nicht zufrieden mit der Situation bei Wiener Wohnen.

Ja, meine Damen und Herren von der SPÖ, wie oft haben wir von der Opposition diese Kritik angebracht.

Offensichtlich ist eine späte Einkehr dort erfolgt. Und wenn Kollege Stürzenbecher von seinen 84 Prozent an Zustimmung für das Hausbesorgergesetz oder für den Hausbesorger spricht, dann muss man sagen, es bleiben noch immer nur 30 Prozent. Und das Wiener Modell hätten Sie schon lange einführen können, auch ohne teure Volksbefragung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Beim Budget von Wiener Wohnen habe ich einen Punkt zum neuen Sanierungsmanagement vorzubringen. 8 000 Gemeindewohnungen sollen jährlich saniert werden. Hier fehlen mir terminliche Vorgaben und finanzielle Ziele, wie dies ohne Mehrbelastung der Mieterinnen und Mieter im Gemeindebau funktionieren kann.

Beim Thema Mieterbeiräte darf ich das Mieterbeiratsstatut loben, jedoch wird es immer mehr zu einem politischen Instrument. Hier spricht man nicht von der Unterstützung der Mieterbeiräte, ich habe es in der Regierungserklärung nicht gefunden. Es könnten beispielsweise unabhängige Experten sein, man lässt aber die Mieterbeiräte, die freiwillig arbeiten, weiterwurschteln und bietet außer weiteren Seminaren keine wirkliche Unterstützung. Hier geht Rot-Grün genauso mit diesen Freiwilligen um, die sich als Mieterbeirat für die Hausgemeinschaft im Gemeindebau einsetzen wollen, wie die rote Alleinregierung. Sie vergisst auf die Freiwilligen und lässt sie im Regen stehen. Wohnbau ist in Wien für die SPÖ immer schon ein zentrales Thema gewesen und wird dies auch immer bleiben.

Offenbar war und ist der Wohnbau in Wien ein zentrales, soziales, kulturelles und politisches Instrument für die Wiener SPÖ. Der Wiener Wohnbau ist aber ein Mythos und ein hochkompliziertes System, das kaum jemand versteht. Die gesamte Wohnbaupolitik ist seit der Machtergreifung der SPÖ in dieser Stadt von der Abhängigkeit jener geprägt, die in Wien eine Wohnung benötigen. Dass es trotz der Kritik der frühen 70er Jahre an der Stadterweiterung in Wien noch zu Großanlagen wie dem Schöpfwerk oder der Großfeldsiedlung kam, ist mit ein Grund für die heutigen Verluste der Sozialdemokratie bei Wahlen, die unregelmäßige Migration in diesen Großanlagen, die heute der SPÖ die höchsten Verluste bescheren, die es je gegeben hat, dazu hat die Stadtverwaltung in Einheit mit der SPÖ den Grundstein selbst dazu gelegt. Migrationsprobleme wie die Ghattobildungen wurden lange ignoriert. Obwohl in den letzten 15 Jahren neue Formen des sozialen Wohnbaus in dieser Stadt entwickelt wurden, die auch Projekte wie das Kabelwerk oder die Bikecity umfassen, gilt für den Wiener Wohnbau - und ich zitiere hier ein Originalzitat von Dietmar Steiner, der bekanntlich Juryvorsitzender der Bewertungskommission für die Wohnbauprojekte ist - „Dass es ein System ist, das es in keiner anderen Großstadt der Welt gibt, wo das System des geförderten Wohnbaus derart komplex strukturiert ist, um Wohnungen zu einem halbwegs leistbaren Preis anzubieten. Das ergibt die paradoxe Situation, dass auf Grund des aufwändigen Kontrollsystems und qualitativ kontrollierter Wettbewerbe des öffentlichen geförderten Wohnbaus die Qualität weit über der des frei finanzierten Wohnbaus liegt.“

Durchaus eine positive Kritik, das bedeutet aber

auch, dass wir zu wenig Geld in den Neubau stecken, dass viel zu wenig, und hier fragt sich, wie, die rund 600 Millionen EUR für die Wiener Wohnbauförderung optimal eingesetzt werden können. Der Bedarf nämlich an geförderten Wohnungen wächst von Jahr zu Jahr. Das Ziel von derzeit rund 7 000 geförderten Wohnungen ist zwar bis jetzt in den letzten 3 Jahren erreicht worden, aber ich frage mich, wenn die Bevölkerungsprognosen weiter so stimmen, wie wir davon ausgehen, dass sie nämlich in den nächsten 20 Jahren um 20 Prozent wachsen werden, ob wir hier in Zukunft auch genug Wohnungen bauen können, und die Kosten für dieses aufwändige Kontrollsystem auch in den Griff bekommen. Die Zukunft schaut nämlich etwas düster aus. Um das gleiche Geld könnten nämlich deutlich mehr geförderte Wohnungen gebaut werden und ich gehe hier nicht so weit wie die FPÖ, die neue Gemeindebauten fordert, ich verlange in Wien eine Effizienzsteigerung beim Wohnbau, vor allem auch beim Wohnfonds Wien, um hier mehr Neubauten zu ermöglichen.

Hier gehört die Struktur und Arbeitsweise des Wohnfonds überprüft und evaluiert, damit mehr Neubau und Sanierungsprojekte abgewickelt werden können. Der Forderung von Rot-Grün nach Schaffung von mindestens 1 000 leistbaren Kleinwohnungen folgt übrigens keine Definition, was Kleinwohnungen sind, was noch leistbar ist, noch für welche Gruppe sie errichtet werden sollen.

Herr Kollege Chorherr hat zuerst beim Thema Auslaufen der Sonderförderung von einbruchshemmenden Eingangstüren für Einfamilienhäuser davon gesprochen, dass man das ruhig abschaffen kann.

Anstatt die Förderung von Maßnahmen zum Einbau von Alarmanlagen und Maßnahmen für einbruchshemmende Fenster auszuweiten, versagt man den Wienerinnen und Wienern diese Förderung. Unter Rot-Grün, meine Damen und Herren, darf also nichts mehr für mehr Sicherheit gemacht werden, und die Einbrüche gehen allein dadurch zurück, dass es in Wien nun Rot-Grün gibt.

Kritik gibt es offenbar darüber, was die Höhe der Wohnbauförderung für das kommende Jahr betrifft. Auch wenn im Budget dafür 600 Millionen EUR vorgesehen sind, wird befürchtet - und wir haben das heute schon gehört - dass dieser Betrag nicht voll vergeben werden kann.

Das System des geförderten Wohnbaus ist in Wien sehr kompliziert und behindert die ausreichende Errichtung von Wohnbauten. Wir werden aus den genannten Gründen diesem Budget der Stadt Wien und auch dem Budget von Wiener Wohnen nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, bitte ich Sie, Herr GR Mag Dworak, wenn ich mich nicht verheißt habe, haben sie im Zusammenhang mit der SPÖ von Machtergreifung gesprochen. Nachdem das Wort Machtergreifung suggeriert, dass die Machtübernahme nicht auf demokratisch legitimierte Weise zu Stande gekommen ist, sondern durch andere und in der Geschichte ja schon traurig

bekannte Weisen, würde ich Sie ersuchen, künftighin in Bezug auf demokratisch gewählte Regierungen hier auch die entsprechenden Formulierungen zu verwenden. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Hofbauer und ich erteile es ihm.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wohnen in Wien muss wieder leistbar werden. Im rot-grünen Regierungsübereinkommen, das uns ja allen bekannt ist, wir haben uns das ja durchgelesen, finden Sie, dass im Bereich Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung, Seite 73 bis 76 - und das sind immerhin 4 Seiten - die Worte leistbares Wohnen gezählte 3 Mal vorkommen.

Meine Damen und Herren, wir von den Freiheitlichen fordern schon jahrelang, dass Wohnen für die Wiener Bevölkerung wieder leistbar werden muss. Die Realität, meine Damen und Herren, sieht aber leider ganz anders aus. Die Wiener Regierungsmehrheit verabschiedet sich immer mehr, und das mit rasanter Geschwindigkeit, vom so genannten sozialen Wien. Die steigenden Belastungen im Wohnbereich sind unter anderem in der derzeitigen Miet- und Gebührenpolitik der Stadt Wien sowie in den laufenden Erhöhungen bei den Betriebs- und Energiekosten, welche auf Valorisationen basieren, und andererseits auf die Mietererhöhungen im Zuge von überbeurteilten Sanierungsarbeiten zu finden.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren wurde eine unvermeidbare Preistreibe bei den städtischen Gebühren betrieben, wodurch für sozial schwache Bevölkerungsschichten das so genannte leistbare Wohnen im Gemeindebau schon fast unmöglich gemacht wird.

Das ist leider eine Tatsache, die nicht wegzudiskutieren ist. Die SPÖ-Belastungsbilanz allein in den Jahren 2006 bis 2010 für eine Wiener Familie beinhaltet unter anderem eine Erhöhung des Gaspreises um sage und schreibe 29 Prozent, eine Erhöhung des Strompreises um 20 Prozent, eine Erhöhung der Kanalgebühr um 35 Prozent, eine Erhöhung der Müllentsorgungsgebühr um 27 Prozent und so weiter, diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen. In Summe, meine Damen und Herren, ergibt dies jährlich eine durchschnittliche Mehrbelastung für eine Familie von sage und schreibe 1 128 EUR, was wiederum eine durchschnittliche Mehrbelastung pro Monat von 94 EUR pro Haushalt ausmacht.

Meine Damen und Herren! Wie aus dem Voranschlag für das Jahr 2011 zu entnehmen ist, ist bei der Wiener Gebührenrekordbelastung leider keinerlei Verbesserung in Aussicht. Die Einnahmen aus der Wassersteuer betragen 2011 laut Voranschlag 180 Millionen EUR, davon fließt mit 60 Millionen EUR Überschuss immerhin ein Drittel in das allgemeine Budget - aus unserer Sicht allein schon viel zu viel, und auch das gehört abgeschafft!

Meine Damen und Herren! Wien Kanal ist seit 2010 als nunmehrige Unternehmung der Stadt nicht mehr Teil der städtischen Gebarung und entzieht sich somit unse-

rer Kontrolle - auch ein Zustand, der abgeschafft gehört! (*GR Mag Thomas Reindl: Das stimmt ja nicht!*) Auch die Müllsteuer liegt deutlich über der reinen Kostendeckung. Infolge der 20-prozentigen Müllgebührenerhöhung im Jahre 2006 und der Valorisierung machen die Einnahmen bereits sage und schreibe 282 Millionen EUR aus, davon werden 34 Millionen EUR für das allgemeine Budget abgezweigt.

Meine Damen und Herren! Durch dieses künftige rot-grüne Belastungspaket steigen somit alle Steuern auf Wasser und Müll auf insgesamt 462 Millionen EUR. Die Ausgaben für diese 2 Posten wurden im Budget 2011 mit 367 Millionen EUR angesetzt, was somit einen Überschuss für das allgemeine Budget von 94 Millionen EUR ergibt.

Interessant dazu ist auch der offizielle Rechnungshofbericht 2010. Der Rechnungshofbericht - ich glaube, meine Damen und Herren, das streitet hier keiner ab - ist ein objektives, allgemein anerkanntes Dokument. Eben in diesem Rechnungshofbericht ist ersichtlich, dass die Stadt Wien allein in den Jahren 2005 bis 2007 im Bereich Kanal einen Überschuss von 95 Millionen EUR, im Bereich Wassergebühren einen Überschuss von 191 Millionen EUR und im Bereich Müllgebühren einen Überschuss von 101 Millionen EUR erwirtschaftet hat. In Summe sind das also über alle diese drei Bereiche sage und schreibe 388 Millionen EUR – 388 Millionen EUR, meine Damen und Herren, die den Wiener Gebührenzahlern rückerstattet werden müssen und welche nicht zur Finanzierung des allgemeinen Budgets herangezogen werden sollen!

Die SPÖ hat somit Wasser-, Kanal- und Müllsteuern auf Kosten der Gebührenzahler geschaffen. Deshalb fordert die FPÖ eine sofortige Aussetzung der Valorisierungsbestimmungen, bis die Mängel und die Ungerechtigkeiten bei der Gebührenkalkulation im Bereich Kanal-, Wasser- und Müllgebühren behoben worden sind. (*Beifall bei der FPÖ.*) Dieses Geld - meine Damen und Herren, es wurde heute schon einige Male von meinen Vordnern angesprochen -, welches über der Kostendeckung der einzelnen Bereiche liegt, ist den Gebührenzahlern umgehend zurückzuzahlen.

Um das Wohnen in Wien wieder leistbar zu machen, wäre der Stopp der Vermietung nach dem Richtwertmietzins und die Rückkehr zum Kategoriemietzins sowie die Einrechnung der Betriebskosten in die Wohnbeihilfe, um sozial Schwache zu entlasten, dringend vonnöten. Auch dazu habe ich im rot-grünen Regierungsübereinkommen leider nichts gefunden.

Meine Damen und Herren! Interessant wird auf jeden Fall das künftige Verhalten der GRÜNEN in dieser neuen Stadtregierung sein. Kaum in ihrer Funktion angelobt, wollte die neue Frau Vizebürgermeisterin mit der Forderung, Zuwanderer sollten ohne Wartefrist in Gemeindebauten einziehen, gegen den Strom anschwimmen. Die grüne Forderung - welche von der FPÖ übrigens striktest abgelehnt wird - entpuppte sich allerdings schnell als Eintagsfliege. Bgm Häupl erteilte seiner Stellvertreterin über die Zeitungsmedien eine väterliche Maßregelung, und prompt kehrte wieder Ruhe in den grünen Reihen

ein. Die GRÜNEN zeigen jedenfalls schon jetzt eine verblüffende Bereitschaft zum rasanten Wandel von der einstigen Dagegen-Partei zur zahmen Machterhaltungs-partei der SPÖ. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Das rot-grüne Regierungsübereinkommen lässt für die Wiener und Wienerinnen in den nächsten Jahren einiges befürchten. Eines steht auf jeden Fall heute und jetzt schon fest: Wir von der FPÖ stehen der Bevölkerung auf jeden Fall so wie in den letzten Jahren auch in den künftigen Jahren als einziger und verlässlicher Partner zur Verfügung! - Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Reischl. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Hannelore **Reischl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mein Kollege Stürzenbecher hat in seinen Ausführungen zum Budget 2011 ganz deutlich aufgezeigt, dass uns der Faktor Leistbarkeit im Bereich Wohnen ein ganz großes Anliegen ist und dass es der Stadt Wien auch wichtig ist, dass die Menschen dann Unterstützung bekommen, wenn sie sie brauchen.

Aber nicht nur Leistbarkeit ist ein wichtiger Faktor im Bereich Wohnen, sondern auch das Wohlfühlen. Um sich in der eigenen Wohnung wohlfühlen, müssen nicht nur das Ambiente, sondern auch das Umfeld stimmen. Das heißt, ich muss auch mit meinen Mitmenschen, meinen Nachbarn gut auskommen können.

Leider gelingt das nicht immer jedem selbst, daher hat die Stadt Wien auch dafür die Verantwortung übernommen, dass sich die Menschen in Wien eben wohlfühlen. Dafür gibt es auch - jetzt ist Frau Kollegin Frank nicht mehr da - in der Stadt Wien Gott sei Dank die Servicestellen der Stadt Wien. Sie hat diese als Gebietsbetreuung bezeichnet, aber schon seit fast einem Jahr sind die Gebietsbetreuungen die Wohnpartner, und nicht nur die Wohnpartner neu, die „Wohnpartner unterwegs“, die Ordnungshüter, „Fair Play“ und so weiter. Sie kennen ja hoffentlich all die Serviceeinrichtungen, die die Stadt Wien bietet.

Für diese Servicestellen - um beim Budget zu bleiben - werden wir im nächsten Jahr rund 17 Millionen EUR ausgeben. Das ist etwas mehr, als es im heurigen Jahr war. Ich finde, es ist ein gut investiertes Geld für diese Servicestellen, und das werde ich auch an einigen Zahlen belegen.

Die Wohnpartner - früher Gebietsbetreuer, seit fast einem Jahr Wohnpartner, um das noch einmal in Erinnerung zu rufen - bestehen aus genau 116 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und befinden sich an 17 Standorten. Im heurigen Jahr haben die bestens geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Wohnpartnern Kontakte mit rund 120 000 Personen gefunden. Das waren aber nicht ausschließlich Kontakte in Konfliktfällen, sondern das waren Kontakte, Beratungen, Hilfeleistungen, Hilfestellungen, aber auch die diversen Veranstaltungen.

Konfliktfälle wurden ebenfalls aufgenommen, und zwar im heurigen Jahr rund 4 500, und davon konnten

3 300 auch abgeschlossen werden. Im Schnitt wird für jeden Fall die Zeit von 7 Wochen in Anspruch genommen. Das finde ich sehr gut, das heißt auch und beweist, dass man sich sehr intensiv mit diesen Konflikten auseinandersetzt. In den meisten Fällen kommt es auch zu Lösungen. Übrigens möchte ich bemerken, dass 50 Prozent der Konfliktfälle Lärmbeschwerden sind.

Zu den klassischen Wohnpartnern gehören aber auch die Teams der „Wohnpartner unterwegs“. Ihr alle kennt auch die Teams, die vor allem in den wärmeren Jahreszeiten, also wenn man im Freien ist, draußen sind. Das betrifft wahrscheinlich eher die Jugendlichen, die sich dann in Wohnhausanlagen im Freien aufhalten. Aber die Wohnpartnerteams sind unterwegs, um eben für ein friedliches Zusammenleben in den Wohnhausanlagen und auch für ein respektvolles und rücksichtsvolles Zusammenleben zu sorgen.

Aber die Wohnpartner haben noch eine zweite wichtige Säule, nämlich auch das Gemeinwesen. Es sind derzeit rund 200 Projekte im Laufen; diese laufen noch immer, besser gesagt, sie finden noch immer statt. Sie alle kennen auch diese Projekte, vor allem in den Sommerzeiten waren die Gemeindebaufeste, Urlaub im Gemeindebau, die Volkshochschule im Gemeindebau mit den diversen Kursangeboten, sei es für Freizeit oder andere Sachen, aber auch lokale Veranstaltungen in diversen Gemeindebauten. All diese Projekte, die die Wohnpartner initiiert haben, tragen zu einem Dialog zwischen den Gemeindebaumieterinnen und -mietern bei und stärken so ein gutes Zusammenleben.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass die Erfahrung gezeigt hat, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Wohnpartnern eine sehr starke präventive Wirkung haben, dass sie aber auch bereits nach kurzer Zeit in den Wohnhausanlagen bekannt waren, gern gesehen waren, respektiert wurden, und vor allem, dass sie auch die bestehenden Konflikte sehr oft nach kurzer Zeit lösen konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt mir aber auch am Herzen - und auch mein Kollege Stürzenbecher hat es Ihnen schon gesagt -, dass ich auf eine Gruppe hinweisen möchte, die ebenfalls wesentlich dazu beiträgt, dass sich die Gemeindebaumieterinnen und Gemeindebaumieter wohlfühlen, nämlich die Gruppe der Hausbesorger und der Hausbesorgerinnen. Auch diese sind Mediatoren und Mediatorinnen, die dazu beitragen, dass es eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeindemietern gibt. Ich bin auch sehr froh, dass wir mit Ende dieses Jahres diesen Berufsstand wieder eingeführt haben.

Übrigens habe ich gerade im Internet gelesen - in der „Kleinen Zeitung“ -, dass mittlerweile auch Graz schon überlegt, die Hausbesorger wieder einzuführen. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist ja interessant!*) Es war ein Sprecher von der ÖVP in Graz, über den ich das gelesen habe.

Die Hausbesorger und Hausbesorgerinnen tragen nicht nur zu einem guten Zusammenleben bei, sondern gerade jetzt, wo wir ja die Winterzeit haben, hat sich gezeigt, dass die Winterbetreuung dort, wo Hausbesor-

ger sind, sehr wohl in den meisten Fällen sehr gut funktioniert hat. Von rund 1 000 Beschwerden, die es in der letzten Zeit gegeben hat, als der Schnee gefallen ist, haben allein 990 private Unternehmen betroffen und nur 10 die Hausbesorger. Ich denke, Sie wissen ganz genau, welcher private Unternehmer das ist. Sie werden sicherlich der Presse und den Medien schon entnommen haben, wer hier nicht so gut funktioniert hat wie die Hausbesorger und Hausbesorgerinnen.

Abschließend möchte ich zusammenfassend schon sagen, dass diese Servicestellen, die von der Stadt Wien für die Gemeindebaumieterinnen und Gemeindebaumieter eingerichtet worden sind, sehr gut funktionieren. Das ist ein sehr gut investiertes Geld, und das wird im nächsten Jahr, im Jahr 2011, auch erweitert werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Wiener Wohnen ganz herzlich Danke sagen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

In aller Kürze, weil wir ja das Budget 2011 vorhaben und ich noch zu zwei Abteilungen etwas sagen möchte, zu den Magistratsabteilungen 39 und 34: Für die MA 39 - Sie wissen, das ist die Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstelle der Stadt Wien - ist das Budget ziemlich gleich geblieben. Es betrifft die Bautechnik, wo in der Bauprodukteauswahl bei den Sanierungen insbesondere die Qualitätskontrolle beachtet wird und in der Umweltmedizin vor allem die Zusammenarbeit mit den anderen Dienststellen, aber auch mit der Wiener Gebietskrankenkasse weiterhin fortgesetzt wird.

Abschließend noch zum Budget der MA 34 - Bau- und Gebäudemanagement: Das ist die Magistratsabteilung, die derzeit 389 Objekte verwaltet, nämlich das Rathaus, die Amtshäuser, Schulen, Kindergärten, Feuerwachen und so weiter. Sie ist natürlich auch für die Sanierungen zuständig. Ich möchte nur drei Vorhaben herausstreichen, unter anderem die Fertigstellung im Rathaus, die Instandsetzung der Dachflächen und den Abschluss der Fassadensanierung.

In der Triester Straße 114 soll das neue Gebäude der MA 49 entstehen. Dort haben die Umbau- und die Adaptierungsarbeiten begonnen, und es wird noch weitergearbeitet werden. Ich verweise aber auch auf das Bildungszentrum in Simmering, die Fortsetzung des Neubaus in Simmering. Übrigens ist das ein Bildungszentrum, das zu 50 Prozent mittels Alternativenergie, also auch mit Erdwärme, versorgt und beheizt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Abschließend kann ich nur sagen, dass die Investitionen für das Jahr 2011 im Bereich Wohnen sehr gut durchdacht vorbereitet sind und dass konkrete Maßnahmen gesetzt worden sind. Ich möchte es im Gegensatz zu meinem Kollegen Hora, der gemeint hat, er sagt gar nicht mehr zur Opposition, sie soll dem Budget zustimmen, doch tun: Ich ersuche Sie schon, dem Budget zuzustimmen, nach dem Motto: „Die Hoffnung stirbt zuletzt.“ - Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Als nächster Redner ist GR Mag Dr Wansch gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Frei-*

*heitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Fürs Erste ist mir aufgefallen, dass das Licht weniger geworden ist. Das kann ein gutes Zeichen sein: Energie sparen. Ich hoffe, es ist nicht die Einladung, dass die Sitzung bald vorbei ist und dann der Staubsauger kommt. (*GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Das liegt am Fernsehen!*)

Zur Debatte steht der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011. Ich habe in der Diskussion und in den Ausführungen gehört, dass es unter dem Ziel der Konsolidierung steht. Ich habe gehört, dass es ein erfreuliches Budget 2011 ist - na ja, dann schaut man sich das eben einmal an.

Es beginnt damit, dass man sagt, man addiert die geplanten Einnahmen, das sind zirka 10,8 Milliarden EUR. Dann subtrahiert man die geplanten Ausgaben, das sind zirka 11,4 Milliarden EUR. Von dem, was übrig bleibt, werden wir Schulden zurückzahlen, damit wir die kommenden Generationen nicht belasten und dem Ziel der Konsolidierung gerecht werden. Diejenigen, die mitgerechnet haben, werden verstehen, warum wir Österreicher beim PISA-Test auch in Mathematik schlecht abschneiden: Es bleibt nämlich nichts übrig. Über 600 Millionen EUR, mehr als eine halbe Milliarde, nehmen wir uns vor, dass wir mehr ausgeben!

Ich habe aber etwas Weiteres gelernt, und es tut mir leid, dass meine Kinder nicht dabei waren, nämlich für folgende Situation: Es gibt das Taschengeld, und die Ausgaben sind höher als das Taschengeld. Na ja, dann werden die Kinder kommen und sagen: Wir haben ein Problem, wir haben höhere Ausgaben als Einnahmen durch Taschengeld. Dann haben sie heute hoffentlich gut zugehört und eines gelernt. Sie werden mir sagen: Papa, das Problem ist einnahmenseitig. Dann sage ich: Ja, es ist interessant, du kannst einmal ein grüner Landtagsabgeordneter und Gemeinderat werden. Denn von den GRÜNEN habe ich heute gehört, das einzige Problem des Budgets liegt auf der Einnahmenseite. Ich muss den Kindern aber sagen: Ich kann euch nicht mehr Taschengeld geben.

Dann gibt es eine zweite Lehre aus der heutigen Sitzung, mit der sie mich konfrontieren werden. Sie werden mir sagen: Das, was ich mehr ausgabe, ist ja wahnsinnig gut für die Wirtschaft, das sichert Arbeitsplätze, besonders bei den Netzbetreibern und im Handel. Ja, so weit, so gut, das ist interessant, politisch interessant: Es befähigt die Kinder dazu, dass sie grüne oder rote Gemeinderäte werden. Aber sie werden in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen scheitern!

Stichwort Schulden - es ist ja kein Problem: Wenn man mehr ausgibt, als man einnimmt, macht man einfach Schulden, haben wir gehört. Diese Schulden explodieren im Wahljahr 2010 - vielleicht ein Zufall, dass es ein Wahljahr war - von 1,9 Milliarden auf zirka 3 Milliarden EUR.

Jetzt ist das aber noch nicht die gesamte Misere, sondern da sind ja Schulden durch Ausgliederung versteckt. Wenn ich nur die Schulden von Wiener Wohnen

dazurechne, dann sprechen wir insgesamt von 6 Milliarden EUR als Schuldenstand der Stadt Wien! Da kann man schon von Explosion sprechen. Wenn ich diese echten Zahlen hernehme und dann die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Wien ausrechne, dann bin ich nicht bei den 1 700, die sich so herrlich harmlos anhören, sondern dann bin ich schon bei weit über 3 500 EUR!

Jetzt habe ich aber heute wieder etwas gelernt: Die Zahlen, die wir aus dem Budget, das uns vorgelegt wird, schöpfen, sind eigentlich nicht das Problem, sondern das Problem ist, man vergleicht dann mit Niederösterreich, man vergleicht mit Kärnten. Okay, sage ich, interessant, dann habe ich die Tagesordnung falsch gelesen, weil ich geglaubt habe, wir reden heute über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien.

Wissen Sie, was das heißt, mehr, weit mehr als 3 500 EUR Pro-Kopf-Verschuldung? Da sind die Neugeborenen mitgerechnet! Ich habe sicherheitshalber nachkalkuliert: Es sind die Neugeborenen mitgerechnet. Das heißt, jedes Kind, das in Wien zur Welt kommt, hat allein durch die Stadt Wien mehr als diese 3 500 EUR an Schulden, wenn es auf die Welt kommt!

Da kann ich dem Kind sagen: Na, jetzt hör aber auf, sei froh, dass du in Wien zur Welt kommst, weil es ja irgendwo anders auf der Welt oder in Österreich schlimmer ist. Trotzdem wird mir dann dieses Kind sagen: Wie gibt es das, wie kann man das verantworten, dass man ganz einfach durch Verschwendungssucht, durch mehr Ausgeben als Einnehmen, Schulden anhäuft, die dann irgendwer tragen wird, das Neugeborene, die Enkel vom Neugeborenen? Das kann ja wohl nicht die Politik sein!

Dann denke ich wieder nach, weil heute auch etwas Ähnliches - das Wort ist nicht gefallen, aber es gibt so ein Unwort - wie intelligente Schulden gesagt wurde. Jetzt wollte man uns wahrscheinlich klarmachen, das sind intelligente Schulden in einer schweren wirtschaftlichen Situation, und diese Schulden wären doch zur Sicherung von Arbeitsplätzen nötig.

Dann schauen wir uns das Zahlenwerk an und schauen, worauf diese Schuldenexplosion zurückzuführen ist. Trotz aller Kunst und Intransparenz der Kameralistik und, wie es der Rechnungshof gerügt hat, des Wiener Voranschlags kommt man drauf, dass nur ein kleiner Teil tatsächlich in nachhaltige Investitionen oder in sofort wirksame Investitionen in die Wirtschaft gegangen ist, sondern der größte Teil des Schuldenberges ist auf Spekulation zurückzuführen, meine Damen und Herren, Spekulation mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener, Spekulation zu Lasten der Kinder! Das ist die Wahrheit. Es sind keine intelligenten Schulden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Im Übrigen gehe ich davon aus: Der Rechnungshofbericht, aus dem ich noch kurz zitieren werde, stammt vom Anfang des Jahres, aus dem Februar, und auch dort wurde die Finanzgebarung durch ungesicherte Fremdwährungsrisiken gerügt. Über die Cross-Border-Finanzierung ist heute schon gesprochen worden. Es gäbe Möglichkeiten, ganz einfache finanztechnische Möglichkeiten, dieses Wechselkursrisiko für die Zukunft zu sichern. Man muss nur den Mut haben zu sagen:

Okay, wir haben spekuliert, es ist leider schlecht ausgegangen, aber die kommenden Jahre belasten wir nicht mit diesen Spekulationsverlusten, sondern wir sichern das Wechselkursrisiko ab, haben damit gesicherte Finanzierungen und können Rückzahlungspläne für unsere Schulden kalkulieren und machen.

Wie wird aber das ganze Desaster jetzt wirklich finanziert? Sprich, mehr ausgeben, als man einnimmt, und die Schulden explodieren lassen. Wer zahlt also die Zeche, die aus diesem Voranschlag 2011 ersichtlich ist? Meine Damen und Herren, es sind die Wienerinnen und Wiener! Es sind nicht die Millionäre - wie ich heute gehört habe: Alle Probleme der Welt wären gelöst, wir können ausgeben, was wir wollen, weil es am Schluss die Millionäre zahlen werden. Dieser Voranschlag der Stadt Wien straft alle Wienerinnen und Wiener, die Wienerinnen und Wiener zahlen jeden Cent zurück, der hier zu viel ausgegeben und verschleudert wird!

Ein Beispiel, wie die Wienerinnen und Wiener - wahrscheinlich sogar, ohne dass sie es wissen - die Zeche bezahlen, ist der Bericht des Rechnungshofes vom 1.2.2010: Gebarungsprüfung gemäß § 73a Wiener Stadtverfassung auf Antrag der Freiheitlichen Partei Österreichs. In diesem Bericht stellt der Rechnungshof zur Gebarung der Stadt Wien betreffend Wasser-, Kanal-, Müllgebühren und Energiepreise Folgendes fest. Ich zitiere jetzt wörtlich, weil im Verlauf des heutigen Tages ein bisschen hin- und hergetauscht worden ist: Das ist ja nicht wahr, nein, das ist ganz anders, und in Wirklichkeit ist ohnehin alles schön. Jetzt zitiere ich ganz einfach wörtlich, das ist am einfachsten: „Die Stadt Wien führte die erzielten Überschüsse aus den Gebührenhaushalten in der Höhe von rund 390 Milliarden EUR“ - Millionen, Entschuldigung - „390 Millionen EUR“ - aber Millionen, das ist schlimm genug, die muss man auch erst einmal verdienen - „nicht zweckgebundenen Rücklagen für zukünftige Investitionen zu, sondern verwendete sie für den allgemeinen Haushalt.“

Damit sind zwei Fragen beantwortet. Erstens, es hat Überschüsse aus diesen Gebührenhaushalten gegeben. Und zweitens, sie sind widerrechtlich dem allgemeinen Haushalt zugeführt worden.

Trotz der Erzielung von Überschüssen wurde der Gebührenzahler mit zusätzlichen Fremdkapitalkosten belastet. Für die festgelegten Abwasser-, Müll- und Wassergebühren lagen keine schlüssigen Kostenkalkulationen vor.

So weit, so gut - das bedeutet, allein aus diesem Titel werden zirka 100 Millionen EUR den Wienern widerrechtlich entzogen. Über die Betriebskosten zahlen das alle Wienerinnen und Wiener.

Dann haben wir heute gehört, es gibt ein wunderbares Budget, das hat sogar irgendwie eine soziale Ader, es hat eine grüne Handschrift, und diese grüne Handschrift ist zitiert worden mit ungefähr 17 Millionen für die Kindermindestsicherung. Na ja, dann sage ich, das ist eine klasse Geschichte, und da sind wir wirklich beeindruckt, wie sozial GRÜNE und SPÖ sind. Wir wissen, dass wir den Leuten 100 Millionen EUR allein aus diesem Titel wegnehmen, und 17 Millionen geben wir ihnen

jetzt wortreich wieder zurück - da fehlen noch immer 83 Millionen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Kurz einige Worte dazu, dass es in Wirklichkeit die Gemeindebaubewohner genauso mittragen müssen: Ein Blick auf die Mieten zeigt, dass die Wienerinnen und Wiener, die in Gemeindebauten wohnen, genauso dafür aufkommen müssen und die Zeche bezahlen müssen. Kategoriemietzins Kategorie A: 3,08 EUR, heutiger Stand; der Richtwert, der durch die Stadt Wien den Mietern der Gemeindewohnungen verrechnet wird: 4,91 EUR.

Dann ist heute in den Medien gestanden - mit einem Hinweis auf „www.mietenrechner.at“ -, dass im Wiener Gemeindebau durchschnittlich 5,30 EUR je Quadratmeter verrechnet werden. Jetzt gestehe ich eines ein: Das ist einschließlich Betriebskosten. Auf der anderen Seite sind aber da die Kategorien D bis A drinnen. Das bedeutet, ich habe die anderen Werte verglichen: Kategorie 3,08, Richtwert 4,91, und 5,30 ist ein Mischwert für D bis A. Das bedeutet am Ende, dass die Wienerinnen und Wiener, die im Gemeindebau wohnen, sehr viel von der Zeche bezahlen, wenn man eines bedenkt.

Kurz drei Sätze für einen Rückblick auf die Geschichte des Gemeindebaus: Der Gemeindebau war eine Errungenschaft nach dem Ersten Weltkrieg. Darauf können die Wienerinnen und Wiener stolz sein, sie haben diese Institution geschaffen und finanziert für sozial bedürftige Menschen, die aus dem Krieg zurückgekommen sind, für die Familien, insbesondere für die Arbeiterfamilien. Dann schaut man sich die Ergebnisse dieser Initiative an: Es wurden in weniger als 5 Jahren mehr als 25 000 Wohnungen geschaffen. Das war ein Kraftakt, wenn man sich die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg vorstellt! Im Jahr 2011 wird keine einzige Wohnung geschaffen.

Wenn man dann sagt, aber da wird ja Geld ausgegeben, das sind diese Fördermittel - wer bekommt die Fördermittel? Das bekommen die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften. Diesbezüglich verweise ich der Kürze und Einfachheit halber auf die Ausführungen unter „www.unzensuriert.at“, und dort lesen Sie, wie die Wirtschaft der gemeinnützigen Genossenschaften ausschaut. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein statistisches Bonmon'tscherl noch, in das Herz der Sozialisten - ich hoffe, das geht tief ins Herz -: Die Miete für eine durchschnittliche Gemeindebauwohnung im Jahr 1926 hat zirka 4 Prozent eines Arbeitslohnes ausgemacht; 4 Prozent hat die Miete für die Gemeindebauwohnung für die Menschen in Wien ausgemacht. Die Quelle - das habe ich jetzt nicht erfunden, damit wir nicht wieder eine Prozent- und Zahlendiskussion haben - ist das „Lexikon der Wiener Sozialdemokratie“.

Eines sei dazugesagt - es ist heute schon gesagt worden -: Die Kostenexplosion im Bereich der Abgaben, insbesondere auch im Bereich der Betriebskosten, in den SPÖ-Belastungspaketen der Jahre 2006 bis 2010 liegt weit über 4 Prozent. Das heißt, die Leute, die Wiener Arbeiterinnen und Arbeiter, alle Wienerinnen und Wiener können heute mit den 4 Prozent nicht ihre Wohnung bezahlen, sondern damit können sie das zahlen, was beim Wohnen jedes Jahr rein die Erhöhung ausmacht.

Das ist vielleicht der Unterschied zwischen der Sozialdemokratie früher und der Sozialdemokratie heute, die den Leuten nichts gibt, sondern von den Leuten nimmt, um die Verschwendungspolitik weiterführen zu können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bevor ich zu den abschließenden Forderungen komme, noch ein Stichwort zu den Hausbesorgern ...

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz** *(unterbrechend)*: Herr Kollege Wansch, darf ich Sie kurz unterbrechen? Bei der Erstrede hat man eine gewisse Toleranzgrenze. Aber wenn Sie noch sehr lange bis zu Ihren schlussendlichen Forderungen brauchen, muss ich Sie doch daran erinnern, dass Ihre Redezeit eigentlich schon aus ist. GR Mag Dr Alfred **Wansch** *(fortsetzend)*: Ich nehme die Erinnerung zur Kenntnis und entschuldige mich dafür, dass ich die Zeit ein bisschen übersehen habe. Ich habe immer aufs rote Lamperl geschaut, aber ... *(Ruf bei der FPÖ: Schon aus!)* Ah, dann habe ich nicht immer geschaut. *(Heiterkeit.)*

Hausbesorger, ein Satz: Wer die Diskussion verfolgt hat - es hat eine große Unzufriedenheit mit der Situation des Hausbesorgertums gegeben, insbesondere in den Wiener Gemeindebauten. Es ist heute auch schon angesprochen und zugegeben worden, dass es einen Reformbedarf gegeben hat. So gesehen, ist die Abschaffung der Hausbesorger dadurch verursacht gewesen, dass es Probleme gegeben hat, und liegt nicht die Wurzel allen Übels in der heutigen Zeit.

Damit abschließend die Forderungen: Aussetzung der Valorisierungsbestimmungen, bis ...

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz** *(unterbrechend)*: Herr Kollege! Jetzt muss ich Sie einfach bitten, dass Sie Ihre Forderung für Ihre nächste Rede aufheben. Ich muss fair sein. Erstredner haben eine Toleranz, die habe ich schon für Sie in Anspruch genommen. Ich bitte Sie jetzt, dass Sie das Pult freigeben. GR Mag Dr Alfred **Wansch** *(fortsetzend)*: Ich bedanke mich und verweise auf die Forderungen der Vorredner meiner Partei, die schon gestellt wurden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Bevor ich dem Herrn Stadtrat das Wort erteile, bitte ich die Damen und Herren Stadträte, Gemeinderäte und Beamten/Beamtinnen in der Fan-Kurve dort hinten um ein bisschen Ruhe und Aufmerksamkeit und Respekt für die Redner und Rednerinnen. - Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Hoher Gemeinderat!

Das Budget für 2011 ist geprägt von den Auswirkungen der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1945. Wir haben das heute ja auch schon in vielen anderen Teilbereichen des Budgets besprochen. Wenn man sich noch vergegenwärtigt, wie umfassend dieser Einbruch auch in der österreichischen Wirtschaft war, so vielleicht nur zwei Zahlen: Das Bruttoinlandsprodukt ist in Österreich im vergangenen Jahr um 3,6 Prozent zurückgegangen, und die Wertschöpfung ist im selben Zeitraum in unserem Land real um 5,4 Prozent gesunken.

Die Produktionswerte im Wohnungs- und Siedlungsbau sind österreichweit im vergangenen Jahr um 2,2

Milliarden auf 3,46 Milliarden EUR zurückgegangen. Vor allem im frei finanzierten Wohnbau hat es auf Grund von Finanzierungsengpässen starke Einschnitte gegeben. Das ist, wenn man so will, der nationale Trend; in Wien sind die Uhren anders gegangen. Wir haben 2009 einen Zuwachs um 3,3 Prozent auf 758 Millionen EUR zu verzeichnen gehabt, und im ersten Halbjahr des heurigen Jahres hat sich dieser positive Trend mit einem Plus von 7 Prozent fortgesetzt. Das heißt, der Wohnbau, insbesondere der geförderte Wohnbau, ist tatsächlich ein Konjunkturmotor gewesen.

Das ist auch der Grund, dass wir ganz gezielt versucht haben, antizyklisch zu investieren, um Klein- und Mittelbetriebe in unserer Stadt zu unterstützen, aber vor allem auch den Arbeitsmarkt zu entlasten. In Wien haben wir mehr als ein Viertel der gesamten österreichischen Bauproduktion zu verzeichnen gehabt, und wir haben insbesondere auch die Rückgänge beim frei finanzierten Wohnbau mehr als kompensieren können.

Das hat eine ganze Reihe von Maßnahmen erfordert, die wir im vergangenen und im heurigen Jahr gesetzt haben, zum Beispiel die Sanierungsverordnung, die eine starke Unterstützung für den Bereich der Wiener Wirtschaft war, aber auch die höhere Anzahl an zur Verfügung gestellten Grundstücken für Bauträgerwettbewerbe, die wir im vergangenen Jahr realisiert haben. Eine besondere Form der Finanzierungsunterstützung war die so genannte Wohnbauanleihe, die vor allem im privat finanzierten Bereich auch einen starken Schub an Investitionen gebracht hat.

Das heißt, wir sind in der Stadt Wien vor allem auch im Wohnbauressort unserer sehr hohen Verantwortung gegenüber der Bauwirtschaft treu geblieben, haben natürlich Maßnahmen gesetzt, um den Arbeitsmarkt zu unterstützen, und vor allem auch vielen Wienerinnen und Wienern Gelegenheit gegeben, ihren Wohnraum entweder im Neubau oder auch in der Sanierung zu realisieren.

Wir haben im vergangenen Jahr in etwa 500 Millionen EUR für insgesamt 7 000 Neubaueinheiten und für 10 000 Sanierungseinheiten vorgesehen - das heißt, diese sehr hohe Anzahl an Budgetmitteln für die Objektförderung vorgesehen - und haben damit ein Bauvolumen von mehr 1,5 Milliarden EUR ausgelöst. Wenn man das mit den Investitionen bei Wiener Wohnen und der MA 34 zusammenzählt, haben wir mehr als 23 000 Arbeitsplätze erhalten und zum Teil durch die Sanierungsverordnung auch 700 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Dennoch gibt es für uns eine ganze Reihe von Herausforderungen, und dazu zählt vor allem, dass wir die Leistbarkeit und hohe Qualität der Wohnungen, die wir anbieten, auch erhalten. Wenn man sich die Preisentwicklung am privaten Wohnungsmarkt ansieht, sehen wir, dass sich auf Grund des Umstandes, dass wir in einer sehr attraktiven Millionenstadt leben, die Mieten im privaten Wohnhausbereich dramatisch erhöhen. Wir versuchen, im geförderten Bereich - das gilt für die Gemeindewohnungen, die insgesamt 220 000 Gemeindewohnungen genauso wie für den geförderten Wohnbau - diese Entwicklung zu dämpfen und den Wohnungsmarkt

positiv zu beeinflussen. Man darf nicht vergessen, dass mehr als 60 Prozent aller Menschen in unserer Stadt im geförderten Wohnbau leben, entweder in einer Gemeinwohnung oder in einer der geförderten Genossenschaftswohnungen.

Wenn von meinem Vorredner das Wort Spekulation in den Mund genommen worden ist, so kann ich nur sagen: Es kann das nicht für den Wohnbaubereich gelten. So wie überhaupt nicht für den Bereich der Stadt Wien, aber für den Wohnbaubereich mit Sicherheit nicht - nicht in Wien!

Wenn er von Spekulation im Wohnbaubereich spricht, dann kann das nur für andere Bundesländer der Fall sein. Und da braucht man von Wien aus gar nicht weit zu schauen: Dort gibt es tatsächlich Spekulation mit Wohnbauförderungsmitteln. Aber nicht in Wien, das muss also ein gravierender Irrtum gewesen sein. Ich möchte diesen Begriff Spekulation im Zusammenhang mit dem Wiener Wohnbau drastisch von mir weisen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Diese Verbindung von Leistbarkeit und hoher Qualität wird zweifellos eine große Herausforderung sein. Ich glaube nicht, dass das auf Kosten der Quantität gehen muss. Da teile ich auch die Einschätzung von Kollegen Norbert Walter: Man muss nur genaue Überlegungen anstellen, gemeinsam mit den Baufirmen, gemeinsam mit jenen, die auch zur Wohnbaufinanzierung beitragen, und gemeinsam mit den Bauträgern. Dann wird es sicher möglich sein, die hohe Qualität zu halten, die wir im geförderten Wohnbau haben und die Kollege Dworak ja auch angesprochen hat. Ich sehe darin allerdings keine negative Kritik, sondern eine positive Unterstützung unseres Weges, denn das ist auch ein ganz wichtiges Mittel der sozialen Durchmischung.

Ich bin immer ein großer Verfechter dessen gewesen, dass der geförderte Wohnbau in Wien auch eine hohe Qualität haben und nicht nur für die sozial Schwachen zugänglich sein soll, sondern für weite Teile der gesamten Bevölkerung, bis hinein in den gehobenen Mittelstand. Denn wenn das nicht der Fall ist - und das haben wir ja bei unserer Bildungsreise des Wohnbauausschusses nach Paris auch gesehen -, dann ist der soziale Wohnbau wirklich ausschließlich auf die sozial Schwachen beschränkt, mit all den verbundenen Schwierigkeiten, die sich dann aufdrängen!

Wenn Kollegin Frank gemeint hat: „Hohe Dichte ist gleich soziale Konflikte.“, muss ich dem widersprechen. Dem ist nicht so! Hohe Dichte ist nur dann ein Problem, wenn es eine hohe Dichte an Menschen ist, die soziale Probleme haben, und sich daraus eine Konzentration ergibt. Denn eine hohe Dichte, eine hohe Wohnbaudichte haben wir auch in der Innenstadt bei uns, im 1. Bezirk. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Niemand wird aber behaupten wollen, das ist ein sozialer Sprengstoff, der sich dort bündelt, sondern soziale Probleme ergeben sich dort, wo die Dichte auch einhergeht mit Schwierigkeiten im gesellschaftspolitischen Bereich.

Von da her ist ja die soziale Durchmischung so wichtig, und das ist mit ein Grund, dass wir in diesem Jahr die Einkommensgrenzen für den Zugang zum geförderten

Wohnbau angehoben haben und auch den Zugang zum Gemeindebau dadurch erleichtert haben, dass Menschen auch mit einem durchaus guten, gehobenen Einkommen den Zugang zum geförderten Wohnbau finden. Ich halte das für eine ganz wichtige Maßnahme, auch was die soziale Durchmischung betrifft und was damit die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens, der wunderbar funktioniert, auch für die Zukunft gewährleistet.

Neben diesen spannenden Fragen der sozialen Durchmischung und der Verbindung von Qualität und Quantität ist, denke ich, die Frage, wie wir in Zukunft mit dem ökologischen Thema umgehen, eine ganz besondere. Auch da möchte ich den Vorschlag von Kollegen Chroherr aufgreifen, nämlich wie wir in Zukunft mit den erneuerbaren Materialien im Wohnbau umgehen. Du hast beispielsweise den Holzbau angeführt. Das ist ein Themenbereich, den wir, wie ich meine, auch schon mit Erfolg entwickelt haben.

Ich erinnere an den ersten Holzbau im mehrgeschoßigen Wohnbau in der Spöttlgasse in Floridsdorf. Wir haben soeben zwei Bauträgerwettbewerbe in Umsetzung, die im mehrgeschoßigen Wohnbau Holz- und Holzmischbauweise realisieren. Wir haben erst vor Kurzem ein interessantes Projekt in der Brauerei Liesing aus Holzbau- und Holzmischbauweise eröffnet. Ich denke, das kann man sicher ausbauen.

Das Interesse der Mieterinnen und Mieter ist ein großes, so wie es auch Interessenten beispielsweise für Ziegel- oder für Massivbauweise gibt. Da bin ich immer dafür, dass wir Wohnungen nicht von der Stange anbieten, sondern dass wir unterschiedlichen Bedürfnissen unterschiedliche Möglichkeiten anbieten. Im Holzbau ist sicher viel Phantasie drinnen, vor allem auch im mehrgeschoßigen Wohnbau. Ich glaube auch nicht, dass das auf den Wohnbau beschränkt sein muss. Ich bin auch überzeugt davon, dass sich das durchaus auch im Büro- und im sonstigen Nutzbau umsetzen lässt.

Das gilt auch für die Beschäftigung mit der Frage des Lebenszyklus eines Gebäudes. Ich bin gerade dabei, mit meinen zuständigen Magistratsabteilungen und anderen Forschungseinrichtungen, universitären Einrichtungen, an einem Wohnpickerl zu arbeiten, an einem Gebäudepickerl, das wir auch schon analog zu anderen Bereichen wie elektronischen Geräten in Verwendung haben, wo man sich dann den Lebenszyklus eines Gebäudes anschauen kann, und zwar von der Herstellung der Baumaterialien bis zur Umsetzung und dann auch bis zum Recycling der verwendeten Materialien, also bis das Gebäude nicht nur abgerissen, sondern auch in die Bestandteile zerlegt und recycelt ist. Ich denke, dass das durchaus auch im Hinblick auf ökologisches Wohnen viel Phantasie in sich birgt, und es wird dies zweifellos auch einen Schwerpunkt der kommenden Arbeit darstellen.

Ich möchte vielleicht noch einen großen Punkt ansprechen, weil er auch mehrfach genannt wurde, nämlich den gesamten Bereich von Wiener Wohnen. Wir sind froh und stolz, dass wir mit den Gemeindebauten ein wichtiges Steuerungsinstrument der Wohnbaupolitik in unserer Stadt haben. Wir wollen den Bestand nicht nur in dieser Form erhalten, sondern ihn weiter ausbauen, auch

was die Qualität betrifft, was das Anheben der Standards der Wohnungen betrifft, was die Verbesserung der Lebenssituation betrifft.

Wir haben uns aus diesem Grund vorgenommen, für das Jahr 2011 61 Sanierungsprojekte zu realisieren, mit insgesamt 19 200 Bewohnerinnen und Bewohnern, die davon profitieren werden. Es ist immerhin ein Sanierungsvolumen von 234 Millionen EUR, das wir hier einsetzen wollen. Das ist nicht auf das nächste Jahr beschränkt. Und was die Planung betrifft, bin ich da auch in der Beantwortung der Frage von Kollegen Norbert Walter: Wie wird sich dieser Sanierungskataster auswirken?

Der wird sich dahin gehend auswirken, dass wir versuchen wollen, mittelfristig Planungssicherheit zu gewährleisten. Das ist bei den Wiener Gemeindebauten deshalb etwas komplizierter, weil wir, im Unterschied zu allen anderen Wohnformen, eine sehr starke Mietermitbestimmung haben. Das hat viele Vorteile, es hat aber ein bisschen auch den Nachteil, dass einzelne Mieterinnen und Mieter von uns gewünschte Sanierungsvorhaben verhindern oder zumindest längere Zeit aufschieben können.

Mit Hilfe dieses Sanierungskatasters haben wir aber jetzt doch eine bessere Möglichkeit, auch mittelfristig im Dialog mit den Mieterbeiräten, im Dialog mit den Mieterinnen und Mietern eine Planung der angestrebten Sanierungsmaßnahmen zu entwickeln. Das wollen wir auch für die nächsten Jahre schon umsetzen. Für das Jahr 2012 sind 70 Sanierungsprojekte vorgesehen, die 18 500 Bewohnerinnen und Bewohnern zugute kommen werden, und das ist doch ein Investitionsvolumen von mehr als 200 Millionen EUR - nur, um auch zu zeigen, dass das nicht eine punktuelle Maßnahme ist, sondern eine mittelfristige Strategie, die sehr vielen Menschen zugute kommen soll.

Das gilt nicht nur für den Gemeindebau. Wir haben uns gerade im Bereich der Sanierung viel vorgenommen, auch um die Wiener Wirtschaft zu unterstützen, um den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Wir haben seit Jänner 2007 insgesamt 2 114 geförderte Sanierungsprojekte mit mehr als 50 000 Wohneinheiten umgesetzt, davon waren 100 000 Bewohnerinnen und Bewohner positiv betroffen. Das ist eine Größenordnung der Stadt Klagenfurt, die wir in diesen drei Jahren saniert haben, und zwar im privaten Wohnhausbereich, vor allem im Schwerpunktbereich Gürtel. Derzeit sind 434 Projekte mit über 26 000 Wohneinheiten in Sanierung, das betrifft 55 000 Wienerinnen und Wiener zusätzlich. Das entspricht der Größenordnung einer Stadt wie St Pölten - nur, um zu zeigen, dass die Sanierung bei Wiener Wohnen, aber auch im privaten Wohnhausbereich, wie ich meine, sehr gut funktioniert.

Da schließe ich wieder die Brücke zum Kollegen Chorherr und zu der Frage: Was können wir im Wohnbau tun, um die klimaschutzrelevanten Ziele zu erreichen? Da kann ich nur sagen, sehr viel! Allein durch die thermisch-energetischen Maßnahmen, die wir in den letzten dreieinhalb Jahren gesetzt haben, haben wir 37 500 t CO<sub>2</sub> eingespart. Das ist der Gegenwert von 15 000 PKWs, was wir auf Grund der thermisch-

energetischen Sanierung einsparen konnten. Der Wohnbau leistet hier also, wie ich meine, einen großen Beitrag zum Klimaschutz. Das kann natürlich noch immer weiter ausgebaut werden, und wir haben ja Pläne in diesem Bereich, das auch umzusetzen und zu realisieren.

Da bin ich abschließend noch bei dem wichtigen Bereich der Finanzierung des Wohnbaus, auch das wurde ja angesprochen. Ich denke, dass es Sinn macht, über weitere vernünftige Finanzierungsmodelle nachzudenken. Wiener Wohnen wird das vor allem deshalb tun, weil die Zinslandschaft derzeit eine sehr günstige ist und wir uns vorgenommen haben, im Jahr 2011 631 Millionen EUR zu investieren - eine deutliche Steigerung auch zum heurigen Jahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Sinne sehe ich, dass das Interesse ein sehr großes war. Ich konnte jetzt nicht alle Themenbereiche ansprechen, die genannt wurden. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in den kommenden Monaten und auch Jahren Gelegenheit haben werden, im Wohnbauausschuss diese Themen zu behandeln.

Ich möchte mich deshalb schließlich ganz herzlich bedanken bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner sieben Magistratsabteilungen, die zum gesamten Bereich Wohnen und Wohnbau gehören. Ich möchte mich bei Wiener Wohnen, bei allen Beschäftigten vom Wohnservice Wien und dem Wohnfonds Wien bedanken, aber auch bei den Bauträgern, bei den Baufirmen, die uns als Externe bei unserer wichtigen Arbeit unterstützen.

Ich möchte mich abschließend auch ganz herzlich bei den Mitgliedern des Wohnbauausschusses bedanken, unabhängig von ihrer fraktionellen Herkunft. Wir führen, wie ich meine, immer eine sehr kritische, eine sehr harte, aber eine inhaltlich stets sehr spannende und interessante Diskussion. Ich freue mich schon sehr, wenn wir in dieser spannenden Diskussion in den kommenden Jahren neue Perspektiven, zusätzlich positive Perspektiven in der Wiener Wohnbaupolitik entwickeln. Darauf freue ich mich, und bis dahin: Alles Gute und ein herzliches Glück auf! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pitz**: Zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport. Für die Erstredner gilt eine Redezeit von jeweils 25 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Kurz, und Herr StR Oxonitsch ist gebeten, Platz zu nehmen. - Herr GR Kurz, ich erteile das Wort.

GR Sebastian **Kurz** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat!

Ich freue mich, als neues Mitglied in diesem Gremium heute die Chance zu haben, ein bisschen auf das Regierungsprogramm und das Budget im Bereich Bildung, Jugend, Information und Sport einzugehen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren werden wir

als Junge ÖVP und ich als Person auch weiterhin die Möglichkeit nutzen, Ideen in dieses Gremium einzubringen, wie es ja auch in der vergangenen Zeit schon recht erfolgreich gelungen ist. Wir freuen uns da zum Beispiel über eine wesentliche Verbesserung, die es in den letzten Monaten und Jahren für die jungen Menschen in Wien gegeben hat, nämlich die Idee der Jungen ÖVP, dass die 24 Stunden U-Bahn in Wien eingeführt werden soll. Das ist schon vor der Wahl umgesetzt worden.

Ebenso erfreulich für uns ist jetzt, dass sich im Regierungsabkommen von Rot-Grün eine weitere Idee von uns wiederfindet, nämlich der Ausbau von WLAN-Hotspots an öffentlichen Plätzen in dieser Stadt. Da ja in der nächsten Zeit keine Wahl ansteht, können wir auch hoffen, dass es diesmal nicht notwendig sein wird, diese Idee mit Unsummen von öffentlichen Geldern und einer riesigen Kampagne rot einzufärben und die Urheber-schaft fälschlicherweise dem Bürgermeister umzuhängen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man sich das Budget im Bereich Bildung, Jugend, Information und Sport ansieht, dann kann man auf den ersten Blick eigentlich sehr erfreut sein. Mit knapp 2 Milliarden EUR für diese Geschäftsgruppe gibt es fast ein Fünftel des Gesamtbudgets für diesen Bereich, das ist erfreulich. Weniger erfreulich ist es, wenn man dann einen zweiten Blick darauf wirft und feststellen muss, dass zwar die Gesamtsumme passt, aber die Gewichtung oft sehr bedenklich ist und die Pläne meistens alles andere als konkret sind.

Konkrete Pläne braucht es aus unserer Sicht zum Beispiel bei der Investition in den Ausbau der Kindergärtenplätze. Bei der Ausweitung des Angebots ist es vor allem wichtig, dass es ausreichend qualifizierte Personen für die Kindergärten gibt. Und der in Wien herrschende Mangel an ausreichend qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen - derzeit fehlen rund 200 Personen - wird in diesem Regierungsabkommen leider auch kaum berücksichtigt.

Trotzdem hat der Bürgermeister vor der Wahl vollmundig versprochen, dass es für jedes Kind einen Kindergartenplatz geben wird. Wir als ÖVP nehmen ihn da beim Wort und werden daher darauf achten, dass dieses Versprechen nicht nur vor der Wahl gegeben wird und er sich jetzt der Versuchung hingibt, das nicht mehr so genau zu nehmen, sondern dass er dieses Versprechen auch wirklich einhalten muss.

Wir bringen daher den Antrag auf einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind in Wien ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Des Weiteren braucht es, was die Kindergärten angeht, aber nicht nur genügend Plätze, sondern es braucht auch eine ordentliche örtliche Verteilung. Da fehlt uns seit Jahren ein ordentliches Entwicklungskonzept für ein ausreichendes Netz an vorschulischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Wir bringen daher den Antrag ein, einen Entwicklungsplan für genau so ein Netz zu erstellen, damit auch die vorschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtung in Wien flächendeckend gewährleistet sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein anderer Personalnotstand, der von der Stadtre-gierung auch in diesem Regierungsübereinkommen außer Acht gelassen worden ist, ist jener im Bereich der Jugendwohlfahrt. In den vergangenen 10 Jahren ist die Zahl der Gefährdungsmeldungen um rund 200 Prozent gestiegen. Dass in diesem Bereich ein erhöhter Personalbedarf besteht, ist, glaube ich, für alle Beteiligten klar. Gerade im Bereich der Jugendwohlfahrt ist es aus unserer Sicht besonders wichtig, jungen Menschen nicht nur in Akutfällen zu helfen, sondern auch im Vorfeld schon helfend und unterstützend zur Seite zu stehen. Dafür bedarf es aus unserer Sicht einer verstärkten Betreuung vor allem an den Schulen.

Wir stellen daher den Antrag für eine flächendeckende Schulsozialarbeit in allen Wiener Schulen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der letzte Bereich, auf den ich eingehen möchte, der gerade für junge Menschen extrem wichtig ist, ist der Sport. Im Regierungsabkommen wird festgehalten, wie wichtig der Breiten- und Spitzensport für Wien ist. Um im Bereich des Spitzensports international erfolgreich zu sein, wie das rot-grüne Regierungsabkommen es möchte, bedarf es aber eines gut ausgebauten Angebots. Leider findet sich da im Regierungsprogramm sehr wenig Konkretes.

Wir würden daher vorschlagen, eine Wiener Landes-sportschule zu gründen, die ein wesentlich besseres Angebot für Athletinnen und Athleten in Wien schaffen und es verhindern kann, dass auch in Zukunft so viele gute Athleten und Athletinnen nach Niederösterreich und in andere Bundesländer abwandern, wie das derzeit der Fall ist.

Wirklich verhöhnt aber fühlt man sich im Sportbe-reich, wenn man sich anschaut, wie viel da in die Nach-wuchsarbeit investiert wird. Denn im Regierungspro-gramm steht, dass gerade die Nachwuchsarbeit im Sportbereich besonders wesentlich ist. Um Ihnen da ein Beispiel zu zeigen, wie das in anderen Bundesländern aussieht, verweise ich auf Vorarlberg - und wir alle wissen, glaube ich, dass dieses flächen- und einwoh-nermäßig wesentlich kleiner als Wien ist -: In Vorarlberg wird in der Nachwuchsarbeit im Sport doppelt so viel wie in Wien investiert!

Im Großen und Ganzen kann man also sagen, dass gerade im Bereich Bildung, Jugend, Information und Sport das Ausmaß, das hier investiert wird, sehr zufriedenstellend ist. Wie aber die zur Verfügung stehenden Mittel verteilt werden, und vor allem, wie hier mit Miss-ständen umgegangen ist, lässt aus unserer Sicht zu wünschen übrig. - Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Martina **Wurzer** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Sehr geehrter Herr Stadt-rat!

In der bildungspolitischen Debatte ist auf die ÖVP al-so wieder einmal Verlass: Verlässliche Blockade in der Bildungspolitik, verlässlich wird betoniert und verhindert, was geht. Bloß keine Verbesserungen im Bildungssys-

tem, wenn es nach der ÖVP geht! (StR Mag Wolfgang Gerstl: Sie haben jetzt nicht aufgepasst!) O ja!

Soziale Herkunft, Schulbildung der Eltern und Wertschätzung von Bildung in der Familie sind - das wissen inzwischen wir alle durch zahlreiche Studien, zahlreiche ExpertInnen, Meinungen und Darstellungen - in Österreich die wichtigsten Kriterien für Bildungserfolge oder Bildungsmisserfolge. In keinem anderen Land der westlichen Welt hängt der Bildungserfolg von Kindern so stark vom sozialen Status, von der Herkunft ab wie in Österreich.

Das österreichische Bildungssystem produziert zum Beispiel nur 9 Prozent SpitzenschülerInnen im Bereich Lesen, aber 22 Prozent RisikoschülerInnen, die nicht sinnerfassend lesen können. In Finnland, wo nicht selektiert wird, zählen 19 Prozent zur Spitzengruppe, und nur 5 Prozent sind RisikoschülerInnen - genau das Gegenteil also ist der Fall! In Österreich bedeutet das, jeder vierte Schüler, jede vierte Schülerin ist nicht in der Lage, einfache Texte zu lesen und sinnerfassend zur Gänze zu verstehen.

Übrigens, an die Adresse der FPÖ: Drei Viertel dieser Gruppe sind so genannte Einheimische, Menschen mit deutscher Muttersprache. Drei Viertel dieser Gruppe - von wegen Migrationsproblem, AusländerInnenproblem und so weiter!

Das Problem heißt, und wir kennen es alle, Selektion. Das zwanghafte Schaffen immer noch homogener Klassen in Österreich ist das Problem und hat sich als schwerer Fehler erwiesen. Wir sortieren sowohl leistungsmäßig als auch altersmäßig und diese Form der Selektion ist einfach ein schlechter Boden für die gute Organisation von Lernen. Sie nützt auch, weil das heute seitens der ÖVP schon einmal thematisiert wurde, den Eliten nichts, im Gegenteil. Die Gesamtschulsysteme sind eben auch besser. Und sie benachteiligt selbstverständlich Kinder, deren Eltern selbst keine Matura haben, was, wie wir wissen, mit der Intelligenz dieser Kinder schon überhaupt gar nichts zu tun hat. AkademikerInnenkinder werden AkademikerInnen, ArbeiterInnenkinder werden ArbeiterInnen in Österreich.

In Österreich ist Schule ein System der Auslese und das wollen wir beenden. Im österreichischen Schulsystem werden lernschwache Kinder ausgesondert, statt sie zu fördern. Wer nicht mitkommt, wird abgestuft vom Gymnasium in die Hauptschule, in der Hauptschule von der ersten Leistungsgruppe in die zweite Leistungsgruppe und so weiter, und so fort. Schlechte SchülerInnen werden zu anderen schlechten SchülerInnen gesteckt. Wir alle wissen, zahlreiche ExpertInnen und Studien haben es uns gelehrt, das bringt keinen Vorteil. Niedriges Niveau bringt keinen Vorteil. Schüler, die auf niedrigem Niveau zusammengesteckt werden, werden in ihrem Lernerfolg nicht begünstigt. Das gilt sowohl, und ich wiederhole es noch einmal in Richtung der ÖVP, deren Reihen beim Thema Bildung leer sind, das wundert uns überhaupt nicht, das kennen wir, im Gegenteil, es wird rückschrittlich argumentiert und betont. (Aufregung bei GR Dr Wolfgang Aigner.) Unser Bildungssystem bestraft Menschen für Defizite ihrer Herkunftsfamilien und ver-

geudet Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft. Die ÖVP findet es gut so. Die ÖVP will, dass das so bleibt. „Fritz Neugebauer for Bildungsminister.“ und alles bleibt schlechter, wenn es nach Ihnen geht. Wir aber sagen: Alles neu. Wir stehen für eine riesige Kraftanstrengung, in Österreich das bestmögliche Bildungssystem völlig neu zu bauen. Alles neu, wenn es nach uns geht. Bildung muss vom Kindergarten bis zur Hochschule und darüber hinaus gedacht werden, von vorne bis hinten neu gebaut und neu geplant werden. Wir wollen Chancengerechtigkeit statt sozialer Auslese. (Beifall von GR Dipl-Ing Martin Margulies.) Wir wollen, dass kein Kind zurückbleibt. Wir wollen eine wirksame Frühförderung schon im Kindergarten und somit Chancen für alle Kinder, unabhängig vom Elternhaus. Wir wollen ein egalitäres, chancengerechtes Schulsystem, also die Gesamtschule. Wir wollen eine Schule, deren Tore den ganzen Tag offen sind und wo Förderung an der Schule stattfindet statt teurer Nachhilfe, die von Eltern und Familien zu Hause bezahlt und geleistet werden muss, eine Schule der Wissensvermittlung und der individuellen Forderung und Förderung, eine Schule, in der soziale Kompetenz erworben wird. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.) Und vor allem wollen wir, dass sich SchülerInnen wohl fühlen und mit Freude lernen.

Was haben wir uns dafür für die nächsten Jahre für konkrete Schritte in Wien vorgenommen? Ich will nur ein paar Beispiele daraus vortragen, zum Beispiel sind da die Ganztagschulen ein wichtiger Puzzlestein. Rot-Grün hat sich zum Ziel gesetzt, ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen in Wien zu schaffen. In den nächsten sieben Jahren sollen im Pflichtschulbereich die Ganztagschulen verdoppelt werden und in jedem Bezirk soll mit Ende der Legislaturperiode mindestens eine Ganztagschule bestehen und zur Verfügung stehen. Das geht aber aus unserer Sicht nicht ohne neue Schulgebäude. Ganztagschulen brauchen viel mehr Platz, eine bessere Ausstattung und vor allem zukunftsorientierte Architektur. Kinder sollen nicht aufbewahrt werden. Schulen sind keine Aufbewahrungsstätten, sondern sie sollen dort glücklich sein. Die meisten Schulen sind für den Ganztagsbetrieb, so wie sie jetzt sind, ungeeignet. Es reicht nicht, in Schulen eine Küche oder einen Speisesaal einzubauen. Schulen müssen innovativ konzipiert werden und Platz für eine moderne Pädagogik und Freizeitgestaltung schaffen. Wir wollen, dass in einer Ganztagschule Lernen, Spiel, Kreativität, Sport, Lesen, Theaterspielen, Musikmachen, Ruhe haben, alle diese Dinge Platz haben. Wien hat sich vorgenommen, in den kommenden Jahren mehr als 160 Millionen EUR in die Errichtung neuer Schulen zu investieren. Und wir werden daran arbeiten, dass wir an Hand von konkreten Projekten anschaulich machen, wie die Schule der Zukunft, die Schule von morgen ausschauen kann und zwar sowohl baulich als auch pädagogisch. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Ein weiterer verzichtbarer Vorschlag der ÖVP ist das Zusammenfassen von Kindern mit schlechten Deutschkenntnissen in Extraschulklassen. Solche Schulklassen müssen als Ghettoklassen bezeichnet werden. Es geht

wieder um Selektion und um Trennung. Es geht darum, dass die bereits vorhandenen gesellschaftlichen Gräben noch weiter vertieft werden. Dass Kinder in so einem Umfeld, das habe ich vorhin schon angesprochen, nicht besser Deutsch lernen, liegt auf der Hand und ist mehrfach beurteilt worden. Wir müssen alle nur daran denken, dass wir entweder selber oder unsere/Ihre Kinder auf Sprachförderunterricht ins Ausland geschickt werden. Das tun wir deshalb, weil der Austausch mit Nativespeakers Sinn macht und weil so Sprache gut erlernt werden kann. Das ist also das Gegenteil dessen, worauf der ÖVP-Vorschlag hinausläuft.

Mit einer Schulpolitik, die Trennung in den Vordergrund stellt, darf sich die ÖVP nicht wundern, dass soziale Probleme in diesem Land immer größer werden. Die ÖVP-Bildungspolitik verhindert erfolgreiche Integration in diesem Land und das schon seit Jahrzehnten. So entsteht eine soziale Schicht, die doppelt ausgegrenzt wird, einerseits sozioökonomisch, andererseits nach ihrer Herkunft und Sprache. Das ist die Zutat, die im ganzen Land für sozialen Sprengstoff sorgt und die es populistischen Parteien vom äußersten rechten Rand so leicht macht, auf Stimmenfang zu gehen. Mit einem Schulsystem, das die sozialen Verhältnisse in diesem Land einzementiert und die Gesellschaft damit mehr und mehr spaltet, dafür trägt die ÖVP im Wesentlichen die Verantwortung.

Was ist also zu tun? Was haben wir uns in Wien vorgenommen, zur Sprachenvielfalt beizutragen? Sprachliche Defizite müssen möglichst früh beseitigt werden. Defizite in Deutsch müssen durch intensive Förderung aufgeholt werden. Aber auch das gute Erlernen der Muttersprache soll zukünftig eine wichtige Rolle spielen und im Zentrum stehen. Es ist längst nachgewiesen, dass die Beherrschung der Muttersprache essentiell für den Erwerb aller weiteren Sprachen ist, aber auch für die Aneignung kognitiver Fähigkeiten. Die Wertschätzung und Förderung von Sprachenvielfalt in unserer Stadt wird also eine zentrale Rolle einnehmen und in den kommenden Jahren in dieser Stadt groß geschrieben werden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ein Punkt, der mir noch ganz wichtig ist anzusprechen, ist der grüne Bildungsbegriff, der vom Kindergarten weg bis zur Hochschule und darüber hinaus gedacht wird. Es ist für uns ganz wichtig, dass Kindergärten als elementare Bildungseinrichtungen gesehen werden und auch so behandelt werden. Es ist für uns wichtig, dass die Qualität, die Rahmenbedingungen und die Ressourcen in diesen Einrichtungen von zentraler Bedeutung sind. Mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr und dem Gratiskindergarten sind dabei schon einige wichtige Schritte gegangen worden. In den kommenden Jahren liegt der Schwerpunkt, das entnehmen Sie dem Regierungsprogramm, darauf, die Erweiterung des Platzangebotes auszubauen.

Eines möchte ich noch gesagt haben: Aus unserer Sicht ist nämlich vor allem was die SchulleiterInnenbestellung und auch die LandeslehrerInnen angeht, Entpolitisierung angesagt. Wir wollen, dass sich die Besten melden. Wir wollen jene ermutigen, die an ein objektiver-

tes Verfahren glauben. Wir wollen alle ermutigen, sich zu melden, auch wenn sie nicht das entsprechende Parteibuch haben. Wir wollen vor allem die Parteionabhängigen, jedenfalls die Besten ermutigen, wieder an diesem Verfahren teilzunehmen und werden an der Ausarbeitung dieses Modells mitarbeiten und hoffentlich einen guten Kooperationspartner in der SPÖ dabei finden.

Ein letzter Punkt, der mir noch sehr wichtig ist, ist das Festschreiben guter Möglichkeiten und zwar einerseits leistbarer und andererseits guter Zugänge, den Pflichtabschluss nachzuholen. Das Angebot zum Nachholen von Bildungsabschlüssen ist äußerst wichtig, betrifft viele Leute und wird ein wichtiger Schritt sein, auf den wir uns sehr freuen, ihn in diesem Regierungsprogramm umzusetzen und das zu forcieren.

Ja, wenn wir uns dem Neubau des Bildungssystems widmen, kostet das Geld. Wenn wir es richtig und ernsthaft angehen, kostet es viel Geld. Aber wer will schon die Verantwortungslosigkeit besitzen, sich gegen massive Investitionen auszusprechen? Wer das tun sollte, spart an der Zukunft und spart sich letztlich die Zukunft! Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Nepp und ich erteile es ihm.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Budget, das ja heute hier zur Debatte steht, das muss man Ihnen ja wirklich vollkommen zugestehen, trägt eindeutig Ihre rote Handschrift mit ein bisschen hellgrünen Farbtupfen, nämlich das ist eine Handschrift von Sozialpolitischen und Jugendpolitischen, das ist eine Eiskastenpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren! Denn junge Menschen und vor allem viele Jungfamilien werden in dieser sozialen Kälte allein im Regen stehen gelassen und durch schlechte Einsparungen und deplatzierte Investitionen weiter belastet.

Aber schauen wir uns einmal an, wie Sie in den letzten Jahren die jungen Menschen belastet haben. Allein durch die Erhöhung der Nebenkosten im Bereich Wohnen haben Sie ja schon ordentlich in die Taschen der Wiener gegriffen. Sie erhöhen den Strompreis im Durchschnitt um 20 Prozent, Sie erhöhen den Gaspreis um 29 Prozent und weiters jetzt auch die Kanalgebühren um 35 Prozent. Und, meine Damen und Herren, das sind alles Mehrbelastungen von über 1 100 EUR pro Jahr, wo gerade junge Menschen in die Armut getrieben werden, denn gerade in Wien leben viele Jungfamilien unter der Armutsgrenze, die jedes Mal am Ende des Monats ums Überleben kämpfen müssen und schauen müssen, wie sie Miete, Strom und Gas bezahlen können. Und das haben alles Sie zu verantworten, meine sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber es reicht Ihnen anscheinend nicht, im Bereich Wohnen abzukassieren. Sie wollen anscheinend den jungen Menschen in ihrer Freizeit auch keinen Spaß mehr gönnen, denn anders ist es mir ja nicht erklärlich, dass Sie die Tarife der Städtischen Bäder um 17 Prozent erhöhen. Auch da zocken Sie brutal ab! Wirklich eine Glanzleistung! Und welche Grausamkeiten fallen Ihnen

denn als Nächstes ein? Verkaufen Sie in Zukunft auch Eintrittskarten für öffentliche Parks, wenn Mütter mit ihren Kindern im Grünen frische Luft schnappen und spazieren gehen wollen? Also zutrauen würde ich es Ihnen bei dieser Belastungspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei Belastungen sind Sie Spitzenreiter, bei Investitionen in den Arbeitsmarkt leider Schlusslicht. Wien hat die höchste Arbeitslosenquote und das Erschreckende ist, dass wir speziell in Wien Spitzenreiter bei der Jugendarbeitslosigkeit sind. Es gibt österreichweit über 50 000 Jugendarbeitslose und davon entfällt ein Großteil auf Wien. Nirgendwo in ganz Österreich sind so viele junge Menschen arbeitslos wie in der Bundeshauptstadt. Und während in anderen Bundesländern in den letzten Jahren Arbeitsplätze geschaffen wurden und die Arbeitslosenquote gesunken ist, steigt bei uns sogar die Quote, wenn man die in Schulung stehenden Personen mitberechnet. Das ist eine Schande, meine sehr geehrten Damen und Herren, für eine Weltstadt, wie Wien sie ist.

Aber wen wundert es, dass so viele Jugendliche ohne Job dastehen, wenn wir uns die Politik anschauen, die die SPÖ in Wien seit Jahrzehnten betreibt. In Wien herrscht ein bildungspolitisches Chaos. Der „Kurier“ hat das ja unlängst auch auf den Punkt gebracht, wo die Überschrift lautet „Zu Gast in Wiens Versuchslabor“. Richtiger wäre vielleicht noch gewesen „Zu Gast im Versuchslabor Wien“, denn in Wien wimmelt es ja nur so von undurchsichtigen Schulversuchen. Und das bestätigt hier ja auch ein Experte, der Herr Stefan Hopmann, der zum Beispiel offen im „Kurier“ sagt: „Was fehlt, ist ein bildungspolitisches Konzept.“ Das liest sich, als ob weder Rot noch Grün eines gehabt hätten und das bewahrheitet sich wieder, denn es gibt keine einheitlichen Lehrpläne mehr. Dadurch ist das Wechseln zwischen zwei Schulen, wenn man Probleme in der einen Schule hat, mit enormen Hürden verbunden. Aber es gibt ein nettes Buch über Schulversuche in Wien, herausgegeben vom Stadtschulrat für Wien. Das wird dort besser gehütet als der eigene Augapfel. Für jede Aktion der Stadt Wien gibt es ja immer eine große PR-Aktion, bei jedem Fahrradständer, der da neu eingeweiht wird oder bei jedem neuen Blumenbeet, das gepflanzt wird, werden Journalisten und Medien hingekarrt und eingeladen und die Stadt Wien wirft für so eine Eigenwerbung Millionen an Steuergeldern hinaus, nur damit dann ein Stadtrat oder der Bürgermeister in die Kamera grinsen kann, aber wenn es wirklich einmal einen interessanten Bericht gibt, wie eben dieser Bericht über Schulversuche, wird darüber geschwiegen.

Wenn man sich dann noch so einen Bericht aus dem Stadtschulrat holen will, bekommt man dort dann meistens die Antwort: „Das gibt's ja gar nicht.“ Wenn man dann wirklich darauf beharrt und sagt: „Sehr geehrte Damen und Herren, das gibt's“, kommt dann immer die Gegenfrage wie zum Beispiel: „Na wieso brauchen's denn das?“ Dass diese Broschüre da anscheinend versteckt wird, wird mir immer klarer, denn in dieser Broschüre findet sich so einiges. Erstens steht da drinnen, dass es vor lauter Schulversuchen nur so wimmelt. Zwei-

tens, dass diese gesamten Schulversuche gar nicht so richtig funktionieren dürften und drittens findet man sehr, sehr viele Negativbeispiele, die der Integration nicht dienlich sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, nämlich anstatt Deutsch zu forcieren, findet man zum Beispiel einen Schulversuch „Matura auf Türkisch!“ Und das ist wirklich eine integrationspolitische Bankrotterklärung, die Sie zu verantworten haben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber diese „Matura auf Türkisch“, das dürfte ja schon das Trojanische Pferd für türkische Schulen sein, wie das der Bürgermeister angekündigt hat. Da bekommt man ja wirklich den Eindruck, der Herr Bürgermeister ist die Marionette von Ankara und handelt frei nach dem Motto „Sie wünschen, wir spielen“. Aber nachdem es ja schon damals vor der Wahl einen großen Trommelwirbel gegeben hat, hat er wieder brav zurückgerudert. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie hätten bei der letzten Sitzung dem Bürgermeister vielleicht kein Fahrrad schenken sollen, sondern eher ein Ruderboot, denn so oft, wie der nämlich dauernd zurückrudert wie zum Beispiel auch bei dem Thema Allgemeine Wehrpflicht, wäre das für sein allgemeines Wohlbefinden und für seinen körperlichen Zustand sicherlich besser, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber zurück zu den Schulversuchen. In diesem Bereich ist ja Folgendes zu beobachten: Bei der Einführung eines Schulversuches wird nämlich weder mit finanziellen noch mit personellen Ressourcen gespart, um natürlich den Eltern und der Bevölkerung zu zeigen, wie toll und effektiv dieser Versuch ist. Das geht meistens dann so lange, bis dann dieser Schulversuch in das Regelschulwesen übernommen wird. Dazu gibt es zahlreiche Negativbeispiele. Ich darf hier nur zwei bringen:

Erstens: Zum Beispiel der Schulversuch im Schuleingangsbereich, das bedeutet, dass ein gemeinsamer Unterricht für Kinder der Vorschulstufe und Kinder der ersten Schulstufe stattfindet. Anfangs ist ja immer alles super. Da wird zum Beispiel dem Klassenlehrer für 9 Unterrichtsstunden pro Woche ein Begleitlehrer für die Vorschulklassenkinder zur Verfügung gestellt und dann ein weiterer Begleitlehrer, ebenso wieder für 9 Stunden für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, also alles in allem eine Doppelbesetzung von 18 Stunden. Ja, so können die Kinder wirklich in alle Richtungen gefördert werden. Wie sieht das jetzt aus? Wenn ein Klassenlehrer dieser Schulstufe für 5 Stunden einen Begleitlehrer an die Seite gestellt bekommt, dann ist er schon glücklich. Also auch hier bewahrheitet sich wieder, dass, nachdem dieser Vorschlag ins Regelschulwesen übernommen wird, sofort eingespart wird.

Das zweite negative Beispiel ist die Neue Mittelschule, mehr oder weniger Ihre Ganztags Hauptschule. Die Direktoren konnten sich ja zu Beginn des Schulversuches Kinder mit den besten Noten aussuchen, da der Andrang an diese Schulen ja sehr groß war. Daher war ja auch das Niveau höher als in anderen Formen der Hauptschule. Lehrer waren zufrieden, denn die hatten viele Überstunden, wurden daher besser bezahlt und für

die Ausstattung der Schulen gab es jede mögliche finanzielle Unterstützung. Also könnte man meinen, bravo, der Schulversuch ist gelungen.

Wie sieht es heute aus? Heute sieht alles anders aus. Es gibt kein zusätzliches Geld mehr, es gibt zu wenig Lehrer und die Schüler sind zu 90 Prozent Migranten, die das Niveau drücken. Und jetzt zu all diesem Chaos, das Sie jetzt in den letzten Jahren durch Schulversuche verursacht haben, kommen Sie jetzt mit dem neuen Schulversuch Gesamtschule. Da wollen Sie den Schulversuch Gesamtschule hinzufügen. Aber eines ist wirklich klipp und klar, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ und von den GRÜNEN: Hier handeln Sie nicht zum Wohl der Jugend, nein, Ihr Handeln wird angetrieben von purer linkslinker Ideologie. Sie wollen keinen Unterschied mehr zwischen Schülern, Sie wollen keine individuelle Förderung mehr, nein, Sie wollen eine Zwangskollektivierung im Schulsystem und alle wie Roboter gleichschalten. Das ist der wahre und grausliche Hintergrund, warum Sie die Gesamtschule wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber Sie nennen es ja gar nicht mehr Gesamtschule, weil Sie ja ganz genau wissen, dass die Österreicher die Gesamtschule ablehnen. Jetzt haben Sie den Versuch unternommen, die Gesamtschule einfach in Wiener Mittelschule umzubenennen. Das ist ja wirklich reinster Euphemismus, reinste Schönrede, das nimmt Ihnen die Bevölkerung nicht mehr ab.

Aber das gesamte Kapitel Jugend und Bildung in Ihrem Regierungsübereinkommen darf man wirklich nicht bei Nacht im Dunkeln lesen. Da bekommt man wirklich Angst. Das liest sich wie eine Horrorgeschichte von Stephen King. Ihre Vorstellungen sind ja wirklich ein Anschlag auf die Zukunft Österreichs. Sie wollen einmal mehr als Grundprinzip die Abschaffung der 10-Prozentgrenze für Schulversuche. Na gratuliere, Sie wollen also Gesamt-Wien zu Ihrem Schulversuchslabor machen. Das schlägt ja wirklich dem Fass den Boden aus. Schüler sind keine Laborhasen, mit denen man machen kann, was man will, auch wenn dies anscheinend die werten Kollegen von der SPÖ und seit Neustem auch die werten Kollegen von den GRÜNEN glauben, denn sonst würden Sie die Wiener Schüler nicht wie Labortiere in enge Containerklassen stecken und noch die Frechheit besitzen, diese Containerklassen als Mobilklassen zu bezeichnen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie fordern weiters in Ihrem Regierungsübereinkommen auch eine gemeinsame Lehrerbildung. Was bedeutet das? Müssen jetzt KindergartenpädagogInnen auf die Uni und dort ihren Magister machen? Auch ich weiß, Sie wünschen sich eine hohe Akademikerquote, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber jedem einen Akademikertitel umzuhängen, macht ein Land auch nicht akademischer. Sie fordern weiters bei der gemeinsamen Ausbildung auch eine einheitliche Bezahlung. Aha, da bin ich ja bei dieser angespannten Budgetsituation wirklich gespannt, denn ich nehme einmal an, Sie werden den Kindergartenpädagogen keine saftige

Gehaltserhöhung geben, sondern Sie werden im Gegenteil die Gehälter von AHS-Lehrern kürzen und Sie werden das verlangen, damit diese Gehälter dann anscheinend nach unten angepasst werden, damit jeder gleich viel verdient. Na viel Spaß wünsche ich Ihnen da bei Ihren zukünftigen Verhandlungen mit der Gewerkschaft. Da gibt es nämlich dann den nächsten Streit, der auf die Schulen zukommen wird, sie wieder für Monate lähmt und der auf dem Rücken der Schüler ausgetragen wird.

Als Nächstes schreiben Sie auch wieder nur leere Worthülsen bezüglich Ihres Übereinkommens über die Wichtigkeit der Schulsanierungen, aber im Budget bleibt diesbezüglich alles gleich schlecht. Die Quote von 60 Prozent, die die Bezirke zahlen müssen, bleibt weiterhin bestehen, obwohl Sie ganz genau wissen, dass sich das die Bezirke nicht mehr leisten können. In vielen Schulen fällt den Kindern im wahrsten Sinn des Wortes die Decke auf den Kopf und Sie bleiben weiterhin untätig und stellen lieber Containerklassen auf. Wenn das Ihre Vision und Ihre Vision von Schulpolitik ist, nämlich raus aus den Ruinen, rein in die Container - na dann wirklich „Gute Nacht Wien“, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber Sie sehen ja anhand des PISA-Tests, wohin uns Ihre Bildungspolitik geführt hat, denn nachdem wir nämlich in den letzten Jahren in den naturwissenschaftlichen Fächern schon ordentlich abgerutscht waren, sind wir diesmal auch beim Lesen total unten durch. Die meisten Kinder, die getestet wurden, können leider nicht mehr sinnerfassend lesen. Wir haben punktemäßig miserabel abgeschnitten. Beim Lesen liegen nur noch drei Länder hinter uns. Wir sind von 16 auf 31 abgerutscht. Hinter uns liegen nur noch die Türkei und Mexiko, und das haben wir einzig und allein der roten Bildungspolitik zu verdanken. Ein Viertel der getesteten Schüler hatte Migrationshintergrund mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen. Und genau dieses Viertel bremst den Unterricht und die Lernentwicklung der österreichischen Schüler. Darum wollen wir unser Konzept umgesetzt wissen, zuerst Deutsch und dann Schule, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir benötigen daher keinen neuen Schmelztiegel wie die Wiener Mittelschule. Wir brauchen ein differenziertes, durchlässiges Schulsystem, das Leistung fördert und Schwächere stützt. Weiters brauchen wir auch eine kostenfreie schulische Ganztagsbetreuung, aber auf Wunsch und nicht als Pflicht, denn durch die Pflicht der Ganztagschule beschneiden Sie, werte Kollegen von der SPÖ und von den GRÜNEN, massiv die Elternrechte bei der Erziehung am Nachmittag. Und glauben Sie wirklich, dass fremde Lehrer Kinder besser erziehen können als eigene Eltern? Was kommt denn dann als Nächstes? Die Verpflichtung zur Kinderkrippe ab dem vierten Monat von 0 bis 24 Uhr von Montag bis Samstag so wie in der damaligen DDR? Das würde Ihnen vielleicht so passen! Wir Freiheitliche sagen, dass das Kind noch immer am besten bei den Eltern aufgehoben ist, und das ist auch gut so, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber auch im Bereich des Kindergartens läuft vieles

falsch. So haben Sie zwar unsere freiheitliche Forderung vom Gratiskindergarten halbherzig umgesetzt. Aber die Wiener Familien haben immer noch keinen Rechtsanspruch auf einen Platz und es darf in einer Weltstadt wie Wien wirklich nicht vorkommen, dass Eltern abgewiesen werden, weil es keinen Platz gibt und dann noch die Mitteilung bekommen, sie hätten am besten das Kind vor drei Jahren kurz nach der Geburt angemeldet, damit es jetzt einen Platz hat. Aber nicht nur, dass es zu wenig Kindergartenplätze gibt und auch zu wenig Kindergärten, nein, es gibt auch keine Vielfalt an Angeboten zur individuellen frühkindlichen Betreuung. Da sind uns andere Weltstädte um Meilen voraus wie zum Beispiel Berlin mit einem eigenen Modell des Musikkindergartens. Diesbezüglich möchte ich auch dann noch in Kürze gemeinsam mit Mag Gerald Ebinger einen Beschlussantrag einbringen, damit dies in Wien auch umgesetzt wird. Daniel Barenboim hat nämlich in Berlin einen mittlerweile prämierten Musikkindergarten gegründet, wo es nicht darum geht, neue kleine Wunderkinder und neue Mozarts heranzuzüchten und die Erlernung eines Instruments Kindern aufzuzwingen, nein, im Gegenteil, es wird vielmehr Wert auf den spielerischen Umgang mit Musik, auf die Schulung des Gehörs und des Rhythmusgefühls gelegt. Barenboims Konzept lautet: „Wir wollen Kinder nicht zur Musik bringen, sondern durch die Musik zum Leben.“ Es kommen regelmäßig Orchesterbesuche und Orchestermusiker der Staatskapelle auf Besuch dorthin, erklären dort spaßig ihre Instrumente und im Gegenzug dürfen dann die Kinder bei Proben hinter der Kulisse zuschauen. Dieser Kindergarten beherbergt im Moment 60 Kinder, 90 Kinder stehen auf der Warteliste. Studien belegen, dass diese Kinder auch in allen anderen Bereichen Fortschritte machen wie zum Beispiel im sozialen Verhalten, in der Sprache und auch in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundkenntnissen. Deswegen stellen die gefertigten Gemeinderäte folgenden Beschlussantrag:

„Der amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, in Wien einen Musikkindergarten nach dem Vorbild des Barenboim'schen Musikkindergartens in Berlin errichten zu lassen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Aber da Sie anscheinend auf Jugendpolitik und auf die Zukunft unseres Landes nicht so viel Wert legen und Ihnen das anscheinend egal ist, das beweisen Sie ja täglich. Aber das beweisen nicht nur Sie, meine werten Kollegen von der SPÖ und von den GRÜNEN, sondern auch Ihre Jugendvereine, die durch die Stadt Wien wirklich mit sehr, sehr, sehr viel Geld subventioniert werden. Das muss man sich schon einmal genau unter der Lupe anschauen, was da genau subventioniert wird. Liest man zum Beispiel das Programm von der grünalternativen Jugend, so definiert sich diese als feministisch, antifaschistisch, antirassistisch, ja, soweit so gut. Fehlen würde vielleicht noch das Attribut „radikal durchgeknallt“, wenn man sich nämlich die junggrünen Forderungen anschaut, denn die grüne Jugend hat ein Parteiblatt

herausgebracht. „Don't panik“ heißt es. Und in dieser Postille, in dieser Zeitschrift, zeigt sich ja wirklich, welch Geistes Kind sie ist. Über weite Strecken geistert die linksextreme Jugend gegen Volk, Nation und Polizei. Aber man sieht natürlich auch seitens der GRÜNEN Positives wie zum Beispiel die Gewalt zur Durchsetzung der Meinung und die Anleitung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt: „Samba si, Arbeit no, Recht auf Faulheit“, alles interessant, alles für alle. Das hat vielleicht Ihre ÖH-Vorsitzende Maurer unlängst bei der Besetzung der SPÖ-Zentrale ein bisschen zu ernst genommen. Aber es gibt ja auch „Legalize Heroin“ und „Heimat im Herzen, Scheiße im Hirn“. Das sind ja wirklich positive grüne Werte, die sie hier in Ihrer Postille vermitteln wollen. Es ist wirklich ein wahrhaft entlarvendes Machwerk. Würde nämlich diese steuersubventionierte Zeitschrift inhaltlich nicht so von Unwichtigkeit strotzen, könnte man sie wirklich als gefährlich einstufen. Die Symbolik mit über 100 Sowjetsternen, der geballten Faust und der Sprache wie zum Beispiel „Die Polizei wird immer depperter“, „Erfolg zum Kotzen“ oder „Bildet Banden“, das könnte wirklich schon fast an eine Postille einer Vorfeldorganisation der RAF erinnern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und die falschen und gefährlichen Aussagen über das unschädliche Heroin ist ja wirklich das Höchste. Da schreibt ja die grüne Jugend, es verursacht nur Magen- und Menstruationsbeschwerden. Aha, gut, wenn es die grüne Jugend so sieht? Anscheinend ist die grüne Jugend immun gegen die schweren gesundheitlichen Folgen, nämlich im menschlichen Gehirn. Aber ich nehme an, das ist mangels organischer Voraussetzung bei der grünen Jugend, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Gefährlich und staatsbedrohend ist noch Folgendes, nämlich auf der Homepage der Bundesjugendvertretung hat die grüne Jugend geschrieben, dass, wenn die grünalternative Jugend das Jugendministerium über hätte, sie einen Antrag auf Abschaffung von Regierung und Parlament einbringen würde. Na, Grüß Gott! Hier zeigt ja wieder der radikale Linksfaschismus sein wahres Gesicht: Abschaffung von Regierung und Parlament und somit auch noch von Rechtsstaat und Verfassung. Und so etwas müssen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, jetzt in der Regierung mitverantworten! Herzliche Gratulation!

Aber nicht nur, dass sie das fordern, sie fordern auch noch weiters eine Wiederbesetzung Österreichs durch die Alliierten. Also das ist überhaupt der höchste demokratiepolitische Skandal! Auch hier erwarte ich mir von den Nachrednern von der SPÖ eine eindeutige Distanzierung zur grünen Jugend, die ja wirklich außerhalb des Verfassungsbogens steht, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass diese Distanzierung nicht stattfinden wird, weil Sie ja in Ihren eigenen Reihen auch Jugendvertreter haben, die sich solche Zustände wie in Stalingrad anscheinend wieder herbeiwünschen oder die den Herrn Nazar als Rapper, der den Terroranschlag des 11. September da verherrlicht und

gutheißt, weiter verehren.

Oder auch wo die Sozialistische Jugend bei Parteiveranstaltungen von der FPÖ, so wie es damals das Fest im Rathaus gab, vorne den Eingang blockiert und weiters mit Gewaltaufrufen geschrien hat: „Ein Baum, ein Strick, Straches Genick.“ Ich nehme an, auch dazu wird es keine Distanzierung geben.

Aber abschließend, wenn man jetzt den Zugang von Rot und Grün zur Jugendpolitik zusammenfasst, muss ich Ihnen wirklich mitteilen, dass wir diesem Budget nicht zustimmen und kann Ihnen abschließend wirklich nur eines attestieren, nämlich einen echten Politiksadomasochismus, meine sehr geehrten Damen und Herren. Politsadismus deswegen, weil Sie es anscheinend genießen, die Wiener Bevölkerung tagaus, tagein mit Ihrer Politik zu quälen, und Politmasochismus, weil es Ihnen anscheinend gefllt, jedes Mal und regelmäßig und nach jeder Wahl eine Watsche vom Bürger zu bekommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann.

GR Heinz **Vettermann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Na ja. Also *(Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)* Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne einmal sozusagen soft *(Weitere Heiterkeit bei der SPÖ und den GRÜNEN.)*, weil ich hier auch ein paar Dinge zum Ressort sagen möchte, das ja an sich direkte Dienstleistungen im Interesse der WienerInnen vorsieht und wir ja, was mich als Ausschussvorsitzender freut, richtigerweise auch etwas mehr Geld in diesen schwierigen Zeiten bekommen haben und entsprechend auch ausbauen können. Das andere vielleicht danach.

Gleich zum Kollegen Nepp, weil ich sagen muss, so etwas ist mir eigentlich deshalb selten passiert, weil es wirklich frei von Faktenwissen ist. Eine Jungferrede, wo ich ja extra nicht dazwischengerufen habe, weil ich mich an die Usance halte. Aber dass man da andere Organisationen wie die grüne Jugend, wie die SJ befragelt, hindrischt *(GR Johann Herzog: Das ist im Original so!)* ohne jeden *(Aufregung bei der FPÖ.)* Genierer, ist wirklich ein Ausnutzen dieser Usance. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ein gewisses Ausmaß an Information ist notwendig. Ich bin auch gerne bereit, es in einer Art Privatissimum nachzuliefern. *(Aufregung bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)* Ich glaube, alle Vorurteile kann man da gar nicht in einem sozusagen klarlegen. Es erinnert mich und ich habe gesehen, der Herr Prof Gruber hat ein Buch geschrieben „Wer nichts weißt, muss alles glauben“ *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* und dementsprechend waren ja auch die Ausführungen. Ich habe ein paar Dinge jetzt noch mitgeschrieben, die mich irgendwie animiert haben, dass sie gesagt werden sollten *(GR Johann Herzog: Richtig, das wollen wir zur Kenntnis nehmen! Originalzitate!)*, und dann schau ich, wie viel Zeit noch ist und sag ein paar Dinge auch zu den anderen Ideen und Planungen, die wir im Ressort natürlich auch vorhaben.

Der Beginn war ja einmal so, dass Sie, ich glaube,

auch durchaus zu Recht gesagt haben, dass es immer wieder Leute gibt, die es schwer haben im Leben und dass es Armut gibt, für die Wien zuständig ist und nicht die, die die Gehälter bezahlen. Und dass Sie nicht gemeinsam mit der Gewerkschaft für entsprechende Mindestlöhne kämpfen, ist mir, ehrlich gesagt, ein wenig schleierhaft, weil das der entscheidende Hebel wäre, dass du von der Arbeit auch leben kannst beziehungsweise das, was wir ja auch gemeinsam haben, dass du eine Mindestsicherung hast, wo wir ja bei den Kindern noch eine spezielle Aktivität setzen. Das heißt, das wäre ja der entsprechende Hebel. Da sind Sie eingeladen, einmal was in einem gemeinsam gewerkschaftlichen Kampf zu tun. Aber nein, Sie aber *(GR Mag Wolfgang Jung: Distanzieren Sie sich von der sozialen Marktwirtschaft? – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ach so, Sie sind nicht mehr zuständig für Soziales!)* Na sicher, weil da ist das Einkommen entsprechend gegeben, oder nicht. Dadurch kommt Armut zustande. Also was Sie uns da erzählt haben, ist mir gänzlich unklar. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Soziales ist nicht mehr Ihr Bereich?)*

Genauso, was Sie uns da von den Bädern erzählt haben. Sie wissen ja, dass das einen Abgang hat, das ist ja ein Zuschuss. Wir stehen ja politisch dazu. Und warum Sie sagen, wir beuten da Menschen aus, das ist ja ein Wahnsinn und, und, und bei einer Geschichte, bei den Bädern, die wir von uns aus offensiv ja fördern und stützen, ist mir sachlich auch unerklärlich. Die Zahl selbst mit den 17 Prozent stimmt ja sowieso nicht. *(GR Johann Herzog: Sind es mehr?)*

Bei der Jugendarbeitslosigkeit weißt ich auch überhaupt nicht, wie Sie zu den Zahlen kommen. Ich hab' dann vermutet, ich hab mir gedacht *(GR Mag Wolfgang Jung: Entschuldigen Sie, von der Statistik Austria!)*, wie gibt's das überhaupt, dass das jemand ernsthaft sagt *(GR Mag Wolfgang Jung: Na, widerlegen Sie es! – GR Johann Herzog: Das sind offizielle Zahlen!)*, weil es muss ihm das ja irgendwer zumindest geschrieben haben oder in irgendeiner Form ... *(Aufregung bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)* Ich weißt ja nicht, wie Sie zu den Zahlen kommen. Ich habe mir gedacht, vielleicht haben Sie die, die in der überbetrieblichen Ausbildung sind, aber eine vollwertige Ausbildung machen, also das, was Wiener Ausbildungsgarantie heißt, gemeinsam mit dem WAFF einfach zusammengelegt und gesagt, die sind auch in Schulung, also arbeitslos. Ich weißt ja nicht, was Sie damit gemeint haben. Ich vermute einmal, dass Sie das nicht ganz sozusagen zusammenbringen *(GR Mag Wolfgang Jung: Dass die Jugendarbeitslosigkeit in Wien am höchsten ist, ist eine Tatsache!)*, dass es immer weniger Private gibt, die Lehrpltze anbieten, wir daher mit der Wiener Ausbildungsgarantie eine, sage ich einmal, zusätzliche Schiene eröffnet haben, die sie zu einem Lehrabschluss hinbringt, was über BFI und andere Träger eben entsprechend angeboten wird.

Bei den Schulversuchen, wo Sie sagen, es wimmelt ja nur so von Schulversuchen und es ist ein Geheimpapier - Sie haben es ja dann doch bekommen. Ich glaub, ich kenn das, was Sie meinen, die Broschüre. Ich will Sie

jetzt nicht reizen und sagen, ich hab's gleich bekommen, weil okay, es mag ja sein, dass es da auch einen Unterschied gibt. Aber warum es so viele Schulversuche in Wien gibt, ist doch, weil es diese 10-Prozent-Deckelung gibt, weil es immer wieder, um etwas Neues auszuprobieren, entsprechend notwendig ist, einen Schulversuch zu machen. Das, was Sie neue Mittelschule nennen und dann sagen, es gibt einen Unterschied zur Wiener Mittelschule, da vermute ich, dass Sie die KMS gemeint haben, die natürlich dann tatsächlich nur mehr fünf Stunden mehr hatte. Das war aber nicht deshalb, weil sie ins Regelschulwesen gekommen ist, sondern weil sie ins Regelschulwesen unter schwarz-blauer Bundesregierung gekommen ist! Die Gehrler hat einfach die Mittel gekürzt, die vorher zugesagt waren. (*GR Mag Wolfgang Jung: Nicht schon wieder!*) Und natürlich steht da auch richtigerweise drinnen, dass bei der Evaluierung rausgekommen ist, kaum waren die Mittel gekürzt, kaum war nur mehr ein Drittel der Mehrstunden bewilligt, hat der Schulversuch nicht mehr so gut geklappt. Überraschung! Ja, stimmt, das ist ja ganz klar, aber ich meine, es uns vorzuwerfen, dass wir einen Schulversuch historisch gemacht haben, Schwarz-Blau es auf ein Drittel der zusätzlichen Mittel gekürzt hat und es dann nicht so geklappt hat, wie ursprünglich gedacht, hat ja eine gewisse, ich würde sagen, Ironie oder entbehrt nicht einer gewissen Hinterlist, „nordische List“, die hier entsprechend versucht, sich Bahn zu brechen. Dass es Mehrstufenklassen gibt, dass es hier so gut dokumentierte Schulversuche gibt, ist ja ohne Zweifel richtig. Und zur neuen Mittelschule möchte ich nur eine Sache sagen: Da nämlich, nur falls Sie das nicht wissen, ich meine, wir haben's ja oft gesagt, aber es ist ja in dem Sinn jetzt neu, es wird überall publiziert, wo wir in Wien ja besonders stolz darauf sind, dass es keine Nur-Hauptschule ist, dass wir die AHS dazubekommen haben, dass sie auch entsprechend mitmachen. Also die Neue Mittelschule in Wien ist wieder ein Schulversuch, weil es ja anders nicht geht, wieder mit 10 Prozent gedeckelt. Wir wollen das alles aufheben. Wir haben auch fünf, sechs AHS dabei, zum Beispiel die Kandlgasse, die von Anfang an bei der Neuen Mittelschule dabei war und die entsprechend schon zwei, drei Dependancen hat, weil sie so viele Anmeldungen hat. Dort wird sehr wohl individualisiert unterrichtet. Es werden Schwächen geschwächt und Stärken gestärkt, indem die Kinder miteinander arbeiten. Es gibt auch nicht drei formalisierte Leistungsgruppen. Aber es ist so, dass es nachmittägliche Lerneinheiten gibt, wo Lehrer dabei sind, wo diejenigen, die ein bisschen schwächer sind, den Stoff noch einmal durchmachen, um nachzukommen und andere, die sozusagen begabter sind, auch gefördert werden. Also es gibt hier eine spezielle Förderung für die Begabten, sogar eine Sache, die zumindest der ÖVP wichtig ist. Ich weiß ja gar nicht, ob das den Freiheitlichen noch ein Anliegen ist. Aber alles in allem muss man sagen: Dort wird individualisiert unterrichtet. Es gibt keine formalisierte Unterscheidung. Es würde aber theoretisch die Möglichkeit geben, dass du, wenn du es in der AHS am Ende nicht schaffst und sagst, nein, ich möchte lieber in der Hauptschule benotet

werden, auch im Klassenverband bist und weiter aufsteigen kannst. Das ist aber eher eine Stärke dieses Schulversuches, dass eben nicht frühzeitig rausselektiert wird, sondern dass es eine Möglichkeit gibt zu sagen, ich geh in der 2. in die Kommission mit einer Hauptschulbewerbung, aber in der 3., wenn ich's wieder schaff, dann wieder in die AHS hinein. Also diese Flexibilität ist formal gegeben, solange es diese Unterscheidung noch gibt und das haben wir entsprechend gemacht, Wieso Sie dazu kommen, dass Sie sagen, da sind 90 Prozent Migranten, ist gänzlich unerklärlich und stimmt natürlich auch überhaupt nicht.

Beim Schuleingangsbereich möchte ich auch noch eine Sache sagen: Ich meine, das war in dem Sinn gar kein Schulversuch, sondern das war von den Schulgesetzen erlaubt, dass man zwei Jahre eine Schuleingangsphase hat und die haben wir immer noch dort, wo entsprechend mehrere Schüler „außerordentlich“ sind. Wir haben ein 1+1 - Modell, das allerdings jetzt evaluiert wird, wo das deshalb ein wenig zurückgefahren wird, weil es ja eigene Vorschulklassen für die Kinder gibt, die noch nicht so schulreif sind und die dann nach einem Jahr reinkommen.

Was wir probieren, ist, dass es keine Ghettklassen werden, dass diese Klassen nicht weitergeführt werden als gemeinsame Klasse und das passiert ja auch nicht. Dementsprechend gibt es den Schuleingangsbereich weiter. Das 1+1 - Modell hat das aber ein wenig zurückgefahren.

Was Sie gegen die gemeinsame Lehrerbildung haben und warum Sie dagegen sind, dass KindergartenpädagogInnen - gerade wenn Sie sagen, Sie wollen Förderung haben und wie kann man denn fördern, wenn man die KindergartenpädagogInnen nicht auch entsprechend ausbildet? Wir wollen eine gemeinsame Ausbildung für den gesamten Bildungsbereich, richtig erkannt. Wenn du irgendwann einmal die Trennung zwischen AHS, so genannter Hauptschule und vom Kindergarten beginnend und ich sage, sogar auch Erwachsenenbildung noch dazu nimmst, dann hast du eben eine bildungsmäßige Ausbildung, die an der Universität geleistet wird, weil die heutige Spaltung in Pädagogische Hochschule, universitäre Ausbildung und dann eine mit Matura der KindergartenpädagogInnen bringt ja diese Spaltung mit sich und führt dazu, dass du auch sehr schwer wieder wechseln kannst auch innerhalb der Altersstufen, wenn es dir in einer Schule nicht mehr so gefällt und du sagst, ich würde viel lieber mit älteren oder jüngeren Kindern arbeiten. Du bist als Lehrer dann verdammt, in dieser Schule zu bleiben. Dass gerade auf der Uni selbst eine sehr schlechte pädagogische Ausbildung besteht, wird sogar von AHS-Lehrergewerkschaftern zugegeben oder auch kritisiert. Zum Beispiel in der Josefstadt haben wir 70 bis 80 Prozent, die in die AHS gehen. Du hast ja dort eine Gesamtschule, sie sind nur in der AHS, nur, der AHS-Lehrer ist dafür nicht ausgebildet. Er kann es nicht, er steht mit dem Rücken zur Wand und er kann gar keine Gruppen bilden, weil das im Lehrplan nicht vorgesehen ist, weil er es gar nicht machen darf. Das ist sein Problem. Also hast du eine De-facto-Gesamtschule, aber

unfreiwillig ohne zusätzliche pädagogische Ausbildung. Daher wollen wir die gemeinsame Lehrerbildung, ja, und wir wollen sie deshalb, um diese Durchlässigkeit auch entsprechend von den PädagogInnen zu gewährleisten.

Dass PISA nicht so optimal ausgefallen ist, ja eh, richtig, ich meine, nur der Schluss ist umstritten. Ich sage, ja, das stimmt, und deshalb bin ich für eine gemeinsame Schule, das beweist es, weil eben die PISA-Sieger ... (GR Dominik Nepp: Na, Gute Nacht!) Außer Sie sind für das südkoreanische Drillsystem, weil Sie da immer sagen: „Na, Gute Nacht“. Ja, dann wirklich Gute Nacht. Da könnten Sie sich einmal etwas anschauen, was militärische Disziplin bedeutet, aber das ist in Europa nicht üblich und wird von mir auch abgelehnt. Aber alle anderen PISA-Sieger haben ja gemeinsame Schulen. Wie gibt es das? Ja deshalb, weil diese Systeme einfach nicht vorher selektieren, weil eben die Schwächeren von den Stärkeren lernen, weil es eben mehr pädagogische Möglichkeiten gibt, hier entsprechend einzugreifen. Deshalb brauchen wir diese Schulform und deshalb zeigt die PISA-Studie, dass die gemeinsame Schule auch entsprechend Zukunft hat und von uns auch eingeführt werden muss, wobei aber hier die ÖVP noch blockiert.

Ja, zwei Sachen noch, die eine habe ich eh schon gesagt. Ich meine, weil Sie das so vorgelesen haben, Sie sagen „Die grüne Jugend“, und dann mit zitternder und bebender Stimme sagen Sie „definiert sich selbst als antirassistisch und antifaschistisch.“ (Aufregung bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.) So weit, so gut, ja, aber das wird der Ring Freiheitlicher Jugend vielleicht auch tun, oder? (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Form ist ja nicht ähnlich! – Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Vom Inhalt! Vom Inhalt!) Ja, ja, auch da ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist das Einzige, was sie tun!) Es ist ja, ich meine ... (GR Dominik Nepp: Ja, so weit, so gut, und was ist mit dem Rathaus? – Aufregung bei der FPÖ.) Okay, das habe ich ja im Wahlkampf oft gehört, die Geschichte vom Rathaus. Ich meine, da ist ja klar, wer es angemeldet hat. (GR Johann Herzog: Die Phantome kennen wir!) Aber dass die entsprechenden Sprüche von der SJ nicht waren (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die 70 Jahre alten Phantome, die es gibt, das tun Sie!), ist auch hinlänglich bekannt. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Was nicht existent ist! – Weitere Aufregung bei der FPÖ.) Ich kann nichts hören außer einem Schwall, aber irgendwie erregt es Sie, dass ich antifaschistisch und antirassistisch gesagt habe. Das merke ich. (Große Aufregung bei der FPÖ.) Ich weiß auch nicht, wie man das erklären soll.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (unterbrechend): Im Großen und Ganzen höre ich überhaupt nichts. Daher bitte den Lärmpegel etwas zurückzunehmen.

GR Heinz **Vettermann** (fortsetzend): Also ich nehme zur Kenntnis, es verursacht Aufregung bei der FPÖ, wenn man antirassistisch und antifaschistisch sagt. (GR Johann Gudenus, MAIS: Wenn Ihre Truppen marschieren, ist es ja nicht angenehm! – Weitere Aufregung bei der FPÖ.) Okay, ja, es funktioniert eh immer, aber mir

rennt die Zeit davon, wenn du meinst, aller guten Dinge sind drei. Ich sage es noch einmal: Nein. (Heiterkeit bei der SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das finden Sie lustig vielleicht!) Nein, lustig gar nicht (GR Mag Wolfgang Jung: Das finden Sie lustig?), nein, es macht mich nachdenklich. Lustig finde ich es nicht. (GR Mag Wolfgang Jung: Ja, aber das haben Sie getan! – Aufregung bei der FPÖ.)

Eine Sache wollte ich noch zu der Geschichte der Matura in Türkisch sagen. Einmal muss man es vielleicht noch probieren, nämlich dass das eine Matura ist, dass man, so wie man auch in Französisch maturieren, in Spanisch maturieren kann, in vielen anderen Fremdsprachen maturieren kann, es auch möglich ist, in Türkisch zu maturieren. Ich meine, das ist in vielen Sprachen, die viele Menschen sprechen, möglich, auch in dieser Sprache. Okay.

Bei der Behauptung, was der Bürgermeister gesagt hat, war es so, dass er gesagt hat, es ist möglich, weil es eine Amerikanische Schule gibt, es gibt eine französische Schule, das Lycée. Also rein rechtlich ist es möglich, auch eine türkische Schule (GR Johann Herzog: Also doch türkische Schulen! Ohne Schulen geht es ja nicht!), die keiner plant, die niemand will, zu machen. (GR Mag Wolfgang Jung: Das sind ja alles Privatschulen!) Wartet, lasst's mich noch eine dritte Sache sagen. Ich bin der Bildungssprecher, ich fühle in mir auch einen gewissen Bildungsauftrag, bin da unermüdlich und habe jetzt fünf Jahre Zeit. (GR Dominik Nepp: Letztes Jahr haben Sie auch Zeit gehabt! – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Alle Zeit!) Ja, wer weiß, vielleicht ist beim Klubvorsitzenden schon mehr durchgedrungen als beim Kollegen Nepp. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Aber die Taktik!) Ja, also ich meine, aber es ist natürlich von vorne ... Man müsste mehr in Gruppenarbeit gehen. Natürlich ist die Form des Frontalunterrichts (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Eine Gruppentherapie machen!) nicht die optimale.

Ja, aber wer auf alle Fälle die eigene Muttersprache nicht kann, der wird auch nicht nie eine Fremdsprache lernen. Wenn du also entsprechend nicht Türkisch kannst, kannst du auch nicht davon zum Beispiel Deutsch lernen. Wenn man sagt, zuerst Deutsch, muss man zuerst einmal die Muttersprache einigermaßen beherrschen, dann kann auch (GR Mag Wolfgang Jung: Also normalerweise kann einer seine Muttersprache!) Deutsch kommen. Das passiert im Moment im Kindergarten. (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Warum kann es dann ein Drittel der Wiener Kinder nicht? Warum kann es dann ein Drittel der Wiener Kinder nicht? – GR Mag Wolfgang Jung: Weil in den Familien oft kein Interesse daran ist! – Aufregung bei der FPÖ. – Amtsf StR Christian Oxonitsch: Na ja, aber eben! Warum regst du dich jetzt auf?)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (unterbrechend): Also ich habe den Eindruck, zum Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann und er ist am Wort.

GR Heinz **Vettermann** (fortsetzend): Okay, also gehört habt ihr es. Wer die Muttersprache nicht kann, kann auch dann Deutsch nicht lernen. Ich glaube, auf der

Botschaft bleibe ich jetzt fünf Jahre drauf, weil sie stimmt einfach. Und sie ist durch nichts und niemanden widerlegbar (*Aufregung bei der FPÖ.*) und daher wird es auch irgendwann durchdringen.

Der Herr Barenboim würde sich übrigens auch sehr wundern, was hier losgeht, denn dem sein Musikkindergarten ist ziemlich bunt gemischt, den kenne ich auch und habe da auch einen schönen Filmbericht darüber gesehen. Ich möchte Ihnen nur sagen, dass wir im August bei den Sängerknaben, auch kein schlechtes Institut, kann man sagen, mit 5 Gruppen, also 150, 170 Kinder entsprechend so einen Musikkindergarten schon haben und im 22. Bezirk ebenfalls. (*Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Also jetzt haben Sie auch etwas gegen die Sängerknaben (*GR Mag Wolfgang Jung. Nein, wirklich nicht!*), es wird immer origineller. Das werde ich denen auch gerne weiterleiten, dass die nicht gelten, weil man sagt: Was, bei denen ein Musikkindergarten? Das kann ja nichts Gutes sein, das sind ja nur die Sängerknaben. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Ja bitte, okay. (*Heiterkeit bei GR Petr Baxant.*) Es wird immer besser.

Wir haben das schon und aus dem Grund werden wir es auch nicht machen und daher auch den Antrag ablehnen. Ich wollte ein bisserl ausführen, warum wir es tun, damit es nicht nur so trotzig oder gegen die FPÖ gerichtet wirkt. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Zum Kollegen Kurz möchte ich doch auch ganz kurz etwas sagen, weil den kenne ich eigentlich ... Ist er überhaupt noch da? Ah, da. Ich kenne ihn ja über die Jugendzentren. Es war immer eine gute und faire Zusammenarbeit, muss ich sagen, und er ist auch durchaus mutig aufgetreten. Ich meine, das mit der 24 Stunden U-Bahn, da können wir endlos streiten. Wir wissen, wer es dann gemacht hat. Dass die rot-grünen Ideen rot-grüne Ideen sind, auch wenn Sie WLAN-Hotspots gut finden, das finde ich auch gut. Da sind wir ja schon drei, umso besser. Drei Parteien, meine ich, das soll uns ja nicht stören, wenn sich dann mehr einklinken, gut so. Du sagst ja auch, die Gesamtsumme passt, ja.

Die Qualifikation der Kindergärten wird angesprochen. Da sage ich nur, es gibt „Pick Up“, es gibt das College, es gibt „Change“, wir machen einiges, um zu den KindergartenpädagogInnen zu kommen und wir bauen die Kindergärten aus. 6 500 Plätze werden neu geschaffen, vor allem auch von privaten Trägern. Entsprechend sind wir da auch dran.

Es gibt aus meiner Sicht eine flächendeckende Schulsozialarbeit, was aber nicht bedeutet, dass in jeder Schule ein Sozialarbeiter sitzt, weil das ja auch 300 Begleitlehrer entsprechend übernehmen, die eins zu eins mit Kindern arbeiten und die Sozialarbeit mehr ins Feld (*GRin Christine Marek: Was bitte?*) hineinreicht. Also daher glaube ich, können wir über das zwar diskutieren, aber zumindest ist es existent. Und dass hier die ÖVP entsprechend auch bei vielen Bildungsdingen bremst, hab ich, glaub ich, kurz ausgeführt.

Was ist eigentlich sonst noch zu erwarten? Jetzt muss ich echt im Wordrap machen.

Den Kindergarten hab' ich erwähnt. Bei der MA 11 werden wir im nächsten Jahr eine Niederschwelligein-

richtung, ein Krisenzentrum kriegen, acht Wohngemeinschaften und auch eine sozialpsychiatrische Einrichtung, die diese Lücke von Betreuung und psychiatrischer Betreuung schließen wird. Wir werden beim Sport entsprechend die WienerInnen in Bewegung zurückbringen, die Stadthalle wird fertig werden, sag ich einmal, oder fast fertig sein oder so. Es könnte sein, dass es sich das nächste Jahr ausgeht. Auf alle Fälle wird daran gearbeitet. Es wird Volleyball und American Football geben, entsprechende Großveranstaltungen, ein Bild „wien.at“ habe ich mir da noch notiert neben diesem Medien-Fullservice, dass wir hier auch wirklich in Kommunikation kommen und auch der Bürgerdienst entsprechend aktiv ist. Bäder, das Hallensommerbad Donaustadt entsprechend dem Energiespar-Contracting. Die Volksbildung ist schon genannt worden. Apropos Bildung, da haben wir ja als Schwerpunkt eigentlich auch Weiterbildung, Deutschkurse, Hauptschulabschlusskurse. Auch da fließt entsprechend Geld rein.

Die Büchereien werden um Media Wien ergänzt und bei der Jugend und im Jugendverein ist es gelungen, den großen Vereinen diesmal auch Zweijahresverträge anzubieten, was entsprechende Planungssicherheit gewährleistet und zumindest, was diese institutionelle Arbeit für die Jugend betrifft, glaube ich, nicht nur heuer, sondern auch das Jahr drauf entsprechende Sicherheit gibt. Der Schulneubau, aber auch die Schulsanierung werden ja entsprechend fortgesetzt und das ist ja auch finanziell soweit abgedeckt. Das ist eben durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich, die ja schon gezeigt haben, dass sie es können.

Alles in allem glaub ich, dass das Budget daher ein kluger Mix ist aus Sparen im Gesamten und vorsichtigen Ausgaben, der aber, wie gesagt, in unserer Geschäftsgruppe sicherstellt, dass in der Bildung gerade nicht gespart wird, dass es da mehr Geld gibt. So soll es sein. Das Wiener Budget ist gut für die Bildung und deshalb stimmen wir auch zu. Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner und ich weise daraufhin, dass die Redezeit ab nun mit 15 Minuten begrenzt ist.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich darf Sie gleich vorab beruhigen, ich werde meine Redezeit nicht ausschöpfen. Ich bin irrsinnig beruhigt, dass der Kollege Vettermann dem Budget zustimmt. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Also irgendeiner muss es ja tun im Endeffekt. Das ist echt beruhigend, sonst wäre es ja fast eng geworden. (*GR Heinz Vettermann: Ja, wir sind 60!*)

Meine Damen und Herren, wir werden dem Budget nicht zustimmen. Ich sage aber gleich vorweg, dass wir die sehr pragmatische Herangehensweise des Herrn StR Oxonitsch durchaus auch zu schätzen wissen. Das Problem ist nur, dass das Budget, das uns Jahr für Jahr vorgelegt wird, immer eine strukturelle Fortschreibung der verfehlten Budgets früherer Perioden ist. Also das heißt,

der Kollege Oxonitsch, der das Ganze durchaus viel pragmatischer sieht wie die Vorgängerin, hat aber trotzdem nur das Budget weiter fortgeschrieben und die strukturellen Schwächen, die sich in diesem Budget verstecken, die sind natürlich geblieben und das macht es uns schwer, diesem Budget zuzustimmen. Man sieht die strukturellen Schwächen an sehr vielen Beispielen. Vor allem daran, dass die Stadt Wien ihre Hausaufgaben im Bildungsbereich nicht im Geringsten wahrnimmt.

Meine Damen und Herren, über die PISA-Studie könnte man jetzt sehr viele Worte verlieren. Es ist 22 Uhr. Es ist, glaub ich, auch nicht sonderlich sinnvoll, jetzt allzu viel darüber zu sagen, aber dass es immer eine Einheitsantwort gibt, egal, was einem fehlt, ob du Kopfweh, Bauchweh oder sonst irgendwelche Schmerzen hast, es gibt immer eine Pille und die einzige Pille, die der SPÖ einfällt, ist, es gibt eine Gesamtschule und wenn es eine Gesamtschule gibt, dann wird auf einmal alles besser. Es gibt überhaupt keine Evidenz dafür, dass es irgendein Problem unseres Bildungssystems löst, wenn man alle in einen Topf sperrt, noch dazu, wenn man weiß, was Sie unter einer Gesamtschule verstehen. Sie wollen nämlich alle ins gleiche Haus schicken. Dann machen Sie die Tür zu und dann geschieht dort nichts. Dann versorgen Sie die Kinder und die Jugendlichen mit wertlosen Zeugnissen und dann wundert man sich hinterher, dass diese Zeugnisse keine Aussagekraft haben. Ihre Lauter-Einser-Zeugnisse sind in etwa so wertvoll wie die neu gedruckten Dollarnoten der amerikanischen Notenbank. *(Beifall von den GRen Mag Johann Gudenus, MAIS und Johann Herzog.)* Sie haben nämlich keinen Wert, weil sie keine Aussagekraft haben.

Ich bedanke mich für den Applaus der vereinigten Opposition, aber das ist wirklich so. Egal, was immer herauskommt an Problemen, es gibt immer nur die Einheitsantwort, das ist der Bildungstrabi. Und wir wissen ja, wie es in der DDR war. Wer hat den Trabi bekommen? Das gemeine Volk. Die roten Bonzen sind mit dem Mercedes gefahren, mit dem physischen Mercedes, den man sich über Westdevisen gekauft hat. Der Bildungsmercedes werden die Privatschulen sein und zwar nicht die katholischen Privatschulen, die gemeinnützig sind, die nichts verlangen, das werden dann wirkliche Privatschulen sein, wo man zwei-, drei-, viertausend Euro zahlen muss, dass man eine ordentliche Ausbildung bekommt. Das ist Ihr Beitrag zum Kampf gegen die soziale Selektion, dass Sie die Menschen in die echten Privatschulen hineintreiben! Und da muss ich mich als Bürgerlicher, der ja angeblich ein Klientel vertritt, das sich die Privatschulen angeblich leisten kann, hinstellen und sagen: Ich kämpfe dafür, dass das öffentliche System ordentlich bleibt. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Johann Herzog.)*

Ich möchte gute öffentliche Schulen haben, und zwar so wie in Finnland ist die beste Schule die nächstgelegene Schule, nicht die Schule am anderen Ende der Stadt, wo man die Kinder in der Früh hinbringt und dann wieder abholt, sondern die nächstgelegene Schule. Und ich erinnere mich immer noch an unsere Klubreise nach Finnland, wo man geglaubt hat, man kommt in so eine

Kibbuz-Gesamtschule, wo alles anders ist. Die finnische Schule ist eine Leistungsschule. Die finnische Schule hat eine Autorität in der Gesellschaft. Der finnische Lehrer ist eine Autorität, genau die Autorität, die die SPÖ seit Jahren und Jahrzehnten sukzessive unterminiert hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man sich jetzt wundert, dass man nicht mehr Deutsch kann: Woher kommt denn das? Man darf doch außerhalb des Deutschunterrichtes die deutsche Sprache nicht mehr werten. Meine Damen und Herren, ich bin Rechtskundefachlehrer bei 18-jährigen Schülern. Ich muss mir teilweise die Tests, die man mir liefert, laut vorlesen, weil nur mehr in Lautschrift geschrieben wird. Das muss man sich laut vorlesen *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*, man darf das aber überhaupt nicht bewerten, weil es kommt ja auf die Idee dahinter an. Für diese Idee brauch ich schon sehr viel Phantasie. Es ist nicht jeder Lehrer so phantasievoll. Aber im Endeffekt, dass die Kulturtechniken nichts mehr zählen, das ist die linke Bildungsideologie, die die Kultur *(Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)* schlichtweg negiert hat! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dann kommt man daher und sagt, wie toll das ist in Südkorea. Also in Japan und in Südkorea, da wird in der Schule nur gedrillt, da ist das wie eine Kaserne. Ich bin wirklich weit davon entfernt, das zu wünschen. Das wünsche ich mir nicht, es muss auch Freude machen. Ich sag bewusst nicht, Spaß machen. Es ist nicht alles Spaß. Es ist auch kein Spaß, hier zu sitzen. Es macht Freude, es ist Verantwortung. Es muss nicht immer Spaß machen.

Aber im Endeffekt dort, wo Leistung etwas zählt, dort, wo Lehrer eine Autorität haben, dort, wo auch die Eltern eingebunden werden und alle Kolleginnen und Kollegen, die in Finnland mit waren wissen, dass es dort geheißen hat, wenn die Schule Eltern vorlädt, dann sind die Eltern da, weil die Eltern ein Teil der Bildung sind, die Eltern sind ein Teil der Erziehung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich warne wirklich vor allen selbst ernannten Bildungsexperten, die suggerieren: Steck dein Kind mit 3 Jahren in eine Bildungseinrichtung, 20 Jahre später kommt es als Master heraus, und ihr braucht nichts zu tun! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Insofern ist natürlich auch der Bildungsstand vererbbar: Dort, wo sich Eltern um die Bildung kümmern, geht es den Kindern besser, und diese Verantwortung dürfen Sie den Eltern auch nicht abnehmen! Sie tun aber genau das Gegenteil, und wer Analphabeten ins Land hereinzieht, darf sich nicht wundern, dass Bildung keinen Wert hat! *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf von StR Mag Wolfgang Gerstl. – Lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Zur Belohnung für das Analphabetentum gibt es dann noch die Mindestsicherung, ein Gratisgehalt, das den Menschen das Arbeiten überhaupt abgewöhnt. – Das ist eine Ideologie, die der Arbeiterklasse, die sich durch Arbeit weitergebildet hat, eigentlich zur Schande gereicht! Im Prinzip haben Sie Ihre eigenen Ideale verraten und verkauft! *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Das muss man wirklich sagen: Durch Arbeit und Bildung wird man etwas, nicht durch das Beziehen von

Sozialleistungen. Sozialleistungsempfang ist keine Lebensform, sondern Sozialleistungsempfang ist eine Überbrückungshilfe der Gesellschaft. Sie suggerieren aber: Du brauchst eh nichts können! Es gibt Hartz IV und so weiter, und damit hast du ausgesorgt! Wer Hartz IV bezieht, bekommt am Ende noch mehr heraus als die, die das ganze Leben lang gearbeitet haben, und dafür braucht man keine Bildung! – Deswegen bekommen Sie in diesen Schichten auch keine Bildung zusammen! *(Zwischenruf von GRin Dr Sigrid Pilz.)*

Nein, da braucht man keine Freiheitlichen! Das sind bürgerliche Werte, und für diese steht die Wiener ÖVP. *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Rudi Schicker. – Weitere Zwischenrufe von der SPÖ.)*

Herr Klubobmann Schicker! Sie haben es zusammengebracht, dass Sie bei Ihrer ersten Wortmeldung vom eigenen Vorsitzenden einen Ordnungsruf bekommen haben! *(GR Petr Baxant: Sind Sie Lehrer!)* Ja. – Diesen Zwischenruf haben Sie sich mehr als redlich verdient! Aber das sind die Zusammenhänge im Bildungsbereich, und das sind die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die man auch einmal aussprechen soll.

Sie beginnen eine neue Schule im Container! Die Neue Mittelschule schaut aus wie ein Baustellencontainer. Sie stellen am Freizeitpark, dort, wo früher geturnt und gespielt wurde, Ihre Container hin. Das sind Ihre Hausaufgaben. Dafür brauchen wir kein neues Türschild, sondern wir brauchen neue Schulgebäude, und für die sind Sie verantwortlich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie bringen die Lehrer nicht dort unter, wohin sie hingehören, und da muss man Ihrer eigenen Bildungsministerin die Mauer machen, denn sie möchte wissen, wo die Lehrer, die sie bezahlt, eingesetzt werden, nämlich nicht in Jugendzentren und nicht dort, wo Sie Ihre eigenen Mitarbeiter bezahlen sollen, sondern in der Klasse. Sie verweigern Ihre eigenen Aufgaben. Es sind nicht die AHS, wo es keine Nachmittagsbetreuung gibt, sondern es sind die Pflichtschulen, und für die Pflichtschulen in Wien sind Sie verantwortlich! *(Zwischenruf von GR Kurt Wagner. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Ich weiß genau, bei welcher Fraktion ich bin! Aber Sie von den GRÜNEN haben das offenkundig sehr gut verdrängt! Sie waren nämlich auch gegen die Container, und jetzt sind Sie dafür, dass neue Container aufgestellt werden! *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Die Unterrichtssprache ist ein Bestandteil der Schulreife. Der Begriff Schulreife kommt von Maria Theresia, die wahrscheinlich nach der linken Diktion eine böse Diktatorin war, die aber sehr viel Gutes für die einfachen Menschen getan hat, auch wenn diese damals noch Untertanen geheißen haben. In Wirklichkeit sind die Wiener Bürgerinnen und Bürger übrigens Untertanen der SPÖ-Rathausdiktatur! So schaut es nämlich aus. *(GRin Nurten Yilmaz: Geh bitte!)*

Maria Theresia hat eine sehr gute Definition der Schulreife vorgeschlagen, die natürlich heute adaptiert werden muss. Heute muss man sagen: Wer der Unterrichtssprache nicht folgen kann, hat im Regelunterricht kurzfristig nichts verloren. *(Zwischenrufe bei den GRÜ-*

*NEN.)* Diesfalls ist es besser, eine verpflichtende Vorschule einzuführen, denn es ist besser, ein Jahr einen Crash-Kurs in der Unterrichtssprache zu absolvieren und dann dem Unterricht folgen zu können.

Wenn jemand kein Wort Deutsch kann, kann man ihn doch nicht einfach in die Klasse setzen und sich dann wundern, dass nichts weitergeht! Da geht für die einen und für die anderen nichts weiter! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Lehrer sind dazu da, Kompetenzen und Wissen zu vermitteln. Sie sind nicht in erster Linie Erzieher, Sozialarbeiter oder Mediatoren. Für die Sozialarbeiter und Mediatoren sind Sie zuständig! Auch ich möchte in einer Schule unterrichten und leben, in der man keinen Waffentest abliefern muss. Auch das gehört dazu, und das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dieser stellen Sie sich jedoch nicht. Sie glauben, Sie können mit der stereotypen Antwort agieren: Alles wird gut, wenn es eine Gesamtschule gibt! – Ich sage: Nichts wird gut! Die Menschen, die es sich leisten können, werden sich teilweise verschulden und in die Privatschulen flüchten. Und das hat mit „sozial“ überhaupt nichts zu tun! Das ist weder sozial noch christlich noch sozialdemokratisch, das ist einfach ungerecht! Wir wehren uns gegen ein solches ungerechtes System, dem Sie hier die Mauer machen!

Es gäbe noch sehr viel zu sagen, aber ich komme langsam zum Schluss. Ich weiß schon, dass all das für die Mehrheit, die gar keine echte Mehrheit ist, uninteressant ist. Aber ich darf Ihnen sagen: Wenn Sie glauben, dass die ÖVP im Hinblick auf den Austausch von Studiengebühren und Gesamtschule nachgibt, dann werden Sie sich wirklich täuschen! *(GR Heinz Vettermann: Das war jetzt ein Blödsinn! – Zwischenruf von GR Petr Baxant. – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Man muss nur warten, bis es private Unis gibt. In England kostet schon ein Semester 10 000 EU! Mit den 300 EUR, die wir – sozial abgedeckt – verlangt haben, kommt man sowieso nicht weit, denn die Menschen kommen drauf, dass nur Bildung der Schlüssel für eine Zukunft ist und nicht das Beziehen von Sozialhilfe! *(Zwischenruf von GR Mag Jürgen Wutzlhofer. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Bitte? – Das glaube ich schon! Wir bilden eine Koalition mit den Bürgern! Denken Sie an Hamburg! *(Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Dort hat die Zivilgesellschaft Ihre Gesamtschule hinweggefegt und gleich auch die schwarz-grüne Regierung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch zwei Beschlussanträge einbringen. Ein Beschlussantrag betrifft ... *(Zwischenruf von GR Mag Jürgen Wutzlhofer.)*

Warten Sie nur! Wir werden die Menschen fragen, ob sie wollen, dass das Gymnasium in einer Gesamtschule aufgeht, und dann werden wir schauen, wer die Mehrheit bekommt. Das werden Sie dann noch sehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bringe einen Beschlussantrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Nachmittagsbetreuung, insbesondere der Hortbetreuung, ein. Auch das ist eine Hausaufgabe

der Stadt Wien, dass der zuständige Stadtrat aufgefordert wird, binnen Jahresfrist ein Konzept zur Nachmittagsbetreuung unter besonderer Berücksichtigung der Horte vorzulegen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite Antrag betrifft das gleiche Thema. – Es ist eine Hausaufgabe der Stadt Wien, eine ordentliche Nachmittagsbetreuung betreffend den Hortbesuch von Kindern, die eine Offene Volksschule besuchen, zu schaffen. Auch diesbezüglich wird gebeten, ein entsprechendes Konzept vorzulegen und nicht überfallsartig bewährte Horte einzustellen. Auch in dieser Hinsicht begehren wir die sofortige Abstimmung. – Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Ich erteile es ihm.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Damen und Herren!

Als Mitglied im Ausschuss Bildung, Jugend, Information und Sport habe ich ein großes Betätigungsfeld, um Versäumnisse und Verfehlungen der rot-grünen Stadtregierung aufzuzeigen und zu behandeln. Keine Angst! Wir würden bis morgen Früh hier sitzen, würde ich alles behandeln! Darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, werde ich einen Punkt herausnehmen: Es geht um die Mobilklasse in Wien 10. Das wurde uns im Ausschuss vorgelegt, und wir werden dem natürlich nicht zustimmen, weil wir generell gegen Containerklassen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine Schande für Wien und für diese Stadtregierung, dass unsere Kinder im 21. Jahrhundert in Containerklassen gehen müssen! Das bekämpfen wir aufs Entschiedenste! Und leider Gottes ist das kein Einzelfall, sondern hat Methode im roten Wien, dass unsere Kinder, die Kleinsten der Kleinen, nur mehr in Containerklassen unterrichtet werden. Die Vorgangsweise ist immer dieselbe: Die Stadtregierung schiebt die Verantwortung des kommunalen Wohnbaus ab, private Genossenschaften werden betraut, dass sie Wohnhäuser auf die grüne Wiese stellen sollen, und dann kommt die rote Stadtregierung – jetzt mit ein paar GRÜNEN – drauf, dass es dort auf der grünen Wiese zwar Wohnhäuser gibt, aber keine Infrastruktur, keine Nahversorgung und natürlich auch keine Schulen.

Was geschieht dann? – Man setzt neben die Wohnhäuser billigst gebaute Containerklassen, und dort dürfen unsere Kinder dem Unterricht dann folgen. Man weiß allerdings, dass das Weiterkommen beim Unterricht, wenn das Klima in der Schule nicht passt, entsprechend beeinträchtigt wird, und auch das Wohlfühl der Kinder in den Containerklassen leidet darunter natürlich sehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich jetzt ein bisschen persönlich werden: Meine achtjährige Tochter lernt jetzt gerade im Sachunterricht über die Entwicklung von der Höhle zum modernen Wohnhaus. Sie erfährt unter anderem über die Entwicklung von der Höhle zum Zelt und vom Holzbau zum Ziegel- und Betonbau. Aber sie lernt nichts vom Containerbau,

und das ist auch verständlich, weil es im kommunalen Wohnbau nicht vorgesehen ist, dass Container errichtet werden, in denen Kinder unterrichtet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist nur ein Beispiel von vielen. Meine Tochter lernt zwar nichts über Containerbauten, aber leider Gottes erfährt sie tagtäglich, wie es ist, wenn man in einer Containerklasse unterrichtet wird. Meine Tochter wird leider Gottes auch in einer Containerklasse unterrichtet und muss jetzt, wenn es Minusgrade hat, mit einem Schianorak in der Klasse sitzen, weil es fast unmöglich ist, diese zu heizen. Andererseits hat es im Sommer dort Temperaturen bis zu 40 Grad. Die klimatischen Bedingungen in der Klasse sind katastrophal, und das lehnen wir Freiheitliche entschieden ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr verehrte Damen und Herren! Die verantwortlichen SPÖ-Stadtplaner dürften bei diesem Sachunterricht nicht anwesend gewesen sind, oder sie haben dieses Fach überhaupt nicht gehabt, denn sonst hätten wir dieses Prinzip der Schulbauten nicht, wonach fast überall in den Randbezirken, wo Wohnhäuser entstehen, nur mehr Containerbauten errichtet werden.

Sehr verehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend noch etwas erwähnen. Das ist auch immer sehr interessant: Wenn wir von den Freiheitlichen zum Beispiel fordern, dass Asylwerber in aufgelassenen Bundesheerkasernen untergebracht werden, dann geht ein Raunen beziehungsweise ein Aufschrei durch die linkslinke Gesellschaft von Rot und Grün. Was, meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot und Grün, sagen Sie aber zu diesen Missständen, dass unsere Kinder, die Kleinsten der Kleinsten, tagtäglich in Containerklassen unterrichtet werden? – Da hört man nichts von Ihnen, und das ist eine Schande für Wien!

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Stadtregierung! Errichten Sie bitte für unsere Kinder wieder gescheitete Schulen, eventuell aus Holz, aus Beton oder Ziegeln! – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Novak. – Ich erteile es ihr.

GRin Barbara **Novak** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Mir wird die Zeit mit Sicherheit zu kurz, um auf alle einzelnen Punkte meiner Vorredner eingehen zu können. Ich möchte aber den pädagogischen Auftrag meines lieben Kollegen Vettermann gerne weiterführen und doch ein paar Punkte erwähnen, weil ich meine, dass man diese nicht so in diesem Ressort stehen lassen kann.

Grundsätzlich bezeichne ich dieses besondere Ressort gerne als Zukunftsressort, weil es hier hauptsächlich um Dienstleistungen und insbesondere um den Bildungsauftrag für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt geht. Das ist uns natürlich ein ganz besonders wichtiges Anliegen. Das drückt sich auch in den Budgetzahlen aus, und wer sich das Budget dieses Ressorts ganz besonders genau angesehen hat, kann das auch sehr leicht erkennen.

Beginnen wir dort, wo der Bildungsbereich anfängt,

nämlich bei den Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Sozialdemokratie hat seit vielen Jahren immer wieder klargestellt, dass im Kindergarten Bildung beginnt und dass das die erste Bildungseinrichtung ist.

Das drückt sich auch in Form des Gratiskindergartens aus, den wir erst vor eineinhalb Jahren eingeführt haben und dessen Entwicklung gemeinsam mit dem Angebotsausbau stetig weitergeführt wurde. Kollege Vettermann hat die Detailzahlen dazu schon genannt, und zwar auch betreffend das Angebot an KindergartenpädagogInnen, das heißt, deren Anzahl. Dazu gibt es ganz besondere Ausbildungsprogramme, um auch PädagogInnen, die aus anderen Bereichen kommen, die Möglichkeit zu geben, in diesen Beruf einzusteigen, etwa dass AkademikerInnen durch eine spezielle Umschulung als PädagogInnen in den Kindergärten tätig werden können. Das dient dazu, die Betreuung auch weiterhin in einer sehr hohen Qualität aufrechtzuerhalten.

Gerade die Kindergärten in Wien bieten eine breite Vielfalt an. Das musische Angebot in den Kindergärten in Wien gibt es schon seit vielen Jahren. Das betrifft nicht nur die Kindergärten, die Kollege Vettermann erwähnt hat, sondern auch – und damit blicken wir in den anderen Bereich des Ressorts – die Musiklehranstalten und Musikschulen. Es gibt in diesem Zusammenhang auch noch einen Verein, der von diesem Ressort unterstützt wird und der mit speziellen Programmen auch in die Kindergärten geht, und zwar genau mit den Dingen, die Sie erwähnt haben, dass nämlich professionelle Musikerinnen und Musiker mit ihren Musikinstrumenten kommen und die Kinder das einmal durch Spaß erleben können und so weiter.

Es gibt ganz besondere Kindergärten, die sich mit Kreativität auseinandersetzen oder einen technischen oder naturwissenschaftlichen Schwerpunkt haben. Die Vielfalt ist also sehr groß, um schon im Kindergarten die Möglichkeit zu geben, unterschiedliche Bildungsschwerpunkte zu beschnuppern, anzuschauen und Talente auch dort schon ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Man kann es sich nicht aussuchen, man muss froh sein, wenn man überhaupt irgendwo einen Platz bekommt!)* Das stimmt überhaupt nicht! Talente sollen schon dort gefördert werden.

Der Kindergarten ist – wie ich schon gesagt habe – in diesem Budget ganz besonders hervorstechend. Wir werden um 80 Millionen EUR mehr als im Vorjahr in diesem Bereich ausgeben, insgesamt 572 Millionen EUR. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Budgets muss man lesen können, Herr Jung! *(GR Mag Wolfgang Jung: Ihre Budgets sind grundsätzlich nicht zu lesen, weil Sie alles tarnen!)*

Insgesamt sind es 572 Millionen EUR, um 80 Millionen EUR mehr als im Vorjahr. Ich habe kurz erklärt, wie das zustande kommt. Der Gratiskindergarten ist ein Teil davon. Einen weiteren Anteil macht die bessere Ausstattung finanzieller Natur der KindergartenpädagogInnen aus. Das hat jemand hier auch gefordert, und das fand ich sehr witzig, denn genau in diesem Budget findet sich die Erhöhung der Löhne für Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen, und zwar nicht nur im

städtischen Bereich, also in den Kindergärten der Stadt Wien, sondern auch in den privaten Kindergärten. Es sind um durchschnittlich 250 EUR mehr, und das ist nicht irgendetwas, sondern das ist eine großartige Leistung, und das findet sich auch in diesem Budget wieder. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nach dem Kindergarten – und das ist uns auch ganz besonders wichtig – versuchen wir, durch Testung herauszufinden, inwieweit der individuelle Förderbedarf beim Kind noch gegeben ist. Ein Teil dabei ist die sprachliche Förderung, aber wir schauen uns natürlich auch an, wie weit das Kind motorisch ist und ob es insgesamt schulreif ist. Unsere Forderung war – das hat die ÖVP aber verhindert, Herr Kollege Aigner –, dass es auch die Möglichkeit eines verpflichtenden Vorschuljahres gibt. Das ist uns verwehrt worden. Es ist nicht die SPÖ, die immer Einwegantworten hat! Nein! Wir machen ganz konkrete Lösungsvorschläge. Ich kenne aber die Einwegantwort auf alle wirklich guten Bildungsvorschläge der SPÖ: „Nein!“ ist die Einwegantwort der ÖVP. Sonst kenne ich keine andere! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich hatte überhaupt ein bisschen den Eindruck, dass Kollege Aigner versucht hat, die Mandatsstärke der ÖVP in diesem Haus mit seiner Wortmeldung zu kompensieren. Sie war von sehr viel Frust und von wenig Freude getragen, obwohl ich Letztere ja so gerne in der Schule wiederfinden würde!

Ich gebe ihm in einem einzigen Punkt recht, und zwar betreffend die Elternarbeit. Die Sozialdemokratie steht dazu, dass Bildung auch im Elternhaus gefördert werden muss, dass Bildung natürlich auch zu Hause stattfindet und dass Schule im so genannten pädagogischen Dreieck gemeinsam mit den Eltern eben zwischen Lehrern, Schülern und Eltern stattfindet. Im Gegensatz zu Ihnen nehmen wir aber auch zur Kenntnis – und versuchen dann, entsprechende Maßnahmen zu setzen –, dass es Eltern gibt, die diesen Auftrag nicht wahrnehmen können, weil sie das auf Grund ihrer eigenen schlechten Ausbildung oder ihrer sozialen Lage nicht können.

Die ÖVP sagt: Das ist eine Frechheit! Die Eltern müssen das trotzdem machen! – Die SPÖ hingegen versucht, Konzepte zu entwickeln, wie man die Kinder, deren Eltern ihren Bildungsauftrag nicht wahrnehmen können, unterstützen kann. Das ist der große Unterschied zwischen der SPÖ und der ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Lassen Sie mich ein paar Dinge zur sehr polemischen Wortmeldung des Herrn Kollegen – ich möchte den Namen nicht falsch aussprechen – Nepp sagen: Sie haben hier davon gesprochen, dass die Bäderpreise um 17 Prozent erhöht wurden. Das kann ich so nicht stehen lassen. Herr Kollege Nepp! Ich würde Ihnen nicht unterstellen wollen, dass Sie hier absichtlich die Unwahrheit sagen. Das glaube ich nicht! Ich gehe aber davon aus, dass Ihnen beim Lesen des Budgets ein Fehler unterlaufen ist und Sie die Mehreinnahmen, die sich im Ansatz bei den Bädern finden, als Erhöhung der Preise missinterpretiert haben. Alles andere wäre einfach falsch!

Die Bäderpreise wurden seit 1.1.2007 nicht erhöht.

Damals gab es eine Tarifumstellung. Und die Mehreinnahmen bei den Bädern kommen daraus zustande, dass die Zahl der Besucherinnen und Besucher gestiegen ist. Sehr viele haben insbesondere das neue Bad in Hütteldorf, über das sich die PenzingerInnen besonders freuen, lukriert, und auf diese Weise sind Mehreinnahmen durch mehr Besucher zustande gekommen. Es hat jedoch keine Preiserhöhung stattgefunden.

Außerdem möchte ich auch etwas zu den Mobilklassen sagen. Das ist meines Erachtens erwähnenswert. Wir hatten gerade im letzten Ausschuss – und ich finde, das muss man erwähnen, denn das ist eine sehr schöne Entwicklung – einen Antrag zur Errichtung von Mobilklassen in Holzbauweise. Das freut mich ganz besonders! Wahrscheinlich wissen nicht viele, dass ich ein besonderer Fan von Holzbau bin. Ich bin es, und daher freue ich mich sehr darüber, weil das eine sehr nachhaltige, ökologische und gute Art zu bauen ist. Ich meine, es ist eine hervorragende Entwicklung, dass wir diese Bauweise gerade in einem Bereich, wo Kinder lernen sollen, anwenden. Ich kann das nur unterstützen und würde mir mehr solche Mobilklassen in Zukunft wünschen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die SPÖ will Mobilklassen!)* Ja! Ich will mehr Mobilklassen in Holzbauweise! Ich finde das ausgezeichnet! *(GRin Christine Marek: Das geht auf Kosten der Sportflächen!)* Das ist ein wunderschöner Baustoff mit einer sehr nachhaltigen ... *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Sie sollten sich einmal genau erkundigen, und dann reden wir weiter! Technisch ist nämlich alles einwandfrei. Es ist dies wirklich eine sehr gute Bauweise. Es werden nicht nur Wohnbauten in Holzbauweise errichtet, sondern auch Bürobauten und sogar Spitäler. Man kann jetzt alles Mögliche in Holz bauen. Wir bauen jetzt Mobilklassen, und das freut mich sehr.

Außerdem möchte ich noch erwähnen, dass im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung und insbesondere der kulturellen Jugendarbeit mit den großen Vereinen, aber natürlich auch mit kleinen wie dem Kultur- und Sportverein wieder ein großzügiges, sehr gutes und insbesondere niederschwelliges Angebot an die Jugendlichen gemacht wird. Ich kann nicht erkennen, wo wir hier soziale Kälte oder Ähnliches ausstrahlen oder irgendwelche Jugendlichen Geld abknöpfen wollen, wie schon – ich glaube, von Kollegen Nepp – erwähnt wurde.

Das Gegenteil ist der Fall! Wir werden 38 Millionen EUR auch im kommenden Jahr in Jugendangebote investieren, und das neben all den vielen Sport- und Freizeitangeboten, die es sonst noch in diesem Ressort gibt. Diese Angebote sind, wie gesagt, sehr niederschwellig, und sie sind mit gutem Personal ausgestattet, mit ausgezeichneten Kolleginnen und Kollegen, die im sozialtherapeutischen Bereich arbeiten beziehungsweise FreizeitpädagogInnen und so weiter sind, die zum Beispiel auch Straßensozialarbeit machen und sich um Jugendliche kümmern, die aus unterschiedlichen Gründen sozusagen am Rande der Gesellschaft stehen und die wir als Stadtregierung in der Stadt Wien sicherlich nicht im Regen stehen lassen, so wie Sie das tun würden!

Es gibt auch viele tolle Angebote im Bereich der Le-

seförderung und auch zahlreiche Bildungsangebote im Erwachsenenbereich, die natürlich auch Jugendlichen zur Verfügung stehen. Ich möchte als besonderes Highlight für das nächste Jahr das neue Bildungszentrum in Simmering erwähnen. Über dieses großartige Projekt freuen sich vor allem die Simmeringer sehr. Dabei wird das Konzept von Bildung und Kommunikation auch mit den Bürgern umgesetzt. Kulturelle Veranstaltungen finden an einem speziellen Ort statt, und dabei werden die Bücherei, die Volksbildungseinrichtung und die Musikschulen dort gemeinsam arbeiten. Für dieses zukunftsweisende Konzept wird in Simmering im nächsten Jahr der Startschuss zum Betrieb gegeben.

Außerdem möchte ich, gerade wenn es um Leseförderung geht, nicht unerwähnt lassen, dass in diesem Ressort auch das wirklich großartige Angebot an Zweigstellen von Büchereien und natürlich die große Hauptbücherei auf dem Urban-Loritz-Platz beheimatet ist. Wir haben im Vorjahr einiges getan, und wir werden auch im nächsten Jahr das Zweigstellennetz weiter renovieren und attraktiv und neu gestalten. Jeder, der sich in den letzten Jahren ein bisschen mit den Büchereien beschäftigt hat, weiß, dass mit dem Startschuss der neuen Hauptbücherei auch alle Zweigstellen wiederum eine richtige Belebung erfahren haben, und jedes Jahr kommen auch immer mehr Menschen in diese Büchereien, vor allem Kinder. Das Angebot für Kinder in diesem Bereich ist großartig. Kirango, der Leseplanet in den Büchereien Wiens, erfreut sich wirklich großen Zuspruchs.

Ich habe jetzt leider keine Zeit, all die tollen Einrichtungen und Angebote, die es in diesem Ressort im Bereich der Sozialpädagogik und der Krisenintervention gibt, noch zu erwähnen. Ich möchte mich aber bei allen Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Bereich tätig sind und großartige Zukunftsarbeit leisten, sehr herzlich bedanken. Ich weiß, dass das manchmal ein sehr harter Job ist, aber es ist einer der wichtigsten Jobs, der hier geleistet wird, und dafür gebührt allen KollegInnen herzlicher Dank! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Kasal. Ich erteile es ihm.

GR Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat!

Abschließend ein äußerst kurzer Debattenbeitrag zum Thema Bildung, Jugend und Sport: Wir haben in den letzten eineinhalb Stunden immer wieder von der Verbindung von Jugend, Kindern und Bildung gehört. Vernachlässigt wurde jedoch der Zusammenhang zwischen Kindern, Jugend und Sport.

Wir wissen: Sport hat einen enormen sozialen Aspekt, einen sehr integrativen Aspekt und auch einen Gesundheitsaspekt. In diesem Zusammenhang waren die Debattenbeiträge allerdings äußerst kurz.

Integration, soziale Aspekte und Gesundheitsförderung liegen uns allen am Herzen. Und wo fangen wir am besten damit an, sehr geehrte Damen und Herren? – Bei den Kindern, im Kindergarten! In diesem Zusammenhang, Herr Stadtrat, fehlt mir ein Konzept der sportlichen

Frühförderung bereits im Kindergarten. Warum bereits im Kindergarten? – Wir wissen, dass Eltern vermehrt berufstätig sind. Daher ist es ihnen oft sehr schwer möglich, die Kinder vom Kindergarten abzuholen und vom Kindergarten zu einem Jugendangebot etwa für Sportmotorik, in einen Ballettunterricht et cetera zu bringen.

Dabei ist auch der soziale Aspekt zu berücksichtigen. All das ist für die Eltern nicht nur ein zeitlicher Aufwand, sondern ist teils auch mit großen Kosten verbunden.

Was verstehe ich unter einem Konzept der sportlichen Frühförderung bereits im letzten Kindergartenjahr? – Das bedeutet, dass Angebote mit dem Ziel gemacht werden sollen, den Eltern die Möglichkeit zu bieten, ohne Zeitaufwand und ohne zusätzliche Kosten ihren Kindern eine sportliche Ausbildung beziehungsweise eine Frühförderung zu ermöglichen.

Wir wissen: Gerade im Kindergartenalter werden die sportmotorischen Grundfertigkeiten erlernt, geübt und verbessert. Wer soll das bezahlen? – Dies kann durch eine minimale Umschichtung aus der Integrationsförderung in den Bereich der Sportförderung geschehen. Wann, wenn nicht bereits im Kindergarten, soll Integration gefördert und unterstützt werden? Und wie geht das leichter als bei gemeinsamer Sportausübung, bei der man den Teamgeist fördert und gemeinsam Spaß hat?

Zudem könnte es eine minimale Umschichtung von Mitteln der Gesundheitsförderung geben, sehr geehrte Damen und Herren. Wenn man heute den Kindern den Spaß am Sport näherbringt, braucht man später nicht so viel in gesundheitsfördernde Maßnahmen investieren.

Ein kleiner Bereich könnte vielleicht auch bei dem einen oder anderen Prestigeprojekt im Rahmen der allgemeinen Sportförderung eingespart und umgeschichtet werden.

Das heißt: Die Finanzierung der Sportangebote im Kindergarten wäre wirklich sehr, sehr leicht möglich! – Ich danke für ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Es gelangt nunmehr der Herr Berichterstatter, Amtsf StR Oxonitsch, zu Wort. Ich erteile es.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Grundsätzlich ist es, wie ich meine, sehr begrüßenswert, wenn über das Thema Bildung heftig diskutiert und gestritten wird, und zwar nicht nur, weil es PISA gibt. Vielmehr halte ich eine Weiterentwicklung des Bildungssystems für grundsätzlich notwendig.

Wenn man davon ausgehen könnte, dass diese Diskussion ein bisschen unter den Gesichtspunkten eines pädagogischen, didaktischen und inhaltlichen Fortschritts geführt wird, begrüße ich eine solche Diskussion. Ich bin aber – das sage ich auch ganz offen – auch etwas überrascht, und da tue ich mich jetzt ein bisschen schwer, denn ein bisschen bin ich auch gelobt worden. Kollege Aigner! Ich muss sagen, ich habe mit der jetzigen Klubobfrau durchaus einige Diskussionen im Zuge des Wahlkampfes geführt, und wir waren dabei häufig sehr unterschiedlicher Meinung, aber wir waren uns zumindest in dem Punkt sehr einig, dass wir eine Diskussion über die Bedeutung von Kindergärten und die Bedeutung vom

gemeinsamen sozialen Aufwachsen in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen führen.

Ich habe diese Diskussion seitens der ÖVP vor mittlerweile zehn Jahren noch unter völlig anderen Gesichtspunkten hier erlebt. Als wir damals in Wien begonnen haben, ganz intensiv Betreuungsplätze für Null- bis Dreijährige auszubauen, wurden wir von der ÖVP dafür noch unter dem Motto kritisiert, dass wir die Erziehung verstaatlichen wollen. Mittlerweile gehe ich aber – nicht zuletzt auf Grund einiger Projekte – davon aus, dass wir solche Diskussionen wohl hinter uns haben. Allerdings habe ich das heute zum ersten Mal wieder gehört. Jetzt ist wieder die Rede davon, dass wir Kinder in Institutionen stecken wollen und damit die Eltern entmündigen oder aus ihrer Verantwortung entlassen. Wir haben diesbezüglich vor 15 Jahren noch viele Diskussionen geführt, aber ich denke, 15 Jahre später sollten diese eigentlich beendet sein!

Ich glaube, wir alle bekennen uns dazu, dass Kindergärten wichtige Bildungseinrichtungen sind, und ich meine: Je früher sie einsetzen, desto besser, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das gilt natürlich auch für den grundsätzlichen Diskussionsbedarf über das Bildungssystem. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es einen Beweis dafür gibt, dass unser differenziertes Schulsystem versagt, dann wohl auf Grund von PISA I, PISA II und PISA III. Wer aus diesem desaströsen Ergebnis ableitet, dass die Differenzierung des Schulsystems die Antwort auf die pädagogischen, inhaltlichen und wissensmäßigen Herausforderungen einer Wissensgesellschaft ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, der lebt, glaube ich, bildungspolitisch tatsächlich auf dem Mond! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Man muss sich nur einmal vor Augen führen, wie eine Diskussion in der Öffentlichkeit aussehen würde – und teilweise wird diese Diskussion ja geführt, ich glaube, Sie verkennen mittlerweile ein wenig die Realitäten! – , wenn die österreichische Schinationalmannschaft von Rennen zu Rennen fährt, immer verliert, sich nicht erklären kann, warum sie immer verliert, und dann eine Beratergruppe eingesetzt wird, die sagt: Ihr solltet vielleicht einmal die Schi wachseln! – Das Einzige, was die Österreicher nicht tun, ist Schiwachseln, und dann wundern sie sich, wenn sie weiter verlieren.

Ähnlich ist leider bei uns die bildungspolitische Debatte. Wir wissen, dass unser Schulsystem mit der frühen Differenzierung, die wir haben, versagt. Wir ziehen Experten zu Rate, es gibt entsprechende OECD-Empfehlungen, die in Richtung Ausbau der Ganztagschulen sowie in Richtung gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen und Aufhebung der frühen Differenzierung gehen. Die ÖVP sagt jedoch: Uns kümmert all das nicht! Das System ist eh super. Eventuell sollte man den Kindern mit dem Trichter noch mehr zuführen.

Nehmen wir zur Kenntnis, dass das System versagt, und schaffen wir gemeinsam ein neues System! Diskutieren wir darüber engagiert, aber lassen wir diese alte,

mittlerweile aus den 70er Jahren stammende Begrifflichkeit à la Einheitsbrei und so weiter weg! Kollege Vettermann hat schon darauf hingewiesen: Genau jene Länder, die die frühe Differenzierung nicht vollziehen, erzielen Erfolge. Erfolgreich sind jene, die ihre Kinder gemeinsam nach den Gesichtspunkten fördern, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten in der Wiener Mittelschule umzusetzen versuchen. Leider ist das nur in 10 Prozent der Schulen möglich, aber dort geschieht das: Stärken stärken, Schwächen schwächen, und zwar für alle Gruppen ohne äußere Differenzierung, aber mit der notwendigen inneren Differenzierung und individuellen Förderungen in der Schule. – Ich glaube, das ist die Zukunft, meine Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben hier natürlich nur sehr eingeschränkte Kompetenzen. Diese nutzen wir aber aus, und zwar auch über das Modell der Schulversuche, denn ich glaube, dass es notwendig ist, auch immer wieder diesen Weg zu gehen und zu sagen: Wenn das Schulsystem eine grundlegendere Form nicht zulässt, weil es keine entsprechende Mehrheit im Nationalrat gibt, wählen wird diesen Weg. Wenn sich aber eine Mehrheit dafür bildet, dann können wir viele Schulversuche sofort beenden und das Ganze tatsächlich ins Regelschulwesen überführen.

Wenn man immer wieder sagt, dass dann ins Regelschulwesen übergeführt wird, dann kennt man sich wirklich nicht aus! Schulversuche bieten nämlich die einzige Möglichkeit, innovative Modelle sowohl auszuprobieren, als diese den Eltern im Sinne einer großen Angebotspalette in Wien anzubieten. Das tun wir in Wien, aber eben nur im Rahmen unserer Möglichkeiten. Hätten wir gemeinsam mehr Möglichkeiten, dann könnten wir das intensiver tun. Gerade angesichts der ambitionierten Ziele, die wir verfolgen, wollen wir auch in der neuen Koalition all das, was ich jetzt geschildert habe, umsetzen und diese gemeinsame Schule für die Wiener Kinder anbieten. Das wäre ein wichtiger bildungspolitischer Schritt. Dann würden wir nicht beim nächsten oder übernächsten PISA-Test, sondern in dem Moment, in dem die Kinder tatsächlich in den Anspruch dieser Förderung kommen, bessere Ergebnisse erzielen. Die Kinder, die jetzt und das letzte Mal getestet wurden, sind jene Kinder, die in dem Schulsystem aufgewachsen sind, zu dem Sie sich nach wie vor bekennen, und die unter den Kürzungen der Ministerin Gehrler gelitten haben. Das ist Faktum. Das ist einfache Mathematik. Um das zu begreifen, brauche ich keine PISA-Studie und auch kein Hochschulstudium, meine Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Daher glaube ich, dass der Weg, den wir im Rahmen unserer Möglichkeiten in Wien gehen können, der richtige ist: Wir bauen die entsprechenden Ganztagschulmodelle und die Wiener Mittelschule in den Bereichen aus, wo wir es tun können, nämlich gemeinsam und auch an AHS-Standorten. Das ist ein ganz wichtiger Bereich. Zudem bieten wir im Hinblick auf das Versagen der Vergangenheit zusätzlich ein Instrumentarium für junge Menschen in Form von kostenlosen nachträglichen

Bildungsabschlüssen an. Auch das ist ein ganz wichtiges Ziel, und ich glaube, auch hier sind wir durchaus ambitioniert unterwegs.

Es ist schon richtig: Nicht alle Modelle, die im Rahmen von Schulversuchen erprobt werden, sind per se ein Erfolg. Auch das trifft zu. Aber ich wiederhole: Etwas wissen wir ganz genau, nämlich dass die frühe Differenzierung nicht funktioniert.

In diesem Zusammenhang ist ein Beispiel angesprochen worden. Vielleicht können wir uns morgen in der Früh um 8 Uhr gleich bei der Schule treffen. Ich biete das an. Ich bin morgen in der Schule. Dann können wir uns anschauen, ob dort wirklich ein Kind im Anorak sitzt!

Ich sage aber auch dazu: Bitte hören wir auf, über die Containerklassen auf diesem Niveau zu diskutieren! Worum geht es? – Wir bieten tatsächlich hoch moderne Schulcontainer an, die wärmetechnisch, schallschutztechnisch und raumangebotsmäßig wie auch klimatechnisch hervorragend ausgestattet sind. *(GR Mag Wolfgang Jung: Es geht darum, dass Sie nicht rechtzeitig entsprechende Vorkehrungen getroffen haben!)*

Diese Container sind an einzelnen Standorten erfolgreich. Sie werden von den Eltern gewünscht. Und da Schulen nun einmal nicht aufblasbar sind, schaffen wir den entsprechenden Schulraumbedarf auch immer wieder temporär mit Containern. Das werden wir auch weiterhin tun. Ich bekenne mich offensiv dazu. Wenn Eltern nämlich von einer Schule begeistert sind und ihre Kinder in diese Schule gehen wollen und es notwendig sein sollte, dort zwei zusätzliche Klassen aufzustellen, dann werden wir das tun. Verteufeln wir die Container nicht, sondern nehmen wir sie zur Kenntnis. Das wird oft von den Eltern gewünscht.

Ich wiederhole: Den erwähnten Fall schaue ich mir morgen sofort genau an. Aber wir wissen auch aus der Wiener Schulumfrage, dass die Zufriedenheit der Kinder, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer gerade in Containerklassen durchaus sehr groß ist. Diesbezüglich wird offensichtlich von Ihnen mit Vorurteilen agiert. Schauen Sie sich das einmal an! Gehen Sie hinein! Wenn es irgendwo ein Problem gibt, dann sagen Sie es mir, dann fahren wir dorthin!

Wie gesagt: Morgen um 8 Uhr schauen wir uns an, ob die Situation tatsächlich so ist. In diesem Fall muss man sich etwas einfallen lassen. Mir ist das bis jetzt nicht bekannt. Aber wir werden uns morgen irgendwo in Simmering vielleicht treffen können, dann können wir uns gleich in der Früh anschauen, wie die Kinder dort sitzen. Wenn tatsächlich etwas nicht stimmt, dann muss die Frage geklärt werden, warum es noch keine Meldung gibt, und dann muss dem nachgegangen werden.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, weil mir das wirklich wichtig ist. Man könnte natürlich jetzt darüber hinweggehen und das weglassen. Ich spreche jetzt von dem Fragenkomplex rund um die türkische Matura. Darüber gibt es immer wieder Diskussionen.

Zunächst halte ich fest: Es gibt eine Vielzahl von Privatschulen, die entsprechende Ausbildungen anbieten. Es geht jetzt nicht um zurückrudern oder sonst irgendet-

was, wie jetzt immer behauptet wurde. Würde in Wien eine solche Schule aufmachen, dann würde sie, ähnlich wie das Lycée, dem entsprechenden Privatschulgesetz unterliegen. Das ist möglich. Ich füge im Übrigen hinzu: Es ist schon interessant, dass man in Istanbul zwar eine Matura in Deutsch machen kann, dass aber in Wien, wenn darüber diskutiert wird, ob es möglich sein soll, dass man hier eine türkische Matura macht, plötzlich das Chaos ausbricht. Das ist wirklich etwas merkwürdig! Ich halte fest: Das ist möglich. Das wäre auch eine Privatschule, und diese sollte es hier geben. Hören Sie also mit dieser billigen Polemik auf, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nun noch ein paar Worte zum Kindergarten selbst: Ich bin bis vor etwa einer dreiviertel Stunde davon ausgegangen, dass wir über die Bedeutung der Kindergartenpädagogik beziehungsweise Elementarpädagogik zumindest vom Grundsatz her einig sind. Ich nehme jetzt aber zur Kenntnis, dass es nicht ganz so sein dürfte. Ich möchte auch einmal mehr an das erinnern, was ich in den letzten eineinhalb Jahren, seit ich für diesen Bereich verantwortlich bin, darüber gehört habe, welches Chaos auf Grund der Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres und des Gratiskindergartens et cetera ausbrechen wird. Horrorszenarien wurden an die Wand gemalt! – Ich weiß nicht, wo dieses Chaos stattgefunden hat! Ich meine, es hat nie stattgefunden! Vielleicht könnte man sich da auch einmal selbst bei der Nase nehmen!

Wir werden diesen erfolgreichen Weg in Wien im Zusammenhang mit dem Gratiskindergarten mit der weiteren Etablierung als Bildungsinstitution durch ein weiteres ambitioniertes Ausbauprojekt selbstverständlich fortsetzen: Wir wollen im Bereich der Ein- bis Dreijährigen in den nächsten Jahren die 40-Prozent-Marke tatsächlich überschreiten. Damit sind wir in Wien mehr als doppelt so weit wie das nächste Bundesland, und wir werden natürlich auch weiterhin auf ganztägige Betreuung in den Wiener Kindergärten setzen.

Daher stehen wir auch nicht zur Verfügung für das übliche Spielchen mit dem Rechtsanspruch, das immer wieder getrieben wird. Ich weiß nicht, wie oft Kollege Wutzlhofer schon dazu gesprochen hat. Wir könnten in den Protokollen nachlesen, dass eh schon hundert Mal Reden dazu gehalten wurden. Sie spielen aber immer wieder dieses Spiel, dass Sie einerseits sagen, dass es zu wenig Personal gibt, dass sie andererseits einmahnen, dass doch weniger ausgegeben werden sollte, und dass Sie drittens verlangen, dass ein Rechtsanspruch geschaffen wird.

Ich gehe davon aus – und wir haben das auch in den letzten Perioden geschafft –: Jene Kinder, die einen entsprechenden Betreuungsbedarf haben, bekommen auch eine entsprechende Betreuung, und zwar nicht auf Grund des Konstrukts des Rechtsanspruchs, das es in Deutschland gibt. Es hilft doch nichts, wenn Sie im Umfeld von 40 km einen Kindergartenplatz bekommen! Das muss man sich einmal vorstellen! Sie streuen damit den Menschen Sand in die Augen. – Wir werden diesen guten Weg weitergehen, dass Menschen, die einen Platz brauchen und einen Platz für ihr Kind suchen, eine quali-

tätvolle Betreuung in Wien finden. Das stellen wir mit diesem Budget auch für die Zukunft sicher, meine Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Darüber hinaus gibt es auch im Bereich der Jugendwohlfahrt Erhöhungen. Wenn Sie sich das Budget wirklich angeschaut hätten, dann hätten Sie gesehen, dass es hier nicht um eine Fortschreibung, sondern in diesem Bereich der Bildung, Jugendwohlfahrt und der Kindertagesheime gerade um entsprechende Gewichtungen geht. Es handelt sich also tatsächlich um ungleich gewichtige Erhöhungen und nicht um lineare Fortschreibungen. Das heißt: Wenn es an einer Stelle einmal mehr Mittel gibt, sind diese auf der anderen Seite in anderen Magistratsabteilungen im kommenden Jahr nicht in der gleichen Weise verfügbar. Ich meine aber, dass es sich auch im Budget abbilden soll, dass wir uns dazu bekennen, dass wir in Bildung und in die Kinder in Wien in den verschiedensten Bereichen investieren wollen und das auch tatsächlich tun.

Meine Damen und Herren! Es wurde auch immer wieder gesagt, dass wir zu viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht haben und dass gewisse Dinge präsentiert werden, nur damit der Stadtrat mit einem Foto in die Zeitungen kommt. – Nach den heutigen Diskussionen denke ich mir, dass ich mich diesbezüglich noch ein bisschen mehr anstrengen muss! So wurde hier etwa über den Musikkindergarten diskutiert, den wir in Wien bereits in einem beträchtlichen Ausmaß haben. Ich konnte vor wenigen Wochen das Projekt „Klassik im Kindergarten“ präsentieren, das es seit Jahren in Wiener Kindergärten gibt. Nur weil es jetzt in Berlin Herr Barenboim gibt, dürften derartige Projekte bei uns mit den Sängerknaben oder eben „Klassik im Kindergarten“ spurlos an Ihnen vorübergegangen sein! Offenbar müssen wir doch noch ein bisschen investieren, damit das auch seitens der FPÖ ein wenig wahrgenommen wird, meine Damen und Herren!

Es gäbe natürlich zum Sport noch sehr viel zu sagen. Ich möchte zum Abschluss aber noch etwas erwähnen, weil die diesbezüglichen Platituden auch immer sehr schwer einzuordnen sind, die in etwa lauten: Man sollte sich von einem oder anderen Prestigeobjekten verabschieden und stattdessen Frühförderung im Kindergarten machen. – Ich rede jetzt nicht über unsere Projekte, die wir gemeinsam mit den Fachverbänden in den Wiener Kindergärten im Bereich des Sports anbieten, und ich rede auch nicht über die Bewegungskindergärten, die wir in dieser Stadt haben, sondern ich möchte nur noch gerne erfahren: Was verstehen Sie unter Prestigeobjekten? Meinen Sie das Schwimmleistungszentrum für die Schwimmer im Prater-Stadion? – Ich weiß es nicht! Meinen Sie die entsprechende Sanierung des Stadthallenbades im Hinblick auf entsprechende optimale Trainingsbedingungen für Schwimmer? Ist es die Sanierung der Kunstrasenplätze in Wien, damit alle Rasenplätze in Wien auf UEFA-Standard sind?

Von welchen Prestigeobjekten beziehungsweise -projekten sprechen Sie? Ist es die dritte Eishalle im Bereich der Albert-Schultz-Halle, die wir zusätzlich für den Publikumssport und damit auch für die Schulen zur

Verfügung haben werden? Vielleicht könnten Sie etwas konkreter benennen, was Sie mit Prestigeobjekt meinen! Dann können wir auch darüber streiten! Ich meine aber, dass man auch das in der Diskussion etwas ernster nehmen sollte.

Ich glaube, wir werden noch viel Gelegenheit haben in den kommenden fünf Jahren, eine Vielzahl von Projekten durchzuführen und eine Vielzahl von zusätzlichen Informationen für all jene Kollegen zu geben, die jetzt neu hier im Gemeinderat sind. Es gibt derer viele, gerade auch in den acht Magistratsabteilungen, die in meine Geschäftsgruppe fallen.

Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich bedanken. Ich denke, dass es auch im Jahr 2011 nicht immer einfach sein wird, das Budget zu vollziehen. Es bietet aber eine entsprechende Grundlage vor allem für jene Themenbereiche, zu denen sich diese Stadt bekennt, nämlich zu optimaler Bildung für unsere Kinder und zur Schaffung von Voraussetzungen für diese Bildung, damit diese auch für die Zukunft sichergestellt werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch kurz jene Bereiche erwähnen, über die jetzt nicht so intensiv diskutiert wurde, etwa unsere Bäder. Im Zusammenhang damit wurde lediglich von einer 17-prozentigen Erhöhung gesprochen. Ich weiß nicht, woher

Sie das haben! Vielleicht gibt es einen Lesefehler! Es ist auch keine Erhöhung geplant. Zu erwähnen sind in diesem Bereich auch der Bürgerdienst oder der Presse- oder Informationsdienst. Die außerschulische Jugendarbeit ist ebenfalls ein ganz wesentlicher Bereich. Wichtig sind außerdem natürlich auch jene Institutionen, die für die Stadt sehr wertvolle Unterstützungsarbeit leisten wie die Wiener Jugendzentren, wienXtra, Stadt Wien Marketing und viele andere mehr.

Ich sage ein herzliches Dankeschön an euch alle für die geleistete Arbeit. Ich glaube, wir haben eine gute Arbeit hinter uns und viel gute Arbeit vor uns. In diesem Sinne danke ich sehr herzlich und wünsche uns allen jetzt noch einen wunderschönen Abend. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Dementsprechend unterbrechen wir nun die Sitzung und setzen diese morgen um 9 Uhr mit der Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal fort.

Ich wünsche allgemein eine gute Nacht!  
*(Ende der Sitzung um 22.52 Uhr)*